UNIVERSITÄTS BIBLIOTHEK WUPPERTAL
BERGISCHE UNIVERSITÄT WUPPERTAL

# Universitätsbibliothek Wuppertal

## Reden im Plenum des Nordrhein-Westfälischen Landtags

Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender 1958-1970

**Rau, Johannes**

**Düsseldorf, Mai 1998**

6. Wahlperiode: 1966 - 1970

**Nutzungsrichtlinien** Das dem PDF-Dokument zugrunde liegende Digitalisat kann unter Beachtung des Lizenz-/Rechtehinweises genutzt werden. Informationen zum Lizenz-/Rechtehinweis finden Sie in der Titelaufnahme unter dem untenstehenden URN.
Bei Nutzung des Digitalisats bitten wir um eine vollständige Quellenangabe, inklusive Nennung der Universitätsbibliothek Wuppertal als Quelle sowie einer Angabe des URN.

urn:nbn:de:hbz:468-1-29

Visual Library

**6. Wahlperiode**
**1966 - 1970**

(A) system auch gegen sie — die SPD — gerichtet hätte, mit uns Herrn Arnold gestürzt hat?

(Zurufe von der SPD)

— Nein, mit dieser SPD haben wir damals das Grabenwahlrecht verhindert. Heute ist die SPD, weil sie meint, dem Mehrheitswahlrecht aus reiner Utilität oder Opportunität zustimmen zu können, für diese Sache.

(Zuruf von der SPD: Nein, auf Grund des schlechten Verhaltens der FDP! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Ich glaube, die Wählerschaft unseres Landes kann sehr wohl unterscheiden, aus welchen Motiven jetzt eine solche Entscheidung der SPD-Fraktion vorgeschlagen wird.

Sie wollen uns — und Sie haben das im Wahlkampf getan — zu einem reinen Anhängsel der CDU degradieren.

(Lebhafte Zurufe von der SPD: Das sind Sie doch!)

Ich frage Sie nur, woher Sie dann die Kühnheit nehmen, uns n i c h t als ein Anhängsel zu betrachten, wenn wir I h n e n zu der Mehrheitsbildung verholfen hätten.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Was wären wir denn dann gewesen?

(Zuruf von der CDU: Zweierlei Maß!)

(B) In welche Situation bringen Sie eigentlich eine parlamentarische Fraktion, wenn Sie sie, falls sie Ihnen zu Willen ist, mit Lorbeer umkränzen, sie streicheln und loben, und wenn sie sich einer anderen Fraktion zuneigt, weil sie eine sachliche Zusammenarbeit für richtig hält, Sie dann mit ganz anderen Vokabeln kommen, von „Wurmfortsatz" bis zu allen anderen Dingen.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zuruf von der CDU: Zweierlei Maß!)

Meine Freunde — —

(Bessel (SPD): Herr Dr. Lange, eine Partei, die sich bereits vor der Wahl festlegt, eine bestimmte Koalition einzugehen, ist nicht mehr bewegungsfrei! Das ist eine ganz eindeutige Sache.)

— Herr Kollege Bessel, ich habe mich vorhin schon bemüht, Ihnen bereits einen ganz wesentlichen Grund zu nennen. Ich brauche ihn nicht zu wiederholen. Das ist ja auch unsere — der FDP — Sorge und Frage, wie wir das begründen können. Wir haben ja auch in aller Deutlichkeit klargemacht, daß wir das für die richtige Wahlentscheidung halten. Sie möchten das nun extensiv auslegen, Sie möchten uns unterstellen, die FDP würde immer und grundsätzlich eine Koalitionsfähigkeit der SPD in Frage stellen. Das ist nie geschehen. Das ist weder von dem Landesvorsitzenden Weyer noch von irgendeinem anderen maßgebenden FDP-Politiker gesagt worden.

Nun aber zum Mehrheitswahlrecht, Herr Kollege Kühn! Herr Kollege Dr. Neuberger, Sie haben zum Schluß Ihrer Rede soeben mit Verve vorgetragen, ein Mehrheitswahlrecht würde diesmal eine ganz klare Mehrheitsentscheidung gebracht haben. Das ist mit Logik überhaupt nicht zu beweisen. Es ist heute morgen schon von diesem Platze aus gesagt worden, daß in England bei einem Mehrheitswahlrecht eine ganz, ganz knappe Entscheidung vorgelegen hat, die alles andere als eine regierungsfähige Mehrheit zustande gebracht hat. Damit können Sie dieses Wahlrecht am allerwenigsten begründen!

Und nun noch eines! Es ist heute sehr, sehr viel in Richtung Bonn gesprochen worden. Herr Kollege Kühn, Sie und Ihre Freunde der Opposition müssen sich vergegenwärtigen, daß vor einem Dreivierteljahr in Bonn der CDU 4 Mandate an etwa 500 fehlten zur Mehrheit. Die SPD ist hier sehr nahe an die absolute Mehrheit gekommen; ihr fehlen bei 200 Sitzen 2 Mandate. Was also der CDU an Sitzen fehlt, ist weniger; in Bonn ist man knapper an die absolute Mehrheit herangekommen. Es ist nun einmal das Gesetz einer Demokratie, daß man nachher gezwungen ist, Mehrheiten zu bilden.

Wir haben das, glaube ich, im Sinne unserer Wähler durchaus getan. Ich möchte mich hier nicht wiederholen.

Unser Fraktionsvorsitzender hat auch eine Reihe von Sachkatalogen aus dem kulturpolitischen Bereich vorgetragen. Sie nannten das die Frage nach der „Bombe"; das Wort „Bombe" hat von den Freien Demokraten kein Mensch gebraucht, vielmehr ist es irgendwoher in die Schlagzeilen geraten. Wir glauben aber, einen ganz deutlichen schulpolitischen Schritt nach vorn aufweisen zu können, wenn wir diese Erklärungen abgaben.

Ich möchte die Debatte keineswegs ohne Not verlängern. Ich darf sagen, daß wir uns in den wichtigen Fragen dieses Landes auch über die Ankündigung einer konstruktiven Opposition hinaus — oder gerade wegen dieser Ankündigung — über die Details hinweg zu einer Zusammenarbeit finden werden. Die FDP-Fraktion und die von ihr gestellten Minister werden sich dazu bereit finden!

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat nun Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch mir geht es nicht um eine Verlängerung der Debatte, aber wir sind der Überzeugung, daß der heutige Tag wichtig genug ist, so wichtig, daß die Argumente, die für und wider das Zustandekommen und die kommende Arbeit dieser Landesregierung zur Verfügung stehen, auch ausgesprochen werden sollen.

Dabei ist nicht zu vermeiden, daß man auch auf Dinge zurückgreift, die schon vor einer Reihe von Stunden gesagt worden sind. So erlauben Sie mir bitte, daß ich mich mit einigen Sätzen auseinandersetze, die Herr Kollege Dr. Lenz als der Sprecher seiner Fraktion hier heute vormittag vorgetragen hat.

Ich hatte gelegentlich den Eindruck, daß er rhetorischen Slalom lief, indem er Fragen stellte — sich selber und damit uns —, um sie anschließend zu beantworten, damit wir nur ja aus dem ruhigen und guten und logischen Gang des Sachvortrags herauskämen, den der Vorsitzende

(A) der SPD-Fraktion an diesem Vormittag dargeboten hat.

(Lachen bei CDU und FDP — Gegenrufe von der SPD)

— Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen immer viel Heiterkeit; aber vielleicht sollten Sie zuerst die Begründungen abwarten, bevor Sie sich solcher Heiterkeit hingeben!

Der Herr Kollege Dr. Lenz hat gesagt, er habe die ganze Zeit überlegt, was denn Herr Kühn wohl gesagt hätte, wenn er hier zur Regierungserklärung einer Großen Koalition gesprochen hätte; dann hätte er ja in vielen Dingen etwas ganz anderes sagen müssen. — Herr Dr. Lenz, Sie haben völlig recht. Allerdings hätte Heinz Kühn dann auch zu einer ganz anderen Regierungserklärung gesprochen!

(Sehr wahr! und Beifall bei der SPD)

Er hätte also zu einer ganz anderen Regierungserklärung

(Bessel (SPD): Dann hätte er sie aber selber abgegeben!)

und nicht zu dieser Ansammlung mehr oder weniger bekannter Sätze aus alten Regierungserklärungen gesprochen, bei denen man sich hernach bei der Ernennung verschiedener Sachfragen zu Schwerpunkten des Regierungsprogramms fragt, ob es eigentlich noch irgend etwas in diesem Lande gibt, was noch nicht Schwerpunktprogramm dieser Landesregierung Meyers ist.

Wir hätten also zu einer Regierungserklärung, die unter unserer Mitverantwortung zustande gekommen (B) wäre, von einer anderen Basis und deshalb auch mit anderen Zielpunkten sprechen können, als wir das getan haben.

Lassen Sie es mich noch an einem Beispiel sagen! Ich weiß nicht, ob Ihnen aufgefallen ist, Herr Kollege Dr. Lenz, — wir wollen uns ja gelegentlich auch gegenseitig hilfreich sein —

(Heiterkeit)

daß Sie in zwei Sätzen nacheinander folgendes gesagt haben: zuerst, die SPD habe die und die Sachforderung zum Beispiel im kulturpolitischen Bereich gar nicht gestellt, und daß Sie im Anschluß daran — einen Satz später — gesagt haben, da hätten wir allerdings recht, Sachgespräche seien noch nicht geführt worden. Wie können Sie, Herr Dr. Lenz, so tun, als hätten wir in der Sache bereits aufgegeben und als sei es uns um die Regierungsbeteiligung um jeden Preis gegangen, wenn die Gespräche zu einem Zeitpunkt abgebrochen wurden, bevor überhaupt zwischen den Parteien das Gespräch über die entscheidenden Sachfragen dieses Landes stattgefunden hat?

(Sehr gut! bei der SPD)

Lassen Sie mich ein Drittes sagen! Ich wundere mich, daß wir hier heute morgen über 50,5 oder 49,5 Prozent reden. Wenn Sie, Herr Dr. Lenz, die Frage ständig auf das Verhältnis 101 zu 99 zurückführen — wir selber glauben: 100 zu 99; wir haben das hier mitbekommen: es waren 100 zu 99 —, dann ist das doch nicht das Problem! Es ist doch nicht das Problem, mit welcher Stärke oder mit welcher Schwäche Sie regieren, sondern unsere Sorge um die demokratische Entwicklung dieses Landes hängt damit zusammen, daß hier eine Regierungsbildung zustande gekommen ist, in der die Korrekturen, die der Wähler vorgenommen hat, nicht berücksichtigt sind,

(Beifall bei der SPD)

sondern in der man an diesen Korrekturen des Wählers vorbei, d. h. an Zehntausenden und Hunderttausenden von Menschen vorbei, zu einer Regierungsbildung kommt, weil sie nach dem Kleinen Einmaleins in der Tat gerade noch soeben möglich ist. Man macht die Korrekturen aber nicht, obgleich der Wähler dieser Regierung Mandate abgenommen hat, obgleich er den Parteien, die diese Regierung tragen — oder der größten Partei, die diese Regierung acht Jahre lang gestellt hat —, eine Abfuhr erteilt hat, und zwar eine deutliche Abfuhr, von der der jetzige Ministerpräsident in der Wahlnacht gesagt hat, er sei der einzige Verlierer dieser Landtagswahl. Ich hätte daran angeschlossen, Herr Dr. Lenz, und hätte gesagt: Dann bin ich auch der einzige, der in diesem Lande die Regierung n i c h t bilden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich sie dann doch bilde, meine Damen und Herren von der CDU, dann komme ich aus der Geste des fairen Verlierers, der sich selber als fairer Sportler vor dem Fernsehschirm bezeichnet, vierzehn Tage später in die nicht glaubhafte Rolle eines Winkelrieds, der erst einmal die Lanzen auf sich zieht, um dann zu sehen, wie er nachher durch die Gasse der Regierungsbildung wieder auf die Regierungsbank heraufkommt. Das ist das Problem, mit dem wir uns beschäftigen — nicht das mathematische, nicht die Frage, ob uns in Essen 353 und ob uns zum hundertsten Mandat, nämlich zum ersten Listenmandat, 742 Stimmen fehlen, sondern an wie vielen Wählern Sie hier vorbeiregieren, die durch ihr Votum gesagt haben: Wir wollen einen Wechsel.

Dabei spielt eine Rolle — ich gestehe, daß es ein besonderes Problem meiner politischen Freunde und eines meiner besonderen Probleme ist — die Frage, ob und in welchem Umfang auf diese Weise Menschen, die aus der Wahlmüdigkeit wodurch auch immer herausgeholt worden sind, in die Resignation hineingeraten sind und hernach sagen: Es hat ja doch keinen Zweck mit dieser parlamentarischen Demokratie, irgendwo kungeln die dann doch weiter.

Es geht um die Annahme der Korrekturen durch den Wähler, der der Souverän dieses Staates ist. Es geht nicht um das, was n o c h möglich und was a u c h möglich ist. Es geht um den Vorrang der staatsbürgerlichen Verantwortung vor unserer — unser aller — kleinen und kleinräumigen Mathematik. Von daher bitten wir zu hören, was wir Ihnen heute und was wir Ihnen in den letzten Wochen gesagt haben und was wir in Zukunft sagen werden.

Lassen Sie mich noch eines hinzufügen, Herr Dr. Lenz! Sie haben gesagt, wir könnten es nicht hinwegreden — so ähnlich haben Sie es formuliert; wir hatten es auch gar nicht vor —, daß vor vier Jahren die DFU 2 Prozent der Stimmen gehabt habe und daß sie jetzt nicht kandidiert habe. Herr Kollege Dr. Lenz, da haben Sie sicher gedacht: Damit tue ich denen aber weh! Und Sie sind auf jenes Zitat zurückgegangen, das von Ihnen einmal im „Spiegel" stand und von dem ich behaupten möchte, daß es nicht Ihr bestes und nicht Ihr niveauvollstes war und das der Herr Kollege Kühn soeben zitiert hat.





Aber unabhängig davon, ob es DFU-Wähler gibt, die auch SPD wählen — ich kenne sogar welche, die noch ganz anders wählen —, oder ob es die NPD gibt oder nicht gibt, ob sie antritt oder nicht antritt — ich glaube, die NPD ist nicht nur eine Gefahr für die FDP sondern für alle staatstragenden politischen Parteien —, lassen Sie sich eines sagen: Es gibt in den extremen Parteien an der Linken und an der Rechten unseres staatlichen Lebens Menschen — und ich weiß, daß viele junge Menschen darunter sind —, die nicht wegen einer Affinität gegenüber den Parolen der Extremen in diese Richtung und zu diesem Wählervolk gekommen sind, sondern die dahingekommen sind, weil sie daran zweifeln, daß wir, die Männer und Frauen der in den Parlamenten vertretenen Parteien, genug Redlichkeit, genug Verantwortungsbewußtsein, genug Verantwortung gegenüber allen Bürgern haben oder ob wir unsere eigenen Pfründen suchen.

Meine Damen und Herren, wie immer die Regierungsbildung ausgegangen sein mag und wie lange sie dauert — wir haben keine Zeit zu Prophezeiungen; wir brauchen die Zeit, um eine andere Regierung zu schaffen —, wie immer die Regierungsdauer dieser Koalition sein mag: es wird lange Zeit brauchen und mehr als die zwei Millionen D-Mark, die wir in der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle jährlich ausgeben, bis wir diese verdrossenen, diese enttäuschten Wähler wieder an unsere, das (B) heißt an die Seite der demokratischen Parteien gebracht und bis wir ihnen klar gemacht haben, daß das, was sich in diesen Tagen und Wochen in Düsseldorf abgespielt hat, etwas anderes war als der Kuhhandel, gegen den man mit extremen Formulierungen ankommen kann. Lassen Sie mich das sowohl zur Linken als auch zur Rechten sagen! Wir werden uns in einer Reihe von Jahren, wenn wir die Wahlbeteiligung zu überprüfen haben, alle danach fragen müssen, inwieweit wir an der Wahlmüdigkeit mitschuld sind. Ich behaupte, daß nicht der 10. Juli, aber das, was auf den 10. Juli folgte, die Wahlmüdigkeit in diesem Land erhöht hat. Und das strahlt in die anderen Bundesländer aus, und das tangiert die demokratische Ordnung unseres Staates.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Dr. Lenz war so freundlich, die Regierungsmannschaft der SPD im Zusammenhang mit den 99 Direktmandaten und den Listenmandaten der Mitglieder der jetzigen Landesregierung zu erwähnen. Ich bin ihm dafür dankbar, denn mir gibt das Gelegenheit, auch hier und vor der Öffentlichkeit einmal zu sagen, daß wir — und zwar nicht nur die, die schon acht Jahre hier sind, sondern auch die, die dazugekommen sind — dankbar sind für das, was diese unsere Freunde aus der Regierungsmannschaft hier in Jahren und Jahrzehnten in diesem Plenum und in den Ausschüssen geleistet haben.

(Beifall bei der SPD — Dr. Lenz (CDU): Wo sind sie geblieben!)

— Wo sie geblieben sind, ist nicht so wichtig. Die Frage ist, daß und wann sie wiederkommen.

Ich glaube, daß es auch das Werk dieser Männer ist, daß wir 99 Direktgewählten hier sitzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Im übrigen ist es keine Schande, Minister ohne Landtagsmandat zu sein. Das haben der Kultusminister und der Bauminister in den letzten vier Jahren bewiesen. Darum ging es auch gar nicht. Heinz Kühn hat nicht davon gesprochen, wer hier ein Mandat hat und wer kein Mandat hat, sondern wen Sie mit diesen Mandaten vertreten. Dazu ist zu sagen, daß die Wähler von Köln, Düsseldorf, Duisburg, Mülheim, Essen und Wuppertal — und gehen Sie die Städte durch! — in Ihren Fraktionen unterrepräsentiert und auf der Regierungsbank überhaupt nicht repräsentiert sind. Das war das Thema, zu dem Heinz Kühn gesprochen hat.

(Dr. Lenz (CDU): Sie müssen die Verfassung lesen! — Zuruf von der CDU: Im Münsterland hätten Sie auch nicht einen!)

— Das schaffen wir, das kommt!

(Beifall bei der SPD — Lachen bei den Regierungsparteien)

— Herr Kollege Lenz — entschuldigen Sie, wenn ich mich mit Ihnen etwas beschäftige, aber Sie haben ja auch eine längere Rede gehalten —, Sie haben hier erstaunliche Dinge gesagt. Ich wußte nicht, ob Sie Historiker sind; jetzt weiß ich, Sie sind es nicht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben gesagt, Sie hätten vier Jahre hier von der Opposition nichts gehört. Manchmal haben Sie sogar versucht, sie zu überschreien, Herr Dr. Lenz. „Butter bei die Fische"! Erinnern Sie sich?

(Zuruf von der CDU)

— Nein, nicht nur die Kehlköpfe, auch die Köpfe. Sie haben gesagt, neunzig Prozent aller Abstimmungen hier seien einheitlich gewesen. Anschließend haben Sie gesagt, die SPD möchte nun endlich mit Sachgerechtigkeit beginnen — nachdem wir neunzig Prozent dessen zugestimmt haben, was in den letzten vier Jahren hier stattgefunden hat.

(Dr. Lenz (CDU): Wir haben gute Politik gemacht!)

— Herr Dr. Lenz, Sie irren immer, wenn Sie anfangen, zu zensieren. Das ist nicht schlimm, das kann dem einen oder anderen passieren. Aber die zehn Prozent, in denen wir in diesem Hohen Hause nicht übereingestimmt haben, werden in den kommenden vier Jahren die Sachgebiete bezeichnen, über die wir miteinander reden. Das sind die Probleme der Wirtschaftspolitik, der Struktur-, der Energie- und der Bildungspolitik.

Lassen Sie mich dazu noch etwas sagen! Sie haben fünf Punkte zur Kulturpolitik in diesem Lande genannt. Ich habe dazu einige Rückfragen. Sie haben gesagt, Sie respektierten das Elternrecht. Herr Kollege Möller hat für die FDP-Fraktion nochmals bestätigt, er respektiere auch das Elternrecht. Wenn Sie in den Akten nachlesen, wer-

(A) den Sie feststellen, daß der Herr Kollege Sonnenschein recht hatte, als er an dieser Stelle vor zwei Jahren sagte: Mit dem Elternrecht ist das so eine Sache; man zitiert es immer, wenn es einem paßt. — Unterschrift: Sonnenschein, CDU.

Ich frage: Was ist denn Elternrecht? Wie wollen Sie das Elternrecht feststellen, und worauf soll sich Elternrecht beziehen? Gelten hier naturrechtliche Positionen? Gelten hier die Positionen, wie sie im Grundgesetz angesprochen sind? Wollen Sie Kriterien aus anderen Ländern übernehmen? Und — das ist viel wichtiger — wie wollen Sie denn das Elternrecht in diesem Lande endlich einmal abgrenzen gegen das längst zu kurz gekommene Recht des K i n d e s in diesem Lande?

(Lebhafter Beifall der SPD)

Wie wollen Sie dieses Elternrecht gegen das Recht des Lehrers abgrenzen, von dem Edo Osterloh gesagt hat, daß es gleichrangig neben dem Recht der Eltern und des Kindes stehe? Wie wollen Sie der Gesellschaft zu den Rechten verhelfen, deren sie im Bereich der Bildung bedarf?

Sie haben als zweites gesagt, man wolle die Eltern nicht reglementieren, sondern überzeugen. Ich kann nur sagen: die Sache mit Ikarus und Lilienthal, die Herr Professor Mikat hier einmal zitiert hat, ist immer noch richtig. Sie haben doch — dafür geben die Debatten, die FDP und SPD, in den letzten vier Jahren die SPD allein, zur Schulpolitik geliefert haben, ein beredtes Zeugnis — jahrelang verhindert, daß die Eltern von der Vorzugswürdigkeit der Gemeinschaftsschule als Regelschule über-
(B) zeugt wurden. Sie haben doch Barrieren gebaut, Sie haben es abgelehnt, die Landesverfassung zu ändern, Sie haben es abgelehnt, die Schulgesetze zu ändern. Jetzt kommen Sie mit Formulierungen, die so allgemeiner Art sind, daß man sie zusammenfassen muß: „Wenn ja, dann nein, sonst eben nicht." Das können Sie daran erkennen, daß der Herr Kollege Möller hernach nicht sagte: Die Regierungserklärung meint das und das, sondern sagte: So verstehen wir jedenfalls die Regierungserklärung. Ob die Regierung sie auch so versteht, hat sie nicht gesagt. Ob Sie, die CDU, sie auch so verstehen, haben Sie uns verschwiegen.

Wir fragen: Wann ändern Sie die Landesverfassung? Wann nehmen Sie die Anträge an, die Sie der SPD in den letzten vier Jahren abgelehnt haben? Und wann kommen wir hier endlich zu einem Schulwesen, das nicht mehr zehn Jahre zurück, sondern mindestens zehn Jahre nach vorne blickt? Das heißt, auf Ihren dritten Punkt bezogen: Wann wollen Sie denn anfangen, die ideologischen Schwierigkeiten abzubauen? Und ist es denn wirklich so, daß diese ideologischen Schwierigkeiten nur bei den armen Eltern bestehen, oder haben Sie mitgeholfen, diese ideologischen Schwierigkeiten zu verfestigen?

(Beifall bei der SPD)

Denken Sie doch daran, meine Damen und Herren, was Sie zu unseren Anträgen zur Neuordnung des ländlichen Schulwesens gesagt haben, als Sie erklärten, mit so revolutionären Anträgen ließen Sie das Schulwesen nicht auf den Kopf stellen! Was heißt denn „Primat der Sachgerechtigkeit" angesichts einer Schulpolitik, die sich, unterbrochen durch gelegentliche Spähtrupps, die der Herr Kultusminister allein veranstaltete, darauf beschränkte, sich in den Schützengräben der einmal in den Zeiten vor Weimar bezogenen Positionen festzusetzen und sich dort nur gelegentlich mit Mühe und Not herauszuhauen zu lassen? Was heißt das denn in einer Zeit, in der Sie bis zum Jahre 1966 innerhalb von drei Jahren 80 Millionen DMark für Zwergschulen ausgegeben haben? Was ist denn dann die Erklärung, Sie wollten nun das ländliche Schulwesen großzügig ausbauen? Sie ist nichts als Papier, und wenn sie nicht nur Papier ist, dann ist sie mindestens eine um Jahre zu spät gekommene Erklärung, für die wir heute im Landeshaushalt Zins und Zinseszinsen zu zahlen haben.

(Zustimmung bei der SPD — Möller (FDP): Vor zehn Jahren hatten wir die Regierung Steinhoff/Weyer! Sie sagen immer: „Vor zehn Jahren"; warum ist es damals nicht gemacht worden? Da hatten wir die Regierung Steinhoff/Weyer!)

— Steinhoff/Luchtenberg!

(Möller (FDP): Ich kann es Ihnen mal privat sagen!)

— Das kann ich Ihnen auch sagen.

(Möller (FDP): Weil S i e es nicht wollten!)

— Ja, sicher, das wird so sein, daß die FDP auch bei der SPD das war, was sie bei der CDU ist, wie ich gelesen habe: das Benzin, ohne das das Auto nicht läuft. Das Auto ist die CDU, das Benzin ist die FDP, so habe ich gelesen. Das ist wunderbar. Wenn aber das Benzin einmal zu brennen anfängt, dann — —

(Möller (FDP): Brennt ja gar nicht!)

— In der Tat, es ist Zucker drin!

Meine Damen und Herren, was heißt denn — ich komme zum fünften Punkt dessen, was Herr Kollege — —

(Innenminister Weyer: Der Frage ist er ausgewichen! — Widerspruch bei der SPD)

— Als jemand, der 1958 in den Landtag gewählt worden ist, kann ich doch nicht eine Frage beantworten, die an Sie als ein Mitglied der damaligen Regierung gerichtet worden ist!

(Lebhafter Beifall der SPD — Groß (SPD): Das wissen Sie doch ganz genau, Herr Kollege Weyer! — Zuruf des Innenministers Weyer)

Meine Damen und Herren, ich spreche diese Dinge an,

(Jahnke (SPD): Jetzt wird es wohl unangenehm?)

damit deutlich ist, daß die Vokabeln, die wir hier gehört haben, nicht nach der Quantität, sondern nach der Qualität gemessen werden und daß wir die Regierungserklärung erst dann glauben, wenn wir die Mittelpunktschulen dort sehen, wo Sie heute noch Kleinschulen und Zwergschulen finanzieren; daß wir die Beruhigung im Schulwesen erst dann glauben, wenn die Erlaßpolitik aufhört, daß wir die Entkrustung der weltanschaulichen Gegensätze erst dann glauben, wenn FDP und CDU das Ersatz-





(A) schulfinanzgesetz ändern, dessen Beträge von 1 Million DMark im Jahre 1950 auf über 100 Millionen DMark im Jahre 1966 gestiegen sind.

Auch wir sind der Meinung, daß das Wort „Heuchelei" kein schönes Wort ist, Herr Dr. Lenz; aber es ist uns lieber, ein solches Wort steht als Kritik in einem parlamentarischen Protokoll, als daß wir eine Regierungserklärung vorgelegt bekommen, die solchen Geist atmet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

— Wir nehmen gern den Hinweis an unser Erinnerungsvermögen entgegen. Aber dieses Erinnerungsvermögen wird trotz aller Vernebelungsversuche auch die vielfachen Bemühungen registrieren, so zu tun, als sei die SPD zu schwach, zu unfähig, zu unwillig und als sei hier etwas anderes im Gange als eine Aussperrung der größten Fraktion, weil man der Infektion erlegen ist, sich selber mit dem Staat zu identifizieren.

Meine Damen und Herren, wir gehen aus dieser Debatte, die wir fortzusetzen bereit und imstande sind — Herr Kollege Pürsten, ich freue mich darauf —, nicht überzeugt heraus. Wir meinen, daß der Hinweis darauf, daß die FDP zu klein sei zum Regieren

(Möller (FDP): Dazu sind wir groß genug!)

— zum Regieren groß genug, aber zum Opponieren zu klein! —, daß das alles Argumente sind, die man durch andere hätte ersetzen können. Wir meinen, daß der Hinweis, die SPD habe es ja nicht geschafft — siehe
(B) Regierungserklärung des Ministerpräsidenten! —, einen Mangel an Geschmackssicherheit zeigt, den wir bedauern.

Und Herr Kollege Dr. Lange, wir machen uns nicht Ihre Sorgen. Wir zerbrechen uns nicht den Kopf für die FDP über die Frage, ob sie ein Anhängsel der CDU ist oder nicht. Die Antwort auf diese Frage können Sie durch die augenblicklichen Vorfälle und Vorgänge in Ihrer eigenen Partei bekommen.

Aber, meine Damen und Herren von der FDP, tun Sie nicht so — das werden Sie mir als jemandem, der immer einer liberalen Koalition in diesem Lande das Wort geredet hat, abnehmen —, als sei die SPD angetreten, um die Liberalen zu töten!

(Tornau (FDP): Das haben Sie doch gesagt!)

— Das ist nicht gesagt worden, sondern es ist gesagt worden, Herr Kollege Tornau: Wer dieses Schauspiel gesehen hat,

(Zuruf von der SPD: Genau!)

der kann verstehen, daß die Zahl der Anhänger des Mehrheitswahlsystems unter uns zunimmt, bis eines Tages keine anderen mehr da sind.

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich wünsche kein Zweiparteiensystem in der Bundesrepublik, solange die Neigung des Bürgers, weltanschaulich zu wählen, bei uns noch erhalten bleibt und solange die Sachfragen nicht im Vordergrund stehen. Aber das bedeutet dann auch, daß alle Parteien gleiche Manövrierfähigkeit haben müssen, und das bedeutet dann auch, daß man sich Wahlkämpfe sparen kann, wenn man sich vorher auf das festgelegt hat, was keinesfalls in Frage kommt.

Ist denn keinem unter Ihnen, meine Damen und Herren, aufgefallen, daß nun wirklich die Sachfragen nicht diskutiert worden sind, daß wir den ganzen Morgen über das redeten, was mathematisch möglich ist?

(Zuruf rechts)

— Ich meine die Koalitionsverhandlungen, Herr Kollege. Wir sind nicht dazu da, Ihnen heute eine bessere Regierungserklärung vorzulegen, wenn Sie uns einen Warenhauskatalog bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es in diesem Land zu einer sozialdemokratisch geführten und bestimmten Regierung gekommen wäre, hätten Sie eine Regierungserklärung bekommen, an der Sie diese Kritik nicht hätten üben können.

(Beifall bei der SPD — Oh-Rufe bei der CDU — Pürsten (CDU): Ausgesprochen bescheiden!)

— Wir hatten sie fertig, Herr Pürsten; die war gut!

Meine Damen und Herren, ich habe den Versuch gemacht, auf einem Feld, auf dem ich in den letzten Jahren besonders gearbeitet habe, Rückfragen zu stellen: Wir warten auf die Veränderungen der Landesverfassung und auf die Veränderungen der Schulgesetze. Wir werden diese Veränderungsvorschläge sachlich prüfen und dann entscheiden, ob sie unseren schulpolitischen Vorstellungen entsprechen. Allerdings werden Sie in dieser Situation mit unseren Kompromissen sicher nicht mehr rechnen können, sondern dann müssen es unsere schulpolitischen Vorstellungen sein.

Wir sind im übrigen der Meinung, daß der Wille des Wählers, der bei dieser Wahl jenseits aller Mathematik nicht recht gesehen und falsch interpretiert worden ist, dem Wähler selber so bald wie möglich zur Revision zugestanden werden sollte und daß er als der Souverän nicht nur das letzte, sondern in diesem Lande auch ein baldiges Wort haben sollte.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Kühn von der Fraktion der SPD.

**Kühn** (SPD): Herr Dr. Lange hat die Dramatik dieser Debatte vermißt oder zumindest geglaubt, daß die Öffentlichkeit eine solche Dramatik erwarte. Nun, wer etwa geglaubt hat, daß sich die Debatte hier in eine Schlägerei verwandeln würde,

(Zuruf von der CDU: Das hat keiner geglaubt!)

der kann von der Debatte enttäuscht sein. Ich will nicht sagen, daß Herr Lange sie erwartet hätte. Aber was hat man denn an Dramatik anderes erwartet als die innere Dramatik der Situation, die geschaffen worden ist und die hier sehr wohl ihren Ausdruck gefunden hat? Was wollen Sie denn an äußerer, theatralischer Dramatik haben?

(A) Wer nach ordnungsgemäßem Studium die staatliche Abschlußprüfung bestanden hat, wird von der Ingenieurakademie zum Ingenieur und von der Wirtschaftsakademie zum Betriebswirt graduiert. Er erhält eine Urkunde, die ihn berechtigt, die Bezeichnung „Ingenieur (grad.)" oder „Betriebswirt (grad.)" zu führen.

Das Studium an den öffentlichen Ingenieurakademien und an den öffentlichen Wirtschaftsakademien ist laut § 5 unentgeltlich.

Staatliche Ingenieurakademien und staatliche Wirtschaftsakademien werden vom Lande im Rahmen der Organisationsgewalt der Landesregierung errichtet. Nichtstaatliche Ingenieurakademien und nichtstaatliche Wirtschaftsakademien bedürfen der Genehmigung des Kultusministers. Sie ist zu erteilen, wenn für die Errichtung der Bildungsstätte ein Bedürfnis besteht und wenn sie nach den Anforderungen, die im Lande Nordrhein-Westfalen an eine staatliche Ingenieurakademie oder eine staatliche Wirtschaftsakademie gestellt werden, als gleichwertig anzusehen sind.

Auf Grund des § 8 können für Personen, die sich auf andere Weise als durch das Studium an einer Ingenieurakademie oder einer Wirtschaftsakademie vorbereitet haben, Externenprüfungen durchgeführt werden.

Nach einer Übergangsvorschrift — § 9 — erhalten mit Inkrafttreten des Gesetzes alle bestehenden öffentlichen Ingenieurschulen den Status von Ingenieurakademien und alle bestehenden öffentlichen Höheren Wirtschaftsfachschulen den Status von Wirtschaftsakademien. Private Ingenieurschulen und private Höhere Wirtschaftsfachschu-
(B) len, die bei Inkrafttreten des Gesetzes bestehen, können diesen Status auf Antrag vom Kultusminister im Verwaltungswege erhalten, wenn sie nach den Anforderungen, die im Lande Nordrhein-Westfalen an eine staatliche Ingenieurakademie oder eine staatliche Wirtschaftsakademie gestellt werden, als gleichwertig anzusehen sind.

Der Besitzstand privater Ingenieurschulen, die zur Zeit auf Grund von Verwaltungsvorschriften befugt sind, zum Ingenieur zu graduieren, wird gewahrt.

Der Gesetzentwurf enthält Verbotsnormen, nach denen verhindert werden soll, daß die Bezeichnungen „Ingenieurakademie", „Wirtschaftsakademie", „Ingenieur (grad.)" und „Betriebswirt (grad.)" von Unbefugten verwendet werden. — In diesem Zusammenhang noch einmal: mein Hinweis auf das Mißgeschick der Druckerei. — Ein Verstoß gegen diese Verbotsnorm soll als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können.

Im übrigen nehme ich auf den Inhalt der Ihnen vorliegenden Drucksache nebst Begründung Bezug.

Meine Damen und Herren! Ich darf auf ein Problem allerdings hier noch besonders eingehen, wenn auch nur stichwortartig, das uns sicherlich bei den Beratungen im Kulturausschuß beschäftigen wird. Das ist die Frage der künftigen Rechtsstellung der **Werkkunstschulen**. Ich darf deshalb darauf hier eingehen, weil ich bereits in einer Sitzung des Kulturausschusses der vergangenen Legislaturperiode einmal auf die Notwendigkeit einer Überprüfung dieses Status hingewiesen habe. Wir haben die Werkkunstschulen in den vorliegenden Gesetzentwurf noch nicht aufgenommen. Ich persönlich darf aber davon ausgehen, daß wir hier zu einer positiven Meinungsbildung hinsichtlich des Akademiestatus für die Werkkunstschulen kommen werden. Denn auch die Werkkunstschulen haben analog den Ingenieurakademien, den jetzigen Ingenieurschulen, einen solchen Ausbildungsstatus erreicht, daß die inneren Merkmale, die uns zur Umwandlung der Ingenieurschulen im vorliegenden Gesetzentwurf veranlassen, wohl auch auf die Werkkunstschulen unseres Landes applizierbar sind.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Ersparen Sie mir nähere Ausführungen etwa über Aufbau, Organisationen und Niveau unserer Werkkunstschulen im Lande! Ich meine, wir sollten diesen Punkt ebenso mitberaten wie die Frage der übrigen höheren Fachschulen, die im Lande existieren. Bei den letzteren wird allerdings oft schon auf Grund der Gesamtsemesterzahl eine andere Situation gegeben sein als bei unseren Werkkunstschulen oder bei den Ingenieurschulen und höheren Wirtschaftsfachschulen.

Ich wollte nur der Vollständigkeit halber dieses Problem als für die Beratungen im Ausschuß besonders wichtig hinstellen. Wenn wir also im vorliegenden Gesetzentwurf diese Frage noch nicht aufgenommen haben, so nicht etwa darum, weil wir sie vergessen hätten, sondern weil wir glaubten, daß dieser Fall noch einmal sehr sorgfältig auch in den Ausschußberatungen erörtert werden sollte. Wir haben ja früher schon einmal darüber im Kulturausschuß gesprochen.

Meine Damen und Herren! Ich kann abschließend feststellen, daß der in der Drucks. Nr. 72 enthaltene Gesetzentwurf, soweit eine gesetzliche Regelung rechtlich geboten ist oder für zweckmäßig gehalten wird, dem eingangs zitierten Beschluß des Landtages vom 24. Mai 1965 entspricht. Die unmittelbaren Kosten, die aus der Durchführung des Gesetzes voraussichtlich entstehen werden, betragen eine knappe Million und beruhen im wesentlichen auf der Verlängerung der Ausbildungsdauer an den jetzigen höheren Wirtschaftsfachschulen oder spräch künftig: Wirtschaftsakademien.

Ich bitte das Hohe Haus, die Drucks. Nr. 72 dem Kulturausschuß zur Beratung zu überweisen.

(Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich danke Ihnen, Herr Minister. Ich darf also nochmals darauf hinweisen, daß **in der Drucks. Nr. 72 auf der letzten Seite unter der Überschrift „Zu § 10", das Wort „vereinbart" durch das Wort „verhindert" ersetzt** wird.

Ich eröffne die Beratung in erster Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Rau von der SPD-Fraktion erbeten.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich auch bei den **Druckfehlern** beginnen! Im Entwurf § 2 Abs. 2: Der Studiengang umfaßt Lehrvorträge — und nicht: Lehrverträge. Auch das sollte entsprechend geändert werden.

Es ist jetzt nicht unsere Aufgabe, hier im einzelnen zu dem Entwurf zu sprechen, den der Herr Kultusminister eingebracht hat, zumal ja bereits in der vergangenen Wahlperiode des Landtags Anlaß bestanden hat, sich mit dem Problem zu beschäftigen, das wir nun im Kulturaus-

(A) schuß beraten werden. Der Herr Kultusminister hat richtig darauf hingewiesen, daß der Landtag die Landesregierung aufgefordert hat, einen solchen Entwurf vorzulegen. Er hat nicht erwähnt — um der Geschichtsschreibung willen darf ich das hier noch hinzufügen —, daß meine Kollegen Blassat und Holthoff vorher, am 28. Januar 1965, bereits durch eine Kleine Anfrage in der gleichen Richtung aktiv geworden waren, daß d a n n die Initiative der CDU- und FDP-Fraktion in Form eines Antrages kam, daß aber das Gesetz dann nicht vorgelegt wurde, sondern durch eine erneute Kleine Anfrage meines Kollegen Blassat noch einmal nachgestoßen werden mußte. Damals ging es um die Probleme der bundeseinheitlichen Regelung, von der der Herr Kultusminister gesprochen hat und von der wir glauben, daß sie nicht ausreichend ist; wir hätten sie uns noch einheitlicher vorstellen können, als sie nun ist.

Wir stimmen aber dem zu, was der Herr Kultusminister über die Bedeutung dieses Gesetzes gesagt hat, vor allem im Hinblick auf den EWG-Bereich, auf die Freizügigkeit, auf das Niederlassungsrecht, auf die Graduierungsprobleme und all das, was hier angesprochen wird. Das im einzelnen nur deshalb zu wiederholen, weil wir es auch meinen, scheint mir nicht richtig zu sein.

Erlauben Sie mir, daß ich in der verabredeten kurzen Redezeit nur auf fünf Punkte eingehe, die uns von grundsätzlicher Bedeutung für dieses Gesetz zu sein scheinen!

Der erste Punkt ist die Aufnahme des Stichworts **„Werkkunstschulen"**, das Sie, Herr Minister, hier angesprochen haben. Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß der Kulturausschuß nicht nur kritisch, sondern auch wohlwollend diese Frage überprüfen sollte und daß die Werkkunstschulen in unserem Lande einen Status haben, der uns wohl berechtigt anzunehmen, daß sie in den Bereich, den wir hier in ausführlichen Beratungen erörtern werden, aufgenommen werden sollten. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß wir uns zu überlegen haben, ob wir durch einen solchen Status nicht Engpässe, Flaschenhälse hinsichtlich der Lehrtätigkeit an diesen Instituten schaffen. Sie, Herr Minister, wissen, daß wir beim Lehrerausbildungsgesetz Regelungen gefunden haben, die für den Bereich der Werkkunstschule bisher jedenfalls nicht befriedigend sind, und daß wir, wenn wir nun die Werkkunstschule in diesen Bereich hineinnehmen, nicht die Anhebung dadurch teuer bezahlen dürfen, daß wir die Zugänge zur Werkkunstschule für qualifizierte künstlerische Lehrkräfte noch stärker erschweren, als das vorhin schon der Fall ist auf Grund der Tatsache, daß so viele noch im Angestelltenstatus bleiben müssen.

(B)

Lassen Sie mich diesen Gedanken noch ein wenig weiter ausführen und sagen, daß wir Wert darauf legen zu prüfen, in welchen übrigen Bereichen sich inzwischen der gleiche Strukturwandlungsprozeß vollzogen hat wie bei den bisherigen Ingenieurschulen und den kommenden Ingenieurakademien! Das bedeutet, daß wir überprüfen müssen, ob nicht z. B. die Höhere Fachschule für Sozialarbeit ebenso wie die Höhere Wirtschaftsfachschule von ihrem Niveau, von ihrer Struktur, von ihren Bildungszielen und Bildungsinhalten her in den Bereich dieses Gesetzes aufgenommen werden müßten und für welche übrigen Bereiche das gilt. Das wird bedeuten, daß wir uns ausführlich mit den Fragen zu beschäftigen haben und daß wir ausführlich nicht nur die Interessenten und die Interessierten, sondern auch die Fachleute im Kulturausschuß werden hören müssen, sowohl bezüglich des Personenkreises, der bereits im jetzt vorliegenden Entwurf angesprochen ist, wie auch hinsichtlich desjenigen, der sich durch den Entwurf ausgeschlossen fühlt. Daß dabei Probleme bestehen, daß dabei unterschiedliche Auffassungen auch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen werden, verkennen wir nicht. Doch glauben wir, daß dieser Gesetzentwurf der Anlaß sein wird, der grundsätzlichen Frage einmal nachzugehen und sie möglichst eindeutig zu beantworten.

Wir meinen deshalb, daß bei der Beratung dieses Gesetzes über die Ingenieur- und Wirtschaftsakademien das Ergebnis ein „Gesetz über Fachakademien im Lande Nordrhein-Westfalen" sein könnte, das die ganze Breite und das ganze Spektrum von Einrichtungen dieser Art umfaßt und das ihrer Struktur, eventuell durch Sondervorschriften, gerecht wird.

Das zweite, was ich hier ansprechen möchte, ist, daß wir bei dieser Gelegenheit miteinander darüber sprechen sollten, ob die Übergänge von den Ingenieurakademien, den Höheren Wirtschaftsfachschulen bzw. späteren Wirtschaftsakademien zu den wissenschaftlichen Hochschulen nicht breiter gestaltet und eindeutiger fixiert werden müßten, ob hier nicht eine stärkere Durchlässigkeit von der Ingenieurakademie beispielsweise zur Technischen Hochschule oder zum Studium der Volkswirtschaft, der Betriebswirtschaft usw. geschaffen werden könnte. Auch diesen Punkt werden wir zu überprüfen haben.

Das dritte ist die Frage, ob wir nicht miteinander darüber zu reden haben, wie das Selbstverwaltungsrecht der Dozenten- und der Studentenschaft zu klären ist. Der Herr Kultusminister hat darauf hingewiesen, daß das Gesetz bewußt Formulierungen enthalte, die viele Regelungen in den Ausführungsbestimmungen ermöglichten. Wir hoffen, daß dann nicht der Teufel im Detail stecken wird, sondern der Geist der akademischen Freiheit, auch im Detail der Durchführungsverordnungen und Erlasse, die auf dieses Gesetz folgen werden. Denn die Tatsache, daß ich in einem Gesetz sage, daß sich die Studentenschaft organisieren kann und dann nur noch der Genehmigung durch den Kultusminister bedarf, hat sich ja doch als außerordentlich problematisch erwiesen, seit wir feststellen mußten, daß es eine wirtschaftliche Fundierung der studentischen Selbstverwaltung nicht gibt, sondern daß in diesem Bereich gerade im Augenblick eine Krisensituation dadurch entstanden ist, daß es den Allgemeinen Studentenausschüssen nicht mehr gelingt, die Sozialbeiträge beizubringen. Wir werden auf dieses Problem, auf die Frage der Selbstverwaltungsrechte der Dozenten- und der Studentenschaft, eingehen. Wir glauben, daß der Geist der akademischen Freiheit noch stärker in diesen Gesetzentwurf hineingetragen werden muß, als er im Augenblick möglicherweise aus ihm herauszulesen ist.

Als viertes möchte ich ansprechen die Abgrenzung der Rechte und Pflichten der Dozenten an den angesprochenen Akademien gegenüber dem Lehrer an Schulen. Das wird gesetzliche Auswirkungen haben, wie ja überhaupt die Herausnahme aus dem Schulverwaltungsgesetz auch für das Lehrerausbildungsgesetz, für das Landesbeamten-





(A) gesetz usw. Konsequenzen hat. Auch hier möchten wir echte Dozentenschaft, möchten wir so viel akademische Freiheit, wie nur möglich ist.

Das fünfte und letzte, das ich hier ansprechen möchte, ist, daß wir meinen, die Frage der beruflichen Fortbildung der Ingenieure sollte uns, wenn wir die berufliche Ausbildung der Ingenieure besprechen, in einem Zeitalter des immer schneller werdenden Lebens, der immer schneller werdenden technischen Entwicklung beschäftigen.

Meine Damen und Herren, wir stimmen der Überweisung dieses Gesetzentwurfs an den Kulturausschuß zu und möchten hier vor aller Öffentlichkeit und in aller Deutlichkeit erklären, daß alle Personenkreise, die in den letzten Tagen und Wochen an uns herangetreten sind, ausreichende Gelegenheit zum Gespräch nicht nur im Kulturausschuß, sondern gewiß auch in den Fraktionen finden werden. Wir hoffen, daß am Ende der Beratungen dann ein Gesetz stehen wird, das nicht nur Strukturveränderungen, die vorhanden sind, fixiert, sondern das einen offenen Blick in die Zukunft eines Standes und einer Schicht richten wird, von der wir glauben, daß unser wirtschaftliches, unser soziales Schicksal auch von ihrer Qualität, von ihrer Einsatzbereitschaft, auch von dem, was wir ihr an Vorleistungen erbringen, abhängig ist. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Hofmann von der CDU-Fraktion.

(B) **Dr. Hofmann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion begrüßt es, daß die Landesregierung ihren Gesetzentwurf betreffend Ingenieurakademien und Wirtschaftsakademien, der in der Fünften Wahlperiode nicht mehr beraten werden konnte, heute erneut dem Landtag der Sechsten Wahlperiode unterbreitet. Die Frage des Status der Ingenieurschulen und im Zusammenhang damit die Frage des Status auch der Höheren Wirtschaftsfachschulen reicht ja, wie Herr Kollege Rau eben auch schon betont hat, weit zurück in die vergangene Wahlperiode. Sie stand auch, was ich hier betonen möchte, im Zusammenhang mit der Bundesgesetzgebung hinsichtlich des Schutzes der Berufsbezeichnung Ingenieur. Denn solange das nicht geschaffen war, konnten wir mit diesem Gesetz nicht aufwarten.

Ich will nun die Geschichte des Gesetzentwurfes nicht wiederholen. Aber, Herr Rau, wenn Sie eben sagten, Sie hätten von Ihrer Fraktion mit der Kleinen Anfrage Blassat nachstoßen müssen, so bezweifle ich doch, ob das notwendig war. Denn Sie haben ja damit nur die Antwort bekommen, daß die Regierung die Dinge vorbereitet. Wir alle nämlich mußten zur Kenntnis nehmen, daß gerade durch den Zusatz, den der Kulturausschuß in den ursprünglichen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion hineingenommen hatte, „unter Berücksichtigung der Vereinbarung der Kultusminister" die Dinge erschwert waren — allerdings in der guten Absicht, auch wirklich zu einer bundeseinheitlichen Regelung zu kommen. Deshalb war der Herr Kultusminister verpflichtet, zunächst alles zu versuchen, diese bundeseinheitliche Regelung zu erzielen. Wir begrüßen es aber, daß, nachdem sichtbar wurde, daß die bundeseinheitliche Regelung nicht hundertprozentig zu erreichen war, dann das Land Nordrhein-Westfalen nicht mehr auf sich warten ließ, sondern nun von sich aus initiativ vorging, wie es inzwischen ja auch Berlin getan hat.

Aber es erwies sich auch, daß das nicht die einzige Schwierigkeit war. Vielmehr tauchten — und darauf muß ich heute verweisen — zu unserm Bedauern noch weitere Schwierigkeiten auf. Das waren zunächst die Meinungsverschiedenheiten im Verein Deutscher Ingenieure selbst. Sie zu überwinden, war nicht Sache des Kultusministers, sondern war Sache der Ingenieure selbst, das heißt der Mitglieder des VDI, der Absolventen der Ingenieurschulen, ihrer Dozenten und ihrer Studierenden.

Zweitens gab es Bedenken bei den Industrie- und Handelskammern und bei den Handwerkskammern, wo man befürchtete, die gesamte Ausbildung sollte nun akademisiert, das heißt hochschulmäßig und damit praxisfern gestaltet werden und nicht, wie bisher, praxisnah bleiben. Wir legen deshalb Gewicht darauf, daß in dem neuen Status die Ausbildung praxisnah sich vollzieht und es deshalb einen Unterschied gibt zwischen einer Ingenieurakademie und einer Technischen Hochschule, zwischen einer Wirtschaftsakademie und einer WISO-Fakultät. Hier sind getrennte Aufgaben, und wir sollten uns auch im Kulturausschuß diese Bedingungen sehr genau vor Augen halten. Hier in diesem Bereich war es Aufgabe des Kultusministers, die Bedenken der öffentlichen Kammern auszuräumen, wie auch Landtagsabgeordnete aus Ihrer Fraktion und unseren Fraktionen verschiedentlich mit den Kammern gesprochen haben. Es geht ja nicht darum, grundsätzlich Neues zu schaffen, sondern darum, die Folgerungen aus dem Stand der Entwicklungen zu ziehen, die unsere Ingenieurschulen in unserem Lande erreicht haben, und dies auch äußerlich sichtbar zu machen, um den notwendigen Schritt zu tun in der Angleichung unserer Ingenieurausbildung an die Anforderungen des internationalen Wettbewerbs, wie wir es damals in der Begründung unseres Antrags schon ausgeführt hatten.

Schließlich kam nun die eben aufgeworfene Frage hinzu, ob der Status, der für die Ingenieurschulen gesetzlich zu fixieren ist, auch anderen höheren Fachschulen zu geben sei. Die Landesregierung hat sich entschlossen, auch den Höheren Wirtschaftsfachschulen, die den graduierten Betriebswirt ausbilden, diesen Status zu geben. Meine Fraktion bejaht das angesichts des inneren Ausbaues der Höheren Wirtschaftsfachschulen.

Im Kulturausschuß — und da gebe ich Ihnen recht, Herr Rau, — werden wir zu prüfen haben, ob das allein genügt oder ob man noch andere höhere Fachschulen einbeziehen soll. Hier tauchen Fragen pro und Fragen contra auf, die wir im einzelnen alle sorgfältig zu prüfen haben. Die Studenten sind ja hinsichtlich des Honnefer Modells schon gleichgestellt. Das war der Durchbruch, den wir mit dem Etat 1966 erreicht haben.

Meine Damen und Herren! Genau wie mein Vorredner möchte ich es mir versagen, heute auf Einzelheiten des Gesetzentwurfs einzugehen. Dazu wird im Kulturausschuß hinreichend Gelegenheit sein, der sich übrigens bereits darüber einig geworden ist, nicht nur, wie es eben hieß, die Betroffenen und Interessenten zu hören, sondern auch die Fachleute.

(Johannes Rau (SPD): Oft sind beide Gruppen identisch!)

— Manchmal, manchmal auch nicht!

(A) Franz Meyers und seine Freunde im Kabinett haben sich um unser Land verdient gemacht.

(Beifall bei der CDU und bei einem Teil der FDP)

Der Ministerpräsident, unsere Minister und die CDU-Landtagsfraktion werden auch weiterhin ihre Sachkenntnis, ihre Erfahrung und ihre ganze Kraft uneingeschränkt für das Wohl unseres Landes einsetzen. Dabei werden wir uns auch in Zukunft von keinem übertreffen lassen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Groß von der SPD-Fraktion.

**Groß** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lenz, ich glaube, es wäre des Augenblicks würdiger gewesen, hätten wir diese Abschiedsszene nicht erst gehabt. Es sollte Ihnen zu denken geben, daß die große Mehrzahl der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nach einer langen Aussprache in einer geheimen Abstimmung mit Mehrheit für eine Koalition SPD/FDP gestimmt hat.

(Beifall bei der SPD)

Das war eine würdige, der Geschichte dieses Hauses entsprechende Entscheidung, und diese Entscheidung werden Sie akzeptieren müssen.

Deswegen würde ich zum heutigen Tage sagen: Wir sind zusammengekommen, um einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Die Entscheidung liegt im vorliegenden Antrag der SPD Drucks. Nr. 146. Wir beantragen (B) die Wahl des Abg. Heinz Kühn.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lange von der FDP-Fraktion.

**Dr. Lange** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Lenz wird sicher nichts dagegen haben, daß ich auch die dritte Partei dieses Hauses zu den staatstragenden Parteien zähle, zumal sie lange gemeinsam mit der CDU-Fraktion diesen Staat und dieses Land mitgetragen hat.

(Zustimmung bei der FDP)

Zur Sache selbst, zum Antrag der SPD auf Wahl des Abgeordneten Heinz Kühn zum Ministerpräsidenten gibt die FDP-Fraktion folgende Erklärung ab:

Die FDP hat nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die Koalition mit der CDU fortgesetzt, um die aus CDU und FDP unter Bundeskanzler Erhard bestehende Bundesregierung über den Bundesrat zu stützen. Diese Voraussetzung ist durch die Auflösung der Bundesregierung und die Bildung der Großen Koalition in Bonn entfallen.

Die Düsseldorfer CDU bemühte sich für Nordrhein-Westfalen um ein Bündnis mit der SPD, wohlwissend, daß sie sich dadurch von ihrem eigenen Ministerpräsidenten Franz Meyers lossagte. Dadurch ergab sich für die FDP nunmehr eine veränderte Lage. Sie war jetzt frei, auch ihrerseits das Verhandlungsangebot der SPD über die Bildung einer neuen Landesregierung aufzunehmen.

Die Freien Demokraten sehen in der nordrhein-westfälischen Regierungsbildung eine Alternative zur Großen Koalition in Bonn.

Die Verhältnisse in unserem Lande erfordern weitgehende Struktur- und wirtschaftspolitische Entscheidungen. Die Freien Demokraten begrüßen es, daß diese Entscheidungen in Konkurrenz mit einer starken Opposition gefällt werden müssen.

Die Fraktion der Freien Demokraten schließt sich dem Dank an die bisherige Landesregierung und alle in ihr und mit ihr Tätigen in vollem Umfange an.

(Beifall bei der FDP)

Sie hätte diesen Dank ebenso ausgesprochen, wenn heute der Auftakt zu einer Großen Koalition geschaffen worden wäre.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident van Nes Ziegler:** Noch ist die alte Landesregierung nicht abgewählt,

(Zustimmung bei der CDU)

noch brauchen wir also nicht zu danken.

Das Wort hat Herr Abg. Rau von der SPD-Fraktion.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um der Legendenbildung vorzubeugen, möchte ich zu einem Argument, das Herr Kollege Dr. Lenz hier angesprochen hat, Stellung nehmen.

Herr Dr. Lenz, es ist nicht nur ein Irrtum sondern eine Unterstellung, wenn Sie eine Alternative aufzuzeigen versuchen zwischen den staatsmännischen Einsichten von Heinz Kühn und den Gefühlsregungen seiner Fraktion. Heinz Kühn und seine Fraktion gehören zusammen und haben gemeinsam eine Entscheidung gefällt, die nach Abwägung aller Gesichtspunkte nun von dieser ganzen Fraktion getragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind in diesem Parlament nicht dazu da, den Wählerwillen in Bayern und den Wählerwillen in Hessen zu vollziehen, sondern unser Auftrag ist, verspätet, leider verspätet, den klaren Wählerauftrag in diesem Lande vom 10. Juli nun endlich zu realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir teilen nicht — und das ist in vielen Gesprächen deutlich geworden — die Vorbehalte gegen eine Große Koalition. Das haben wir mit unseren politischen Freunden in Bonn in diesen Tagen bewiesen.

Wir teilen nicht die Meinung, Herr Kollege Dr. Lenz, „185 gegen 15" — ich zitiere — „das ist kein faires Spiel, wenn man von der staatspolitischen Konstruktion einer parlamentarischen Demokratie ausgeht, daß eine Opposition auch zahlenmäßig stark sein muß". Dieses Nein zur Großen Koalition mit der Begründung der allzu kleinen Opposition stammt in der Tat nicht von uns, sondern

(A) von Herrn Dr. Wilhelm Lenz am 1. August 1966 in diesem Hause.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie haben damals gesagt, daß eine Große Koalition ja praktisch den Verzicht auf die Opposition bedeute und daß Sie das auch in diesem Hause praktisch bedeute. Wir haben diese Meinung nicht geteilt, wie Sie an dem Angebot, das wir Ihnen seinerzeit überbracht haben, gemerkt haben. Wir teilen diese Meinung auch heute nicht. Aber wir meinen, Sie sollten sich nun nicht mit Vokabeln vom „großen Wurf", und Sie sollten sich nun nicht mit dem Versuch, die SPD-Fraktion auseinanderzudividieren, aus der wahrlich schmerzlichen Situation herauszuretten versuchen, in die Sie gekommen sind.

Wir haben eine Entscheidung vollzogen, die nach dem 10. Juli fällig war und die damals gescheitert ist, nicht weil der Wähler es nicht wollte, sondern weil Sie die Korrekturen des Wählers in diesem Lande nicht anerkennen wollten, weil Sie die Wahrung des Besitzstandes wollten, während wir glaubten, dieses Land brauche nun eine neue, stabile und gute Politik. Wir werden Sie mit 114 Mandaten wahrnehmen. Eine Mehrheit ist eine Mehrheit — dies ist eine gute Mehrheit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung des Antrages geschlossen.

Nach Art. 61 Abs. 2 der Landesverfassung sind zwischen Antragsstellung und Wahl mindestens 48 Stunden Frist vorgesehen. Die Frist beginnt mit Stellung des Antrages im Plenum. Ihnen ist inzwischen die schriftliche Einladung zur Plenarsitzung am Donnerstag, 8. Dezember, nachmittags 15.00 Uhr, zugestellt worden. In dieser Sitzung wird die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten gem. Art. 61 der Landesverfassung entsprechend dem Antrag der Fraktion der SPD Drucks. Nr. 146 durchgeführt werden.

Ich darf Ihnen dann noch folgendes mitteilen. In der letzten Ältestenratssitzung ist die Frage aufgetaucht, ob auch der Empfang der Abgeordneten im Gästehaus am Donnerstag, 8. Dezember, 17.00 Uhr, ausfalle. Das ist nicht der Fall. Ich bitte die Damen und Herren, die zu diesem Empfang eingeladen sind, den Termin weiter bestehen zu lassen. Sollte sich eine Verschiebung um eine halbe Stunde oder ähnliches ergeben, werden wir das sicher hinnehmen können. Ich darf also die Einladung nochmals mündlich wiederholen und würde mich freuen, wenn die Damen und Herren, die für diesen Abend eingeladen sind, kämen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 10.23 Uhr**

Ausgegeben am 12. Dezember 1966

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend und einzeln beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4 Düsseldorf 1, Postfach 5007, Telefon 10 22, Nbst. 297, zu beziehen.





(A) zugunsten der Arbeitnehmer, des Mittelstandes und der bäuerlichen Bevölkerung nachholen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir erwarten die Fortsetzung unserer bewährten Politik zur Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge.

(Erneute Zustimmung bei der CDU)

Viertens: Die CDU bejaht Sparsamkeit und Disziplin in Staat und Gemeinden. Sie erwartet von der Landesregierung die Vorlegung einer mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung, gleichzeitig mit dem Entwurf des Haushalts 1967.

(Finanzminister Wertz: Acht Jahre haben Sie sich vergeblich versucht!)

Dabei ist den Bedürfnissen der Gemeinden und Gemeindeverbände Rechnung zu tragen.

(Kuhlmann (SPD): Haben Sie nicht das Gefühl, daß Sie mit Ihren Forderungen unglaubwürdig werden? Wir sollen in vier Wochen schaffen, was Sie in acht Jahren nicht geschafft haben! Das nimmt Ihnen doch niemand ab!)

Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist die finanzpolitisch vorrangige Aufgabe der kommenden Jahre.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Fünftens: In Nordrhein-Westfalen muß durch eine die Stabilität von Währung und Wirtschaft sichernde Politik von Bund und Land ein solides Wachstum unserer Wirtschaft erzielt werden.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Dazu erwarten wir von der Landesregierung in Kürze geeignete Vorschläge. Diese müssen auf die besondere Schwierigkeit und Dringlichkeit der Probleme des Ruhrgebiets abgestellt sein. Eine den Erfordernissen des ganzen Landes Rechnung tragende Strukturpolitik muß dabei die Probleme der übrigen Landesteile berücksichtigen. Nordrhein-Westfalen muß in der Lage sein, sich im Wettbewerb der europäischen Wirtschaft erfolgreich zu behaupten.

Sechstens: Wir erwarten von der Landesregierung die Fortführung der von der CDU in den vergangenen Jahren erfolgreich gestalteten Kultur- und Bildungspolitik.

(Lachen bei der SPD — Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Wir werden wie bisher für eine moderne und sachgerechte Weiterentwicklung unseres Schulwesens, insbesondere der leistungsfähigen Grund- und Hauptschule sowie der berufsbildenden Schule, arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Soziale Stabilität und wirtschaftliches Wachstum hängen vom Fortschritt auch in Bildung und Ausbildung ab.

(Zurufe von der SPD)

Eine langfristige Bildungsplanung ist daher unverzichtbar.

(Zuruf von der SPD: Wieder Planung?)

Wir erwarten, daß sich das Land Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft in wichtigen schul- und kulturpolitischen Fragen um eine bundeseinheitliche Regelung bemüht. Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat muß bei seinem bildungspolitischen Bemühen die Eigenverantwortung der Eltern, denen das Erziehungsrecht in erster Linie zukommt, achten. (C)

(Beifall bei der CDU)

Die künftige Schul- und Kulturpolitik darf den in unserem Lande bestehenden Schul- und Konfessionsfrieden nicht gefährden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Siebtens: Die Fortführung des sozialen Wohnungsbaues gehört nach wie vor zu den dringendsten Aufgaben der Landespolitik.

(Bravo! bei der CDU)

Familiengerechter Wohnungsbau sowie die Schaffung von Wohnungen für junge Familien und alte Menschen bleiben vorrangige Ziele unserer Gesellschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Achtens: Der soziale Rechtsstaat erfordert einen leistungsfähigen, leistungsstarken modernisierten öffentlichen Dienst. Dazu gehört auch eine in allen Verwaltungen faire und gesetzmäßige Personalpolitik, welche die CDU von der Landesregierung erwartet.

(Erneuter Beifall bei der CDU — Kuhlmann (SPD): Sie scheinen ja starke Befürchtungen zu haben! — Zuruf von der CDU: Mit Recht!)

Meine Damen und Herren, auf dieser Grundlage gehen wir, die CDU-Fraktion dieses Hauses, nunmehr an die Arbeit. Ihre Antwort, Herr Ministerpräsident, werden wir an dieser unserer Erklärung messen. (D)

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster Redner hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute, fünf Wochen nach der Abgabe der Regierungserklärung der Landesregierung Kühn, über diese Regierungserklärung debattieren, dann lassen Sie mich mit einem Worte herzlichen Dankes nicht an den Ministerpräsidenten, sondern an Heinz Kühn beginnen. Während der Rede meines Herrn Vorredners habe ich gespürt, wie schwer es ist, Oppositionssprecher zu sein. Heinz Kühn war ein ausgezeichneter Oppositionssprecher, und wir möchten ihm dafür danken, daß er dieses Amt so ausgezeichnet ausgeübt hat.

(Zurufe von der CDU: So einen kriegen Sie sicher nicht wieder! — Den können Sie wiederhaben! — Heiterkeit)

— Wie meinten Sie ganz richtig? — so einen bekämen wir nicht wieder? Das hängt doch wohl damit zusammen, daß wir vorläufig nicht mehr in der Opposition sind, daß uns von nun an der Lenz hier grüßt. Sie wissen ja, meine Damen und Herren, wie das weitergeht.

Wir haben heute über eine Regierungserklärung zu sprechen, die der Kollege Lenz sehr ausführlich kommen-

(Johannes Rau (SPD))

(A) tiert und ergänzt, deren Fehler und Schwächen er aufzuzeigen versucht hat. Diese Regierungserklärung ist in der Tat, Herr Kollege Lenz, kurz gewesen, aber nicht inhaltslos; wir haben sie im Gegenteil als präzise, wohltuend und weit entfernt von bloßem Wortgeklingel empfunden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, daß in diesem Lande nun die Zeit des Regierens kommen müßte, daß die Zeit des Proklamierens vorbei sein sollte.

(Sehr gut! bei der SPD)

Wir haben interessiert gehört, was der Kollege Lenz von Jens Feddersen gelesen hat. Wir haben die Blütenlese aus der Landespresse zur Kenntnis genommen. Wir wollen davon jenes abziehen, was nicht zur Politik gehört, sondern Feuilleton ist. Einiges davon war gutes Feuilleton, anderes weniger gutes.

Meine Damen und Herren, man sollte eine Landesregierung zum Beispiel nicht danach fragen, wie viele ihrer Minister auf welche Weise, wann und wie in den Landtag gewählt werden,

(Zuruf von der CDU)

— Moment, der Satz ist noch nicht zu Ende! — wenn man selber noch ein halbes Jahr zuvor in der Situation gewesen ist, ein unvollständiges Kabinett vorstellen zu müssen, dazu mit einem Ressort, dessen Amtsinhaber man auf seinen Abgeordnetenplatz zurückverwies, um dann acht Wochen später einen Justizminister nachzureichen, der zwei Monate im Amt sein durfte und der heute Verbindungsmann in Bonn ist.

(B) Meine Damen und Herren, die Regierung, die Heinz Kühn zusammengestellt hat, zu deren Mitgliedern auch wir bisher unterschiedlich enge, persönliche Bindungen hatten, diese Regierung hat das Vertrauen der Koalitionsfraktionen und wurde unter dem Gesichtspunkt persönlicher Eignung und sachlicher Qualifikation zusammengestellt.

(Beifall bei der SPD)

Messen Sie daran die Minister! Messen Sie sie nicht daran, meine Damen und Herren, wie es in den Parlamenten nun schon seit zwanzig Jahren üblich ist, daß alte Zitate hervorgeholt werden, wie etwa: Was hat Gleitze 1963 im WWI gesagt? — daß man das Gesagte aus dem Zusammenhang löst und daran neue Fragen knüpft, wie etwa: Was ist denn nun Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Verwaltungswirtschaft? Prüfen Sie eher unsere Wirtschaftspolitik von heute, meine Damen und Herren! Prüfen Sie das, was wir für das Revier tun, und messen Sie daran unsere Minister!

(Zuruf von der CDU: Das tun wir auch!)

— Sie werden das? Danke! Das sollen Sie tun. — Aber es geht nicht um die Frage: Kienbaum oder Gleitze? Gleitze oder Schiller? Sie werden eine Politik in diesem Lande erleben, die Politik aus einem Guß ist.

(Frau Altewischer (CDU): Na hoffentlich!)

Diese Politik werden wir in diesem Hause und außerhalb des Hauses dem Urteil des Bürgers ebenso wie dem Urteil der Opposition stellen; da ist nichts vorwegzunehmen. Der Satz, den Dr. Lenz ausgesprochen hat, (C) nämlich das Land sei enttäuscht — meine Damen und Herren, das Land ist nicht enttäuscht! Enttäuscht ist die CDU-Fraktion.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien — Giesen (CDU): Zur Zeit sind wir von Ihnen enttäuscht!)

— Zur Zeit von mir? Nun gut! — Die CDU-Fraktion ist mit Recht — nicht von mir! — darüber enttäuscht, Herr Kollege Giesen, daß die Große Koalition, der Kollege Dr. Lenz noch nachtrauert und von der Kollege Grundmann laut FAZ von heute gesagt hat, die CDU werde teurer, nicht zustande gekommen ist.

(Zurufe von der CDU)

Nun haben Sie hier das Geheimnis bekanntgegeben, die habe Herr Kühn auch gewollt. Die Indemnität schützt Sie vor der Verfolgung wegen Preisgabe dieses Staatsgeheimnisses.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, in der Tat hat der Herr Kühn die Große Koalition gewollt; die hat nicht nur der Herr Kühn gewollt,

(Zuruf von der CDU: Auch Herr Weyer!)

die hat die Mehrheit der SPD-Fraktion gewollt. Wissen Sie, wer die verhindert hat? Sie, Sie!

(Zustimmung bei der SPD)

Nach dem 10. Juli war die Stunde da, in der wir die Sachgespräche zu führen hatten. Da haben Sie hier, um Franz Meyers zu retten, mit einer reduzierten Abgeordnetenzahl die Korrektur des Wählerwillens nicht hingenommen, da haben Sie die Große Koalition verspielt. (D)

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD — Widerspruch bei der CDU — Zuruf von der CDU: Und der Herr Innenminister!)

— Auf den komme ich jetzt:

(Heiterkeit)

Herrn Kollegen Weyer kenne ich nicht erst seit seiner Zeit in Wuppertal. Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Lenz hat eben gefragt, wie das denn nun mit der liberalen Koalition wäre. Das ist keine liberale Koalition, sondern dies ist eine Koalition aus Sozialdemokraten und Liberalen.

(Zuruf von der CDU: Das ist ein Unterschied!)

— Ja, ein erheblicher Unterschied, und zwar im Verhältnis — erinnern Sie sich! — von 99 : 14. Und in dieser Regierung sind der Herr Weyer — —

(Zurufe von der CDU: Nicht 14, sondern 15! — (Weitere Zurufe)

— 15? Ich verdränge da immer einen, sage Ihnen aber nicht, wen.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, in dieser Regierung sind Herr Weyer und Herr Kohlhase die beiden FDP-Minister, und die kennen Sie ja beide.

(Zuruf von der CDU: Sehr genau!)





(Johannes Rau (SPD))

(A) Dazu will ich Ihnen eines sagen: Ich selber halte die FDP für eine Partei, in der ich mein politisches Zuhause nicht finden könnte; deshalb bin ich in der SPD.

(Heiterkeit)

Aber ich halte es für eine Frage des Geschmacks, wie man den bisherigen Koalitionspartner hier abwertet und wie man hier sagt: Der Herr Weyer ist der Tod der FDP. Dabei haben Sie genau mit diesem Mann bisher in demselben Boot gesessen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien — Zuruf von der CDU: Das sind ganz neue Fakten!)

— Meine Damen und Herren, das sind keine neuen Fakten! Die Regierung hat sich geändert, aber die menschliche Loyalität braucht sich nicht zu ändern, und für uns wird menschliche Loyalität nie eine Frage des Parteibuchs sein!

(Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Elfring?

(Johannes Rau (SPD): Bitte sehr!)

**Elfring** (CDU): Herr Kollege Rau, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß das gleiche Problem auf Ihre Partei, auf Ihren Parteivorsitzenden zutrifft, und können Sie sich erinnern, daß nicht der Herr Ministerpräsident, sondern der Herr Kollege Heinz Kühn, als er noch nicht Ministerpräsident war — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus seinem Manuskript —, am 2. Juni (B) 1966 in Dortmund wörtlich erklärt hat:

(Zuruf von der FDP: Das ist keine Frage!)

Die FDP schrumpft in einem Prozeß schleichender Auszehrung unaufhaltsam der 5%-Klausel entgegen.

(Innenminister Weyer: Wollen Sie das nicht uns selbst überlassen?)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Elfring, darin sehe ich keinen Widerspruch. Die Frage, ob die FDP schrumpft oder nicht schrumpft, ist eine Frage, die sicher die FDP mehr belastet als mich und die den Wähler, vor allen Dingen den ungebundenen Wähler, stärker beschäftigen muß als mich, der ich weiß, was ich wähle. Es geht nicht darum, wie wir die FDP bewerten. Unsere Bewertung der FDP hat sich in nichts geändert.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie ist eine der drei in diesem Hause vertretenen demokratischen Parteien, und Heinz Kühn hat zu jeder Zeit, vor der Wahl und nach der Wahl, erklärt, daß alle Parteien grundsätzlich miteinander bündnisfähig sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wogegen ich mich gewehrt habe, Herr Kollege Elfring, das ist, daß Sie jetzt das Problem der Veränderung der Regierungskoalition in diesem Lande mit dem Ergebnis der Kleinen Koalition, einer klaren Mehrheit in den Fraktionen und in der Addition der beiden Fraktionen, aufs menschliche Gleis schieben und daß dabei herauskommt: Die CDU ist der FDP schrecklich böse.

Damit sollten wir unsere Zeit hier nicht vertun. Daß (C) Sie sich zur Zeit nicht lieben und daß die Beziehung zwischen SPD und FDP eine partnerschaftliche Beziehung innerhalb der Regierung, die wir gemeinsam tragen und gemeinsam durchtragen werden, ist und daß das keine Frage der Zärtlichkeit ist, sollten wir doch als bekannt unterstellen. Nur: wie Sie hier den Partner, mit dem Sie vorher zusammen waren, abgewertet haben, das läßt mich erschrecken für die Frage, wann Sie mit anderen Partnern zusammen sein werden und wie Sie nachher von ihnen reden werden.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Nun lassen Sie mich zu einigen anderen Fragen der Debatte etwas sagen, nämlich zu den Schwerpunkten eben jener Regierungserklärung, von der wir glauben, daß sie gerade im Verzicht auf die Aufzählung aller Kleinigkeiten — —

(Zurufe von der CDU: Kleinigkeiten?)

— Ich werde Ihnen gleich ein Beispiel sagen. Sie haben reklamiert, daß hier nicht vom alten Menschen die Rede war, Herr Kollege Dr. Lenz.

(Erneute Zurufe von der CDU)

— Moment, lassen Sie mich den Gedanken eben zu Ende führen. Ich habe eine Reklamation vorliegen — Sie auch —, daß in der Regierungserklärung von Franz Meyers nicht vom jungen Menschen die Rede war, daß die Jugendpolitik nicht erwähnt wurde.

Nun, in der Tat war von der Altenpolitik nicht ausdrücklich die Rede. Wir sind der Auffassung, daß die beste Altenpolitik eine sinnvolle gute Familien-, Sozial- und Krankenhauspolitik in allen Bereichen ist, und uns ist es nichts wert, wenn in einer Regierungserklärung die Fürsorge für die alten Menschen hervorgehoben wird, wie das am 26. Juli 1966 hier geschehen ist, und wir zur gleichen Zeit in diesem Lande in Heil- und Pflegeanstalten sechzig alte Menschen in einem Raum zusammen haben. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, anstatt Sprüche zu machen, möchte ich das lieber ändern, und ich bitte die Landesregierung so, wie ich es gegenüber Herrn Kollegen Grundmann getan habe, sich der Frage sofort anzunehmen, wie wir hier praktisch helfen können, anstatt zu proklamieren. Das sind dann in der Tat keine Kleinigkeiten.

Aber, meine Damen und Herren, daß eine Landesregierung ihre gesellschaftlichen Globalvorstellungen entwickelt und sagt, sie sei für Arbeitnehmer, sie sei für Familie, sie sei für Mittelschichten, sie sei für —, und nun kommt der ganze Katalog und der Dank an die freien Wohlfahrtsverbände usw., das alles, was wir uns hier doch längst übergehört haben, was wir längst nicht mehr hören können, wollen wir uns einmal sparen und wollen lieber mit denen, von denen wir da reden, und für die, von denen wir da reden, gemeinsam arbeiten, und zwar mit der Opposition. Dann können wir uns die langen Erklärungen sparen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dr. Lenz, Sie haben die Frage der Wahlrechtsreform angesprochen und dazu den Ministerpräsidenten gefragt, der Ihnen sicher Antwort geben wird.

(A) Heute ist ohne diese Einschränkung von Herrn Elfring das gesagt worden.

(Zuruf von der CDU: Bitte, hören Sie genau zu!)

— Ich habe genau zugehört! — Dann haben Sie eine Erklärung herausgegeben, eine Pressemitteilung Nummer 2 aus 1967 mit der Überschrift — in Fragestellung —: „Neuer Stil im Landtag?" Sie haben diese Behauptung noch einmal schriftlich aufgestellt, daß zum erstenmal in der Geschichte des Landtags eine sachliche Debatte im Haushalts- und Finanzausschuß von der Mehrheit abrupt abgebrochen worden sei. Da das ein Vorwurf ist, den wir sehr ernst nehmen, weil er doch letztlich darauf hinzielt, daß die Rechte der parlamentarischen Minderheit nun nicht mehr so ernst genommen würden, wie das notwendig sei, lassen Sie mich dazu kurz Stellung nehmen!

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 11. Januar 1967 sind vier Punkte behandelt worden, dabei als Punkt 4 der Entwurf dieses Gesetzes über die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1966, der nun in zweiter Lesung beraten wird. Der Inhalt ist bekannt. Wir haben über diesen Punkt eine längere, sich über eine Stunde erstreckende Aussprache erlebt, die sich freilich immer mehr in Bereiche verloren hat, die mit dem Tagesordnungspunkt keinen unmittelbaren Zusammenhang mehr hatten. Die Debatte erstreckte sich auf allgemeine organisationspolitische Fragen und war in dem Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt wurde, gerade bei dem Ministerium für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten angelangt, (B) dessen Umstrukturierung Sie im einzelnen zu erfahren wünschten, obwohl für dieses Ministerium gar keine Staatssekretärstelle beantragt worden war.

In diesem Zeitpunkt, meine Damen und Herren, ist der Antrag auf Schluß der Debatte von einem Mitglied des Ausschusses gestellt worden und die Mehrheit hat sich seiner Auffassung angeschlossen, daß sich die Debatte in Bereiche verloren hatte, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt standen.

Sie fragen, ob das ein neuer Stil sei. Das ist kein neuer Stil. Es gibt und es gab immer die geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit, einen solchen Antrag zu stellen, wenn man ihn sachlich für geboten hält. Und die Meinung der Mehrheit ging dahin, daß sich die Debatte immer mehr vom eigentlichen Beratungsgegenstand entfernte.

Es gibt mehrere Beispiele dafür, meine Damen und Herren von der Opposition, daß Ihre Sprecher ähnliche Anträge auf Schluß der Debatte gestellt haben, sogar bei Beratungen, in denen es um Verfassungsänderungen gegangen ist.

(Hört, hört! bei der SPD)

Sie, Herr Kollege Dr. Lenz, waren der Vorsitzende des Hauptausschusses, der in seiner 32. Sitzung der vergangenen Legislaturperiode am 18. März 1965 bei der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Art. 12 Abs. 3 der Landesverfassung einen Antrag Ihres früheren Fraktionskollegen Dr. Lauscher auf Schluß der Debatte entgegengenommen hat, obwohl zu diesem Zeitpunkt bei der Verhandlung über den Gesetzentwurf, der (C) mehrere Verfassungsänderungen zum Ziele hatte, nur zwei Punkte, und diese auch noch unvollständig, erörtert worden waren.

Es heißt im Protokoll über diese Sitzung, Seite 21:

> Der Vorsitzende läßt über den Antrag des Abg. Dr. Lauscher (CDU) auf Schluß der Debatte abstimmen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Vertreter der SPD angenommen.

Nun können Sie mir entgegenhalten, dies sei ein anderer Ausschuß gewesen, und Ihre Pressemitteilung Nr. 2 aus 1967, die diesen dramatischen Akzent gesetzt hat oder jedenfalls setzen wollte, beziehe sich nur auf den Haushalts- und Finanzausschuß. Und das sei nun zum erstenmal in der Geschichte des Landtags passiert.

Ich habe einmal in den Protokollen des Haushalts- und Finanzausschusses nachschauen lassen und wollte zeitlich nicht sehr weit zurückgehen. Wenn Ihre Erinnerung Sie im Stiche läßt, dann hätte es doch nahegelegen, selbst zu prüfen, bevor Sie eine solche Behauptung schriftlich in die Welt setzen, und wenigstens einen Zeitraum von — sagen wir einmal — einem Jahr nachschauen zu lassen.

(Sehr gut! bei der SPD)

Ich habe mir das Protokoll der 59. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses geben lassen. Ich habe es bei mir; denn was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost ins Plenum tragen. In dieser 59. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 28. April 1966,

(Hört, hört! bei der SPD)

also vor nicht einmal einem Dreivierteljahr, hat sich fol- (D) gendes abgespielt, Seite 13 des Protokolls:

> Abg. Höver (CDU) beantragt Schluß der Debatte zu Art. 1 Nr. 1 des Gesetzentwurfs betreffend § 3 Schulfinanzgesetz, da die bisherigen Diskussionsbeiträge gezeigt hätten, daß sich die Beratung von ihrem eigentlichen Sinn, der Prüfung der finanziellen Konsequenzen des Gesetzentwurfs, immer mehr entferne.

So das Protokoll!

(Heiterkeit bei der SPD)

Es heißt weiter:

> Der Haushalts- und Finanzausschuß nimmt diesen Antrag gegen die Stimmen der SPD an.

Wir möchten Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, empfehlen, daß Sie, bevor Sie schriftliche Mitteilungen herausgeben, doch etwas sorgfältiger prüfen, ehe Sie so weittragende Behauptungen aufstellen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der SPD-Fraktion.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war zur Frage der Geschichtsschreibung des Haushalts- und Finanzausschusses und der Pressestelle der CDU-Fraktion.

Lassen Sie mich nun ein paar Sätze zu den beiden Stellen selber sagen, die die Landesregierung durch den

(A) Gesetzentwurf begehrt. Ich will das ohne jede Polemik tun und Sie lediglich daran erinnern, daß erstens die Absicht des Ministerpräsidenten Kühn, die Bereiche Jugend, Staatsbürgerliche Bildung und Sport zusammenzufassen, seit mindestens einem Jahr bekannt ist. Er hat sie in seinen Erklärungen vor der Landtagswahl ausgesprochen und sie sogar seinerzeit mit ganz bestimmten personellen Vorstellungen verbunden. Das alles ist längst bekannt, und es ist uns bekannt, daß Sie, Herr Kollege Elfring, in der Tat im Rahmen dieser Zehnergruppe eine ähnliche Überlegung angestellt haben.

Meine Damen und Herren, es ist Ihnen seit Jahren bekannt, daß der Landesrechnungshof eigentlich die Teilung des Kultusministeriums für richtig hielte, und es ist Ihnen bekannt, daß der frühere Kultusminister Prof. Dr. Mikat mehrfach öffentlich und im persönlichen Gespräch darauf hingewiesen hat, daß dieses Ministerium von einem Minister mit einem Staatssekretär schlicht nicht effektvoll und richtig zu leiten sei. Wir sind von daher zu der Überzeugung gekommen, daß in der Tat die Vermehrung der Staatssekretärstellen richtig und nützlich ist — die Vermehrung, das heißt keine Verlagerung. Wir wollten nichts manipulieren. Wir wollten nicht, Herr Kollege Elfring, den Staatssekretär, der das Landesamt für Forschung leitet, jetzt ins Kultusministerium nehmen, denn an Schönheitsoperationen sind wir nicht interessiert. Der ist ausgelastet mit dem Landesamt für Forschung und dem, was er da tut. Ist er es bei Ihnen nicht gewesen, Herr Kollege Meyers?

(Dr. Meyers (CDU): Der sollte ja auch ins Kultusministerium übergeführt werden! Es war kein Platz frei.)

(B) Er hat jahrelang das Landesamt für Forschung bei Ihnen gehabt, und ich nehme an, daß Sie nur Staatssekretäre beschäftigten, die voll ausgelastet sind, einschließlich der Arbeitsgemeinschaft für Forschung. Denn sonst hätten Sie ja einschreiten oder Sonderaufträge vergeben müssen.

Wir sind jedenfalls der Auffassung, daß, wenn schon die Teilung des Kultusministeriums in der Tat aus Sparsamkeitsgründen jetzt nicht Platz greifen konnte, die Teilung in zwei Staatssekretärsbereiche von der Sache her geboten ist.

Das hat nicht zuletzt seine Ursache in der bedeutenden Rolle, die die Hochschulpolitik in den kommenden Jahren gerade vor dem Hintergrund der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Kühn spielen wird. Wenn hier sinnvoll gearbeitet und wenn hier sparsam gearbeitet werden soll, wenn Bochum, wenn Dortmund, wenn Bielefeld in den richtigen Abstufungen, Portionen und Proportionen für die Zeit bereitgestellt werden sollen, in der die geburtenstarken Jahrgänge zu den Hochschulen drängen, dann bedürfen wir einer solchen Staatssekretärsstelle, dann bedürfen wir einer solchen Heraushebung der Hochschulen innerhalb des Kultusministeriums und für den Kultusminister. Der Bereich des Kultus umfaßt ein Drittel des Landeshaushalts — ich brauche das im einzelnen hier nicht auszuführen — und ist so nicht mehr übersehbar und überschaubar.

Wenn ich an das erinnere, was Herr Kollege Lenz, was der Herr Ministerpräsident und was Herr Kollege Dufhues zur Frage des Links- und Rechtsradikalismus gesagt haben, dann kann ich nur sagen, Herr Kollege Dufhues: Es erscheint mir dringend nötig, daß wir im (C) Bereich der staatsbürgerlichen Bildung mehr tun, als wir jetzt tun, und daß wir anderes tun als das, was wir bisher getan haben. Das sage ich als jemand, der diesen Bereich eine ganze Reihe von Jahren mitzuverantworten gehabt hat.

(Pürsten (CDU): Die Arbeit war aber gut! Da brauchen wir keinen Staatssekretär!)

— Ich habe die Arbeit nicht kritisiert, Herr Kollege Pürsten, sondern nur gesagt, daß ich glaube, jetzt ist die Stunde da, in der wir mehr und in der wir anderes tun müssen. Wenn die Arbeit der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle gut war, dann heißt das ja nicht, daß sie nicht besser werden kann. Das heißt nicht, daß nicht die Kooperation der Jugendpflege und des Sportes und der staatsbürgerlichen Bildung von ganz besonderer Wichtigkeit ist, wie wir das in der Tat glauben.

Wir haben dieses Problem lange besprochen und sind zu der Überzeugung gekommen, daß dies ein sparsamer Weg ist. Daß dieser Weg auf Anhieb nicht volkstümlich erscheint, Herr Kollege Elfring, ist selbstverständlich. Wenn Sie sagen, das widerspreche dem, was hier gesagt worden ist, dem Sparsamkeitsgebot — nun gut! Man kann aber mit vorhandenen Stellen sehr viel weniger sparsam umgehen als mit neu zu schaffenden Stellen. Ich brauche doch die Geschichte Bachhausen nicht zu erzählen? In diesem Fall war die Stelle vorhanden und trotzdem: mehr Geld sind wir selten losgeworden als bei der Landespressechefsache, die da passiert ist. Man könnte viele Sachen nennen, die bei vorhandenen Stellen passiert sind und bei denen sich Stellenplanänderungen nicht ergaben und dennoch nicht effektvoll gehandelt worden ist. In diesem Fall sind wir der Meinung, daß Plätze für zwei wichtige Arbeitsfelder geschaffen werden müssen, auf denen die richtigen Leute etwas tun sollen, damit mit dieser Regierung unser Land nach vorne kommt. (D)

Wir bitten Sie, Ihre Bedenken zurückzustellen und diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lenz von der Fraktion der CDU.

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kern der Dinge, um die es hier geht, ist doch ein völlig anderer, als er hier dargestellt wird. Es wird doch hier am Kern der Dinge vorbeigeredet.

Zunächst einmal möchte ich — damit das endgültig klar ist und klar bleibt — folgendes sagen:

Die Regierung Meyers hatte nicht vor, die Zahl der Staatssekretärsstellen zu vermehren. Wenn die Regierung Kühn eine organisatorische Lösung im Rahmen einer Umorganisation der Landesregierung auf dieser Basis sucht, lassen wir mit uns reden. Wir werden dann sehr wohl prüfen, ob wir einverstanden sind. Hier aber geschieht doch etwas ganz anderes. Hier wird ohne Not die Zahl der Stellen der führenden Beamten vermehrt, und zwar zu einem Zeitpunkt, in dem genau das Gegenteil richtig wäre. Es geht hier darum, ein Zeichen dafür zu setzen, was die neue Landesregierung will, das unter Be-





(A) wahrt bleibt. Hier habe ich aber noch einmal zwei Fragen und Anregungen, von denen ich weiß, daß sie sicher auf fruchtbaren Boden fallen werden:

Inwieweit ist es möglich, die qualifiziert ausgebildete Polizei noch stärker von einfachen Verkehrsdiensten zu befreien?

Wie ist es möglich, daß man noch stärker als bisher auch Frauen in diese Arbeit einbezieht?

Eine weitere Frage, die ich an das ganze Haus zu richten habe, auch an uns, die wir beispielsweise in den Rundfunkgremien tätig sind: Inwieweit — das sollten wir einmal untersuchen — ist die Kriminalität, die sich leider Gottes ständig erhöht — in anderen Ländern mindestens ebenso wie bei uns; ein Bericht in einer der letzten Fernsehsendungen über Amerika war geradezu erschreckend —, auch ein gesellschaftliches Problem, über das wir uns einmal miteinander zu unterhalten haben? Ich meine, wir leben in einer Zeit, die sehr stark auf die Erfüllung materieller Bedürfnisse ausgerichtet ist, und dieses materielle Denken, noch etwas unterstützt von einer sehr geschickten unterschwelligen Reklame, weckt die Bedürfnisse in einer Weise, die dann ein normaler Bürger nicht mehr befriedigen kann. Wenn man weiter bedenkt, daß man durch das Fernsehen zum Teil heute die Betriebsanleitung für Untaten bis in Details hinein frei Haus geliefert bekommt, dann darf man sich nicht wundern, wenn eines Tages diese Dinge passieren. Hinterher gibt es — das wird in den Nachrichten sogar bekanntgegeben — noch relativ geringe Strafen dafür. Wir sollten uns mit dieser Frage noch einmal beschäftigen.

(B) Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß und fasse zusammen.

In den hinter uns liegenden Monaten hat sich gezeigt, daß die Landesregierung des Herrn Ministerpräsidenten Kühn in keinem Bereich der Landespolitik auch nur Ansätze einer neuen, eigenen Konzeption hat erkennen lassen, geschweige denn zu konkreten Maßnahmen und Entscheidungen gekommen ist. Und das, obwohl gerade die SPD den Bürgern dieses Landes vor und nach der Wahl erklärt hat: Eine neue Regierung muß vom ersten Tage an handeln. — Alle hochfliegenden Pläne für die Lösung der Strukturprobleme an der Ruhr, in der Schulpolitik und im Wohnungsbau, alle Forderungen, mit denen Sie früher ständig neu die Regierung Meyers konfrontiert haben, haben sich als illusionär erwiesen. Wir sagen das nicht mit der Schadenfreude oder gar dem Neid — wie es eben mal hier mit einem Zwischenruf gesagt wurde — derer, die nun nicht mehr in der Verantwortung der Regierung stehen.

(Kuhlmann (SPD): Das ist klar!)

Denn, meine Damen und Herren, diesem Lande sind wir alle verpflichtet, wir genau so wie Sie.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Aber wir sagen es in der Hoffnung, daß die bittere Einsicht, wie weit oft der Wunsch und seine Erfüllung, die Idee und ihre Verwirklichung voneinander entfernt sind, uns auch in diesem Hause bei der Beratung des uns vorliegenden Entwurfs das rechte Maß finden läßt.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster Redner hat Herr Abg. Rau von der SPD-Fraktion das Wort

(Zuruf von der SPD: Der „Lenz" ist noch nicht da! — Dr. Lenz (CDU): Zuerst kommt es „rau"!)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Pürsten hat den Versuch gemacht darzustellen, daß den Sozialdemokraten nach hundert Tagen das Regieren noch nicht so gut gelungen sei, wie die CDU es erhofft habe.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das mag sogar partiell richtig sein

(Beifall bei der CDU)

— ich werde Ihnen immer Gelegenheit zu Beifall geben —, und zwar deshalb, weil die Umstellung von der einen Bank auf die andere offenbar jedem Schwierigkeiten macht; das haben wir auch bei dem gemerkt, was Sie eben vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Pürsten, Sie haben hier, um nur ein Beispiel zu nennen, von dem Instrumentarium der Regierung Meyers zur Überwindung der Kohlenkrise gesprochen und auf einen Zwischenruf, was das denn wäre, einiges genannt, unter anderem die Kohle-Koks-Subvention, die Ihre Fraktion am 15. März hier abgelehnt hat; die geben Sie jetzt als ein Zeichen des vorhandenen Instrumentariums der Regierung Meyers aus.

(Hört, hört! bei der SPD)

Mehr Offenbarungseide in der Struktur- und Kohlepolitik als die Regierung Meyers schaffen wir doch in 30 Jahren nicht, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Ich fand es schön, daß Sie unseren Finanzminister zitiert haben, der von dem großen Pump gesprochen hat, den sich die Regierung Meyers geleistet habe. Sie müssen dann das andere auch zitieren: Sie müssen dann zitieren, daß auf eine inzwischen längst dementierte Meldung hin — der Finanzminister habe sich um 20 Millionen DMark Darlehen bei einer Privatbank bemüht — Ihr Fraktionsvorsitzender vom „Gang in das Pfandhaus" gesprochen hat, womit er offenbar das private Bankgewerbe in unserem Land kennzeichnen wollte.

(Hört, hört!)

So sieht das aus!

(Heiterkeit bei der CDU)

Und dann sprechen Sie von der „inneren Unausgeglichenheit" dieser Regierung und der diese tragenden Fraktionen, während wir uns, wenn wir zu Ende regiert haben,

(Heiterkeit)

abends mit der Frage beschäftigen, ob denn nun eigentlich der Herr Dufhues oder der Herr Meyers oder der Herr Lenz —, wer denn nun eigentlich in diesem Lande für die CDU spricht.

(Widerspruch bei der CDU — Dufhues (CDU): Ist das nicht zu billig, Herr Rau?)

(A) Und die innere Unausgeglichenheit, Herr Kollege Pürsten, die Sie bei uns suchen, weil Sie sie bei sich nicht verdecken können — —

(Heiterkeit bei der CDU — Beifall bei der SPD)

Und dann hören wir, daß jetzt unser Kollege Dufhues für Bonn sogar fordert, daß die CDU die Politik in den Ressorts bestimme, die von den Sozialdemokraten geleitet werden.

(Dufhues (CDU): Herr Rau, Sie zitieren falsch!)

— Ich zitiere nur die Presse.

(Dufhues (CDU): Sie zitieren falsch!)

— Ich will es dann gleich sagen: Man soll nicht alles glauben; ich möchte aber bei dieser Gelegenheit mitteilen, Herr Kollege Pürsten: Hier wird es jedenfalls so sein, daß wir zwar zu jeder Zusammenarbeit mit der Opposition bereit sind, aber daß w i r regieren.

(Widerspruch bei der CDU)

Das heißt, daß wir Ihnen unsere Vorschläge im Haushalt, durch den Haushalt und in Gesetzesvorlagen vortragen werden. Es wird deutlich sein, daß das dann sozialdemokratische Haushaltsplanentwürfe sind, was man von diesem Übergangshaushalt in der Tat so noch nicht sagen kann. Das gebe ich Ihnen zu.

(Zuruf von der CDU: Ist das der erste und letzte Haushaltsplan?)

Aber ein Übergangshaushaltsplan, wie wir ihn jetzt vorliegen haben und zu dem auch ich Kritisches zu sagen habe und sagen werde, kann nun doch nicht so behandelt
(B) werden, daß Sie wehklagen über Kürzungen, die Ihre Ressortminister im November vergangenen Jahres vorgeschlagen haben, und daß Sie dieses Spiel nun weitertreiben in der Fülle der Punkte, die Sie eben hier genannt haben und bei denen nachzuweisen ist, daß wir sie von Ihnen übernommen haben, und bei denen wir uns überlegen werden, ob es bei dieser Übernahme bleiben kann, oder ob wir innerhalb des Haushalts andere Akzente setzen.

Wir sind doch in der ersten und nicht in der dritten Lesung. Über das, was am Ende der dritten Lesung stehen wird, können wir dann sprechen. Dann können wir fragen: Ist das ein Haushalt der Regierung Kühn? — Es wird ein Haushalt der Regierung Kühn sein; aber es ist gleichzeitig — das müssen wir vorher sagen — ein Haushalt, der umgestellt und dann vorgelegt wurde, und zwar in einer Zeit, in der wir nichts vorfanden als leere Kassen,

(Zustimmung bei der SPD)

nichts vorfanden als jede Menge Verpflichtungen, die die Regierung eingegangen war. Sie haben recht, Herr Kollege Pürsten: In den Schulden ist die CDU-Regierung nicht so weit gegangen. Aber in den Verpflichtungen doch! Wieviel Verpflichtungen haben Sie uns denn im Wohnungsbausektor hinterlassen? 3,5 Milliarden DMark, meine Damen und Herren! Das ist doch kein Pappenstiel! Auch das müssen Sie zitieren, wenn Sie uns fragen, warum wir in der Wohnungsbaupolitik so schweigsam gewesen sind.

(Zuruf des Abg. Hennemann (CDU))

Wir sind deshalb im Bereich des Wohnungsbaus so schweigsam gewesen, weil wir nicht einfach den Beschluß Ihrer Fraktion übernehmen wollten, nur noch 25 000 Wohneinheiten im Jahr zu fördern, sondern weil wir mehr tun möchten, trotz der Fülle von Belastungen, die Sie uns hinterlassen haben.

Wir haben diesen Übergangshaushalt in einer Zeit übernommen, von der wir wissen, daß sie schwerer sein wird als viele Jahre, die hinter uns liegen. Wir können nur hoffen, daß wir in die schlechteren Zeiten mit einer besseren Regierung hineingehen. Darauf kommt es uns an: daß wir mit dieser besseren Regierung zu Haushalten kommen, die dann abgestimmt sein müssen, die den Akzent der mittelfristigen Finanzplanung nicht vermissen lassen dürfen. Volle Übereinstimmung! Aber, was Sie in acht Jahren nicht geleistet haben, das schaffen wir nicht in hundert Tagen. Wir können die mittelfristige Finanzplanung nicht vorlegen, wenn wir im Dezember leere Kassen gefunden haben und nun einen Haushalt in einem Zeitpunkt vorlegen müssen, der ohnehin schon zu spät ist, und dies nicht durch die Schuld der Regierung Kühn, nicht durch die Schuld der Koalitionsfraktionen, sondern auf Grund einer Fülle von Gesichtspunkten, die Sie ebenso gut kennen wie ich.

Wir sind noch nicht über den Berg. Da haben Sie recht. Insofern ist das Motto, das auf den Plakaten der Sozialdemokraten gestanden hat, nicht erfüllt. Sie haben recht.

(Zuruf von der CDU: Es geht schon wieder abwärts!)

Aber, wir sind auch sechs Monate zu spät in die Regierungsverantwortung gekommen,

(Zustimmung bei der SPD)

und daran sind Sie schuld! Wir wären sechs Monate weiter

(Zuruf von der CDU: Nein!)

auf einem Weg, von dem wir sicher sind, daß er ein guter Weg auch dann wird, wenn er in den ersten hundert Tagen von den notwendigen Aufräumungsarbeiten bestimmt war, die diese neue Landesregierung übernehmen mußte und durchführen mußte.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden weiterkommen. Seien Sie sicher und zuversichtlich! Wir kriegen das hin.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir kriegen sogar eine Personalpolitik in diesem Lande hin, die sich von der Ihren dadurch unterscheidet,

(Widerspruch bei der CDU)

daß wir Sachgesichtspunkte in den Vordergrund stellen und daß bei uns der Ministerpräsident und die Landesregierung entscheiden, wer berufen wird.

(Dr. Lenz (CDU): Haferkamp!)

Ich will Ihnen einmal etwas verraten: Nicht einmal die Minister hat bei uns die Fraktion gewählt; sondern auch das hat der Ministerpräsident entschieden, weil es so in der Verfassung steht.

(Heiterkeit bei der CDU)





(A) Und dabei bleiben wir auch bei Regierungspräsidenten. Aber wenn es Ihnen mal geschehen sollte, Herr Kollege Pürsten, daß Sie vor eine solche Frage wie Herr Kollege Bäumer gestellt werden, dann wünsche ich Ihnen, daß Sie auch Freunde haben, die mit Ihnen offen darüber sprechen und Ihnen einen Rat geben, und dann wünsche ich Ihnen keine Gegner, die das mit polemischen Untertönen versehen und in der Presse schreiben, daß die jeweilige Partei offenbar dabei sei, alle interessanten Positionen mit Sozialdemokraten zu besetzen.

(Zuruf des Abg. Pürsten (CDU))

— Herr Kollege Pürsten, dazu ist zweierlei zu sagen. Erstens haben Sie uns dazu gar keine Gelegenheit gelassen, weil Sie schnell alles zementiert haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Zweitens, Herr Kollege Pürsten: Wir werden zwar nicht alle interessanten Stellen mit Sozialdemokraten besetzen

(Dufhues (CDU): Nicht alle?!)

— nicht alle! —, aber wenn wir mal Stellen mit Sozialdemokraten besetzen, dann mit interessanten Sozialdemokraten, das heißt mit Leuten, die mit uns den Versuch machen, dieses Land weiterzubringen, die mit uns den Versuch machen, dieses Land aus der augenblicklichen Misere herauszubringen, und die den gleichen Mut haben, den wir als Opposition hatten und den wir heute hier vermißt haben.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Abgeordneter, gestat-
(B) ten — —

(Johannes Rau (SPD): Darf ich den einen Satz zu Ende sagen?)

— Bitte!

**Johannes Rau** (SPD): Wir haben nämlich von Ihnen vermißt, was Sie von uns vor einem oder zwei Jahren verlangt haben: die klare Alternative, die Stellen, wo wir denn statt dessen hätten streichen können angesichts der Vorleistungen, die Sie eingegangen waren.

**Präsident van Nes Ziegler:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Lenz?

(Johannes Rau (SPD): Jawohl!)

— Bitte sehr, Herr Kollege Dr. Lenz!

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Kollege Rau, Sie haben davon gesprochen, daß Sie eine Reihe von Stellen mit interessanten Sozialdemokraten besetzen möchten. Halten Sie den früheren Kollegen Haferkamp für einen interessanten Sozialdemokraten?

(Lachen bei der CDU)

**Johannes Rau** (SPD): Ich kann nur sagen: Erstens: Ja. Zweitens: Er hat sich um keine Stelle beworben.

(Beifall bei der SPD)

Daß der Kollege Haferkamp ein interessanter Mann ist, das haben Sie ja erlebt, als er hier noch stand und Debatten führte.

(Pieper (CDU): Er wird ja bald wieder da stehen können, Herr Rau!)

— Das hoffen Sie! Na, sprechen Sie mal mit ihm!

(Zuruf von der CDU: Darf er denn? — Heiterkeit)

— Meine Damen und Herren, wenn er hier ist, darf er sprechen. Das ist bei uns immer so.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Pürsten hat noch einen Namen genannt, den ich hier doch auch aufgreifen möchte, um dann nicht mehr viel zum Bereich der Personalpolitik zu sagen. Er hat den Namen des Wirtschaftsministers genannt. Da ist er dann in die Faktur hineingeraten und hat gefragt: Wie lange noch, wie lange noch? — Nun, der einzige Hintergrund einer solchen Frage ist doch wohl das Votum aus der Pressekonferenz des Ministerpräsidenten über den Vorschlag des Wirtschaftsministers. Da war schon Ihre Fraktion sprachlich nicht ganz sicher. Da haben Sie nämlich folgendes veröffentlicht:

> Der Ministerpräsident hat den Vorschlag des Wirtschaftsministers Gleitze als unrealistisch bezeichnet. Die CDU fragt, wie lange der Ministerpräsident diesen unrealistischen Minister noch behalten will.

(Zuruf von der CDU: Schillern ist besser als gleitzen! — Heiterkeit bei der CDU)

— Wissen Sie, mit Wortschöpfungen und Wortspielen muß man immer erst ein bißchen trainieren. Ich kann nur sagen: So schnell schalten wir nicht um von der Qualifikation des einen oder anderen Vorschlages auf die Qualifikation des einen oder anderen Mannes, vor allen Dingen dann nicht, wenn dieser Mann eine jahrzehntelange wirtschaftspolitische Bewährung bestanden hat,

(Zuruf von der CDU: Theoretisch!)

die viele von uns und die meisten von Ihnen längst noch nicht erbracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wird bei uns von der Frage, ob jemand abgelöst werde, nicht gesprochen, sondern von der Frage, wie wir eng zusammenarbeiten, wie wir alle Phantasie,

(Lachen bei der CDU)

— Alle Phantasie, meine Damen und Herren! Unterschätzen Sie die nicht in der Politik! Phantasielose Gestalten sind schrecklich traurig! — wie wir Phantasie, Intelligenz und Tragkraft in dieser Regierung immer wieder zusammen zum Klingen und zum Tragen bringen und wie diese Regierung die vielfachen Probleme dieses Landes auch auf vielfache Weise zu lösen sich bemühen wird.

Das gilt, meine Damen und Herren, für alle, auch wenn ich hier nur einen Namen stellvertretend genannt habe. Das gilt für die übrigen Minister unseres Kabinetts, von denen Sie uns nicht wegkriegen. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren, in keiner Frage, sondern wir vertreten auch dann eine einheitliche Meinung, wenn diese

(A) einheitliche Meinung erst nach langen Diskussionen zustande kommt.

(Zuruf von der CDU: Holthoff-Plan!)

— Geben Sie mir ruhig die Stichworte! Das Stichwort „Holthoff-Plan" will ich gleich aufgreifen und hier folgendes sagen.

Die These, es gäbe in der Frage der Veränderung des Schulwesens und der Schulreform innerhalb der SPD verschiedene Gruppen, ist falsch.

(Zuruf von der CDU: Seien Sie vorsichtig, sonst muß sich der Ministerpräsident wieder dementieren!)

— Der Ministerpräsident braucht sich nicht zu dementieren, und ich brauche mich nicht zu dementieren, und zwar deshalb nicht, weil die Sozialdemokraten jedes Wort dessen unterschreiben, was in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Schulfrage steht,

(Dr. Lenz (CDU): Da stand ja nichts drin!)

und weil sie erwarten, daß das realisiert wird. Herr Kollege, wenn Sie mir eine Regierungserklärung einer CDU-Regierung zeigen, in der mehr zur Veränderung des Schulwesens in der Sache ausgesagt wird als in unserer, dann kriegen Sie von mir ein Sonderhonorar.

(Zuruf von der CDU: Wieviel?)

— Das kommt darauf an, was diese Regierungserklärung wert ist. Aber, meine Damen und Herren, wenn es eine Regierungserklärung gibt, die in der Frage der Schulpolitik nun wirklich neue Akzente setzt und neue Wege
(B) aufzeigt, dann ist es die vom 13. Dezember vergangenen Jahres.

Lassen Sie mich Ihnen noch schnell einmal sagen, was das heißt! Das heißt erstens institutionelle Trennung von Grund- und Hauptschule.

(Dr. Lenz (CDU): Wo steht denn das?)

— In der Regierungserklärung ist das ausdrücklich gesagt.

(Dr. Lenz (CDU): Nein!)

— Jawohl!

Zweitens: Die Hauptschule in der Regel als eine simultane Schule, offen für Kinder aller Bekenntnisse.

(Dr. Lenz (CDU): Wollen Sie das?)

— Das wollen wir!

(Dr. Lenz (CDU): Ist das die SPD-Meinung?)

— Das ist die SPD-Meinung und ist es immer gewesen, Herr Kollege Dr. Lenz. Worüber wir jetzt sprechen und worüber wir auch mit Ihnen sprechen möchten, das ist die Frage, wie man das durch die Änderung der Landesverfassung und durch die Änderung der Schulgesetze am besten erreicht. Denn eine Schulpolitik am Rande der Landesverfassung, an der Landesverfassung vorbei, unterhalb der Schulgesetze, eine Schulpolitik der permanenten Erlasse bringt nicht die Schule in Bewegung, sondern Eltern, Lehrer und Kinder in Unruhe. Das wollten wir nicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir gehen davon aus, daß eine möglichst große Simultanität des Schulwesens erreicht werden muß. Diese Simultanität muß gleichzeitig den Eltern eine Möglichkeit geben, für die es eine Gewissensfrage ist, ihre Kinder nicht in eine Schule schicken zu müssen, die für Kinder aller Bekenntnisse offen ist. Die Frage, über die wir miteinander und untereinander sprechen, ist, wie man das am sinnvollsten und am praktischsten erreicht und dabei eine möglichst große Übereinstimmung erzielt. Weil es da unterschiedliche Vorschläge gibt, werden wir untereinander und miteinander sowie mit Ihnen über diese Frage sprechen und nach dem richtigen Text suchen. Diese richtigen Texte werden wir dann, so hoffen wir, als Änderungen der Landesverfassung und als Änderungen der Schulgesetze billigen. Wir hoffen, daß der Kultusminister, dem wir für seine Initiativen dankbar sind, nicht nachläßt — auch schon vorher, bevor die Verfassungsänderung und die Änderungen der Schulgesetze erreicht sind —, dafür zu sorgen, daß wir ein fortschrittliches Hauptschulwesen im Sinne der weiterführenden Bildung in diesem Lande bekommen, wie es die Regierungserklärung angekündigt hat und wie wir es für richtig halten.

(Hennemann (CDU): Durch Erlaß?)

— Herr Kollege Hennemann, das kann ich Ihnen sagen: nicht durch Erlasse, sondern durch Aufhebung und Veränderung jenes Erlasses vom 23. Februar vergangenen Jahres, von dem wir glauben, daß er schulrechtlich in gar keiner Weise haltbar ist und unbedingt aufgehoben werden muß.

(Dr. Lenz (CDU): Dann heben Sie ihn doch auf!)

— Das kann ich nicht, das macht der Kultusminister.

Lassen Sie mich, da ich gerade bei der Schulfrage bin und hoffentlich diesen Punkt klargestellt habe, noch sagen:

Wir sind darüber betroffen, daß die finanzpolitische Lage unseres Landes, in der wir uns befinden, keine Möglichkeit zu geben scheint, die **Lernmittelfreiheit** voll durchzuführen. Die Frage, die Kollege Pürsten an den Kultusminister gerichtet hat, ist eine Frage an uns alle. Wir werden im Ausschuß darüber sprechen müssen; denn wir haben das Gesetz gemacht, und wir werden das Gesetz ändern müssen, und zwar so, daß es bei relativ geringen Mitteln einen möglichst großen bildungspolitischen Effekt erzielt. Das ist unsere Vorstellung.

(Zuruf von der CDU)

— Daß Sie einen starken sozialpolitischen Akzent gesetzt wissen möchten, sehen wir. Vielleicht lassen sich da gemeinsame Wege finden. Auf jeden Fall müssen die Wege so sein, daß unsere Schulen nicht Gutscheinverwaltungsämter werden oder bleiben. Auf jeden Fall muß die Lösung so sein, daß möglichst wenig Verwaltungsaufwand gebraucht wird.

(Zuruf von der CDU: Verfassungskonform wollen Sie es belassen? Oder die Verfassung ändern?)

— Nein, hier wollen wir nicht die Verfassung ändern. Darf ich Ihnen sagen, wo wir die Verfassung geändert haben möchten? In zwei Punkten, nämlich erstens: Weg-





(A) fall der Garantie der ein- und zweiklassigen Schule, die uns so viel Geld kostet,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

zweitens: Klärung des schulpolitischen Ortes der Hauptschule als einer Schule der weiterführenden Bildung. Das sind die beiden Hauptprobleme.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen ist das nicht neu.

(Dr. Lenz (CDU) versucht mit dem Ministerpräsidenten zu sprechen.)

— Ich weiß nicht — möchten Sie sich mit dem Herrn Ministerpräsidenten verabreden? Oder was wollen Sie?

(Dr. Lenz (CDU): Wir möchten uns mit ihm unterhalten!)

— Es gibt keine Differenzen in diesen Zielvorstellungen. Das geht sowohl aus der Regierungserklärung als auch aus meinem Beitrag vom 17. Januar über die Regierungserklärung hervor, der mir eine so schöne Publizität in bestimmten Wochenzeitungen gebracht hat.

(Pürsten (CDU): In der Vorstellung vielleicht nicht!)

— In der Frage, wie man das erreicht, haben weder die Landesregierung noch unsere Fraktion bisher eine Entscheidung getroffen. Das werden wir noch tun.

(Hennemann (CDU): Am nächsten Sonntag!)

(B) — Am Sonntag werden wir das erarbeiten. Aber bei uns treffen die Entscheidungen immer alle 99, es sei denn, es ist einer krank.

(Heiterkeit)

Wir werden dann auch im Kulturausschuß über die Frage sprechen, ob dieser Haushalt seine richtigen Akzente hat. Denn, Herr Kollege Pürsten, ich muß auch sagen: daß die Mittel für die Häuser der Erwachsenenbildung gestrichen worden sind, vermag ich noch nicht hinzunehmen. Daß die Mittel für Studentenwohnheime gestrichen worden sind, möchte ich doch noch genauer überprüft sehen. Deshalb werden wir diesen Haushalt an einigen Stellen in den Ausschußberatungen kritisch durchsehen. Wenn wir das nicht wollten, dann brauchten wir keine Ausschußberatungen. Wir werden aber bei diesen Beratungen darauf achten, daß der Haushalt so schnell wie möglich verabschiedet wird. Wir haben die Bitte an Sie, uns dabei zu helfen. Wir möchten noch vor Pfingsten die dritte Lesung haben, damit die Gemeinden an die Arbeit kommen, damit die Personallasten in der richtigen Weise aufgebracht werden können und damit die Unruhe über den Haushalt nicht zunimmt und nicht bleibt.

In diesem Rahmen wollen wir Veränderungen des Haushalts erörtern. Jede Verzögerung und jede Verlängerung der Beratungen würde nach unserer Auffassung ein prozyklisches Verhalten darstellen. Das möchten wir vermieden wissen.

Lassen Sie mich, wenn ich von der Kultur spreche, auch noch dem Herrn Kultusminister dafür danken, daß er einen Ausschuß berufen will, der die Fragen der Universitätsreform und der Universitätstopographie in unserem Lande erörtern soll.

Wir befinden uns hier ja in erheblichen Schwierigkeiten, nun nicht als Regierung und Koalitionsfraktionen, sondern weit darüber hinaus als Landtag und Landesregierung in gleicher Weise, weil wir Studentenplätze in großem Ausmaß gerade in der Zeit schaffen müssen, in der die Steuereinnahmen zurückgehen. Es wird darauf ankommen, daß so rationell wie möglich gebaut und geplant wird, und das heißt gleichzeitig, daß Gesichtspunkte des kontinuierlichen Wachstums die entscheidenden Gesichtspunkte bei der Reihenfolge und bei der Abstufung der verschiedenen wissenschaftlichen Hochschulen sein müssen. Dabei kommt es uns darauf an, daß die bewährten Universitäten, die alten Universitäten, in ihren Möglichkeiten nicht zugunsten der neuen Universitäten geschmälert werden und daß andererseits diese neuen Universitäten nicht einfache Abziehbilder der alten Universitäten werden.

Wir sind besonders dankbar dafür, Herr Kultusminister, daß Sie vorgesehen haben, aus Bielefeld wirklich eine Reformuniversität werden zu lassen, und wir meinen, in diesem Lande hätten Schritte in dieser Richtung längst getan werden müssen. Wir glauben, daß es Möglichkeiten zu solcher Reform auch schon bei Bochum und bei Dortmund gibt, und wir bitten Sie, zu prüfen, ob nicht z. B. für den Zeitraum bis zur Fröffnung von Dortmund die dorthin zu berufenden Ordinarien in Bochum mitwirken und möglicherweise da für die Zwischenzeit lesen könnten. Hier gibt es sicher eine Fülle von Möglichkeiten zu sparen und doch die Effizienz unseres Hochschulwesens zu verstärken.

Entscheidend scheint mir zu sein, daß wir den Krieg 70/71 in diesem Jahrhundert jedenfalls nicht verlieren, weil er ein friedlicher Krieg sein wird, nämlich den Krieg der hohen Studentenzahlen in diesem Lande. Wir müssen uns darauf vorbereiten, vor allen Dingen im Bereich der Medizin, aber auch in den übrigen Mangelbereichen, entsprechende Plätze zur Verfügung zu stellen.

Ich will zum Kulturhaushalt nicht mehr sagen, weil wir dazu in der zweiten Lesung Gelegenheit haben werden, und will mich dem Bereich zuwenden, den auch Herr Kollege Pürsten kritisch angesprochen hat.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Professors Mikat?

(Johannes Rau (SPD): Ja, gern!)

**Dr. Mikat** (CDU): Herr Rau, darf ich diese Erklärung so verstehen, daß Sie sich damit jetzt auch vor dem Hohen Hause zu meiner Konzeption der gleichzeitigen Schaffung von Reformkernen für das Land Nordrhein-Westfalen im Hochschulwesen endgültig bekannt haben? Das ist sehr wichtig.

**Johannes Rau** (SPD): Wenn Sie unterstellen, daß ich von einer Überprüfung der Stufen im zeitlichen Ablauf gesprochen habe, dann dürfen Sie das so verstehen.

(Dr. Mikat (CDU) meldet sich nochmals zum Wort)

(A) **Präsident van Nes Ziegler:** Ich muß erst fragen, ob eine zweite Frage beantwortet wird.

(Johannes Rau (SPD): Es kommt darauf an, wie sie lautet; aber im Grundsatz: Ja!)

— Bitte, Herr Professor Mikat.

**Dr. Mikat** (CDU): Bekennen Sie sich damit zu der von Herrn Kollegen Schelsky und mir im Gutachten über Bielefeld niedergelegten Gesamtkonzeption für das Land?

**Johannes Rau** (SPD): Herr Professor Mikat, ich würde zu einem Zeitpunkt, an dem der Kultusminister die Berufung eines Gremiums angekündigt hat, das Strukturfragen allgemein erörtern soll, eine Vorwegentscheidung eines einzelnen Abgeordneten nicht für gut halten gegenüber diesem Gremium, dessen Vorschläge ich zuerst noch hören möchte, von dem ich aber glaube, daß es Ihre Vorschläge zur Universitätsreform, speziell den Beitrag Schelsky-Mikat, außerordentlich positiv bewerten und sicher genau studieren wird, denn ich halte diesen Beitrag für einen der entscheidenden zur Frage der Hochschulpolitik.

(Unruhe bei der CDU)

— Warum soll man das nicht sagen? Das halte ich für völlig richtig und in der Ordnung.

Meine Damen und Herren, ich wollte mich dem **Wohnungsbau** zuwenden und sagen, daß sich der Wohnungsbau in der Tat an einer entscheidenden Wende befindet und daß wir uns, was die Art der Wohnungsbau-
(B) finanzierung angeht, von dem bisherigen Gießkannensystem zu einer Verteilung der Landeswohnungsbaumittel nach Schwerpunkten umorientieren müssen. Das ist vor allen Dingen deshalb nötig, weil die Haushaltsvorbelastung so groß ist; ich habe sie eben genannt. Sie beträgt inzwischen nach dem Stichtag 31. Dezember 1966 3,5 Milliarden und führt dazu, daß allein 1967 zur kassenmäßigen Erfüllung der Verpflichtungen, die bis 1966 eingegangen worden sind, 1,5 Milliarden bereitgestellt werden müssen. Wenn das so ist, dann muß man die Frage, was wir denn nun zu tun gedenken, immer vor dem Hintergrund dieser Zahlen sehen, und da muß man zugeben, daß der Ruf „Butter bei de Fisch'" berechtigt ist, d. h. daß die zusätzlichen Mittel auch genannt werden müssen, die nun in den Wohnungsbausektor hineinkommen sollen. Wie gesagt, da halten wir den Vorschlag von Ihrer Klausurtagung, nur noch 25 000 Wohnungen zu fördern, nicht für gut, sondern wir glauben, daß sehr viel höhere Zahlen genannt werden müssen.

Meine Damen und Herren, ich kann im Rahmen dessen, was an diesem Vormittag möglich ist, nicht alle Themen ansprechen. Aber lassen Sie mich noch sagen: Daß die Landesregierung die **Verwaltungsreform** in größerem Stil in dieser Wahlperiode einleiten will, das begrüßen wir, weil wir glauben, daß zur Zeit zu viele Stufen und Typen von Körperschaften mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt sind und daß wir uns keinen kostspieligen und keinen komplizierten, unübersichtlichen und schwerfälligen Aufbau der Kommunal- und Staatsverwaltung leisten können. Wir möchten, daß die Verwaltungsreform, zu der ich jetzt im einzelnen nichts sagen möchte, auch die organisatorischen Voraussetzungen für eine befriedigende Lösung der übergeordneten Raumplanungsaufgaben schafft. Wir werden die in diesem Bereich sicher vorhandenen unterschiedlichen Meinungen klären, bevor wir die Entscheidung der Landesregierung unsererseits beurteilen.

Ich weiß nicht, wie sich die Debatte vollziehen wird; aber man kann am Bereich der **Wirtschafts- und Energiepolitik** nicht vorbeigehen, und man kann zu diesem Thema nicht sprechen, ohne darauf hinzuweisen, daß die Misere, in der wir uns jetzt befinden, die Folge der Tatsache ist, daß es acht Jahre lang weder im Bund noch im Lande eine klare energiepolitische Konzeption gegeben hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, daß auch hier hundert Tage zu wenig sind, zumal die Probleme ja nicht etwa kleiner geworden sind gegenüber der Zeit, als Sie die Regierung stellten, sondern diese Probleme sind größer geworden, und wir meinen, daß ihnen am besten dadurch begegnet werde, daß ein konjunkturgerechter Haushalt vorgelegt wird. Das ist geschehen. Der Steigerungssatz dieses Haushalts von 5,2 % mit dem starken kulturpolitischen Akzent einer Steigerung von 9 % scheint uns — wenn man die übrigen, und das heißt speziell auch die Bonner Bemühungen hinzurechnet, die unter dem Stichwort „Investitionshaushalt" hier nur genannt werden können — das beste erste Mittel zur Bewältigung der an der Ruhr bestehenden Schwierigkeiten zu sein. Wir glauben, daß die Landesregierung nun Schritt für Schritt eine Fülle von Einzelmaßnahmen einleiten muß, so, wie sie einige eingeleitet hat, um — —

(Zurufe von der CDU: Welche?)

— Haben Sie den Haushalt wirklich nicht gelesen? Haben Sie wirklich nicht gelesen, daß die Mittel, die zur Bewältigung dieser Schwierigkeiten an der Ruhr bereitgestellt sind, mehr als 200 Millionen DMark über dem liegen, was im Vorjahr vorgelegt worden ist,

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Ist doch nichts Neues!)

und daß diese 200 Millionen DMark so gezielt eingesetzt worden sind, daß ich nur sagen kann: Wer da noch fragt: „Welche?", hat sich mit energiepolitischen Fragen noch nicht beschäftigt.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn ich da lese — ich habe es schon erzählt —, daß einer unserer Landtagskollegen aus der CDU-Fraktion erklärt — laut Zeitungsbericht; man darf das nie immer so ganz glauben; aber in diesem Falle glaube ich das —,

(Heiterkeit)

das, was die Regierung Kühn da an Energiepolitik vorgelegt habe — so sagt der Mann; lachen Sie nicht zu früh! —, sei erstens langweilig, zweitens schlecht, drittens unzureichend und viertens alles von Meyers und Lemmer abgeschrieben,

(Schallende Heiterkeit bei der SPD)

dann kann ich nur sagen, daß da im Einüben von Opposition etwas noch nicht stimmt.

(Beifall bei der SPD — Duthues (CDU): Können Sie das Zitat angeben, Herr Rau?)



(A) — Ja, das Zitat kann ich angeben. Ich müßte es holen lassen; das kann ich tun.

(Duthues (CDU): Tun Sie es; lassen Sie es ruhig holen!)

Das war ein Beitrag aus Datteln, Ortsausgabe Datteln der „Ruhr-Nachrichten" oder der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" — jedenfalls ein gutes Blatt —,

(Heiterkeit)

und der Sprecher war ein Mitglied Ihrer Fraktion.

(Zurufe der Abg. Duthues und Hennemann (CDU): Lassen Sie es ruhig holen!)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen die Initiative der **Bundesregierung**, etwa ein Drittel des Volumens des **Investitionshaushalts** dem Land Nordrhein-Westfalen zukommen zu lassen. Wir sind uns dabei darüber klar — lassen Sie mich auch das hier offen aussprechen! —, daß die zeitlichen Prognosen des Bundeswirtschaftsministers — Ende der Talsohle, Beginn des Aufschwungs Mitte des Jahres — im Lande Nordrhein-Westfalen durchaus mit Verzögerungen eintreffen können, weil hier die Schwierigkeiten zu groß waren, weil die Talsohle zu lang gewesen ist. Wir sind uns klar darüber, daß das Verlassen dieser Talsohle, der Aufschwung nach Maß nicht unbedingt bedeuten, daß wir im gleichen Atemzug auch Vollbeschäftigung erreichen. Deshalb glauben wir, daß die Landesregierung alle Bemühungen anstellen muß. So haben wir mit Freude gerade etwa von dem Brief an Kiesinger Kenntnis genommen. Die Landesregierung muß also, so meinen wir, alle Möglichkeiten ergreifen, um die Frage der schnellen
(B) Umschulung, um die Frage des „Timings" bei notwendigen Zechenstillegungen, um all solche Fragen so zu klären, daß jedenfalls die große Krise dieses Landes, nämlich die **Krise um die Kohle**, wenn wir sie schon durchstehen müssen, dann nicht einseitig vom Kumpel, sondern von uns allen durchgestanden werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt auch, daß wir eben zur Kenntnis nehmen müssen, daß es neun Jahre lang diese energiepolitische Konzeption nicht gegeben hat, daß deshalb der Bergbau nur dann wird gesunden können, wenn er sich einer gesteuerten Anpassungskur unterzieht und wenn das Ziel ist, zu sicherer Energie zu günstigen Preisen so zu kommen,

(Dr. Lenz (CDU): Woher haben Sie denn das?)

daß eine ausreichende inländische Grundversorgung mit Energie sichergestellt wird.

Meine Damen und Herren, ich will die Fragen der Wirtschafts- und der Energiepolitik nun hier nicht im einzelnen ansprechen, und zwar ganz schlicht deshalb nicht, weil ich Ihre Geduld nicht zu lange strapazieren möchte.

Lassen Sie mich aber doch noch sagen, daß — jedenfalls nach meiner Meinung — die bestehenden Zechen noch einmal überlegen müßten, ob sie sich nicht auf privatrechtlicher Basis in einer Kooperationsgemeinschaft zusammenschließen sollten, und zwar je eher, desto besser, statt daß wir ständig Pläne miteinander erörtern, die möglicherweise dann, wenn sie realisiert werden, schon nicht mehr stimmen, weil wir zu lange zögern und uns an Eigentumsvorstellungen gerade in diesem Bereich gewöhnt haben, die dann darauf hinauslaufen, daß wir das Eigentum derer subventionieren, die nicht bereit sind, dieses Eigentum so einzusetzen, daß es uns in unserem Lande auch zur Sicherstellung der Arbeitsplätze dienen kann!

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich mit wenigen Sätzen dem Bereich der **Sozialpolitik** zuwenden und der Landesregierung dafür danken, daß sie bei allem Zwang zu Kürzungen, zu Kürzungen, von denen noch die Rede sein wird, einen der entscheidenden Bereiche unangetastet gelassen hat, von dem ich zu sagen wage — und zwar als jemand, der acht Jahre dem Jugendausschuß angehört hat —, daß er noch wichtiger als Jugend- und Familienhilfe ist. Es ist der Bereich der Altenpflege. Wir danken ihr angesichts der Tatsache, daß die Altersstruktur in unserem Lande immer schwieriger wird — wir werden 1970 einen Anteil von 14% der Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren haben —, daß sie in diesem Bereich keine Kürzungen vorgenommen hat. Allerdings meinen wir auch, daß die Kürzung auf dem Gebiet der Jugendhilfe in der Sache noch einmal überprüft werden muß.

Herr Kollege Pürsten, die Kürzung der Mittel für die Kindererholung betrug laut Haushaltsvoranschlag der Regierung Meyers Ende November des vergangenen Jahres 7,4 Millionen DMark. Das heißt also: die Regierung Meyers hatte den Ansatz von 10 Millionen auf 2,6 Millionen DMark gekürzt.

(Hört, hört! bei der SPD)

Wir sind, nachdem die Regierung Kühn das im wesentlichen beibehalten hat, der Meinung, daß es dabei nicht bleiben darf und daß wir hier korrigieren müssen.

(Zustimmung bei der SPD — Pürsten (CDU): Wir hatten aber doch gar keinen Entwurf Meyers!)

— Nein, Sie hatten den Entwurf noch nicht. Ich weiß nicht, ob Sie die Erklärungen der Landespressestelle lesen; da hätten Sie lesen können, daß wir das nicht nur als Fraktion erwägen, sondern daß auch der Arbeits- und Sozialminister Überlegungen in dieser Richtung anstellt.

Bei den Kindergärten ist das schon ungleich schwieriger. Aber, meine Damen und Herren, wie schwierig es auch sein mag: Wir haben sogar bei den Krankenhäusern Kürzungen vorliegen. Ist Ihnen bekannt, daß gegenüber den mehreren Hundert Millionen, die im Haushalt für Krankenhäuser vorgesehen sind und bei denen jetzt 44 Millionen DMark gekürzt wurden, die Regierung Meyers seinerzeit schon Zusagen in Höhe von 600 Millionen DMark gegeben hat?

(Hört, hört! bei der SPD)

Wie haben Sie sich das denn eigentlich vorgestellt? Wenn Sie uns sagen, wir gingen zu stark an den Kapitalmarkt, dann kann ich nur erwidern: Sie gehen zu stark an die Börse der unverbindlichen Erklärungen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir hätten in der Krankenhauspolitik nicht so viel zusagen, statt dessen aber eine Krankenhaus-Zielplanung

(A) schaffen sollen, die über die Gemeinde- und Kreisgrenzen hinausgeht und damit zu einem effektiven Einsatz dieser Mittel führt. So treffen wir dauernd Leute, die uns erzählen, daß Sie die Zusage schon gegeben hätten. Wenn man das Ganze einmal addiert, wird daraus ein Haushalt, den wir nicht einmal in dreißig Jahren erfüllen können, weil Sie so viel zugesagt haben, wie nur in längeren Zeitabschnitten — selbst von uns! — geleistet werden kann.

Hier sage ich also bei aller Kritik, die Sie vorbringen:

(Zuruf von der CDU — Finanzminister Wertz: Das will ich gern aufklären!)

Niedriger hängen! Nicht zu viel Kritik da, wo Sie sich selber an die Brust schlagen müssen!

(Sehr wahr! bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich mit wenigen Sätzen einem Bereich zuwenden, der — zur Zeit — relativ wenig Geld kostet. Ich möchte nämlich ein besonderes Wort des Dankes dafür sagen, daß der Herr Justizminister eine **Justizpolitik** in unserem Lande betreibt, die unseren Bürgern verständlich ist, die deutlich macht, daß auch bei schlimmen „Betriebsunfällen" nicht die Kleinen gehängt und die Großen laufen gelassen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten ihm dafür danken, daß seine Justizpolitik deutlich macht, daß auch der Einsatz, die Aufwendung von Mitteln für Strafgefangene, für Untersuchungshäftlinge, für junge straffällig Gewordene der gesamten Gesellschaft und nicht nur dem unmittelbar betroffenen Personenkreis zugute kommt. Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit betonen, daß wir glauben, dies werde sich in den kommenden Jahren auch im Haushalt auswirken müssen. Denn **Strafanstalten**, die über 100 Jahre alt sind, Strafanstalten, in denen ein permanenter Begegnungszwang der Häftlinge besteht, sind keine Anstalten der Resozialisierung, sie sind vielmehr Gefahrenherde für die Bevölkerung, die eines Tages den Strafgefangenen begegnet, die in den Gefängnissen nicht resozialisiert worden sind, sondern gewissermaßen eine spezifische weiterführende Bildung im eigenen Berufsleben erfahren haben.

(B)

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir möchten in diesem Bereich keine Hauptschule, sondern wir möchten in diesem Bereich eine neue Konzeption, und wir meinen, hier sei der Blick nach Hessen ein guter Blick. Wir sollten dem Justizminister danken für die Anfänge, die hier schon geleistet worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Das läßt sich übrigens auch machen, Herr Kollege Pürsten, wenn die „Vollbeschäftigung der Waldarbeiter" erhalten bleibt.

(Heiterkeit)

Offenbar ist das ja wirklich zu einem goldenen Wort in diesem Hause geworden; wir sollten einmal ankreuzen, in welcher Debatte es nicht erwähnt worden ist.

(Erneute Heiterkeit)

Es sagt immer etwas über das Reservoir an Bonmots aus, wie oft was zitiert wird.

(Pürsten (CDU): Das paßt eben immer so gut!)

Ich möchte Ihnen noch dies sagen: Wir haben bei dem jetzt vorliegenden Übergangshaushalt ausdrücklich unterstellt und zur Kenntnis genommen, daß die Opposition, wie sie das schon bei den Sparvorschlägen gemacht hat, als w i r noch in der Opposition waren, mit der entsprechenden Drucksache unter dem Arm in die Veranstaltungen der jeweiligen Personenkreise gehen und sagen wird: So schlimm sind die Leute um Kühn; selbst euch haben sie etwas gestrichen! — Das haben wir bei unseren Kürzungsvorschlägen im Betrag von 240 Millionen DMark erlebt, und das werden wir jetzt erleben, aber wir denken, Herr Kollege Pürsten, daß wir das durchhalten; wir halten das auch im Bereich der Landwirtschaft durch.

(Pürsten (CDU): Wir haben das ja acht Jahre mit Ihnen durchgehalten!)

Und zwar halten wir das deshalb durch, weil wir glauben, daß über alle Gruppen hinweg, über alle Gruppeninteressen hinweg, ob das Landwirte oder Volksschullehrer, ob das Polizeibeamte oder Steuerbeamte sind, die entscheidende Frage doch ist, ob wir wieder einen Haushalt der Stabilität bekommen, ob wir einen Haushalt bekommen, der Wachstum anregt, statt Wachstum bloß publizistisch darzustellen, und ob wir einen Haushalt bekommen, der finanzpolitisch wieder in Ordnung ist.

Wir haben hier festzustellen, daß das, was wir vorgefunden haben, eine Politik war, die — nicht in der Frage der Verschuldung, aber in der Frage der Haushaltsvorgriffe und der Bindungsermächtigungen — davon ausging, daß der Zeitpunkt schlicht undenkbar sei, da einmal die SPD die Regierung übernehmen werde und nun — sagen wir einmal so — den außergerichtlichen Vergleich verwalten müsse, von dem Sie hier heute morgen gesprochen haben oder von dem wir glauben, daß er am Tage des Regierungswechsels vorlag. Sie haben ja diesen Regierungswechsel noch mit entsprechenden Vorleistungen ausgestattet.

Wir sind uns darüber klar, daß das keine leichte Aufgabe ist. Wir sind uns klar darüber, daß wir es mit einer Durststrecke zu tun haben, die uns vor allen Dingen in unseren Wahlkreisen Schwierigkeiten bereiten wird, weil wir auf bestimmten Feldern Dinge vertreten müssen, von denen wir wissen, daß sie nicht populär sind.

Wir haben den Mut dazu, weil wir glauben, daß am Ende dieser Bemühungen um die Konsolidierung unserer Finanzen und um finanzpolitische Ordnung — gemeinsam mit der Bundesregierung, mit der wir auch bei unterschiedlichen Koalitionen Hand in Hand arbeiten — ein Land Nordrhein-Westfalen stehen wird, das zwar nicht — wie Herr Dr. Meyers einmal angekündigt hat — eine einzige Baustelle ist — das ist es nicht, und das wird es auch in den nächsten Jahren nicht mehr werden können —, das aber seine Verkehrswege, seine Infrastruktur für eine Wachstumsindustrie anbietet, die mit der Kohle und auf der Basis der Kohle und mit dem Stahl dieses Land im Sozialprodukt, in dem, was hier erarbeitet und erwirtschaftet wird, wieder an die Spitze der Bundesländer bringen wird, weil wir es hier mit





(A) fleißigen Menschen zu tun haben. Wir sind überzeugt davon, daß das gelingen kann, wenn wir uns anstrengen, daß das gelingen kann, wenn wir jeden Versuch der Augenwischerei vermeiden, und daß das um so besser gelingt, je mehr wir uns in der Regierungsverantwortung bewähren und je kritischer und sachlicher die Rückfragen der Opposition sind.

Wir sind bereit, mit dieser Regierung zu arbeiten, auch kritisch mit ihr zu arbeiten. Das wird bei uns immer so sein, weil wir Demokraten sind, weil wir nicht einfach ein „sozialdemokratischer Eintopf" sind, sondern weil es die natürliche Spannung zwischen Fraktion und Regierung geben wird, schon damit Konturen deutlich sind. Aber diese Konturen werden immer zeigen, daß wir als unterschiedlich temperierte Menschen an verschiedenen Stellen, aber mit den gleichen Zielvorstellungen wirken und daß wir das unter dem Blick einer hoffentlich wachen Opposition tun. Wenn Sie gelegentlich einen Rat brauchen, wie man das macht, dann denken Sie daran, daß viele von uns wissen, wie man solche Opposition wahrnimmt.

Nach hundert Tagen wissen wir nicht nur, wie man opponiert, sondern auch, daß wir auf der Regierungsbank Männer sitzen haben, die regieren können, die nicht mehr versprechen werden, als sie halten. Wir haben dort Männer sitzen, die unser Vertrauen genießen, mit denen wir diesen Übergangshaushalt auf einen sozialdemokratisch bestimmten Haushalt hin durch die erste, zweite und dritte Lesung — —

(Hennemann (CDU): Und die FDP? — Gegenruf von der CDU: Die hat nichts mehr zu sagen!)

(B) — Ich habe gesagt: „sozialdemokratisch b e s t i m m t e n Haushalt". Wissen Sie: Wir haben unter uns eine Verhältniswahl: 8 : 2 und 99 : 15. Und lassen Sie mich auch das noch sagen, Herr Kollege Hennemann:

(Zuruf des Innenministers Weyer — Gegenrufe von der CDU)

Sie brauchen sich um die Sozialdemokraten in diesem Lande keine Sorgen zu machen; ob Sie sich um die Freien Demokraten in diesem Lande Sorgen machen müssen, ist Ihre und nicht unsere Sache. Wir arbeiten erst kurz zusammen, aber Sie haben da längere Erfahrungen, die Sie offenbar im vergangenen Sommer dazu gebracht haben, selbst dann noch an diesem Partner festzuhalten, als der Wähler Ihnen das Mandat dazu entzogen hatte. Ich kann daraus nur schließen: Sie liebten sich.

(Hennemann (CDU): Da war der Rubin auch noch dabei! — Heiterkeit)

Wenn das nun vorbei ist, sollten Sie in Ruhe abwarten, wie die beiden, Kühn und Weyer, miteinander zurecht kommen. Ich habe den Eindruck, sie kommen miteinander zurecht. Und seien Sie sicher: Es wird in diesem Lande eine Politik geben, die eine Politik der e r f ü l l t e n Versprechen sein wird und keine Politik der Versprechungen!

(Beifall bei der SPD — Frau Dr. Wasmuht (CDU): Daher versprechen Sie lieber nichts!)

— Frau Kollegin Dr. Wasmuht, Sie werden am Ende dieser Wahlperiode erleben, daß das, was wir zugesagt haben, nach Maßgabe dessen, was möglich ist, — —

(Aha! und Lachen bei der CDU — Zuruf von der CDU: Sind Sie vorsichtig!)

— Daß Sie das erstaunt, verstehe ich absolut nicht. Ich habe jedenfalls bisher gedacht, daß das Wort, daß das Mögliche erreicht werden müsse, daß es also situationsbedingte Abhängigkeiten gibt, daß es zeitliche Verschiebungen gibt, daß das alles Ihnen nach 20 Jahren der Regierungstätigkeit bekannt sei und daß Sie jeder Regierung unterstellen, daß sie sich nach den Möglichkeiten richtet, nach Möglichkeiten, die auch davon bestimmt worden sind, daß die Sozialdemokraten im Bund und im Land erst in die Regierung kamen, als Bund und Land zahlungsunfähig geworden waren.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD — Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist das alte Spiel aus der Weimarer Zeit, daß man die Sozialdemokraten mit dem Scherbenhaufen identifizieren möchte, den sie vorfinden. Das geht nicht!

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben — und dafür gibt es gerade aus diesen 100 Tagen Zeugnisse — die Leistungen der Regierung Meyers im Rahmen ihrer Möglichkeiten nie abgewertet.

(Frau Dr. Wasmuht (CDU): Hier nicht, aber draußen!)

— Frau Kollegin Dr. Wasmuht, ich weiß nicht, was Sie im Erfrischungsraum gehört haben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Gerade der Ministerpräsident dieses Landes hat das in seiner Regierungserklärung noch einmal ausdrücklich bescheinigt, und ich kann nur sagen: Bisher bin ich davon ausgegangen, daß bei der Wachablösung des vergangenen Dezembers die persönliche Fairneß, die persönliche Hochachtung, nie verletzt worden ist. Ich habe zum Beispiel das ausgesprochene positive Votum von Herrn Kollegen Prof. Mikat gegenüber seinem Nachfolger als eine Anerkennung dieses Tatbestandes verstanden, und ich meine, wir sollten dabei bleiben, daß wir bei allen Unterschieden in der Sache, bei allen Hinweisen auf Versäumnisse, nie die Person attackieren, sondern nur das, was getan und unterlassen worden ist. So gedenken wir zwischen Regierung und Opposition zu verfahren.

Am Ende wird eine Politik stehen — das darf ich noch einmal sagen —, die realistisch einschätzt, was von der Basis, auf der wir stehen, her möglich ist, und die als Ziel hat: mehr Wachstum, mehr Stabilität, größere Sicherheit für die Menschen unseres Landes — vor allen Dingen im Blick auf ihre Arbeitsplätze —, und eine auf bildungspolitische Expansion ausgerichtete Politik, die weiß — wie kurz oder wie lange man auch jeweils regiert —, was man regiert, was man der Regierung an Aufträgen zuweist und was versäumt wird.

Das alles ist zu sehen und wird eines Tages nicht nur von der jeweiligen Opposition — von der auch —, sondern auch von den Menschen beurteilt werden, die nach unserer Zeit in diesem Lande leben sollen. Wir glauben, daß die Regierung Kühn in der Lage ist — und daß sie das bewiesen hat —, sich vor diesen Menschen zu verantworten, die später einmal in diesem Lande von den Bildungs- und Wirtschaftseinrichtungen Gebrauch machen werden, die wir jetzt zu schaffen haben.

(A) Das geschieht in einer Zeit, in der es hinsichtlich der Steuereinnahmen abwärts geht, in der es aber hinsichtlich der Konzentration der Mittel aufwärts geht und in der es auch hinsichtlich der Hilfe für das Revier — das das Herzstück unseres Landes ist —, aufwärts geht und gehen muß. Trotzdem dürfen die anderen Bereiche nicht vergessen werden, weil wir wissen, daß dieses Land eine Einheit ist und nur von einer Regierung und einer Koalition regiert werden kann, die in den von ihr entwickelten Zielvorstellungen einheitlich ist.

Dafür können wir Ihnen garantieren! Ihre Versuche, das ein wenig auseinanderzudividieren, gehören nach unserer Auffassung in den Bereich der politischen Belletristik. Wir haben dafür keine Zeit. Die Sorgen und die Probleme sind zu groß. Wir sind bereit, sie anzugehen.

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat nunmehr Herr Abg. Dr. Lange von der Fraktion der FDP.

**Dr. Lange** (FDP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Wille des Präsidenten ist unser Schicksal, mein und Ihr Schicksal. Ich muß Sie leider bitten, daran in dem entsprechenden Umfang und Maß teilzunehmen. Die dritte Fraktion kommt mit ihren Darlegungen immer in die Mittagsstunde. Aber sie nimmt auch dies hin — wie gesagt: Die Ordnung im Hause wird von dem Präsidenten bestimmt.

Haushaltsdebatten, meine Damen und Herren, sind die Stunde der Opposition, denn kein Mensch erwartet (B) ja füglicherweise ein spektakuläres Auseinanderklaffen der Ansichten zwischen der Regierung und der sie tragenden Fraktionen. Wenn man so will, ist eine Stunde der Opposition auch die Stunde der Demokratie schlechthin, deren unschätzbarer und unersetzbarer Vorteil gegenüber jeder anderen Regierungsform darin liegt, daß sie der gnadenlosen Aufsicht und Kontrolle eben der Opposition unterworfen ist.

Nun, ein Feuerwerk von Angriffen, eine Konfrontation von Versprechungen und angeblicher Nichteinlösung, ein Hinweis auf Versäumnisse, auf ein Zuspät, Zuwenig — das ist die Aufgabe der Opposition, die wir hier erwarteten. Meine Kolleginnen und Kollegen, haben wir eine solche Stunde heute morgen erlebt? Konnten wir sie nach dem, was sich in den letzten Monaten in unserem Lande vollzogen hat — nach dem Zeitablauf der Dinge —, erleben?

Herr Kollege Pürsten, bei allen Bemühungen sind Sie doch in Ihren oppositionellen Aussagen auf weiten Bereichen in der mehr oder weniger verbalen Konstruktion einer Opposition geblieben. In der Sache selbst konnten Sie die Aufgabe sicherlich nicht besser und nicht schärfer meistern, als Sie es getan haben. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß Sie in einigen Punkten natürlich diese Generallinie verlassen haben. Sie haben freundliche Worte dafür gefunden, daß die Rolle der FDP doch eigentlich unangemessen still und klein geworden sei. Die FDP sei in eine Beifahrersituation gekommen. Darin entdecke ich so etwas wie einen Widerspruch zu den Ausführungen Ihres Kollegen Dr. Lenz vor wenigen Wochen in diesem Hause, der den Herrn Kühn gewarnt hat: Lieber Herr Kühn, Sie werden erleben, was Sie da für einen liberalen Partner haben; Sie haben da eine liberale Koalition bekommen.

(Zuruf des Abg. Pürsten (CDU) — Heiterkeit)

— Herr Pürsten, Sie sehen, mit Zitaten von gestern und heute kommt man nicht sehr weit. Das war schon einmal vor vier Jahren so, als wir die Koalition mit Dr. Meyers aufgenommen hatten. Damals hat die SPD-Opposition davor gewarnt. Offenbar muß also der Liberalismus ein „Essentiale" der Politik sein, vor dem man gelegentlich warnt, aber das doch offenbar jeder gern für sich in Anspruch nimmt.

Nun, Herr Kollege Pürsten, im wesentlichen habe ich den Eindruck gehabt, daß Sie Ihre Oppositionsrede immer wieder aus dem Blickwinkel der Regierung gesehen haben, daß Sie den Wechsel von der Bank hier oben auf die Oppositionsbänke noch nicht ganz verdaut haben. Das ist verständlich, begreifbar, und zog sich — ich will nicht sagen: „wie ein roter Faden"; das würde nicht ganz passen — wie ein grauer oder schwarzer Faden durch Ihre Ausführungen.

(Zurufe: Blau! — Johannes Rau (SPD): Sagen Sie „blau", das entspricht dem Minderheitenschutz!)

— Ja, Minderheitenschutz, das ist immer etwas Schönes in einer Demokratie, auch für die FDP, die ja bis jetzt noch nicht die größte der Parteien hat werden können.

(Heiterkeit und Zurufe)

Herr Kollege Pürsten, die Rolle des Juniorpartners in einer Koalition haben Sie und Ihre Freunde an uns ja genügend studieren, prüfen und erkennen können; darauf hat gerade jetzt Herr Kollege Rau noch hingewiesen. Ich meine, man sollte über den Partner von gestern nur dann schlecht sprechen, wenn man Abschied nehmen will von dem Versuch, für sich selbst für die Zukunft Kredit zu sammeln.

(Pürsten (CDU): Habe ich das denn getan?)

— Sie haben das nicht getan. Sie haben das unterstellt, als Sie mit einer etwas abwertenden Handbewegung sagten, die FDP habe sich wohl mehr oder weniger aus der politischen Mitwirkung an dieser Landesregierung zurückgezogen. Nun, wenn Sie unsere beiden Minister, wenn Sie unsern Landesvorsitzenden und Innenminister betrachten, dann wissen Sie, wie er in der gemeinsamen Arbeit der vergangenen vier oder viereinhalb Jahre mitgewirkt hat, und es ist niemandem verborgen, daß er auch jetzt in dieser Regierung ein entscheidendes Wort mit seinen Freunden mitspricht.

Sollten Sie natürlich die geheime Hoffnung gehegt haben, daß die FDP-Fraktion die Rolle der Opposition zu übernehmen gedächte, dann muß ich Sie allerdings enttäuschen. Wir hielten früher und halten heute etwas davon, daß man eine Koalition als ein Bündnis auf Zeit, als eine Zusammenarbeit zu bestimmten Zwecken empfindet und ihr optimal dient. Es ist kein guter parlamentarischer Stil und dient der kleinen Fraktion in keiner Weise, wenn sie den Versuch unternimmt, den Chefpartner in einer Koalition zu spielen. Das honorieren ihr noch nicht einmal die eigenen Wähler. Man kann ein eigenes Konzept entwickeln und muß das Maximum dessen zu erreichen versuchen. Allerdings tut man gut da-





(A) sollten wir unterstützen —, es darf kein Mensch in seinem Beruf Nachteile wegen Äußerungen erleiden, die er in diesem Hause macht.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, auch darüber sollten wir uns einig sein.

**Vizepräsident Schneider:** Nunmehr hat das Wort Herr Abg. Pütz. — Herr Abg. Pütz verzichtet dankenswerterweise. Dann hat Herr Abg. Rau das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir liegt daran, noch einmal auf die Ausführungen zurückzukommen, die Herr Dr. Lenz — wie er glaubte und wie ich, als er begann, auch glaubte, zum Schluß der Debatte — gemacht hat. Ich will mich also jetzt nicht der Frage des Vorstands oder der Vorstandsmitglieder von IG-Bergbau und Energie zuwenden, obwohl ich Ihnen sagen muß, daß nicht nur ich, sondern auch meine Freunde die Tonart und das, was Herr Kollege Nickels glaubte sagen zu sollen, außerordentlich bedauert haben, und zwar, Herr Kollege Nickels, nicht etwa deshalb, weil wir Mimosen wären, sondern weil wir glauben, daß es ein bestimmtes Minimum an Niveau auch dann gibt, wenn man den Gegner angreift. Wenn Sie uns erzählen, in sozialistischen Ländern pflegte man Autos umzuwerfen und das Volk ginge auf die Straße, und wenn Sie uns weiter erzählen, solange die CDU regiert habe, hätte es keine Probleme im Zusammenhang mit der Kohle gegeben, dann kann ich nur sagen: Düsseldorf ist nicht das Kaff, in dem Sie solche Gemeinplätze (B) noch als politische Einsichten verkaufen können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir wollen gern mit Ihnen über die Schwächen und über die Stärken dieser und jener Konzeption und dieser und jener Koalition reden. Aber sagen Sie mal ehrlich: Meinen Sie nicht, der Herr Kollege Ey hätte Ihnen einiges ins Stammbuch geschrieben, was in dieser Stunde in dieses Stammbuch hineingehörte? Vielleicht lernen Sie es noch, Herr Kollege Nickels.

(Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich zu einer anderen Sache etwas sagen. Ich bin ja jetzt kein amtierender Minister, sondern ich kritisiere — wenn Sie so wollen — als jemand, der ebenso Abgeordneter ist wie Herr Kollege Nickels. Ich kann verstehen, daß sich Herr Kollege Grundmann in der eben angesprochenen Frage vor Herrn Kollegen Nickels gestellt hat. Aber ich wüßte gern von Herrn Kollegen Grundmann, ob er das, was Herr Kollege Nickels hier gesagt hat, als Aussage für die CDU-Fraktion dieses Hauses stehenläßt. Wenn das der Fall ist, dann lerne ich nach neun Jahren gemeinsamer politischer Arbeit einen ganz neuen Konrad Grundmann kennen; denn dies haben wir seit dem Jahre 1956 so nicht mehr gehört. Polemiken in der Art und Weise habe ich zum letztenmal in der Debatte 1956 gehört oder besser: gelesen,

(Widerspruch bei der CDU — Zurufe von der CDU: Wertz!)

als Herr Dufhues hier sprach.

Nun darf ich zu den Sätzen kommen, die Herr Dr. Lenz hier angesprochen hat. Er hat die Sorge, wir hätten ein Trauma, nämlich das Trauma „Regierung Meyers", von dem wir uns nicht befreien zu können glaubten. Seine Sorge ist unbegründet. Wir haben dieses Trauma nicht. Es könnte aber sein, daß wir heute mit einem neuen Trauma weggehen, mit dem Trauma nämlich, daß die Opposition ein Verband zur Herstellung von Geschichtsklitterungen sei; denn das, was der Herr Kollege Dr. Lenz in seinem Schlußbeitrag noch einmal als Bewertung des Haushalts der Regierung Kühn vorgetragen hat, war genausowenig substantiiert wie das, was während der Debatte vorgetragen worden ist. Sie haben uns gesagt, der Haushalt sei nicht richtig, der Haushalt sei nicht gut, der Haushalt sei nicht ausgewogen.

(Zuruf des Abg. Elfring (CDU))

— Aber Sie haben in keinem einzigen Punkt gesagt, wo und wie denn die Opposition diesen Haushalt verändert wissen möchte. In nicht einem Punkt, Herr Kollege Elfring, haben Sie uns gesagt, daß diese oder jene Position zu gering oder zu hoch ausgestattet worden sei, daß Sie da oder dort eine Ergänzung oder eine Herabsetzung haben wollten, und in keinem Fall haben Sie uns gesagt, mit welcher Deckung Sie das wollten. Wenn das in der zweiten oder dritten Lesung geschieht — gut, dann sind wir einverstanden.

(Zuruf des Abg. Nickels (CDU))

— Doch, das habe ich alles gehört. Wenn ich anschließend rückfrage, wo Sie welche Veränderung wünschen, dann kann ich nur sagen, daß Sie uns in dieser siebenstündigen Debatte darüber keinerlei Aufklärung haben zuteil werden lassen.

(Fellmann (CDU): Das ist Sache der zweiten Lesung!)

— Einverstanden! Aber dann müssen Sie auch die Kritik bis zur zweiten Lesung zurückstellen, oder Sie müssen sie in der ersten Lesung substantiieren; genau das ist das Thema.

Herr Kollege Dr. Lenz hat die Frage gestellt, ob wir einen Landeshaushalt vorlegten, der in die Zukunft weise. Wir antworten darauf: Jawohl! Wir geben allerdings zu, daß der Haushalt, mit dem wir es jetzt zu tun haben, das noch nicht kann, weil er lediglich ein revidierter Haushalt ist und weil wir ihn nicht voll zu tragen imstande sind. Deshalb werden wir ihn zwischen der ersten und dritten Lesung verändern.

Als letztes lassen Sie mich sagen: Sie werden feststellen, daß wir in allen Fragen, auch der Wirtschaftspolitik, auch der Schulpolitik in diesem Lande einheitliche Vorstellungen entwickeln und vortragen werden. Es gibt bisher keine Beschlüsse zu diesen Themen, auf die Sie sich berufen können und von denen aus Sie darstellen können, daß wir uneinig seien. Sie können die verschiedenen Beiträge gegeneinander ausspielen und sich damit noch Monate aufhalten; das mag ein interessantes Spiel sein. Wir sind der Auffassung, daß eine so wichtige Sache wie die Änderung der Landesverfassung und der Schulgesetzgebung nicht einfach über den Tisch geht, sondern daß man dazu langer Gespräche und Vorbereitungen bedarf.

(Hennemann (CDU): Und der CDU!)

(A) — Und daß wir die CDU dazu brauchen; selbstverständlich, Herr Hennemann. Deshalb werden wir Vorschläge machen: die werden so gut sein, daß Sie gar nicht nein sagen können.

Wir sind der Auffassung, daß wir das in aller Ruhe tun können; und das werden wir auch tun. Sie werden in diesem Lande eine Wirtschaftspolitik erleben, die aus einem Guß ist. Sie werden immer wieder feststellen, daß der eine oder der andere aus der Regierung Worte sagt, Thesen vertritt, die nicht die Billigung der SPD finden. Dann werden wir das offen sagen, selbstverständlich!

Wir sind nicht auf ein Kaliber, wir sind nicht auf ein Maß gebracht, sondern wir differenzieren. Aber wir vertreten dann eine gemeinsame Politik. Das ist nicht neu, das ist immer so gewesen. Ich habe Ihnen heute morgen schon zugestanden, daß wir mit Anfangsschwierigkeiten zu tun haben. In wie starkem Maße das für die Opposition auch gilt, haben Sie uns heute hier lebendig bewiesen.

Auf das Protokoll über die Tagung in Schleiden, das Herr Dr. Nehrling vorgelesen hat, hat Herr Kollege Lemmer nicht mehr geantwortet. Er hat sich zu anderen Themen geäußert.

(Zuruf von der CDU: Ein anderes Mal!)

— Mag er tun. Als er sich meldete, nahmen wir an, daß dieses Thema käme.

(Lemmer (CDU): Ich kann aber noch einmal kommen!)

Wir sind der Auffassung, daß wir diesen Haushalt tragen können, wenn wir ihn verändert haben. Diese (B) Veränderung wird nun Platz greifen. Wir sollten das Gespräch nur noch mit kurzen Beiträgen führen.

**Vizepräsident Schneider:** Bevor ich Herrn Abg. Hennemann das Wort gebe, hat nach der Geschäftsordnung der Herr Finanzminister das Wort.

**Wertz,** Finanzminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es Ihnen erleichtern, die Meinungsverschiedenheit, die offenbar zwischen einigen Mitgliedern Ihrer Fraktion bestand und noch bestehen müßte, besser zu verstehen.

Herr Kollege Pütz hat nämlich noch am 5. 12. 1966 einen Brief plus Vermerk unterschrieben, der Bezug nimmt auf ein persönliches Schreiben, das der Finanzminister Pütz an den Arbeits- und Sozialminister Grundmann bereits am 11. März 1963 in der gleichen Sache geschrieben hat. Und nun noch zwei Sätze, damit Sie für heute abend voll bedient sind.

(Zurufe von der CDU: Wer an wen?)

— Der Finanzminister Pütz an den Arbeits- und Sozialminister Grundmann. In dem Vermerk heißt es:

> Das Verfahren des ASo-Ministers entbehrt nicht nur der gesetzlichen Grundlage, sondern verstößt auch gegen die Grundsätze einer soliden Haushaltswirtschaft.

Und dann heißt es weiter:

> Die Ermächtigung

— die begehrte — dient lediglich der teilweisen Legalisierung des ungesetzlichen Zustandes.

(Hört, hört! bei der SPD)

Sind Sie richtig bedient? Wollen Sie mehr davon? Von mir aus jederzeit!

(Dufhues (CDU): Was soll diese Arroganz, Herr Wertz!)

— Daran sind wir bei Ihnen schon lange gewöhnt!

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat Herr Abg. Lemmer von der CDU-Fraktion.

**Lemmer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf die liebenswürdige Aufforderung des Kollegen Rau hin bin ich in der Tat gezwungen, noch einmal Ihre Zeit in Anspruch zu nehmen, obwohl ich der Meinung war, ich hätte während meines ersten Beitrages diesen Punkt bereits ausreichend behandelt.

Es sind zwei Fragen, wo Meinungsverschiedenheiten bestanden. Einmal die Kokskohle-Subvention und zum zweiten § 10 des Außenwirtschaftsgesetzes.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir die **Kokskohle-Subvention** auf supranationaler Ebene befürworten. Ich betone, daß wir vor der Debatte im Landtag vom 15. März, Herr Kollege Dr. Nehrling, ein Gespräch über eine gemeinsame Entschließung hatten. An diesem Gespräch hat von Ihrer Fraktion zumindest noch der damalige Kollege Haferkamp teilgenommen. Ich weiß nicht, ob Sie dabei waren. Wir haben versucht, uns auf eine Entschließung zu einigen. Da kam bereits die Debatte über Kokskohle-Subvention. In diesem Vorgespräch haben wir gesagt, daß wir uns in der Zielsetzung absolut einig seien, daß wir es aber nicht in die Entschließung schreiben könnten, weil sonst die Verhandlungsposition in Luxemburg entscheidend gestört und gefährdet wäre.

Etwas Ähnliches hat heute der Wirtschaftsminister gesagt, als er von dem Druck und von den Schwierigkeiten bei diesen Verhandlungen sprach. Das ist in den Vorbesprechungen ausdrücklich besprochen worden. Und aus diesem Grunde und nur aus dieser Erklärung heraus, die wir im interfraktionellen Gespräch abgegeben haben, haben wir diesen Punkt nicht in die Entschließung aufgenommen.

Zum Zweiten: **§ 10 des Außenwirtschaftsgesetzes!** — Wir haben immer wieder die Forderung gestellt, daß § 10 durchgreifend gemacht werden muß. Wenn das Bundeswirtschaftsministerium der Auffassung war, daß es das mit der verschärften Lizenzierung erreiche, dann haben wir gesagt: Gut, wir wollen unter dem Strich den Erfolg haben. Und wir haben dann gesagt, als es nicht ausreichte: Wir erwarten nunmehr die Delegierung der Befugnisse von der Bundesregierung auf den Bundeswirtschaftsminister. Auch das ist durchgeführt worden.

Nun muß dem Bundeswirtschaftsminister, der kraft Delegation allein ermächtigt ist, gesagt werden, daß die Kontingentierung zeitweilig eingeführt wird. Auch hier sind wir uns in der Zielsetzung offenbar einig. Und ich verstehe einfach nicht, wie hier diese Meinungsverschiedenheit entsteht.

(Zuruf des Abg. Dr. Nehrling (SPD))





(A) Aber ich habe vor der Abstimmung über den Einzelplan 02 hier mit einigen Bemerkungen — — Herr Ministerpräsident?

(Ministerpräsident Kühn: Wir sind so schrecklich bedrückt ob der Niederlage, die wir eben bezogen haben!)

— Ach so, von Niederlage habe ich nicht gesprochen.

(Dr. Lenz (CDU): Haben Sie den neuen FDP-Schlips an, Herr Weyer? — Präsident van Nes Ziegler: Modische Bemerkungen gehören nicht in das Haus, Herr Lenz!)

Ich möchte, bevor der Einzelplan des Ministerpräsidenten hier zur Abstimmung kommt, für die CDU-Fraktion feststellen, daß wir — abgesehen von den beiden Staatssekretärstellen, die wir nach wie vor für nicht notwendig halten und die wir nach wie vor ablehnen — eine zunehmende parteipolitische Einseitigkeit in der Personalpolitik dieser Regierung erkennen.

(Lachen bei SPD und FDP —, Kuhlmann (SPD): Das ist doch ein Witz!)

— Ihre Erheiterung zeigt, daß Sie damit einverstanden sind, daß so verfahren wird. Wir haben Anlaß anzunehmen, daß die Tendenz zu diesem Verhalten nicht unmaßgeblich von der Staatskanzlei ausgeht und daß dafür der Herr Ministerpräsident in besonderer Weise die Verantwortung trägt. Darüber hinaus stellen wir fest, daß die Landesregierung mit den ihr gestellten Aufgaben bisher nicht fertig wird.

(B) (Lachen bei SPD und FDP)

Auch dafür trägt der Herr Ministerpräsident die Verantwortung.

Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, daß die CDU-Fraktion aus diesem Grunde sich nicht in der Lage sieht, dem Einzelplan 02 ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind für diesen heiteren Beitrag besonders dankbar. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß die Fraktionen zwar den Ministerpräsidenten korrigieren, daß er aber dennoch weder mit seinen Aufgaben noch mit der Personalpolitik fertig wird.

Herr Kollege Hauser, in der Tat pflegen wir einander zu korrigieren: Regierung und Fraktionen. Das entspricht unserem politischen Verständnis; und in der Tat korrigieren wir dann, und zwar gemeinsam, wie Sie das heute morgen erlebt haben, wenn vorherige Sünden uns dazu veranlassen.

Die hier angesprochenen Themen hingen damit zusammen, daß Sie die Kinder- und Jugenderholung in Ihrem Etatentwurf sträflich vernachlässigt haben und daß die Konsequenzen dieser Tatsache erst bekannt wurden, als der Haushalt gedruckt vorlag; ein Haushalt im übrigen, den diese Regierung zwar vertreten muß, bei dem sie sich aber in der Rolle des Pflichtverteidigers befindet,

(Beifall bei der SPD und Zuruf: Sehr gut!)

weil, meine Damen und Herren, die Tatsache, daß dieser Haushalt so aussieht, wie wir ihn verabschieden werden, mit dem Ausmaß der Pleite zusammenhängt, das wir vorgefunden haben.

(Beifall und Zustimmung bei der SPD)

Was nun die Personalpolitik — —

(Pieper (CDU): Das können Sie doch sachlich gar nicht aufrechterhalten, was Sie da erzählen!)

— Kriegen wir hin. Was nun die Personalpolitik angeht, Herr Kollege Hauser, so bewundere ich den Mut und die Unbefangenheit, mit der Sie nach drei Monaten einer sozialdemokratisch bestimmten Regierung verdrängt haben, was es in diesem Lande 20 Jahre lang an Einseitigkeiten gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Tatsache, daß in Nordrhein-Westfalen nicht alle leitenden Beamten in der Partei waren, die jetzt hier in der Opposition steht, hat uns nie sonderlich bewegt. Aber wir haben in Nordrhein-Westfalen doch das Bonmot von Theodor Heuß jahrelang auskosten können, daß es offenbar in Deutschland eine Neigung gebe, das Wort Zufall mit „cv" zu schreiben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wenn wir die einzelnen Fälle der Personalpolitik dieses Landes einmal zur Sprache bringen, die in den letzten neun Jahren, solange ich das erlebt habe, von Bachhausen bis zum Ende, diskutiert wurden, dann weiß ich nicht, wo der Vorwurf der Einseitigkeit liegen soll.

Wir sind der Meinung, daß die Landesbediensteten nach ihrer Qualifikation bewertet werden sollen und daß es aufhören muß,

(Kuhlmann (SPD): „Aufhören muß!")

daß Landesbedienstete dann benachteiligt werden, wenn sie sich zu einer politischen Partei bekennen, und daß sie in die Sackgasse geraten,

(Beifall bei der SPD und Teilen der CDU)

wenn sie sich zur Sozialdemokratischen Partei bekennen.

(Frau Dr. Wasmuht (CDU): Die Kommunalbediensteten!)

— In den Kommunen ist es viel schöner, als Sie annehmen, Frau Kollegin Wasmuht!

(Frau Dr. Wasmuht (CDU): Ja, weil Ihnen dort die Farbe gefällt.)

— Richtig, dem habe ich nichts zuzufügen, Frau Dr. Wasmuht.

Ich erinnere mich einiger Fälle — wir wollen hier jetzt nicht ins einzelne gehen —, die wir lieber nicht hier auf offenem Markte austragen. Ich möchte aber darauf hin-

(A) weisen, daß die Landesregierung — soweit wir es zu beurteilen vermögen, und ich bin überzeugt, daß auch Sie, wenn Sie es sachlich sähen, zustimmen würden — zwar versucht, die Disproportionalitäten, von denen einmal gesprochen worden ist, unter dem Gesichtspunkt der gerechten Behandlung aller auszugleichen, daß aber der Vorwurf der personalpolitischen Einseitigkeit gegenüber dieser Landesregierung nichts anderes ist als der Versuch, Argumentation zu ersetzen durch die Bildung und Erhaltung von Gerüchten.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Die Beratung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich darf der Klarheit wegen darauf hinweisen, daß ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucks. Nr. 246 abstimmen lasse. Der Änderungsantrag der gleichen Fraktion Drucks. Nr. 248 wird bei dem Einzelplan abgestimmt, in dem er aufgeführt ist. Hier ist er nur bereits mit beraten worden.

Wer dem **Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucks. Nr. 246** zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen! — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Das letzte war die Mehrheit, der Antrag ist **abgelehnt.**

Wer nun dem **Entwurf des Einzelplans 02, Ministerpräsident und Staatskanzlei, gemäß dem Antrag des Ausschusses Drucks. Nr. 226** zustimmt, den bitte ich um das
(B) Handzeichen! — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist mit Mehrheit **angenommen.** Der **Einzelplan 02** ist damit **in der Form des Ausschußfassung beschlossen.**

Ich rufe nunmehr auf

**Einzelplan 03: Innenminister**

Berichterstatter ist Herr Abg. Ermert.

**Ermert** (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Berichterstatter zum Einzelplan 03, Innenministerium, darf ich Sie damit einverstanden halten, daß ich keinen Bericht gebe über die Regierungsvorlage und die Änderungen, die in der Regierungsvorlage gegenüber dem Vorjahre festzustellen sind, sondern mich beschränke auf die vom Ausschuß für Innere Verwaltung, vom Ausschuß für Soziales und Gesundheit, vom Ausschuß für Stellenpläne und vom Haushalts- und Finanzausschuß beschlossenen Änderungen. Ich weise allerdings darauf hin, daß die Annahme dieses Einzelplanes die einzige wirklich gewichtige Änderung im Einzelplan 03 gegenüber dem Vorjahre, die Schaffung von 1 686 neuen Planstellen bei der Polizei, mit beinhaltet.

Im Einzelplan 03 finden Sie im Kap. 03 01, Innenministerium, bei Tit. 101 einige Änderungen. Eine Stelle eines Regierungs- und Oberregierungsrats ist fortgefallen durch Wirksamwerden eines kw-Vermerks. Hierdurch ist eine Einsparung von 18 000 DM möglich.

Darüber hinaus haben der Ausschuß für Stellenpläne und der Ausschuß für Innere Verwaltung eine Stelle für einen Kriminalrat von A 11 nach A 13 angehoben, der seine Ratsprüfung vor längerer Zeit bestanden hat und im Verfassungsschutz tätig ist.

Der Fortfall der A 11-Stelle bedingt gleichzeitig die Schaffung eines ku-Vermerks bei einer A 12-Stelle, da die Relation von 50:50 zwischen den A 11- und A 12-Stellen dadurch gestört wurde.

Bei Kap. 03 02, Allgemeine Bewilligungen, finden wir Änderungen, die materiell keine Bedeutung haben. Dort sind der Einnahmetitel 62 und der Ausgabetitel 611 gestrichen worden. Diese beiden Titel hatten die Kosten der Verwaltungsakademie Ostwestfalen-Lippe in Detmold, der einzigen landeseigenen Einrichtung dieser Art, zum Inhalt. Alle übrigen Einrichtungen liegen in kommunalen Händen und werden über den Tit. 610 bezuschußt.

Nach dem Landesorganisationsgesetz glaubte die Regierung verpflichtet zu sein, da auch der Landesrechnungshof diesen Auftrag erteilt hatte, die Schule als landeseigene Einrichtung eigens zu etatisieren. Der Ausschuß war der Meinung, daß mit einer solchen Etatisierung eine Zustimmung für die ständige Beibehaltung dieser Schule in Landeshänden gegeben wäre, und hat die 14 000 DM die als eigentliche Kosten des Landes entstehen, wieder bei Tit. 610 eingesetzt. Sie finden hier also eine Erhöhung um 14 000 DM bei Fortfall der 50 000 DM in den Einnahmen und der 64 000 DM bei den Ausgaben — materiell keine Änderung, sondern nur eine sachliche Feststellung.

Bei Kap. 03 12 — Kreispolizeibehörden — sind vom Ausschuß zwei Stellen für Zahnärzte bei Tit. 101 zwar genehmigt, jedoch mit dem Haushaltsvermerk versehen worden: Die Stellen dürfen nur mit Zustimmung des Unterausschusses für Polizeifragen in Anspruch genommen werden. Sachlich ist hier zu sagen, daß seit Jahren ein vertragsloser Zustand mit der Zahnärztlichen Vereinigung besteht. Die Forderungen für einen neuen Vertrag, der zum Inhalt die freie Heilfürsorge für Polizeibeamte hat, sind so hoch, daß sie vom Innenminister nicht gebilligt werden können. Sollte es nicht zu einem neuen Vertragsabschluß kommen, sollen hier eigene zahnärztliche Einrichtungen geschaffen werden. Den gleichen Vermerk finden Sie auch bei dem Sachtitel, der die Einrichtung solcher zahnärztlichen Dienststellen vorsieht. Sie darf also nur mit Zustimmung des Ausschusses für Polizeifragen erfolgen.

Bei der Schutzpolizei, Tit. 101, ist u. a. die Vermehrung von sechs Stellen vorgesehen. Diese fallen beim Kap. 03 31 — Bezirksregierungen — weg. Es handelt sich lediglich um eine Verlagerung von sechs A 14-Stellen. Die Regierung beabsichtigte, sechs Oberräte bei den einzelnen Bezirksregierungen zu etablieren, die mit Inspektionen beauftragt werden sollen. Der Ausschuß war der Meinung, daß diese inzwischen unter dem Begriff „Mini-Inspekteur" beabsichtigte Einrichtung nicht sinnvoll sei, und hat die sechs Stellen wieder zum Kap. 03 02, zur Kreispolizeibehörde, verlagert.

Im Kap. 03 31 ist eine Reihe von Stellen, die kw-Vermerke hatten, fortgefallen, und zwar zwölf Angestellten-Stellen — davon fünf in den Gruppen I b und II a und sieben in den Gruppen IV b und V a. Das macht eine Minderausgabe von 250 000 DM. Die kw-Vermerke haben dadurch ebenfalls eine Verminderung erfahren.





(A) sind, begehren 4.8 Millionen DMark Darlehen, und an Restraten für bereits genehmigte und anfinanzierte Bauten sind noch 11,5 Millionen DMark erforderlich.

Bei der letzten Kategorie mit einem Darlehnsvolumen von rund 11,5 Millionen DMark handelt es sich um Bauten, mit deren Errichtung zum Teil schon vor drei Jahren begonnen worden ist. Einige sind im Rohbau bereits vollendet, andere sind mitten im Aufbau. Eine Stillegung würde erhebliche Witterungsschäden, Verteuerung, unter Umständen totale Gefährdung der Projekte und auch Regreßansprüche der Unternehmer nach sich ziehen.

Im einzelnen handelt es sich bei dieser Kategorie um 5 Projekte evangelischer Träger — ausnahmslos Gymnasien — mit einer Darlehenssumme von 5,2 Millionen DMark, um 12 Projekte katholischer Träger — 8 Gymnasien, 2 Realschulen, 2 berufsbildende Schulen — mit einer Darlehenssumme von 4 Millionen DMark und um 4 Projekte sonstiger freier Träger mit einer Darlehensanforderung von 2,18 Millionen DMark.

Auf diesem Gebiet bestehen keine gesetzlichen Verpflichtungen; aber nach der Inaussichtstellung von Darlehensbeträgen und der Genehmigung des Finanzierungsplans und des vorzeitigen Baubeginns durch das Kultusministerium durften die Träger fest annehmen, daß sie mit den Darlehen in voller Höhe rechnen könnten, selbstverständlich im Rahmen der allgemeinen finanziellen Möglichkeiten unseres Landes. Fast alle Träger sind außerstande, mit eigenen Mitteln oder mit Kapitalmarktmitteln eine Zwischen- bzw. Umfinanzierung vorzunehmen, da sie sich in finanzieller Hinsicht bei dem Bau dieser Bildungseinrichtungen bis zum letzten verausgabt
(B) haben.

Die hier angesprochenen Bildungseinrichtungen werden nach Fertigstellung eine bedeutsame Entlastung des öffentlichen Schulwesens darstellen. Sie ergänzen das Netz unserer öffentlichen Schulen und erschließen wertvolle Begabungsreserven. Sie befinden sich nämlich zum Teil in Gebieten unseres Landes, in denen noch keine öffentlichen weiterführenden Schulen sind. Als Beispiele führe ich das Gymnasium der Ursulinen in Büren und das private Gymnasium in Vossenack im Nordteil des Eifelkreises Monschau an.

Selbstverständlich müssen sich auch die freien Träger von Bildungseinrichtungen in einem Sparhaushalt Kürzungen gefallen lassen. Wir sind aber der Ansicht, daß die Kürzungen mit 42,3% zu hoch sind und volkswirtschaftlich nicht zu vertretende Schäden verursachen.

Bei den Etatberatungen im Januar 1966 ist sehr lange über diesen Tit. 580 im Plenum diskutiert worden. Der Abgeordnete Holthoff hat damals als Sprecher der SPD-Fraktion — ich darf mit Zustimmung des Herrn Präsidenten zitieren — folgendes ausgeführt:

> Wir wollen nicht einfach beantragen, global zu kürzen, da vielleicht im Augenblick Bauprojekte im Aufbau begriffen sind und man staatliche Subventionen eingeplant hat und das Projekt stehenbleiben würde, wenn keine Subventionen kämen.

Das, was der heutige Kultusminister damals gesagt hat, gilt in vollem Umfange auch heute noch.

Zur Deckung der Mehrausgaben schlagen wir vor, den Einnahmetitel 96 in Kap. 05 02 — Zuschuß des Bundes für den Ausbau wissenschaftlicher Hochschulen — um eine Million DMark auf 44 682 000 DM zu erhöhen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem Änderungsantrag Drucks. Nr. 247 Ihre Zustimmung geben würden.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Um das Wort hat Herr Abg. Rau von der SPD-Fraktion gebeten.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die verkürzten und gestrafften Etatberatungen im Kulturausschuß haben als Preis unter anderem gefordert, daß wir diesen Antrag ohne vorherige Ankündigung bekamen. Das ist nicht Schuld der beantragenden Fraktion, sondern hing mit dem außerordentlich schnellen Ablauf unserer Beratungen zusammen.

Der Antrag war angekündigt worden, nachdem das Kultusministerium einige Zahlen über die vorliegenden Anträge genannt hatte. Ich bin ein wenig erstaunt, Herr Dr. Hermesdorf, daß Sie nun inzwischen sehr viel genauere Unterlagen haben beibringen können, als sie seinerzeit im Kulturausschuß vorgetragen wurden. Wir haben solche Unterlagen bisher noch nicht bekommen.

(Dr. Hermesdorf (CDU): Diese Zahlen sind im Kulturausschuß genannt worden!)

— Nicht alle! Das könnte man nachsehen, aber es ist ja gut, wenn wir hier frühzeitig mit den vorliegenden Zahlen befaßt werden. Es gäbe eine ganze Reihe von Zusatzfragen, etwa über die Höhe der Haushaltsreste oder ob immer der vorzeitige Baubeginn genehmigt worden ist.

Bei diesem Stichwort „vorzeitiger Baubeginn" darf ich eine allgemeine Bemerkung machen. Ich halte es für sehr gefährlich, mit diesem Hinweis auf einen moralischen Anspruch auf Grund des vorzeitig genehmigten Baubeginns Erhöhungen zu beantragen, Herr Kollege Dr. Hermesdorf. Damit machen wir es dem Finanzminister und den Ressortministern nämlich leichter, vorzeitige Baugenehmigungen nicht mehr zu erteilen.

Der Streit um diese vorzeitigen Baugenehmigungen dauert schon seit Jahren an. Es wird uns immer wieder gesagt, daß vorzeitige Baugenehmigungen nicht erteilt werden können, weil sonst ein moralischer Anspruch entstünde. Wir, vor allen Dingen in den Kommunen, versuchen aber immer wieder, ohne diesen Anspruch die Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn dennoch zu bekommen, und wir werden dann — wie man so schön sagt — „abgeschmiert". Ich wäre also dankbar, wenn wir dieses Argument nicht in den Vordergrund stellten; es könnte sonst zur Regression solcher Genehmigungen führen.

Zur Sache selber möchte ich erklären, daß wir in der Tat der Meinung sind, daß das, was der damalige Abgeordnete und jetzt zum Kultusminister avancierte Kollege Holthoff gesagt hat, richtig ist. Das bleibt auch so; das ist immer so, daß das, was er früher sagte, auch dann noch gilt, wenn er in einer anderen Funktion tätig ist. Wenn sich allerdings in der Zwischenzeit irgend-

(A) welche Umstände geändert haben, dann paßt man sich an; aber dieser Rollenwechsel hat ja keine grundsätzliche Bedeutung.

Sie haben im Ausschuß gemerkt, daß wir bei diesem Antrag gezögert haben. Wir zögern auch jetzt noch; aber es ist ein durchaus wohlwollendes Zögern. Meine Bitte und meine Anregung gehen dahin, daß wir diesen Antrag an den Kulturausschuß überweisen, da wir ohnehin noch über andere Fragen zwischen der zweiten und dritten Lesung noch einmal im Kulturausschuß zusammenkommen müssen. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß wir dem Antrag zustimmen können. Wir meinen aber, daß vorher noch ein paar Fragen mit dem Finanzminister geklärt werden sollten. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Weg mit uns gehen könnten.

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Wird weiter das Wort zum Einzelplan 05 gewünscht? — Herr Abg. Giesen bitte!

**Giesen** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will sofort folgendes sagen: Diesem Antrag würden wir zustimmen, Herr Kollege Rau.

Vielleicht können wir in folgendem auch zu einer Art Notenaustausch kommen. Herr Präsident, dürfen wir jetzt an dieser Stelle auch unsere Meinung zu den Drucks. Nrn. 253 und 255 äußern, obwohl dies eigentlich in die Beratungen des Haushaltsgesetzes gehört? Hier werden aber Titel des Einzelplans 05 berührt.

(B) Hier liegen zwei Anträge zur Änderung des Haushaltsgesetzes vor; sie zielen beide auf die Bereitstellung von Mitteln für die Schülerbeförderung bei Bildung von Mittelpunktschulen. Ich will hier keinen Streit um Prioritäten entfachen; aber ich würde meinen Vorschlag wiederholen, hier einen Notenaustausch vorzunehmen: Wir stimmen Ihrem Antrag zu und Sie dem unsrigen. Wir stimmen Ihrem Antrag zu, weil es selbstverständlich ist, daß die gesetzliche Grundlage geprüft werden muß. Sie würden zu unserem Antrag ja sagen, damit wir sofort für die in diesem Fall Betroffenen, nämlich für die Gemeinden, praktische Hilfe leisten können. Wir müßten sonst fragen, was Sie mit Ihrem Antrag erstreben. Es kann ja nicht nur um die Rechtsauskunft gehen; denn wir müssen ja nun einmal zu der Bereitstellung von Mitteln kommen. Zu diesem Grundsatz würden wir also ja sagen.

Wir wären auch bereit, bei der Überprüfung im Kulturausschuß zur Schaffung eines neuen Titels ja zu sagen. Damit würden unter Umständen die Befürchtungen ausgeräumt, die bei dem einen oder anderen aus Vorsicht gegenüber dem Finanzministerium geweckt werden könnten, daß der Abzug von Geldern aus dem Fonds der Ergänzungszuschüsse eine Dauerlösung werden könnte. Daran sind wir auch nicht interessiert. Wir wünschen aber schon für das Jahr 1967 für den Übergang eine Lösung.

Wir alle wissen, daß durch den Ausbau der Volksschuloberstufe zur Hauptschule und durch die Einführung des neunten Schuljahres Zusammenlegungen von Klassen und Schulen erforderlich wurden, insbesondere, aber keineswegs nur, in ländlichen Bereichen. Jetzt gewinnt die Frage der Beförderung von Schülern größere Bedeutung. Das gilt nun besonders für die Landkreise.

Zur Übernahme dieser Kosten sind die Gemeinden nicht verpflichtet. Dazu liegt ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vor. Die Eltern will sicherlich niemand von uns heranziehen. Bisher wurden schon von den Gemeinden Kosten übernommen, zum Teil zur Beschaffung auch von Schulbussen, in der Erwartung, daß das Land diese wenigstens zum Teil übernimmt und zurückerstattet. Darin sehen wir sicherlich miteinander einen Beweis dafür, daß diese Gemeinden um die Bedeutung des Schulwesens wissen. Wir sollten ihnen Dank und Anerkennung dafür aussprechen, daß sie das selbst tun, wenn sie nicht die Gewißheit haben, daß diese Mittel vom Land zurückerstattet werden.

Nun muß aber die Kostenfrage geregelt werden, wenn es zur Bildung weiterer Mittelpunktschulen kommen soll. Ich glaube, Herr Kultusminister Holthoff, Sie müssen auch an einer sofortigen Regelung interessiert sein nach den Überlegungen, die im Kulturausschuß ja über Jahre hinaus angestellt worden sind.

Eine endgültige Regelung ist sicherlich nur im Sinne Ihres Antrags, Herr Kollege Rau, möglich, nämlich durch Vorlage eines Entwurfs und Verabschiedung einer Novelle zum Schulfinanzgesetz. Wir wünschen aber eine Regelung schon für das Jahr 1967 und bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen, in dem wir also aus dem Kapitel 05 37 Tit. 601 das Mehr an Einnahmen von rund 9 Millionen bereitstellen, um es den Gemeinden zu geben, die besondere Belastung durch die Beförderung von Schülern erfahren. Damit schaffen wir Gewißheit für die Gemeinden im Interesse des Schulwesens. Das soll keine Dauerlösung sein; denn dann würden alle Gemeinden durch Kürzungen der Ergänzungszuschüsse beeinträchtigt. Das wünschen wir nicht. Es kann auch deshalb keine Dauerlösung sein, weil wir mit diesen etwa 10 Millionen DMark diese Frage keineswegs regeln können. Wir sind deshalb der Auffassung, daß die Regierung bis zur dritten Lesung eine Kostenübersicht erstellt.

Wir sind dringend daran interessiert, daß recht bald der Entwurf einer Novelle zu Abänderung des Schulfinanzgesetzes vorgelegt wird und daß darin ein fester prozentualer Anteil des Landes an den Beförderungskosten den Gemeinden zugesichert wird. Wir sind auch der Auffassung, daß die Landesregierung Überlegungen anstellen und unter Umständen Maßnahmen zur Abänderung bestimmter Konzessionsbestimmungen ergreifen sollte. Wir wissen, daß die billigste und rationellste Lösung zur Beförderung von Schülern die Nutzung des Linienverkehrs ist. Dazu bestehen aber bei den bisherigen Bestimmungen über die Verleihung von Konzessionen einige Schwierigkeiten. Die Landesregierung sollte dafür Sorge tragen, daß auf der Bundesebene, wo die Entscheidungen gefällt werden, neue Überlegungen angestellt werden. Uns geht es mit dem Antrag darum, daß für das Jahr 1967 Mittel bereitgestellt werden. Unser gemeinsam erstrebtes Ziel kann nicht nur die Rechtsauskunft sein, worauf dieser Antrag von Ihnen, Herr Kollege Rau und Herr Dr. Lange, zielt.

Wir wünschen, daß die Gemeinden Gewißheit bekommen, daß sie Mittel auch in diesem Jahr zugesichert bekommen, und bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Wir



(A) wären — wie ich eben andeutete — eventuell auch zur Schaffung eines neuen Titels und der Überführung dieser Summe von rd. 10 Millionen DMark aus dem angesprochenen Titel in diesen neu zu schaffenden bereit. Das wäre eine Überlegung, die zwischen zweiter und dritter Lesung angestellt werden könnte, wobei wir die anderen Fragen dann im Kulturausschuß miteinander besprechen können.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Meine Damen und Herren! Damit ist die Begründung des Änderungsantrags der Fraktion der CDU — Drucks. Nr. 253 — vorweggenommen worden. Formell gehört dieser Änderungsantrag zur Beratung über das Haushaltsgesetz; seinem sachlichen Gehalt nach gehört er wohl zur Beratung über den Einzelplan 05. Nachdem wir aber mit dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drucksache Nr. 253 — so verfahren sind, erscheint es mir angemessen, daß genauso mit dem **Änderungsantrag der Fraktionen der** SPD und der FDP zu dem Änderungsantrag der Fraktion **der CDU** verfahren wird. Dieser Änderungsantrag zum Änderungsantrag ist die **Drucksache Nr. 255.**

Wird auch da zur Begründung von einem Mitglied der Fraktion der SPD oder der FDP das Wort gewünscht? — Zur Begründung, Herr Abg. Rau.

**Johannes Rau** (SPD), Antragsteller: Wir bemerken mit (B) Dank, daß ein Kulturpolitiker präsidiert und deshalb diese liberale Art der Verhandlung an dieser Stelle beim Einzelplan 05 möglich ist. Der Änderungsantrag, den wir vorgelegt haben, ist in der Tat so wenig ideal, Herr Kollege Giesen, wie der Ihre.

Lassen Sie mich mit wenigen Sätzen sagen, worum es uns hier geht. Wir haben die Sorge — obwohl Ihre Absicht deutlich ist, hier nichts zu präjudizieren —, daß das Ergebnis einer solchen Praxis werden könnte, daß die Ergänzungszuschüsse im Volumen in der bisherigen Weise errechnet werden, daß dann eine Verlagerung zu den Schulträgern kommt, die Fahrkosten zu Mittelpunktschulen aufzubringen haben und daß wir auf diese Weise den neuen Titel, den wir gemeinsam wünschen, nicht bekommen. Weil wir diese Sorge haben, haben wir unsere ursprüngliche Absicht, selber einen Antrag einzubringen —

(Finanzminister Wertz: Titel können Sie jede Menge haben, Herr Rau, an Geld fehlt es!)

— Sie wissen, Herr Finanzminister, das Haushaltsgesetz ist der einzige politische Ort, wo entscheidend ist, was rechts steht, nämlich in den Beträgen. Das gilt aber, wie gesagt, nur beim Haushaltsgesetz.

Wir hatten ursprünglich die Absicht, einen eigenen Antrag vorzulegen. Wir haben uns aber dann belehren lassen, daß nach dem jetzigen Schulfinanzgesetz diese Möglichkeit zumindest strittig ist. Deshalb unser Vorschlag, daß die Landesregierung eine Novellierung des Schulfinanzgesetzes vorlegt. Ob und in welcher Weise nun der Änderungsantrag der CDU-Fraktion hier ein Präjudiz in eine Richtung schafft, die wir miteinander nicht wollen, darüber sollten wir, so glaube ich, noch einmal untereinander und miteinander sprechen.

Deshalb ist mein Vorschlag, daß wir hier nicht nur diese beiden Anträge im Notenwechsel einander in die Hand geben, sondern daß wir hier zusätzlich die Bitte bekunden, die Landesregierung möge bis zur Sitzung des Kulturausschusses in der kommenden Woche am Freitag uns ihre Vorstellungen darlegen, wie denn die Schulbuskosten, die bereits angefallen sind, auch im laufenden Jahr schon übernommen werden können, ob hier eventuell im Wege eines Vorgriffs, im Wege einer Bindungsermächtigung oder eben im Wege der Inanspruchnahme des von Ihnen genannten Titels eine Möglichkeit der Hilfe besteht. Ich könnte mir denken, daß wir dann in der dritten Lesung hier miteinander dem Hohen Hause vorschlagen könnten, wie verfahren werden soll. Unsere Zielvorstellung ist, daß die Schülertransportkosten unter Beteiligung der Schulträger doch im wesentlichen vom Lande übernommen werden. Wir wissen, daß der Finanzminister nur mit Zögern solche Sätze hört — das gehört zu seinem Amt —, uns wäre es lieb, wenn wir schon in der Zeit zwischen der zweiten und der dritten Lesung eine klare Stellungnahme der Landesregierung bekommen könnten.

Ich darf deshalb vorschlagen, daß sowohl der Änderungsantrag der Fraktion der CDU als auch der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu ihrem Antrag an den Kulturausschuß überwiesen werden.

(Pürsten (CDU): Danke!)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Holthoff,** Kultusminister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst den beiden Anträgen zuwenden, die wir in den Drucksachen Nrn. 253 und 255 finden. Beide sind dem gleichen Gegenstand gewidmet, nämlich den Transportkosten für die Schüler, die im Lande Nordrhein-Westfalen infolge der Konzentration des Volks- und Sonderschulwesens zu den Schulen gefahren werden müssen.

Der CDU-Antrag sagt einiges nach seinem Inhalt, zielt auf bestimmte Verfahrensweisen ab; der SPD-Antrag ist generöser gehalten, er läßt der Regierung mehr freie Räume des Nachdenkens.

(Pürsten (CDU): Die Gemeinden wollen Geld! Das Nachdenken genügt uns nicht! — Johannes Rau (SPD): Überzeugender haben wir noch nie eine Kritik an der Koalition gehört.)

— So verschämt ist also die Regierung gegenüber den Koalitionsparteien!

Nun, meine Damen und Herren, darf ich mich zunächst mit der Problematik des CDU-Antrags auseinandersetzen! Dieser Antrag zielt darauf ab, daß jene Ergänzungszuschüsse, die wir auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung im Haushalt ausgebracht haben, und zwar in der Position Kap. 05 37 Tit. 601, zum Teil für diese eben angesprochenen Schülertransportkosten verwendet werden sollen. Ich glaube, daß die Antragsteller sich dieser Problematik hinreichend bewußt sind. Diese Problematik ist insonderheit gegeben durch die Bestimmung unseres Schulfinanzgesetzes. In § 1 dieses Schulfinanzgesetzes ist definiert, was Schulkosten sind. Danach bestehen die Schulkosten aus den Personalkosten

(A) schaftspolitik und auf den Wirtschaftsminister einzuschießen, alle Latrinenparolen zu diesem Thema können nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Landeshaushalt unter der Federführung des Wirtschaftsministers erhebliche Mehraufwendungen, richtige Mehraufwendungen, für die Umstrukturierung des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht. Dafür haben wir zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben es mit einem Konjunkturtief von nicht erwartetem Ausmaß zu tun, und wir mußten darauf antworten, indem wir die Strukturverbesserungsmittel von 127 auf 158 Millionen DMark erhöhten, keine Investitionen kürzten und das Landeskreditprogramm so umstellten, daß es jetzt die Aufnahme von Krediten für die Wirtschaft und den Mittelstand in Höhe von mehr als 1 Milliarde DMark zur Industrieansiedlung vorsieht.

(Zuruf von der CDU: Das war ein Trick!)

— Sie mögen das „Trick" nennen; wir wollen sehen, was dabei herauskommt.

Meine Damen und Herren, wir haben dabei die Möglichkeiten des Kapitalmarktes durch die Dezentralisierung der Mittel berücksichtigt, und ich kann mich nur wundern, daß, wenn zum ersten Mal ein solches Landeskreditprogramm ausgerechnet vom Bund der Steuerzahler für gut, intensiv und richtig gehalten wird, dann hier nur gesagt wird: Ob die Mittel auch abfließen?

(Dr. Hüsch (CDU): Zitieren Sie alles aus der Denkschrift!)

— Das kann ich nicht tun!

(B) (Dr. Hüsch (CDU): Dann schweigen Sie auch darüber!)

— Worüber ich schweige oder rede, ist nicht Ihre Sache!

(Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte Sie doch bitten, den parlamentarischen Ton jedenfalls in solchen Fragen beizubehalten. Ich kann mich doch wohl auf den Bund der Steuerzahler beziehen, ohne gesagt zu bekommen, ich möge schweigen.

(Dr. Lenz (CDU): Warum werden Sie so böse? Sie sind doch sonst nicht so pingelig!)

— Nein, ich bin sonst nicht so pingelig, und ich bin auch bereit, wieder friedlich zu werden — wenn Haschen kommen, werde ich immer friedlich! —, aber ich meine, es gäbe bestimmte Formulierungen, die man nicht ins Parlament einziehen lassen sollte. Dazu zähle ich: Dann schweigen Sie! — Das ist erledigt, Herr Kollege — Dazu zähle ich weiter: Halten Sie den Mund! — Das haben wir einmal in einem Ausschuß erlebt. Das möchte ich nicht mehr hören, seit das meine Mutter nicht mehr zu mir sagt.

(Hennemann (CDU): Wenn man immer anderen über den Mund fährt!)

— Ach, Herr Kollege Hennemann, was war denn heute morgen die Rede des Herrn Kollegen Lenz? War das denn eine Freundlichkeit gegenüber der sozialdemokratischen Fraktion?

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden am 6. Juni über die Kohlesituation in unserem Lande zu reden haben. Ich will hier darauf nicht näher eingehen.

Lassen Sie mich zur Verkehrspolitik noch einmal auf das hinweisen, was ich soeben gesagt habe, daß nämlich die Mittel jetzt bald bewilligt werden müssen, damit die Konjunktur in Gang kommt. Man kann darüber reden, ob das Mineralölsteuer-Mehraufkommen, das in unser Land kommt, ausreicht. Wir sind dankbar dafür, daß der S-Bahn-Ausbau in diesem Jahr beginnt, und wir sind dankbar, meine Damen und Herren, daß sich die Landesregierung zu einer Wohnungsbaupolitik mit dem Haus entschlossen hat, in der der Wohnungsbau auch weiter als eine der vordringlichen Aufgaben gesehen wird, und zwar nicht nur aus konjunkturpolitischen Gründen, sondern weil wir die Meinung von Herrn Preusker wahrlich nicht teilen können, daß eines Tages in Nordrhein-Westfalen Wohnungshalden bestünden. Wir haben eine Wohnungsbaupolitik in diesem Lande zu betreiben, die mit der mittelfristigen Finanzpolitik abgestimmt ist, die aber zumindest in den Großstädten und in den ländlichen Bereichen dem Wohnungselend steuert, das wir immer noch haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben eine Wohnungsbaupolitik zu betreiben, die dazu führt, daß in diesem Bereich und von dieser Basis aus auch Familienpolitik gemacht werden kann.

Meine Damen und Herren, wir werden diesem Haushalt zustimmen. Wir werden ihm deshalb zustimmen, weil wir dieser Regierung und allen ihren Mitgliedern vertrauen. Wir werden diesem Haushalt zustimmen, weil das Verhältnis zwischen dieser Landesregierung und der sie tragenden sozialdemokratischen Fraktion so ist, daß es Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten so gibt, wie es sie in der Politik geben sollte, damit redlich zusammengearbeitet wird. Diese redliche Zusammenarbeit der Regierung und der sie tragenden Fraktionen ist die Erfahrung der letzten fünf Monate und das, was wir im kommenden Jahr und in der auf uns zukommenden Zeit realisieren möchten. Die sachlichen und die politischen Voraussetzungen dafür sind gegeben. Die finanziellen Voraussetzungen dafür schafft dieser Haushalt. Dieser Haushalt ist ein Werk, von dem wir wissen, daß es seine Schwächen hat, von dem wir aber auch wissen, daß wir es gemeinsam tragen können und daß es von einer Regierung verwaltet wird, die sich auf das Vertrauen einer guten und klaren Mehrheit in diesem Hause stützen kann.

(Anhaltender Beifall bei der SPD — Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat nunmehr Herr Kollege Möller von der FDP.

**Möller** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich eben so versonnen saß und den Worten des Kollegen Lenz lauschte, da erstand in mir ein Bild. Was hätte er wohl heute gesagt, wenn er für die Große Koalition gesprochen hätte?

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien)

Und da wußte ich es bereits: Vor mir war ein Spruch-

(A) gen sind maßvoll und waren unerläßlich, und wir haben es hier jetzt mit einem Haushalt der Regierung Kühn zu tun.

Wir können eine Reihe von Fragen, die während der ersten Lesung z. B. von Herrn Kollegen Pürsten gestellt worden sind, jetzt positiv beantworten, aber wir werden für manche andere Aufgabe eine längere Zeit brauchen. Wir kennen ja die fatale Schere, die sich zwischen den wachsenden laufenden Ausgaben, den Personal- und Sachkosten, und den Investitionsausgaben befindet, und wir wissen, daß eine kontinuierliche Steigerung des Kulturhaushalts außerordentlich problematisch ist. Immerhin, dieser Haushalt ist um 9% gestiegen — gegenüber 5% beim Gesamtetat —, und ich bin dankbar dafür, daß wir bei der Übung haben bleiben können, die Investitionen im Bereich von Bildung und Wissenschaft nicht zu reduzieren, damit das Wachstum in Zukunft gesichert ist.

Wir sind dankbar dafür, daß die Voraussetzung geschaffen worden ist, eine Sondergruppe Bildungsplanung und Bildungspolitik im Kultusministerium zu erreichen, damit gerade von da her die prekäre Haushaltslage aufgefangen werden kann, und wir sind dankbar dafür, daß wir mit einer Erhöhung der Titel für die Schulversuche, die wir einstimmig vorgenommen haben, ein Zeichen dafür bekommen haben, daß die Hauptschule, die in der Tat nicht das einzige Problem der Kulturpolitik in unserem Lande ist, eingeführt und daß mit anderen Schulversuchen entsprechend verfahren werden kann.

(B) Ich will jetzt aus Zeitgründen das Problem der Lernmittelfreiheit und das Problem der Schülertransportkosten — beide Probleme haben wir in der zweiten Lesung erörtert — nicht mehr aufgreifen. Ich möchte Ihre Geduld nicht zu lange strapazieren.

(Beifall eines Abgeordneten der CDU)

— Vielen Dank für diesen einstimmigen Beifall! — Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß wir mit großer Freude und mit großer Dankbarkeit die stärkere Konzentration auch im Bereich der Hochschulen sehen, wo wir vor entscheidenden Aufgaben stehen, vor Aufgaben, die etwa durch die Einsparung von 36 Lehrstühlen, durch die Kooperation, Herr Kultusminister, die Sie dort eingeleitet haben, erleichtert werden. Wir haben für Düsseldorf einiges zu tun versucht, um dem Nachholbedarf bei den Medizinstudenten ein wenig zu steuern; ich brauche das im einzelnen hier nicht aufzuzählen. So sind zum Beispiel die 14 staatlichen Gymnasien doch wieder im Haushalt. Lassen Sie mich nur ein Wort sagen, indem ich das aufgreife, was der Berichterstatter, Herr Kollege Jahnke, in der zweiten Lesung erklärt hat: Wir sollten den Bereich der allgemeinen Kulturpflege in unserem Lande nicht vergessen!

Meine Damen und Herren, ich will, wenngleich nicht ausführlich, auf das eingehen, was Sie, Herr Kollege Lenz, zur Frage der Konkordatssituation in unserem Lande gesagt haben.

(Nordmann (CDU): Das ist auch schwierig!)

— Das ist deshalb schwierig, weil auch ich kein Jurist bin, und es könnte sein, daß man es auch bei mir merkt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auf eines möchte ich Sie aber doch hinweisen: Als die FDP-Kollegen — — Herr Kollege Lenz, darf ich Sie einen Augenblick um Ihre Aufmerksamkeit bitten?

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Da Sie gerade eine Pause machen, Herr Abg. Rau, darf ich meine technische Mitteilung von eben dahin berichtigen: Wer zwischendurch das Landtagsrestaurant aufsuchen möchte, wird gebeten, das nicht vor 13 Uhr zu tun. — Danke schön.

**Johannes Rau** (SPD): Sie sehen, ich muß leiden für das Wort von der Frühlingssuppe; ich werde immer mit dem Essen unterbrochen,

(Heiterkeit)

und dabei habe ich selber Hunger.

Herr Kollege Lenz, wenn Sie die Debatte im Bundestag bei der Fragestunde — und zwar ganz! — gelesen hätten, dann hätten Sie hier aus Gründen der Abrundung des Bildes jene Stelle vorgelesen, bei der Herr Kollege Jahn, Parlamentarischer Staatssekretär, auf die Zusatzfrage, wie er denn die Pläne in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg beurteile, geantwortet hat, die Bundesregierung wünsche sich dazu nicht zu äußern; denn sie anerkenne die Kulturhoheit der Länder und habe keinerlei Meinung — keinerlei Meinung! — zu den augenblicklichen Versuchen der Änderungen im Schulwesen vorzutragen.

Das hätte man auch sagen müssen; und das, was wir bei den Gesprächen über die Hauptschule bedauern, ist, daß Sie ständig vom Konkordat reden und wir von der Schule.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD)

Nach unserer Meinung müßten wir jetzt einmal darüber sprechen, wie denn die Schule der Zukunft aussehen soll.

(Dr. Lenz (CDU): Wir haben ja Vorschläge gemacht!)

Wenn wir das getan haben, wollen wir darüber reden, ob das mit dem Konkordat von 1933 und mit den Schulartikeln vereinbar ist, die aus dem Jahre 1922 stammen und vom Zentrum entworfen worden sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Dazu, meine Damen und Herren, sind wir gern bereit, und wir hoffen, daß wir diese Gespräche in aller Klarheit führen können. Wir meinen aber, wir sollten diese Frage auf dem Boden lassen, auf den sie gehört! Keine Fraktion irgendeines deutschen Parlaments wird den Versuch machen, eine Schulpolitik gegen klare Rechtsgrundlagen zu treiben. Da wir jedoch eine große Koalition haben — wenn auch nicht in der Landesregierung, so doch oft in der Kulturpolitik —, möchte ich hier mit allem Dank sagen, daß ich den Kollegen Hahn, den Kultusminister von Baden-Württemberg, der Theologe ist, gut verstehe, wenn er erklärt: Die Zeit der Konkordate ist endgültig vorbei; mit Konkordaten kann man nichts mehr lösen.

(Beifall bei der SPD — Frau Altewischer (CDU): Die haben eine andere Landesverfassung!)

— Richtig: Wenn Sie sagen, Frau Kollegin Altewischer, die hätten eine andere Landesverfassung, dann kann ich dazu nur zweierlei feststellen:





(A) Erstens: Wir werden unsere Landesverfassung nicht verletzen. Zweitens: Uns wird in diesen Tagen wieder einmal deutlich, wie traurig es war, daß wir in den fünfziger Jahren nicht zu einer fortschrittlicheren Landesverfassung gekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schneider:** Herr Kollege Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Mikat?

(Zustimmung des Abg. Rau (SPD))

Bitte sehr, Herr Abg. Professor Dr. Mikat!

**Dr. Mikat** (CDU): Herr Abg. Rau, ist Ihnen bekannt, daß die Bundesregierung genau diesen Standpunkt des Herrn Kollegen Hahn nicht akzeptiert hat?

(Johannes Rau (SPD): Richtig!)

Ist Ihnen ferner bekannt, daß ich einmal vor einigen Wochen für die Fraktion der CDU öffentlich erklärt habe, wir sollten uns bei den Verhandlungen zunächst einmal um das pädagogisch angestrebte Ziel bemühen und erst dann die Frage der dafür geltenden Rechtsordnung festlegen?

(Zustimmung bei der CDU — Zurufe von der SPD)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Mikat, das ist mir nicht nur bekannt, sondern deswegen habe ich gerade bedauert, daß Sie an dem Gespräch nicht teilgenommen haben, bei dem ich das fünfmal versucht habe.

(B)

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Mikat, ich habe dadurch, daß ich auf Hahn — Baden-Württemberg — verwies, weder der baden-württembergischen Lösung zugestimmt noch unterstellt, daß Hahn damit etwas Juristisches gesagt habe; ich halte das vielmehr für eine richtige politische Wertung. — Wenn ich auch meine, es dürfe keinerlei Konkordatsverletzung irgendwo geben, wo das Konkordat gültig ist, so meine ich auf der anderen Seite, niemand erwiese sich einen guten Dienst, der mit dem Konkordat ablenkt von dem, was Sie mit Recht erwähnt haben: daß es nämlich um die pädagogisch gute Lösung geht.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zur Wirtschaftspolitik habe ich in dem einleitenden Teil — —

**Vizepräsident Schneider:** Herr Kollege Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Fuchs?

**Fuchs** (CDU): Herr Kollege Rau, Sie sagen, daß es um die Schulbildung und um die pädagogisch gute Lösung geht. Heißt das, daß Sie die Vorschläge der CDU-Fraktion nicht als eine gute Vorschlags- und Verhandlungsbasis betrachten?

(Heiterkeit)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Fuchs, da ich mir für morgen wirklich den ganzen Abend freigehalten habe, möchte ich nicht durch eine Antwort jetzt in die Situation kommen, daß ich morgen abend gar nicht mehr weiß, worüber ich sprechen soll. Da haben wir uns nämlich verabredet und wollten miteinander in der Sache sprechen.

Ich meine, es sollte dabei bleiben — auch bei dem, was ich soeben gesagt habe: Ich halte die beiden Papiere, die vorliegen, für eine Verhandlungsbasis; wenn das nicht so wäre, brauchten wir gar nicht miteinander zu reden. Beide müssen überprüft werden auf ihr Ziel hin, das für uns heißt: stärkere Simultaneität der Hauptschule im Lande Nordrhein-Westfalen, weil das dem Elternwillen nach unserer Auffassung entspricht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Bevor ich mich mit einigen Sätzen der Wirtschaftspolitik zuwende, möchte ich die Herren Minister um Vergebung bitten, deren Ressorts ich nicht nenne. Ich wollte eigentlich auch nicht das Arbeits- und Sozialministerium nennen, aber eines muß ich doch dazu sagen.

Herr Kollege Dr. Lenz, Sie haben dem Arbeits- und Sozialministerium — wahrscheinlich, weil Sie eine Kleine Anfrage und die Antwort darauf nicht mehr in Erinnerung hatten — vorgeworfen, daß es das Subsidiaritätsprinzip nicht ausreichend achte. Lassen Sie mich Ihnen dazu folgendes sagen! Das Subsidiaritätsprinzip ist für meine politische Haltung eine außerordentlidie problematische Angelegenheit, auch wenn ich weiß, woraus es entwickelt und wo es 1931 zum ersten Mal fixiert worden ist. Aber unabhängig davon ist eines von entscheidender Wichtigkeit, und das ist, glaube ich, der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Auffassung: Für uns gehören zum Subsidiaritätsprinzip und zu den subsidiären Trägern immer auch und — für mich jedenfalls — in erster Linie die Gemeinden, in denen die Menschen miteinander leben, und die Gemeinden dürfen nicht ausgehöhlt werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Dr. Lenz (CDU): Sowohl als auch!)

— „Sowohl als auch", aber nicht „zuerst und dann", wie das hier jahrelang praktiziert worden ist

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

und wie das im Bundessozialhilfegesetz und im Jugendwohlfahrtsgesetz ausgeführt wird. Sie kennen die Klage, von der gesprochen worden ist, und es ist gut, daß diese Klage von Anwälten aus allen Fraktionen vertreten wird. Wir sollten uns also hier nicht in die falsche Ecke drängen lassen; der Sieveking ist CDU, aber eben liberal.

(Hennemann (CDU): Wer hat die Klage eingereicht?)

— Die Klage haben außer Hessen, Berlin, Hamburg — Dortmund natürlich — eingereicht, also alles solide gute Städte,

(Heiterkeit)

in denen es nicht so schwierig ist wie hier, wo wir erst so spät ans Regieren gekommen sind.

(Erneute Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, zur Wirtschaftspolitik will ich nur wenige Sätze sagen, und zwar aus Zeitgründen — die Zwischenfragen müssen Sie mir abrechnen —! Lassen Sie mich nur auf folgendes hinweisen: Alle Versuche, meine Damen und Herren, sich auf die Wirt-

(A) hat. Das war die größte justizpolitische Tat in dieser Zeit, und Herr Dr. Sträter war ja nicht ganz so publikumsfreudig — so darf ich es formulieren —, wie das möglicherweise andere Nachfolger sind.

(Zurufe von der CDU)

— Herr Vogel war das auch; seit er die Justiz nicht mehr leitet, sucht er sich andere Gebiete.

Aber was war denn das für ein Landesrichtergesetz? Wo war denn da demokratische Beteiligung der Dritten Gewalt? Da war die bloß mittelbare Wahl des Präsidialrates; da war nur ein Minimum an Beteiligungsrechten für den Präsidialrat und den Richterrat vorgesehen; da wurden die Staatsanwälte unter Bruch der bisherigen Kontinuität ausgeschlossen; da war ein denaturiertes Anhörungsrecht. Dieser Entwurf, meine Damen und Herren, kam doch aus der Mottenkiste des Obrigkeitsstaates!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wer hat denn diesen Entwurf dann korrigiert? Wer hat denn hier gestanden, wenn nicht Herr Kollege Neuberger? Wem sind denn dieses Landesrichtergesetz und die erweiterte Erfüllung, die der Justizminister über das Gesetz hinaus der Dritten Gewalt gewährt, zu verdanken? Wer ist denn da zuständig, und wer kann denn dann hier sagen, die Linie Meyers müsse fortgesetzt werden? Es war höchste Zeit, daß sie abbrach.

So kann man doch nicht die Stimmenthaltung zum Justizhaushalt begründen. Das kann man nur, wenn man damals nicht dabeigewesen ist. Wer weiß denn noch, wie
(B) die Richterschaft diesen Entwurf bekämpft hat! Wir selber haben ja auch Auseinandersetzungen um dieses Gesetz gehabt.

Und dann sehen Sie sich bitte einmal an, meine Damen und Herren, wie der Justizhaushalt sich von 1965 an entwickelt hat! Sehen Sie sich einmal an, wer damals im Jahre 1965, im Jahre 1966 die zusätzlichen Stellen beantragt hat! Wie sind denn die 15 Landgerichtsdirektoren, die 30 Oberamtsrichter, die 25 Ersten Staatsanwälte 1966 in den Haushalt hineingekommen? Das kann man fortsetzen bis hin zu den Beschlüssen, die jetzt der Justizausschuß unter dem Kollegen Posser einstimmig gefaßt hat. Dann zu sagen: Hier wird die Linie Meyers abgebrochen — meine Damen und Herren, das geht nicht! So geht es vor allen Dingen dann nicht, wenn man den Justizminister a. D. Vogel, freiberuflich tätig, in Aachen auftreten und dem Justizminister dafür gratulieren läßt, daß es ihm gelungen sei, den Entwurf, den von Vogel konzipierten Entwurf, zu retten und über die Runden zu bringen. Das ist Doppelzüngigkeit, Herr Kollege Lenz!

(Zuruf von der CDU)

Das ist Doppelzüngigkeit und nicht, wenn jemand aus politischen und aus mancherlei anderen, auch staatsrechtlichen Gründen der Überzeugung ist, daß das Wahlrecht im Bund und das Wahlrecht in den Ländern nicht identisch zu sein brauchten. Das ist ja nicht einmal in den Vereinigten Staaten von Amerika so. Man kann durchaus in solchen Dingen anderer Meinung sein, ohne deswegen zu Wortschöpfungen wie „Bundeszunge" und „Landeszunge" Anlaß zu geben.

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abg. Rau, es wird eine Zwischenfrage von dem Abg. Dr. Klose gewünscht. Sie lassen sie zu. — Herr Dr. Klose!

**Dr. Klose (Korschenbroich)** (CDU): Herr Kollege Rau, war in dem Entwurf des Einzelplans 04 der Regierung das Programm der Stellenanhebung, das die Regierung Meyers eingeleitet hatte, enthalten oder nicht — ja oder nein? — oder hat das Parlament hier diese Verbesserungen eingeführt? Das war doch die Frage.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Klose, das war nicht die Frage. Denn zur Debatte stand in der zweiten Lesung nicht der Regierungsentwurf, sondern der durch das Parlament veränderte Entwurf, und dem haben Sie nicht zugestimmt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie in der ersten Lesung gesagt hätten: „Dem können wir nur zustimmen, wenn bestimmte Anträge angenommen werden", hätten wir darüber mit uns reden lassen. Aber nachdem die Anträge einstimmig angenommen worden waren, konnten Sie doch nicht anschließend sagen: Aber es war in der Urschrift nicht vorgesehen, und deshalb enthalten wir uns der Stimme. Das habe ich jedenfalls nicht verstanden.

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abg. Rau, darf ich, bevor Sie fortfahren, eine technische Mitteilung zum weiteren Ablauf der Sitzung machen? Eine Mittagspause wird nicht stattfinden. Das Landtagsrestaurant befindet sich infolge einiger Personalausfälle heute in einem besonderen Engpaß. Wenn alle Abgeordneten auf einmal zu Mittag äßen, wäre das Restaurant dem heute wahrscheinlich nicht gewachsen. Jedenfalls würde die Mittagspause dann über Gebühr lang werden müssen. Ich bitte diejenigen, die eine Erfrischung zu sich nehmen wollen, das in der Zeit zwischen 12.30 und 14.00 Uhr zu tun, aber nach Möglichkeit nacheinander, angemessen verteilt, so daß das Plenum immer hinreichend besetzt bleibt.

(Heiterkeit)

**Johannes Rau** (SPD): Meine Damen und Herren, vielleicht gehen dann jetzt am besten diejenigen essen, die sich für Kultur nicht interessieren. Denn dazu möchte ich ein paar Sätze sagen.

(Heiterkeit)

Jetzt kann ja keiner gehen!

(Erneute Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, was ich in bezug auf den gesamten Haushalt gesagt habe, daß er nämlich ein Übergangshaushalt sei, das gilt auch für den Bereich der Kultur. Aber auch hier ist es gelungen, Veränderungen im Haushalt anzubringen, die deutlich machen, welche Richtung wir uns für die Kulturpolitik unseres Landes vorstellen und wie wir uns die Ausdeutung und die Ausformung der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 denken. Aus Zeitgründen hat vieles übernommen werden müssen. Dennoch ist es gelungen, eine Umstrukturierung dieses Etats vorzunehmen, die unseren bildungspolitischen Absichten entspricht. Diese Veränderun-





(A) und wenngleich dabei die Erstellung einer mittelfristigen Finanzplanung für einen Zeitraum bis zu fünf Jahren eine der Bedingungen auch für diesen Haushalt 1968 ist.

Sie werden die Vorlegung dieser mittelfristigen Finanzplanung erleben, und lassen Sie mich nur noch darauf hinweisen, daß diese mittelfristige Finanzplanung, daß eine stärkere Abstimmung der wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen auch mit unseren Nachbarländern ja vor allen Dingen deshalb nötig ist, weil wir ab 1970, wenn wir weiter regieren wollen, durch die EWG vor ganz neue Aufgaben gestellt werden, auf die wir uns jetzt vorbereiten müssen, damit wir sie dann lösen können.

Wir sind dem Finanzminister dafür dankbar, daß er schon bei der zweiten Lesung des Haushalts angekündigt hat, daß die Freigabe der Haushaltsmittel unmittelbar nach der dritten Lesung erfolgen kann. Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, ich kann Sie nur ermutigen, das so schnell wie möglich zu tun; die Mittel müssen aus konjunkturpolitischen Gründen jetzt fließen.

(Beifall bei der SPD)

Die Gemeinden warten; diejenigen, die wir stützen möchten, warten.

Ich darf von dieser Stelle aus der CDU-Fraktion einen Dank dafür aussprechen, daß uns die Einhaltung dieser Termine im Interesse des ganzen Landes möglich geworden ist. Nur fand ich es nicht so schön, daß Sie hernach argumentierten, dadurch, daß wir so schnell gearbeitet hätten, habe es keine Zeit zur Aussprache in den Ausschüssen gegeben. Diese Zeit hat es gegeben. Wenn Sie
(B) sagen, die Regierung hätte sich nicht gestellt, so muß ich entgegnen, daß es jede Menge Möglichkeit zum Gespräch in den Ausschüssen gegeben hat.

Wie ist nun dieser Haushalt, von dessen finanzpolitischer Seite ich soeben gesprochen habe, in den politischen Bereichen zu beurteilen?

Meine Damen und Herren, der Streit darum, ob jede Mark für die Ruhr ist oder ob man die anderen Gebiete auch berücksichtigen müsse, ist sinnlos, und bei uns findet er auch nicht statt. Das, was Sie, Herr Kollege Lenz, soeben hier zitiert haben — Kühn und Figgen in Gelsenkirchen —, war in gar keiner Weise gegensätzlich. Das nennt man komplementär.

(Lachen bei der CDU)

Beides gilt. Wenn das Herz krank ist, das heißt hier: wenn das Revier krank ist, ist das gesamte Land krank. Daher müssen wir um des ganzen Landes willen, um den Kreislauf in Gang zu bringen und in Gang zu halten, zuerst der Ruhr helfen. Das bedeutet jedoch nicht, daß in irgendeiner Weise die übrigen Bereiche benachteiligt würden, selbst wenn es in der zeitlichen Folge zu Veränderungen kommt. Der Haushalt macht das deutlich: im Grenzlandfonds und an vielen anderen Stellen. Dieser Haushalt ist ein Haushalt, der der Wirtschaft des ganzen Landes hilft, weil er der Ruhr hilft; er ist ein Haushalt, der allen arbeitenden und allen arbeitswilligen Bürgern helfen möchte.

Meine Damen und Herren, ich habe — und zwar aus Gründen der Zeit — keine Gelegenheit, zu den Einzelhaushalten nun im Programm jeweils etwas zu sagen. Erlauben Sie mir jedoch bitte, einige Bereiche herauszugreifen!

Zu dem Stichwort des Haushalts des Innenministers ist es die Frage der Gebietsreform, von der Herr Kollege Dr. Lenz bereits gesprochen hat. Herr Dr. Lenz, wenn es unterschiedliche Gutachten und Empfehlungen gibt, Isbary, Eising, Adenauer und wie immer die Kommissionen benannt sein mögen, so ist das kein Grund zur Besorgnis, sondern dann ist das die Gewähr dafür, daß das Gespräch stattfindet und daß alle Argumente gehört werden. Das halten wir für gut. Wir halten die Verwaltungsreform für eine der entscheidenden Aufgaben in dieser Wahlperiode, wobei wir darüber zu sprechen haben, welche Teile dieser Verwaltungsreform angesichts einer in Jahrhunderten gewachsenen und zum Teil verhärteten Struktur unseres Landes Vorrang haben. Für mich hat Vorrang die Schaffung lebensfähiger Gemeinden,

(Beifall bei der SPD)

und ich meine, hier sollten wir auch den Mut haben, unpopuläre Maßnahmen zu treffen, weil mir die Schaffung lebensfähiger Gemeinden zeitlich und in der Sache wichtiger zu sein scheint als die Mittelinstanz — so wichtig auch die Mittelinstanz sein mag. Die Schaffung lebensfähiger Gemeinden ist die Voraussetzung dafür, daß in der Verkehrspolitik, daß in der Strukturpolitik und daß in der Schulpolitik sinnvoll und ohne falschen Aufwand gehandelt werden kann.

Wenn Sie sagen, es läge noch nichts vor, so darf ich an unsere letzte Plenarsitzung erinnern, in der wir den § 14 der Gemeindeordnung erörtert haben. Wir sind also bei der Arbeit.

Lassen Sie mich zum Bereiche der Justiz einige Worte sagen!

Herr Kollege Dr. Klose hat die Stimmenthaltung seiner Freunde zum Justizetat bei der zweiten Lesung begründet, und Sie selber, Herr Dr. Lenz, haben soeben noch einmal davon gesprochen, daß wir alle dem Justizminister Dank schuldeten dafür, daß er die Aufgaben seines Ressorts mit so viel Geschick und mit so viel Erfolg auch der Öffentlichkeit deutlich mache. Es besteht ja die Gefahr, Herr Dr. Lenz — da sind wir uns sicher einig, und deshalb kann ich Ihren Dank an Herrn Neuberger verstehen —, daß diejenigen Menschen vergessen werden, die einmal im Leben gestrauchelt sind, daß sie in unwürdigen Verhältnissen leben müssen. Das kann und darf sich eine Gesellschaft auch dann nicht leisten, wenn mit einer Reform des Gefängniswesens keine Wähler stimmen gewonnen werden können.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, Herr Justizminister, volle Zustimmung! Es bestand die Gefahr, daß man Herrn Dr. Lenz falsch verstände. Es sollte ein Lob werden.

(Heiterkeit — Beifall bei der SPD)

In dieser Meinung werde ich jedoch ein wenig irritiert durch das, was Herr Kollege Dr. Klose in der zweiten Lesung gesagt hat, als er von dem durch die Regierung Meyers eingeleiteten Programm sprach, das durch diesen Haushaltsplan nicht fortgeführt würde.

Ich erinnere mich, daß die Regierung Meyers im Jahre 1966 den Entwurf eines Landesrichtergesetzes vorgeleg

(A) „Zu so 'ner Frühlingssuppenschau kann ich so schnell nichts sagen; darf ich es erst mal lesen?" Und ich sage dann: „Herr Kollege, dieses Wort haben Sie wohl als einen Scherz empfunden!"

(Zurufe von der CDU)

Fünfzehn Leute waren dabei; vierzehn haben sich daran gehalten. Ich habe den Journalisten zu danken, die in diesem Lande dafür sorgen, daß man noch offen und freimütig miteinander umgehen kann;

(Beifall bei der SPD)

und wenn dann e i n e r solche Dinge macht, dann frage ich: Müssen wir solche Dinge hochspielen, um das politische Klima in diesem Lande zu gestalten?

(Zurufe von der CDU)

Entgegen allen Unkenrufen, meine Damen und Herren, stelle ich fest:

(Zurufe von der CDU)

Die Regierung, die unter Heinz Kühn seit dem 8. Dezember, also seit genau fünf Monaten, regiert, ist in sich stabil.

(Rufe von der CDU: Oh!)

Diese Regierung hat einen Haushalt vorgelegt, der — vom Übergangshaushalt reden wir später — dazu führt, daß in diesem Lande wieder eine Phase erfolgreichen Wachstums beginnen kann. Diese Regierung Kühn hat das mit einem Aufwand an persönlichem Fleiß und an Kraft der einzelnen getan,

(Beifall bei der SPD)

(B) daß ich hier ausdrücklich allen Mitgliedern dieser Regierung und an der Spitze dem Ministerpräsidenten dafür danke, daß sie diesen Einsatz so geleistet haben und in so wenigen Monaten, daß wir unsere Termine einhalten konnten, zu einem Haushalt gekommen sind, mit dem wir nun arbeiten können.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Prof. Brüggemann zu?

(Johannes Rau (SPD): Mit großer Freude!)

**Dr. Brüggemann** (CDU): Herr Kollege Rau, darf ich noch einmal auf die Frühlingssuppenschau zurückkommen und darf ich Sie fragen, ob Sie vielleicht doch ein gewisses Verständnis dafür haben, daß wir mißtrauisch sind, wenn Sie einen sorgfältig durchdachten Vorschlag von uns als „Frühlingssuppenschau" bezeichnen? Wir erinnern uns daran, daß der Herr Ministerpräsident Kühn seinerzeit die Regierungserklärung Meyers als „Sauerkohl" bezeichnet hat.

**Johannes Rau** (SPD): Sie merken, daß wir offenbar — sowohl der Herr Ministerpräsident als auch ich — an gutem Essen Freude haben!

(Heiterkeit)

Ich weiß gar nicht, was Sie gegen die Frühlingssuppe haben, wenn der Vorschlag im April vorgelegt wird.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Ich habe diese Feststellungen über die Arbeit und über die Leistung dieser Regierung getroffen, obwohl der Wortreichtum der Opposition auf die einsilbige Fragestellung zurückzuführen ist: Wie kann man eigentlich möglichst schnell aufhören, Opposition zu sein, damit man es gar nicht erst lernen muß?

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Lenz?

(Johannes Rau (SPD): Gerne!)

Sie lassen sie zu.

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Kollege Rau, sind Sie denn nun noch der Meinung, daß diese Vorschläge „Frühlingssuppenschau" sind, oder haben Sie Ihre Meinung geändert, nachdem Sie sie gelesen haben?

(Zurufe)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Lenz, ich habe im gleichen Gespräch — und ich bin allen Journalisten dankbar, die das sauber berichtet haben — erklärt, daß diese Vorschläge ebenso wie die Kalkumer Empfehlungen eine Basis für die Besprechungen zwischen den Fraktionen seien. Das habe ich also im gleichen Augenblick und in der gleichen Minute erklärt. Ich weiß gar nicht, wer eigentlich daran interessiert ist, immer den Eindruck zu erwecken, Rau wäre der Radikalinski und Kühn wäre der Zauderer usw. Was soll's, meine Damen und Herren? Wir sind nicht daran interessiert. Wir sind daran interessiert, daß in diesem Lande das Schulwesen vorwärtskommt.

(Beifall bei der SPD)

Das Verhältnis zwischen der Landesregierung und der Bundesregierung ist gut. Davon zeugen die vielen Gespräche, die geführt worden sind, und davon zeugen die Ergebnisse im vorliegenden Haushalt. Ich gebe Ihnen allerdings zu, meine Damen und Herren, daß das Verhältnis zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung noch besser werden kann, denn in der Tat sind die wichtigen Probleme, die unser Land bedrängen, die Probleme, in denen der Bund eine besondere Zuständigkeit hat — die er übrigens, Herr Kollege Dr. Lenz, nicht in der Frage hat, welche Schulpolitik in den Ländern gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten aufhören, das Verhältnis Bund-Länder nach Tests bei Landtagswahlen zu messen, die die einen zur Profilneurose zwingen und die anderen in einen falschen Siegestaumel bringen. Die Regierung im Land und die Regierung im Bund haben bis zum nächsten Wahltag ihre Arbeit zu leisten und sich dann dem Wähler zu stellen. Dabei muß man auch an die Adresse der Bundesregierung gerichtet sagen, daß der 10. Juli des vergangenen Jahres in der Tat mehr war als ein Test: der 10. Juli des vergangenen Jahres war der eigentliche Wendepunkt der deutschen Innenpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Von diesem Tag an resultiert unsere besondere Verantwortung in diesem Hause. Deshalb steht die Bewährung der Großen Koalition in Bonn und der Kleinen Koalition





(A) in Düsseldorf für das Jahr 1969 an. Darauf hat sich die Haushaltspolitik einzurichten. Diese Haushaltspolitik beginnt nun in der Tat mit einem Übergangshaushalt, den wir nicht verleugnen und der mit der 3. Lesung — das sei hier in aller Deutlichkeit gesagt — die Züge der Regierung Kühn trägt, allerdings auf der Basis jener 100 Monate, von denen ich soeben gesprochen habe. Dieser Haushalt ist auch in einem anderen zusätzlichen Sinne ein Übergangshaushalt: deshalb nämlich, weil er in einer Zeit verabschiedet wird, in der der Aufstieg zu Ende zu sein scheint, in der der Wohlstand gefährdet ist und in der die Bewährung der bisherigen Politik und die Stabilisierung dessen, was wir erreicht haben, das erste Ziel sein müssen. Wenn viele diese Zeichen der Zeit nicht gesehen haben und wenn sie jetzt der Regierung anlasten, daß der Haushalt so zustande kommt, dann muß man darauf antworten: In der Tat ist es so, daß wir jeweils dann in die Verantwortung gerufen werden, wenn die Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Hand zur Debatte steht. Aber wir sind bereit, auch dann in die Verantwortung einzutreten: Wir sind auch nicht der Meinung, daß wir dann „auf halbe halbe" machen sollten. Dann wollen wir die Verantwortung ganz tragen.

Meine Damen und Herren! Die Finanzpolitik unseres Landes ist auf eine neue Ebene gekommen. Von dieser Finanzpolitik haben wir heute zu reden, seit der Haushalt am 28. Februar vorgelegt worden ist und seit der Finanzminister erläutert hat, daß infolge der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit seit der Regierungsbildung, infolge der verspäteten Aufstellung des Haushaltsentwurfs durch die alte Landesregierung und infolge der vornehmlich punktuell und prozyklisch ausgerichteten Finanzpolitik der alten Landesregierung dieser Haus-
(B) haltsentwurf 1967 nur ein Übergangshaushalt sein kann. Das oberste Ziel der Landesregierung muß es sein — das haben wir hier miteinander, Koalition und Opposition, erreicht —, durch eine schnelle Verabschiedung dieses Haushaltsentwurfs eine Finanzmisere zu verhindern, den Haushaltsausgleich zu wahren und erste Ansätze für eine wachstumsorientierte und mittelfristige Finanzpolitik sichtbar werden zu lassen.

Herr Kollege Lenz, Sie haben reklamiert, daß die mittelfristige Finanzpolitik hier noch nicht sichtbar sei, und haben gleichzeitig gesagt, in Bonn werde sie aber vorbereitet. Ich kann nur sagen: Offenbar ist die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ebenso weit wie die Bundesregierung, obwohl sie später angetreten ist. Wir sind dankbar dafür, daß die Landesregierung in der Klausurtagung der vergangenen Woche die ersten Schritte auf eine solche mittelfristige Finanzplanung zugegangen ist. Das muß sie tun, meine Damen und Herren, in einer Zeit der wirtschaftlichen Rezession, in der wir zwar ein nominelles Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2 bis 3% erwarten, das effektive Wachstum aber nach allen uns vorliegenden Untersuchungen bei plus minus 0,5% und der Rückgang der privaten Investitionen im Jahre 1967 bei etwa 10 bis 12% liegen dürfte.

Schon im ersten Quartal ist die Industrieproduktion um 5½%, die Investitionsgüterindustrie um 12% und die Verbrauchsgüterindustrie um nahezu 9% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen lag bei 2,6% Mitte April und damit etwa gleich hoch wie im Februar des vergangenen Jahres, und wir haben es mit einer unbestrittenen Verschärfung des Konjunktureinbruchs zu tun, der — das muß noch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden — darauf zurückgeht, daß Maßhalteappelle keine Wirtschaftspolitik ersetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Das jahrelange Versäumnis einer klaren Finanzpolitik, die antizyklisch ist und nicht punktuell und prozyklisch, das Ausufern der Subventionen zugunsten bestimmter Gruppen in Bund und Land, die unterlassene Strukturpolitik mit dem ständigen Hinweis darauf, es handele sich um Konjunkturkrisen — neun Jahre lang haben wir uns das hier angehört —, haben sich in der jetzigen Rezessionsphase natürlich besonders bei Kohle und Stahl ausgewirkt, und deshalb muß die Finanzpolitik des Landes in Zukunft stärker wirtschafts- und konjunkturpolitisch ausgerichtet werden. Sie muß eine Ökonomisierung erfahren, damit die Vollbeschäftigung gesichert, das Strukturproblem an der Ruhr gelöst und der Preisauftrieb in der Zukunft vermieden wird.

Dazu, meine Damen und Herren, stehen uns mit dem Haushalt und stehen uns vom Haushalt her die Ausgabenpolitik, die Steuerpolitik und die Rücklagen- und Schuldenpolitik zur Verfügung. Das oberste Prinzip hat es zu sein in der antizyklischen Finanzpolitik — und unsere Frage muß sein: Stehen wir in der Situation, in der wir diesen Gesetzen folgen können, daß in der Hochkonjunktur finanzielle Reserven gebildet werden und in der Rezession dann die Defizitfinanzierung vorgenommen wird?

Aber nun haben wir es mit einer Fülle von Schwierigkeiten administrativer, haushalts- und verfassungsrechtlicher, politischer und psychologischer Art zu tun. Diese Schwierigkeiten werden mit der Verabschiedung der Stabilisierungsgesetze im Deutschen Bundestag noch nicht beseitigt. Die Hauptlast, die wir als Parlament zu tragen haben, ist doch die, daß bei den öffentlichen Investitionen eine Entscheidung über die Priorität gefällt werden muß. Und daß das gelegentlich unbequem ist und daß das dann zu Auseinandersetzungen führen kann — „Da sieht man's, ihr seid gegen die Kindergärten!" —, das wußten wir vorher. Wir sind bereit, das hinzunehmen, weil, meine Damen und Herren, die beste Finanzpolitik, die beste Wirtschaftspolitik die ist, die nicht auf die Stützen allein gestellt wird, die von den verschiedenen Ressorts kommen. Mit anderen Worten: Wenn der Haushalt, wenn die Stabilität der DM, wenn die wirtschaftliche Sicherheit in unserem Lande gefährdet ist, dann hilft die beste Familien- und Altenpolitik nichts, weil das dann alle zu tragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Und deshalb muß zuerst eine stärkere Elastizität der öffentlichen Haushalte erreicht werden, und dann muß von dieser Basis her eine Politik betrieben werden, die auch den Gruppen in der Gesellschaft gerecht wird.

Die neue Landesregierung hat in ihrer kurzen Amtszeit bei gewaltigen finanziellen Vorbelastungen den ersten Ansatz zu einer konjunkturstabilisierenden Finanzpolitik geschaffen, und schon deshalb sagen wir zu diesem Haushalt ja, wenngleich der Haushalt 1968 noch eindeutiger die Handschrift dieser Regierung Kühn tragen muß

(Zustimmung bei der SPD)

(A) nachdem es ihr nicht mehr möglich ist, sich mit dem Staat zu identifizieren. Nachdem Sie sich daran gewöhnen müssen, daß Sie nicht mehr der Staat sind, sagen Sie: „Wir sind die Öffentlichkeit, wir sind enttäuscht von der Regierung Kühn."

(Zuruf von der CDU)

— Dann dürfen Sie nicht sagen: „die Öffentlichkeit".

(Dr. Lenz (CDU): Das sagen Sie!)

— Nein, das war ein Zitat von Ihnen!

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abg. Rau, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Johannes Rau (SPD): Ja, gern.)

Herr Abg. Lenz, bitte!

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Kollege, sind Sie wirklich der Meinung, daß ich mich mit dem Staat identifiziert hätte? Oder haben Sie damit die CDU gemeint? Wenn ja, wie wollen Sie das beweisen?

**Johannes Rau** (SPD): Ich habe nicht Sie persönlich gemeint; aber ich habe die Auffassung vertreten, daß sich die CDU auf Grund der langen Zeit, die sie in Bund und Ländern in der Regierung ist, angewöhnt hat, den Staat für nicht mehr intakt zu halten, wenn sie nicht in der Verantwortung steht, und zu meinen, auf diese Weise könne sie sich mit dem Staat identifizieren.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

(B) Nun erzählen Sie uns hier, daß Kühn unglücklich sei über die Koalition, die wir haben, daß er die Große Koalition gewollt habe. Sofort bescheinigen Sie ihm, regieren könne er aber nicht, obwohl Sie doch mit ihm in die Große Koalition wollten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Und dann haben wir noch im Ohr, wie der Kollege Nickels hier gesagt hat, in den Ländern, in denen die Sozialisten — so nannte er das — mitregierten, da gehe es gefährlich zu, da würden die Bergarbeiter erschossen und Autos umgestürzt. Und in so 'ne Regierung wollen Sie hinein, Herr Lenz? Da habe ich starke Bedenken; da habe ich ganz starke Bedenken.

(Zuruf von der CDU: Wer will denn das?)

Kühn, so hören wir, wolle den Kompromiß in der Schulfrage, die Fraktion wolle den Kompromiß nicht. Woher wissen Sie das eigentlich?

(Zurufe von der CDU: Aus der Zeitung!)

Der Ministerpräsident und seine Fraktion

(Zuruf von der CDU: Ist das ein besitzanzeigendes Fürwort?)

— das ist kein besitzanzeigendes Fürwort — wollen gemeinsam einen Kompromiß in der Schulfrage. Aber noch stärker als die Frage, ob es zu einem solchen Kompromiß kommt, interessiert beide — den Ministerpräsidenten und seine ihn tragende Fraktion —, ob denn dieser Kompromiß endlich zu einem progressiven und vollwertigen Schulwesen in Nordrhein-Westfalen führt

(Zuruf von der CDU: Was heißt das?)

oder, meine Damen und Herren, ob das ständige Angebot zu geduldigen Gesprächen nichts anderes ist als der Versuch, aus der Situation, in die wir durch den Erlaß vom 23. Februar vergangenen Jahres

(Sehr wahr! bei der SPD)

und nicht durch die „Bilderstürmerei" der SPD-Fraktion gekommen sind, eine politische Dauerwurst zu machen, damit wir uns den anderen bildungspolitischen Fragen nicht zuwenden können.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abg. Lenz möchte eine Zwischenfrage stellen. Sie lassen sie zu?

(Johannes Rau (SPD): Selbstverständlich!)

Herr Abg. Lenz!

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Kollege Rau, haben Sie die Vorschläge der CDU-Fraktion zur Lösung dieser Frage gelesen, und wenn ja, halten Sie sie heute noch für eine „Frühlingssuppenschau"?

(Zurufe von der SPD)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Lenz, ich habe sie gelesen, und ich habe nicht nur die gelesen, die Sie in der Pressekonferenz angeboten haben, sondern auch die, die Sie hernach dem Landtag eingereicht haben — und das waren dann andere.

(Zurufe von der SPD: Aha! — Dr. Lenz (CDU): Dann haben Sie das nicht verstanden!)

— Es kann sein, daß ich's nicht verstanden habe. Aber wenn jemand etwas nicht versteht, liegt das nicht immer am Schüler. So lange bin ich nun schon im Kulturausausschuß, daß ich das weiß.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Im übrigen, Herr Kollege Lenz, damit das Wort hier aus der Welt kommt: Über das Gespräch, das ich hier über Ihre Vorschläge geführt habe, haben etwa 15 Zeitungen berichtet. Ist Ihnen einmal aufgefallen, daß nur eine Zeitung dieses Wort aufgegriffen hat und daß das genau die Zeitung gewesen ist, die ständig versichert, es liege am Ehrgeiz des 36jährigen Fraktionsvorsitzenden, daß wir hier keine Große Koalition hätten?

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

— Das ist richtig? Sie überschätzen mich, Herr Kollege! Daß wir hier keine Große Koalition haben — lassen Sie es mich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen —, liegt weder an unserer Fraktion noch am Ministerpräsidenten noch an mir, sondern es liegt daran, daß Sie den Wählerwillen im Juli manipuliert haben.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Herr Kollege Rau, hat die Zeitung etwa falsch berichtet mit der „Frühlingssuppenschau"? — Weitere Zurufe von der CDU)

— Doch! Aber, Herr Kollege Fellmann, wir wollen mal über journalistische Fairneß sprechen! Ich komme in mein Zimmer, kriege das Papier entgegengehalten mit der Frage: „Was halten Sie davon?" Darauf sage ich wörtlich:



(A) auf die Notwendigkeit, besorgt zu sein, daß die politisch wichtigen Schlüsselstellungen dort, wo es möglich ist, durch fachlich, charakterlich und politisch profilierte Persönlichkeiten aus unseren Reihen besetzt werden.

(Hört, hört! bei der SPD)

Hier erlebe man, auch bei unseren Fraktionen, noch allzuoft die unbegreifliche Bereitschaft, eher dem sich unpolitisch gebenden Bewerber den Vorzug vor einem Unionsmitglied zu geben, obschon auch dieses fachlich und charakterlich alle erforderliche Qualifikation mitbringe.

Mit Nachdruck forderte der Minister, daß von den Persönlichkeiten, die für die Besetzung solcher Stellen in Betracht kommen, ein klares politisches Bekenntnis abgegeben wird.

(Aha! bei der SPD)

Wer heute noch, nach 18 Jahren, glaube, es genüge, uns politisch nahezustehen, dem sollten wir nicht obendrein die Möglichkeit geben, mit Hilfe der Union Karriere zu machen.

(Hört, hört!, Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das haben Sie hier 18 Jahre so betrieben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und einem Teil der FDP)

Deshalb ist die Lage so!

(Zuruf von der CDU: Wobei über die Qualifikation und die charakterliche Eignung Zweifel bestehen können! — Pütz (CDU): Grundmann hat sich doch gerade darüber beklagt, daß die Regierung Dr. Meyers seine, also Grundmanns, Meinung n i c h t praktiziere!

(B) — Herr Kollege Pütz, ich habe es selbst erlebt, daß es einen leitenden Beamten in der Landesverwaltung gab, der Mitglied der Sozialdemokratie war. Die Beförderung dieses Mannes ist Jahr für Jahr gescheitert, obwohl der damalige Oppositionsführer Kühn und der damalige Sprecher meiner Fraktion in Kulturfragen, Herr Kollege Holthoff, Briefe über Briefe geschrieben haben, weil sie diesen Mann für hervorragend geeignet hielten. Es ging nicht. Der Mann ist aus Verärgerung über mangelnde Hilfe aus seiner, nämlich aus unserer Partei ausgetreten. 14 Tage später war er befördert, Herr Kollege Elfring, da war er Ministerialdirigent!

(Heiterkeit bei der SPD — Hennemann (CDU): Wer war das?)

— Ich sage Ihnen den Namen gleich.

(Pieper (CDU): Nennen Sie Roß und Reiter!)

Meine Damen und Herren, wollen wir den Fall v o n M e d e m noch einmal zitieren, den wir hier gehabt haben? Wissen Sie noch, wie Sie diesen qualifizierten Mann aus der Hochschulabteilung zum Kanzler in Bonn gemacht haben, damit Sie die Hochschulabteilung anders, und zwar auch konfessionell anders, besetzen konnten? Erinnern Sie sich der Debatten, die darüber hier damals stattgefunden haben?

Wir wollen nicht zu lange bei solchen Themen bleiben, aber wir können gern darauf zurückkommen.

In der dritten Lesung hätte eine Auseinandersetzung stattfinden müssen, aber über den Haushalt, über die Haushaltsansätze und über die Art und Weise, wie die Landesregierung diesen Haushalt verantwortet, wie sie ihn vorbereitet hat und welche Erklärungen zu diesem Haushalt abgegeben worden sind.

Statt dessen haben wir von Herrn Dr. Lenz große Klagen darüber gehört, daß offenbar die harte Sprache der Landesregierung in Bonn und bei Bundeswirtschaftsminister Schiller nicht ankomme. Herr Dr. Lenz, als ich Sie da so klagen hörte, habe ich mich gefragt, was Sie eigentlich gegen die Große Koalition in Bonn haben, die Sie hier so bittere Vorwürfe machen. Sollten wir nicht einmal darüber sprechen, wie denn die Vorstellungen zur Behebung der Krise im Steinkohlenbergbau, die Bundeswirtschaftsminister Schiller entwickelt und in den Kohlegesprächen vorgetragen hat, beim Bundesfinanzminister angekommen sind, bei Herrn Strauß, mit dem Sie Kontaktgespräche geführt haben?

(Dr. Lenz (CDU): Halten Sie das für richtig, was Herr Schiller sagt?)

— Die Kontaktgespräche? Ja, und ich halte Zusätzliche auch noch für nötig.

(Dr. Lenz (CDU): Darüber werden wir uns am 6. Juni unterhalten!)

— Am 6. Juni werden wir auch noch einmal darüber sprechen können, wo denn die gemeinsame Kohlefraktion geblieben ist und wer sie hier aus dem Saal vertrieben hat, wenn nicht Sie!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dr. Lenz, Sie haben mit starken Worten erklärt, daß dieser Haushalt nichts sei, daß dies Regierung nichts sei, daß Sie da nicht mitmachen könnten, daß Sie dazu nein sagten. Wo sind denn Ihre Anträge?

(Zuruf von der CDU: Die haben Sie abgelehnt!)

Herr Kollege Dr. Lenz, natürlich sind Anträge in den Ausschüssen abgelehnt worden. Aber, erinnern Sie sich der Jahre, in denen Sie geradezu die geschäftsordnungsmäßige Fähigkeit entwickelt hatten, hier als Guillotine für sozialdemokratische Anträge tätig zu werden. Und wie oft wir ins Plenum gekommen sind, in zweite und dritter Lesung, unsere Argumente vorgetragen und um Ihre Zustimmung gebeten haben — leider meist vergeblich? Aber in diesem Jahr kommen Sie nicht einmal mit Ihren Anträgen!

Wenn Sie von Herrn Kollegen Schröder gefragt werden, was Sie früher bei den Kindergärten gemacht hätten, dann sagen Sie, das stehe hier nicht zur Debatte.

(Hennemann (CDU): Wir haben jedes Jahr 10 Millionen draufgelegt!)

— Auf wessen Antrag, Herr Kollege Hennemann?

(Dr. Lenz (CDU): Nicht auf Ihren!)

— Doch, Herr Kollege Hennemann.

Sie sagen, die Öffentlichkeit sei enttäuscht von der Regierung Kühn.

Herr Kollege Dr. Lenz, jetzt fängt die CDU an, sich mit der Öffentlichkeit zu identifizieren.

(Heiterkeit bei der SPD)

(A) Angelegenheit des Herrn Kollegen Kinnigkeit mit dem, was ich hier gesagt habe, und mit der Frage, welcher Minister auch noch in den Landtag soll, damit er etwas mehr Boden unter die Füße kriegt.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

Wir sind bereit,

erstens bei der Lösung der Fragen des Ruhrgebiets hier konstruktiv mitzuarbeiten.

(Ermert (SPD): Sie haben fünfzehn Jahre lang Zeit gehabt!)

Wir sind bereit, auch in der Hauptschulfrage konstruktiv mitzuarbeiten.

(Ermert (SPD): Das werden Sie noch beweisen müssen!)

Der Landesetat 1967 kann von uns aber nicht bejaht werden.

Entspricht die Konzeption des diesjährigen Haushaltsentwurfs, die ausschließlich von der jetzigen Landesregierung verantwortet werden muß, den Erfordernissen der allgemeinen volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Situation? Wir sagen: nein.

Ist er mit den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung in Übereinstimmung gebracht? Wir sagen: nein.

(B) Entspricht er der besonderen Situation der Wirtschaft unseres Landes und den strukturpolitischen Erfordernissen Situation? Wir sagen: nein.

Wir begründen dieses Nein weiterhin damit:

Erstens: Unsere Anträge wurden abgelehnt, und zwar vor allen Dingen auch in den Bereichen, die uns in dieser Debatte und Beratung besonders am Herzen lagen: im Bereich der Familienpolitik, der Jugendpolitik, der Mittelstandspolitik, der Landwirtschaftspolitik.

Zweitens: Wir haben zu dieser Landesregierung kein Vertrauen. Es ist eine Landesregierung ohne eigene Konzeption. Es ist keine Mannschaft, sondern ein Konglomerat heterogener Kräfte. Die Partei befiehlt der Fraktion, die Fraktion befiehlt der Regierung, so daß es zu einer Verwischung zwischen Legislative und Exekutive in diesem Lande kommt, die wir nicht für glücklich halten.

(Zustimmung bei der CDU)

Drittens: Wir halten das, was der Herr Ministerpräsident bisher an Führungsqualität gezeigt hat, nicht für ausreichend. Er redet viel und regiert wenig. Er arbeitet bisher ohne Glück und Erfolg. Deshalb bahnen sich neue erhebliche Schwierigkeiten an. Mit Dilettantismus allein kann man sie nicht lösen.

(Zuruf von der SPD: Pfui!)

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir den Etat des Jahres 1967 in der heute diesem Hohen Hause vorliegenden Fassung ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Das Wort hat jetzt Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind heute morgen darüber unterrichtet worden, daß die CDU zum Generalangriff rüste. Der Generalangriff hat stattgefunden. Die Schlacht wurde geschlagen — mit lauter Platzpatronen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Herr Kollege Lenz durch Zwischenfragen auf die Politik der Regierung angesprochen wurde, die er hier bisher zu vertreten hatte, sei es in der Personalpolitik, sei es in der Frage der Subventionierung der Kindergärten, dann hat er gesagt, das stehe hier nicht zur Debatte, wir sprächen im Augenblick nur über diese Regierung.

Meine Damen und Herren, wir könnten über diese Regierung nach fünf Monaten anders reden, wenn wir nicht hundert Monate der Regierung Meyers gehabt hätten, die uns in die jetzige Situation hineingebracht hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Dinge werden auch dadurch nicht wahrer und realistischer, daß man sie ständig und im gleichen Tonfall wiederholt.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Es wird nichts zur Personalpolitik zusätzlich, Herr Kollege Dr. Lenz, gesagt werden können nach dem, was ich hier in der zweiten Lesung als Antwort an Herrn Kollegen Hauser gesagt habe, was die Tatsache bestreiten könnte, daß die Regierung Kühn eine faire und saubere Personalpolitik in diesem Lande betreibt und daß sie nur qualifizierte Leute in qualifizierte Positionen bringe.

Wenn Sie dann, meine Damen und Herren, die Spatzen auf den Dächern pfeifen hören, wenn Sie erfahren, was hinter der hohlen Hand gesprochen wird, wenn Sie hier die dritte Lesung dazu benutzen, das, was man sich auf Fluren und an anderen Orten in diesem Hause

(Heiterkeit bei der SPD)

so zumunkelt, zu bringen, dann kann ich nur sagen: da heißt das Motto: „Warten auf Niveau!"

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dr. Lenz, die Art und Weise, wie Sie in einem Zusammenhang im ersten Halbsatz die „Westfälische Rundschau", im zweiten Halbsatz die „Ruhrnachrichten", und dann mal wieder ein Komma aus der „Westfälischen Rundschau" zitieren — nein, Herr Dr. Lenz, so billig sollten wir hier nicht arbeiten!

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie sich etwas im Zusammenhang vorlesen, und zwar aus den „Kommunalpolitischen Blättern" vom 25. Juli 1964, Seite 743, einen Bericht über ein Referat des Arbeits- und Sozialministers Grundmann, gehalten am 6. Juli 1964 im Hause des Landtags in Düsseldorf vor dem Vorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung des Landes NRW. Ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten:

> Abschließend kam Minister Grundmann auch auf personalpolitische Fragen zu sprechen und damit





(A) Grund dieser im Ausschuß angedeuteten Grundstrukturen auch an der Aufteilung und Differenzierung ihrer Vorlage arbeiten kann. Wir möchten Sie noch einmal bitten, daß wir diese Vorlage bekommen. Diese soll im Kulturausschuß durchaus unter Zeitdruck behandelt werden, so daß wir im Juni zur Verabschiedung dieses bedeutenden und nicht zuletzt auch verfassungsrechtliche Probleme aufgreifenden Gesetzes kommen können.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Holthoff,** Kultusminister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal sagen, daß die Vorbehalte, die Herr Prof. Brüggemann macht, heute morgen im Kulturausschuß wohl in gebührender und eingehender Form berücksichtigt worden sind, und zwar insofern, als der Kulturausschuß die Vorlage, die in der Regierungskoalition gemeinsam erarbeitet worden ist, auf eine Gültigkeit von einem Jahr reduziert hat. Heute morgen ist auch von Angehörigen Ihrer Fraktion die Annehmbarkeit dieser Vorlage damit erklärt worden, daß nun die Möglichkeit besteht, im Zusammenwirken von Regierung und Kulturausschuß eine Version zu erarbeiten, die auch für die nächsten Jahre Bestand haben kann.

Ich darf Ihnen sagen, daß es der Regierung nicht möglich war, dem Hohen Hause eine Vorlage zuzuleiten, und zwar aus dem sehr leicht einsehbaren Grund, weil die Regierung bis zum heutigen Tage, das heißt bis zum (B) Abschluß der Beratungen des Haushalts in dritter Lesung, den Ansatz, der der Lernmittelfreiheit gewidmet ist, nicht voraussetzen kann. Erst der Ansatz für die Lernmittelfreiheit aber setzt die Regierung in den Stand, eine Novelle zu verabschieden, und Ihnen vorzulegen, die eben ihre Basis in der Höhe des jeweiligen Ansatzes hat.

Sie wissen, daß die Regierung insgesamt Mittel in Höhe von 91 Millionen DMark im Haushalt vorgesehen hat, wovon aber für das kommende Schuljahr nur 50 Millionen DMark zur Verfügung stehen. Ich erinnere mich gut daran, daß bei der Vorlegung des Haushalts von den verschiedenen Fraktionen — auch von der CDU-Fraktion — an der Höhe dieses Ansatzes durchaus Kritik angebracht wurde. Es wurden Meinungen bezüglich der Verausgabung der Mittel usw. geäußert. Darum also konnte es nur unsere Aufgabe sein, zunächst einmal die Beratung dieser Positionen im Ausschuß wie auch im Plenum abzuwarten. Dann erst wären wir in der Lage gewesen, Ihnen auf der Grundlage dieses Ansatzes ordnungsgemäß eine Novelle zum Lernmittelfreiheitsgesetz vorzulegen. Dazu, Herr Kollege Dr. Lenz, ist die Landesregierung bereit. Wenn sie es aber von diesem Augenblick an tut, wird es nicht anders möglich sein, als daß das Gesetz erst in der Sitzung des Plenums vom Juni dieses Jahres verabschiedet wird.

Das aber würde bedeuten, daß wir nicht in der Lage wären, die neue Form der Lernmittelfreiheit noch für das am 1. August dieses Jahres beginnende Schuljahr ordnungsgemäß einzuleiten. Nur darum, aus dieser Eile heraus, ist dieser Antrag der Koalitionsfraktionen gestellt worden.

Herr Kollege Dr. Lenz, das ist doch kein singuläres Ereignis. Sie wollen sich bitte daran erinnern, daß Sie aus der Bedrängnis der Situation heraus bei den Haushaltsberatungen den Antrag gestellt haben, einen Betrag von 10 Millionen DM, der nach dem Haushalt den Ergänzungszuschüssen, dem Schulbau und den Personalkosten gewidmet war, nun plötzlich den Schulbuskosten zuzuführen. Das war ein Antrag, der so weitgehend war, wie es nur denkbar ist; der bestimmte gesetzliche Neuorientierungen, die auf das gründlichste zu überlegen sind, herausforderte. Trotzdem hat sich das Hohe Haus zusammengefunden, einfach aus der Bedrängtheit der Situation, den Gemeinden zu helfen, daß die Schulbuskosten getragen werden können. Man kann nicht sagen, meine Damen und Herren, daß dieser Vorgang einer sorgsamen gesetzlichen Beratung entsprochen hätte.

Was hier gewünscht wird, ist nichts anderes. Wenn Sie, Herr Kollege Dr. Lenz, verweigern, daß hier der Eile entsprechend verfahren wird, und auf den Juni dieses Jahres verweisen, dann haben vornehmlich Sie die Verantwortung zu tragen, daß die Gutscheine, die die partielle Lernmittelfreiheit in diesem Jahr gewährleisten sollen, nicht zeitgerecht in die Hand der Eltern kommen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abgeordneter Hennemann hat das Wort.

**Hennemann** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich glaube, so kann man es nicht machen. Wenn wir jetzt dem Antrag von Herrn Dr. Lenz folgen, kann man uns nicht Verzögerung vorwerfen.

(Zurufe von der SPD: Natürlich!)

Meine Damen und Herren von der SPD, ich darf Sie auf folgendes aufmerksam machen: In der Begründung zum Haushaltsgesetz steht auf Seite 15: „Folgende Bestimmungen des Haushaltsgesetzes 1966 sind, da entbehrlich, nicht wieder aufgenommen worden: ... § 17: Einschränkung des Gesetzes über die Einführung und Durchführung der Lernmittelfreiheit im Lande Nordrhein-Westfalen vom 29. Juni 1965 ...". Im Haushalts- und Finanzausschuß habe ich den Herrn Finanzminister darauf aufmerksam gemacht, daß man, wenn die Landesregierung der Auffassung sei, die Lernmittelfreiheit im nächsten Schuljahr nicht voll durchführen zu können, wieder eine entsprechende Bestimmung in das Haushaltsgesetz aufnehmen müsse. Der Herr Finanzminister hat gesagt, das sei nicht notwendig, die Regierung werde dazu eine eigene Novelle vorlegen.

(Zuruf von der SPD: Na und?)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abgeordneter Rau!

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden jetzt so miteinander, als hätten wir es mit einem SPD/FDP-Antrag zu tun. Ich möchte Sie darauf hinweisen: es handelt sich um einen Antrag von Mitgliedern aller Fraktionen.

(A) Das hat einen sachlichen Grund. Der Herr Kultusminister hat schon darauf hingewiesen: Wir konnten bisher von der Landesregierung eine solche Novelle nicht erwarten, weil sie sie erst auf der Basis des in dritter Lesung angenommenen Haushalts vorlegen kann. Wir haben daraufhin in der zweiten Lesung zu Einzelplan 05 eine Debatte über die Durchführung der Lernmittelfreiheit gehabt. Dabei hat der Herr Kultusminister seine Vorstellung entwickelt. Auf diese Vorstellung ist ein Kollege der CDU-Fraktion eingegangen und hat hier erklärt, daß diese Konzeption des Kultusministers die volle Billigung seiner Fraktion finde. Ich nehme doch an, daß er für seine Fraktion gesprochen hat.

Jetzt sind wir in der dritten Lesung. Dabei haben wir interfraktionell in zwei Sitzungen des Kulturausschusses — einmal informell und heute morgen offiziell — über die Frage gesprochen, wie wir es denn schaffen könnten, daß die Lernmittelfreiheit durch die Ausgabe der Gutscheine für alle Kinder zum Ende des Schuljahres auf der gemeinsamen Basis realisiert wird, auf die wir uns hier in der zweiten Lesung geeinigt haben.

Auch ich halte es für einen Schönheitsfehler, daß dabei nun ein Papier auf den Tisch gekommen ist, das, damit es beim Landtag registriert werden konnte, die Überschrift „Besprechungsgrundlage" und meinen Namen trägt, weil ich Vorsitzender des Kulturausschusses bin. Ich wollte an sich mit der Kürzung dieses Ansatzes um 50% nicht so unmittelbar verbunden werden, vor allen Dingen deshalb nicht, weil diese Kürzung, auf Grund deren wir heute dieses Gesetz beraten, doch auf den Vorgriff zurückzuführen ist, den Kultusminister Mikat im (B) Herbst vergangenen Jahres gemacht hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Denn die 91 Millionen DMark, die im Haushalt stehen, reichten ja für die Durchführung der vollen Lernmittelfreiheit aus. Wenn die Mittel jetzt nicht ausreichen, dann doch nur deshalb nicht, weil im Juni des vergangenen Jahres der damalige Kultusminister eine Vorwegzusage gegeben hat.

Nun sollten wir allerdings hier keinen Urheberrechtsstreit führen, sondern uns über die Frage verständigen, ob wir allen, den Lehrern und den Schülern, helfen und es erreichen können, daß es rechtzeitig zur Einführung der Lernmittelfreiheit in dem reduzierten Rahmen kommt, auf den wir uns verständigt haben. Ich meine, wenn in der Sache Einigkeit vorhanden wäre, sollten wir auch verständliche Bedenken, die sich dagegen richten, daß es sich nicht um eine Regierungsvorlage handelt, um der Kinder, der Eltern und der Lehrer willen zurückstellen und dem Gesetz heute in erster bis dritter Lesung unsere Zustimmung geben. Wir sind davon ausgegangen, daß das möglich sei, weil wir glaubten, wir bekämen, wenn wir auch die „Kohle-Fraktion" erst im Juni bekommen, die Bildungs-Fraktion" schon in dieser Sitzung. Dafür zeugten ja auch die Namen von Mitgliedern aller Fraktionen, die unter dem Antrag stehen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abgeordneter Dr. Lenz!

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal folgendes sagen. Der Herr Finanzminister hat im Haushalts- und Finanzausschuß angekündigt, die Landesregierung werde zu dieser Materie eine Gesetzesvorlage einbringen. Wir haben im Finanzausschuß ausdrücklich gefragt, wie wir uns verhalten sollen, und er hat also gesagt, die Landesregierung werde eine Gesetzesnovelle einbringen. Wenn die Absicht aufgegeben ist — das müßte aber dann hier gesagt werden —,

(Rau (SPD): Sie ist nicht aufgegeben!)

haben wir für diese Lösung in diesem Haushalt im Augenblick eine andere Situation. Es geht gar nicht darum, was darinsteht, sondern es geht mir im Augenblick um das Verfahren. Ich halte es also für abwegig, daß hier heute in erster, zweiter und dritter Lesung etwas getan wird. Wir haben morgen noch eine Plenarsitzung. Man könnte theoretisch, wenn der Landtag sagt, wir wollen zustimmen, morgen die zweite und dritte Lesung erfolgen lassen. Was mich als Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses interessiert, wäre eine Stellungnahme des Herrn Finanzministers, wie er sich dazu äußert. Wenn der Herr Finanzminister mir sagt: „Ich bejahe das, ich halte es für richtig, daß wir so verfahren", ist für mich als Vorsitzenden eine ganz andere Situation gegeben. Ich muß mich aber auf das beziehen, was er in einer der letzten Ausschußsitzungen ausdrücklich gesagt hat: die Landesregierung prüfe und werde eine Novelle einbringen. Ich bitte also den Herrn Finanzminister, einmal dazu Stellung zu nehmen. Dann können wir immer noch morgen die zweite Lesung und dritte Lesung durchführen. Dagegen, daß heute die erste Lesung vorgenommen wird, habe ich keine Bedenken.

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Meine Damen und Herren, ich bitte zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig ist, die Sitzung für fünf Minuten zu unterbrechen, damit sich die Fraktionen oder Fraktionsvorstände besprechen können. Oder halten Sie das nicht für nötig?

(Johannes Rau (SPD): Herr Präsident, wir sind uns einig: heute erste und morgen zweite und dritte Lesung. Dann ist alles klar!)

— Gut!

Herr Finanzminister, Sie haben sich zum Wort gemeldet; an Sie war eine Frage gerichtet worden.

**Wertz,** Finanzminister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der fraglichen Haushalts- und Finanzausschußsitzung, Herr Dr. Lenz, habe ich von den Beschlüssen der Landesregierung Kenntnis gegeben. Die Vorlage Drucksache 268 kenne ich seit etwa einer Stunde — es mögen eineinhalb Stunden sein. Ich bin außerstande, zu den rechtlichen und materiellen Fragen, die sich aus den Einzelheiten — insbesondere § 1 Abs. 2 — ergeben, schlüssig Stellung zu nehmen. Meines Erachtens muß gewährleistet sein, daß der verbleibende Haushaltsansatz von 50 Millionen nicht überschritten wird. Ich hoffe, daß es bei der Ausschußberatung möglich wird, diese Gewißheit zu schaffen.

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Das Wort hat Abg. Dr. Lenz.





(A) Wir stimmen heute einer Überweisung der vorgesehenen Verfassungsänderung und der von der Landesregierung eingebrachten Ausführungsgesetze an die Ausschüsse zur Einzelberatung zu.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Rau von der SPD-Fraktion.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verfassungsänderung und die Änderung der Schulgesetze, mit denen wir uns heute hier beschäftigen, sind ein halbes Jahr lang das beherrschende Thema der Landespolitik gewesen, manchem zur Freude, manchem zum Ärger, und manche sind darüber ungeduldig geworden. Ich darf deshalb, ebenso wie der Herr Kultusminister, heute mit einem Wort des Dankes beginnen, und ich unterscheide mich nur dadurch von ihm, daß ich das erste Wort dieses Dankes an ihn, den Herrn Kultusminister selber, richte.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wer gesehen und erlebt hat, mit welcher Intensität nicht nur der Arbeitsleistung, sondern auch des Engagements der Herr Kultusminister die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß wir heute über dieses Thema so miteinander reden können, der wird ein solches Wort des Dankes an die erste Stelle setzen müssen, auch dann, wenn es nicht allein der Kultusminister ist, dem wir heute zu danken haben. Lassen Sie mich sagen, daß wir als sozialdemokratische Fraktion das, was heute hier an Papieren vor (B) uns liegt, für einen Erfolg der Landesregierung insgesamt und insbesondere des Ministerpräsidenten halten. Beiden Herren möchte ich heute hier ein Wort des Dankes meiner Fraktion sagen.

(Beifall bei der SPD)

Denn wie immer die unterschiedlichen Schritte in den letzten Monaten gewesen sind — niemand von uns hat es sich leicht gemacht; wir haben alles getan, um miteinander an dieses Ziel zu kommen, und wir sind froh darüber, daß wir es miteinander bis an dieses Ziel gebracht haben.

Lassen Sie mich aber noch ein Wort des Dankes den Kollegen von der Presse sagen, die mit so unendlicher Geduld unsere Gespräche in diesen Monaten nicht nur verfolgt, sondern auch aufgenommen haben.

(Elfring (CDU): Schönen Dank!)

Ich kann verstehen, daß viele von Ihnen gelegentlich an die Grenzen der Geduld geführt wurden, wenn neue Versionen und Varianten ins öffentliche Gespräch kamen. Aber ich glaube, es ist uns allen heute deutlich, daß auch mancher Umweg nötig war, um zu diesem Ziel zu kommen.

Wir haben es uns mit dem, was heute hier vorgetragen worden ist und was ich in seinen einzelnen Elementen nicht mehr darzustellen brauche, nicht leicht gemacht. Dabei gehört es zum Wesen eines Kompromisses, daß nicht alle zufrieden sind. In dem, was Herr Kollege Dr. Lenz soeben im letzten Teil vorgetragen hat, ist ja für denjenigen, der unsere Gespräche begleitet hat, schon deutlich geworden, daß es unterschiedliche Ansätze und in manchen Fragen auch unterschiedliche Zielvorstellungen gibt. Lassen Sie mich deshalb auch für meine politischen Freunde sagen: Das, was hier nun zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen wird und was wir tragen, ist nicht die sozialdemokratische Zielvorstellung von Schulpolitik.

(Zustimmung bei der SPD)

Im Godesberger Grundsatzprogramm wird davon gesprochen, daß Kinder aller Bekenntnisse gemeinsam erzogen werden sollen. Da wird nicht nach Grund- und Hauptschule differenziert, da wird nicht nach den unterschiedlichen Möglichkeiten, die wir nun in unseren Papieren hier aufgezeigt haben, differenziert. Und dennoch meinen wir, daß das, was hier vorliegt, ein Erfolg sei, weil jeder, der meint, er habe nur dann gewonnen, wenn er alle seine persönlichen und sachlichen Vorstellungen realisieren könne, damit nicht auf der Höhe unserer demokratischen Vorstellungen lebt.

Wir alle haben Abstriche zu machen, und wir sind bereit, in den Diskussionen, die nun auf uns zukommen, miteinander darüber zu sprechen, wo das Gemeinsame uns verbindet und wo Gemeinsamkeit nicht erreicht und deshalb Trennung geboten sein kann.

Mir scheint das Erfreuliche der bisherigen Beratungen, die ja im Parlament noch gar nicht begonnen haben, zu sein, meine Damen und Herren, daß über den vielen Gesprächen, die wir geführt haben, in unserem Lande eine schulpolitische Diskussion an vier Stellen in Gang gekommen ist.

Erstens hat es eine schulpolitische Diskussion von außerordentlicher Lebendigkeit in den Fraktionen und Parteien in diesem Lande gegeben. Wir haben uns redlich bemüht, miteinander Zielvorstellungen zu erörtern und, wo nötig, zu korrigieren. Wir haben aufeinander gehört, und wir haben i n den Parteien und z w i s c h e n den Parteien hoffentlich auch voneinander gelernt. Das scheint mir gut zu sein.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Das zweite erfreuliche Zeichen der bisherigen Diskussion ist für mich, daß es zu einem neuen, lebhaften und auch in der Sache nicht sich in Wiederholungen erschöpfenden Gespräch in den Kirchen und zwischen den Kirchen gekommen ist. Wer aufmerksam verfolgt hat, was in den letzten Monaten geschah, der kann heute nicht sagen, daß er zu Beginn des Gespräches schon gewußt habe, daß es, zumal in der katholischen Kirche, zu einem solchen Austausch unterschiedlicher Ansichten kommen werde. Ich darf als jemand, der nicht zur katholischen Kirche gehört, sagen, daß ich auch diese Dis-

(A) kussion als eine Bereicherung unseres demokratischen Gesprächs empfunden habe. Für vieles war ich sehr dankbar, manches habe ich noch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten auch dieses Gespräch als eine Einleitung verstehen, sollten es weiter suchen und sollten es weiterführen.

Es ist drittens zur Diskussion gekommen in der Lehrerschaft unseres Landes. Wir sind für alle Beiträge dankbar, die aus diesem Bereich gekommen sind. Lassen Sie mich hier nur eine Fußnote anbringen, die mir doch wichtig zu sein scheint. Bei dem, was wir nun hier miteinander erörtern, haben wir als eine unserer Voraussetzungen die Erkenntnis gehabt, daß die ungeteilte und wenig gegliederte Schule nicht nur dem geordneten Schulbetrieb nicht mehr entspricht, sondern daß sie ganz allgemein bildungspolitisch ein nicht mehr brauchbares, ein nicht mehr ausreichendes Instrumentarium im letzten Drittel unseres Jahrhunderts darstellt. Ich glaube, wir sind darin einer Meinung.

Wenn wir das deutlich gesagt haben, dann, meine ich, sollten wir eines noch hinzufügen, dies nämlich, daß wir damit nicht disqualifizieren wollen, was in diesen ungeteilten und wenig gegliederten Schulen auch von dem Lehrer an Leistung, an Einsatz und an pädagogischem Engagement erbracht worden ist.

(Beifall im ganzen Hause)

(B) Wir sollten an dieser Stelle auch den Menschen, die hier ihre Arbeit getan haben, unseren Dank sagen und ihnen gleichzeitig versprechen, daß wir bei den schulorganisatorischen Bemühungen der Zukunft ihren Status nicht einfach übersehen werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Das Vierte, meine Damen und Herren, was ich bei den in Gang gekommenen Gesprächen als erfreulich empfunden habe, ist die lebendige Diskussion innerhalb der Elternschaft unseres Landes. Wir haben manchmal miteinander darüber geredet, welche Meinungsumfragen gültig seien und welche anderen Kriterien es dafür gäbe, den Elternwillen zu ermitteln. Wenn meine Fraktion immer wieder angeboten hat, den Elternwillen doch einmal im ganzen Land unmittelbar und geheim festzustellen, dann war das keine Drohung, sondern der Versuch der Verdeutlichung unserer Auffassung, daß wir uns in Übereinstimmung mit der überwältigenden Zahl der Eltern in unserem Lande glauben.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Es ist, meine Damen und Herren, gar kein Zweifel, daß das Elternrecht zu den Elementen einer modernen und freiheitlichen Schulverfassung gehört. Es darf aber andererseits auch kein Zweifel daran bestehen, daß das Elternrecht nicht das entscheidende und das ausschließliche schulorganisatorische Ordnungsprinzip sein darf, und es darf kein Zweifel daran bestehen, daß die Reduzierung des Begriffs „Elternrecht" auf die Frage der Konfessionalität dieses Elternrecht im Grunde nicht ausfüllt, sondern verkleinert, verringert und relativiert.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube, daß wir es richtig sagen, wenn wir auch bei dieser Aussprache darauf hinweisen, daß Elternrecht etwas anderes meinen muß als die Garantie oder die Bestimmung einer bestimmten Schulart und daß Elternrecht dann richtig verstanden wird, wenn es in der Konkurrenz zu anderen Rechten und in der Konkurrenz zu anderen Pflichten gesehen wird.

Wir wollen die schulpolitische Diskussion, die uns ja sicher noch lange beschäftigen wird, jetzt nicht schon mit Antworten auf einzelne Eingaben beginnen. Aber lassen Sie mich dies doch mit aller Deutlichkeit sagen: Das, was wir jetzt als Schulkompromiß vorliegen haben und was wir in den Ausschüssen beraten werden, ist kein Anschlag auf die Demokratie, sondern es ist der demokratische Versuch, unsere Demokratie auch dadurch leistungsfähig zu machen, daß wir ein Schulwesen schaffen, in dem alle für alle verantwortlich sind, in dem orientierungsfähige Bürger heranwachsen und in dem die Gewissens- und Glaubensfreiheit des einzelnen zugleich die Möglichkeit der Begegnung mit der Gewissens- und Glaubensfreiheit des anderen umgreift und in dem deshalb eine Schule des Dialogs und des Gesprächs zustande kommt, die keine Schule der Grundsatzlosigkeit und der Indifferenz zu sein braucht, deshalb nicht, weil wir uns in diesem Lande und in allen demokratischen Parteien dem, was das Grundgesetz sagt — Herr Kollege Lenz hat es zitiert — und was in den Parteiprogrammen ausgesprochen wird, nicht aus Gründen verbaler Übereinstimmung, sondern aus Gründen einer inneren Zuordnung und Verpflichtung verantwortlich wissen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß die Frage an die Christen unterschiedlicher Konfession ebenso wie an die Nichtchristen in der Zukunft nicht nur heißen kann, inwieweit das ihnen Eigene, das ihnen niemand abnehmen will, sich in der Gesellschaft darzustellen vermag, sondern daß die entscheidende Frage auch heißen muß, welchen Beitrag denn die Christen unterschiedlicher Konfession und die Nichtchristen dieser Gesellschaft insgesamt in dem öffentlichen Bereich, für den wir hier besonders verantwortlich sind, zu leisten bereit sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Meine Damen und Herren, es bleiben viele Fragen, die wir zu erörtern haben. Wir werden in den Ausschüssen eine Fülle von Arbeit bewältigen müssen. Wir sind bereit, diese Arbeit auf der Basis dessen, was hier vorgelegt worden ist, zu beginnen und sie so zu Ende zu führen, daß die Schulreform in diesem Lande mit dem Beginn des Schuljahres 1968 auf breiter Ebene in Gang kommen kann. Wir





(A) danken der Landesregierung dafür, daß sie die Voraussetzungen für Versuchseinrichtungen schon vom Schuljahr 1967 an ermöglich hat.

Wir sollten aber in diesem Gespräch auch auf ein anderes hinweisen, darauf nämlich, daß die schnelle und gute Erledigung dieses Themas, mit dem wir uns heute beschäftigen, uns noch nicht durch das Zielband laufen läßt, sondern daß dann der ganze Katalog anderer wichtiger kulturpolitischer Fragen auf uns zukommt, die zu lösen eben nur dann möglich ist, wenn wir den uns heute hier beschäftigenden Fragenkreis miteinander beantwortet haben.

Wir haben im Bereich der übrigen Schulen, im Bereich der Hochschulen und der allgemeinen Kulturpolitik eine Fülle von Arbeit. Wir sind dankbar dafür, daß heute nicht nur die Tür in den Raum aufgetan wird, in dem wir nun die Volksschule, die Grund- und die Hauptschule, zu reformieren gedenken, sondern daß sich hinter diesem Raum die anderen Zimmer auftun, ohne deren Überprüfung, ohne deren neue Möblierung wir nur Teilarbeit leisten könnten.

Wir haben genug zu tun. Wir hoffen, daß heute ein guter Schritt nach vorn getan wird, und wir möchten in der Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten und dem Kultusminister und im ständigen offenen Gespräch in der Koalition und mit der Opposition alles tun, damit wir zu einem Schulwesen kommen, das ausgerichtet ist auf die Zukunft der Menschen in unserem Lande und in einer sich
(B) schnell verändernden Gesellschaft und das nicht leichtfertig aufgibt, was wir aus der Vergangenheit in diese Zukunft übernehmen können. „Prüfet alles, das Beste behaltet!" Danach möchten wir handeln.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich erteile das Wort der Frau Abg. von Bergmann von der FDP-Fraktion.

**Frau von Bergmann** (FDP): Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Ich glaube, unsere heutige Sitzung markiert einen Höhepunkt in der schulpolitischen Entwicklung seit Bestehen dieses Hohen Hauses.

Wir Freien Demokraten sind überzeugt, daß mit der uns vorliegenden kulturpolitischen Entscheidung die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit als die Grundlage jeder verantwortlichen Bildung respektiert wird,

wir sind erleichtert, daß es zu diesem gemeinsamen Antrag aller drei Fraktionen auf Änderung der Verfassung, wie er uns in der Drucks. Nr. 320 vorliegt, gekommen ist,

und wir sind glücklich, daß endlich nach einjährigem Ringen der Zustand der Unsicherheit, der Spannungen, der Ungewißheit draußen im Lande ein Ende finden kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Bei dieser Vereinbarung, an der alle ihren Ante haben, sollten wir nicht rechten, wer mehr ur wer weniger aufgegeben hat. Niemand hat alle was er wollte, durchgesetzt. Jeder hat — manchm auch zähneknirschend — darauf Rücksicht nehme müssen, daß wir in einer Gesellschaft leben, d dem anderen das Recht gibt, anders zu denken.

Nachdem die drei Parteien sich so zusamme gefunden haben — meine ich —, sollten und könne auch b e i d e Kirchen die gefundene Lösung mi tragen.

Sie alle — ob politische Freunde oder Gegner - wissen, daß wir Freien Demokraten konsequente Ar hänger der Gemeinschaftsschule sind, für die w seit dem Tage unseres Bestehens eintraten und fi die wir auch in Zukunft eintreten werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wohl keine andere Schulform ist in der Geschich mit soviel ideologischem Ballast beladen worde wie die Gemeinschaftsschule. Die Schuld daran trif uns alle, meine Herren und Damen. Es gibt ein ideologische Begründung und Verabsolutierung d Gemeinschaftsschule, wie es umgekehrt im Krei der Theologen eine absolute Verneinung gibt. I wäre ein entscheidender Fortschritt in der En ideologisierung unserer Bildungspolitik, wenn uns gelänge, die Gemeinschaftsschule aus dem Stre der Ideologen herauszubringen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Man muß sich darüber im klaren sein, daß d ideologische Komponente in Befürwortung od Ablehnung der Gemeinschaftsschule aus sehr ve schiedenen Quellen fließt. Bei der Schulordnung vo 1919 waren stärker als die konfessionellen z. B. d sozialen Motive. Man wollte die Isolierung d Volksschule überwinden, man wollte in ihrer Grun stufe die Kinder aller sozialen Klassen vereinige Das war damals wichtigster Antrieb der sogenan ten Einheitsschulbewegung, obgleich das Wort „Ei heitsschule" heute ja einen ganz besonders beli stenden und negativen Klang bekommen hat. Die Einheitsschule wurde in der Weimarer Reichsverfa sung verankert. Dazu kamen allerdings die Ford rungen nach der gemeinsamen Schule für Schüle aller Bekenntnisse, stammend aus dem Gedanke gut des bürgerlichen Liberalismus und später a Grund der Entfremdung zwischen Arbeiterschaft un Kirche ebenfalls von sozialistischen Bildungspolit kern mitgetragen. Im Dritten Reich schließlich e wuchs die Forderung nach der gemeinsamen Schul für alle aus der Volksgemeinschaftsideologie de Nationalsozialismus, der alles uniformieren wollt Die Entwicklung nach dem Kriege ist uns allen j nur zu gut bekannt.

Meine Herren und Damen, ich glaube, der groß Wandel im Selbstverständnis der Bildungspolitik der sich gerade in der Nachkriegszeit vollzogen ha besteht darin, daß wir heute Bildung nicht nu

(A) geben, und dagegen hat auch Herr Pütz kein Wort gesagt. Diese 250 Millionen DMark können ohne jede Frage entweder allein durch Rücklagenentnahme oder allein durch Resteabbau oder nach den Erklärungen der Deutschen Bundesbank auch durch Kassenobligationen oder U-Schätze finanziert werden.

(Zuruf von der CDU: Was wollen Sie denn nun von diesen drei Möglichkeiten?)

— Wir haben Ihnen das mitgeteilt — ich selbst habe das am 6. Juni vor dem Hohen Haus für die Landesregierung tun dürfen —, und wir haben das im Haushalts- und Finanzausschuß eingehend erörtert: Wir werden Ihnen beizeiten

(Zurufe von der CDU: Wann?)

die Vorschläge der Landesregierung übermitteln, damit Sie mit der Landesregierung befinden können, was zu geschehen hat. Aber vorzeitig, meine Damen und Herren — auch angesichts der Tatsache, daß wir die Kreditermächtigung dieses Jahres aller Voraussicht nach nicht auszuschöpfen brauchen und nicht ausschöpfen können, und angesichts der Tatsache, daß wir in der außergewöhnlichen Situation, in der wir uns befinden, auch nicht von dem Anerbieten der Deutschen Bundesbank gegenüber den deutschen Ländern Gebrauch machen müssen —, sehen wir keine Veranlassung zu einer Festlegung. Im übrigen — —

(B) (Dufhues (CDU): Was verstehen Sie unter einem Deckungsvorschlag, Herr Finanzminister?)

— Herr Dufhues, wir haben uns eindeutig erklärt,

(Widerspruch bei der CDU — Dufhues (CDU): Sie haben Möglichkeiten aufgezeigt, aber keine konkreten Vorschläge gemacht!)

und wir möchten in aller Deutlichkeit feststellen, daß die Mehrausgaben, die dieses Sofortprogramm mit Ihrer Zustimmung für dieses Jahr vorsieht, ohne jeden Zweifel gedeckt werden können, ohne die Kreditermächtigung, die das Haushaltsgesetz vorsieht, erweitern zu müssen. Es besteht keine Veranlassung, angesichts der Tatsache, daß wir im September, wenn die Maßnahmen nach unserer gemeinsamen Vorstellung wirksam werden sollen, bereits einen neuen Haushalt vorzulegen und diesen neuen Haushalt vor Jahresabschluß zu verabschieden gedenken, darüber miteinander zu streiten, wie die Folgekosten im Detail im nächsten Jahr finanziert werden müssen. Es gibt keine Veranlassung, Mißtrauen zu säen, und es gibt keine Veranlassung, nach den angeblich verborgenen wahren Absichten dieser Landesregierung zu fahnden.

(Dr. Lenz (CDU): Was soll das denn heißen, Herr Finanzminister?)

— Ich zitiere mit „wahren Absichten" und „Mißtrauen" usw. Herrn Kollegen Pütz. Ich habe das notiert.

Diese Landesregierung hat die feste Absicht, einen weiteren Beitrag zur Konjunkturbelebung in diesem Lande zu leisten. Sie leistet ihn nach bestem Vermögen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Es liegen mehrere Wortmeldungen vor. Nach der Geschäftsordnung muß ich zunächst Herrn Minister Figgen das Wort erteilen.

**Figgen,** Arbeits- und Sozialminister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit Sie die Enthaltsamkeit des Arbeits- und Sozialministers nicht überschätzen, teile ich Ihnen mit, daß vereinbart worden ist

(Zuruf von der CDU: Mit wem?)

— mit dem zuständigen Finanzminister — eine Bindungsermächtigung von 72 Millionen DMark. Damit können 5 kommunale Krankenhäuser begonnen werden, und unter Aufhebung des Beschlusses vom 6. August des vergangenen Jahres, an dem der Bau von freien gemeinnützigen Krankenhäusern gestoppt worden war, können 7 freie gemeinnützige Krankenhausbauvorhaben begonnen werden. Die Anfinanzierungsmittel sind vorhanden, so daß wir glauben, daß es richtig ist, jetzt damit zu beginnen, damit wir auch von uns aus einen Beitrag zur Konjunkturbelebung leisten können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Beifall bei der FDP)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der SPD-Fraktion.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir am 6. Juni hier zusammenwaren, ließ sich die Debatte, die wir heute führen, so noch nicht absehen. Das hängt damit zusammen, daß die CDU heute offenbar eine andere Position einnimmt, als es am 6. Juni der Fall war.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir sind dafür dankbar, daß die Landesregierung bei ihrer Haltung geblieben ist. Ich will Ihnen das begründen.

(Zurufe von der CDU)

Ich kann Ihnen nicht die Nummer der Drucksache sagen, aber ich kann Ihnen sagen, welche Drucksache es ist: es handelt sich um den Stenographischen Bericht über die letzte Landtagssitzung. Sie können in diesem Bericht nachlesen, daß wir nach einer Reihe von Gesprächen, die auch außerhalb dieses Raumes stattgefunden haben, übereingekommen sind — der Herr Präsident hat das unter Zustimmung des ganzen Hauses bekanntgegeben —, daß die vom Finanzminister eingebrachte Vorlage auf Wunsch der CDU-Fraktion in eine Drucksache verwandelt werde, daß diese Drucksache dem Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen werde

(**Johannes Rau** (SPD)) (**Konjunkturbelebung**)

(A) und daß der Landtag dann in der Sitzung am 27. Juni — heute — abschließend Stellung nehmen werde.

(Dr. Lenz (CDU): Eine bemerkenswerte Sache:)

Meine Damen und Herren, wenn das stimmt — und das können Sie im Stenographischen Bericht nachlesen —, dann ist die Idee mit dem Nachtragshaushalt eine nachträgliche Idee. Es mag nachträgliche Ideen geben; manche sind dann sogar besser als die vorherigen; das gibt es auch. Aber die Absprache am 6. Juni hier war in der Sache eine völlig andere. Und die Begründung, die eben Herr Kollege Pütz gegeben hat, läßt mich jedenfalls darauf schließen, daß es nicht um die Frage „Vorlage oder Drucksache?" und nicht um die Frage „Zustimmende Kenntnisnahme des Landtags oder Nachtragshaushalt in drei Lesungen?" geht, sondern um die Frage, ob Sie diese Spritze jetzt wollen oder nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Gar nicht zugehört!)

— Ich habe sehr gut zugehört, und deshalb bin ich zu dieser Meinung gekommen. Ich habe den Herrn Kollegen Pütz noch nie so polemisch gehört wie heute morgen, und da habe ich gedacht: dann hängt es wohl damit zusammen.

(Zuruf von der CDU: Von Ihnen gelernt!)

(B) — Das war doch ein Lob, Herr Pütz, auf Ihre früheren Reden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir verkennen nicht, daß wir uns hier im Augenblick bei einer Materie befinden, die wir so in diesem Landtag bisher noch nicht zu erörtern hatten.

(Zurufe von der CDU)

Wir verkennen auch nicht, daß uns das vor die Notwendigkeit besonders gründlicher Erörterungen führt.

(Zuruf von der CDU: Na also!)

Aber, meine Damen und Herren, Sie dürfen auch nicht verkennen, daß die wirtschafts- und konjunkturpolitische Lage in unserem Lande außerordentlich schwierig ist und daß wir uns an diesen Schwierigkeiten nicht vorbeimogeln dürfen, sondern daß wir danach fragen müssen: Wie kann jetzt sofort und wie kann jetzt rechtlich einwandfrei geholfen werden?

(Lachen und lebhafter Beifall bei der CDU — Dufhues (CDU): Und nicht außerhalb der Legalität!)

— Ich werde jeden Beifall von der CDU-Fraktion ganz besonders genießen.

(Dr. Lenz (CDU): Rechtlich einwandfrei!)

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Johannes Rau (SPD): Ja.)

— Bitte sehr, Herr Kollege!

**Lukowiak** (CDU): Herr Kollege Rau, ist Ihnen nicht aus dem Haushalts- und Finanzausschuß bekannt, daß ein Abgeordneter Ihrer Koalition an den Finanzminister gewandt gesagt hat: Ich habe den Eindruck, daß Sie sich an den Rand des Mißbrauchs der Bindungsermächtigung begeben. — Ist das rechtlich richtig?

**Johannes Rau** (SPD): Doch, das ist mir bekannt. Ich war doch in der Sitzung. Waren Sie auch da?

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

Ich kannte mal einen Bundesminister, der ist an den äußeren Rand gegangen. Das ist ganz schwierig.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

An den inneren — darüber läßt sich reden.

(Zurufe von der CDU)

— Entschuldigen Sie, das ist eine Frage der Geometrie: der innere Rand ist nämlich immer innen.

Es geht um folgendes: In der Frage der Rechtsgrundlagen für das uns vorliegende Papier mag es unterschiedliche Auffassungen geben, die man gegeneinander stellen kann, über die man diskutieren kann. Nach unserer Auffasung sind die Rechtsgrundlagen in Ordnung, von denen der Finanzminister und die Landesregierung ausgehen. Ich hoffe, Ihnen gleich mit einigen Sätzen sagen zu können, wieso ich zu dieser Auffassung komme. Art. 85 der Landesverfassung, den Kollege Pütz zitiert hat, besagt, daß Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben der Zustimmung des Finanzministers bedürfen. Diese Zustimmung liegt vor. Es heißt dann weiter:

> Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden.

Herr Kollege Pütz behauptet nun, daß hier weder das Merkmal des unvorhergesehenen noch das Merkmal des unabweisbaren Bedürfnisses vorliege. Unsere Meinung ist genau entgegengesetzt. Unsere Meinung, Herr Kollege Pütz, ist, daß nicht vorherzusehen war, daß die Konjunkturbelebung, wie sie von der Regierung in Bonn aus versucht wurde, so schwer und so langsam anlaufen würde.

Unsere Meinung ist, daß es nicht vorherzusehen war, daß wenige Wochen nach der Verabschiedung des Haushalts zusätzliche Mittel herausgebracht werden mußten. Unsere Meinung ist, daß das deshalb unabweisbar ist — Herr Kollege Pütz hat selber die Argumente dafür geliefert, als er das Wirtschaftswissenschaftliche Institut in Essen zitierte —, weil mindestens acht Wochen, wenn nicht drei Monate vergehen, bis die bereitgestellten



(**Johannes Rau** (SPD)) (**Konjunkturbelebung**)

(A) Mittel konjunkturwirksam werden. Darauf hat Herr Kollege Pütz hingewiesen. Das findet seine Grundlage in der Tatsache, daß auch der Eventualhaushalt in Bonn Monate gebraucht hat, bis die Mittel überhaupt zum Abfluß kamen. Deshalb ist unsere Auffassung, daß die Bereitstellung dieser Mittel nicht nur unvorhergesehen ist, sondern auch unabweisbar.

(Frau Altewischer (CDU): Auch außerhalb der Legalität?)

— Wir behaupten, das ist nicht außerhalb der Legalität. Weisen Sie mir das nach, Frau Kollegin Altewischer! Das hat Kollege Pütz Ihnen nachgewiesen, aber nicht mir; denn ich bin anderer Auffassung.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Sie müssen genau zuhören!)

— Ich habe sehr gut zugehört, Herr Kollege!

Wir sind der Meinung, daß das Verfahren, das der Finanzminister und die Landesregierung hier gewählt haben, sich deckt mit dem Art. 85 der Landesverfassung, mit dem § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung, der nahezu genau so lautet, und wir sind der Meinung, daß er sich vor allen Dingen deckt mit dem Art. 109 Abs. 2 GG, der erst wenige Monate alt ist und in dem Bund und Länder verpflichtet werden, bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen. Aber meine Damen und Herren, niemand in diesem Hause ist der Meinung, daß nun hier der Einbruch der Exekutive in die Rechte des Parlaments stattfinde und daß das abgewehrt werden müsse.

(B)

(Zurufe von der CDU: Doch!)

Auch wir, meine Damen und Herren, sind der Auffassung, daß das primäre Recht jedes Parlaments, das Haushaltsrecht, gewährleistet werden muß. Auch wir sind der Meinung, daß es sich um eine einmalige Maßnahme handeln muß, so wie wir hoffen, daß die Flaute, in der wir uns im Augenblick befinden — nicht befinden durch die Schuld dieser Landesregierung, meine Damen und Herren! — ,

(Beifall der SPD)

eine einmalige Flaute sein wird. Damit es hier ganz deutlich ist, möchte ich Ihnen sagen: Wir sind der Auffassung, daß die Landesregierung sogar mehr tut, als Verfassung und Gesetz ihr vorschreiben; denn sie könnte auch Mittel bereitstellen und die nachträgliche Zustimmung des Landtags herbeiführen. Wir sind der Auffassung, daß über die Deckungsangaben, die Sie erbeten haben, der Finanzminister ausführlich und geduldig Auskunft gegeben hat.

(Zurufe von der CDU: Geduldig? — Wo denn? — Dufhues (CDU): Alles können Sie ihm nachsagen, nur das nicht!)

— Ich gebe zu, Herr Kollege Dufhues, daß Sie noch geduldiger sind als der Finanzminister.

(Heiterkeit)

Ich kenne aber dafür auch Kollegen bei Ihnen, die noch ungeduldiger sein können als der Finanzminister. Aber immerhin!

(Dr. Lenz (CDU): Das ist aber kaum zu glauben!)

— Herr Dr. Lenz, Sie wissen, an wen ich denke.

(Heiterkeit bei der SPD — Fellmann (CDU): Wir denken an verschiedene!)

Unsere Auffassung ist die, daß jetzt bald gehandelt werden muß. Unsere Auffassung ist, daß Ihre mündliche Zusage, auch Sie wollten schnell handeln, nur darüber hinwegtäuscht, daß Sie diesen Weg nicht mitzugehen bereit sind, den wir Ihnen vorschlagen. Sie sind der Auffassung, daß die Öffentlichkeit Ihre Position positiv bewerten wird. Sie erlauben uns, daß wir das gleiche von uns sagen, zumal wir der Meinung sind, daß das, was hier mit der Unterstützung der Mehrheit des Hauses geschieht, auf Empfehlung der Landesregierung, sich im Lande noch stärker und positiver auswirken wird als Ihr Widerspruch, den Sie heute vorgebracht haben und den wir nicht erwarten konnten, nachdem wir gemeinsam am 6. Juni beschlossen haben, daß heute hier die Entscheidung fallen soll.

Sie sollten vor dieser einstimmigen Meinung des Landtages nicht weglaufen, und Sie sollten wissen: Wenn Sie dann vierzehn Tage später neue Wege vorschlagen, dann muß das auch zu Verzögerungen führen, selbst wenn Sie das nicht wollen.

Ich will auf die wirtschaftliche Situation in diesem Lande, die der Hintergrund dessen ist, was die Landesregierung zu tun beabsichtigt, jetzt nicht eingehen. Ich will Ihnen zum Abschluß nur noch folgendes sagen. Wir haben in diesem Lande zu lange eine prozyklische Haushaltspolitik, zu lange ein Auseinanderklaffen der Haushaltspolitik des Bundesfinanzministers und des Landesfinanzministers gehabt, als daß wir nicht jetzt die erste Gelegenheit ergreifen sollten, — —

(Zuruf von der CDU: Wen meinen Sie jetzt? Herrn Dahlgrün?)

— Ich meine die jeweiligen Finanzminister, die in Bonn bis zur Bildung der Großen Koalition tätig waren. Nähere Angaben im Handbuch des Deutschen Bundestages!

(Heiterkeit)

Ich meine, wir hätten uns zu lange damit aufgehalten, mit Beschwörungen dem Konjunkturabfall in der Bundesrepublik Einhalt gebieten zu wollen, und wir sollten dankbar dafür sein, daß jetzt in Bonn gehandelt worden ist und hier gehandelt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident van Nes Ziegler:** Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Mikat?

(Abg. Rau (SPD): Mit Freuden!)

**Dr. Mikat** (CDU): Herr Kollege Rau, wenn Sie der Ansicht sind, die alte Landesregierung habe eine prozyklische Haushaltspolitik betrieben, warum hat denn dann der Sprecher Ihrer Fraktion in den früheren Haushaltsberatungen dieses Hauses dem Finanzminister Pütz immer gerade die antizyklische Haushaltspolitik vorgeworfen?

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Mikat, wenn Sie genau gehört haben — und das haben Sie sicher —, dann habe ich nicht von der Finanzpolitik des früheren Finanzministers gesprochen, sondern von der Finanzpolitik in Bund und Ländern, von der ich glaube, daß sie in ihrem Effekt in den letzten Jahren prozyklisch gewirkt hat. Wenn sie das nicht getan hätte, dann hätten wir nicht einmal die Große Koalition in Bonn; denn dann wäre alles so weitergegangen, wie Sie sich das früher erwartet haben. Die Wirklichkeit ist ganz anders geworden,

(Beifall bei der SPD)

und zwar deshalb, weil es eine prozyklische und zu wenig antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik gegeben hat.

(B)

Aber das, was wir heute hier besprechen, geht ja über den Rahmen der klassischen Finanzpolitik weit hinaus,

(Ironischer Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Lenz (CDU): Das kann man wohl sagen!)

— wie gesagt, Beifall von Ihnen immer, das ist etwas Gutes — weil wir es mit einer besonderen Situation zu tun haben. Bitte bedenken Sie, daß Nordrhein-Westfalen im Augenblick das einzige Land ist, das sich in dem Haushalt, den wir hier vor Wochen verabschiedet haben, mit der Steigerung der Investitionsrate in Übereinstimmung mit dem Bund zu antizyklischen Maßnahmen entschlossen hat. Sehen Sie sich einmal andere Länder an, in denen Kürzungen von 20, 30 und mehr Prozent bei den Investitionshaushalten vorgenommen worden sind! Deren Lasten haben wir mitzutragen bei den Schwierigkeiten, die hier jetzt auch in der verarbeitenden Industrie entstehen.

Wir sind mit Ihnen einig, meine Damen und Herren, daß es auch darum geht, dauernde Arbeitsplätze zu schaffen. Wahrlich, es geht auch um Strukturpolitik, aber nicht um eine Strukturpolitik, die an der Konjunktur vorbeisieht. Eine Konjunkturpolitik, die auf dauernde Arbeitsplätze in den Bereichen von Kohle, Stahl usw. hinarbeitet, in allen Ehren; aber wenn Sie dann gleichzeitig Zehntausende von Bauarbeitern in diesem Lande freisetzen wollen, dann möchten wir das nicht mitverantworten,

(Beifall bei der SPD)

dann möchten wir durch Maßnahmen, wie sie die Landesregierung am 6. 6. vorgeschlagen hat und wie wir sie heute zu billigen bereit sind, dafür sorgen, daß das, was in den schwachen Kräften des Landes und der öffentlichen Haushalte steht, nur geschieht, damit zumindest im Bereich der Bauwirtschaft die Flaute abgefangen, damit mehr geleistet werden kann, bevor wir in einen Zeitpunkt kommen, zu dem wir aus den Parlamentsferien zurückkommen und uns mit dem neuen Haushalt beschäftigen.

Ich darf noch einmal zusammenfassen: Wir halten das, was uns die Regierung vorschlägt, für legal und für legitim. Und wir sind der Auffassung, daß wir in dieser besonderen Situation auf dem Boden des Rechts verpflichtet sind, zu dieser besonderen Maßnahme Ja zu sagen. Wir glauben von dieser Maßnahme, daß sie nicht den Stil des Parlaments verändert, sondern, daß sie auch nach draußen deutlich macht, daß dieser Landtag verstanden hat, was das Gebot der Stunde ist!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich erteile Herrn Abg. Schneider von der FDP-Fraktion das Wort.

(Zurufe: Mittagspause!?)

— Wir sind beim vorletzten Punkt der Tagesordnung, meine Damen und Herren. Der letzte Punkt erledigt sich in einer halben Minute. Eine Unterbrechung des jetzigen Punktes, um eine Mittagspause zu machen, werden wohl auch Sie als unzweckmäßig erachten.

(Zustimmung)

Das Wort hat Herr Abg. Schneider.

**Schneider*** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was ich mir hier aufgeschrieben habe sind Notizen aus der Rede des Kollegen Pütz; die muß ich aber verwenden, um hier einiges zurechtzurücken.

Kollege Pütz hat den Kollegen Dr. Riemer zitiert aus dem Haushalts- und Finanzausschuß. Er hat gesagt, sogar der Koalitionspartner sei mit der Maßnahme nicht einverstanden, wie die Einlassung beweise. Es stehe also schlecht um die Maßnahme der Regierung.

Das, was Kollege Dr. Riemer dort gesagt hat halte auch ich für legitim. Es kann durchaus verschiedene Wege — —

(Zuruf des Abg. Pütz (CDU))

— Herr Kollege Pütz, ich komme noch darauf.

Es kann durchaus verschiedene Wege geben, ein gestecktes Ziel zu erreichen.

* Vom Redner nicht überprüft (gem. § 104 GeschO)





(A) **Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau, der — so hatte ich den Eindruck — mit Antrittsbeifall begrüßt wurde.

(Heiterkeit)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur noch wenige Bemerkungen machen, damit hier keine Mißverständnisse dort im Raum stehen bleiben, wo sie auszuräumen sind!

Herr Kollege Pütz hat darzustellen versucht, daß die Absprache in der letzten Plenarsitzung anders gewesen sei, als ich sie dargestellt habe. Es ist in der Tat richtig, daß wir am 5. Juni ein Gespräch miteinander geführt haben. Richtig ist aber auch, daß am 6. Juni noch Gespräche geführt worden und wir in der Plenarsitzung am 7. Juni auseinandergegangen sind mit folgender Formulierung des Herrn Präsidenten, die ich mit seiner Erlaubnis zitieren darf:

> Entsprechend der gestrigen Absprache ist die Ihnen ausgehändigte Vorlage Nr. 232 betreffend
>
> Maßnahmen zur Konjunkturbelebung im Lande Nordrhein-Westfalen
>
> nunmehr als
>
> Drucks. Nr. 308
>
> veröffentlicht. Sie finden diese Drucksache auf Ihren Plätzen.
>
> Nach Vorberatungen im Haushalts- und Finanzausschuß soll die Zustimmung des Landtags in der Sitzung vom 27. dieses Monats herbeigeführt werden.
>
> (Zuruf von der SPD: Das wollen Sie ganz vergessen!)

(B)

Es heißt dann weiter:

> Ich hoffe Sie damit einverstanden, daß wir die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß jetzt gleich vornehmen. — Ich höre keinen Widerspruch.

Dann kommt folgendes:

> Wir kommen zur Abstimmung. Wer ... zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen ... — Einstimmig beschlossen.

(Zurufe von der CDU — Pütz (CDU): Wer war bei der zweiten Besprechung zugegen?)

— Bei der zweiten Besprechung habe ich mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion gesprochen. Ich glaube, Herr Dr. Lenz war krank.

(Pütz (CDU): Ich war jedenfalls nicht dabei!)

— Aber Sie haben doch im Plenum mit zugestimmt, Herr Kollege Pütz.

(Zuruf von der SPD: Sie haben doch die Zustimmung im Plenum gegeben! — Weiterer Zuruf von der SPD: Haben Sie das alles ganz vergessen? — Pütz (CDU): Wissen Sie, ob ich hier gewesen bin?)

— Ob Sie hier anwesend waren, weiß ich nicht. Ich habe bisher nicht angenommen, daß wir hier eine Debatte über die Frage „Pütz oder SPD" führen, sondern daß wir hier eine gesamtpolitische Debatte führen, an der Fraktionen beteiligt sind.

(Zustimmung und Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich von daher sagen: Wenn Worte noch einen Sinn haben, dann mußten wir davon ausgehen, daß mit dieser einstimmigen Entscheidung des Landtags klar war, daß in dieser Sitzung abschließend beschlossen werden sollte.

(Sehr richtig ! bei der SPD)

Insofern ist die Forderung nach dem Nachtragshaushalt in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses eine neue Forderung; denn wir hatten uns vorher über den Modus verständigt.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Fuchs?

(Johannes Rau (SPD): Ja!)

**Fuchs** (CDU): Herr Kollege Rau, wenn dem so ist, warum haben die Kollegen Ihrer Fraktion im Ausschuß dann gegen eine Behandlung im Plenum heute gesprochen?

**Johannes Rau** (SPD): Das kommt genau jetzt. Es kommt nämlich jetzt, daß wir in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses — nicht nur wir, sondern ich selbst — gesagt haben, nach unserer Erinnerung sei die Sache an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen und solle dort abschließend beraten werden. Diese Meinung haben wir in der Sitzung vertreten. Dann ist während der Sitzung mein Mitarbeiter, Herr Kollege Dr. Nehrling, gegangen und hat sich diesen Text besorgt und ihn mir zur Kenntnis gebracht. Sofort nach der Sitzung, noch im gleichen Raum, in dem der Haushalts- und Finanzausschuß tagte, ist er zu Herrn Kollegen Dufhues gegangen, hat ihm den Text gezeigt und gesagt: In der Tat, wir haben uns davon überzeugt — Abstimmung am 27. Juni im Plenum. Dann haben wir im Ältestenrat darüber gesprochen und verabredet, daß keine Redezeitbeschränkung stattfindet. Noch fairer kann man es nach meiner Meinung nicht machen.

(Dr. Solbach (SPD): Und der Berichterstatter ist vorsorglich bestimmt worden, weil das nicht klar war!)

— Auch der Berichterstatter war vorsorglich bestimmt worden, weil noch nicht klar war, wie die Dinge also lagen.

(**Johannes Rau** (SPD))

(A) Nun noch eine Bemerkung zu den Fragen der Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren, ich bin nicht der Auffassung, daß wir den § 31 der Geschäftsordnung, nach dem Ausschußsitzungen nicht öffentlich sind, sehr eng auslegen sollten. Es gibt sicher viele unter uns, die hier schon gelegentlich aus Ausschüssen berichtet haben.

(Zurufe)

Einverstanden! Aber, meine Damen und Herren, wenn eine Einlassung des Finanzministers — wobei dieser sagt: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Verständnis, wenn ich das hier in diesem vertraulichen Kreis sage, weil ich glaube, daß es nicht gut wäre, wenn wir solche Dinge jetzt öffentlich erörterten —, wenn eine so eingeleitete Bemerkung des Finanzministers hier mehrfach zitiert wird, und zwar unter Absehung von dieser Einschränkung, die der Finanzminister ja gemacht hat, um diesem Lande zu helfen, dann frage ich mich, ob das ein Erweis des Willens zur Zusammenarbeit oder ob das Illoyalität ist.

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich kann nur sagen: Was mich an dieser Sitzung heute erregt hat, das waren nicht die gegensätzlichen Rechtsstandpunkte, das waren nicht die Unterschiede in der Frage, was jetzt zweckmäßig und angemessen sei, sondern, daß eine solche Vorbemerkung eines Ministers — sei er Abgeordneter oder nicht — von Mitgliedern dieses Hauses nicht respektiert wurde. Das haben wir in diesem Hause
(B) auch noch nicht gehabt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Lenz, Sie haben sich an den Herrn Ministerpräsidenten gewandt, wie er einen Zwischenruf des Finanzministers bewerte, der ja nicht Abgeordneter sei. Ich bin also insofern nicht zuständig, als er kein Abgeordneter ist. Aber ich bin zuständig, weil wir gemeinsam Sozialdemokraten sind und weil er bald wieder Abgeordneter wird.

(Beifall bei der SPD — Dr. Lenz (CDU): Aber Sie sind kein Ministerpräsident; Sie hatte ich nicht gefragt! — Heiterkeit)

— Nein, aber dennoch darf ich eine Meinung dazu sagen, und die will ich Ihnen jetzt sagen. Erinnern Sie sich, daß ich einen Zwischenruf gemacht und Herrn Kollegen Pütz gefragt habe, ob er den Satz noch einmal wiederholen könne? Seine Formulierung hieß: „Damit sind die Argumente des Finanzministers gerichtet."

(Pürsten (CDU): Die Argumente! — Weitere Zurufe)

— Die Argumente gerichtet! Richten Sie einmal Argumente!

(Heiterkeit)

Nun, Herr Kollege, wenn Sie an der Fortsetzung dieser Debatte interessiert sind, dann wollen wir bei Gelegenheit einmal zitieren, was da „nicht seriös" an dem war, was der Finanzminister vortrug, was daran „nicht solide" war; und dann wollen wir einmal alle Vokabeln hier zitieren, mit denen Herr Pütz seine Einlassungen gespickt hat.

(Elfring (CDU): Den „Henker" wollen Sie damit doch wohl nicht entschuldigen?)

— Habe ich auch nicht getan.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine letzte Bemerkung zur Sache selber machen! Ich kann mich nur dem anschließen, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat. Die taktischen Gesichtspunkte, die zu dieser Debatte geführt haben, kann ich gut verstehen; dagegen habe ich auch gar nichts einzuwenden.

Mit dem, was wir hier beschließen, sollen nicht nur 350 Millionen DMark und 886 Millionen DMark insgesamt aus dem Landeshaushalt in die Produktion, in den Baumarkt hinein, sondern es sollen Mittel im Werte von 1,5 bis 1,9 Milliarden DMark freigemacht und bewegt werden. Darum geht es uns. Wir halten den Weg, der beschritten wird, für einen einmaligen, aber für einen rechtlich vertretbaren Weg. Sie mögen Gründe haben, einen anderen Rechtsstandpunkt zu vertreten. Sie sollten dann unsere Argumente genauso ernst nehmen wie wir die Ihren. Wir haben uns nach langen Debatten entschieden, diesen Weg zu gehen, von dem wir glauben, daß er rechtlich richtig ist.

Lassen Sie mich noch etwas sagen! Wir haben in diesem Haus Debatten gehabt, bei denen Anträge der Opposition ohne jede Diskussion — ich denke an die ganze Frage der Schulreform — mit Geschäftsordnungsdebatten im Hauptausschuß abgewürgt wurden. Diesen Stil soll es hier nicht geben. Deshalb haben wir uns jedem Argument gestellt. Wenn alle Argumente vorgetragen worden sind, soll entschieden werden. Wir haben vor dieser Entscheidung keine Sorge.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe damit die Beratung.

Uns liegen nunmehr zwei Anträge vor: einmal der Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses Drucks. Nr. 322, der zum Inhalt hat, daß von der Regierungsvorlage Drucks. Nr. 308 zustimmend Kenntnis genommen wird, und zum anderen ein Antrag der CDU-Fraktion, der im Laufe der Debatte hier einging, mir schriftlich vorliegt und Ihnen verlesen wurde und der besagt, die Landesregierung sei zu ersuchen, einen Nachtragshaushaltsplan hinsichtlich der Maßnahmen zur Konjunkturbelebung aufzustellen. Ich behandle den Antrag der CDU-Fraktion als einen Antrag gemäß § 88 der Geschäftsordnung des Landtags. Für den Fall nämlich, daß der Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses zu Punkt 5 der Tagesordnung etwa angenommen würde, sehe ich den Antrag der CDU-Fraktion nicht als erledigt an; es handelt sich bei dem letzteren

(**Konjunkturbelebung**)



(Pütz (CDU))

(Haushaltsgesetz 1968 — Finanzausgleichsgesetz 1968)

(A) Meine Damen und Herren, ein jeder von uns weiß, welche erheblichen Schwierigkeiten mit der Umbesetzung auf so wichtigen Führungsposten innerhalb der Ministerien entstehen. Jeder von uns weiß auch, wie viele Monate Einarbeitung für die betroffenen Herren und ihre Mitarbeiter damit nun mal zwangsläufig verbunden sind. So bleibt auch hier wiederum festzustellen, daß viele Monate so dringend notwendig gewesener und notwendiger guter Verwaltungsarbeit weitgehend nutzlos vertan wurden. Hoffen wir, meine Damen und Herren, daß der beantragte neue sechssitzige Hubschrauber, Typ Alouette, im Wert von einer Million DMark als administrative Mehrzweckmaschine

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

dem Ministerpräsidenten und seinen Ministern hilft, wenigstens einen geringen Teil des Zeit- und Arbeitsverlustes wettzumachen.

Überprüfe ich die vom Herrn Ministerpräsidenten mit soviel Schwung angekündigte Umorganisation der Staatskanzlei, die in einen Generalstab der gesamten Landesregierung umgeformt werden sollte, dann muß festgestellt werden: Nach neun Monaten muß das Experiment als gescheitert angesehen werden. Ebenfalls nach neun Monaten sieht man sich schon gezwungen, zu der Organisationsform der früheren Landesregierung Dr. Meyers im wesentlichen zurückzukehren.

(Beifall bei der CDU)

Erreicht wurde mit den Experimenten lediglich ein Durcheinander in den Ministerien und eine erhebliche Schwächung ihrer Leistungsfähigkeit.

(B) (Zustimmung bei der CDU — Pürsten (CDU): Das kann man wohl sagen! — Dr. Lenz (CDU): Sehr gut!)

All das beweist aber doch, mit wie schwacher, unsicherer, ungeschickter und unerfahrener Hand das Land zur Zeit regiert wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Die Wirtschaftslage des Landes hat diese Regierung nicht zu bessern vermocht. Die Verwaltungs- und Gebietsreform hat sie nicht ernsthaft vorantreiben können; wesentliche Teile davon sind sogar aufgegeben worden.

(Dr. Nehrling (SPD): Das nehmen Sie an!)

Die beabsichtigte Neuordnung des Volksschulwesens hat in zunehmendem Maße Unruhe in der Bevölkerung ausgelöst.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Verwaltungsarbeit in den Ministerien ist durch eine Anzahl falscher Personal- und Sachentscheidungen gestört. Die Zusammensetzung der Landesregierung mußte schon einmal geändert werden. Und Sie, meine Herren von der SPD, haben gesagt: Wählt SPD, und wir sind über den Berg!

(Dr. Nehrling (SPD): Bravo!)

Wir sagen Ihnen heute: Im Gegensatz zu Bonn hat mit dem 13. Dezember 1966 für das Land Nordrhein-Westfalen die Talfahrt begonnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster Redner hat Herr Abg. Johannes Rau von der Fraktion der SPD das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Pütz hat, zumindest was die Sprache angeht und zumindest was den letzten Satz seiner Rede angeht, Anleihen beim Bundeswirtschaftsminister gemacht, als er von der Talfahrt sprach, die am 13. Dezember begonnen habe. Nun, die Talfahrt, die am 13. Dezember begonnen hat, ist eine Talfahrt der CDU-Fraktion, ist eine Talfahrt, bei der wir gerne wüßten, wer eigentlich kutschiert, und nicht eine Talfahrt dieses Landes.

(Lachen bei der CDU)

— Ich weiß, Herr Kollege, daß Sie den schweigenden Kampf des Herrn Dr. Meyers und des Herrn Dufhues um die einzige Stelle in diesem Lande, die überhaupt nicht frei ist, bewundern. Aber lenken Sie doch nicht davon ab, daß die Talfahrt, von der wir hier heute morgen geredet haben und von der wir heute morgen von Herrn Pütz gehört haben, mit Zahlen zu belegen ist bis zu dem Datum, an dem Sie die Regierungsverantwortung abgegeben haben, nachdem Sie eine Politik der vollen Kassen ohne jede Vorsorge getrieben hatten.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden von den Problemen dieses Landes zu reden haben, die Beratung des Haushalts ist ein erfreulicher Anlaß, das in aller Breite und Ausführlichkeit zu tun. Aber lassen Sie uns die Beiträge zur Stilkunde zuerst einmal vom Tisch bringen!

Es fing damit an, daß der Herr Finanzminister angeblich „lustlos" — so lesen wir in einer Erklärung der CDU-Fraktion — vorgetragen habe, ein Vorwurf, der ihm sonst selten gemacht wird.

(Zuruf von der CDU: Er stimmt aber!)

Es ging dann damit weiter, daß uns heute morgen gesagt wurde, während der Einbringung des Haushalts hätten zuwenig Minister auf der Ministerbühne gesessen.

(Zuruf von der CDU: Stimmt doch!)

— Herr Dr. Hüsch, Sie sind noch nicht so arg lange bei uns, sonst wüßten Sie, daß wir in den letzten drei Jahren viermal haben reklamieren müssen, daß entweder keiner oder nur ein Minister auf der Tribüne saß.

(Beifall bei der SPD — Dr. Meyers (CDU): Aber nicht beim Etat!)

— Während der Etatberatungen des Jahres 1964. Herr Dr. Meyers, das war bei den Etatberatungen, als Sie Ihren Ressortministern auch noch Redeverbot erteilt hatten! Erinnern Sie sich?

(Dr. Meyers (CDU): Das stimmt ebensowenig! Ihre Behauptungen werden nicht dadurch richtiger, daß Sie sie ständig wiederholen!)

— Ach, erinnern Sie sich denn noch, wie einer Ihrer Minister nach oben ging und das, was er hier unten nicht sagen konnte, den Journalisten als Manuskript gab?

(Zurufe von der CDU: Da haben Sie sich also nicht gebessert?)

(A) — Doch, wir haben uns gebessert. Aber wir hatten an dem Vormittag wirklich ganz wichtige Entscheidungen zu treffen,

(Lachen bei der CDU)

von denen noch die Rede sein wird.

(Zuruf von der CDU: Personalentscheidungen!)

Ich weiß zwar nicht, Herr Kollege Pütz, wo Sie im Haushalt den beantragten Hubschrauber Alouette gefunden haben, ich habe ihn nicht gefunden.

(Zuruf von der CDU: Das ist möglich, daß Sie ihn nicht gefunden haben!)

Sie sprachen davon, daß er beantragt sei. In der Tat aber können Sie sich darauf verlassen, daß wir in der Frage des „Fluggerätes", wie das damals im Haushalt hieß, keine andere Meinung haben werden als die, die wir damals selbst vertreten haben, die Meinung nämlich, daß allen Mitgliedern der Regierung die Chance gegeben werden muß,

(Lenz (CDU): In die Luft zu gehen! — Heiterkeit)

— dahin zu kommen, wo Sie sie erwarten, Herr Kollege —, ihre Aufgaben sinnvoll und richtig zu erfüllen, daß wir aber jedem falschen Repräsentationsaufwand wehren werden.

(Beifall bei der SPD)

Dabei soll es bleiben.

Falscher Repräsentationsaufwand, meine Damen und Herren, wäre es auch gewesen, wenn man Behörden, die nicht nur auf Grund einer vorherigen Absprache zustandegekommen waren, sondern in der Absicht, die Effektivität der Landesverwaltung zu stärken, nur um des Prestiges willen auch dann beibehalten hätte, wenn sie sich nicht bewährt hätten.

(B)

(Zuruf von der CDU: Aha!)

— Deshalb, Herr Kollege Elfring, haben wir der Auflösung des Landesamtes zugestimmt, nicht etwa deshalb — wie Sie vermuten mögen —, weil wir personelle Querelen in diesem Landesamt gesehen hätten, sondern eben deshalb, weil sich erwiesen hat, daß das Nebeneinander dieser drei Bereiche zu einem Verwaltungsaufwand führte, der nicht gut war. Das galt für den Bereich des Sports, das galt für den Bereich der Jugendpflege, das galt nicht für den Bereich der politischen Bildung. So sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß in einem Zeitpunkt, in dem sich andere personelle Veränderungen als nötig erwiesen, auch diese sachliche Verbesserung sinnvoll und zweckdienlich sei. Und da bleibt man dann nicht aus Prestigegesichtspunkten bei etwas, was man als nicht so gut erkannt hat. Ich wünsche mir eine Regierung, die lieber einmal zugibt, daß eine Konstruktion sich nicht so bewährt hat, wie man es hätte erwarten können, als daß sie aus der falschen Optik heraus meint, sie müsse nun diesen zusätzlichen Verwaltungsaufwand tragen und betreiben.

(Beifall bei der SPD!)

Was ist das Ergebnis? Das Ergebnis ist, daß im Kultusministerium unter dem bewährten Friedel Schirmer der Vereins- und der Schulsport wieder zusammen sind.

(Beifall bei der SPD!)

Das Ergebnis ist, daß es keinen Streit mehr geben muß, auch nicht im Dialog mit den übrigen Bundesländern und mit dem Bund, über die oberste Landesjugendbehörde, über die Trennung der Bereiche Jugendpflege und Jugendhilfe, daß das vielmehr in einer Hand ist und daß der Ministerpräsident — darüber werden wir sicher morgen noch miteinander sprechen — selber die Möglichkeit hat, sich um das Feld der politischen Bildung zu kümmern, ein Feld, von dem wir glauben, daß es angesichts der innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik an Bedeutung zunimmt, vor allen Dingen dann, wenn wir politische Bildung nicht mehr mißverstehen als das Einüben ganz bestimmter institutioneller Abläufe, sondern wenn politische Bildung junge Menschen dazu bringen soll, diesen Staat und seine Ordnungen in ihrem Prozeßcharakter zu erkennen und in den mancherlei Störzeichen unserer Zeit nicht durch Schulung, sondern eben durch Bildung einen eigenen Weg zu finden.

(Beifall bei der SPD!)

Wir glauben, daß diese Sache der Aufmerksamkeit des Regierungschefs wert ist, und sind deshalb dankbar, daß der Ministerpräsident diesen Bereich bei sich in der Staatskanzlei behält, und wir werden ihn in allen seinen Plänen unterstützen, die der Stärkung und der Intensivierung dieser Arbeit dienen, vor allen Dingen da, wo es darum geht, Fundamente zu legen und nicht nur — lassen Sie mich das einmal so sagen — Broschüren zu verteilen, so gut und so wichtig das auch ist.

(Beifall bei der SPD!)

Wir haben — um dieses Thema hier abzuschließen — ein Revirement auf der Ebene der Staatssekretäre erlebt; Herr Kollege Pütz hat es soeben angesprochen. Die Gründe für dieses Revirement sind bekannt und sind erörtert. Wir sind der Meinung, daß die Regierung richtig daran tat, hier schnell zu handeln und so zu handeln. Sie hatte in der Tat, Herr Kollege Pütz, nicht so viel Erfahrung im Umverlegen von Ressorts wie die Regierung Meyers. Da haben wir ganze Listen, wann was wo war, und wir könnten das im einzelnen vortragen; aber das bewältigt nicht unsere Vergangenheit.

(Heiterkeit)

Wir haben jetzt ein gemeinsames, gutes, aufeinander abgestimmtes Kabinett.

(Heiterkeit bei der CDU — Dufhues (CDU): Sind keine Änderungen mehr zu erwarten?)

— Nein, es sind keine Änderungen mehr zu erwarten, wobei Sie wissen, Herr Kollege Dufhues, daß es im Laufe einer bestimmten Entwicklung auch immer zu personellen Entscheidungen kommen kann. Man muß sie dann aber auch treffen, Herr Dufhues!

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD — Dufhues (CDU): Wir werden Sie nicht enttäuschen!)

— Haben Sie gesagt: „Ich werde Sie nicht enttäuschen" oder „Wir werden Sie nicht enttäuschen"?

(Dufhues (CDU): Wir werden Sie nicht enttäuschen!)

— Ich hatte so auf Sie vertraut!

(Heiterkeit)





(A) Wir haben für eine begrenzte Zeit — und auch das scheint uns richtig zu sein — das Wirtschaftsministerium und das Ministerium für Bundesangelegenheiten in einer Hand, deshalb, weil wir glauben, daß das, was im Augenblick in Bonn zu verhandeln ist, im wesentlichen wirtschaftspolitische Fragen sind — es wird jetzt mit dem Kohleanpassungsgesetz beginnen — und daß hier die Koordination in einer Hand leichter ist als der Versuch — das haben wir auch schon einmal erlebt —, neben den Wirtschaftsminister einen energischen „Energieminister für Bundesangelegenheiten" zu setzen, damit sich der Wirtschaftsminister ohne Herz für die Kohle in Bonn nicht allzuviel blicken läßt. Wir wollten das in einer Hand haben, und uns scheint, daß diese begrenzte Einsparung politisch richtig und sinnvoll ist.

Das waren ein paar Bemerkungen zu dem, was aus diesen Tagen an Aktuellem angesprochen worden ist und was uns sicher in den nächsten Tagen auf Grund von Anfragen und Interpellationen noch beschäftigen wird.

Wichtiger aber ist die Frage, ob die Kritik der Opposition, die in der ersten Erklärung von Herrn Kollegen Lenz und heute morgen etwas breiter, etwas ausführlicher und mit Zahlenmaterial von Herrn Kollegen Pütz vorgebracht worden ist, berechtigt ist, die Erklärung nämlich, daß diese Landesregierung eine Politik des leichten Geldes mache und möglicherweise gar die Stabilität unserer Währung gefährde. In der Tat ist die Inanspruchnahme des Kapitalmarkts mit fast 1,2 Milliarden DMark eine bedeutsame Entscheidung. Wir glauben, daß die Landesregierung alle Gesichtspunkte und alle Umstände abwägen und zu einer genauen Analyse der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage kommen mußte, bevor sie eine solche Entscheidung traf. Ob diese Entscheidung gerechtfertigt ist, kann allerdings nur derjenige gerecht beurteilen, der nicht nur die finanzpolitischen Notwendigkeiten des Augenblicks sieht, sondern auch die Ausgangslage dieser Landesregierung berücksichtigt.

(B)

(Pieper (CDU): Wie lange noch?)

— Wie lange wir die Ausgangslage berücksichtigen? Immer, Herr Kollege, immer. Die ist dann aber jeweils unterschiedlich. Das haben Ausgangslagen so an sich.

(Pieper (CDU): Das sind noch zweieinhalb Jahre!)

— Wir reden von den zweieinhalb Jahren, die jetzt kommen, aber wir reden davon von der Position aus, von der angeblich die Talfahrt begonnen hat, von der hier gesprochen wurde. Es bedurfte allerdings, um mindestens den Anschein des Belegs dafür zu finden, der völligen Umkehrung all der Argumente, die wir jahrelang gehört haben und die unser Koalitionspartner in Bonn, die Christlich-Demokratische Union, heute noch in der Bundesregierung und in den Debatten des Bundestages anwendet. Davon wird gleich die Rede sein.

Die wirtschaftliche Lage am Ende des vergangenen Jahres war in das Gegenteil der bis dahin zum Teil stürmischen Aufwärtsentwicklung umgeschlagen. Es zeichnete sich eine gefährliche Rezession ab. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmer war gelähmt, es gab und es gibt Kurzarbeit und Massenentlassungen. Es gab und es gibt eine echte Strukturkrise der Montanindustrie in diesem Lande, es gab und es gibt gewaltige Kohlenhalden, und es gab und es gibt Zechenstillegungen. Das ist nicht vorbei. Wir haben in der Tat gesagt, daß wir mit der SPD vorwärtskämen, wir haben aber nicht gesagt daß wir das Rezept in der Tasche hätten, diese Zechenstillegungen zu verhindern. Wir haben mehr Wahrheit, mehr Klarheit und mehr Offenheit versprochen, und wir haben das gehalten. Wir sollten uns nicht auf Gebieten auseinanderdividieren, auf denen die Alternativen auch im Bund-Länder-Verhältnis viel schmaler sind, als das bei bestimmten Formulierungen hier klingen könnte.

Was ist denn gewesen, und was ist denn der Tatbestand? Was Meyers hatte, hatte er an mehr Geld, als Kühn es heute hat. Die Steuereinnahmen fließen spärlicher. Das Steueraufkommen 1966 — das nicht wir veranschlagt hatten — war doch in völliger Verkennung der Konjunkturentwicklung um mehr als 500 Millionen DMark höher geschätzt worden, als hernach einzubringen war, und selbst wenn man andere Mehreinnahmen rechnet, blieb ein Defizit von 340 Millionen DMark. Die Landesregierung Kühn hat mit Steuerzuwachsraten von 3% im Jahre 1967 und von 2,8% im Jahre 1968 zu rechnen. In den letzten Jahren der vorhergehenden Regierung betrugen aber die Zuwachsraten jährlich 8%, und das sogar, obwohl in der gleichen Zeit der Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 35% auf 39% anwuchs.

Diese frühere Landesregierung hat von 1958 bis 1965 — in Zahlen ausgedrückt — insgesamt 1,2 Milliarden DMark mehr eingenommen, als sie selber veranschlagt hatte. Das ist genau der Betrag, von dem wir heute bei den Kapitalmarktmitteln sprechen. Das Haushaltsvolumen unseres Landes hat von 1960 bis 1966 um durchschnittlich 8,8% zugenommen, und es ist das Verdienst der jetzigen Landesregierung, diesen Zuwachs wieder auf vernünftige, auf vertretbare Zahlen zurückgeführt zu haben. Die jetzt von der Regierung Kühn zu verantwortenden Haushalte 1967 und 1968 steigen nur um durchschnittlich 5,2%, und Sie brauchen keine Sorge zu haben, daß wir diese Haushalte nicht mit verantworteten.

Wir haben unabdingbare Ausgabeverpflichtungen nach dem Stande vom 9. Dezember von 4,1 Milliarden DMark — und dennoch sagen wir, daß dieser Haushalt 1968 unser Haushalt ist und daß wir zu ihm stehen —, davon, Herr Kollege Pütz, 2,9 Milliarden DMark im Wohnungsbau, 520 Millionen im Krankenhausbau und 622 Millionen für andere Maßnahmen vorgefunden. Vorgriffe waren in Höhe von 99,3 Millionen bewilligt. Das war die Lage. Ich halte — und vielleicht Sie mit mir — die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" für unverdächtig genug, um aus ihr vom 22. September dieses Jahres zu zitieren, daß die derzeitige Finanzmisere — so wörtlich — die Regierung Kühn zum großen Teil von der Regierung Meyers übernommen habe.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Stand das im „Vorwärts"?)

— Das stand nicht im „Vorwärts"!

(Hennemann (CDU): Es steht aber noch ein bißchen mehr drin!)

— Sicher, in der „Frankfurter Allgemeinen" steht schon mehr, und gegen einiges haben wir uns gewehrt, da haben wir einen Leserbrief geschrieben, daß das nicht

(A) richtig wäre! In diesem Falle haben wir zugestimmt, weil wir meinen, es wäre richtig.

(Heiterkeit — Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat in den ersten Monaten ihrer Regierungszeit ein Sofortprogramm in einer Größenordnung von 886 Millionen DMark dem Landtag vorgelegt. Wir haben es hier beschlossen, gegen Ihre Stimmen, meine Damen und Herren von der CDU, gegen Ihre rechtlichen Bedenken, und wenn Sie, Herr Kollege Pütz, schon im Wortschatz Anleihen beim Herrn Bundeswirtschaftsminister machen, dann versuchen Sie es doch auch gelegentlich in der Sache und denken Sie an das, was er am 6. September im Bundestag gesagt hat, als er einem Zwischenfrager sagte: „Immerhin nehmen Sie zur Kenntnis, daß das Land Nordrhein-Westfalen einen Zusatzhaushalt für diese Dinge in Höhe von 468 Millionen DMark aufgestellt hat!"

(Zurufe von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

„Wir haben ja alle, der Bundeskanzler und Sie und ich" — so sagte Schiller zur CDU-Fraktion — „mit unseren Freunden in Nordrhein-Westfalen unsere Debatten." Das kann ich bestätigen. „Sorgen Sie doch einmal bei Ihren Freunden dafür, ganz freundschaftlich, daß Sie dort dem fortschrittlichen Finanzminister, der uns im Konjunkturrat sehr geholfen hat, bei seinem Investitionshaushalt nicht allzu viele Schwierigkeiten machen!"

(Zurufe von der CDU: Er hat doch keine gemacht!)

— Richtig!

(B) (Dr. Lenz (CDU): Sonst hätten wir ja zugestimmt!)

— Sie haben so viele Vorbehalte angemeldet, Herr Kollege Lenz! Erst ging es um die Form, und dann haben wir drei Tage über die Form diskutiert, dann haben wir stundenlang im Haushalts- und Finanzausschuß diskutiert, dann sind wir ins Plenum gegangen, und dann kam in der zweiten Runde Kritik an den einzelnen Positionen! Es war doch überdeutlich, Herr Kollege Lenz: Sie wollten damals nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Wir haben nach wie vor die Auffassung, daß die Landesregierung mit der Vorlegung dieses Programms von 886 Millionen mit dazu geholfen hat, daß wir heute in einer Situation miteinander reden, in der die optimistischen Prognosen nicht mehr aus der Luft gegriffen sind, in der man spürt, daß es wieder aufwärts geht in unserem Lande, in der in vielen Bereichen, von denen gleich die Rede sein soll, die Spritzen, die Bund und Land gemeinsam und getrennt gegeben haben, schon geholfen haben.

Wir stehen vor der Frage, ob die Kreditaufnahmen unseres Landes verantwortbar sind. Herr Kollege Pütz bestreitet das. Wir sind der Meinung, daß sie zu verantworten, ja daß sie in dieser Situation nötig und erforderlich sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir hatten danach zu fragen, wie sich diese Kreditaufnahmen zur allgemeinen Kapitalmarktsituation verhalten und ob sie mit den finanziellen Möglichkeiten des Schuldners, also des Landes, im Einklang stehen. Dabei haben wir die Beobachtung gemacht, daß die Lage am Kapitalmarkt seit der Kapitalmarktenge vor dem Einsetzen der wirtschaftlichen Abschwächung günstig war und ist und daß die Kreditnachfrage der privaten Wirtschaft laufend zurückging. Die private Spartätigkeit hat aus psychologischen Gründen — etwa wegen der Unsicherheit der Arbeitsplätze — zugenommen. Bei einer solchen Entwicklung war und ist es ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, die durch die Zurückhaltung der Privatwirtschaft entstandene Lücke durch öffentliche Kreditaufnahmen auszufüllen, um mit diesen Krediten zu investieren und die Investitionstätigkeit der Wirtschaft zu beleben.

Dabei ist ganz deutlich und niemandem von uns noch erst zu versichern, daß hier Flexibilität, daß hier Beobachtungsgabe der Landesregierung vonnöten ist, damit sie sich dann vom Kapitalmarkt zurückzieht, wenn sie den Eindruck hat: Es hat geholfen, die Spritze hat genützt, die Investitionstätigkeit ist wieder im Gange, der Auftragsbestand wächst. Dann gilt es, flexibel zu sein, dann gilt es, das Gegenteil zu tun und so zu einer antizyklischen Finanzpolitik zu kommen, wie sie jahrelang hier nicht betrieben worden ist.

Die Landesregierung muß mit der Bundesregierung und mit der Bundesbank die Entwicklung beobachten, und wir meinen, daß der nach dem Stabilitätsgesetz gebildete Konjunkturrat die Gewähr dafür biete, daß Überforderungen des Kapitalmarkts durch die öffentlichen Hände vermieden werden. Es wird verzichtet werden müssen, wenn sich der Kapitalmarkt für die öffentlichen Körperschaften nicht mehr als leistungsfähig erweisen sollte. Aber bei einer solchen zur Zeit noch nicht zu erwartenden Entwicklung werden die außerordentlichen Maßnahmen — darauf wies ich schon hin —, die aus nicht-öffentlichen Krediten finanziert werden sollen, eben eingeschränkt oder gestreckt werden müssen.

Es ist aber auch zu fragen — das war der zweite Gesichtspunkt, auf den ich hinzuweisen habe —, wie es denn mit der Kreditwürdigkeit des Schuldners aussieht. Herr Kollege Pütz hat dazu kritische, bedenkliche und besorgte Ausführungen gemacht. Die hinter uns liegende Zeit einer aufwärtsgehenden Wirtschaftsentwicklung hat dazu geführt, daß beim Bund eine Pro-Kopf-Verschuldung von 446 DM vorliegt, bei den übrigen Bundesländern im Schnitt von 295 DM und beim Land Nordrhein-Westfalen — völlig am Ende der Skala! — von 52 DM. Unsere Belastung beträgt 18% des Durchschnitts der übrigen Länder, und wir liegen mit weitem Abstand am Ende einer Übersicht, selbst wenn Sie die Neuschulden bis einschließlich 1968 einbeziehen, selbst wenn Sie die Kreditaufnahme durch die Wohnungsbauförderungsanstalt einbeziehen, kommen Sie auf 180 DM, während die augenblickliche Belastung der übrigen Länder 295 DM beträgt.

Ich will darauf verzichten, Ihnen hier den internationalen Vergleich vorzutragen, der nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch und gerade für das Land Nordrhein-Westfalen hervorragend aussieht. Wir können darauf noch in der zweiten Runde eingehen.

Ich habe gesagt, daß sich die Konjunktursituation gebessert habe. Wir glauben, daß der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Rezession überwunden ist. Wir glauben, daß es nicht gut wäre, diese Entwicklung durch allzu pessimistische Formulierungen zu gefährden. Aber wir verken-





(A) nen natürlich nicht, daß wir noch nicht wieder auf dem Konjunkturgipfel sind. Immerhin: die Auftragserteilung in der Industrie hat wieder zugenommen, auf dem Bausektor zeigen sich erste Silberstreifen, sogar die Börse hat im August eine Hausse erlebt, und die Herbstmessen waren ein Erfolg.

Dem stehen kritische Punkte einer Bestandsaufnahme entgegen. Es steht dem entgegen, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach wie vor zu niedrig ist, daß gegenüber den Vorjahren die Auftragseingänge der Industrie noch einen negativen Wert zeigen und daß das Inlandgeschäft noch keinen Hinweis auf eine durchschlagende und dauerhafte konjunkturelle Besserung gibt. Der private Verbrauch ist durch die Konjunkturschwäche geprägt, und die Massenkaufkraft hat sich vermindert. Dennoch glauben wir, daß wir bei der Übersicht über die Situation unseres Landes — darüber muß ich gleich noch ein paar Sätze sagen — die konjunkturelle Entwicklung und die strukturelle Situation zusammen sehen müssen. Daß die Aussichten auf der Basis auch dieses Landeshaushalts gut sind, daß sich die Wirtschaftslage konsolidiert und daß Optimismus wieder für Unternehmer und Arbeitnehmer gilt, ist ein erster Erfolg einer antizyklischen Finanzpolitik, wie sie eben nicht nur die Bundesregierung, sondern vor allem die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen betrieben hat.

Das Land Nordrhein-Westfalen — dies zu dem Argument des Herrn Kollegen Pütz, daß die konsumtiven Ausgaben stärker als die im Investitionsbereich stiegen — ist das einzige Land in der Bundesrepublik überhaupt, das sowohl 1967 als auch 1968 seinen Haushalt mit einer
(B) Steigerung der Investitionsrate schon 1967 um 4,8% vorlegt. Das hat kein anderes Land fertiggebracht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben von einer Politik des billigen Geldes in diesem Hause nicht zu reden, weil es die Politik des billigen Geldes in diesem Hause nicht gibt und nicht geben wird, solange wir Verantwortung tragen. Wir hoffen, daß die Entwicklungen der nächsten Monate deutlich zeigen werden, daß der Finanzminister, der einen Haushalt vorgelegt hat, dem wir im großen und ganzen zustimmen und den wir im einzelnen betrachten werden, die richtigen Instrumente angesetzt hat, um Ordnung in den Haushalt zu bringen. Dafür haben wir ihm zu danken.

Ich will auf die allgemeinen Ausführungen jetzt nicht weiter eingehen, sondern das einem eventuellen zweiten Durchgang überlassen. Ich will mich statt dessen einer Reihe von Schwerpunkten des Haushalts zuwenden, wobei — ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben — versucht werden soll, Akzente zu setzen, unsere Zustimmung zu äußern oder unsere Bedenken vorzutragen. Nachdem zum Haushalt des Ministerpräsidenten soeben schon einiges gesagt worden ist, darf ich mich seinem Stellvertreter, dem Herrn Innenminister, zuwenden.

Der Innenminister hat an der Personalstellenvermehrung bei der Polizei mit 693 Stellen einen Löwenanteil. Polizei und Lehrer halten sich da immer die Waage.

(Widerspruch bei der CDU)

und man könnte darüber mancherlei gute Überlegungen anstellen. Aber dieser Löwenanteil ist uns noch nicht groß genug. Wir glauben, daß die volle Rate von 1500 Stellen hätte eingesetzt werden müssen.

(Zuruf von der CDU: Wollen Sie so viele Polizisten wie Lehrer?)

— Nein, nicht so viel Polizisten wie Lehrer! Aber Sie wissen ja: Je mehr Lehrer man hat, desto weniger Polizisten braucht man.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber das könnte ich Ihnen am besten erklären, wenn Sie mit mir mal eine Reise durch die Gefängnisse des Landes machten.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Wir haben was gegen Massentouristik!)

— Deshalb haben Sie soviel mit Eigenheimen und mit Siedlungen zu tun?

(Pütz (CDU): Sie trinken aus meinem Glas, Herr Kollege. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen?)

— Haben Sie davon getrunken? — Alles in Ordnung! In diesem Punkt jede Große Koalition!

Wir glauben nicht, daß die Möglichkeit besteht, in diesem Haushalt mehr zu tun. Aber, Herr Innenminister, wir möchten Sie ermutigen, was das kommende Haushaltsjahr angeht. Dann muß diese Rate in den Haushalt. Die Entwicklung im Verkehr, die Entwicklung im allgemeinen Bereich dessen, was von der Polizei zu verantworten ist, zwingt uns dazu, an dieser Stelle, wie in anderen Bereichen, zwar aufmerksam zu beobachten, daß die Aufblähung des Verwaltungsaufwandes nicht zunimmt, aber wir sollten unterscheiden zwischen aufgeblähtem Verwaltungsaufwand und einer öffentlichen Dienstleistung, deren wir in der technischen Gesellschaft immer mehr bedürfen und die wir nicht durch negative Bemerkungen abwerten sollten, weil wir ohne die Menschen, die solche Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringen, nicht auskommen.

(Beifalll bei der SPD)

Auch wir sind nicht glücklich über die Entwicklung, wie sie sich im Bereich der Gemeindefinanzen — wenn ich das an dieser Stelle einmal ansprechen darf — nun gezeigt hat. Wir sind froh, daß es bei den 25 Prozent geblieben ist, und wir sehen mit Bedauern, daß dabei effektiv eine geringere Summe herauskommt. Das ist eine Konsequenz des Steueraufkommens, mit dem wir es zu tun haben. Immerhin stellen wir fest, daß auf dem Wege über die Zweckzuweisungen eine effektive Stärkung der Gemeinden und ihrer Finanzen um 156 Millionen DMark stattfindet. Wir meinen, daß deshalb für dieses Jahr ein solcher Weg gangbar wäre.

Lassen Sie mich beim Etat des Innenministers nur noch einen Satz zur Frage der Verwaltungsreform und der sogenannten Denkmodelle sagen; auch das hat ja Kollege Pütz angesprochen.

(Dr. Lenz (CDU): Herr Figgen!)

Herr Figgen hat's angesprochen, Herr Pütz, der Ministerpräsident, und auch einige aus dem Parlament haben sich zu diesem Thema geäußert. Ich möchte es auch tun. Kann es ein Thema geben, das Gemüter stärker in Wallung bringt, das politisch, kommunalpolitisch und auch

(A) gebietlich Engagierte stärker beschäftigt? Wir meinen, das liege in der Natur der Sache. Dennoch glaube ich, wir sollten die Verwaltungsreform, die uns vor eine Menge von Schwierigkeiten stellen wird, in allen Ebenen und in allen Phasen, und die wir ja gemeinsam werden tragen müssen, nicht mit Emotionen belasten. Wir sollten warten, bis alles auf dem Tisch liegt. — Ich kann einfach den Blick nicht von Ihnen lassen, Herr Lenz!

(Dr. Lenz (CDU): Sie können nicht nach links gucken! — Heiterkeit)

— Und daß ich nach links gucken kann! Das gilt nicht für Links, das gilt nicht für Rechts, sondern das gilt für alle, weil ich der Meinung bin, daß wir an dieser Stelle eben nur durch sachliche Arbeit weiterkommen, und diese sachliche Arbeit wird erst möglich, wenn wir alle Denkmodelle wirklich auf dem Tisch haben. Deshalb ist meine Bitte, daß wir alle miteinander so formulieren, daß es hier nicht zu Mißverständnissen kommt.

(Beifall bei der SPD)

Nur wenige Sätze zum Justizhaushalt, mit denen wir uns ja morgen noch ausführlich beschäftigen müssen.

(Dr. Lenz (CDU): Der Minister ist schon 'rausgegangen! — Zuruf von der CDU: Der besucht Gefängnisse!)

Der Justizminister hat morgen Gelegenheit, in der Beantwortung einer Interpellation und einer Anfrage darzustellen, wie er zu der jetzt in diesem Lande betriebenen und von uns mit großer Freude mitverantworteten Justizpolitik gekommen ist. Wir werden sicher miteinander darüber zu sprechen haben, wie die räumlichen und personellen Verhältnisse im Strafvollzug unseres Landes sind. (B) Ich selber habe an der Bereisung, wie man das heute nennt, am vergangenen Freitag nicht teilnehmen können. Aber ich habe andere Gelegenheiten zum Einblick bei Besuchen in Haftanstalten gehabt.

(Dr. Lenz (CDU): Hört, hört!)

— Bei Besuchen in Haftanstalten! Alles andere versuche ich mit Geldstrafen abzuwickeln.

(Heiterkeit)

Ich glaube, es ist kein vereinzelter Eindruck, wenn ich sage, daß unsere augenblickliche Situation im Strafvollzug bestenfalls noch den Strafzwecken der Sühne und Sicherung dienen kann, keinesfalls aber der Resozialisierung,

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

von der wir meinen sollten, daß sie in einer humanisierten, in einer aufgeklärten Zeit im Vordergrund der Bemühung stehen müßte; nicht nur im Vordergrund der faktischen Bemühungen, sondern auch der Motive unserer Justizpolitik. In Wirklichkeit ist doch in unseren jetzigen Haftanstalten die Gefahr der kriminellen Infektion sehr viel größer als die Wahrscheinlichkeit der Besserung des Täters.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Wir begrüßen deshalb, daß der neue Justizminister mit Erfolg dafür gesorgt hat, daß dieser weite Bereich aus dem Halbdunkel oder aus dem Dunkel des Unbekannten auch in die öffentliche Diskussion hineingekommen ist

(Beifall bei der SPD)

und daß das Konsequenzen hat, daß das Kabinett seinen Vorstellungen gefolgt ist und daß trotz der schwierigen Finanzsituation ein erhöhter Bauetat zur Verfügung steht, daß die Haftraumsituation verbessert werden kann und daß ein großer Teil der im neuen Haushalt vorgesehenen Stellenvermehrungen den Bereich des Strafvollzuges mit 213 Stellen trifft. Ich kann nur hoffen, daß wir uns alle nicht der Tatsache verschließen. So unpopulär die Beschäftigung mit diesem Bereich scheinbar sein mag, so wichtig ist sie für das Bild, das eine Gesellschaft darstellt, und so wichtig ist sie im Hinblick auf sinnvolle Daseinsvorsorge.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe unmittelbar von der Justiz zur Schulpolitik unseres Landes über, in der, wie Herr Kollege Pütz meint, so viel Unruhe wäre. Nun, die Unruhe, von der Sie gesprochen haben, bezieht sich auf eine gemeinsame Drucksache, und in der Tat ist da noch einiges an Unruhe. Ich denke, unsere Beratungen in den nächsten Monaten werden dazu helfen, daß wieder ruhig gesprochen, ruhig überlegt, ruhig dialogisiert wird in diesem Feld und in diesem Bereich,

(Zuruf von der CDU: Dortmund! „Dialog"?)

— in Dortmund und in Münster und in Paderborn,

(lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den Regierungsparteien)

und natürlich bei uns in Wuppertal.

(Zuruf von der SPD: Wuppertal ist in Ordnung!)

Meine Damen und Herren, mir wäre es lieb, wenn wir diese Unruhe schon 10 Jahre hinter uns hätten.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Mir wäre es lieb, wenn wir es mit einer Volksschule und mit einer Volksbildung in unserem Lande zu tun hätten, die nicht jahrelang dazu geführt hätten, daß wir hier im Landtag — Sie werden sich erinnern, meine Damen und Herren — Stellungskriege geführt haben, statt die Schule in Bewegung zu bringen,

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

was etwas anderes ist als sie in Unruhe bringen; damit wir uns darüber klar sind. Ich meine, wir haben seit der letzten Etatberatung mit der Vorlage des Hauptschulplanes im Haus der Wissenschaften durch den Kultusminister einen Höhepunkt in der bisherigen Schulpolitik unseres Landes gehabt, und wir möchten dem Kultusminister dafür danken, daß für ihn die Frage der Grundschule und der Hauptschule und ihrer Reform nicht nur eine Frage der Schulorganisation und des Schulrechts ist, sondern die Frage danach, wie wir mehr Menschen bessere Startchancen geben können und wie wir zu einer erfüllteren Schule kommen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Uns interessieren die inhaltlichen Auseinandersetzungen sehr viel stärker als die zweifellos nötigen schulrechtlichen Konsequenzen, und wir begrüßen alles, was dazu hilft, daß die Schule weniger Hürdenlauf wird in einer Gesellschaft, in der der einzelne einen Anspruch, ein Recht darauf hat, von der Gesellschaft auch durch das Angebot der Schule gefördert zu werden. Die Gesellschaft gibt





(A) sich selber auf, wenn sie dieses Angebot nicht in der geeigneten Weise zur Verfügung stellt.

Deshalb stehen wir voll hinter der Schulpolitik des Kultusministers.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der Nachversetzungserlaß, Herr Kultusminister, kam zwar ein bißchen spät, aber er war gut, und wir können nur bitten, daß gerade das Ansprechen der Lehrer hinsichtlich dessen, was sie im Bereich der Schule tun sollen, früh genug geschieht, damit man sie gewinnt und sie mitnimmt auf so guten Wegen wie dem, den der Nachversetzungserlaß aufgezeigt hat.

(Zuruf von der CDU: Sie meinen nicht den vom 4. August?)

— Ich meine nicht den vom 4. August, sondern den vom Juli. Ich glaube, es war der 17. Juli. Es war im Juli; jedenfalls ein paar Tage zu spät.

(Zuruf: Es war gerade vor den großen Ferien!)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, wir können mit der Volksschulreform so verfahren, daß wir sie nach den Etatberatungen in konzentrierter und, wie ich hoffe, friedvoller Auseinandersetzung miteinander verabschieden. Was an uns liegt, soll geschehen damit es bis dahin und während dieser Zeit nicht zu falschen scharfen Tönen kommt. Aber es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn — —

(Zuruf von der CDU: Wenn in Dortmund . . .! — Dr. Lenz (CDU), zum Redner gewandt: Das müssen Sie dorthin sagen!)

(B) — Sie meinen, die Frommen säßen immer links. Das stimmt gar nicht!

(Heiterkeit bei der SPD)

Das Wort vom „Mißtrauen", Herr Kollege Dufhues — lassen Sie es mich offen sagen —, habe ich nicht als ein gutes Wort empfunden. Man kann davon sprechen, daß man kritisch, daß man mit Vorbehalt einer bestimmten Materie gegenübersteht. Aber anzukündigen: „Wir gehen in diese Beratungen mit Mißtrauen" — das, fand ich, war kein gutes Wort.

(Dufhues (CDU): Ein notwendiges Wort angesichts der Haltung Ihrer Parteifreunde in Dortmund! — Weiterer Zuruf von der CDU.)

— Mißtrauen ist „für den Politiker obligatorisch"? Was haben Sie eine schreckliche politische Vergangenheit!

(Heiterkeit bei der SPD)

Bei uns ist das nicht so.

(Heiterkeit und Zurufe bei der CDU)

— Ganz und gar nicht! Wir haben uns alle so gern!

(Heiterkeit)

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle noch ein ernsthaftes Wort über ein Thema sagen, das wir nach meiner Meinung aus einer Fülle von Gründen angehen müssen. Ich habe soeben überlegt, ob ich es beim Etat des Ministerpräsidenten ansprechen sollte. Ich meine die Hochschulreform.

Meine Damen und Herren, daß es bei der Auseinandersetzung zwischen Universität und Studentenschaft zu Karikaturen gekommen ist, wie sie in bestimmten publizistischen Erscheinungen deutlich werden,

(Zuruf von der CDU: Kommune I!)

— Kommune I und Fritz Teufel und wie alle diese „Happenings" heißen —, sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier in Wirklichkeit um ein ernst zu nehmendes Zeichen der Zeit handelt

(Beifall bei der SPD)

und daß wir uns selber, den Politikern, den politischen Parteien und den Hochschulen die kritische Frage stellen müssen, ob sie auf der Höhe der Zeit sind

(Sehr gut! bei der SPD)

oder ob sie Probleme von morgen mit überkommenen Vorstellungen — wirklich Vorstellungen von gestern! — sehen und dabei die falsche Blickrichtung gewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb meine ich, wir sollten in diesem Lande mit großer Verantwortung das Gespräch über die Hochschulreform aufnehmen. Wir sollten uns klar darüber sein, daß es in unserer Zeit mit kleinen Schritten nicht mehr getan ist, daß es nicht hilft, wenn man allein vom akademischen Mittelbau spricht, sondern daß man Rückfragen nach der Struktur stellen muß. Die Entschiedenheit, mit der wir unsere Fragen stellen und unsere Antworten suchen, wird, so glaube ich, etwas über die Möglichkeit der Eingriffe und auch darüber etwas aussagen, ob es gelingen wird, Dinge in der Kontrolle zu behalten, die wir nicht auf der Straße haben möchten. Diese Leute sind ja nicht auf die Straße gegangen, weil sie sich dort wohl fühlten, sondern vielleicht deshalb, weil manche von uns nicht früh genug mit ihnen gesprochen haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube, wir haben allen Anlaß, hier selbstkritisch zu sein, und wir alle — das richte ich nicht an irgendeine Adresse — müssen alles tun, um das latente Unbehagen an der Demokratie, mit dem wir es zu tun haben, sich nicht abreagieren zu lassen, nicht die Schuld jeweils beim anderen zu suchen; wir müssen vielmehr fragen, inwieweit wir denn Beiträge zu diesem latenten Unbehagen geliefert haben, und wie wir dieses durch die Glaubwürdigkeit dessen, was wir sagen und tun, abbauen können.

(Beifall bei der SPD)

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, nur noch in bezug auf den Bereich der Kultur eine kleine Fußnote anzubringen! Sie scheint mir wichtig genug zu sein.

Wir werden bei dem Versuch der Städtesanierung in unserem Lande vor mancherlei örtliche Probleme gestellt werden, die auch kulturpolitischer Art sind. Die allgemeine Kulturpolitik des Landes hat oft zu sehr im Hintergrund, hinter Schul- und Hochschulfragen, gestanden.

Wir sind dem Kultusminister dankbar dafür, daß erstmalig im Etat seines Hauses ein Titel ausgewiesen ist, mit Hilfe dessen Denkmäler, Kulturdenkmäler am Ort und archäologisches Kulturgut vor der Entwicklung gerettet werden sollen, die zu leicht — manchmal aus verständlichen Gründen — über das Überkommene hinweggeht.

(Kultusminister Holthoff: Vor dem Bagger, Herr Abgeordneter!)

(A) — Vor dem Bagger!

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle den Bereich der Kulturpolitik verlassen, zumal wir ja viel Gelegenheit haben werden, in diesem Hause über Schule und Hochschule miteinander zu sprechen, und mich mit einigen Sätzen dem Bereich des Arbeits- und Sozialministers zuwenden.

(Hennemann (CDU): Wie, der Verwaltungsreform?)

— Ich meinte den Fachbereich des Arbeits- und Sozialministers.

(Heiterkeit)

Über Verwaltungsreform werden wir beide auch miteinander sprechen,

(Dr. Lenz (CDU): Das tut Ihnen gut!)

wenn das gut und richtig ist.

Sie müssen dann, wenn etwas Westfälisches hochklingt, nicht immer gleich sagen, das sei gegen den Chef gerichtet. Da sind Sie falsch eingeübt.

Wir haben festzustellen, daß der Arbeits- und Sozialminister in seinen Haushalt 20 Millionen DMark mehr für die kommunalen Krankenhäuser eingestellt hat. Dafür haben wir ihm zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Figgen, lassen Sie mich nur mit wenigen Sätzen sagen — ich darf dies tun, weil ich es hier selbst jahrelang mitgehört habe —: Wir haben von den vorherigen Landesregierungen acht Jahre hindurch mit kalendarischer Pünktlichkeit Jahr für Jahr im Rahmen der zweiten Lesung einen Krankenhaus-Generalplan gefordert und ihn nicht bekommen. Wir haben an Sie die Bitte, ihn uns in einem Jahr vorzulegen. Das ist nur ein Achtel der Zeit, die wir vergeblich gewartet haben.

(B)

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Hennemann (CDU): Wir haben keine Pläne gemacht; wir haben gearbeitet.)

— Sie haben keine Pläne gemacht, sondern haben gearbeitet? — Ja, es sind Krankenhäuser gebaut worden. Ich habe noch nie etwas gegen Herrn Grundmann gesagt, aber jetzt will ich Ihnen rasch sagen, was wir uns als Elemente eines solchen Krankenhausplans vorstellen. Vielleicht wird dann deutlich, ob ein Arbeiten ohne Plan immer richtig ist.

Vier Punkte, Herr Kollege Dr. Lenz!

Erstens hätten wir gern einen Plan über die erforderliche Zahl der Betten in unserem Lande, damit nicht mehr am Bedarf vorbeigebaut wird.

(Dr. Lenz (CDU): Haben wir doch!)

Zweitens wünschen wir einen Überblick über die erforderlichen Disziplinen mit Schwerpunkten in den unterschiedlichen Krankenhäusern und in den unterschiedlichen Einzugsgebieten.

Drittens besäßen wir gern einen Überblick über die Notwendigkeiten in bezug auf die medizinisch-technische Ausstattung und die dazu erforderlichen Investitionen.

Viertens hätten wir gern Gesichtspunkte über die Größenordnungen, von denen an eine wirtschaftliche Führung von Krankenhäusern möglich ist.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD — Dufhues (CDU): Warum wenden Sie sich nicht auch an den Innenminister? — Innenminister Weyer: Ja, die haben wir!)

— Aber ja! Die beiden arbeiten ja zusammen.

(Heiterkeit — Zurufe von der CDU)

Wir meinen, daß wir im Zusammenhang mit dem nächsten Haushalt, also in einem Jahr, über diese Frage miteinander sprechen sollten.

Nun nur noch zwei Fußnoten!

Zunächst zu dem umgestalteten Landesjugendplan, den Herr Kollege Pütz angesprochen hat! Er ist umgestaltet worden auf Wunsch des Landesjugendrings in einer Planungskonferenz mit den beteiligten Verbänden. Das hat das Ministerium gar nicht getan. Wir begrüßen das. Wir glauben, daß dieser Landesjugendplan in seinen Schwerpunkten der Regierungserklärung entspricht, und wollen über die Akzente, die dort gesetzt worden sind, nun miteinander sprechen.

Hier muß ich nun den Herrn Finanzminister ansprechen.

(Finanzminister Wertz: Ich bin ganz Ohr.)

Unsere Bitte an Sie ist, einmal mit dem Herrn Arbeits- und Sozialminister wohlwollend die Frage zu erörtern, ob wir im Bereich dessen, was an Subsidiaritätsaufgaben im Einzelplan 06 enthalten ist, hinsichtlich der vorzeitigen Baugenehmigungen, ein wenig großzügiger sein könnten und sein müßten — auch unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten. Ich glaube, daß wir, für einen bestimmten Zeitraum und ohne die Zusage der späteren Finanzierung durch das Land, hier, im Bereich der Kindergärten, im Bereich der Einrichtungen der Mütterbildung und der Krankenhäuser, einen Schritt weiterkommen könnten. Wie gesagt, ich verkenne nicht die Probleme im Hintergrunde; aber ich bitte Sie, das wohlwollend zu prüfen.

Der Wohnungsbau weist weniger Mittel aus als im Vorjahr. Aber das hängt nicht nur damit zusammen, daß 320 000 000 DM abzudecken sind, sondern damit, daß wir zu den Annuitätshilfen übergingen. Wir werden bei einer Förderung von 200 000 Wohnungseinheiten bis zum Jahre 1970 bleiben. Damit stehen wir an der Spitze aller Bundesländer, was die Baukapazität angeht, und wir halten diesen Bereich für entscheidend auch für die konjunkturpolitische Entwicklung unseres Landes. Wir bitten zu prüfen, ob die größeren kreisangehörigen Gemeinden nicht weiterhin am Bewilligungswesen beteiligt werden müssen, um das Verfahren schneller und praktischer zu gestalten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nur darauf hinweisen, daß wir in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1968 50 000 Wohnungseinheiten fördern; das Land Bayern fördert dagegen 11 400 Wohnungseinheiten. Wir befinden uns also in einer guten Entwicklung!

Ich bin mir klar darüber, daß es schon rhetorisch schwierig ist und fürs Zuhören noch schwieriger ist, wenn ein Sprecher — ich hielt das heute für meine Pflicht — nun so die einzelnen Haushaltspläne entlanggeht. — Bitte erlauben Sie mir, dennoch zu versuchen, einen weiteren Schwerpunkt zu setzen, und zwar im Bereich der Wirtschaftspolitik, den ich in meinen einleitenden Bemerkungen bereits angesprochen habe!





(A)

Die viel erörterte Talfahrt galt für alle. Sie ist in Nordrhein-Westfalen besonders schwierig gewesen. Sie war verschärft dadurch, daß wir es mit verschleppten Strukturkrisen zu tun hatten: Strukturkrisen im Steinkohlenbergbau, Strukturkrisen beim Stahl und nun — darauf hat Herr Kollege Pütz schon hingewiesen — in der Textilindustrie.

Ich habe Ihnen darzustellen versucht, daß wir mit positiven Akzenten in die Zukunft sehen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im August 1967 erstmalig abgesunken, während sie im August 1966 zu steigen begonnen hatte. Aber der nächste Winter kommt bestimmt, auch in diesem Bereich, und wir halten es für denkbar, daß, wenn die Bauindustrie — je nachdem, wie der Winter abläuft — keine gute Beschäftigungslage hat, selbst bei guter Auftragslage die Arbeitslosenzahl wieder steigt. Daß wir jedoch so weit sind, wie wir gekommen sind, ist das Ergebnis nicht nur des ersten Eventualhaushalts der Bundesregierung, nicht nur die Hoffnung auf den zweiten, das ist zugleich der Stützung der Landesregierung auf diesem Weg zu danken. Diese Landesregierung — das habe ich gesagt — betreibt eine verantwortliche Geldpolitik.

Wenn sich auch ein Konjunkturtrend kurzfristig beeinflussen läßt, so wiegen doch strukturelle Mängel ökonomisch schwerer, und unsere Strukturprobleme sind noch nicht gelöst. Hier haben sich Techniken, hier haben sich Märkte verändert, aber hier hat auch politisches Versagen Probleme kulminieren lassen, die bei aller Notwendigkeit kurzfristiger Maßnahmen nur mittelfristig lösbar sind. Sie müssen gelöst werden, wenn wir vom Konjunkturaufschwung profitieren wollen, und dieser Konjunkturaufschwung erleichtert gleichzeitig die Lösung der strukturpolitischen Fragen; er macht sie, so hoffen wir, zumindest sozial- und arbeitspolitisch erträglich.

(B)

Daß die Steinkohlenkrise zäh ist, schwierig, langwierig und vielfältig, das wissen wir alle in diesem Hause, und wir sind dankbar dafür, daß dieses Parlament eine gemeinsame Kohlepolitik betreibt. Dabei soll es nach unserer Meinung bleiben!

Wir machen uns keine Illusionen, und weil wir uns keine Illusionen machen, darum sind wir dankbar für den Mehreinsatz von Mitteln, der im Straßen- und Brückenbau, in der Wasserwirtschaft und bei den Krankenhäusern schon geholfen hat. Wir bitten die Landesregierung, Mittel so einzusetzen, daß wir keinen geographischen Streit bekommen: „nur das Revier" — oder „auch die anderen". — Wir haben diesen Streit nicht nötig; wir müssen unsere Mittel überall da einsetzen, wo Problembereiche sind, und das bedeutet, daß von den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln ein Teil eben auch an die Baumwollstraße, nach Rheydt und Mönchengladbach, fließen muß, wo wir im letzten Jahr 23 000 Arbeitsplätze — in 12 Monaten! — verloren haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir sind der Landesregierung dankbar dafür, daß sie zum zweiten Male 54 Millionen DMark im Haushalt des Wirtschaftsministers zur Förderung von Betriebsansiedlungen im Steinkohlenrevier eingesetzt hat, und wir bitten, mit dieser Summe flexibel zu verfahren. Wir sind der Landesregierung dankbar dafür, daß das Landeskreditprogramm den gleichen Effekt wie 1967 zu haben verspricht, weil es zwar im Volumen niedriger ist, dennoch aber die alten Kreditverpflichtungen und -verbindlichkeiten abgewickelt worden sind.

Am 6. Juni d. J., meine Damen und Herren, haben wir eine gemeinsame Entschließung zur Frage der Energiepolitik verabschiedet. Wir wissen, wie eng diese Gebiete miteinander verflochten und verzahnt sind. Daher haben wir die Bitte an die Opposition — für uns ist diese Bitte zugleich eine Selbstverpflichtung —: Lassen Sie uns nun nach Bonn fahren und mit unseren jeweiligen Kollegen reden, damit die Bundestagsfraktionen, damit die Bundesregierung, damit der Kanzler mit seiner Richtlinienkompetenz nun wirklich helfen, damit wir nicht zum Sozialfall werden, uns bei der nötigen Streckung geholfen wird und die Stillegungsprämien das werden können, was sie sein sollen: ein Instrument zum Timing dessen, was sich in diesem Lande vollzieht.

Der Bundeskanzler hat sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU einen Energieberater aus diesem Hause und aus seiner Fraktion geholt. Wir können diese Kontakte nur mit guten Hoffnungen betrachten und werden unsererseits alles tun, damit unsere Freunde die Probleme Nordrhein-Westfalens sehen. Wir sind dem Ministerpräsidenten dankbar dafür, daß er auch als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz seine Kollegen auf dieses Land und seine Probleme hinweisen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in der Vergangenheit nicht immer den Eindruck gehabt, daß die Vertreter des Steinkohlenbergbaus aus eigener Initiative die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die im Revier bestehen, früh genug in betriebliche Entscheidungen übersetzt haben. Wir haben nicht immer den Eindruck gehabt, daß in der Energiepolitik dieses Landes die Weichen immer richtig gestellt gewesen sind. Wir werden alle vorgelegten Pläne zur Neuordnung des Steinkohlenbergbaus sorgfältig prüfen. Wir werden zuerst nach dem Schicksal des Bergmanns fragen. Wir werden danach fragen, ob nicht doch auch aus übergeordneten Gesichtspunkten bis hin zur Verteidigungspolitik das Gesundschrumpfen bis ans Ende ein falscher Weg ist und ob nicht flankierende Maßnahmen nicht nur auf dem Wege, sondern auch als Abstützung im Ziel nötig sind, damit uns ein Minimum, ein bestimmter Anteil heimischer Energie erhalten bleibt,

(Beifall bei der SPD)

nicht weil wir meinten, wir könnten uns der Zeit entgegensetzen, sondern weil eine differenzierter werdende Zeit auch differenziertere Mittel und unterschiedliche Energieträger braucht.

Ich will nur mit wenigen Sätzen darauf hinweisen, daß wir uns freuen über die erhebliche Verstärkung der Straßenbaumittel im Jahre 1968 und darüber, daß nun zum ersten Mal der Bau der S-Bahn zwischen Düsseldorf, Duisburg und Essen als eines ersten Teilstücks im Etat erscheint. Wir hoffen, daß andere Gebiete einbezogen werden. Wir hoffen, Herr Ministerpräsident, daß die Bundesbahn mit Ihnen Zusatzverträge abschließt und daß Sie uns über den Stand dieser Zusatzabkommen zum Rahmenabkommen von 1965 etwas Positives sagen können. Wir meinen, die Landesregierung sollte das Problem

(A) des Verbundes unter Zusammenfassung kommunaler Verkehrsträger einmal kritisch prüfen. Wir sind uns darüber klar, daß das eine schwierige Aufgabe ist, und wir wollen hier keine vorschnellen Lösungen. Aber wir müssen bei der Auseinandersetzung zwischen dem öffentlichen Nahverkehr und dem Individualverkehr zu anderen Lösungen kommen, wenn wir nicht immer weiter in die Subventionen geraten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Hätte ich Ihre Geduld, meine Damen und Herren, nicht schon viel zu lange strapaziert

(Zuruf des Abg. Dr. Hüsch (CDU))

— Ich weiß gar nicht, ob Sie Geduld haben, die man strapazieren könnte; nach dem was ich bisher mitgekriegt habe, nicht —. Dann würde ich mich jetzt dem Ernährungsminister und in seinem Haushalt allen Flüssigkeiten, dem Wasser und der Milch, zuwenden. Vom Milchpfennig werden wir in der zweiten Lesung sicher wieder sprechen. Ich sage aber jetzt schon, daß er auch in anderen Ländern weggefallen ist, und zwar in Ländern, die das nicht durch Mittel zur Verbesserung der Molkereistruktur ausgeglichen haben, und in Ländern, in denen nicht eine zusätzliche Stärkung des Schulmilchfrühstücks stattfindet, wie sie sich bei uns im Haushalt niederschlägt, und in Ländern, die in der Wasserwirtschaft und bei der Reinhaltung der Flüsse nicht vor so schwierigen Aufgaben stehen, wie unser Land.

Ich bin damit am Ende dessen angelangt, was ich Ihnen heute vormittag im Namen meiner Fraktion vorzutragen hatte. Lassen Sie mich, wie der Herr Kollege Pütz, mit einer Zusammenfassung abschließen:

(B) 1. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, in denen das Land Nordrhein-Westfalen steht, die die Landesregierung vorgefunden hat und mit denen wir noch lange zu tun haben werden.

2. Wir haben diese Schwierigkeiten auch als Opposition nicht verkannt und sind deshalb in einer guten Ausgangslage.

3. Wir haben eine arbeitsfähige Koalition zwischen SPD und FDP bis zum Jahre 1970 geschlossen. Alle Spekulationen über diese Koalition sind nichts als Wortgeklingel; denn sie steht und sie arbeitet.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

In dieser Koalition besteht ein gutes, ein immer besser gewordenes Arbeitsverhältnis zwischen der Regierung und den sie tragenden Fraktionen. Die Regierung Kühn und alle ihre Minister haben unser Vertrauen.

Dieser Haushalt ist stabil. Er ist realistisch, weil er und soweit er optimistisch ist. Wir haben große Aufgaben vor uns, haben manche Sorgen, aber wir haben den Willen, die Instrumente und, wie wir glauben, die Fähigkeit, diese Sorgen zu lösen für unser Land und im Sinne aller Menschen dieses Landes.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat nunmehr Herr Abg. Möller von der Fraktion der FDP.

**Möller** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was ich nach der Haushaltsvorlage als erste Reaktion der CDU hörte, war das Pressegespräch von Herrn Kollegen Dr. Lenz. Er gebrauchte damals das Wort vom leichten Geld. Da war mir, als ob ich einen elektrischen Schlag bekäme. Aber dann fiel mir ein, daß er damit die Darlehen meinte, die wir aufnehmen wollen, das Pumpen, das wir machen müssen. Meine Damen und Herren, das ist kein leichtes Geld, das ist schweres Geld, das müssen wir nämlich mit Zins und Zinseszins zurückzahlen.

(Dr. Peters (CDU): Aber das Geld, das wir in der Tasche haben, wird leichter!)

Nun will ich auch sagen, was leichtes Geld ist. Wenn man nicht genug in der Kasse hat, belastet man den Bürger mit neuen Steuern und höheren Abgaben. Das steckt man sich ein, das gehört einem dann, und das ist leichtes Geld.

(Heiterkeit und Beifall)

Weil wir das nicht wollen, haben wir uns gefragt, was wir tun müssen, um auch so den Bürger dieses Landes mit Schulen, mit Straßen, mit Krankenhäusern anständig zu versorgen, um an der Ruhr zu helfen, um der Textilwirtschaft zu helfen. Aber was können wir tun? Wir können nur so viel tun, wie wir Geld in der Tasche haben. Wenn das alle ist, können wir nichts mehr tun, es sei denn, wir pumpen.

Und nun kommt's!

(Heiterkeit)

Man kann auch ruhig pumpen, wenn man Aufgaben damit erfüllt, die man mit dem normalen Geld nicht erfüllen kann, wenn es sich nämlich um Generationsaufgaben handelt.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Und ich bin sehr dankbar dafür, daß Herr Pütz — im Gegensatz zu früher — hier auch einmal erklärt hat — er hat nämlich nicht vom leichten Geld gesprochen; das ist mir aufgefallen —, daß man für solche Dinge auch pumpen k a n n.

(Zuruf des Abg. Hennemann (CDU))

Wann war das schon einmal, daß wir für Generationen drei Universitäten gebaut haben? Wann war es schon einmal der Fall, daß wir Straßen und Krankenhäuser in dem Ausmaße bauen, wie es der Herr Figgen tut?

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das kann eine Generation gar nicht verkraften! So! Und deswegen ist es auch gar nicht schlimm! Und im übrigen war ich sowieso von den Socken!

(Heiterkeit)

Denn, was haben unsere Leute in Bonn gesagt? — Kameraden, seid vorsichtig, nicht so fleißig mit dem Geldaufnehmen! Haltet da mal ein bißchen zurück! — Und mit Recht! Sie haben dazu auch Vorschläge unterbreitet, daß man das Zurückgeben nicht über neue Steuern regeln soll, sondern daß man Ausgabenansätze streichen sollte. Das alles ist nicht beachtet worden. Aber dazu kommen wir noch! Und ich bin so ehrlich, zu sagen, daß ich auch zu Ihren Vorhaben, Herr Finanzminister, sehr kritisch Stellung nehme.

(Dr. Lenz (CDU): Sehr gut!)

Im vorigen Jahr — das gebe ich ganz ehrlich zu — war die Praxis für mich nicht so ganz schmackhaft.

(Dr. Lenz (CDU): Sehr gut!)





(A) alles zu einem Parlament, das gehört auch zum Kräftespiel und zur Zusammenarbeit in einem Kabinett.

Herr Kollege Neuberger, ich habe vor mir — und wie können Sie da sagen, das Plenum dieses Hauses sei nicht über die wahre Situation informiert worden! — eine Niederschrift über die Plenarsitzung des Landtags vom 17. März 1960 liegen. Da habe ich über die Verhältnisse im Strafvollzug folgendes ausgeführt — Herr Präsident, ich bitte, das verlesen zu dürfen —:

> Alle Überlegungen, die wir über die zweckmäßige Gestaltung des Strafvollzugs anstellen, bleiben Theorie, wenn es uns an den praktischen Verwirklichungsmöglichkeiten fehlt. Diese Möglichkeiten sind durch den zur Verfügung stehenden Haftraum bedingt. Dazu nur wenige genaue Zahlen! Am 30. Januar 1960 betrug die normale Belegungsfähigkeit der Vollzugsanstalten in unserem Lande 16 367 Plätze. Am selben Tage befanden sich aber 20 083 Gefangene in diesen Anstalten. Das bedeutet, daß die Anstalten mit 3716 Gefangenen oder um fast ein Viertel ihres normalen Fassungsvermögens überbelegt sind. Daß diese Überbelegung besondere und vom Standpunkt eines modernen Strafvollzugs aus kaum zu bewältigende Probleme aufwirft, liegt auf der Hand. Das Hohe Haus und die Landesregierung werden überlegen müssen, ob und in welcher Weise man uns helfen kann. Solange das Haftraumproblem nicht befriedigend gelöst ist, müssen wir von den im Vollzug tätigen Kräften täglich zusätzliche persönliche Leistungen verlangen, damit die schlimmsten der sich aus den mangelhaften äußeren Umständen ergebenden Gefahren für einen sinnvollen Strafvollzug verhindert werden.

(B)

Ist das, Herr Kollege Neuberger, keine erforderliche Information? Haben Sie damals das getan, was nicht getan zu haben Sie Herrn Kollegen Lenz heute vorgeworfen haben? Haben Sie die Stimme des Protestes erhoben?

(Beifall bei der CDU)

Wir haben uns im Justizausschuß gemeinsam darum bemüht, außer mit der Frage des Haftraums mit den anderen Problemen des Strafvollzugs fertigzuwerden. Fortgesetzt haben wir Fortbildungstagungen veranstaltet. Ich habe alle führenden Leute des Strafvollzuges auf einer Tagung „Der Mensch im Strafvollzug" in der Evangelischen Akademie in Mülheim zusammengeführt. Auch Sie, Herr Kollege Neuberger, waren im Zweifel als Mitglied des Justizausschusses zu dieser Tagung eingeladen. Sie haben nicht teilnehmen können. Aber wenn Sie hätten teilnehmen können, würden Sie gemerkt haben, daß wir auf dieser Tagung die ganzen Probleme, von denen Sie jetzt so tun, als seien sie etwas völlig Neues, bereits erörtert und durchgeplant haben.

Im Jahre 1960 betrugen die Ausgaben für zusätzlichen Haftraum noch 4,7 Millionen DMark. Dank der Bemühungen des Justizausschusses waren es im Jahre 1961 7,7 Millionen DMark, 1962 10,4 Millionen DMark, 1963 12,4 Millionen DMark. Was tut ein Minister gegenüber seinen Kabinettskollegen, auch gegenüber dem Finanzminister? Er versucht, sich durchzuboxen, um das denkbar Mögliche zu erreichen. So wird es auch Ihnen gehen, Herr Kollege Neuberger.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Flehinghaus, ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

**Dr. Flehinghaus** (CDU): Herr Präsident, ich bin am Ende dessen, was ich heute noch sagen wollte.

Meine Damen und Herren, ich werde von der Möglichkeit Gebrauch machen, an der weiteren Erörterung dieser Dinge in der sachlichen Atmosphäre des Justizausschusses teilzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat der Abg. Rau von der SPD-Fraktion.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Heren! Mit diesen kurzen Schlußworten soll keine Debatte abgewürgt werden, denn wir müssen über die Sache, die heute hier verhandelt worden ist, weiter sprechen. Darin bin ich mit Herrn Dr. Flehinghaus und mit den Sprechern der Fraktionen völlig einig. Wir müssen über eine Sache weitersprechen, von der Herr Dr. Flehinghaus soeben gesagt hat, sie sei es wert, daß man sich ihretwegen aufrege. Einige Kollegen haben möglicherweise die Sorge gehabt, nun kämen die Dinge nicht mehr zur Sprache, die doch zur Sprache kommen müssen.

Ich möchte jetzt nicht näher auf die Frage eingehen, wie es denn gewesen ist, ob es denn nach unserer Auffassung objektive oder subjektive Gründe waren, die dazu geführt haben, daß in der Tat Probleme gesehen, aber nicht gelöst wurden. Ich meine, man müsse diesen Unterschied machen, und man müsse auch den starken Wechsel im Justizressort in den vergangenen Jahren auf dem Hintergrund der Frage sehen, wie denn Justizpolitik in den letzten acht oder zehn Jahren gesehen und verstanden worden ist. Dabei weiß ich, daß es andere als die Probleme des Strafvollzugs gewesen sind, die hier zu Veränderungen und zu Auseinandersetzungen auch innerhalb der CDU geführt haben. Ich verhehle auch nicht, Herr Kollege Dr. Flehinghaus, daß ich Ihnen auf weiten Strekken dieser Auseinandersetzungen — Sie erinnern sich, wir haben ja damals auch eine Parlamentarischen Untersuchungsausschuß gehabt — meinen Respekt nicht versagt habe.

Aber wenn Sie schon sagen, daß die Sache des Rechts es wert sei, daß man sich ihretwegen aufrege, dann muß man auch sagen, daß die Sache des Unrechts ein Anlaß ist, daß wir uns gemeinsam aufregen. Wie konnte es — jenseits der Frage, ob ein Minister zu viel oder zu wenig Publizität hat und seinem Ressort angedeihen läßt — geschehen, daß zwei Kollegen einer Fraktion in einer Drucksache des Landtages gegen einen Minister einen Vorwurf erheben können, der nach dem Strafgesetzbuch mit bis zu fünf Jahren Zuchthaus belegt wird, und daß dazu Wochen und fast Monate geschwiegen wird? Das, meine ich, ist eine Sache des Unrechts, über die man sich nun aufregen müßte.

(Beifall bei der SPD)

Die Sache des Rechts, so hat Herr Kollege Flehinghaus gesagt, vertrage nicht zuviel Publizität. Ich will Ihnen gestehen, daß das der eine oder andere denken mag —

(A) und sicher nicht nur bei Ihnen. Falls ich es je gedacht haben sollte — ich habe es nicht getan —, dann habe ich heute gelernt, daß die Sache des Rechts mehr Publizität braucht, auch in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD)

Wenn hier heute vom Herrn Kollegen Sträter gesagt worden ist, es sei Sache des Staates, zuerst für die Nichtkriminellen und dann für die Kriminellen zu sorgen, dann ist hier, abgesehen von der Frage, ob es bei dem, was wir heute diskutieren, um Kriminalität oder Nichtkriminalität geht, in der Tat eine entscheidende Frage an uns alle gerichtet, nämlich die, ob wir Menschen erster oder zweiter Klasse haben,

(Beifall bei der SPD)

ob Schuld und Urteilsspruch Menschen deklassieren, ob wir es zulassen dürfen, daß Alternativen wie „Wohnungen gegen Haftraum", „Straßen gegen Haftraum" aufgebaut werden, und ob wir zu solchen Unterscheidungen überhaupt kommen dürfen. Wenn wir — das ist meine und meiner Freunde Meinung — auf dem Wege zu solchen Unterscheidungen wie „Zuerst die Nichtkriminellen, dann die Kriminellen" sind, schaffen wir damit nicht nur eine Quelle neuer Kriminalität, sondern, so glaube ich, dann sind wir gezwungen, der Frage des Rechtes, der Frage des Strafrechtes und der Frage des Strafvollzuges mehr Bedeutung, mehr Gewicht und mehr Publizität zu geben, als wir das bisher getan haben.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht davon sprechen, daß nicht nur der Justizminister Neuberger deutlich und, wie wir meinen, richtig Versäumnisse der (B) Vergangenheit aufgezeigt hat, sondern daß auch von anderen Sprechern heute hier Vokabeln gebraucht worden sind, hinsichtlich derer ich Bedenken im Gespräch untereinander habe, sondern ich will auf ein letztes hinweisen, darauf nämlich — und deshalb bin ich für Ihren Beitrag, Herr Kollege Flehinghaus, dankbar —, daß Sie heute hier gestanden und gesagt haben, Sie hielten den Teil zwei des Erlasses des Justizministers für richtig und für nötig. Beim Teil eins hätten Sie rechtliche Bedenken. So habe ich Sie verstanden.

(Dr. Flehinghaus (CDU): Richtig!)

— Wenn das so ist, Herr Kollege Flehinghaus — ich teile diese Bedenken nicht, mich hat mein Freund Posser überzeugt —, dann frage ich: Warum bringt dann Ihre Fraktion den Antrag ein, beide Teile des Erlasses außer Kraft zu setzen?

(Schulze-Stapen (CDU): Dürfen wir keine eigene Meinung haben?)

— Doch, jede Fraktion darf eine eigene Meinung haben. Wir haben ja auch eine.

(Pürsten (CDU): Jeder einzelne sogar!)

— Ich habe nicht nach der Meinung der einzelnen und nicht nach der Kleinen Anfrage gefragt, Herr Kollege Schulze-Stapen, sondern nach dem Antrag der Fraktion der CDU, unterschrieben von Dr. Lenz und Fraktion, in dem es heißt:

> Die Landesregierung werde ersucht, den Justizminister zu veranlassen, diesen Erlaß aufzuheben.

Einen Erlaß, von dem wir uns von einem früheren Justizminister soeben haben sagen lassen, daß er ihn zumindest in einem beträchtlichen Teil für rechtlich zulässig und für nötig halte. Das ist die Frage.

Für mich ergibt sich daraus — darüber sollten wir in der zweiten Lesung reden, bei der Berichterstattung nach der Verweisung des Antrags der CDU an den Justizausschuß —, ob es nicht in Wirklichkeit doch so ist, daß die Debatte heute nicht gegen den Erlaß, sondern gegen diesen Justizminister gerichtet ist. Und weil wir diesen Eindruck haben, weil ich diesen Eindruck habe, darum meine ich, Ihnen hier als Schlußwort meiner Fraktion an diesem Tage sagen zu sollen: Wir glauben — und es ist nicht eine Frage der Schuld, wo wir die suchen —, daß die Menschen hinter Gittern, wie man so sagt, zu lange auch im Schatten, auch im Dunkel gelebt haben. Wir danken es diesem Justizminister, daß er mit einer vielleicht unerwarteten, aber mit einer für uns im ganzen erfreulichen Aktivität dazu geholfen hat, daß das anders geworden ist.

Wir können ihn nur ermuntern, in der Zusammenarbeit mit seiner Fraktion und dem ganzen Landtag diesen Weg unbeirrt weiterzugehen, zum Wohle aller Menschen unseres Landes, der Kriminellen und der Nichtkriminellen, der Latenten und der Manifesten!

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Die Fraktion der FDP hat auf Ihre Redezeit verzichtet.

(Beifall)

Herr Dr. Klose von der CDU-Fraktion hat noch das Wort zu einer persönlichen Erklärung.

**Dr. Klose** (CDU) (Korschenbroich): Herr Präsident, meine Damen und Herren, hier ist von einem Sprecher der Regierung bzw. von Rednern der Koalitionsparteien wiederholt der Vorwurf erhoben worden, der Kollege Frey und ich hätten mit unserer Kleinen Anfrage den Vorwurf gegenüber dem Justizminister erhoben, er habe durch seinen Erlaß den Straftatbestand des § 346 des Strafgesetzbuches erfüllt.

Wer die Frage in unserer Kleinen Anfrage richtig gelesen hat:

> Wie beurteilt die Landesregierung den Erlaß bzw. dessen Anwendung im Hinblick auf § 346 Strafgesetzbuch . . .

(Widerspruch bei der SPD)

kann einen solchen Schluß nicht ziehen!

(Beifall bei der CDU — Lebhafter Widerspruch bei der SPD — Ermert (SPD): Was soll es denn sonst sein?)

Ein derartiger Vorwurf ist auch zu keiner Zeit von uns erhoben worden. Die entsprechende Unterstellung weise ich entschieden zurück.

Auch dann, wenn es der Regierung nicht angenehm ist, auf unbequeme Fragen Antworten erteilen zu müssen, meine Damen und Herren, bleibt es das Recht der Mitglieder des Parlaments, ihr solche Fragen vorzulegen.

(Ermert (SPD): Nicht solche. Der Paragraph sieht Vorsatz vor!)





(A) — Jawohl, deshalb meine ich ja, daß man Sie nicht unterbrechen sollte.

(Innenminister Weyer: Ich plädiere ja für eine großräumige Lösung. Sie spüren es ja förmlich. — Heiterkeit)

**Weyer,** Innenminister: Meine Damen und Herren, die Bürger und ihre gewählten Vertreter werden sich sehr bald in der Verantwortung für die harmonische Fortentwicklung größerer Räume und die gerechte Förderung ihrer Teile zusammenfinden. Die Sorgen, daß es in den neuen Gemeinden zu einem Kampf der bisher selbständigen Teile um Vorrangstellungen kommen werde, daß einzelne Teile majorisiert und vernachlässigt werden könnten, werden meines Erachtens nicht bestehen, wenn allseits der gute Wille zur Zusammenarbeit gegeben ist.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein kleines Beispiel anfügen! Das geht jetzt nun aber nicht in den Makrokosmos hinein, sondern bewegt sich wieder in irdischen Größen.

(Heiterkeit — Hennemann (CDU): Da ist auch wieder der Herr Kultusminister zuständig.)

— Das ist richtig; dafür ist Fritz Holthoff zuständig.

Die Gemeinde Wahlscheid im Siegkreis, eine Gemeinde von 4 721 Einwohnern, soll nach den Vorstellungen des Oberkreisdirektors, des Regierungspräsidenten und der sogenannten Fliegenden Kommission meines Hauses mit den Gemeinden des Amtes Lohmar zu einer Großgemeinde vereinigt werden. Vor kurzem haben die Wahl(B) scheider einen schwarzen Sarg gezimmert

(Dufhues (CDU): Sarg?)

— Sarg! — und sind damit in feierlichem Zug nach Lohmar gezogen, um ihren Protest gegen das „Begräbnis" der Gemeinde Wahlscheid auszudrücken. In Lohmar angekommen, setzten sie den Sarg vor dem Rathaus Lohmar nieder. Die Lohmarer Ratsherren und Verwaltungsbeamten erwiesen sich als Meister der Situation. Sie luden die Wahlscheider Protestanten — das hat mit blau nichts zu tun, Herr Dufhues, sondern es sind eben nur die Protestanten in diesem Falle —

(Heiterkeit)

zu einem feuchtfröhlichen Umtrunk ein, der sich dann auch ganz in diesem Sinne entwickelte.

(Erneute Heiterkeit)

Zum Schluß war in Wahlscheid die einmütige Meinung festzustellen: Mit den Lohmarern kann man gut auskommen; wir werden uns schon vertragen!

(Heiterkeit)

Sie sehen, meine Damen und Herren, wie es sich dort verhielt; ich hoffe, daß eine gleiche Entwicklung auch im Landkreis Unna eintreten wird!

(Heiterkeit — Beifall bei den Regierungsparteien — Pürsten (CDU): Das wird ein teurer Spaß werden! — Weitere Zurufe)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich danke dem Herrn Minister für die Begründung der Regierungsvorlage und darüber hinaus auch für seine grundsätzlichen Ausführungen über das weitere Programm der Landesregierung.

(Heiterkeit und Zurufe)

— Ich meine nicht den „Höhenflug" des Ministers, sondern das weitere Programm einer kommunalen Neuordnung, das dem Landtag in dieser Form erstmalig von der Regierung bekanntgegeben worden ist.

Ich eröffne die Beratung des Gesetzentwurfs Drucks. Nr. 462 in erster Lesung. Wird das Wort gewünscht? — Es spricht Herr Abg. Heinen von der Fraktion der CDU.

**Heinen** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 114 Seiten hat die Regierungsvorlage Drucks. Nr. 462, die bei einem Teil der Kollegen trotz Eilzustellung noch nicht angekommen sind, 300 Seiten Aktenstücke sind noch zur Verteilung angekündigt; das ermutigt die CDU-Fraktion heute noch nicht, zu diesem komplexen Thema Stellung zu nehmen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU)

Was beim Innenminister möglich ist, ob mit oder ohne Fluggerät — so können wir in der kommunalen Neugliederung die Schallmauer nicht durchbrechen! Wir sind der Meinung — jetzt spreche ich zum Verfahren; das tue ich gleichzeitig als Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses und sicher auch mit Zustimmung des Herrn Dr. Waffenschmidt, des Vorsitzenden des Landesplanungsausschusses —, wir sollten uns nun nicht als diejenigen empfinden, die die Faust im Nacken haben. Uns scheint es wichtig zu sein, ein Verfahren zu entwickeln, das auch den Gemeinden draußen im Lande die Gewißheit gibt, daß hier nicht unter Zeitdruck diktiert, sondern nach vernünftigen Lösungen gestrebt wird.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grunde sind wir für eine intensive Beratung in den Fachausschüssen. Das setzt auch eine Behandlung der Materie während der Etatberatungen voraus. Ich will hier nicht an das Schreiben des Herrn Präsidenten erinnern, der uns gebeten hat, außer Etatfragen in der Zeit der Haushaltsberatungen nichts anderes zu behandeln. Wir werden nicht umhinkönnen, das doch zu tun. Denn wir sind schon am 7./8. November in Unna. Ich meine, hier kommt es darauf an, daß wir die Zeit finden, in den Ausschüssen eine vernünftige Beratung durchzuführen. Außerdem sollten wir da, wo es nottut und es gewünscht wird, Gelegenheit haben, uns an Ort und Stelle umzusehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich habe dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion zugesagt, 2½ Minuten zu sprechen. Die Zeit ist um. Ich danke Ihnen!

(Heiterkeit — Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Herrn Kollegen Heinen zugesagt, nicht länger als drei Minuten zu sprechen.

(Heiterkeit)

(Johannes Rau (SPD))

(A) Deshalb muß ich darauf verzichten, darüber zu meditieren, wie es ist, wenn jemand den Fuß auf den Sternen hat, aber hier unten lebt.

(Erneute Heiterkeit)

Ich weiß auch nicht, wie sich der Herr Innenminister vorstellt, das mit dem behandelten Gesetz zusammenhängende Problem vom Alkohol her zu klären;

(Heiterkeit)

denn, Herr Minister, Unna und Hamm liegen mir zu nahe bei Steinhagen!

(Große Heiterkeit — Frau Altewischer (CDU): Die brauen auch ein gutes Bier!)

Am Ende wollen die da auch noch hin und eingemeindet werden!

Zur Sache selbst: Wir haben es hier nicht mit einem Problem zu tun, das in den verschiedenen Fraktionen unterschiedlich behandelt würde. Deshalb will ich mich darauf beschränken, zum Formalen etwas zu sagen. Der Gesetzentwurf hat 114 Seiten; Herr Kollege Heinen hat bereits darauf hingewiesen. Dazu handelt es sich noch um Seiten, in denen nicht etwa manches einfach durch Belanglosigkeiten ausgefüllt wird, sondern um Seiten, in denen zwischen den Zeilen und in den Zeilen mancher kommunalpolitische und verwaltungsreformerische Sprengstoff steckt. Wir meinen in der Tat: Das muß gut und gründlich beraten werden! Wir dürfen uns hier nicht in Zeitdruck begeben. Wenn die V o r geschichte dieses Entwurfs zehn Jahre alt ist, dann darf die Geschichte des Entwurfs zwischen erster und dritter Lesung
(B) nicht nach Tagen oder Wochen bemessen und dadurch beschränkt werden; das wäre dem Mikro- und Makrokosmos nicht angemessen, von dem wir heute morgen gehört haben.

(Heiterkeit und Zurufe)

Bei Computern fallen mir immer Witze ein, die ich hier nicht erzählen darf. —

(Erneute Heiterkeit)

Wir sind der Auffassung, daß eine solch gründliche Beratung in den Ausschüssen auch deshalb stattfinden muß, weil mit diesem Gesetzentwurf die erste Initiative der Landesregierung vorliegt, die ein größerer praktischer Schritt zur Verwaltungsreform in unserem Lande ist. Wir kommen nicht nur aus der Theorie heraus zu den konkreten Maßnahmen, sondern wir kommen auch in einen heftigen und konkreten Streit; jeder weiß das, der einmal an Ort und Stelle gewesen ist.

Im Gegensatz zum Siegerlandgesetz ist hier der Versuch unternommen, einen ganzen Landkreis gemeindlich neu zu ordnen. Wenn ich es richtig sehe, ist dies das erste Mal in der Bundesrepublik der Fall. Deshalb kommt es darauf an, daß wir die Beratung dieses Gesetzes und das Gesetz selber zu einem Modellfall für alle die schwierigen Neuordnungsprobleme machen, mit denen wir es zu tun haben werden: das Stadt-Umland-Problem, die Zuordnung von Gemeinden in Ballungsrandzonen — davon haben Sie gesprochen, Herr Minister —, die Frage der Größe dieser Gemeinden und schließlich die Fragen der Verwaltungsstruktur, der Ämterverfassung oder der Einheitsgemeinde — all das wird uns an diesem Modell beschäftigen.

Es gibt ja, meine Damen und Herren, gegen die „Fliegende Kommission" noch sehr viel mehr Vorbehalte als gegen alle möglichen Fluggeräte. Wir hoffen, daß sich während der Beratungen die Bedenken gegen diese Fliegende Kommission ausräumen lassen und daß Anfangsschwierigkeiten nicht überbewertet werden. Wir begrüßen deshalb den Beschluß der beiden Ausschüsse, sich an Ort und Stelle ein Bild zu verschaffen, und ich kann nur hoffen, daß Sie sich dieses Bild auch durch Gespräche mit Ratsvertretern und Verwaltungsvertretern schaffen, denen es nicht immer nur um Amtsketten, sondern gelegentlich auch um Brückenbau geht. Wir hoffen, daß mit diesem Gesetz — wenn und wie immer wir es verabschieden werden — Maßstäbe gesetzt werden, an denen für unser ganzes Land der Wille zur Reform bei der Landesregierung und bei den Fraktionen dieses Hohen Hauses deutlich und sichtbar wird.

(Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat jetzt Herr Abg. Möller von der Fraktion der FDP.

**Möller** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, daß das Krach gab, das wußten wir alle. Aber daß es geschehen muß, das wissen wir auch.

Nun will ich Ihnen mal eines sagen, Herr Kollege Rau: Mit Vorsicht und Ruhe ja, aber nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben,

(Johannes Rau (SPD): Natürlich nicht!)

wie die Finanzreform im Bund.

(Zuruf des Abg. Johannes Rau (SPD))

— Ja, aber die dauert schon ein paar Jährchen, und deswegen meine ich, wir sollten doch sehen, daß wir zügig verfahren, denn sonst besteht die große Gefahr, daß die Unruhe im Land noch viel größer wird.

Eines aber ist sicher — das haben wir schon erreicht —, daß sich heute jeder Bürger mit seiner Gemeinde und seiner Verwaltung befaßt. Deswegen war es schon wert, daß wir die Sache überhaupt angefaßt haben. Ich habe noch niemals gesehen, daß die Bürger so viel Interesse an ihrer Verwaltung haben wie jetzt.

Nun — Kommission hin, Kommission her! Diese Kommission betreibt ein mühevolles Geschäft, und daß es dann nachher Ärger gibt, wenn etwas in der Zeitung steht, was die vielleicht gar nicht wollten, weiß ich auch. Aber es ist auch nicht so, daß wir nicht Bescheid wüßten. Sehen Sie einmal, Sie, Herr Dufhues und ich waren ja in Methler. Was wir da alle versprochen haben!

(Heiterkeit)

Da muß man erst einmal sehen, was dabei herauskommt!

(Erneute Heiterkeit)

— Ja, da waren Wahlen, Herr Dufhues! Sie haben da gesagt: „Die bleiben selbständig!" Ich weiß ganz genau, daß ich mich ein bißchen vorsichtig ausgedrückt habe. Aber das müssen wir überprüfen! Es ist nicht so, daß das, was die Kommission oder der Minister sagt, für uns Gesetz sein müßte!





(Mader (FDP))

(A) rungspflichtgrenze wegfallen soll. Ein großer Teil der Angestellten in diesen Betrieben hat also dann in Zukunft Anspruch darauf, daß die Sozialversicherungsbeiträge auch vom Unternehmer getragen werden. Das bedeutet erneut erhebliche finanzielle Belastungen, die auf die Betriebe zukommen.

Das muß man bei der Abwägung der Interessen berücksichtigen. Wir von der FDP-Fraktion haben wiederholt auf diese Dinge hingewiesen und auch darauf, daß eben der Mittelstand vor allen Dingen in erster Linie dadurch getroffen ist, weil es mittelständische Betriebe sind, die diese Last zu tragen haben.

Bei den letzten Beratungen, im Jahre 1961, ist damit argumentiert worden, daß die stillen Feiertage im November, die 4 an der Zahl sind, eigentlich nur 2 ausmachten, daß also nur am Sonnabend vor dem Totensonntag und vor dem Volkstrauertag eine Verkürzung der Einnahmen eintreten würde.

Meine Damen und Herren, das ist nicht richtig. So kann man nicht argumentieren, daß diese Betriebe hauptsächlich an diesen Tagen aufgesucht werden, sondern selbstverständlich werden sie auch aufgesucht in der Zeit vor dem Tag Allerseelen und vor dem Buß- und Bettag. Infolgedessen werden gerade im November diese Betriebe stark betroffen. Eigentlich sind es 8 Tage, die für die Unternehmen ausfallen.

Wir sind daher der Meinung, daß man dem Entwurf dieses Gesetzes zustimmen sollte, und bitten ebenfalls um Überweisung an den Hauptausschuß.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(B) **Präsident van Nes Ziegler:** Ich erteile Herrn Abg. Rau von der SPD-Fraktion das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte den Versuch machen, mit einigen Hinweisen auf das einzugehen, was Herr Kollege Dr. Flehinghaus angesprochen hat, und in ganz besonderer Weise zu begründen, warum Sie meinen Namen unter dieser Drucksache finden. Ich habe mir das gut überlegt.

(Fuchs (CDU): Wirklich?)

— Ja, ich wollte gerade versuchen, das im Gespräch etwas deutlicher zu machen.

Herr Dr. Flehinghaus hat von den erheblichen Bedenken seiner Fraktion gesprochen und davon, daß wir uns zum fünften Mal mit diesem Thema beschäftigen. Ich erinnere mich sehr gut der ausführlichen und gründlichen Beratungen im Jahre 1961, an denen ich damals mitwirken konnte.

Ich bin mit Ihnen, Herr Dr. Flehinghaus, der Meinung, daß es auch wichtigere Sorgen gibt. Aber immerhin hat uns dieses Thema damals so beschäftigt, daß mir heute noch in Erinnerung ist, daß im zuständigen Ausschuß ein Abgeordneter, und zwar ein prominenter Abgeordneter Ihrer Fraktion, den Wunsch vorgetragen hat, doch die Sperrzeit von 0.00 Uhr zu verlängern, weil sie den Tagesrhythmus störe.

Das war ein Gedanke, der, völlig ohne irgendeinen weltanschaulichen Hintergrund, ganz einfach von einer Erfahrung ausging, die ich auch gelegentlich gemacht habe. Zum Beispiel — entschuldigen Sie, wenn ich das so biographisch sage — wenn ich abends mit ein paar Freunden nach einer Theateraufführung zusammensaß, brach auf einmal die Musik ab, und es hieß: Dürfen wir kassieren? Jetzt beginnt ein stiller Feiertag. Für uns begann gar kein stiller Feiertag; wir waren im Gespräch über eine Sache und in einer angeregten Unterhaltung und fühlten uns gemaßregelt. Es war ein solides Lokal. Es gibt auch solide Lokale, und wir sollten das, was hier augenblicklich behandelt wird, nicht zu sehr unter dem Eindruck ganz bestimmter Betriebe sehen, die Ihnen und mir und dem einen oder anderen nicht gefallen, aber anderen eben besser gefallenen. Man soll über Geschmack nicht streiten, und darum geht es ja heute auch gar nicht.

Daß es darum nicht geht, meine Damen und Herren, das zeigen die entsprechenden gesetzlichen Regelungen in den Stadtstaaten, in Hamburg, in Bremen und in Berlin, die alle vorgelegt und durchgeführt wurden, während die dortigen Sozialdemokraten in einer Koalition mit der CDU waren.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fuchs?

**Johannes Rau** (SPD): Gerne.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Fuchs!

**Fuchs** (CDU)*): Herr Kollege Rau, ist Ihnen bekannt, daß durch dieses jetzt gültige Gesetz die Sperrstunde, von der Sie sprachen, überhaupt nicht berührt wird, daß Sie also auch nach 24.00 Uhr Ihr Bier bei dem Gespräch austrinken konnten?

**Johannes Rau** (SPD): Ja sicher ist mir das bekannt. Deshalb habe ich ja davon gesprochen, daß das vor der Novellierung 1961 war. Ich wollte Ihnen nur damit deutlich zu machen versuchen, daß man dieses Problem wirklich ohne jede Gemütsbewegung, ganz ruhig und sachlich diskutieren kann, und ich versuchte gerade, Ihnen vorzutragen, daß Regelungen in anderen Bundesländern bestehen, die von Ihrer Fraktion mitgetragen werden und wo es offenbar Schwierigkeiten dieser Art nicht gibt.

Nun ist in der Tat die Vorstellung, die Herr Kollege Flehinghaus hier erweckt hat: Stellen Sie sich das vor — so kam das bei mir an —, da wird also in der Nacht auf den Karfreitag irgendwo getanzt, auch für mich eine Vorstellung, die ich nicht nachzuvollziehen im Stande bin und der ich nicht meine Hand leihen möchte. Ich habe das auch nicht getan. Denn das wird überhaupt nicht durch das berührt, was wir hier beschließen, weil der § 8 des Gesetzes, der nicht novelliert werden soll, ausdrücklich diesen Gründonnerstag unter besonderen Schutz stellt. Wir möchten diesen Schutz erhalten wissen.

Mir liegt daran, Ihnen zu sagen, daß für mich dieser Entwurf keinerlei religöse Gefühle verletzen, sondern daß er den Raum der Freiheit vergrößern soll für Menschen, die selber entscheiden können und selber entscheiden können müssen, wie sie leben, wie sie ihr Leben einrichten. Das gilt genauso für diejenigen, die, weil ihnen diese Feiertage so wichtig sind, an solchen Tagen kein öffentli-

*) Vom Redner nicht überprüft (§ 104 GeschO)

(Johannes Rau (SPD))

(Sonn- und Feiertagsgesetz)

(A) ches Lokal besuchen, weil das ihrem Lebensstil, weil das ihrer Lebensauffassung nicht entspricht.

Meine Damen und Herren, für mich steckt ein nicht schrecklich wichtiges Problem dahinter, aber in der Tat die Frage, ob wir eigentlich in diesen Feiertagen dem, was wir angeblich schützen wollen — nämlich die Bedeutung ganz bestimmter Fixpunkte im Leben eines Volkes — dadurch einen Dienst leisten, daß wir auf gesetzliche Regelungen zu verordneter Trauer und zu verordneter Besinnlichkeit kommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, meine Damen und Herren, wir sollten das nicht zu eng tun, wir sollten das nicht zu oft tun. Es kann eine Situation des Überdrusses über mancherlei Reglementierungen entstehen, eines Überdrusses, der für mich auch schon bei der Art und Weise auftaucht, wie Rundfunk- und Fernsehsendungen offenbar meine Gemütsbewegungen mitbestimmen wollen,

(Beifall bei der SPD)

während ich nach einem anderen Lebensrhythmus glaube leben zu können und zu sollen. Es geht nicht darum, daß irgendeinem Menschen verwehrt werden soll, diese Feiertage als Anlässe der Besinnung, als Anlässe der Konzentration auf ein bestimmtes Thema, möglicherweise auch als Daten der Heilsgeschichte, für sich zu verstehen. Das gilt für jeden Sonntag wie für jeden gesetzlichen Feiertag. Aber ob jemand das tut, ob jemand das kann,

(Schneider (FDP): Auch für jeden Werktag!)

(B) — das gilt für jeden Tag in der Tat — da sind wir nicht die Zuchtmeister der Gesellschaft. Da haben wir freizugeben, und da haben wir uns selber als einzelne und als Gruppen zu verantworten, aber nicht andere zu vereinnahmen, die nicht nach unserem Lebensrhythmus und nicht nach unseren weltanschaulichen Vorentscheidungen zu leben bereit sind.

Deshalb glaube ich, daß es in der Tat wichtigere Materien gibt als diese Novelle, aber daß sie ein Zeichen dafür sein könnte, ob wir Mündigkeit, ob wir Pluralismus in den Grenzen, die durch allgemeine Gesetze bestimmt sind, ernst nehmen und danach zu verfahren bereit sind, oder ob wir das Überkommene nur deshalb bewahren, weil es möglicherweise unserem privaten Lebensstil mehr entspricht.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung in erster Lesung geschlossen. Vorgeschlagen ist die Überweisung an den Hauptausschuß. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuß seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer großen Anzahl von Gegenstimmen aus der Fraktion der CDU und ohne Stimmenthaltungen ist beschlossen, den Gesetzentwurf an den Hauptausschuß zu überweisen.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

**Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses:**

**Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben sowie Haushaltsvorgriffe im 2. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1967 im Betrage von 10 000 DM und darüber.**

**— Drucksache Nr. 465 —**

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. Solbach. Ich erteile ihm das Wort.

**Dr. Solbach** (SPD) Berichterstatter: Herr Präsident, Meine Damen und Herren! Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich in seiner Sitzung am 18. Oktober 1967 mit der Vorlage Nr. 306, die mit der Ihnen nun vorliegenden Drucks. Nr. 465 identisch ist, befaßt, und sie einstimmig gebilligt.

Rund eine Million DMark an Überschreitungen entfallen auf den Kultusetat, Überschreitungen in Höhe von 37,2 Millionen DMark entfallen auf den Haushalt des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, davon 3,3 Millionen DMark auf Darlehen für Flurbereinigungsmaßnahmen, die also dafür sorgen, daß diese wertvolle Arbeit weiter fortgesetzt werden konnte. Weitere 33,9 Millionen DMark sind fällig geworden als Entschädigungsanteil des Landes infolge des starken Seucheneinbruchs. Dem Landwirtschaftsausschuß ist inzwischen bekanntgeworden, daß sich dieser Betrag noch erhöhen wird; er ist im Augenblick auf 43,4 Millionen DMark angestiegen, so daß weitere Anforderungen hier zu erwarten sind. Der Grund ist, wie gesagt, ein überaus starker Seuchengang.

Bei einer der früheren Berichterstattungen hatte ich an das Beispiel des Landschaftsverbandes Rheinland, der bei seinen Überschreitungsanforderungen auch Deckungsvorschläge anbietet, angeknüpft und dies auch für das Land als wünschenswert bezeichnet. Es würde zweifellos zu besonders sorgsamer Wertung führen, wenn sich die einzelnen Stellen, die Überschreitungen des Etats fordern, zugleich auch Gedanken über eine Deckung innerhalb des eigenen Etats machten. Deshalb gebe ich diese Anregung erneut weiter.

Im übrigen erbitte ich freundlichst Ihre Zustimmung zu dem einstimmigen Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses Drucks. Nr. 465 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr! Die Gegenprobe bitte! — Stimmenthaltungen? — Der Ausschußantrag ist damit einstimmig angenommen.



(Hauser (CDU))

(Haushaltsgesetz 1968)

(A) dieser Frage etwas mehr sagen könnten, als nur ganz allgemein zu erklären oder erklären zu lassen, daß es sich hier um befristete Aufträge handle, ohne im einzelnen zu definieren, für welchen Zeitraum diese „kurzfristige Aufgabenstellung" vorgesehen ist und um welche Aufgaben es sich dabei handelt.

Eine weitere Frage ist in diesem Zusammenhang für uns von Bedeutung: die Organisation der Staatskanzlei überhaupt. Im Etat steht hier noch ein Ansatz für den Minister für Bundesangelegenheiten. Für das Gehalt des Herrn Ministers für Bundesangelegenheiten steht auch im Einzelplan 08 ein Ansatz. Da wir nicht davon ausgehen können und wollen, daß der Herr Minister zwei Gehälter bezieht

(Heiterkeit)

— Sie möchten das gern; ich habe Verständnis dafür —,

(Erneute Heiterkeit)

erhebt sich für uns die Frage, Herr Ministerpräsident, ob Sie die Absicht haben, die Stelle des Bundesratsministers im Laufe dieses Haushaltsjahres neu zu besetzen. Denn sonst könnte ja eine dieser beiden Positionen — entweder im Einzelplan 02 oder im Einzelplan 08 — gestrichen werden. Das wäre für uns sehr interessant zu wissen.

Ein Weiteres ist für uns nicht ohne Interesse. Wir haben erfahren, daß der Herr Chef der Staatskanzlei im Augenblick mit Sonderaufgaben betraut ist und daß seine eigentlichen Aufgaben als Chef der Staatskanzlei an einige Herren in der Staatskanzlei — an den Abteilungsleiter I und an den Chef der Landespressestelle — delegiert worden sind. Als Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats (B) für politische Bildung muß ich in diesem Zusammenhang sagen, es gefällt mir außerordentlich schlecht, daß gerade die Fragen der politischen Bildung im Augenblick nicht von dem Herrn Staatssekretär, sondern von dem Leiter des Landespresseamtes bearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich, ob das vielleicht ein erster Schritt ist, die Landeszentrale für politische Bildung etwas stärker an das Landespresseamt anzubinden. Bisher konnte man immer davon ausgehen, daß wir hier im Parlament in allen Fraktionen der Meinung sind, das eine habe mit dem anderen nichts zu tun.

Wir haben vor einigen Wochen hier im Landtag leider die Interpellation der Fraktion der CDU zur Reorganisation der Staatskanzlei und der Landesregierung nicht besprechen können, obwohl der Herr Ministerpräsident in der ersten Lesung zu einigen Fragen Stellung genommen hat. Aber alles das, was wir erfahren haben, auch das, was ich jetzt zuletzt angeschnitten habe, die Betrauung des Chefs der Staatskanzlei mit Sonderaufgaben, die Einsetzung von Beraterteams, die jetzt zum Teil das wahrnehmen sollen, was die aufgelösten Ämter in der Staatskanzlei vorher wahrgenommen hatten, alles das gibt uns den Eindruck, daß die Fragen der Organisation in der Spitze der Landesregierung und in der Landesregierung überhaupt absolut ungeklärt sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben den Eindruck, daß das auch der Grund für die mangelnde Koordination ist, die sich uns in verschiedensten Fällen durch die unterschiedlichsten Erklärungen der Minister dieser Landesregierung deutlich zeigt. Wenn beispielsweise der Herr Innenminister erklärt, daß die Radikalisierung im Ruhrgebiet durchaus nicht beunruhigend sei, während der Herr Ministerpräsident genau das Gegenteil sagt, fragen wir uns natürlich: Was ist denn nun richtig?

(Zustimmung bei der CDU — Böhm (SPD): Wissen Sie es denn nicht, wie es richtig ist?)

Ich bin der Meinung, wir müssen ein Interesse daran haben, hier eine klare Aussage der Landesregierung zu bekommen. Denn diese Vorgänge haben wir alle, gleichgültig ob wir in der Regierung oder in der Opposition sind, zu beachten, und wir wollen doch sicherlich miteinander dafür sorgen, daß diese Dinge in Ordnung kommen. Aber das läßt sich nur dann machen, wenn auch die Landesregierung für sich zunächst einmal eine klare Auffassung hat und wenn nicht in verschiedenartigsten Erklärungen immer wieder etwas anderes gesagt wird.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für eine Reihe von anderen Äußerungen, die von Ministern der Landesregierung und vom Ministerpräsidenten oder von prominenten Beamten der Landesregierung in der Öffentlichkeit gemacht werden. Wir verstehen, daß eine solche Situation natürlich die Leistungsfähigkeit dieser Landesregierung erheblich beeinträchtigt, was sich ja auch in den politischen Leistungen zeigt.

(Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD)

Deshalb möchte ich hier für die CDU-Fraktion ganz klar feststellen, daß wir nicht in der Lage sind, dem Haushalt des Ministerpräsidenten unsere Zustimmung zu geben, solange wir den Eindruck haben müssen, daß die organisatorischen Fragen, die Führungsfragen in dieser Regierung in einer Form geklärt sind, die eine leistungsfähige Landesregierung nicht möglich macht.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster hat das Wort Herr Abg. Rau von der SPD-Fraktion.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man alte Protokolle liest, kann man klüger werden. Man kann zum Beispiel feststellen, daß der damalige Vorsitzende der SPD-Fraktion beantragt hatte, von den 400 000 DM für die Landespressestelle 150 000 DM zu streichen. So hat Herr Kollege Hauser uns hier eben berichtet, offenbar in der Meinung, die 150 000 DM, die damals hätten gestrichen werden sollen, wären identisch mit denen, die jetzt auf diese 400 000 DM gelegt werden sollen.

Nun, dann muß man weiter lesen, wenn es spannend ist. Dann kann man nämlich nachlesen, wie dann der Regierungschef von damals, Herr Dr. Meyers, hierher gegangen ist und eine Erklärung abgegeben hat über die völlige Unzulänglichkeit dieser 400 000 DM und vorgerechnet hat, wie das in den anderen Ländern aussähe. Und ich erinnere mich, daß ich selber Zwischenfragen dazu gestellt habe, in der Meinung, ich könnte Herrn Dr. Meyers widerlegen. Das ist mir nicht gelungen. Er konnte nachweisen, daß in allen Ländern — —

(Zuruf von der CDU)

(Johannes Rau (SPD))

(A) — In der Tat, aber deshalb hätten Sie nicht so entscheiden müssen, wie Sie entschieden haben. Aber: in allen Ländern haben wir es mit Mehraufwendungen für den Bereich der Landespressestellen zu tun.

(Pieper (CDU): Sie haben damals dagegen gestimmt!)

Es kommt dazu, meine Damen und Herren, daß ein Betrag, der im Jahre 1964 die richtige Höhe hatte, im Jahre 1968 einen anderen Wert darstellt, als er das 1964 getan hat.

(Zuruf von der CDU)

— Das gilt für den ganzen Haushalt. Der Haushalt hat ständige Steigerungen in bestimmten Bereichen, und es gibt Steigerungen auf diesem Felde, die nicht abzuwehren sind, weil sie schlicht in der Kostenentwicklung liegen.

Aber, was hier angesprochen wurde, lag ja nicht nur in der Kostenentwicklung. Der Leiter des Landesamtes für Information hat uns ja in der Sitzung des Hauptausschusses dargestellt, welche zusätzlichen Aufgaben übernommen werden sollten.

Herr Kollege Hauser, ich hatte den Eindruck, daß die Kolleginnen und Kollegen von der CDU durchaus befriedigt waren. Sie haben damals in der Sitzung des Hauptausschusses fröhlich zu dieser Erhöhung der Position ja gesagt

(Hört, hört! und Beifall bei der SPD)

und jetzt suchen Sie den Aufhänger, an dem Sie die angebliche Leistungsunfähigkeit der Landesregierung erweisen wollen, und da nehmen Sie eben diese Position. Genauso hätten Sie, so glaube ich, aus Ihrer Sicht (B) jede andere Position nehmen können.

Ich glaube, daß auf die Pressestelle, daß auf die Informationspolitik der Landesregierung im kommenden Jahr schwierigere und größere Aufgaben zukommen, als das in den vergangenen Jahren der Fall war. Die Probleme, mit denen wir es zu tun haben, machen es nötig, daß wir eine Informationspolitik der Landesregierung betreiben und stützen — —

(Zuruf von der CDU: Ersatz für schlechte Regierung?!)

— Ersatz für schlechte Regierung? — Die schlechte Regierung haben wir doch ersetzt, im Dezember, da waren Sie nur nicht da!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD — Dr. Meyers (CDU): Darüber sprechen wir noch!)

— Wir sprechen noch darüber, Herr Dr. Meyers? Wir würden uns freuen, wenn Sie hier noch einmal sprächen!

(Dr. Meyers (CDU): Wann ich hier spreche, das überlassen Sie mir!)

— Wir würden uns wirklich freuen!

Meine Damen und Herren, die Probleme, mit denen wir es zu tun haben, werden dringlicher. Wir sollten alles tun, um durch eine gute, straffe und überparteiliche Informationspolitik der Landesregierung dafür zu sorgen, daß die Differenz zwischen der staatlichen Ordnung, die wahrgenommen und gehalten werden muß, und den Bürgern dieses Landes nicht größer wird auf Grund der Probleme, mit denen wir uns in diesem Lande zum Teil herumzuschlagen haben, und mit denen viele Menschen dieses Landes ihre Sorgen haben.

Ich glaube, daß wir vor ganz neuen und bisher nicht zu sehenden Aufgaben stehen, speziell auch im Revier und gegenüber den Menschen des Reviers.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Hauser hat einen zweiten Punkt angesprochen, nämlich die Frage des **Beraterstabs und der entsprechenden Verträge**. Ich will hier nicht darüber reden und rechten, in welcher Größenordnung diese Verträge sind, mit welchen A- oder B-Gehältern diese vergleichbar sind:

erstens bin ich dafür nicht zuständig,

zweitens kann ich nur hoffen, daß sich die Landesregierung sehr qualifizierte Berater holt und sie so honoriert, wie sie es verdienen und verdient haben.

(Beifall bei der SPD)

Den Weg, über drei Beratungsverträge und zwei Abordnungen einen solchen Beratungsstab zu schaffen, halte ich für richtig.

Sehen Sie einmal zur Großen Koalition nach Bonn! Da muß ein ausgewachsener Ministerialdirektor seit 11 Monaten sitzen und einen Beraterstab konzipieren, der immer noch nicht besteht, aber schon Geld kostet. Hier wird es anders gemacht. Es wird mit weniger Aufwand gemacht, und das scheint mir richtig zu sein.

Wir können es uns doch nicht leisten, daß die Regierung eines Landes mit 17 Millionen Menschen in der Spitze schlechter ausgestattet ist als ein mittlerer Industriebetrieb!

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen doch dafür sorgen, nicht etwa, daß Arbeit doppelt getan wird, die auch in den einzelnen Ressorts geschehen kann, sondern daß in der Spitze der Regierung nicht nur koordiniert, sondern auch nachgedacht wird und geplant wird, daß endlich das geschieht, was mit dem Wort Planung so lange „verteufelt" worden ist. Wäre es nicht verteufelt worden, ständen wir in einer besseren Situation.

(Beifall bei der SPD)

Drittens habe ich auf die nicht sehr belangvolle Frage etwas zu sagen, ob da **zwei Gehälter für einen Minister** stehen. Die Frage ist deshalb nicht belangvoll, weil sie ja im Ausschuß beantwortet worden ist.

Der Minister bezieht nur e i n Gehalt, und die Landesregierung hatte keine Bedenken gegen die Streichung des Betrages. Das hat sie auch vorgetragen, das hätten wir hier nicht zu wiederholen brauchen. Aber ich möchte hier erklären, daß uns daran liegt, daß die beiden Ministerien bestehenbleiben. Wir haben eine Union: e i n Mann übernimmt zwei Ministerien. Aber nun gilt es nicht, das eine Ministerium zu streichen.

(Hennemann (CDU): Halten Sie das bei der Fülle von Aufgaben für richtig?)

— Ja, das haben wir besprochen. Erstens, weil der Mann richtig ist, und zweitens, weil die Kombination der Aufgaben richtig ist.

(Beifall bei der SPD)





(Johannes Rau (SPD))

(A) Im Augenblick stehen in Bonn die Probleme im Vordergrund, die den Wirtschaftsminister dieses Landes nicht nur beschäftigen, sondern belasten. Das haben wir noch vor wenigen Wochen in der Kohledebatte erfahren. Ich halte im Grundsatz eine solche Personalunion nicht für wünschenswert, aber ich halte sie in diesem Falle und angesichts dieser Verschränkung der Probleme zwischen Bundesangelegenheiten und Wirtschaftspolitik nicht nur für zweckdienlich, sondern für optimal gegenüber jeder anderen Lösung.

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten nur, daß die Position im Haushalt stehen bleibt, damit deutlich ist: es sind und bleiben zwei Ministerien, und wir messen der Koordination mit dem Bund und der Kooperation mit den übrigen Bundesländern den Rang eines eigenen Ministeriums zu.

(Hennemann (CDU): Dann reicht aber ein Leertitel?)

— Sicher reicht ein Leertitel. Deshalb hat die Landesregierung gesagt: Das ist ein Irrtum, wir bitten zu streichen. Das ist aber im Hauptausschuß gesagt worden.

(Böhm (SPD): Warum ist das denn noch einmal aufgebracht worden?)

— Das ist noch einmal aufgebracht worden, Kollege Böhm, damit ein Anlaß war, hier noch einmal über die angebliche Unfähigkeit der Regierung Kühn zu sprechen.

(Zuruf von der CDU: Es ist ja nicht gestrichen worden!)

(B) — Es ist nicht gestrichen worden.

(Zuruf von der CDU)

— Selbstverständlich, sofort einverstanden! Es herrschte aber schon im Hauptausschuß darüber Übereinstimmung, daß wir es hätten streichen können.

Ich will noch ein paar Sätze zu der Frage sagen, wo die **Landeszentrale für Politische Bildung** ressortieren soll. Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Kollege Hauser, ob sie bei Halstenberg oder Stallberg — um es einmal in Personen zu sagen — ressortiert, finde ich relativ uninteressant. Interessant finde ich, ob wir in der Zukunft dazu kommen, aus dieser Landeszentrale für Politische Bildung ein Instrument zu machen, in dem wirklich die politische Bildung bedacht und betrieben wird, die alle Fraktionen dieses Hohen Hauses meinen. Da liegen — ich glaube, es besteht darüber Übereinstimmung unter den Fraktionen dieses Hauses; ich darf das gerade im Blick auf die letzten Sitzungen sagen — unsere Bedenken nicht bei der Frage der Zuständigkeit Halstenbergs oder Stallbergs, sondern da liegen sie in der uns vorgelegten Arbeit, und über die müssen wir miteinander reden. Dabei werden wir uns völlig in der Meinung treffen, daß es keine Politisierung im Sinne des Utilitaristischen einer solchen Landeszentrale geben darf. Die ist nicht für eine Partei da, sie ist nicht für eine Koalition da, sondern diese Landeszentrale ist dazu da, die Einübung in die Demokratie gerade für junge Menschen zu erleichtern und zu ermöglichen. Damit ist sie für alle Parteien dieses Hauses da und für das, was die Parteien dieses Hauses meinen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich ein letztes sagen! Wenn wir hier unsere Zeit damit vertun, daß wir uns Gedanken darüber machen, wie welcher Minister was gemeint haben könne und wie man welchen Satz des einen gegen einen Satz des anderen stellen könne, dann überlege ich mir sehr, ob es eigentlich noch andere als beschäftigungstherapeutische Gründe für ein solches Verfahren gibt.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Na!)

Der Innenminister hat in einer seiner Pressekonferenzen auf Grund des ihm vorliegenden Materials gegen das Gerede von der **Radikalisierung** gesprochen und gesagt, es sei festzustellen, daß weder bei der KPD, noch bei rechtsradikalen Gruppen ein erheblicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen sei. Gut! Der Ministerpräsident hat in anderem Zusammenhang gegenüber anderen Gesprächspartnern gesagt, daß die Situation an der Ruhr beunruhigend sei und daß es Anzeichen für eine beginnende Radikalisierung gebe. Das hat der Ministerpräsident gar nicht als erster gesagt, das hat, als er noch nicht Ministerpräsident war, zum Beispiel Herr Barzel gesagt. Das stimmt auch. Und es stimmt, meine Damen und Herren, daß uns keine Statistik über Mitgliederbestände

(Dr. Lenz (CDU): Aber die Meinungsumfragen!)

— Moment — bei der Frage hilft, wie die Menschen an Rhein und Ruhr auf die Strukturkrise in Kohle, Stahl und Textil reagieren. Es ist aber in der Tat wichtig, eines Tages — und möglichst bald — zu wissen, wie denn die Meinung im Revier ist, und deshalb hat die Landesregierung vorgesehen, eine **Meinungsumfrage** zu veranstalten. Ja, da sind Sie dann auch dagegen. Vorher wollen Sie von der Landesregierung wissen: Radikalisierung — ja oder nein? dann will es die Landesregierung exakt feststellen, und dann sind Sie auch wieder dagegen.

Meine Damen und Herren, dieses **Auseinanderdividieren von ministeriellen Äußerungen**, wie Sie es hier betreiben, haben wir erlebt, als wir noch mit Herrn Franken über Wohnungsbaupolitik diskutierten und da noch unterschiedliche Äußerungen auseinanderdividiert wurden. Wir haben es erlebt bei Figgen und Weyer in Fragen der Verwaltungsreform. Wir halten es durch, daß Sätze aus dem Zusammenhang gerissen und gegeneinandergestellt werden. Die Effektivität dieser Landesregierung erweist sich, wie wir glauben, daran, daß diese Landesregierung die Probleme an der Ruhr nicht nur erkannt, sondern mutig angepackt und mit einer klaren Sprache den Menschen unseres Volkes klar gesagt hat. Wir meinen, das sei wichtiger, als einzelne Differenzen. Wo ist denn ein Ministerpräsident, wo ist denn ein Minister anderer Fraktionen, der sich in Hückarde vor 12 000 Leute gestellt und mit diesem Mut und dieser Klarheit endlich einmal die Wahrheit sagt!

(Beifall bei der SPD)

Ob wir schon Radikalisierung haben oder nicht, das werden wir feststellen, meine Damen und Herren. Aber daß es nicht zur Radikalisierung kommt und daß latente Radikalisierung nicht manifest wird, dafür werden wir sorgen und dafür garantiert mit diesen Fraktionen diese Landesregierung, von der wir meinen, man müsse sie mit stärkeren Waffen attackieren, als wir sie heute morgen hier erlebt haben.

(Beifall bei der SPD)

(A) scheidungen, nach mancher personellen Fehlentscheidung nicht das Vertrauen in diese Regierung, nicht das Vertrauen, das uns die Möglichkeit gibt, dem Einzelplan 02 zuzustimmen. Aus dieser grundsätzlichen Haltung heraus, aus der Haltung des mangelnden Vertrauens in diese Regierung verweigern wir die Zustimmung zum Einzelplan 02.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Johannes Rau von der SPD-Fraktion.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dufhues hat darauf hingewiesen, daß dies in der Tat der Einzelplan ist, an dem eine Opposition Zustimmung oder Ablehnung zur Kenntnis bringt. Ich kann mich nicht erinnern, daß der Einzelplan 02 von der jeweiligen Opposition je angenommen worden ist. Insofern sind wir in einer Situation, wie wir sie jährlich wiedererleben.

Ich möchte aber auf das, was Herr Kollege Dufhues gesagt hat, doch in drei Punkten eingehen.

Sie haben, Herr Kollege Dufhues, noch einmal von der Zuordnung der Landeszentrale für politische Bildung gesprochen, und Sie haben Grundsätze für diese Landeszentrale aufgestellt, die mit dem identisch waren, was der Herr Ministerpräsident vorher gesagt hatte. Sie haben auch die Funktion des Leiters des Landespresseamtes — wie ich glaube — richtig beschrieben. Aber die Rückfrage, die zu stellen wäre, ist doch wohl die: Gibt es denn irgendeine Entscheidung des Leiters des Landes- (B) presseamtes, die erwarten läßt, daß die Landeszentrale nicht objektiv, nicht fair, nicht überparteilich geleitet wird? Wenn eine solche Entscheidung vorläge, dann müßten wir über diese Entscheidung reden.

(Dr. Lenz (CDU): Das werden wir noch einmal tun!)

— Das tun wir dann noch einmal? Sie werden keine Gelegenheit dazu haben, weil die Landeszentrale für politische Bildung in der Staatskanzlei fair und überparteilich geleitet wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, das ist nicht immer so gewesen,

(Erneute Zustimmung bei der SPD)

und ich meine, wir könnten uns in der Kritik an dieser Landeszentrale und an manchem, was da geschehen ist, sehr schnell verständigen. Wir wollen alles tun, damit es anders wird. Die Sache 1958

(Dr. Lenz (CDU): War schlecht!)

— war schlecht!

(Dr. Lenz (CDU): Jawohl!)

Sie war nicht so schlecht wie Ihre Anzeigenaktion 1966, weil die nicht einmal im Haushalt stand.

(Dr. Meyers (CDU): Die ist nicht von der Landeszentrale gemacht worden!)

— Nein, von der Landesregierung; das ist ein kleiner Unterschied.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber das war noch schlechter, weil Sie nicht einmal die Mittel im Haushalt hatten und weil Sie über Bindungsermächtigungen die nächste Regierung für Anzeigen und für Plakataktionen festlegten, von denen wir genau wußten, welchen Sinn sie haben sollten.

(Dr. Meyers (CDU): Das habe ich alles von Ihrer Regierung Steinhoff gelernt!)

Mißtrauen gegenüber einer Institution, die Demokratie einüben soll, ja! Aber dann bitte Belege für die Berechtigung des Mißtrauens!

Herr Kollege Dufhues hat eine ganze Reihe pauschaler Formulierungen gebraucht. Er hat von personellen Fehlentscheidungen gesprochen. Welche denn? Er hat von mangelndem Vertrauen gegenüber dem Regierungschef gesprochen. Ist das nicht der Regierungschef, mit dem Sie koalieren wollten, derselbe Mann? — Wir sollten nicht so pauschal miteinander reden.

Wenn Herr Kollege Dufhues vom Gebot der Stunde und davon spricht, daß die Menschen an der Ruhr darauf warten, daß dieser Regierungschef handelt, einverstanden! Aber den Handlungsspielraum dieses Regierungschefs, den bestimmen wir hier, und den bestimmen Sie mit. Und da ist die Frage, wie es denn mit unserer Kohleresolution steht, die wir hier einstimmig gefaßt haben. Gilt die noch, oder steigen Sie auf dem Umweg über Polemik, wie wir sie nach dem 8. November haben hören und lesen müssen, aus? Das ist die Frage: Ob dieser Regierungschef in der Kohlefrage, mit dem Vertrauen dieses ganzen Hauses ausgestattet,

(Dr. Lenz (CDU): Das hängt von Ihrem Regierungschef ab!)

in Bonn — —

(Dufhues (CDU): Hängt es nicht auch von der Energiepolitik der Bundesregierung und vor allem des Bundeswirtschaftsministers ab?)

— Richtig! Das hängt von der Energiepolitik des Bundeswirtschaftsministers ab, die ein Teil der Regierungspolitik ist, deren Richtlinien der Mann zu bestimmen hat, den Sie, Herr Kollege Dufhues, in energiepolitischen Fragen beraten!

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist meine Meinung: Wir müssen sehen, daß wir in diesem Lande in demselben Boot sitzen. Wir müssen bei der Kohlefrage zusammenbleiben. Das heißt auch, daß wir uns möglicherweise in Einzelentscheidungen korrigieren müssen. Aber wo wir das tun müssen, da sollten wir es nicht auf dem Umweg über Polemik tun, wie wir sie nach der Debatte vom 8. November und an anderer Stelle gehört haben.

Ich meine überhaupt — lassen Sie mich die Gelegenheit wahrnehmen, das hier zu sagen —, wir sollten bei allem Verständnis für die Notwendigkeit von Holzschnitten — damit der Wähler Konturen erkennt — bei diesen Holzschnitten gelegentlich etwas pingelig sein. Sie, Herr Kollege Dufhues, sind ja nun der Spitzenmann einer Partei, die nicht zum Opponieren da ist, sondern zum Regieren.

(Heiterkeit bei der SPD — Dufhues (CDU): War das nicht auch Ihr Ziel?)

(A) — Es ist immer das Ziel, und es muß immer das Ziel der Opposition sein, zu regieren.

(Dufhues (CDU): Vielen Dank für Ihre Zustimmung!)

und die Regierungspartei muß bereit sein, auch Opposition wahrzunehmen. Das ist im Augenblick die Rolle. Nur die Überspitzung, daß eine Partei zum Regieren und nicht zum Opponieren da sei, die halte ich für gefährlich. Die Formulierung hieß laut dpa: „Die CDU ist zum Regieren da und nicht zum Opponieren." Dies ist nach meiner Meinung eine Überspitzung, dies ist nach meiner Meinung wieder die gefährliche Identifikation einer Partei mit dem Staat. Und da sagen wir nein!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie mögen Leistungen dieser Regierung kritisieren und Fehlleistungen feststellen. Aber verfallen Sie nicht in den Fehler, angesichts der Schwierigkeiten, vor denen dieses Land steht, nun abzuwarten durch Polemik, grobe Klötze zu setzen, wo in Wirklichkeit selbst der Sprecher davon überzeugt ist, daß seine Kritik in der Sache nicht berechtigt ist und daß er in die Polemik geraten ist.

Es wurde gesagt, wir wären zu der alten Organisationsform der Regierung Meyers zurückgekehrt, und so schlecht wäre die also gar nicht gewesen. Das war eine Wiederholung, Herr Kollege Lenz. Wie war denn die Absprache vom Dezember vergangenen Jahres hinsichtlich des Landesamtes für politische Bildung, Jugend und Sport? Das war doch nicht u n s e r e Absprache. Wir haben das korrigiert, obwohl wir es übernommen haben.

(B) (Dr. Meyers (CDU): Sie haben es nicht übernommen, sondern eingeführt!)

— Wir haben eine Absprache übernommen!

(Dr. Lenz (CDU): Es geht nicht um eine Absprache! Drücken Sie sich nicht um Ihre Verantwortung! Das müssen Sie endlich begreifen!)

— Die haben wir — das haben wir auch begriffen, Herr Kollege Lenz —, und die möchten wir auch noch lange behalten, und dafür werden wir sorgen.

(Dufhues (CDU): Jetzt identifizieren Sie sich mit dem Staat!)

— Deshalb habe ich gesagt: noch lange. Sie wissen, daß da Fristen gesetzt sind.

(Dr. Lenz (CDU): Schweden!)

— Von Schweden her.

(Heiterkeit)

Dann wurde gesagt, wir hingen an den Rockschößen der Regierung Meyers: Entschuldigen Sie, Herr Kollege Lenz, es ist ein billiger Gag, uns immer wieder zu sagen, wir hingen an den Rockschößen der Regierung Meyers; die ist doch sogar bei Ihnen schon fast vergessen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Rau, Herr Abg. Reymann möchte eine Zwischenfrage stellen. Erlauben Sie es ihm?

(Johannes Rau (SPD): An mich? — Heiterkeit)

**Reymann** (SPD): Herr Kollege Rau, sind Sie bereit, den Sprechern der Opposition zu empfehlen, das Mikrofon zu benutzen, damit wir alles von diesen recht interessanten Äußerungen mitbekommen?

**Johannes Rau** (SPD): Ja, ich bin natürlich noch stärker daran interessiert, daß Sie meine Äußerungen mitbekommen. Aber dennoch bin ich dazu bereit.

(Heiterkeit)

Das Stichwort von der schlechten Regierung, Herr Kollege Lenz, war nicht mein Stichwort, sondern das war ein Zuruf aus Ihrer Fraktion, auf den ich zu antworten hatte und auf den ich, wie ich hoffe, richtig geantwortet habe.

Das Gebot der Stunde ist, daß die Landesregierung handelt; das Gebot der Stunde ist, daß wir diese Landesregierung stützen. Die Pflicht der Opposition ist es, sich von dieser Landesregierung abzusetzen. Dafür haben wir volles Verständnis. Das haben wir bei Einzelplan 02 auch immer so gemacht, und das werden Sie auch so machen. Aber tun Sie es nicht da, wo es der Sache, die wir gemeinsam vertreten, schadet, und tun Sie es nicht, indem Sie sich mit dem Staat identifizieren, indem Sie die Staatsverdrossenheit mehren, indem Sie falsche Gegensätze aufbauen, wie wir es in diesen Tagen gehört haben!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat der Abg. Dr. Lange.

**Dr. Lange** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In die Auseinandersetzung um den Haushalt des Ministerpräsidenten hat die FDP bis jetzt nicht eingegriffen. Nicht, daß sie daran uninteressiert wäre, Herr Kollege Dufhues; aber wir sind der Meinung, daß die so häufig von Ihnen gewünschte Antwort des Ministerpräsidenten selber erfolgt ist. Außerdem hat der Kollege Rau zweimal zu diesem Bereich gesprochen. Es gibt sicher noch andere Gelegenheiten, bei denen wir das Wort zu nehmen haben werden.

Im Laufe der Debatte sind nun Zweifel aufgetaucht, ob nicht eine **Kongruenz von Landespresseamt und der Stelle für politische Bildung** zwangsläufig und notwendig einen Interessenkonflikt auslösen müßte. Dazu möchte ich folgendes sagen. Die Informationen, die die FDP-Fraktion zu diesem Problem hat, gehen dahin, daß es im Organisatorischen keine Unterstellung gibt; damit gibt es auch im Sachlichen keine Weisungsbefugnis des Landespressechefs gegenüber der Stelle für politische Bildung. Es handelt sich um eine in jeder Verwaltung übliche Vertretung bei der Unterschriftsleistung. Hier liegt also doch ein wesentlicher Unterschied. Damit sollten wir uns, glaube ich, zunächst einmal begnügen.

Der hier wiederholt angesprochene **Berater-Stab** hat sich als ein relativ kleines Gebilde herausgestellt. Man muß aber doch darüber nachdenken, ob er in der Tat, wie Herr Kollege Hauser befürchtet hat, Funktionen, echte Aufgaben höherer Landesbeamter übernehmen soll oder nicht. Wir haben nicht den Eindruck, daß die Arbeit dieses Gremiums in diese Richtung zielt, was schon durch die zeitlich knappe Begrenzung der dort geltenden Verträge sichtbar wird.





(A) Reden zur Bedeutung der Familie und zur Verbundenheit mit der Jugend in diesem Lande nicht bloße Deklamation bleiben. Hier geht es jetzt darum, daß die Familien- und Jugendpolitik den Anteil am Gesamthaushalt erhält, der ihrem Ansehen eher entspricht als das derzeitige Bild.

Es geht nicht an, daß um die Ausgaben für Familien- und Jugendhilfe im Kapitel 06 81 sozusagen Betonwände gezogen werden, die nicht überwunden werden können. Sollte das beabsichtigt sein, so müßte der Anteil der Familien- und Jugendhilfeausgaben am Gesamthaushalt weiter schrumpfen.

(Netta (SPD): Herr Kollege, Sie wollten doch Deckungsvorschläge machen!)

— Unter diesen Umständen mußten wir uns bemühen, Herr Kollege. Deckungsmöglichkeiten und Verbesserungen über das offenbar dem Herrn Arbeits- und Sozialminister gesetzte Limit hinaus zu finden. Leider können wir nicht alle Anträge, die wir in den Ausschüssen zur Diskussion gestellt haben, wiederholen. Schweren Herzens beschränken wir uns auf einige wenige Anträge.

Unsere Deckungsvorschläge sind eben vom Herrn Kollegen Pohle angesprochen worden. Wenn ich ihn recht verstanden habe, hat er gesagt, sie seien in diesem Ausschuß nicht zu vollziehen gewesen. — Sie stimmen mir zu? Nun, Herr Kollege Pohle, es ist für mich relativ uninteressant, ob unsere Deckungsvorschläge in dem einen oder in dem anderen Ausschuß zu vollziehen sind. Wesentlich ist, daß sie gut sind; wesentlich ist, daß dieses Parlament bereit ist, sie zu vollziehen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Daß sie gut sind, Herr Kollege Pohle, entnehme ich daraus, daß der Herr Finanzminister bereit gewesen ist, einen Teil unserer Deckungsvorschläge selbst zu übernehmen; allerdings zum Ausgleich an anderer Stelle.

Es handelt sich zunächst einmal darum, daß wir Ihnen im Ausschuß für Jugend- und Familienfragen vorgeschlagen haben, als möglichen Deckungsvorschlag genannt haben, den Titel 399 in Kapitel 14 02 — Unvorhergesehenes — zu kürzen. Sie haben erlebt, daß die Landesregierung selbst eine Kürzung in diesem Titel vorgeschlagen hat. Sie haben weiter erlebt, daß — nachdem wir im Ausschuß für Jugend- und Familienfragen eine weitere Kürzung empfohlen haben — der Herr Finanzminister im Haushalts- und Finanzausschuß eine weitere Kürzung dieses Titels zur Deckung an anderer Stelle vorgeschlagen hat.

Meine Damen und Herren, diese Tatsache bestätigt uns darin, daß wir einen guten Deckungsvorschlag gemacht hatten. Ich wiederhole ihn deshalb im Namen meiner Fraktion hier und schlage vor, eine Kürzung von 4,5 Millionen DM in diesem Titel zur Deckung eines Teils der eben hier vorgetragenen Erhöhungsanträge vorzunehmen. Die restlichen 2,795 Millionen DMark könnten nach unserer Auffassung bei Kapitel 14 02 Titel 680 — Zinsen und Kosten für Kassenkredite — abgesetzt werden. Hier hat die Landesregierung eine Erhöhung von 1 Million DMark auf 5 Millionen DMark vorgesehen, obschon die Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenkrediten gemäß § 6 des Haushaltsgesetzes nur von 500 Millionen auf 650 Millionen DMark steigt.

(Zuruf von der SPD: Kein Beweis!)

Wenn trotzdem der Ansatz für die Zinsen und Koste für Kassenkredite nach unserem Vorschlag noch wei mehr als verdoppelt bleibt, so ist damit dem möglicher weise größeren Bedarf nach Aufnahme von Kassenkre diten in ausreichender Weise Rechnung getragen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dargelegt z haben, daß Selbsthilfe im Bereich des der Jugend- un Familienhilfe gewidmeten Kapitels nicht möglich war. Da mit ergab sich die Notwendigkeit, „über den Zaun" z sehen. Die gefundenen Deckungsmöglichkeiten tun nie mandem weh, nicht einmal dem Herrn Finanzminister.

Niemand kann jetzt jedenfalls unsere Anträge noc deshalb ablehnen, weil die Deckungsmittel fehlen. Jetz müssen Sie sich alle zur Sache entscheiden. Darum bitt ich.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ehe ich dem nächsten Red ner das Wort gebe, bitte ich Sie einen Moment ur Aufmerksamkeit, und zwar über unser weiteres Verfah ren.

Ich befürchte, daß es sehr spät wird, wenn wir, wi gestern angekündigt, heute eine **Mittagspause** machen Auf der anderen Seite besteht natürlich die Gefahr, daß wenn keine geregelte Mittagspause stattfindet, hier Ab stimmungen durchgeführt werden, die zu Zufallsentsche dungen führen. Das ist ja nicht der Sinn der Lesung Ich würde Ihnen deshalb vorschlagen, daß wir die Mittags pause fallenlassen und daß wir Abstimmungen, wenn ei Einzelplan oder Kapitel zu Ende ist, die in die Mittags zeit fallen würden, zurückstellen und ab 14.30 Uhr dan Abstimmungen wieder durchführen, auch Abstimmun gen über Anträge usw.

(Allgemeine Zustimmung)

Wenn Sie damit einverstanden sind, werde ich so ver fahren.

Als nächster Redner hat Herr Abg. Rau von der SPD Fraktion das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geeh ten Damen und Herren, ich hatte nicht die Absicht, heut morgen etwas zu sagen. Aber nachdem Herr Kollege Net haus mich mehrfach angesprochen hat, glaube ich, daß e doch richtig ist, wenn hier einige Dinge wieder zurech gerückt werden.

(Sehr gut! bei der SPD)

Sie haben zuerst, Herr Kollege Neuhaus, reklamier daß ich nicht im Saal war. Ich war nicht im Saal, aber ic habe jedes Ihrer Worte aufmerksam und mit Interess aber keinesfalls mit Zustimmung gehört. Ich war n i c h bei Herrn Dufhues, nicht bei Herrn Dr. Lenz, nicht b Herrn Dr. Meyers und nicht bei Herrn Hennemann, di alle vier nicht im Raum waren, als Sie meine Abwesenhe kritisierten.

(Giesen (CDU): Sie haben für Ihre Abwesenheit eine triftige Erklärung, das genügt doch!)

Ich habe eine triftige Entschuldigung. Ich finde es nic fair, wenn die Bedeutung der Beratung eines Einzelpla

(A) damit bewertet wird, ob dieser oder jener im Raum sein kann oder nicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Und es gibt sogar in Parlamenten Reden, da lohnt es sich gar nicht, zuzuhören.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler** (den Redner unterbrechend): Herr Kollege Rau, wir wollen das Thema nicht weiter vertiefen. Denn deswegen hatte ich von mir aus eine Bemerkung gemacht, um es jetzt nicht zu solchen — —

(Johannes Rau (SPD): Ich hatte auch das gehört!)

— Ich danke Ihnen.

(Pieper (CDU): Wo es sich lohnt oder nicht lohnt, zuzuhören, ist natürlich subjektiv!)

**Johannes Rau** (SPD) (fortfahrend): Eben, dazu habe ich auch noch gar nicht Stellung genommen, Herr Kollege Pieper.

Aber jetzt müssen wir doch noch ein paar Sätze zu dem sagen, was hier erwähnt worden ist, weil Rückfragen an mich gestellt worden sind.

Herr Kollege Neuhaus hat den Stil im Ausschuß für Familie und Jugend reklamiert. Ich kann diesen Stil nicht beurteilen, aber ich vertraue nicht nur dem meiner Freunde, der dort Vorsitzender ist, sondern auch meinen Kollegen in diesem Ausschuß, daß der Stil im Ausschuß für Familie und Jugend nicht schlechter ist als in anderen vergleichbaren Ausschüssen.

(B)

Ich halte es aber für schlechten Stil, wenn sich hier jemand hinstellt und sagt:

> Ich muß Sie erinnern an die Gespräche, die wir mit einzelnen von Ihnen geführt haben. Ich will niemanden in Verlegenheit bringen und will deshalb keine Namen nennen — —

Das ist schlechter Stil, Herr Kollege!

(Beifall bei der SPD)

Wenn ungenannte und unbekannte Gesprächspartner als Zeugen vom Hörensagen zitiert werden, dann hört es auf, daß wir unter den Fraktionen hier im Hause noch persönliche, vertrauliche und vertrauensvolle Gespräche miteinander führen.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Neuhaus?

**Johannes Rau** (SPD): Ja.

**Neuhaus** (CDU): Herr Kollege Rau, ist Ihnen geläufig, daß ähnliche Beanstandungen von Ihnen früher in Ihrer Rolle als Opposition ständig vorgebracht wurden?

**Johannes Rau** (SPD): Nein!

(Schneider (FDP): Nicht bekannt!)

**Präsident van Nes Ziegler:** Wollen Sie Herrn Abg. Dr. Hermesdorf eine Zwischenfrage erlauben?

**Johannes Rau** (SPD): Ja, gern.

**Dr. Hermesdorf** (CDU): Herr Kollege Rau, stimmen Sie mit mir darin überein, daß es auch schlechter Stil ist, wenn Sie eben sagten:

> Es gibt Reden im Parlament, bei denen es sich nicht lohnt, zuzuhören?

(Beifall bei der CDU)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Hermesdorf, ich würde Ihnen darin zustimmen, wenn ich eine bestimmte Rede gemeint hätte. Da ich aber vorher bereits bekanntgegeben habe, daß ich die Rede des Herrn Kollegen Neuhaus vollständig gehört habe, nehme ich an, Sie haben einen falschen Verdacht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin gefragt worden, wie ich dazu stünde, daß die Themen der Mütter- und Elternerholung, der Mütter- und Elternbildung nach den Ausführungen, die ich hier bei anderer Gelegenheit gemacht habe, im Bundessozialhilfegesetz und im Jugendwohlfahrtsgesetz abgedeckt werden könnten.

Ich habe in dieser Rede den Versuch gemacht, zu zeigen, auf welchen Gebieten die Landesregierung über den Bundesrat aktiv werden kann. Ich meine, das könne sie auch, indem die Familienpolitik und bestimmte Zweige der Familienpolitik in das Bundessozialhilfegesetz aufgenommen würden, zum Beispiel bei der Familienerholung.

Daß das Stichwort Familie und Familienpolitik weder im Jugendwohlfahrtsgesetz noch im Bundessozialhilfegesetz vorkommt, halte ich für eine Schädigung familienpolitischer Initiativen und Möglichkeiten und für eine Eingrenzung solcher Möglichkeiten.

Dabei geht es in der Tat, Herr Kollege Neuhaus — da stimme ich Ihnen zu —, um die Frage, welchen gesellschaftspolitischen Rang man der Familienpolitik zumißt. Ich stimme Ihnen darin zu, daß Familienpolitik etwas anderes ist als ein Ressort im Bereich der Sozialpolitik. Einverstanden.

Aber, daß es auch sozialpolitische, daß es auch jugendpolitische, daß es auch jugendhilfepolitische Akzente von Familienpolitik gibt, scheint mir ebenso unbestreitbar zu sein. Und hier wird das Land nach meiner Auffassung schon zu lange zur Kasse gebeten, während der Bund zuständig wäre.

Ich hoffe, daß hier eine Änderung der entsprechenden Gesetze, des Jugendwohlfahrtsgesetzes und des Bundessozialhilfegesetzes, uns entlastet und die Möglichkeit gibt, andere familienpolitische Maßnahmen zu ergreifen.

Lassen Sie mich ein Zusätzliches sagen: Gerade weil Familienpolitik nach meiner Auffassung und nach Auffassung meiner Fraktion, für die ich ja seinerzeit hier gesprochen habe und für die ich jetzt hier spreche, etwas Übergreifendes ist, darum kommen wir zu der Grundsatzentscheidung, daß die beste Familienpolitik in allen Bereichen immer noch die ist, die nicht unmittelbar familienbezogen ist, sondern die über die Stabilität der Währung, die über die Sicherung der Arbeitsplätze den Familien ihren Rang und ihre Möglichkeit zu leben gibt.

(Beifall bei der SPD)





(A) Und weil das so ist,

(Zuruf des Abg. Neuhaus (CDU))

— darf ich den Satz eben zu Ende führen, Herr Kollege Neuhaus —

(Grundmann (CDU): Weil das auch so ist!)

— weil das auch so ist, einverstanden —

(Frau Hölters (CDU): Und für alle!)

— und für alle — darum stehen wir im Augenblick vor der Frage — das ist jedenfalls die Auffassung meiner Fraktion —, ob wir bei schmerzlichen Kürzungen, bei Kürzungen, die niemand von uns gerne hinnimmt, bei Kürzungen, die wir gerne aufgehoben sähen, nicht den Vorrang den investiven Maßnahmen im Landeshaushalt zuungunsten der konsumtiven Maßnahmen geben müssen; wir glauben, daß das langfristig für die Familien besser und sicherer ist, als wenn wir jetzt verständliche Wünsche erfüllten.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Neuhaus?

**Johannes Rau** (SPD): Bitte sehr!

**Neuhaus** (CDU): Herr Kollege Rau, teilen Sie nicht auch meine Auffassung, daß der Abbau der Familienleistungen auf der Ebene des Bundes im Widerspruch zu dem steht, was Sie gerade bezüglich des Familienlastenausgleichs gesagt haben, wonach nämlich gerade die SPD-Fraktion im Bundestag für den Abbau dieser familienpolitischen Leistungen gestimmt hat?

(B)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Neuhaus, ich teile Ihre Auffassung, daß der Abbau des Familienlastenausgleichs eine schlechte Sache ist, wie ich auch Ihre hier nicht ausgesprochene, aber sicher vorhandene Auffassung teile, daß die Rücknahme von Vergünstigungen im Mutterschutzgesetz eine schlechte Sache ist, in einem Mutterschutzgesetz, das von der SPD initiiert wurde und das wir gegen die CDU nicht oder nur sehr schwer durchsetzen konnten.

(Beifall bei der SPD)

Aber, sehen Sie, genau deshalb habe ich ja in der Rede, die ich hier vor den Familienverbänden gehalten habe und die Sie hier zitierten, den Wunsch geäußert, daß wir als Land stärker in Aktion träten bei der Sicherung dieses Familienlastenausgleichs, wobei ich gleich hinzufügen muß: Die Situation im Bund ist ja nicht rosiger als hier im Land gewesen, als im Bund die Entscheidungen vor leeren Kassen anstanden, wie denn nun die Mittel nach den vielen vorliegenden Zusagen und gesetzlichen Verpflichtungen bereitzustellen seien. Jeder wußte: Wenn wir das zahlen, dann ist die Mark nicht das wert, was jeder Hausvater, jeder Beschäftigte und jeder Rentner von dieser Mark erwarten. Vor dieser Frage standen wir doch. Wir wollen doch nicht in die Situation kommen, in der Großbritannien jetzt mit der Pfundabwertung ist, und zwar auf Grund einer falschen Geldpolitik in Jahren und Jahrzehnten. Wir wollen sehen, daß die Stabilität der DMark das erste Ziel unserer Politik bleibt, weil das aller hilft und diese Hilfe den Familien ganz besonders zugute kommen muß. Das ist die Position, die wir vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Ich gehöre dem Ausschuß den ich selber vier Jahre geleitet habe, nicht mehr an.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Rau, Frau Kollegin Hölters bittet um eine Zwischenfrage.

**Johannes Rau** (SPD): Bitte sehr.

**Frau Hölters** (CDU): Herr Kollege Rau, erinnern Sie sich daran, daß Sie am 26. Oktober in diesem Saal der Eindruck erweckten, daß gerade das Land Nordrhein Westfalen bei seinen erhöhten Anstrengungen in Sacher Familienpädagogik und Familienbildung bleiben wolle und daß Sie im Saal wegen dieser Feststellung einen großen Erfolg ernteten?

**Präsident van Nes Ziegler:** Das ist die zweite Frage Frau Kollegin!

**Frau Hölters** (CDU): Das ist die zweite Frage. Erinnern Sie sich daran, Herr Kollege Rau? Und darum geht es heute morgen in dieser Diskussion.

**Johannes Rau** (SPD): Gnädige Frau, ich danke Ihnen herzlich, daß Sie mir einen großen Erfolg bestätigen.

(Heiterkeit bei der SPD).

Wenn Sie einverstanden sind, kann ich, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten, die Kurzfassung meines Referat hier noch einmal verlesen. Dann erfahren auch die Kollegen, die nicht dabei sein konnten, was ich gesagt habe.

(Zuruf von der CDU: Den Wortlaut!)

— Den Wortlaut können Sie auch haben, Herr Kollege Aber den kann ich hier nicht vorlesen; zwar sprach an diesem Abend nach mir auch noch ein Bischof, aber hier wollen doch nach mir noch mehr sprechen.

(Zuruf von der CDU: In der Kurzfassung!)

Ich kann nur sagen, was ich vor den Familienverbänden gesagt habe, was ich kritisch zur augenblicklichen Finanzsituation ausführte und was ich auch an Kritischem zu den Positionen des Einzelplans 06 vermerkt habe. Von diesen Ausführungen habe ich kein Wort zurückzunehmen Wenn Sie diese Ausführungen zitieren — —

(Frau Dr. Wasmuht (CDU): Versprechen muß die Tat folgen!)

— Ich habe doch nur die Kurzfassung hier, Frau Kollegin Wasmuht. Aber Sie wissen, Ihnen halte ich jedes Referat.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wirklich. Aber wenn Sie ein Zitat haben möchten, dann darf ich vielleicht einen Satz mit Genehmigung des Präsidenten verlesen.

(Pieper (CDU): Sie haben zwar Herrn Neuhaus zugehört, aber nicht dem Herrn Präsidenten!)

(A) **Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Rau, die Zwischenrufe können Sie nicht verstehen. Ich hatte bei Herrn Kollegen Neuhaus gesagt: Einen Satz können Sie ohne Genehmigung des Präsidenten verlesen. Diese überholte Floskel bezieht sich nur auf das Verlesen von Schriftstücken. Ich glaube nicht, daß hier jemand ein Schriftstück verlesen will, und Sie bestimmt nicht.

**Johannes Rau** (SPD): Herzlichen Dank! Da darf ich eben sagen, hier steht:

> Rau teilt mit, daß die Landesregierung Mittel zur Förderung von Einrichtungen der Familien- und Jugendhilfe um 700 000 DM auf jetzt 15 Millionen DMark erhöht habe und bei den Einrichtungszuschüssen um 300 000 DM auf 3,3 Millionen DMark.

In dieser Kurzfassung, die ich nicht selber exzerpiert habe, steht weiter, daß ich mich zu einer planvollen familienpolitischen Konzeption unter Verzicht auf alle wahltaktisch begründeten Maßnahmen bekannt hätte.

(Beifall)

Mir scheint sehr wichtig zu sein, daß wir keine Wahltaktik betreiben. Nicht alles, was von Verbänden kommt, ist Wahltaktik, aber auch nicht alles ist deshalb schon gut und realisierbar, weil Verbände ihre Interessen wahrnehmen und ihre Forderungen vortragen. Das nimmt ihnen keiner übel.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Rau, Herr Stettner bittet um die Zulassung einer Zwischenfrage.

(Johannes Rau (SPD): Bitte!)

(B)

**Stettner** (CDU): Herr Kollege Rau, wie deckt sich die Tatsache, daß Sie auf der einen Seite gefordert haben, die Erholungsmöglichkeiten der kinderreichen Familien durch Schaffung von Familieneinrichtungen auf dem Lande sollten in Zukunft verstärkt werden, mit dem anderen Tatbestand, daß die entsprechenden Haushaltspositionen im Etat kräftig reduziert sind?

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Stettner, wenn Sie schon zitieren, dann schlage ich vor, daß wir dann auch die Originalfassung nehmen. Dann werden Sie feststellen, daß ich gesagt habe — ich nahm an, Herr Stettner wäre als Familienpolitiker dabeigewesen —, ich bedauerte es, daß im Haushalt für 1968 solche Mittel nicht hätten eingestellt werden können. Ich erinnerte aber an das, was ich vor einigen Jahren dazu auf Anfragen des Verbandes Teutoburger Wald — ich weiß jetzt nicht, wie die genaue Bezeichnung ist — gesagt habe, und ich erklärte, daß ich mich dafür einsetzen würde, daß in zukünftigen Haushaltsjahren wieder Erholungsmöglichkeiten für Familien aus dem Lande Nordrhein-Westfalen im Lande Nordrhein-Westfalen geschaffen würden. Zu diesem Satz stehe ich.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gesagt, ich bedauerte, daß das 1968 nicht möglich sei. Ich habe auch die Begründungen dafür gegeben. Ich will Ihnen ganz offen sagen, daß ich mir jeden Satz sehr gut überlegt und ihn vorher noch einmal genau gelesen habe, weil ich der Meinung war, es darf sich kein Politiker, nicht nur kein Fraktionsvorsitzender, leisten, daß er vor einem Auditorium Freundlichkeiten sagt und danach mit dem Etat geschlagen wird. Ich habe mir das nicht geleistet. Das werden Sie aus meinem Manuskript entnehmen können. Es gibt darin keinen Satz mit doppeltem Boden. Wir sollten auch bei dieser Praxis bleiben.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Rau, Herr Stettner bittet noch um eine Zusatzfrage.

(Johannes Rau (SPD): Bitte!)

**Stettner** (CDU): Herr Kollege Rau, muß ich Ihre Ausführungen, die Sie eben gemacht haben, so verstehen, daß die Pressenotiz, die die SPD-Fraktion herausgegeben hat und die ich eben zitiert habe, Sätze mit doppeltem Boden enthält?

**Johannes Rau** (SPD): Nein, das müssen Sie nicht annehmen. Als ich Ihnen eben die Pressenotiz ganz vorlesen wollte, kam der Zwischenruf, daran wären Sie nicht interessiert, Sie wollten das ganze Manuskript haben. Da habe ich darauf verzichtet. Jetzt nehmen Sie eine verkürzte Fassung der herausgegebenen Pressenotiz als Grundlage. Das ist historisch-kritisch nicht genau. Wenn Exegese, dann am Text!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Wir sprechen über den Einzelplan 06. Dieser Einzelplan 06 entspricht in der Höhe der Einzelpositionen nicht den Wunschvorstellungen meiner Fraktion. Aber dieser Einzelplan 06 entspricht im Gesamtvolumen und deshalb in der Zuordnung der Einzelpositionen der landespolitischen Situation, die wir vor uns haben, von mir aus: vorgefunden haben. Er entspricht den Forderungen, die wir an einen soliden Haushalt zu stellen haben. Deshalb stehen wir zu diesem Einzelplan.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen! Wenn in der ersten Lesung und in den ersten Stellungnahmen zum Etat dieser Landesregierung eine Politik des leichten Geldes vorgeworfen wird, dann müssen sich diejenigen, die als einzigen Deckungsvorschlag die Position „Unvorhergesehenes" bringen oder die in Ausschüssen vorschlagen, man solle doch einfach die Steuereinnahmen höher einschätzen, fragen lassen, ob das nicht eine Politik leichten Geldes und leichter Worte ist, aber keine verantwortliche Politik.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Knoll von der FDP-Fraktion.

**Knoll** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß uns die bisher geführten Diskussionen über die Familienpolitik in unserem Lande nicht weiterbringen. Ich möchte vor allen Dingen dem Herrn Kollegen Elfring Dank dafür sagen, daß er in sachlicher Form vorgetragen hat, wie es um die Kindergärten in diesem Lande steht. Das gleiche hat er im Ausschuß für Jugend- und Familienfragen getan. Wir haben ihm geduldig zugehört. Wir wären auch bereit, hier und da Verbesserungen vorzunehmen, wenn uns das im Haushalt



(Dr. Goeke (SPD))

(A) auf die Montanunion. Es hat lange Zeiten gegeben, in denen diese Möglichkeiten im Lande nicht echt ausgeschöpft wurden, während heute eine Situation vorhanden ist, in der sich über die Diskussion der Umlage der Montanunion, über die Diskussion der Einführung der Montanunion in die EWG die Frage erhebt: Was ist überhaupt noch möglich?

Gestatten Sie mir, noch einen zweiten Punkt anzuschneiden, nämlich die Frage nach dem Verhältnis konsumtiver und investiver Ausgaben. Herr Kollege Lemmer hat die Frage nach der langfristigen Planung gestellt. Sie ist an sich nicht ungerechtfertigt. Ich glaube indessen, daß die Frage, wie weit man hier geht, in den Einzelheiten in dem anderen Zusammenhang der mittelfristigen Finanzplanung zu erörtern wäre.

Zu dem Thema „investive und konsumtive Aufgabenverteilung" hat — so meine ich, Herr Kollege Lemmer — Herr Finanzminister Wertz bereits in der Diskussion bei der ersten Lesung darauf hingewiesen, daß hier die Frage ansteht, eine neue Struktur zu finden, auch in Zusammenhang mit der Haushaltsordnung, und daß aus diesem Grunde zunächst voreilige Überlegungen nicht angebracht wären.

Als Neuling in diesem Haus möchte ich aber auch gestehen, daß mir in der Diskussion bei der ersten Lesung die Ausführungen des Herrn Kollegen Pütz zu der Frage „Investitionen — konsumtive Ausgaben" sehr imponiert haben. Ich hatte nun gehofft, daß in diesem Zusammenhang weitere Bemerkungen erfolgen würden, wie man die Deckung zusätzlicher investiver Aufgaben durch Streichung konsumtiver Leistungen zustande bringen könnte. (B) Ich muß jedoch feststellen, daß beispielsweise bei 08 03, Titel 954, bei der Frage der Erweiterung des außerordentlichen Haushalts und auch bei der Erörterung des Einzelplans 06 heute morgen immer wieder die Frage aufstand, daß man im wesentlichen nicht von konsumtiven auf investive Bereiche übergegangen ist, sondern daß man zur Kenntnis nehmen mußte, was der Herr Finanzminister in der ersten Lesung zum Ausdruck gebracht hatte, daß nämlich hier ein Block von Ausgaben steht und daß andererseits die Steuereinnahmen niedriger zu veranschlagen sind als im Etat 1967. Wir sind mit Ihnen einer Meinung, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie sagen: Ausdehnung der investiven Bereiche! Aber die Frage, wo nun im konsumtiven Bereich gekürzt werden kann, ist ja doch die eigentliche Frage, nicht aber, daß man Finanzmittel aus zusätzlichen Deckungsmitteln nimmt.

Zum Schluß noch die dritte Frage der Zweckbestimmungsänderung in 08 03, Titel 954. Dort ist von Herrn Kollegen Lemmer gesagt worden, daß die Richtlinien seiner Meinung nach nicht ausreichen. Herr Kollege Nehrging hat bereits darauf hingewiesen, daß im Grunde eine besondere Zweckbestimmung für Presse und ähnliche Bereiche dazu herausfordern würde, daß man noch andere Bereiche einbeziehen müßte. Wenn nun die Frage auftauchen sollte, daß die Modernisierung nicht von dem Titel gedeckt ist, würde ich meinen, daß die Frage der Einbeziehung anderer Bereiche dann ebenfalls als Präjudiz im Raume steht. Infolgedessen glaube ich, im Namen der SPD-Fraktion wiederholen zu dürfen, daß sich eine Änderung der Zweckbestimmung in 08 03 Titel 954 nicht empfiehlt.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 08 liegen nicht vor — wenn nicht Herr Abg. Rau noch das Wort ergreift, was, wie ich sehe, nunmehr geschehen soll.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf die Anregung meines Kollegen Dr. Nehrling in seinem Beitrag zurückkommen und hiermit formell beantragen, daß wir die Drucksache Nr. 562 nach dem Beschluß des Kabinetts vom 29. November 1967 zum Antrag erheben. Die Debatte heute morgen hatte gezeigt, daß es der Wille aller Fraktionen ist, die Bezüge des Wirtschaftsministers zu streichen. Wir haben auch gestern darüber gesprochen, wenngleich wir in unserer Fraktion der Auffassung sind, der Minister habe bei den Schwierigkeitsgraden seines Ministeriums mehr als das Doppelte seines Gehaltes verdient. Wir sehen aber ein, daß sich das nicht machen läßt. Nach § 8 der Geschäftsordnung muß ein Antrag, den die Landesregierung vorlegt, in den Haushalts- und Finanzausschuß. Da wir jedoch in der Sache alle einer Meinung sind, wäre es eine Erleichterung des Verfahrens, brauchten wir den Einzelplan nicht noch einmal gesondert in der dritten Lesung aufzurufen, wenn dieser Beschluß auf Streichung der Bezüge gefaßt wird.

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abg. Rau, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie aus einer Haushaltsvorlage der Landesregierung, die als solche ja bleiben könnte, einen Antrag der Fraktion der SPD machen?

(Johannes Rau (SPD): Antrag der Fraktion der SPD!)

Dieser Antrag ist ein Änderungsantrag, und wenn Sie in der Geschäftsordnung § 79 Abs. 3 nachlesen, so finden Sie dort, daß Änderungsanträge jederzeit gestellt werden können, solange die Beratung des Gegenstandes, auf den er sich bezieht, noch nicht abgeschlossen ist, daß diese Anträge aber schriftlich abgefaßt und unterzeichnet sein müssen und daß sie zu verlesen sind, wenn sie noch nicht gedruckt vorliegen. Das, was uns in der Drucks. Nr. 56. vorliegt, ist kein Antrag. Außerdem enthält die Drucks. Nr. 562 keine Unterschrift von Ihnen oder weiteren Abgeordneten der Fraktion der SPD. Wir werden das nachholen. Ich wollte ohnehin noch nicht zur Abstimmung kommen.

(Johannes Rau (SPD): Ich stelle anheim, ob wir einen Antrag aller Fraktionen daraus machen, da alle Fraktionen darin übereinstimmen!)

— Dazu kann ich von mir aus Ihnen nichts sagen. Es steht Ihnen frei, sich mit den anderen Fraktionen in Verbindung zu setzen.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zum Einzelplan 08 nicht vor. Ich stelle die Abstimmung bis nach 14.30 Uhr zurück. Falls der Antrag der SPD als Änderungsantrag gestellt werden soll, wird er bis dahin vorliegen und als Drucksache verteilt sein.

(A) herein zu enge Bindungen auferlegen, sondern sollten auf diesem Gebiete Erfahrungen sammeln.

In der Tat: Wir sind hier auf einem neuen Wege, den wir sehr vorsichtig beschreiten, wo wir Erfahrungen sammeln müssen. Aber in dem Augenblick, wo Sie mir die Mittel aus dem Etat streichen, kann ich noch nicht einmal in dieser Richtung Initiativen entwickeln. Darum aber geht es mir.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst lasse ich abstimmen über den **Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu Kap. 10 03 Drucksache Nr. 536.** Hier ist die **Verweisung an den Fachausschuß** beantragt worden. Wer dieser Verweisung an den Fachausschuß seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Das letzte war die Mehrheit.

Nachdem die Verweisung an den Ausschuß **abgelehnt** worden ist, muß ich über die Annahme des Antrags abstimmen lassen. Wer also dem **Antrag Drucksache Nr. 536** seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Eine Stimmenthaltung! Die Gegenstimmen waren die Mehrheit; der Antrag ist **abgelehnt.**

Ich lasse nun über den **Einzelplan 10 entsprechend dem Ausschußantrag Drucksache Nr. 520** abstimmen. Wer diesem Einzelplan seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! (B) — Stimmenthaltungen? — Bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion ist der Einzelplan 10 in zweiter Lesung **angenommen.**

Meine Damen und Herren, zwischen den Fraktionen ist verabredet worden, die Einzelpläne 12, 14, den außerordentlichen Haushalt und das Haushaltsgesetz zusammen zu beraten. Ich ziehe daher den

**Einzelplan 13:**
**Landesrechnungshof**

vor. Berichterstatter über den Ausschußbericht Drucksache Nr. 522 ist Herr Abg. Dr. Flehinghaus.

**Dr. Flehinghaus** (CDU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die zuständigen Ausschüsse, nämlich der Hauptausschuß, der Stellenplanausschuß und der Haushalts- und Finanzausschuß, haben den Ihnen vorliegenden Entwurf des Einzelplans 13 — Landesrechnungshof — ohne jede Änderung einstimmig gebilligt. Ich bitte Sie, dem Einzelplan 13 entsprechend dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses — Drucksache Nr. 522 — Ihre Zustimmung zu geben.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich danke meinem Kollegen Dr. Flehinghaus und eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Entwurf des Einzelplans 13 entsprechend dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache Nr. 52 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Hanc zeichen. — Danke sehr. Gegenprobe! — Stimmenthaltun gen? Bei einer Stimmenthaltung ist der Einzelplan 1 in zweiter Lesung **angenommen.**

Wie ich Ihnen eben bereits mitteilte, werden die Ei zelpläne 12, 14 und der außerordentliche Haushalt sowi das Haushaltsgesetz gemeinsam beraten. Ich lasse natü lich am Schluß über die Einzelpläne, den außerordentl chen Haushalt und das Haushaltsgesetz getrennt abstin men; aber die Beratung erfolgt jetzt gemeinsam. Ic würde Ihnen vorschlagen, daß wir zunächst auch die Be richterstatter zu diesen Einzelplänen hören und daß w dann in die Debatte eintreten.

Berichterstatter für den

**Einzelplan 12:**
**Finanzminister**

ist Herr Abg. Dr. Lenz. Ich erteile ihm das Wort.

**Dr. Lenz** (CDU), Berichterstatter: Herr Präsident, mei Damen und Herren! Der Haushalts- und Finanzausschu hat den Einzelplan 12 ausgiebig beraten und mit Meh heit beschlossen, ihn unverändert dem Plenum zur An nahme zu empfehlen.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich danke dem Herrn Be richterstatter; ich danke ihm zweifach, nochmals.

Der Berichterstatter für den

**Einzelplan 14:**
**Allgemeine Finanzverwaltung**

ist Herr Abg. Rau. Ich erteile ihm das Wort.

**Johannes Rau** (SPD), Berichterstatter: Herr Präsiden meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen h ben durch zusätzliche Ausgabenbeschlüsse bei einigen Ve wendungszwecken in den Einzelplänen einen Mehrbeda von 4 750 000 DM ergeben. Die Deckung dafür hat d Haushalts- und Finanzausschuß durch Herabsetzung d Titels Unvorhergesehenes in Kapitel 14 02 Titel 399 g funden. Dieser Ansatz betrug im ursprünglichen Hau haltsentwurf 7 Millionen DM. Er ist durch die E gänzungsvorlage der Landesregierung — Drucksad Nr. 484 — um 1,5 auf 5,5 Millionen DM herabgeset worden und wird durch die jetzt vorgeschlagene erneu Kürzung um 2 850 000 DM auf 2 650 000 DM zusan menschmelzen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß schlägt Ihnen zu sätzlich vor, für die Durchbuchung des Spielerlöses au der Olympia-Lotterie und die Weiterleitung an die Staa liche Lotterieverwaltung in München für die Zwecke de Olympia-Baugesellschaft in Einnahme und Ausgabe einen Leertitel einzurichten.

(Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich danke dem Herrn Be richterstatter und mache Sie darauf aufmerksam, daß i

(Pürsten (CDU))

(A) Sind es Meinungsverschiedenheiten mit dem Koalitionspartner? — Wissen Sie, Herr Kollege Böhm, ich halte das in einer Demokratie für gar nicht so schlecht.

(Zustimmung bei der CDU — Böhm (SPD): Sie sind aber nicht vorhanden! — Weiterer Zuruf von der SPD: Schließen Sie nicht von sich auf andere? — Weitere Zurufe von der SPD)

— Es ist besser, wenn sie nicht da sind? Da will ich Ihnen gar nicht widersprechen. Auf der anderen Seite gibt es sicherlich auch eine Solidarität des Parlaments. Vielleicht haben wir uns alle noch nicht daran gewöhnt; aber hin und wieder blinkt es ja einmal auf. Es kann ja sein, daß auch die Abgeordneten einer Regierungspartei einmal anderer Meinung sind, als die Regierung es ihnen vorträgt. Das halte ich durchaus für möglich, auch in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Das ist ein Wunschtraum!)

— Wenn das ein Wunschtraum wäre, dann würden wir uns hier wohl kein besonders gutes Zeugnis miteinander ausstellen. Ich sage ausdrücklich „miteinander", weil ich es einfach für richtig halte, daß das Parlament auch einmal in Gemeinsamkeit einer Regierung kritisch gegenübersteht.

(Zurufe von der SPD — Zuruf des Abg. Johannes Rau (SPD))

Endlich ist es nach den zwingenden Vorschriften des Stabilitätsgesetzes notwendig, jede Finanzplanung, jede mittelfristige Finanzplanung in Abstimmung mit Bund, Ländern und Gemeinden zu erstellen. Auch hier fragen (B) wir die Landesregierung: Ist mit den Partnern oder auch nur mit einem dieser drei Partner eine Abstimmung erfolgt? Sind die Haushaltsvolumen der kommenden Jahre mit der zu erwartenden Wirtschaftsentwicklung in Übereinstimmung gebracht und mit den drei übrigen Partnern hinsichtlich des jeweiligen Haushaltsanteils der öffentlichen Hände abgestimmt? — Ich habe sehr konkrete Fragen.

Ist die Kapitalmarktbeanspruchung unseres Landes in Übereinstimmung gebracht mit den anerkannten Kreditmarktbedürfnissen der übrigen öffentlichen Hände? Hier erwartet die CDU-Opposition eine klare Antwort dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

In der uns vorgelegten sogenannten mittelfristigen Finanzplanung ist eine solche Aussage jedenfalls noch nicht enthalten.

Ich komme zu meiner abschließenden Bemerkung. Meine Damen und Herren, die mittelfristige Finanzplanung der Landesregierung ist bis heute noch — auch nach ihrem zweiten Anlauf, und das werden mir viele bestätigen, wenn sie sich gründlich damit beschäftigen — ein Torso geblieben.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber selbst dieser Torso ist in den einzelnen Ministerien noch nicht einmal bekanntgemacht worden. Denn, meine Damen und Herren, in den Ausschußberatungen zur zweiten Lesung haben wir in den Fachausschüssen immer feststellen müssen, daß die Vertreter der Landesregierung und der Ministerien zu Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung und hieraus eventuell zu ziehender Konsequenzen keine abschließende Auskunft geben konnten. Sofern sie allerdings hier und da einmal Auskunft gaben, waren diese Auskünfte oft widersprüchlich.

(Dr. Lenz (CDU): Sehr richtig!)

So sind wir, meine Damen und Herren, auch nach dieser zweiten Lesung eigentlich zu derselben Erkenntnis gekommen wie schon bei der Etatberatung in diesem Frühjahr, wo Sie sich ja noch etwas auf die Vorprägung durch die Regierung Meyers zurückgezogen haben. Auch in diesem Jahr ist keine klare landespolitische, zukunftspolitische Konzeption im Etat sichtbar geworden, und uns scheint, daß der Widerspruch, der in diesem Etat sichtbar wird, auch die bisherige politische Arbeit dieser neuen Landesregierung kennzeichnet.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich erteile Herrn Abg. Rau von der SPD-Fraktion das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die allmählich schwierige Aufgabe, auf das zu antworten, was Herr Kollege Nagel in einem Beitrag zu einem CDU-Antrag zuerst gesagt hat, und dann auf die politischen Wertungen einzugehen, die soeben Herr Kollege Pürsten ausgesprochen hat. Dabei bin ich nicht ganz sicher, ob wir im richtigen Takt der Beratungen sind. Die Behandlung der Interpellation der CDU zur Umstrukturierung innerhalb der Landesregierung wurde in der ersten Lesung des Haushalts vorweggenommen und war hernach nicht mehr da. Jetzt befinden wir uns in der zweiten Lesung und bekommen eine Rede gehalten, von der man annehmen könnte, daß sie nach der Tendenz für die dritte Lesung vorgesehen war.

(Zurufe von der CDU: Nein! — Pütz (CDU): Warten Sie die dritte Lesung ab!)

— Herr Kollege, ich warte auch die dritte Lesung ab, aber wenn in der dritten Lesung wieder so viel aus der ersten und aus der zweiten Lesung

(Pürsten (CDU): Das haben wir doch im Ältestenrat vereinbart! — Präsident van Nes Ziegler: Das ist doch die Crux des Präsidenten!)

— Ich meine nicht die Mifrifi, sondern ich spreche von den politischen Wertungen, die hier ausgesprochen worden sind. Es könnte sein, daß wir in der dritten Lesung wiederum Wiederholungen hören müssen. Lassen Sie mich nun einige Anmerkungen zu dem sagen, was der Kollege Nagel ausgeführt hat.

(Böhm (SPD): Wieder in Einzelheiten eintreten!)

Herr Kollege Nagel, die Sorge, die wir bei den Etatberatungen angesichts der Inanspruchnahme des Titels Ergänzungszuschüsse für Schülertransportkosten hatten, ist auch in diesem Jahr gegeben. Wir halten die vorgesehene Lösung für nicht glücklich und haben das bei der ersten Lesung erwähnt. Wir glauben aber, daß wir Ihrem Antrag zustimmen sollten; wir tun es mit geteiltem Herzen. Sicherlich haben Sie Ihren Antrag auch mit ge-

(A) teiltem Herzen gestellt. Wir haben die Sorge, daß wir die finanzschwachen Gemeinden bei den wichtigen Aufgaben, die im Bereich der Schulpolitik auf sie zukommen, eben nicht stärken, sondern dadurch schwächen, daß wir nun von zehn auf zwölf Millionen gehen. In der Tat, es gibt noch keine andere Lösung; deshalb sind wir bereit, diesen Weg in der Hoffnung mitzugehen, daß wir vom kommenden Jahr an, wenn wir die schwierigen Beratungen der Verfassungs- und Schulgesetzänderungen hinter uns haben, auch zu einer Lösung in der Frage der Schülertransportkosten kommen. Es geht darum, daß die Kulturhoheit der Länder in subsidiäre Hilfe gegenüber den Gemeinden, die die Schulträger sind, und den Gemeindeverbänden umgesetzt werden muß. Wir stehen zwar vor gewaltigen Anstrengungen, was den Ausbau des Schulwesens angeht; das geschieht jedoch in der Hoffnung auf die Möglichkeit einer stärkeren Effektivität des Volksschulwesens, wenn wir zur mehrzügigen Hauptschule in unserem Lande gekommen sind. Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß wir uns einen Landeszuschuß von etwa 7% zu den Schülertransportkosten vorstellen. Das entspricht dem Erlaß, den der Herr Kultusminister zur Erläuterung dieser Gesetzbestimmung bei den Ergänzungszuschüssen herausgegeben hat.

(Frau Altewischer (CDU): Das ist aber kein Gesetz!)

— Das ist kein Gesetz, und außerdem sind die Ergänzungszuschüsse nicht der richtige Ort. Wir müssen vielmehr das Schulfinanzgesetz ändern, wenn wir Landesverfassungs- und Schulgesetze ändern.

(B) (Beifall bei der SPD — Frau Altewischer (CDU): Aber bis dahin müssen Sie auch etwas tun!)

— Deshalb habe ich sehr deutlich gesagt: bis dahin stimmen wir Ihrem Antrag zu.

Ich darf jetzt zu dem kommen, was Herr Kollege Pürsten in seinem letzten Diskussionsbeitrag ausgeführt hat. Herr Kollege Pürsten, wir sind offenbar, was die **mittelfristige Finanzplanung** angeht, seit der ersten Lesung ein Stück weitergekommen. Bei der ersten Lesung war es noch ein „Blättchen", jetzt ist es ein „Torso". Ich bin aber sicher, Sie werden noch die ganze „Gestalt" der mittelfristigen Finanzplanung erkennen, und dann werden Sie einiges von dem korrigieren, was Sie heute gesagt haben, und sei es auch nur in kleinen Daten, sei es auch nur in der Feststellung, daß bis gestern nicht klar gewesen sei, ob es sich um einen Vermerk des Finanzministers oder um einen Beschluß der Landesregierung handele.

Das ist nicht richtig. Richtig ist vielmehr, daß in der Sitzung des Ältestenrates der stellvertretende Ministerpräsident — auf Wunsch der CDU wurde das ins Protokoll genommen — zu Protokoll gegeben hat, daß es sich um einen Beschluß der Landesregierung handele. Er hat die Daten der Beschlußfassung dazu gesagt. Wenn nun das Wort des stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Ältestenratssitzung, das er als Vertreter der Landesregierung zu Protokoll gibt, nicht mehr gilt, wenn dann am 30. November gesagt wird: „Wir haben das erst gestern erfahren", dann darf man hernach nicht sagen: Wir möchten so gern mit Ihnen zusammenarbeiten, aber das kann man so schlecht.

(Beifall bei der SPD)

Entweder gelten die Worte, die gesprochen werden, oder sie gelten nicht. Es war schon seit dem 21. November klar.

(Zuruf des Abg. Dr. Lenz (CDU))

— Es war in der Sitzung des Ältestenrates, Herr Kollege Lenz. Wir wollen sonst keine Sitzungen miteinander abhalten, wenn das nicht mehr gilt.

(Hennemann (CDU): Dann gehörte diese Erklärung in die Fächer der Abgeordneten!)

— Es ist im Protokoll des Ältestenrates vermerkt. Und wenn hier der stellvertretende Fraktionsvorsitzende darüber spricht, so muß ich doch davon ausgehen, daß er es gewußt hat.

(Pütz (CDU): Das Parlament hat es mit der Vorlage vom 28. November erfahren!)

— Ist der Ältestenrat kein Gremium mehr, in dem sich die Fraktionen vertreten fühlen, Herr Kollege Pütz? Meine Fraktion fühlt sich da vertreten.

(Pütz (CDU): Das liegt an der Person!)

— Das liegt nicht an der Person, sondern an der demokratischen Struktur des Parlaments.

(Böhm (SPD): Das wäre ein Gag gewesen! — Dr. Lenz (CDU): Warum habt ihr es denn nicht hier draufgeschrieben?)

Meine Damen und Herren, wir wollen uns damit nicht länger aufhalten. Mir lag daran, das klarzustellen, und zwar auch aus einem anderen Grunde: Wir sind mit Ihnen der Meinung gewesen — und wir haben das im Ältestenrat ausgesprochen —, daß uns das grüne Heft mit der mittelfristigen Finanzplanung besser über die Staatskanzlei vorgelegt worden wäre, wie das bisher immer der Fall gewesen ist.

Wenn das, meine Damen und Herren, nicht geschehen ist, was wir als durchaus hinnehmbar erachten, für Sie offenbar jedoch unzumutbar ist, so schließen Sie daraus bitte nicht, daß die Minister der Landesregierung, die sich an den Landtag wenden, das als Privatpersonen tun; sie tun das als Mitglieder einer geschlossenen Landesregierung, und es bedarf keiner Rückfragen, in welcher Eigenschaft sie sich an den Landtag wenden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Pürsten hat noch einmal die permanenten Veränderungen innerhalb der Landesregierung aufgegriffen, die ihm nicht gefallen haben. Uns haben sie auch nicht gefallen; aber uns haben die Gründe eingeleuchtet, über die wir ausführlich miteinander gesprochen haben.

Wir können das natürlich immer wieder aufbereiten, immer wieder darüber sprechen; aber wir sollten uns doch den wichtigeren Fragen zuwenden, der Frage z. B., ob die Einnahmeschätzungen wirklich zu hoch sind. Ich habe in der ersten Lesung, als wir uns sehr stark finanzpolitisch unterhalten haben, bereits versucht, dazu einige Ausführungen zu machen. Ich habe heute morgen darauf hingewiesen, daß es Ausschüsse gegeben hat, in denen von der CDU der Vorschlag unterbreitet wurde, die Einnahmeschätzungen zu erhöhen und diese erhöhten Einnahmeschätzungen als Deckungsvorschläge zu





(A) nehmen. Nun, das mag ein Sonderritt gewesen sein. Herr Kollege Pürsten, wenn Sie aber sagen, die CDU wolle helfen, Einsparungen zu suchen, und dann nach monatelanger Beratung am Ende der zweiten Lesung keine dieser Einsparungsmöglichkeiten nennen, sondern nur zusätzliche Anträge stellen, dann weiß ich nicht, ob dieses gemeinsame Suchen irgend etwas Erfolgversprechendes gewesen wäre.

Noch heute ziehen Kollegen durchs Land — ich könnte Ihnen einen nennen, bei dem habe ich es selber erlebt —, die die Kürzungsvorschläge meiner Fraktion aus dem Jahre 1965 zum Haushalt 1966 polemisch gegen uns auswerten.

(Schröder (SPD): Siehe Herrn Neuhaus!)

— Den Namen haben Sie genannt, Herr Schröder! — Das tun die also noch heute und sie halten das für effektiv und für sinnvoll; gut, das unterliegt nicht meiner Kritik und meiner Entscheidung. Aber zu sagen, wir hätten Ihnen geholfen, Einsparungen zu suchen, und nicht eine zu nennen — das scheint mir noch weniger zu sein, als mit den Papieren der damaligen Opposition durchs Land zu ziehen. Dann kann ich nur sagen: Denken wir an die goldenen Worte von Wilhelm Lenz und sagen: Butter bei die Fische! Wo sind die Einsparungen, die Sie vorschlagen?

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen von der steigenden Verschuldung und davon, daß die frühere Landesregierung nicht in eine solche Verschuldung gegangen sei. Richtig! Da mag so sein. Ich frage zurück: In welcher Situation in Bund und (B) Land am Kapitalmarkt, in der Konjunktur, in den strukturellen Problemen haben frühere Landesregierungen denn gelebt und regiert? Wie konnten die denn aus der Fülle schöpfen! Die konnten noch über Landeswappen, über Landesgalerien und Landesorden nachdenken. So gut ging es denen!

(Dr. Lenz (CDU): Soll das denn wieder herein?)

— Das soll auf gar keinen Fall hinein, Herr Lenz! Aber während Sie die steigende Verschuldung beklagen, die wir mit Ihnen beklagen, von der wir nur sagen, daß sie unabwendbar ist und zu der uns Bundeskanzler Kiesinger öffentlich und privat immer wieder ermuntert,

(Zustimmung bei der SPD)

so sehr ermuntert, daß ich nicht bereit bin, so weit zu gehen, wie der Bundeskanzler offenbar gerne — —.

(Dr. Lenz (CDU): Wo hat er Sie denn ermuntert?)

— Ach, wissen Sie, nicht jede Begegnung mit ihm ist eine Ermunterung, aber Sie kennen die Zitate sicher auch!

(Zuruf des Abg. Dr. Lenz (CDU))

— Ich habe gesagt: uns. Das war kein Pluralis majestatis.

Herr Kollege Pürsten, wenn Sie dann vor schleichender Verschuldung warnen an einem Abend, an dem Sie noch im Laufe des Nachmittags vorgeschlagen haben, 41 Millionen zusätzlich in den außerordentlichen Haushalt zur bisherigen Verschuldung hineinzusetzen, dann frage ich: Was ist denn das für eine Argumentation,

(Beifall bei der SPD)

was ist das für eine Konzeption, von der Sie sagen, die Regierung Kühn besitze sie nicht?! Die Regierung Kühn verspricht nicht, aus ganz Nordrhein-Westfalen eine Bau stelle zu machen. Die Regierung Kühn und ihre Vertrete haben auch nie gesagt, daß die Arbeit der bisherigen Landesregierungen ein Scherbenhaufen gewesen wäre Wir haben von dem gesprochen, was vorgefunden wurde

Aber erinnern Sie sich einmal an das, was der jetzige Ministerpräsident noch vor wenigen Wochen und Monaten hier über die Amtsführung seines Vorgängers gesagt hat! In der Tat haben wir Dinge vorgefunden, bei denen uns — darf ich es einmal volkstümlich sagen — Hören und Sehen vergingen. 3,1 Milliarden Vorgriffe und Bindungsermächtigungen allein im Bereiche des Wohnungsbaues!

(Pütz (CDU): Sie haben doch jetzt viel mehr!)

— Die haben wir aber doch vorgefunden!

(Zurufe des Abg. Dr. Lenz (CDU) — Dr. Nehrling (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht, Herr Kollege Lenz!)

— Das kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen. Ich bin sicher, daß es so viele nicht waren.

(Schröder (SPD): Es waren noch keine 300 Millionen!)

— Selbst dann meine ich: Durch Addition wird Sünd nicht geringer!

Sie haben von der mittelfristigen Finanzplanung gesprochen. Wir sind ja übereingekommen, darüber nach den Etatberatungen hier noch einmal ausführlich zu sprechen. Bevor wir das tun, darf ich Ihnen vielleicht, nachdem heute schon Leseinweise gegeben worden sind, auch einen solchen geben, nämlich die Rede des Ersten Bürgermeisters der Hansestadt Hamburg, Weichmann, zur mittelfristigen Finanzplanung Hamburgs. Unabhängig vom parteipolitischen Kolorit gilt sicher Weichmann als einer der Experten.

(Pütz (CDU): Na, na, na!)

Ich meine, wenn wir das, was er über die Abgrenzung mittelfristiger Finanzplanung gesagt hat, zu ihrer Prophetie, zur Festlegung des Parlaments bis in alle Zukunft einmal bedächten, dann erschiene das grüne Heft unserer Landesregierung in einem sehr viel weniger schwarzen Licht — falls es schwarzes Licht geben sollte —, als Sie das soeben hier geschildert haben. Sie sind nicht zufrieden damit, daß die Landesregierung nur dieses grüne Heft vorgelegt hat. Wir sind dankbar dafür, daß dies die erste Landesregierung ist, die sich dieser Knochenarbeit überhaupt unterzogen hat!

(Beifall bei der SPD)

Sie möchten in Analogie zum Bund, daß der Wirtschaftsminister beteiligt wird, und Sie weisen auf den Text des Bundesgesetzes hin. Ich weise auch auf den Text des Bundesgesetzes hin, in dem es heißt, daß die Zuständigkeit im Ermessen der Länder liege. Ich erkläre Ihnen hier: Darüber hätte man sprechen können. Es ist aber doch Gewähr gegeben, Herr Kollege Pürsten, daß der Wirtschaftsminister beteiligt wird! An allem, einschließlich dem Konjunkturprogramm von 886 Millionen, bei der Sie erst nur die Umwandlung der Vorlage in die Druck

(A) sache forderten, dann drei Lesungen, dann die Form des Nachtragshaushalts, und dann kam eine Verfassungsklage, nachdem es vorher scheinbar nur um Formalitäten ging! Selbst dabei handelte es sich um eine Vorlage der Landesregierung, die wir hier mit Mehrheit zustimmend zur Kenntnis genommen haben.

Seien Sie sicher: Die mittelfristige Finanzplanung dieser Landesregierung — mag sie von den Ressortministern mit Sympathie oder mit Antipathie oder mit einem in Wohlwollen gehüllten Mißtrauen angesehen werden — ist eine Vorlage der ganzen Regierung, und an ihrem Zustandekommen werden alle Minister beteiligt, auch und gerade der in dieser Sache außerordentlich wichtige Wirtschaftsminister. Das liegt in der Natur der Sache, und das liegt im Arbeitsstil dieser Landesregierung. Das wissen auch die Fraktionen, die sie tragen.

Ich will jetzt nicht darüber sprechen, daß wir in der Tat über die Änderung auch ausgabeverpflichtender Landesgesetze im Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung sprechen könnten. Wir haben es getan bei der Lernmittelfreiheit. Vielleicht zwingt uns die Situation dazu, es noch einmal zu tun. Ich hoffe, daß der Konjunkturaufschwung uns vorwärtsbringt. Ich hoffe, daß wir in den nächsten Monaten und Jahren mehr Luft bekommen, und ich hoffe, daß Ihre Sorge, daß über vorzeitige Schuldentilgung nichts in diesem Papier der mittelfristigen Finanzplanung steht, schon deshalb unbegründet ist, weil die Verpflichtung zur vorzeitigen Schuldentilgung bereits in der Reichshaushaltsordnung verbindlich festgelegt ist. Wenn ich nicht irre, kommt die aus dem Jahre 1922.

(B) Sie fragen, wie es mit der Abstimmung zwischen Bund, Land und Gemeinden stünde. Nun, wissen Sie nicht, daß in alle diese Arbeiten der Konjunkturrat eingeschaltet war? Und sollten Sie nicht, wenn Sie nach der Abstimmung mit dem Bund rufen, dann auch einmal sagen, daß angesichts des umstrittenen und in die Klage gebrachten 886-Millionen-Projektes sowohl der Bundeswirtschaftsminister als auch der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesfinanzministers, Herr Leicht, das Land Nordrhein-Westfalen gelobt haben für seine Initiative, und daß der Bundeswirtschaftsminister — —

(Dr. Meyers (CDU): Aber nicht in der Form!)

— Die haben auch unsere Form gar nicht zu loben. Die haben gelobt, daß dieser — ich weiß jetzt die Formulierung nicht — fortschrittliche Finanzminister in Nordrhein-Westfalen ein solches Programm vorgelegt habe. Das haben die gelobt. Darüber haben wir uns gefreut, und Sie haben es nicht einmal zitiert!

(Heiterkeit bei der SPD — Pütz (CDU): Wer hat das gesagt?)

Lassen Sie mich um der knappen Zeit willen nur ein letztes sagen: Herr Kollege Pürsten, Sie haben am Schluß eine Wertung der Arbeit der Regierung Kühn vorgenommen. Das ist im Augenblick so dran.

(Dr. Lenz und Pürsten (CDU): Das werden wir immer tun!)

— Das werden Sie immer tun, das ist Ihr gutes Recht. Richtig, wir haben Ihre Regierungen auch gewertet.

(Zurufe von der CDU)

— Ganz klar, bleiben wir auch dabei. Nur, daß wir dieser Wertung nicht beitreten, werden Sie mir nicht übelnehmen.

Sie fragen nach der Gesetzesflut, die Kühn angekündigt habe. Ich weiß nicht, wie Sie die Brandung der Schuldgesetze, die wir gemeinsam eingebracht haben, bewerten. Ich meine, das ist nicht nur ein Erfolg der Gespräche, die wir oft bis in die tiefe Nacht miteinander geführt haben und den wir nicht gefährden sollten. Auch das ist ein Erfolg der Regierung Kühn, des Ministerpräsidenten Kühn und des Kultusministers Fritz Holthoff.

(Dr. Lenz (CDU): Das hat nichts mit mittelfristiger Finanzplanung zu tun!)

— Nein, das, was Herr Pürsten in diesem Schlußsatz gesagt hat, hatte auch nichts mit mittelfristiger Finanzplanung zu tun. Lesen Sie mal die letzte Seite, die letzte Hälfte des Blattes 14: das war eine allgemeine Formulierung zur Politik der Landesregierung.

Was den Ruhrplan angeht — —

(Dr. Lenz (CDU): Den habt ihr noch nicht!)

Damit wir aller Geschichtsklitterung widerstehen: der ist doch von Heinz Kühn nie zugesagt und nie versprochen worden. Heinz Kühn hat am letzten Abend vor der Wahl gesagt: er habe den Zauberstab nicht, er habe die Lösung der Probleme nicht.

(Zurufe von der CDU: . . . über den Berg!)

— „Meyers macht es". Das müssen auch Sie alles umlieben!

(Heiterkeit — Dr. Meyers (CDU): So billig kommen Sie da nicht raus!)

— Ach, Herr Dr. Meyers, ich will da auch gar nicht raus.

(Frau Hölters (CDU): Dann bleiben Sie drin' — Zurufe — Allgemeine Unruhe)

— Na, war das denn meine Idee, zu rufen: wir sind über den Berg?! Das war Ihr Nebenmann, Herr Dr. Meyers. Ich habe doch davon gar nicht angefangen.

(Zurufe von der CDU)

— Ich habe doch noch die Plakate, wir sammeln so etwas.

Der Ruhrplan, meine Damen und Herren, ist vom Ministerpräsidenten nicht mit diesen Formulierungen angekündigt worden. Aber, meine Damen und Herren, damit Sie nicht meinen, ich wollte billig da raus, stelle ich fest:

1. Keine Landesregierung hat mehr Mittel für die Ruhr bereitgestellt und ins Revier gebracht als die Landesregierung Kühn;

(Beifall bei der SPD)

2. keiner hat das schneller getan als die Regierung Kühn;

(Sehr richtig! bei der SPD)

3. wir wissen, daß die Regierung Kühn auch in diesen Tagen und Wochen dabei ist, die Elemente eines neuen Strukturprogramms für die Ruhr zusammenzustellen. Wir bitten den Ministerpräsidenten, die Elemente eines solchen





(A) Planes hier in der dritten Lesung dem Hohen Hause vorzutragen.

(Zuruf von der CDU): Keine Elemente, Arbeitsplätze!)

— Ach, so billig kommen Sie da nicht raus, sagt Franz Meyers.

(Schaap (SPD): Die bauen auch schon lange! — Schröder (SPD): Die Kohlenhalden, Herr Meyers, haben Sie hinterlassen!)

Ein letztes, auch auf die Gefahr hin, daß ich mich wiederhole: Es gibt Meinungsunterschiede im Kabinett, es gibt Meinungsunterschiede zwischen der Regierung und der Fraktion und zwischen den Fraktionen. Gäbe es die nicht, brauchten wir nicht zusammenzusitzen. Wären sie unüberwindbar, wären sie nicht immer wieder umzusetzen in fruchtbare, kameradschaftliche, solidarische Zusammenarbeit, hätte keiner von uns den Mut, vor Ihnen und vor den Menschen, die uns vertrauen, zu stehen. Es hat keinen Zweck, mindestens nicht bis 1970, irgendwelche Auseinanderdividierereien unter uns zu versuchen.

Wir gehen auch dann wieder gemeinsam als Sozialdemokraten in die Auseinandersetzung, in das Gespräch mit dem Bürger, und wir sind sicher, daß wir den Bürger — nicht mit billigen Parolen, sondern mit einem Erweis dessen, was wir zu tun versucht und was wir erreicht haben — wieder auf unsere Seite bringen werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat nunmehr Herr

(B) Kollege Abg. Dr. Riemer von der Fraktion der FDP.

**Dr. Riemer** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein paar Bemerkungen zu dem **Antrag 559 der CDU-Fraktion** machen. Meine Kollegen von der CDU-Fraktion, auch ich bin mit der Fassung des § 13 des Haushaltsgesetzes nicht zufrieden, ich bin auch nicht mit der Fassung zufrieden, die jetzt der Haushalts- und Finanzausschuß beschlossen hat. Es bleiben zu viele Fragen offen. Aber wenn ich mir Ihren Antrag ansehe, dann muß ich sagen, daß auch er einige Schwächen hat und wir darüber noch sehr ausführlich diskutieren müssen.

Ich glaube, daß wir uns deshalb jetzt auf eine Übergangslösung werden beschränken müssen; und als Übergangslösung scheint mir dann die vom Ausschuß vorgeschlagene Fassung des § 13 besser zu sein. Dieses Instrumentarium, das wir damit schaffen, gilt ja mit dem Haushaltsgesetz nur für ein Jahr. Ich glaube, wir werden zwischen den Haushaltsberatungen uns einmal ausführlich mit der Frage des konjunkturpolitischen Instrumentariums unseres Landes beschäftigen müssen, und zwar eingehender, als das hier jetzt bei den Haushaltsberatungen möglich ist.

Nun zu dem Antrag selbst! Herr Pürsten, Sie haben gesagt, daß wir — das heißt also das Land oder die Landesregierung — rechtlich verpflichtet sind, das von Ihnen vorgeschlagene Verfahren zu übernehmen. Ich glaube, das ist ein Irrtum; denn gerade der § 14 des Stabilitätsgesetzes klammert den § 8 aus. In § 14 des Stabilitätsgesetzes heißt es, daß die entsprechenden Regelungen sinngemäß auf die Haushaltswirtschaft der Länder anzuwenden sind, § 8 aber, der genau das Verfahren enthält, das Sie vorschlagen, ist ausgeklammert. Eine rechtliche Verpflichtung besteht also für uns nicht, sondern wir sind im Gegenteil frei, das Verfahren zu gestalten. Das, glaube ich, müssen wir festhalten.

Nun entsteht die Frage, ob überhaupt das Haushaltsgesetz der geeignete Ort für ein konjunkturpolitisches Instrumentarium ist, und zwar deswegen, weil ja das Haushaltsgesetz der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt und jedes Jahr neu beschlossen werden muß. Weder die Landesregierung kann sich auf ein festes Instrumentarium bei ihrer Konjunkturpolitik einstellen noch wir, die Parlamentarier. Deswegen, glaube ich, werden wir Überlegungen anstellen müssen, wie wir außerhalb des Haushaltsgesetzes, vielleicht als Änderung der Reichshaushaltsordnung, ein solches konjunkturpolitisches Instrumentarium schaffen.

Worum geht es nun bei diesen beiden Vorschlägen? Es geht darum, ein gut funktionierendes Verfahren zu entwickeln, das notfalls schnell, aber auch wirksam in konjunkturpolitischen Krisenzeiten eingesetzt werden kann. Auf der anderen Seite geht es darum, die Rechte des Parlaments zu wahren und nicht allzuviel von den Rechten, die das Parlament hat, an die Regierung, an die Exekutive abzugeben.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Dr. Lenz)

— Ja, Herr Dr. Lenz, da bin ich aber der Meinung, daß die vom Haushalts- und Finanzausschuß beschlossene Fassung dem Parlament mehr Rechte gibt als Ihre vom Bund übernommene Fassung; denn die Fassung des Haushalts- und Finanzausschusses sieht ja vor, daß auf jeden Fall das Parlament zustimmen muß, sogar vorher zustimmen muß — und daß diese Zustimmung nicht durch eine Fiktion nach Fristablauf ersetzt werden kann, die uns auch in gewisse Schwierigkeiten bringen kann. Deswegen glaube ich, daß die Fassung des Haushalts- und Finanzausschusses dem Parlament mehr Rechte gibt. Das war doch eigentlich — wenn ich Ihre Verfassungsklage und Ihre Bedenken, die Sie bei der Verabschiedung des Konjunkturprogrammes geltend gemacht haben, richtig verstanden habe — Ihr besonderes Anliegen. Insofern scheint mir die Übernahme der Bundesregelung nicht ganz konsequent zu sein.

Aber nun zu den einzelnen Bestimmungen! In der Ziffer 1 wollen Sie also nicht nur, daß der Finanzminister, sondern auch, daß der Wirtschaftsminister mitwirkt. Das ist so im Stabilitätsgesetz enthalten. Das ist richtig. Aber Sie sehen das als ein Recht des Wirtschaftsministers oder des Finanzministers. Wenn Sie das nur als ein Recht ansehen, dann — würde ich sagen — können wir damit hier in Nordrhein Westfalen bei der ja auch Ihnen bekannten Geschäftsordnung der Landesregierung praktisch wenig erreichen. Jeder Minister hat ja das Recht, eine Kabinettsvorlage zu machen bzw., wenn ein anderer Minister eine Kabinettsvorlage macht, dann kann jeder Minister eine Gegenkabinettsvorlage machen. Er ist also auf jeden Fall so oder so im Geschäft, ist also beteiligt. Ich glaube aber, daß diese Bestimmung im Stabilitätsgesetz mehr als eine Pflicht gesehen worden ist, nämlich eine Pflicht hinsichtlich der Ziele im § 1 des Stabilitätsgesetzes: wenn die entsprechende wirtschaftliche Situation da ist, soll er oder muß er handeln. So kann man das auslegen, so

(A) weiter verschlechtert worden ist. Ferner sind diese Rücklagen und Kassenbestände naturgemäß in den einzelnen Gemeinden höchst unterschiedlich, so daß sich schon deshalb eine generelle Beurteilung versagt. Hinzu kommt, daß die Rücklagen natürlich immer nur individuell nach ihrer Zweckbestimmung und gleichzeitig auch nur im Zusammenhang mit der sonstigen Verschuldung der jeweiligen Gemeinde beurteilt werden können.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß ein großer Teil dieser Rücklagen überhaupt nicht disponibel ist, weil entweder tatsächlich bereits darüber verfügt worden ist oder sie sich ihrer Natur nach einer Verfügung ohnehin entziehen oder aber rechtliche Gründe entgegenstehen. Letzteres gilt besonders für die Pflichtrücklagen, die im übrigen zum großen Teil nicht einmal den vom Landesgesetzgeber ja selbst geforderten Mindestbestand erreichen.

Schließlich und letztlich: selbst wenn all dies Gesagte nicht gälte, so bleibt der Tatbestand, daß sich die Gemeinden zur Finanzierung neuer Investitionen Mittel bedienen müßten, die haushaltsmäßig nicht zur Verfügung stehen, also kurzfristig wieder abgedeckt werden müßten. Keine Gemeinde wird aber neue Investitionen beginnen, wenn eine Finanzierungslücke durch die Minderung der Schlüsselzuweisungen entsteht. In der Regel kann deshalb eine innere Verschuldung nur dann vorgesehen werden, wenn die Finanzierung insoweit ohnehin mittelfristig durch Schuldenaufnahme und nicht durch ordentliche Haushaltsmittel vorgesehen war.

Bei dieser Situation waren wir — das werden Sie verstehen — natürlich sehr enttäuscht, daß im Haushalts- und
(B) Finanzausschuß der sehr geschätzte Kollege Dr. Solbach ohne detaillierte weitere Begründung trotz des einstimmigen Votums des Kommunalpolitischen Ausschusses lapidar erklärte, die Fraktion der SPD stimme für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage und damit gegen die beantragte Erhöhung der Schlüsselmittel und der Kopfbeträge.

Meine Damen und meine Herren, wenn die Regierung bis zur dritten Lesung einen Deckungsvorschlag im Sinne des Antrags des Kommunalpolitischen Ausschusses nicht vorlegen wird, muß es Aufgabe dieses Parlaments sein, zwischen mehreren Werten eine Entscheidung zu treffen, eine Entscheidung, die sich klar zu einer bestimmten Rangfolge der Werte bekennt.

(Denkert (SPD): Haben Sie als Antragsteller einen Vorschlag?)

— Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurückkommen, Herr Denkert. Die CDU-Fraktion — und damit werden Sie unsere Stellungnahme schon erkennen — bekennt sich klar dazu, den Gemeinden in diesem besonders schwierigen Jahr nicht eine zusätzliche Bürde durch eine Minderung der Schlüsselzuweisungen und der Kopfbeträge aufzuladen, den Gemeinden, deren Mehrausgaben zum großen Teil vom Gesetzgeber selbst verursacht sind und die zusätzlich aufgefordert worden sind, mittels eigener zusätzlicher Verschuldung die Konjunktur zu beleben. Wenn wir deren allgemeine Dotierungen gerade in diesem Jahr mindern würden, müßten wir uns mit Recht zurufen lassen: Ihr laßt den Armen schuldig werden und überlaßt ihn dann der Pein.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wo nichts ist, haben die Armen und der Kaiser ihr Recht verloren, Herr Kollege Dr. Möcklinghoff.

(Dr. Lenz (CDU): Der ist doch auch in der SPD!)

— Es kommt darauf an, welchen Kaiser Sie meinen, Herr Dr. Lenz.

(Heiterkeit)

Ich will nur mit wenigen Sätzen das Mangelnde oder von Ihnen als mangelnd Empfundene — —

(Dr. Lenz (CDU): Die SPD ist ganz weg!)

— Ich weiß, wo die sind, die kann ich immer holen. Herr Dr. Lenz, die verabschieden Herrn Kinnigkeit; der ist heute zum letzten Mal hier.

Ich darf Ihnen kurz vortragen, warum wir im Haushalts- und Finanzausschuß die Entscheidung des Kommunalpolitischen Ausschusses glaubten korrigieren zu müssen. Daß wir in der Sache, Herr Dr. Möcklinghoff, den Argumenten, die Sie hier vorgetragen haben, zustimmen, haben Sie aus unserer Haltung im Kommunalpolitischen Ausschuß ablesen können. Dennoch glaubten wir kein Ja sagen zu können, und zwar aus den Gründen, die heute in der Rede von Herrn Kollegen Pürsten immer wieder anklangen, aus den Gründen, die mit dem Stichwort der Verschuldung, mit dem Stichwort der Stabilität des Geldes usw. zusammenhängen.

Ich habe soeben bereits darauf hingewiesen, daß uns noch nicht ganz deutlich ist, wie Sie einmal im außerordentlichen Haushalt 41 Millionen, wie Sie hier 43 Millionen und eine halbe Million DMark beantragen und dann der Landesregierung übergroße Verschuldung vorwerfen können. Wir meinen, es sei nun einmal das Wesen des Verbundes — über das man durchaus diskutieren kann —, daß es aufwärts geht, wenn die Steuereinnahmen steigen, und daß die Gemeinden mittragen müssen — —

(Pütz (CDU): Früher waren Sie anderer Meinung!)

— Man muß immer lernen — — Daß dann, wenn es mir den Steuereinnahmen zurückgeht, auch die Mittel im Verbund reduziert werden.

Daß das angesichts eines Steuer-Wenigers von 95 Millionen DMark in diesem Jahr schmerzlich ist, meine Damen und Herren, ist gar keine Frage. Und weil wir es so schnell, Herr Kollege Pütz, auch wieder nicht gelernt haben, darum ist es uns eine Hilfe, daß wir in der Summe darauf hinweisen können — das ist in der ersten Lesung und bei der Einbringung ja geschehen, durch Herrn Minister Wertz und Herrn Minister Weyer —, daß durch die Zweckzuweisungen und ihre Erhöhungen eine Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden in Höhe von mehr als 84 Millionen DMark gegenüber dem Vorjahr stattfindet.

Wir sind dankbar dafür, daß der Haushalt so früh eingebracht werden konnte, wir sind dankbar dafür, daß die Gemeinden ihre Haushaltsplanungen schon auf unseren Haushalt haben abstimmen können. Und wir

(A) sind uns auch klar darüber, daß wir vom Jahre 1969 an wieder den Vorrang der Zweckzuweisungen in den Vordergrund unserer Betrachtungen stellen müssen. Ich nehme aber an, daß wir es dann auch können, denn von 1969 an rechnen wir — darüber haben wir heute gesprochen — mit höheren Steuereinnahmen, die nach dem Verbund, von dem wir hier sprechen, den Gemeinden zugute kommen sollen.

Wir glauben, daß der Haushalt in dem, was er insgesamt den Gemeinden bietet, nicht alle unsere Wünsche erfüllt, daß wir ihn aber vor den Gemeinden vertreten können, denen wir uns verpflichtet wissen, und mit denen wir zusammenarbeiten. Wir bedauern, aus übergeordneten finanzpolitischen Gesichtspunkten Ihrem Antrag auch jetzt nicht zustimmen zu können.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster hat das Wort Herr Dr. Seitz von der FDP-Fraktion.

**Dr. Seitz** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion erweckt den Eindruck, als ob es in diesem Hause besonders gemeindefreundliche und weniger gemeindefreundliche Fraktionen gäbe. Diesen Eindruck sollten wir um der historischen Wahrheit willen nicht aufkommen lassen oder, wenn er sich inzwischen festgesetzt haben sollte, nicht bestehen lassen.

Es ist stets das Bestreben aller Fraktionen gewesen, den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen des (B) Vertretbaren und des Möglichen fühlbare Hilfe zukommen zu lassen.

Das zeigte sich bereits deutlich, als 1958 erstmalig der Steuerverbund eingeführt worden ist und seitdem dieser Steuerverbundsatz konsequent von damals ca. 16% auf zur Zeit 25% gesteigert wurde.

(Dr. Lenz (CDU): Wann war das?)

— Seit 1958, Herr Dr. Lenz.

(Zurufe)

— Bis 1967.

(Dr. Lenz (CDU): Unverändert geblieben!)

— Ja, ist gesteigert worden, bis auf 25%, damit wir uns ganz klar verstehen.

Bemerkenswert ist, daß diese Verbesserungen nie als das Anliegen einer einzelnen Fraktion zur Debatte gestanden haben, und daß es insoweit nie zu einem Wettlauf zwischen den jeweiligen Regierungsparteien und der Opposition kam.

Selbst im vergangenen Jahr, als infolge der finanziellen Enge die allgemeine Auffassung an Boden gewann, daß der Verbundsatz mit 25% wohl nicht zu halten sei und notfalls um 1 bis 2% gesenkt werden müßte, löste diese Erwägung bei allen Fraktionen Bedauern aus. Sie konnte aber die einheitliche Haltung dieser Fraktionen zu dem Problem nicht beeinträchtigen, da ihnen gleichermaßen das Wohl der Gemeinden und die Erhaltung ihrer Finanzkraft als Grundlage ihres Selbstverwaltungsstatus am Herzen lag.

Bei dieser Sachlage, meine Damen und Herren, kann nicht bezweifelt werden, daß auch für die Zukunft bei allen Fraktionen der Wille und das Bestreben bestehen, den Gemeinden zu helfen. Diese Hilfe ist aber schwergewichtig nur auf der Grundlage des Steuerverbundes möglich, wenn den Gemeinden nicht die Möglichkeit genommen werden soll, sich bei ihrer mittelfristigen Finanzplanung zuverlässig auf bestimmte Zuweisungsgrößen, die sich an den zu erwartenden Landessteueraufkommen ablesen lassen, einzustellen.

Diese Möglichkeit gesetzlich zu verankern, war ein mit Nachdruck verfolgtes Anliegen der Gemeinden. Daß diese Verankerung dann im Grundgesetz erfolgt ist, unterstreicht ihre Bedeutung.

Länder und Gemeinden befinden sich also durch diesen Verbund in einer realen finanziellen Schicksalsgemeinschaft. Und es gehört zu den Prinzipien dieser Schicksalsgemeinschaft, daß die Gemeinden nicht nur an einem Ansteigen der Steuereinnahmen des Landes teilhaben, sondern daß sie auch an einem Rückgang dieser Einnahmen in der Relation des Verbundsatzes ebenso beteiligt werden.

(Dr. Lenz (CDU): Das werde ich Walter Möller sagen!)

— Ich habe nichts dagegen, er ist mit mir einer Meinung, Herr Kollege Dr. Lenz.

Dieser Rückgang tritt nun zum erstenmal ein. Nun läßt sich nicht leugnen, daß die Gemeinden von dieser Minderung der Verbundmasse gerade im augenblicklichen Zeitpunkt besonders hart betroffen sind. Diese Entwicklung war aber für jeden erkennbar, und auch die Gemeinden haben sie erkannt. Sie haben konsequenterweise anstatt zu lamentieren, sich darauf eingestellt und ihre Planungen für die Haushaltswirtschaft des nächsten Jahres darauf ausgerichtet. Die Gemeinden sind also gewillt, dem Prinzip des Steuerverbundes Rechnung zu tragen und gemeinsam mit dem Land die Durststrecke zu durchstehen, die im Hinblick auf die Entwicklung der Landessteuereinnahmen schon 1969 auslaufen dürfte.

(Pütz (CDU): Sie sind nur notgedrungen gewillt!)

Man tut manches notgedrungen aus besserer Einsicht, Herr Kollege Pütz. Man muß sich deshalb fragen, auf was der CDU-Antrag angesichts dieser Situation im Endergebnis abzielt. Gewiß, er bezweckt mehr Hilfe für die Gemeinden. Aber eine solche ist ja auch vorgesehen, indem die Zweckzuweisungen gegenüber dem Vorjahr um rund 156 Millionen DMark verstärkt worden sind, so daß den Gemeinden im nächsten Jahr aus Landesmitteln 84 154 000 DM mehr zufließen als im Jahre 1967. Wenn Sie dem nun entgegenhalten wollen, daß das System der zweckgebundenen Zuweisungen im Interesse einer Erhöhung der allgemeinen Zuweisungen weitgehend abgebaut werden soll, dann sind wir mit Ihnen im Grundsätzlichen einer Meinung. Es ist nur die Frage, ob das im jetzigen Zeitpunkt möglich und zweckmäßig ist. Wir sind der Meinung, diese Frage ist im Augenblick zu verneinen, wenn sichergestellt werden soll, daß die Bemühungen des Landes um eine Verbesserung der Wirtschaftslage auch über eine entsprechende Investitionspolitik der Gemeinden Unterstützung finden. Bejahen also die Antragsteller diesen Grundsatz, dann gibt es keinen anderen





(A) sondern hier geht es darum, daß der Gesetzgeber von sich aus Tage festlegt, an denen er zwar nicht den einzelnen verpflichten kann, individuell zu trauern oder nicht zu trauen — das könnte er nicht —, die er aber als Tage öffentlicher Trauer bestimmt. In dieser Gesetzgebung lebt etwas von dem Selbstverständnis eines Volkes gegenüber seiner Vergangenheit und seiner Gegenwart.

(Beifall bei der CDU)

Unter diesem Aspekt sollten wir diese Tage, die gar nicht nur die konfessionell-relevanten Tage sind, sondern Tage, in denen ein Volk sich auf seine Toten besinnt, mit einem besonderen Schutz umgeben. Ich bin der Auffassung, daß es darum auch gar keinen Anlaß gibt, den bestehenden Schutz dieser Tage zu schmälern. Ich darf Ihnen vielleicht — damit möchte ich schließen — sagen, daß ein Argument in Ihrer Rede, Herr Kollege Dr. Nehrling, mich nun wirklich überzeugt hat, gegen das Gesetz zu stimmen. Sie haben in der zweiten Lesung erklärt, es sei der Sinn der von Ihnen angestrebten Gesetzesänderung, die gesetzliche Regelung dem Lebensrhythmus anzupassen — dem Lebensrhythmus! Ich bin der Auffassung: Gerade weil das bestehende Gesetz den Lebensrhythmus in so auffälliger Weise durchbricht, ist es geeignet, den Sinn der Tage, die durch das Gesetz geschützt werden, um so deutlicher ins allgemeine Bewußtsein zu rücken.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Ich habe mich selber dabei nachprüfen können: Ich bin mit vielen Kollegen dieses Hauses — auch der Herr Ministerpräsident war mit bei dieser Veranstaltung zugegen — am Abend des Samstag vor dem Volkstrauer- (B) tag in der Premiere des Kom(m)öddchens gewesen. Diese Premiere war etwa gegen 23.30 Uhr zu Ende. Und als wir draußen standen — ich sagte es: Es waren Kollegen aus allen Fraktionen dieses Hauses dabei —, sagte einer von uns: Wo gehen wir denn jetzt noch hin und setzen uns gemütlich zusammen? — Da gab ein anderer Kollege die Antwort: Wir haben jetzt 23.30 Uhr; heute können wir nicht mehr in ein Lokal gehen, denn morgen ist Volkstrauertag. — Ich muß Ihnen sagen: Ich hatte tatsächlich aus der Atmosphäre heraus, aus der ich kam, gar nicht daran gedacht; ich hatte es übersehen; ich war, wenn Sie so wollen, in meinem „Lebensrhythmus". Aber die Tatsache, daß man aus diesem Lebensrhythmus genommen wurde, hat diesen Tag besonders ins Bewußtsein gerückt.

(Sehr gut! bei der CDU)

Wir könnten also darüber diskutieren, ob die derzeitige Ballung der gesetzlich geschützten stillen Feiertage im November sinnvoll ist und ob diese Feiertage ihre öffentliche Funktion so vielleicht nur noch unzulänglich erfüllen. Wir wissen aber alle, daß eine Gesetzesänderung, wie sie hier begehrt wird, gerade weil sie im Grunde genommen den Lebensrhythmus nicht einschneidend tangieren würde, dazu führen müßte, eben doch das allgemeine Bewußtsein im Hinblick auf das hohe Gut, das wir hier schützen wollen, einzuschläfern. Das hat nichts mit Konfessionalismus zu tun; das Gut, das wir geschützt wissen wollen, sind nicht konfessionelle Sonderinteressen. Es ist die Frage, wie wir zum Problem der allgemeinen, öffentlichen Trauer eines Volkes stehen.

Nun werden wir also darüber abzustimmen haben. Ich wollte nur Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, diese Argumente noch einmal vortragen. Vielleicht denken wir darüber nach, und dann mögen wir die Entscheidung fällen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat jetzt Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es spricht für den Diskussionsbeitrag, den wir gerade gehört haben, daß wir in dieser späten Stunde, nachdem wir mehr als zehn Stunden lang ununterbrochen miteinander tagen, alle so aufmerksam zugehört haben.

Herr Kollege Mikat, wir haben das, was Sie gesagt haben, nicht auf die leichte Schulter genommen, wir haben es aber auch nicht zum ersten Male in unsere Gedanken einbezogen. Deshalb bitte ich Sie, wenn wir nun zu einer Abstimmung kommen und diese Abstimmung so ausgeht, wie wir es glauben, daß Sie dies nicht mißverstehen oder mißinterpretieren, als wollten wir Ihre Argumente vom Tisch wischen. Wir haben diese Argumente bedacht. Wir stimmen allerdings in einigen Fragen nicht überein.

Wir stimmen überein in der Bewertung, daß es hier nicht um Schutz oder Nicht-Schutz für konfessionelle Feiertage und konfessionelle Güter geht. Wenn ich das ausdrücklich unterstreiche und Ihnen dafür danke, daß Sie das hier ausgesprochen haben, darf ich meinen Dank mit der Bitte an alle Gesprächspartner verbinden, nun auch in der Zukunft keine Polemik zu entfachen, die zu der Annahme führen könnte oder von ihr ausgeht, als sei diese Koalition zum Schutz konfessioneller Güter nicht bereit; sie stehen in der Tat jetzt nicht zur Debatte.

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist dies: Wir unterscheiden uns nicht in der persönlichen Haltung gegenüber den stillen Feiertagen und nicht im Unbehagen über die Ballung der stillen Feiertage, die wir freilich als Landesgesetzgeber nicht korrigieren könnten. Unsere Unterscheidung ist eine Unterscheidung hinsichtlich der Uhrzeit, die sich auf die Tage vorher bezieht, und in diesem Zusammenhang ist das Wort vom Lebensrhythmus zu verstehen, das Herr Kollege Dr. Nehrling hier gebraucht hat und das auch ich selber einmal verwendet habe.

Wir glauben in der Tat, daß durch diese Gesetzesänderung nichts von den schützenswerten Gütern, auch nicht den schützenswerten Gütern unseres Volkes, schutzlos gemacht wird. Nur weil wir diese Überzeugung haben, haben wir diese Novelle guten Gewissens eingebracht, und nur weil wir diese Überzeugung haben, haben wir — bis in diesen Tag — viele Gespräche gesucht, auch mit der Opposition, und zwar über die Frage, ob wir nicht zu einer gemeinsamen Regelung kommen könnten. Sie sollten wissen, daß wir dabei klare Angebote gemacht haben, auch was einen früheren Beginn des Schutzes der stillen Feiertage angeht. Wir haben von 4 Uhr, wir haben von 3 Uhr gesprochen. Zu einem solchen Kompromiß wären wir bereit gewesen, falls es zur Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf hätte kommen können.

Es ist dazu nicht gekommen. Niemand bedauert das mehr als ich. Wir glauben aber, daß dieses Gesetz in der jetzigen Fassung, die der Hauptausschuß — nach ein-

(Johannes Rau (SPD))

(Sonn- und Feiertagsgesetz)

(A) gehender Beratung — beschlossen hat, nichts preisgibt, daß es den Freiheitsraum des einzelnen vergrößert und daß damit die Verpflichtung des einzelnen und die Verpflichtung des Volkes, sich auf solche Tage zu besinnen, wirklich nicht aufgehoben, ja nicht einmal eingegrenzt wird. Und deshalb stehen wir guten Gewissens zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung in dritter Lesung.

Wer dem Gesetzentwurf entsprechend dem Ausschußantrag Drucks. Nr. 528 die Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist in dritter Lesung **mit Mehrheit verabschiedet.**

Ich rufe auf Punkt 2 der Tagesordnung:

**Regierungsvorlage:**

**Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bewährungshelfer**
**— Drucksachen Nrn. 358, 478 und 529 —**
**dritte Lesung**

Berichterstatter des Justizausschusses ist Herr Abg. Schwarz. Ich erteile ihm das Wort.

(B) **Schwarz** (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat in der letzten Plenarsitzung am 13. November 1967 den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bewährungshelfer — das betrifft die Drucksachen Nrn. 358 und 478 — in zweiter Lesung beraten und danach an den Justizausschuß sowie an den Ausschuß für Innere Verwaltung zurücküberwiesen. Da es sich bei diesem Gesetzentwurf um eine Spezialfrage der Landesbesoldungsordnung handelt, war die Einschaltung des Ausschusses für Innere Verwaltung neben der sachlichen Zuständigkeit des Justizausschusses ebenfalls notwendig. Der Landtag hatte, als er nach der ersten Lesung des Gesetzentwurfs ausschließlich den Justizausschuß mit der weiteren Beratung beauftragte, dieses Problem übersehen. Dieser Formfehler wurde dann in der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs in der dargestellten Weise berichtigt.

In seiner Sitzung am 17. November 1967 hat sich der Ausschuß für Innere Verwaltung mit dem Gesetzentwurf zur Verbeamtung der Bewährungshelfer beschäftigt. Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat beschlossen, in Artikel 2 Ziff. 1 bis 3 des Entwurfs jeweils die Worte „als Bewährungshelfer oder bei einer Justizvollzugsanstalt" ersatzlos zu streichen und damit gegenüber der Fassung der Drucks. Nr. 478 die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Diese ursprüngliche Fassung lautet:

> Die Besoldungsordnung A (Anlage 1 zum Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 19. August 1965 — GV. NW. S. 258 —, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 1967 — GV. NW. S. 72 —) wird wie folgt ergänzt:
>
> 1. In Besoldungsgruppe A 9 wird eingefügt: „Sozialinspektor".
> 2. In Besoldungsgruppe A 10 wird eingefügt: „Sozialoberinspektor".
> 3. In Besoldungsgruppe A 11 wird eingefügt: „Sozialamtmann".

Die jetzt wieder revidierte Formulierung in der Drucks. Nr. 478 war im Justizausschuß aus der Sorge entstanden, der Wortlaut der Regierungsvorlage könnte besoldungsrechtliche Auswirkungen auf Kommunalbeamte und Regierungsbeamte des gehobenen Dienstes mit gleicher Vorbildung wie die Bewährungshelfer haben. Durch eine Erklärung des Finanzministers als des federführenden Ministers in Fragen der Beamtenbesoldung, daß dieses Gesetz zur Verbeamtung der Bewährungshelfer keine Auswirkungen auf Laufbahn und Besoldung der eben genannten Beamtengruppen haben werde, wurde diese Sorge ausgeräumt. So konnte auch der Justizausschuß der vom Ausschuß für Innere Verwaltung vorgeschlagenen Änderung in seiner Sitzung am 23. November 1967 zustimmen.

Art. 3 der in der zweiten Lesung beratenen Vorlage, wonach die jetzt tätigen Bewährungshelfer ohne Beachtung ihrer zwei- oder dreijährigen Ausbildung keine Ergänzungsprüfung abzulegen brauchen, bleibt nach der übereinstimmenden Meinung aller Fraktionen dieses Hohen Hauses bestehen.

Im Namen des Justizausschusses darf ich Sie nun bitten, den vorliegenden Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bewährungshelfer in der Fassung der Drucks. Nr. 529 in dritter Lesung anzunehmen. Das Gesetz kann dann am 1. Januar 1968 in Kraft treten.

(Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Beratung in dritter Lesung. Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Die Beratung in dritter Lesung ist geschlossen.

Wir kommen zur **Abstimmung.** Wer dem Gesetzentwurf entsprechend dem Ausschußantrag Drucks. Nr. 529 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist in dritter Lesung **einstimmig verabschiedet.**

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7:

**Regierungsvorlage:**

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen den Gemeinden Broichweiden und Haaren, Landkreis Aachen**
**— Drucksachen Nrn. 460 und 508 —**
**zweite Lesung**

**Regierungsvorlage:**

**Entwurf eines Gesetzes über die Eingliederung der Gemeinde Kirchspiel Sendenhorst, Landkreis Beckum, in die Stadt Sendenhorst, Landkreis Beckum**
**— Drucksachen Nrn. 481 und 509 —**
**zweite Lesung**



(Dufhues (CDU))

(Haushaltsgesetz 1968)

(A) auch draußen die Unterstützung zu gewinnen, die notwendig ist, damit wir mit unseren Problemen fertigwerden —

überall empfinden wir schmerzlich den Mangel an Dynamik und an Kraft, stoßen wir auf Entschlußlosigkeit und Lethargie. Der Ministerpräsident dieses Landes handelt ohne Glück. Erfolge bleiben aus. Die Bürger dieses Landes — auch seine eigenen Wähler — verlieren zunehmend das Vertrauen zu ihm.

(Zustimmung bei der CDU)

Sicherlich gibt es in einzelnen Ressorts Initiativen und Anregungen; das soll nicht in Abrede gestellt werden, auch wenn wir die von diesen Ressorts vertretenen Auffassungen nicht immer teilen. Aber es sind doch wenigstens Initiativen. Um so deutlicher empfinden wir den Mangel der Regierungskraft in der Führung der Landesregierung. Darin liegt — ich sage das mit allem Ernst — auch eine wesentliche Ursache für die vielfältige Unruhe in unserem Lande, und deshalb nehmen nicht wenige auch bedenkliche Zuflucht zu Demagogen.

Der Herr Ministerpräsident handelte brav und tapfer, als er sich der Demonstration in Dortmund-Huckarde stellte. Aber hat er den Demonstranten das Bewußtsein vermittelt, Heimat und Brot nicht zu verlieren, auch dann nicht, wenn unvermeidbare Zechenschließungen durchgeführt werden? Wer Meinungsumfragen durchführt und fragt, ob und in welchem Umfange die Bürger radikal werden, handelt nicht als Politiker, sondern als ein Mann der Reflexion. Der Regierungschef kann sich nicht mit Analyse und Reflexion begnügen: er hat zu handeln, er
(B) schuldet Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Das ist unser hartes Schicksal und unsere Aufgabe. Was sollen Gespräche über konzertierte Aktionen? Was uns fehlt, ist ein Konzertmeister, der zur Aktion bereit und entschlossen ist. Allein darauf kommt es in dieser Stunde an: auf das Handeln und Regieren! Und weil wir all das vermissen, meine Damen und Herren, können wir dem Haushalt 1968 unsere Zustimmung nicht geben!

(Lebhafter anhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Dufhues, ich muß feststellen, daß Sie selbst bei großzügiger Auslegung der Redezeit, indem man also die Beifalls-, aber auch vielleicht die Mißfallenskundgebungsdauern abzieht, über eine Stunde gesprochen haben.

(Unruhe bei der CDU)

Als nächster Redner hat das Wort Herr Abg. Johannes Rau von der SPD-Fraktion.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir nach einer ganzen Reihe von Monaten den Versuch machen, in der dritten Lesung die Bilanz dessen zu ziehen, was wir in den Wochen und Monaten, die hinter uns liegen, an Beratungen in den Ausschüssen und im Plenum geführt haben, dann scheint es mir gut, wenn wir zu Eingang und bevor wir möglicherweise kontroverse Dinge miteinander erörtern, das Verfahren der Haushaltsberatung selbst noch einmal ansprechen.

Wir haben einen Haushalt von mehr als 11 Milliarden (C) DMark zu verantworten, und heute steht dieser Haushalt zur Diskussion. Ich bin nicht sicher, ob wir die richtigen zeitlichen Mittel gehabt haben, das mit der Verantwortung zu tun, die dem Parlament übertragen ist. Vor allen Dingen die zweite Lesung hat nach meiner Auffassung vieles ausufern lassen, was in der dritten hätte angesprochen werden können, was in der ersten fällig gewesen wäre oder was in die Ausschüsse gehört hätte. Heute nun nehmen wir wieder bestimmte Dinge vorweg. Wir nehmen Interpellationen zur Lage der Textilindustrie vorweg, wir wiederholen Dinge, die wir bei den Haushaltsberatungen schon miteinander erörtert haben, wie die Umorganisation der Landesregierung. Wir sollten einmal miteinander über die Frage sprechen, ob wir nicht mehr Zeit und intensivere Ausnutzung unserer Zeit in den Ausschüssen brauchten, damit das, was wir hier im Plenum miteinander besprechen, fundierter, sachlicher sein und sich auf das stützen kann, was in den Ausschußberatungen erörtert worden ist

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wenn ich dies zuvor gesagt habe, dann nicht nur zur Einstimmung, sondern weil ich glaube, daß wir wirklich mehr Zeit brauchen und daß wir überlegen müssen, ob der Haushalt nicht beim nächsten Mal mit der Einbringung zumindest schon zur Vorberatung an die Ausschüsse gehen sollte, damit wir auf diese Weise Zeit sparen, zwei Wochen gewinnen und uns dann hier im Plenum auf das beschränken können, was unter uns kontrovers ist. Wir kämen dann auch daran vorbei, Vokabeln in den Parlamentarismus einzuführen, die diesem Parlamentarismus (D) nicht dienlich sind. Wir haben heute morgen davon gehört, daß offenbar das Verhältnis, das ich zur Opposition habe, Herr Kollege Dufhues, ein platonisches Verhältnis oder ein Verhältnis platonischer Liebeserklärungen sei. Ich würde gerne mit Ihnen über die Alternative zu Plato im Bereich der Liebeserklärungen sprechen. Aber nun aus der Tatsache der Ablehnung nahezu aller Anträge, die in der zweiten Lesung gestellt worden sind, schließen zu wollen, daß die Opposition in diesem Hause nicht gut behandelt werde, das scheint mir ein wenig kurzgeschlossen zu sein:

Erstens deshalb, weil Sie damit hier den Vorwurf an die CDU zu Protokoll gegeben hätten, mehr als zehn Jahre lang die Opposition schlecht und unwürdig behandelt zu haben;

(Beifall bei der SPD)

denn Sie haben das immer so gehandhabt, und zweitens deshalb, weil wir dann aus der Tatsache, daß Sie unseren Haushalt ablehnen wollen, schließen müßten, daß Sie mit der Regierung und mit der Koalition nicht gut umgingen; drittens deshalb, weil ich glaube — meine Damen und Herren, das sage ich allen Ernstes —, daß nicht die „mangelnde Führungskunst" der Regierung Kühn, von der Sie gesprochen haben, die Demagogen auf den Plan ruft, sondern daß wir den Demagogen die Manuskripte liefern, wenn wir Vokabeln wie „Abstimmungsmaschinerie" benutzen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir haben eine so ausführliche Erörterung der Anträge wie in der zweiten Lesung in den letzten neun Jah-

(A) ren, die ich beurteilen kann, nicht gehabt. Wir haben viele Tage jeweils viele Stunden interfraktionell zusammengesessen und uns über Anträge auszusprechen versucht. Wir haben das vor der letzten Plenarsitzung noch am Morgen getan. Wenn dann Vokabeln — wo immer das auch sei, sei das hier oder sei das in Ratssälen, wo solche Worte auch fallen — wie „Abstimmungsmaschinerie" oder wie „Niederstimmen" kommen, dann schädigt das die Meinung der Bürger von der parlamentarischen Demokratie, vom Recht der Mehrheit und vom Recht der Minderheit, und wir tun uns allen keinen guten Dienst.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit den Anträgen noch etwas sagen! Es war widersprüchlich, Herr Kollege Dufhues, daß Sie von der Regierung und von der Koalition verlangt haben, sie solle endlich Prioritäten setzen und den Mut zum Nein haben, und daß Sie dann anschließend hergehen und unser Nein zu Ihren Prioritäten uns anlasten, während wir dieses Nein doch nur gesprochen haben, weil wir zur Zeit andere Prioritäten für richtiger und wichtiger halten.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

In der Tat ist dies die Priorität der Landespolitik überhaupt: Arbeitsplätze zu sichern, neue Arbeitsplätze für wegfallende zu schaffen, und ich frage: Welche Regierung hat denn mehr getan für eine solche Priorität als die Regierung Kühn?

(Beifall bei der SPD)

(B) Sie haben gesagt, dem Wähler sei inzwischen klargeworden, daß es nicht genüge, SPD zu wählen, um über den Berg zu kommen. Solche Gedanken kann man bekommen, Herr Kollege Dufhues. Aber wir sind schon froh, wenn der Wähler jedenfalls erkennt, daß nach den Jahren, von denen gleich die Rede sein muß, nach den Jahren der Versäumnisse der Weg zu dieser Regierung, der Weg zu einer Regierung, die Prioritäten setzt und durchhält, ein guter Weg war und daß man mit dieser Regierung jedenfalls, wenn sie die Möglichkeit hat, ihre Politik straff, deutlich, kontinuierlich zu vertreten, über den Berg kommt. Niemand von uns hat mehr versprochen, als daß das erreicht wird. Niemand von uns hat gesagt, daß sich die Verhältnisse im Lande schon geändert hätten, wenn wir die Verantwortung übernommen hätten. Aber daß sich die Verhältnisse ändern, daß es wieder aufwärts geht, auch in diesem Lande, das spüren die Menschen draußen, und deshalb ist es nicht mehr als Zweckpropaganda, wenn Sie sagen, diese Regierung habe das Vertrauen ihrer Wähler nicht mehr. Diese Regierung hat das Vertrauen ihrer Wähler, und sie regiert so, daß sie Wähler hinzugewinnen wird.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist klar, daß ein Dissens, mindestens ein scheinbarer Dissens besteht zwischen dem, was an holzschnittartigen Beschreibungen der Situation im Revier geliefert wird. — Sie haben hier die Rede von Zinn am 6. Juni 1966 erwähnt, die wir alle sehr gut fanden und die wir gut fanden auch für das Revier, vor allen Dingen deshalb, weil sie von einem Länderchef gehalten wurde, der selber nicht im Revier ist und der auf vielfache Weise — auch im (C) Deutschen Bundesrat — bewiesen hat, daß er die Probleme dieses Landes aufnimmt und sich in Solidarität um die Lösung dieser Probleme kümmert. Diese Rede war nicht schlecht für das Revier, sondern Ihre Politik war schlecht für das Revier, und deshalb mußte Zinn so reden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie haben — lassen Sie mich das hier auch noch klar ansprechen! — von der Personalpolitik der Regierung Kühn gesprochen, diese Personalpolitik kritisiert und dabei den Regierungspräsidenten in Aachen genannt. Ich meine, es wäre keine gute Sache, wenn wir hier im Plenum Diskussionen zur Person führten. Aber, Herr Kollege Dufhues, wir wollen nun auch hier nicht in die Vergangenheit zurückgreifen, obwohl man da interessante Karrieren beschreiben könnte,

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

sondern wir wollen die Kriterien einmal ansprechen, die Sie für eine ordentliche Personalpolitik genannt haben und deren letzte „Hingabe an den demokratischen Staat" war, die Sie vom Beamten erwarten.

Da muß ich fragen: Ist es denn keine Hingabe für den demokratischen Staat, wenn sich ein Mann in Bundes- und Landespolitik, in Legislative und Exekutive so bewährt hat wie der hier in diesem Hause lange geschätzte Kollege Effertz? Ist das keine Hingabe an den demokratischen Staat, und müssen Leute, weil sie Jahre und Jahrzehnte ihres Lebens der praktischen Politik geopfert haben, darum ausgeschlossen werden von der Wahrnehmung eines Amtes, das nach unserer Landesverfassung (D) und unseren Gesetzen ein politisches Amt ist?

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich finde das nicht so schlimm oder nicht schlimmer als den Weg vom Partei- zum Staatssekretär, den wir hier in diesem Hause erlebt haben,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

bei dem es auch noch Ministerzeiten gab.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben hier miteinander über den Gesamthaushalt zu sprechen. Erlauben Sie mir deshalb, daß ich gleich auf das Problem eingehe, das hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Fragen im Mittelpunkt der Erörterungen des Herrn Kollegen Dufhues gestanden hat! Man könnte hier sagen, daß mit den Wahlerfolgen der SPD mindestens eines erreicht wird, dies nämlich, daß die CDU aufgeschlossener ist für Planung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich habe nichts gegen diese Art von innerer Mission, die wir hier offenbar unbewußt getrieben haben. Aber wir sollten uns, wenn wir uns schon gemeinsam für Pläne interessieren und erwärmen, auch was das Rückwärtige angeht, jeder Geschichtsklitterung enthalten, und wir sollten vor allen Dingen — so meine ich — um der Wichtigkeit des Problems willen, das ich mit dem Stichwort Arbeitsplätze noch einmal aufgreife, nicht versuchen, uns auseinanderzudividieren.

Sie haben danach gefragt, wie denn Kühn zu Schiller stehe, nicht zu Schiller als Person, sondern zu dem, was





(A) Schiller an Konzeption vorgelegt hat. Sie haben bedauert, daß Schiller gestern nicht hier war, als Katzer hier war. Das hing damit zusammen, daß Schiller schon ein paar Monate eher gekommen war als Katzer.

(Beifall bei der SPD)

Aber sehen Sie, Sie sprechen davon, daß der Regierungschef Kühn seine Richtlinienkompetenz in Anspruch nehmen solle bei bestimmten Aufgaben. Wir fragen: Wie steht es mit der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger, wo ist eine Distanzierung Kiesingers oder seines energiepolitischen Beraters

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der SPD: Wer ist das?)

von dem, was Schiller an Timingvorstellungen hat? In der Tat unterscheiden wir uns als Fraktion hier im Landtag von Schiller in der Frage der Streckung und in der Frage des Timings von Zechenstillegungen. Wir wissen aber, daß wir hier nur zu einer Veränderung kommen können, wenn die Bundespolitik, wenn die Politik der Bundesregierung — vertreten durch den Bundeskanzler, der vorzügliche Berater hat — auf unsere Entschließung vom 6. Juni stärker eingeht. Ich kenne jemanden, der kennt den Kanzler und der hat auch an der Entschließung mitgearbeitet; der muß jetzt ran!

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Da hilft es uns gar nichts, wenn wir darauf hinweisen, diese Landesregierung sei im Bundesrat erfolglos gewesen. Warum sie erfolglos war, wissen Sie so gut wie ich, und wie weit sie erfolgreich war, wissen wir alle miteinander, nur daß wir es unterschiedlich deutlich aussprechen.

(B) Wir meinen, wir sollten der Landesregierung Dank dafür sagen, daß sie im Bundesrat — im Wirtschaftsausschuß und im Plenum — die Meinung dieses Landes so deutlich ausgesprochen hat, und wir sollten sagen, daß die Situation an Rhein und Ruhr im Deutschen Bundestag nie so präzise dargestellt und zum Klingen gebracht worden ist wie in der Sitzung vom 8. November durch Heinz Kühn.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie mögen sagen, Heinz Kühn sei kein Konzertmeister. Ich kenne seine musischen Qualitäten nicht so gut wie seine literarischen Interessen. Aber daß er die Pauke zu bedienen versteht und daß er mit anderen Schlagzeugen umzugehen versteht, um für dieses Land im Lande zu werben und für die Menschen dieses Landes außerhalb des Landes, das hat er in einem Jahr Regierungstätigkeit so bewiesen, daß ich glaube: Heinz Kühn ist zwar kein „Typ des establishment", aber Heinz Kühn ist ein Mann, der als Ministerpräsident dieses Landes etabliert ist und ohne den wir uns dieses Land auf lange Sicht nicht mehr denken können, ohne ihn an seiner Spitze.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wahrscheinlich wird der Herr Ministerpräsident Ihnen selber beitreten in dem Dank an Herrn Katzer und Herrn Kaßmann — ich habe das nicht immer genau differenzieren können — für das, was gestern hier in Düsseldorf gesprochen worden ist. Aber glauben Sie denn, daß allein mit dem Satz, das Gespräch sei auf Initiative Katzers zustande gekommen — die wir gar nicht bestreiten wollen —, darüber hinweggetäuscht werden kann, daß der Herr Ministerpräsident und die Landesregierung schon (C) seit sechs Monaten den Vorschlag eines solchen Gesprächs positiv aufgenommen und einen Sonderbeauftragten für ein solches Gespräch bereitgestellt haben?

Sie könnten auf Versäumnisse hinweisen, wenn sie da wären. Aber wir gestehen, daß wir für jeden dankbar sind, der in diesem Lande und der diesem Lande hilft, natürlich auch, wenn das Hans Katzer ist, zumal Hans Katzer ja in Kleve bei dem Landesparteitag der CDU — den wir mit Interesse verfolgt haben — auch eine Stellungnahme zu den letzten zehn Jahren der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen abgegeben hat, als er sagte: „Allzu lange hat man geglaubt, daß der Mechanismus des freien Marktes fähig sein würde, die Strukturprobleme im Steinkohlenbergbau aus eigener Kraft zu lösen."

(Hört, hört! und Beifall bei der SPD)

Das war Hans Katzer! Und da kann ich nur sagen: Volle Zustimmung! Allzu lange hat man das geglaubt, und allzu lange hat man bestritten — hier und von diesem Pult aus —, daß das wahr sei, hat man bestritten, daß wir frühzeitig die Kohleprobleme in den Griff bekommen müßten, damit wir nicht erst in dieser Situation, in der nun die wirtschaftlichen Probleme nicht mehr nur des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern der ganzen Bundesrepublik auf dem Spiel stehen, damit wir nicht erst zu diesem Zeitpunkt mit unseren speziellen Sorgen kämen. Es wäre uns besser gegangen.

Lassen Sie mich — damit die Konturen und die Zeitmaße wieder richtig sind und damit Herr Kollege Nagel, den ich im Augenblick gerade nicht sehe, nicht global bekanntgeben kann, die SPD sage gar nichts zur Entwicklung im Kreise Borken und zur Textilindustrie — (D) doch auch hier einiges zurechtrücken!

In den Jahren von 1956 bis 1966 sind in der Textilindustrie 1000 Betriebe in der Bundesrepublik geschlossen worden; 100 000 Beschäftigte sind entlassen worden. Von Juli 1966 bis Juli 1967 sind weitere 100 Betriebe geschlossen worden und 23 000 Arbeitsplätze verlorengegangen.

Von dieser Textilindustrie, auf die Sie uns hier mit Wärme hingewiesen haben, hat am 26. Juli 1962 der damalige Ministerpräsident in der Regierungserklärung gesagt, die Landesregierung werde „sich dafür einsetzen, daß die Wettbewerbsverfälschungen im internationalen Warenverkehr, besonders innerhalb der EWG, beseitigt" würden. 1962 im Juli! Die Wettbewerbsverfälschungen bestehen immer noch und bestanden die ganze Zeit hindurch.

Am 30. Juli, also vier Tage nach jener Erklärung des damaligen Ministerpräsidenten, er werde sich dafür einsetzen, hat eben jener Ministerpräsident gesagt, die Textilindustrie sei „an den Rand einer Existenzbedrohung geraten".

Nun sagt heute Herr Kollege Dufhues, in der Textilindustrie sei keine Krise — Sie haben gesagt: keine echte Strukturkrise —, nachdem sie 1962 am Rande einer Existenzbedrohung stand. Da kann ich nur sagen: Wir sind offenbar ein ganzes Stück weitergekommen. Herzlichen Dank für Ihren Applaus!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

(Johannes Rau (SPD))

(A) Natürlich auch Applaus, der Ihnen gilt, Kollege Meyers, uns gemeinsam! Aber die Tatsache, daß Sie damals gesagt haben, Sie würden sich dafür einsetzen, die Verfälschungen wegzubekommen,

(Dr. Meyers (CDU): Ja!)

und daß Sie das nicht geschafft haben und wir das noch nicht schaffen konnten, kann doch nun nicht dazu führen — wie das geschieht, wenn so etwas von Heinz Kühn zitiert wird und nicht von Franz Meyers —, daß man sagt: Kein Konzept, blasse Regierung! Mehr Sonnenfarbe! So geht es doch nicht!

(Dr. Meyers (CDU): Wissen Sie, was alles geschehen ist?)

— Natürlich weiß ich das — eine Menge!

(Zuruf des Abg. Dr. Lenz (CDU))

— Mineralien immer auf Ihr Wohl, Herr Lenz!

(Heiterkeit)

Herr Kollege Dufhues — es ist ja das Wesen der dritten Lesung, daß man in solcher Weise zu replizieren versucht — ist fast wieder in die Nähe des Ahlener Programms gekommen. Wir hörten mit Freude, daß er davon sprach, es könne eine Situation im Bergbau geben, in der man sogar die Enteignung als ein Mittel der Politik werde in Anspruch nehmen müssen. Das haben Sie gesagt. Nun meine ich, wir sollten der Gefahr aus dem Wege gehen, immer dann etwas in die öffentliche Hand zu übernehmen, wenn es pleite ist,

(Heiterkeit)

(B) weil dann die öffentliche Hand eines Tages auch pleite sein könnte.

(Dufhues (CDU): Sie zitieren falsch!)

— Das war ja kein Zitat, sondern meine Meinung.

(Dufhues (CDU): Ich habe nur von der Möglichkeit gesprochen, Grundstücke zu enteignen, wenn das aus überragenden Interessen zur Ansiedlung von Betrieben notwendig ist.)

— Aber die Grundstücke wollten Sie im Notfall doch enteignen.

(Dufhues (CDU): Verfälschen Sie meine Worte nicht!)

— Das will ich auf keinen Fall. Aber vielleicht darf ich Ihnen ein Beispiel zu dem liefern, was hier angesprochen wurde.

Da gibt es eine Zeche, die sinngemäß „Übereinstimmung" heißt, wenn man den Namen ins Deutsche übersetzt. Bei dieser Zechengesellschaft gibt es offenbar keine Übereinstimmung

(Zuruf des Abg. Dr. Lenz (CDU))

zwischen dem, was in der Bilanz steht und dem, was man den Vertretern der öffentlichen Hand sagt. In der Bilanz stehen Grundstücke mit einem Quadratmeterwert von 50 bis 70 Pf. Diese Grundstücke werden der Stadt, in der sich diese Zeche befindet, für 30 bis 40, bis 50 DM angeboten, Mark, nicht Pfennige!

(Zuruf von der SPD: Weiß das der Finanzminister?)

Wenn dann der Ministerpräsident angesichts solcher (C) Praktiken ein Veto einlegt, bekommt er von der Opposition Prügel. Hier sind wir in der Tat der Meinung, daß bei der Geschichtsschreibung über die Wirtschaftsentwicklung dieses Landes auch davon gesprochen werden muß, daß Konzerne, Geschäftsleitungen und Unternehmer jahrelang vergessen haben, daß ihre erste Aufgabe die Sicherung und Stabilisierung von Arbeitsplätzen gewesen wäre,

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

und man sich um Arbeitsplätze nicht erst dann auf dem Wege der sozialen Subvention bemühen darf, wenn man selber all das in die Scheunen gefahren hat, mit dem man sich aus dem Bergbau retten kann.

(Erneuter lebhafter Beifall bei der SPD)

Daß eine solche Gemeinde einen solchen Preis nicht zahlen kann und sich dann hilfesuchend an das Land wendet, ist gar keine Frage. Das Land kann aber auch nicht bezahlen. Das sehe ich ein.

Aber lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch auf ein weiteres Problem zu sprechen kommen, das mindestens mittelbar mit den Gemeinden zusammenhängt! Herr Dufhues, Sie haben eine Wochenzeitung zitiert, die wir gemeinsam schätzen. Ich unterscheide mich von Ihnen nicht in der Wertschätzung dieser Wochenzeitung „Die Zeit". Ich unterscheide mich aber möglicherweise von Ihnen in einem. Wenn ich zu einem Beispiel Stellung nehme, wie Sie es hier beim Stichwort VEW getan haben, erinnere ich mich einer Tatsache, die ich aus dem Bereich der Spirituosen und nicht der Spiritualitäten kenne, daß (D) man nämlich auf einem Bein nicht stehen kann, und lese zwei Zeitungen, die „Zeit" und zum Beispiel die „Demokratische Gemeinde", dann würde ich feststellen, daß man aus dem Zitieren einer Überschrift, der Sie das zweifelhafte Kompliment gemacht haben, die Bildzeitung sei darauf neidisch, nämlich „Genossen proben den Kapitalismus", nicht nur schließen könnte, daß in der Tat viele meiner Genossen zum Kapitalismus ein gebrochenes Verhältnis haben — das liegt aber an den Eigentumsverhältnissen —,

(Beifall bei der SPD)

sondern dann würde man genauer untersuchen, ob der Vorwurf aktienrechtlich bedenklicher Manipulationen zu Recht besteht, ein Vorwurf, den Sie, Herr Dufhues, unausgesprochen, aber deutlich ja nicht nur der Stadt Dortmund, sondern offenbar auch dem Vorstand der VEW gemacht haben, dessen Angebot zur Verhandlung stand. Das werden Sie doch nicht gewollt haben. Könnte es denn nicht sein, daß die Problematik gar nicht so ist, wie es in jenem Artikel steht? Könnte es denn nicht sein, daß bei aller Wahrung berechtigter Interessen bei Vorstand und Aufsichtsrat von VEW und Rat der Stadt Dortmund unter anderem die Frage ansteht, wie man Kapitalerhöhungen betreiben und ob man seine Hand dazu hergeben soll, daß langsam aber sicher in einer Zeit, in der die Gemeinden, vor allen die Gemeinden im Revier, wenig finanzielle Mittel haben, über den Weg der Kapitalaufstockung eine stillschweigende Privatisierungspolitik betrieben werden soll, die die kommunalnahen Unternehmen in ihrer Kommunalnähe ausblutet? Wäre das nicht





(Johannes Rau (SPD))

(A) auch eine Möglichkeit, die Sache zu betrachten, und müßte man das nicht ein wenig genauer untersuchen?

(Pütz (CDU): Was hier Phantasie ist und was realistisch ist, werden wir möglicherweise in drei Monaten wissen.)

— Herr Kollege Pütz, was hier Phantasie ist und was realistisch ist, werden wir möglicherweise in drei Monaten wissen.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Rau, eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Möcklinghoff?

(Johannes Rau (SPD): Gern!)

— Bitte sehr, Herr Kollege!

**Dr. Möcklinghoff** (CDU): Herr Kollege Rau, ist Ihnen der Aktionärsbrief des Vorstandes der VEW bekannt, nach dem der Vorstand selber der Auffassung ist, daß die Stadt Dortmund mit ihren Forderungen an die Grenze des rechtlich Zulässigen gegangen ist oder vielleicht sie sogar überschritten hat?

**Johannes Rau** (SPD): Ja, dieser Aktionärsbrief ist mir bekannt. Ich habe ihn bekommen und kann mit der Gegenfrage antworten: Können Sie sich eine Auseinandersetzung zwischen einem Vorstand und dem Besitzer einer Schachtel wie der Stadt Dortmund vorstellen, bei der nicht beide Gesprächspartner in der Darstellung ihrer Argumente bis an die Grenze dessen gehen, was zur (B) Überzeugung des jeweils anderen Partners an Argumentationen zweckdienlich scheint?

Meine Damen und Herren, wir werden — und ich will in meiner Redezeit darauf Rücksicht zu nehmen versuchen — nach den Sprechern der Fraktionen gewiß noch heute vormittag den Herrn Ministerpräsidenten hören, und ich denke, daß der Ministerpräsident besser als ich das zusammenstellen und vortragen kann, was in den Haushaltsplänen 1967 und im Haushaltsentwurf 1968 für die Entwicklung und — Sie mögen diesen Ausdruck verzeihen — die Regeneration an der Ruhr getan worden ist. Vor einem Jahr war die wirtschaftliche und finanzielle Lage schwieriger, als sie heute ist. Wir haben heute Anzeichen dafür, daß es aufwärts geht, und sicher halten Sie mit mir die Börse für eines der besten Barometer einer solchen Entwicklung. Wir wollen nun nicht wieder zitieren, wie es in diesem Lande aussah. Aber wie sah es denn im Bund aus? Den Zeitungen liegt im Augenblick eine Broschüre bei, mit der wir alle angesprochen werden, und in der die Bundesregierung, also Kiesinger, Schiller und wie immer die Verantwortlichen hier heißen, sagten:

> Der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland war plötzlich abgestoppt. In einigen Bereichen begann die Talfahrt, die rasches Gegensteuern verlangte. Es gab Kurzarbeit und Arbeitslose. Viele sahen ihren Arbeitsplatz gefährdet. Unsicherheit breitete sich aus. Der Bundeshaushalt war aus den Fugen geraten. Es fehlten 8½ Milliarden.

So die Bundesregierung im Dezember dieses Jahres! Ähnlich war die Situation in diesem Lande. Und nun ein Finanzminister, der mit einem Temperament, über das (C) Sie sich noch häufiger ärgern als wir — —

(Zuruf von der CDU: Sie auch? — Heiterkeit)

— Haben Sie's mitgekriegt? — Aber einem Finanzminister, der mit außerordentlichem Wissen, mit großem Fleiß und mit klaren Zielvorstellungen in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung den Versuch, den erfolgversprechenden Versucht macht, dieses Land aus der Ecke und aus dem Schatten zu bringen, einem solchen Finanzminister kommen Sie mit nichts anderem als mit kleinen formalen Vorbehalten und Häkeleien. Ist das der Situation dieses Landes angemessen?

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Dieser Finanzminister — in der Zusammenarbeit mit seinen Kollegen — hat für dieses Land und in dieses Land nicht nur Leben gebracht, sondern auch Planung, auch Vorausschau, eine mittelfristige Finanzplanung, die wir auch noch nicht für vollkommen halten, die aber die erste mittelfristige Finanzplanung in diesem Lande ist, nachdem wir sie lange angemahnt hatten und nachdem Sie schon im Januar nach einer solchen mittelfristigen Finanzplanung gefragt hatten, als nicht einmal vier Wochen ins Land gegangen waren.

Wir meinen, die Wirtschafts-, die Finanzpolitik dieses Landes sei in guten Händen, und wir hätten allen Anlaß, diesen Haushalt auch als die Möglichkeit zu betrachten, einer Regierung das Vertrauen auszusprechen in einer außerordentlich schwierigen Zeit und bei unzulänglichen finanziellen Möglichkeiten, einer Regierung, die nicht nur reflektiert hat — obwohl ich mir manche Regierung gewünscht hätte, die der Reflexion mehr Zeit gewidmet (D) hätte als der Repräsentation; dann wären nämlich die Erfolge auch langfristiger und sichtbarer, meine Damen und Herren —,

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

einer Regierung, die eine Politik vorgelegt hat, die in Übereinstimmung mit dem Sachverständigengutachten steht, das vor wenigen Tagen vorgelegt worden ist, mit einem Sachverständigengutachten, dessen Vorläufer schon die damalige Opposition, die SPD, hier zum Gegenstand der Debatte gemacht hat, ohne jeden Erfolg bei der damaligen CDU-Regierung und bei der damals die CDU-Regierung tragenden Fraktion.

Ich will jetzt nicht auf die Positionen im Wirtschaftshaushalt eingehen, die in der Summierung die Elemente eines solchen Strukturplans darstellen, wie Sie ihn immer wieder zitieren und fordern. Die drei bis vier Milliarden, die in diesem Lande aktiviert werden, werden dieses Land nach vorn bringen. Deshalb hat der Ministerpräsident in Huckarde, auch wenn er sich gehütet hat, konkrete Versprechungen zu machen, nicht mit ungedeckten Schecks gestanden, sondern vor dem Hintergrund einer realistischen und guten Politik, und deshalb konnte er in Huckarde anders sprechen als jener Regierungschef, der einmal in der Nähe von Huckarde stand und dem dann in völliger Hilflosigkeit gegenüber den Kohleproblemen nichts anderes als Notausgänge in den Bereich der Zoologie, zu den Uhus und zu den Pinschern, einfielen.

(Anhaltende Zustimmung bei der SPD)

(A) Das war ein Regierungschef, der 140 Millionen Tonnen garantiert hatte, meine Damen und Herren, und der, als wir von der Krise sprachen, sagte: Nehmen Sie es heiter! Nehmen Sie nicht ernst, was Ihnen die Sozialdemokraten sagen!

Wir hätten — das gestehen wir zu — eine noch bessere Bilanz aufzuweisen, wenn damals nicht heiter genommen, wenn damals nicht ausgewichen worden wäre in solche Sprüche, wie sie gemacht worden sind. Dies Erbe ist vertan. Wie immer man im einzelnen zu dem steht, was heute ansteht: Noch ist auch diese Regierung dabei, das Erbe des Ehrenvorsitzenden der CDU abzutragen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich will viele Bereiche, die anzusprechen wären, jetzt aus Zeitgründen und auch deshalb, weil wir ja im Gespräch bleiben wollen und sich möglicherweise weitere Diskussionsbeiträge ergeben, nicht ansprechen. Ich will mich vielmehr nur noch einem Schwerpunkt widmen, weil ich glaube, daß er in der Zukunft unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen wird, nämlich dem Bereich der Kulturpolitik.

Da hat Herr Kollege Dufhues — das nur mit einer Zwischenbemerkung wahrscheinlich — den Herrn Kultusminister nicht ganz richtig interpretiert. Der Herr Kultusminister hat die Verdienste des Herrn Mikat in der Tat immer gewürdigt. Aber er hat stets mit uns bedauert, daß die Verdienste des Herrn Mikat nicht, und sehr häufig nicht, mit den Zielvorstellungen der ihn tragenden Partei übereinstimmten. Das war unsere Schwierigkeit.

(B) (Zustimmung und Beifall bei der SPD)

Uns war da zu viel Echternach.

(Dr. Lenz (CDU): Das ist aber ein uralter Hut, Herr Rau! Lassen Sie sich einmal etwas Neues einfallen!)

— Es gibt alte Hüte, die sind so stabil gearbeitet, die sind formtreu; sie passen auf den Kopf.

(Heiterkeit)

Lassen Sie mich, bevor ich mich zwei Schwerpunkten der Schulpolitik zuwende, ein Wort sagen, das ich für wichtig halte und das scheinbar am Rande des eigentlich Kulturpolitischen steht!

Der Herr Kultusminister hat vor wenigen Wochen der Öffentlichkeit und in einigen Ablichtungen den Vertretern der Fraktionen einen Plan über die Entwicklung und die Förderung des Breiten- und des Spitzensports in unserem Lande vorgelegt. Wir möchten Sie, Herr Kultusminister, ermuntern, diesen Weg weiterzugehen und die in diesem Plan angesprochenen Ansätze mit Intensität voranzutreiben. Ich sage das auch aus einem gewissen föderalistischen Neid heraus. Wir alle blicken ja mit großem Interesse, soweit wir überhaupt eine Beziehung zum Sport haben, auf die Vorbereitungen, die für das Jahr 1972 in München getroffen werden. Die Olympischen Spiele, die wir dort sehen werden und die die Bundesrepublik dort ausrichten wird, sind ja nicht nur irgendeine bayerische Angelegenheit, sondern sie fordern unser ganzes Engagement.

(Pürsten (CDU): Und Geld!)

— Und unser Geld!

(C) Dabei darf es aber nicht geschehen, daß unter der Schutzbehauptung „Olympiade" die sportpolitische Entwicklung in diesem Land, in dem Breitensport wichtiger ist als in anderen Bundesländern, gebremst wird, indem Lehrkräfte abgezogen, Einrichtungen aus Nordrhein-Westfalen weggeholt oder ihres Sinnes beraubt werden, wobei wir dann eines Tages hier stehen mit einer Fülle von Sporteinrichtungen ohne die Mittel und ohne die Personen, die in diesen Einrichtungen helfen könnten.

Deshalb unsere Bitte, ein besonderes Augenmerk auf die Sporthochschule Köln zu legen, unsere Bitte, zu überlegen, wie wir eine Topographie der Sportstätten in Nordrhein-Westfalen schaffen können, die, ohne falsche Repräsentation und ohne Bauten, die man nur alle zwanzig Jahre einmal benötigt, dennoch Stätten vorsieht, die auch bedeutende Sportereignisse, einschließlich möglicher Spiele im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft, nach Nordrhein-Westfalen holt. Sie wissen, daß da Lenz und Rau und die anderen alle mit Ihnen übereinstimmen. Wir sind da nur noch nicht einig, ob Köln oder Wuppertal — —

(Dr. Lenz (CDU): Kommt nicht in Frage! Ist ganz klar. — Innenminister Weyer: Hagen! — Heiterkeit)

Vielleicht entscheiden wir uns für — —

(Innenminister Weyer: Hagen, Hagen!)

— Ja, oder für Dellbrück!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, in der Kulturpolitik stehen zwei wichtige Bereiche an, von denen ich hier sprechen (D) muß. Einer dieser Schwerpunkte ist der der Hochschulreform.

Ich habe schon in der ersten Lesung und auch im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, daß mir die Hochschulreform ein außerordentlich wichtiges Thema zu sein scheint. Sie ist es nicht nur deshalb, weil hier einer der Schwerpunkte der Hoheit der Länder liegt, sondern, meine Damen und Herren, weil ich den Eindruck habe — ich muß es wiederholen —, daß dann, wenn wir nur bauen und wissen, daß wir mit dem Bauen nicht mitkommen, soviel wir auch bauen, wenn wir nur Gewichte zwischen alten und neuen Hochschulen verteilen — es ist wichtig, solche Gewichte zu verteilen —, wenn wir nur aufteilen zwischen investiven und Personalaufgaben, wenn wir nur eine Verstärkung des Mittelbaus betreiben und dabei die Studenten vergessen, wenn wir vergessen, daß in eine demokratisch-pluralistische Gesellschaft eine demokratisch-pluralistische Hochschule gehört,

(Zustimmung und Beifall bei der SPD)

es sein könnte, daß eines Tages die Hochschulen zu Stätten werden, die nicht mehr der Forschung und der Lehre und der Einübung in Freiheit des Geistes gehören, sondern daß aus diesen Hochschulen Keimzellen einer Entwicklung werden, die wir alle und die die Studenten nicht wollen, und zwar die überwiegende Mehrheit der Studenten. Weil das so ist, meine Damen und Herren, darum bitte ich um eine Hochschulpolitik in diesem Lande und auch um eine Sicherheitspolitik in diesem Lande, die jede falsche Solidarisierung mit radikalen Gruppen unmöglich macht. Ich bitte darum, daß wir nicht solche





(A) Schritte gehen, wie sie in Gießen gegangen worden sind. Das sage ich mit aller Deutlichkeit. Ich bitte darum, daß wir eine Entwicklung im Bereiche des Verhältnisses von Hochschule und Staat anstreben, in deren Mittelpunkt das freimütige Gespräch, das deutliche Gespräch steht und in deren Mittelpunkt die Konzeption einer Hochschule steht, die es nicht nötig hat, sich aus vergangenen Strukturen in unsere zu retten, sondern die sich um ihrer Freiheit willen engagieren kann in unserer Zeit und die die Dimension der Zukunft besser in den Griff bekommt, als wir alle, auch wir politisch Tätigen, das zu tun imstande sind.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb meine ich, ein Studentenschaftsgesetz dürfte dann wirklich nur der Anfang sein, und wir müßten überlegen, ob wir nicht doch zu einem Hochschulgesetz oder zu den Elementen eines Hochschulgesetzes in dieser Wahlperiode kommen könnten.

Aus zeitlichen Gründen, meine Damen und Herren, möchte ich nur wenige Sätze zu einer Unterfrage dieser Hochschulreform sagen: zum Problem der Lehrerbildung. Ich möchte anregen, daß wir uns in diesem Hohen Hause bald einmal grundsätzlich mit den Fragen der Lehrerbildung beschäftigen. Durch eine Anfrage meiner Fraktion will ich gern die Basis für eine solche Beschäftigung schaffen helfen.

Dabei sollten uns neben den pädagogischen Fragen, für die wir ja nicht unmittelbar zuständig sind, drei besondere Bereiche beschäftigen, die ich hier nur mit Fragezeichen angeben möchte. Erstens: War unsere Entscheidung richtig, eine dezentralisierte Organisation der Päd-
(B) agogischen Hochschulen in unserem Lande zu schaffen, oder wäre größere Nähe zu Universitätsstädten nicht eine Hilfe im Bereich der Lehrerbildung?

(Beifall bei der SPD)

Als Zusatzfrage dazu: Ist es eigentlich verantwortbar — und hier habe ich sogar Kritik am vorliegenden Haushaltsplan, den wir heute verabschieden —, daß wir Abteilungen von Hochschulen mit fast 3000 Studenten haben, denen 30 Lehrstuhlinhaber gegenüberstehen, und daß wir Abteilungen mit 200 Studenten haben, die gleichfalls von 30 Lehrstuhlinhabern betreut werden? Ist das nicht unzumutbar, und führt das bei den angehenden Lehrern nicht zu Verärgerungen, die wir abwenden müssen durch eine Veränderung der Struktur der Pädagogischen Hochschule?

(Möller (FDP): Kann man das nicht ändern?)

— Das kann man nur sehr schwer ändern, wenn man nicht das Statusgesetz angreift.

(Kultusminister Holthoff: Vielleicht gar die Verfassung, Herr Kollege — —)

— Möglicherweise auch die Verfassung.

Damit bin ich bei der zweiten Frage. Lassen Sie mich auch die in aller Offenheit ansprechen, selbst wenn ich weiß, daß und von wem ich dafür Prügel bekomme. Sie brauchen jetzt nicht zu antworten; aber überlegen Sie die Frage einmal: Leben wir eigentlich in einer Zeit, in der konfessionelle Lehrerbildung noch richtig und sinnvoll ist?

(Lebhafter Beifall bei der SPD — vereinzelter Beifall der FDP)

Wie wollen wir uns denn verhalten, wenn sich Dozenten- und Studentenschaft etwa der Abteilung in Kettwig/Duisburg oder die Studentenschaft wie in Münster I und II einstimmig oder mit 80% der Stimmen gegen die Institutionalisierung der Konfessionalität aussprechen, was ja kein Nein zu den Bildungsinhalten, kein Nein zu den Glaubensinhalten der einen oder anderen Konfession bedeutet? Wollen wir denn wirklich da die Gralshüter einer institutionellen Verfestigung in einer Zeit sein, in der der Dialogcharakter auch der beiden christlichen Kirchen immer deutlicher, immer nötiger wird, meine Damen und Herren? (C)

(Beifall bei der SPD — vereinzelter Beifall bei der FDP)

Und die dritte Frage: Können und sollen wir uns eigentlich auf die Dauer und auf lange Fristen eine Lehrerbildung leisten, die zumindest den Verdacht des Ständischen nicht ganz von der Hand weisen kann? Wann kommt die gemeinsame Grundausbildung der Lehrenden aller Schulformen?

(Beifall bei der SPD)

Wann kommt eine Lehrerausbildung und eine Lehrerfortbildung, die stärker auf das Schulkind als auf die Schulart und auf die Schulform ausgerichtet ist?

(Beifall bei der SPD — vereinzelter Beifall bei der FDP)

Wir werden in diesem Zusammenhang bedenken müssen, was wir an schulpolitischen Auseinandersetzungen und Gesprächen noch vor uns haben. Wir haben einen Schulkompromiß unterzeichnet, von dem ich noch einmal betonen möchte, daß er von meiner Fraktion voll getragen (D) wird, auch wenn es ein Kompromiß war, der nicht alle unsere Vorstellungen erfüllte.

(Beifall bei der SPD)

Wir können nur hoffen, meine Damen und Herren, daß wir uns auf der Basis dieses Kompromisses bald verständigen und zum Schuljahr 1968 den ersten großen Reformschritt in diesem Lande tun werden.

(Beifall bei der SPD)

Dabei wollen wir auf alle Stimmen hören, auch wenn diese Stimmen aus Bayern kommen. Wir wollen aber nicht, meine Damen und Herren, daß Worte, Vereinbarungen, auch bischöfliche Vereinbarungen, manipuliert werden, nur damit sie den eigenen Zielvorstellungen entsprechen; sondern wir wollen bei einem gemeinsamen Wort der Bischöfe vielmehr heraushören, was sie denn Gemeinsames zu sagen haben und was kontrovers bleibt. Wir möchten, daß auch, wenn wir schon ein solches Wort in unsere Gespräche miteinbeziehen — Herr Kollege Mikat hat das ja mit Recht angeregt —, die anderen Worte nicht vergessen werden. Ich kann nur sagen, viele meiner Freunde stehen nach wie vor auf dem Boden der Erklärung der Synode von Spandau 1958, der letzten gesamtdeutschen Synode. Und wir möchten gern wissen, wie die evangelischen Abgeordneten in der CDU es damit halten, daß „die evangelische Kirche zu einem freien Dienst an einer freien Schule bereit" ist, und mit der freien Schule ist ja hier die öffentliche, simultane oder, wenn Sie so wollen, die Gemeinschaftsschule gemeint.

(Zustimmung bei der SPD — Pürsten (CDU): Aber eine christliche Gemeinschaftsschule!)

(Johannes Rau (SPD))

(A) — Richtig, Herr Kollege Pürsten, eine christliche Gemeinschaftsschule! Aber erinnern Sie sich bitte, wie wir — der Holthoff und der Rau — acht Jahre lang hier gestanden haben und — wenn das anthropologisch überhaupt möglich gewesen wäre — Sie „mit Menschen- und Engelszungen" angefleht und versucht haben, Sie mit theologischen Zitaten zu überzeugen, damit Sie für die christliche Gemeinschaftsschule waren! Wer hat denn die christliche Gemeinschaftsschule in Nordrhein-Westfalen abgelehnt und verhindert? — Die CDU!

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Es gehörte doch mit zu den traurigsten Debatten in diesem Landtag, daß damals, als zum Beispiel meine Fraktion sich — schweren Herzens, das gestehe ich Ihnen — dazu bereit fand, den FDP-Antrag auf Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule zu unterstützen, in drei Lesungen nichts anderes stattfand als die Abqualifizierung eines jeden Arguments und daß dann nur das kam, was ich eine Mehrheitsentscheidung nenne und was heute morgen als „Abstimmungsmaschinerie" bezeichnet worden ist. Das geschah in drei Lesungen in diesem Hause!

Lassen Sie mich nur noch eines zu dem sagen, was Herr Kollege Dufhues ausgeführt hat! In unserem Kompromiß, Herr Dufhues, ist auch die Rede davon, daß da, wo öffentliche Schulen unter entsprechender Anwendung von Prämissen als konfessionelle Schulen nicht möglich sind, unter bestimmten Voraussetzungen private Schulen dieser Art entwickelt werden können. Wir nennen solche Schulen ja im Sprachgebrauch unserer Gesetzgebung „Ersatzschulen"; wenn ich nicht irre, stammt diese Formulierung von Frau Teusch. Ich habe die Formulierung
(B) nicht als gut empfunden. „Ersatzschule" klingt ein wenig nach „richtiger Kaffee" und „Ersatzkaffee".

Aber bitte machen Sie jetzt nicht den gleichen Fehler in die andere Richtung. Mit aller Deutlichkeit darf ich Ihnen sagen: Ich halte die Formulierung von der „freien Schule" genauso wie die Formulierung von den „freien" Wohlfahrtsverbänden im Gegensatz zu den „öffentlichen", zu den „staatlichen" Einrichtungen für eine Verfälschung des Auftrags eines Staates, der sich als frei, als freiheitlich versteht.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Gemeint ist doch die in einem und für ein Bekenntnis g e b u n d e n e Schule, über deren Existenzberechtigung man wahrlich reden kann und die wir nie bestritten, sondern hinsichtlich deren wir nur gefragt haben, wo sie denn ihren Ort im Bereich oder jenseits der öffentlichen Schule hat. Uns liegt daran, daß nicht der Klang aufkommt, als sei die freie Schule — die sogenannte freie Schule — freier als die öffentliche Schule. Es hat diesen Klang einmal gegeben; da gab es eine freie Schule, die gar nicht identisch mit der ist, die Sie, Herr Kollege Dufhues, heute morgen angesprochen und die viele meiner politischen Altvorderen gut gekannt und sehr geschätzt haben; ich möchte sie nicht verwechselt wissen mit der Schule, die Sie jetzt als „freie Schule" ausgeben.

(Dr. Lenz (CDU): Wir auch nicht, Herr Rau!)

— Sie auch nicht! — Lassen Sie uns doch von der privaten Schule sprechen, von der konfessionellen, von der katholischen, von der evangelischen Schule — wovon immer Sie wollen, aber bauen Sie keinen falschen Gegensatz auf zwischen „frei" und „öffentlich", zwischen „frei" und „staatlich"! Dieser Staat ist frei! (C)

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Der Diskussionsbeitrag, meine Damen und Herren, den ich hier zu leisten versucht habe und dessen zeitliche Bemessung ich mir — sicherlich ebenso wie viele von Ihnen — knapper vorgestellt hatte, konnte nicht die ganze Breite dessen erfassen, was wir in diesen Wochen und Monaten beraten haben. Das bedaure ich, obwohl mich tröstet, daß wir in der zweiten Lesung sehr viel stärker auf die Probleme eingegangen sind, als das der zweiten Lesung angemessen war. Dieser Vormittag jetzt ist ein Vormittag des Gesprächs unter den Fraktionen und mit der Landesregierung.

Ich möchte noch ein Letztes sagen, damit deutlich wird, wie wir zu dieser Regierung stehen, deren Leibwächter, deren Schildknappen wir nicht sind.

Der Herr Ministerpräsident hat in der zweiten Lesung gesagt, er habe die großen Probleme — diese drei — nicht in einem Jahr lösen können und suche nach einer Regierung in der Vergangenheit, die das gekonnt habe. — Dieser Satz ist in die Überschriften der Zeitungen gelangt. Darüber waren wir nicht glücklich, aber über den Satz selbst und seine Zitierung waren wir glücklich; denn wenn dieses Land eines braucht, dann eine Regierung, die freilich den Erfolg wollen und haben muß, die freilich straff geführt sein und mit Koalition und Opposition kooperieren muß, aber auch eine Regierung des Realismus und der Ehrlichkeit. Und daß eine solche Ehrlichkeit, (D)
gepaart mit dem Willen und dem Können zur Veränderung der Gegenwart in diesem Lande regiert, das ist seit einem Jahre so, das soll lange so bleiben; das werden wir stützen, und dem gilt nicht nur unsere Zuversicht, sondern dem gelten auch die Argumentationen, die wir heute und morgen und in der kommenden Zeit mit Ihnen so fair wie möglich austauschen möchten. Wir nehmen jede Anregung auf, die diese Regierung noch fähiger, noch entschlußfreudiger macht; sie ist schon ein Optimum und wird sicher noch besser!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Das Wort hat jetzt Herr Abg. Dr. Lange von der Fraktion der FDP.

**Dr. Lange** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ein langjähriger, altgedienter Parlamentarier kann in den mittleren Jahren seiner Laufbahn noch eine Jungfernrede halten. Das hat heute Herr Kollege Dufhues getan; er hielt eine Jungfernrede im Sinne der neuen großen Rolle, die er in diesem Lande angestrebt oder zugeteilt bekommen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

Die Zensuren über Stil und Inhalt dieser Rede werden in anderen Räumen ausgeteilt als in diesem; das müssen wir anderen Zensoren überlassen. Ich möchte mich an dieser Art von Zensur nicht beteiligen.





(Dufhues (CDU))

(A) diese personellen Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt des schon einmal erwähnten Nachholbedarfs der SPD getroffen werden könnten.

Meine Damen und Herren, dazu gibt Ihnen die Tatsache kein Recht und keine Veranlassung, daß es sich bei den Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten um politische Beamte handelt.

Die politischen Beamten haben im Grunde den gleichen Status wie jeder andere Beamte auch. Sie stehen nicht zur Disposition einer jeden Regierung. Die Regierung hat die Möglichkeit, sich von politischen Beamten dann zu trennen, wenn sie die Überzeugung gewinnt, daß die Haltung und das Verhalten politischer Beamter nicht mit den Grundgedanken der Regierungspolitik übereinstimmen. Wenn aber hier, meine Damen und Herren, eine derartig eindeutige Ankündigung personeller Veränderung im Bereich der Polizei erfolgt, dann erfüllt uns das mit größter Besorgnis; es ist eine Bestätigung der Bedenken, die ich heute vorgetragen habe.

(Beifall bei der CDU)

Der Herr Ministerpräsident hat an Stelle des immer noch ausstehenden Ruhrplans ein Kohle- und Strukturprogramm für das Ruhrgebiet angekündigt, und zwar für den Februar 1968. Nun, wir warten darauf, daß dieses Programm dem Hohen Hause vorgelegt wird. Und Sie dürfen überzeugt sein, daß wir mit einem Höchstmaß an Sachlichkeit an die Behandlung und Beratung eines solchen Programms herangehen werden. Damit aber, meine Damen und Herren, wird doch wohl die Richtig-
(B) keit unserer Behauptung bestätigt, daß bisher jedenfalls kein Plan vorliegt; denn sonst brauchte dieser Plan doch nicht für den Februar des Jahres 1968 angekündigt zu werden.

(Beifall bei der CDU — Böhm (SPD): Bestreitet doch keiner!)

Meine Damen und Herren, der wesentliche Inhalt des vorgelegten Programm sieht für das Jahr 1967 Investitionen in Höhe von 1,8 Milliarden DMark und für das Jahr 1968 Investitionen in der Größenordnung von 2 Milliarden DMark vor. Herr Ministerpräsident, ist es nicht so, daß es sich hierbei um die Fortführung von Maßnahmen handelt, die weitgehend die frühere Regierung mit der Bundesregierung besprochen und abgestimmt hat, so daß es sich bei diesem Programm im wesentlichen nur um eine Addition geplanter und bereits eingeleiteter Maßnahmen handelt, nicht aber darum, was wir uns unter einem Strukturplan für das Revier vorstellen, nämlich die Summe der Maßnahmen, die zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Neuindustrialisierung dieser Gebiete alle Möglichkeiten zusammenfaßt und darauf konzentriert. Wir warten die Vorlegung dieses Programms ab. Wir behalten unsere Stellungnahme dazu vor. Wir werden kritisch prüfen; wir werden prüfen mit der Verantwortung, die der Opposition obliegt.

Meine Damen und Herren, die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten hat viele Fragen offengelassen; ich habe nicht den Eindruck, daß der Geist der Zusammenarbeit in diesem Hause durch die sehr vom Gefühl getragenen Angriffe verbessert worden ist.

(Böhm (SPD): Das ging von Ihnen aus!)

Wir als Opposition werden weiterhin unsere Pflicht erfüllen. (C)

Dem Hern Ministerpräsidenten kann der entscheidende Widerspruch, der in seiner These liegt, daß wir nicht zur Opposition bereit wären, nicht entgangen sein, während er andererseits die Härte der Opposition beklagt. Nein, meine Damen und Herren, wir werden unsere Pflicht erfüllen, wie wir es seit Jahren getan haben. Wir werden daran arbeiten, daß die Probleme des Landes gelöst werden. Wir werden darüber wachen, daß die Grundlinien der Politik in den entscheidenden Fragen mit uns abgestimmt werden. Wir werden alles tun, das Beste für dieses Land zu erreichen.

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster Redner hat der Abg. Rau von der SPD-Fraktion das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dufhues hat sich mit dem Nervenkostüm des Herrn Ministerpräsidenten beschäftigt und ihm mehr Gelassenheit gewünscht. Ich hatte nicht den Eindruck, daß dieser Rat berechtigt wäre, und ich habe gleichfalls nicht den Eindruck, daß das Nervenkostüm des Ministerpräsidenten zu dem gehört, was hier zur Disposition steht. Das, was der Ministerpräsident über das Hin- und Herkarren von Bergleuten in bestimmten Bereichen vorgetragen hat, hat er unter zwei Voraussetzungen gesagt: Erstens nahm er ausdrücklich jede Wertung und jede Würdigung dessen aus, was der Aufsichtsrat jener Zeche beschlossen hat. Ausdrücklich hat er hinzugefügt: Es kann sein — und ich unterstelle es —, daß diese Zechenstillegungen Rechtens und in Ordnung (D)
waren.

(Dufhues (CDU): Semper aliquid haeret! — Dr. Lenz (CDU): Wo hat er das denn gesagt?)

— Das hat er hier soeben gesagt. Zuhören, Kollege Lenz!

(Zustimmung bei der SPD)

Zweitens: Er hat es auf Grund eines Wortes gesagt, das heute morgen in diesem Hause gefallen ist und in dem Herr Kollege Dufhues vor Zigeunerei gewarnt hat.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Das war der Ausgangspunkt der Bemerkung. Und wenn der Herr Ministerpräsident dann darauf hinweist, daß da und dort Gefahren bestehen, daß ein permanentes Aufkommen von Zechenstillegungen mal da und mal dort und dann auf einmal an einer Stelle vorhanden ist, wohin gerade erst Bergleute versetzt worden sind, und das eine ungeschickte Praxis sei, dann, meine ich, hat er damit keines Menschen und keines Kollegen Berufs- oder gar Intimsphäre verletzt.

Bei Ihrer Replik, Herr Kollege Dufhues, auf das, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, habe ich mich an ein Zitat des wahrlich friedfertigen Matthias Claudius erinnert, der in seinem „Güldenen ABC" einmal gesagt hat:

> Die Wahrheit bleibt doch Wahrheit, wie ich sehe,
> Gut eingerieben, tut sie wehe.

Das war die Situation! Ihnen hat es weh getan, daß der Ministerpräsident alle Ihre Anwürfe zurückweisen konnte

(Lachen bei der CDU)

(Johannes Rau (SPD))

(A) und daß er Argumente dafür hatte. Wenn Sie, Herr Kollege Dufhues, sagen, daß der Ministerpräsident unter die Gürtellinie gegangen sei, dann stelle ich die Rückfrage: Ist der Vorwurf, daß diese Landesregierung das Aufkommen der NPD fördere, nicht ein Beweis dafür, daß es hier Leute gibt, die gar nicht wissen, wo die Gürtellinie ist?

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie haben, Herr Kollege Dufhues, von Ihrer Beratertätigkeit für den Bundeskanzler gesprochen und gesagt, das dürfe für uns kein Alibi werden. — In der Tat nicht! Hier ist ja der Punkt, an dem wir Kooperation anbieten, nach Kooperation fragen, und wenn Sie den Vorwurf erheben, die Landesregierung habe im Bundestag und im Bundesrat nichts erreicht, dann möchte ich mit dem Hinweis auf die Schwierigkeit der Probleme fragen: Was haben Sie erreicht? Nur darum geht es! — Wenn Sie weiterhin betonen, Ihre Beratertätigkeit für den CDU-Vorsitzenden — wenn ich richtig gelesen habe, nicht für den Bundeskanzler! — stehe nicht zur Disposition der Öffentlichkeit, so frage ich: Was steht denn eigentlich zur Disposition? Ist denn das Amt des CDU-Bundesvorsitzenden, ist denn das Amt seines energiepolitischen Beraters eine Privatangelegenheit? Warum haben Sie denn bekanntgegeben, daß es diese Funktion jetzt gibt? Warum hat der Bundeskanzler denn dann gesagt, er werfe seine ganze Reputation in die Lösung der Kohlenfrage?. — Dann dürfen wir doch und gerade in diesem Lande nicht nach der Reputation des Bundeskanzlers, sondern müssen nach den Maßnahmen fragen, die der Bundeskanzler ergriffen hat, um das Kohleproblem in Nordrhein-Westfalen zu lösen!

(B)

(Zuruf von der SPD: Fernsehen im Bundestag!)

Meine Damen und Herren, hier ist der Prospekt — das ist keine Wahlbroschüre, sondern ein Prospekt der Bundesregierung —, aus dem ich soeben zitiert habe und in dem es heißt:

> Es geht wieder aufwärts. Die Preise bleiben stabil, der Kohle wird geholfen, die Zahl der Arbeitslosen geht zurück, klarer Kurs im Westen.

Das alles steht unter der Überschrift: In einem Jahr geschehen keine Wunder. Aber das ist ein Prospekt der Bundesregierung in Bonn. Wer will denn behaupten, daß wir nicht mit gleichem Recht den gleichen Text für Nordrhein-Westfalen veröffentlichen könnten! „In einem Jahr geschehen keine Wunder, aber der Kohle wird geholfen. Klarer Kurs im Westen; die Zahl der Arbeitslosen geht zurück; es geht wieder aufwärts", das ist die Bilanz dieser Debatte, nicht aber der Versuch, mit Stichworten wie „Blässe" und „Führungslosigkeit" und was alles an Parolen bis dahin genannt worden ist, aufzuzeigen, daß dieser Ministerpräsident die Radikalisierung bewußt oder — wahrscheinlich — unbewußt fördere. Meine Damen und Herren, wer so nicht nur unter der Radikalisierung, sondern unter dem Radikalismus persönlich gelitten hat wie unser Ministerpräsident, dem darf man einen solchen Vorwurf nicht machen, wenn man weiß, was „Gürtellinie" bedeutet!

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Wir haben nichts gegen eine klare und scharfe Opposition. Aber immer nur dem jeweiligen Gegner vorzuwerfen, er sei zu scharf, er sei polemisch, er werde persönlich, meine Damen und Herren, das darf nun wiederum nicht der Stil dieses Hauses werden! Ministerpräsident Kühn hat, wie ich glaube, mit allem Respekt von seinem Amtsvorgänger und mit allem Respekt von Ihnen, Herr Dufhues, seinem jetzt in Aktion tretenden Gegenspieler, gesprochen. Wir sollten diesen Respekt einander gewähren und uns in diesem Kreise nicht zensieren, wie Sie es getan haben. (C)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

**Kühn,** Ministerpräsident: Herr Dufhues, Sie haben den sehr schweren Vorwurf gegen mich erhoben, ich hätte halbwahre und unwahre Behauptungen aufgestellt. Sie haben aus meinem Text etwas herausgehört, was ich nicht hineingesprochen habe!

Ich habe Sie ausdrücklich gegen den aufkommenden Unmut bei meinen Freunden in Schutz genommen und gesagt, es gebe Zechenstillegungen, die erforderlich sind. Auch wir haben erklärt, daß es Zechenstillegungen geben muß. Die Maßnahmen mögen gerechtfertigt sein. Es ging nur um das Problem der Zigeunerei, und dazu habe ich bemerkt, die Folge sei eben das Hin- und Herschieben von Menschen. Ich habe keinen persönlichen Vorwurf gegen Sie erhoben. Ich bitte Sie, das Stenogramm zu Rate zu ziehen, und biete Ihnen hiermit das unkorrigierte Stenogramm meiner Ausführungen zur Überprüfung an.

(Beifall bei der SPD) (D)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster Redner spricht Herr Abg. Möller für die FDP-Fraktion.

**Möller** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es beruhigt mich, daß schon gleich eine freundliche Stimmung aufkommt. Ich wollte nämlich dazu beitragen, sie noch freundlicher zu machen, als sie so schon ist. Wenn ein Oppositionsredner, wie Herr Dufhues, sich in Szene setzt und mal ein bißchen 'rangeht, dann soll man ihn ruhig gewähren lassen. Sie werden auch wieder ruhiger; davon bin ich überzeugt.

(Heiterkeit)

Herr Dufhues, Sie müssen ein bißchen aufpassen. Sie haben keine leichte Stellung, weil Sie ja in Bonn die Regierung stellen. Sie sagen's ja immer: Herr Kiesinger und andere. Deswegen müssen wir mal klar die Verantwortlichkeiten herausstellen.

Wer ist denn eigentlich Hauptverantwortlicher für die Wirtschaftspolitik in Deutschland?

(Dr. Lenz (CDU): Herr Schiller!)

In erster Linie Herr Kiesinger und seine Regierung. Nun sage ich es mal. Deswegen wundere ich mich über Ihren Mut. Hier stellen Sie sich hin, geben Zensuren und sagen: Die tun nichts! Und in Wirklichkeit ging es doch von Bonn aus.

Sie haben vorhin mit Herrn Erhard geprahlt. Jawohl, da sind wir uns einig: Den habt Ihr kaputtgemacht, nicht wir.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)





(Präsident van Nes Ziegler)

(A) Ich hoffe Sie damit einverstanden, daß wir gemäß der Tagesordnung die dritte Lesung anschließen. — Ich eröffne die Beratung in

**dritter Lesung.**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lenz.

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für meine Fraktion gebe ich folgende Erklärung ab:

Die Kollegen meiner Fraktion, die dem Gesetzentwurf zustimmen, tun das mit Rücksicht auf die Tatsache, daß in Unna Termine zu beachten sind, die wir sehen und würdigen, und angesichts der Tatsache, daß ein Abschluß gefunden werden muß, wie es der Herr Innenminister heute morgen hier gesagt hat. Ein Teil meiner Kollegen wird sich der Stimme enthalten oder gegen den Gesetzentwurf stimmen, und zwar im Hinblick auf das angewandte Verfahren.

Dazu darf ich erklären: Es muß ein Ausnahmefall bleiben, daß das Landesparlament bei der Beratung einer so wichtigen Materie zeitlich unter Druck gesetzt wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sage nicht, daß dieses Unterdrucksetzen von jemandem beabsichtigt worden sei, sondern ich bin persönlich der Meinung, daß die Verhältnisse dazu geführt haben. Wir haben darum im Ältestenrat dem Begehren der Landesregierung widersprochen, die Gesetze über die Neuordnung des Landkreises Lemgo und des Landkreises (B) Siegen heute schon in erster Lesung mit zu beraten.

Wir sind der Ansicht, daß sich das, was sich in der vorigen Woche in den beiden Fachausschüssen ereignet hat, hier nicht wiederholen darf.

(Zustimmung bei der CDU)

Zweitens möchte ich sagen: Wir können die kommunale Gebietsreform nicht Stück für Stück betreiben, sondern wir brauchen allmählich eine Gesamtkonzeption der Landesregierung, sichtbar gemacht für das, was folgen soll. Wir vermissen eine solche Gesamtkonzeption, damit wir die Teilgesetze, die dann Stück für Stück kommen werden, in ein Gesamtbild einordnen können. Dieses Gesamtbild vermissen wir bisher. Wir vermissen auch eine Darlegung der Zusammenhänge zwischen der kommunalen Gebietsreform, soweit sie hier akut ist, mit der Neuordnung der Landkreise und den Dingen, die außerdem erfolgen werden bzw. erfolgen müssen.

Wir fordern also die Landesregierung hier auf, so bald wie möglich mindestens Materialien oder Elemente für ein solches Gesamtkonzept hier darzulegen, damit wir darüber sprechen können. Wir müssen unter allen Umständen sicherstellen, daß der Bürger am Ort durch Argumente überzeugt wird und sich nicht vom Staat in dieser grundsätzlichen und entscheidenden Frage reglementiert fühlt.

(Beifall bei der CDU)

Diejenigen meiner Kollegen, die heute diesem Gesetz nicht zustimmen werden, tun das aus der Sorge, der Bürger könne sich am Ort reglementiert fühlen.

Hier, Herr Weyer, darf ich in aller Klarheit sagen: (C) Es ist nicht so, wie Sie es sagen! Überall, wo ich hinkomme, werde ich von Bürgern darauf angesprochen, der Eindruck entstehe, der Staat wolle hier reglementieren. Was wir wollen, ist, zu verhindern, daß dieser Eindruck weiterwuchert. Dagegen wenden wir uns, und wir haben die herzliche Bitte und die dringende Aufforderung, daß die Landesregierung allmählich ihr Gesamtbild, das ihr für die kommunale Neuordnung und für das, was folgen muß und folgen wird, vorschwebt, hier sichtbar und deutlich macht. Das vermissen wir.

Insgesamt gesehen bejahen wir die Neuordnung im Landkreis Unna und stimmen ihr zu.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich erteile Herrn Abg. Rau von der Fraktion der SPD das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein Unterschied, ob man unter Druck gesetzt wird oder ob man in Druck kommt. Ich meine, wir wären, was die zeitliche Abfolge der Beratungen angeht, in Druck gekommen, aber wir wären von niemand unter Druck gesetzt worden. Und wenn anschließend gesagt wird, das sei auch von niemand beabsichtigt gewesen, es sei lediglich eine Frage der Verhältnisse gewesen, dann sollte man auf diese Sprachnuancierung achten, damit hier nicht etwa der Eindruck bestehen bleibt, die Landesregierung und die in der Landesregierung und für die Landesregierung tätigen Beamten und Angestellten hätten den Versuch gemacht, das Parlament unter Druck zu (D) setzen, ihm Informationen vorzuenthalten oder Gesprächsbeiträge nicht weiterzugeben.

Ich selber habe an den Beratungen der beiden Ausschüsse nicht teilgenommen, habe aber ausführliche Berichte bekommen

(Zuruf)

— das habe ich nicht verstanden —, und es ist mir gegangen, wie sicherlich auch meinen übrigen Kollegen, daß wir eine Fülle von schriftlichem Material aus den betroffenen Gemeinden des Landkreises Unna erhalten haben. Ich habe alle diese Materialien sehr gründlich gelesen und manches Gespräch geführt. Ich habe nicht den Eindruck, daß Bürger oder Bürgervertreter sich zu Recht reglementiert fühlen können, sondern ich habe vielmehr den Eindruck, daß wir hier auf der Basis einer Gemeindeordnung gehandelt haben, die wir alle miteinander beschlossen haben und die wir als ein bestehendes Gesetz achten müssen.

Wir sollen und wollen bei den kommenden Beratungen sicher so viel Zeit wie nötig aufwenden. Aber wir müssen auch die Gemeindegebietsreform so schnell wie möglich durchbringen. Das Parlament, das eine Stätte des Gesprächs und der Entscheidung ist, darf auf gar keinen Fall zu einer Bremse bei der nötigen Veränderung einer kommunalen gebietlichen Struktur werden, einer Struktur, von der wir glauben, daß sie zur Zeit hemmt und daß sie die Bürger, die in diesen Bereichen leben, benachteiligt. Wäre dies nicht unser Gesamteindruck, hätten wir uns nicht zu kommunalen Gebietsreform entschlossen. Weil wir das getan haben und weil wir nach

(Johannes Rau (SPD))

(A) bestem Wissen und Gewissen im Interesse der Bürger dieser Bereiche zu handeln versuchen, können wir dem vorliegenden Gesetzentwurf guten Gewissens auch in der dritten Lesung unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung in dritter Lesung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend dem Ausschußantrag Drucks. Nr. 571 die Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU ist der Gesetzentwurf mit Mehrheit verabschiedet.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende (C)
der heutigen Sitzung. Für die kommenden Wochen wünsche ich Ihnen Tage der Ruhe und der Entspannung sowie recht frohe Festtage im Kreise Ihrer Familien. Ich darf bei dieser Gelegenheit, da ja die Weihnachtspause über Neujahr hinausreicht, Ihnen allen und auch Ihren Familien ein glückliches neues Jahr wünschen.

Die nächsten Plenarsitzungen sind für den 16. und 17. Januar 1968 vorgesehen. Wir sehen uns also erst im nächsten Jahr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

**Schluß: 13.28 Uhr**

Ausgegeben am 11. Januar 1968.

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend und einzeln beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4 Düsseldorf 1, Postfach 5007, Telefon 1022, Nbst. 297, zu beziehen.



(Dr. Lenz (CDU))

(Verfassungsänderung und Ordnung des Schulwesens)

(A) die Trägerschaft von Hauptschulen in größerem Maße als bisher zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Unter diesen Aspekten wird es recht deutlich, wie sehr das Erreichte, das ich heute hier voll würdige, doch nur eine Teillösung und einen Übergang darstellt. Die politischen Parteien werden sich in ihrer bildungspolitischen Aussage dem heraufkommenden neuen Zeitalter stellen müssen. Die CDU-Fraktion — das kündige ich heute hier an — wird ihre Vorstellungen über eine Weiterentwicklung des gesamten Bildungswesens in absehbarer Zeit der Öffentlichkeit vorlegen.

Wir stimmen, meine Damen und Herren, dem vorliegenden, gemeinsam erarbeiteten Gesetzeswerk zu. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Für die SPD-Fraktion hat Herr Abg. Rau das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute ein gemeinsames Gesetzeswerk der drei Fraktionen verabschieden, dann werden die Reden derer, die für die Fraktionen zu diesem Gesetzeswerk sprechen, mit Fug und Recht deutlich machen müssen, daß ein solches gemeinsames Gesetzeswerk durchaus von unterschiedlichen Ansätzen und mit unterschiedlichen Akzenten gesehen werden kann. Diese unterschiedlichen Akzente bei aller Gemeinsamkeit aufzuzeigen, dem dient das Zusammenkommen (B) heute, das ein scheinbarer Schlußpunkt hinter einer langen Entwicklung ist. Es war zwar kein „langer Marsch", wie heute manche Leute sagen, aber doch ein weiter Weg vom 19. März des vergangenen Jahres an, als die Koalitionsfraktionen in Kalkum bei Düsseldorf Empfehlungen erarbeiteten, von denen sie glaubten, daß sie dem Schulfrieden in diesem Lande dienen könnten, und die dann doch einen so harten Widerspruch nicht nur der Opposition, sondern auch einer der beiden Kirchen erfuhren, daß wir nach neuen Wegen suchen mußten, bis heute.

Diese neuen Wege eröffneten sich mit jenen Drucksachen, die wir am 20. Juni des vergangenen Jahres gemeinsam vorgelegt haben. Wenn ich es richtig sehe, dann ist dieser 29. Februar nun ein wichtiger Einschnitt, nicht nur in die kulturpolitische Geschichte unseres Landes, sondern auch in die verfassungsrechtliche Situation, mit der wir es zu tun haben. Es könnte sein, daß das in den letzten Wochen und Monaten bei den vielen fachpädagogischen und schulrechtlichen Termini nicht immer deutlich geworden ist. Ich kann schon verstehen, wenn manche auf diesen Tag nicht nur mit dem Gefühl der Erleichterung zugegangen sind, daß wir es nun gemeinsam geschafft haben, sondern auch mit einem gewissen Gefühl der Erschöpfung und mit einem gewissen Hunger nach neuen, anderen und ebenso wichtigen Themen. Aber hinter all den fachpädagogischen und schulrechtlichen Begriffen haben ja doch nicht die Spezialinteressen von Ideologen oder Kompromißlern, von Verfechtern der einen oder anderen Schulart gestanden, sondern — ich meine, das gelte für alle Fraktionen — hinter all diesen Fachbegriffen hat die Sorge um das Erreichen der optimalen Bildungschancen für alle Kinder in unserem Lande gestanden. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet für meine politischen Freunde und für mich gleichzeitig das Eingeständnis und die Aussage, daß diese optimalen Bildungschancen für alle Kinder unseres Landes bisher eben nicht dawaren oder doch nicht gleichmäßig dawaren

(Beifall bei der SPD)

und daß deshalb etwas zu ändern war. Darum haben wir uns auf diesen langen Weg begeben. Dieser lange Weg ist von einer Fülle von Kontakten und Gesprächen, von Appellen und von Streitgesprächen begleitet gewesen. Aber am vorläufigen Ende dieses Weges stehen nun doch Verständigungen, für die wir dankbar sein sollten. Wir haben Gespräche — davon sprach ich schon in der ersten Lesung — mit den Kirchen und mit den Eltern, mit den Lehrern und zwischen den Parteien geführt. Ich habe die Hoffnung, daß wir alle bei diesen Gesprächen gelernt haben, und sei es auch nur, daß wir gelernt haben, wie wir miteinander unsere unterschiedlichen Standpunkte austauschen und untereinander diese unterschiedlichen Standpunkte abklären müssen, und sei es auch nur, daß wir den Stil des Miteinanderredens gelernt hätten. Ob wir das getan haben, das wird sich jetzt zeigen, wenn der lange Weg ein Weg ist, der sich am Orte weiter vollzieht. Ich kann Herrn Dr. Lenz nur zustimmen, wenn er davon gesprochen hat, daß nun bei den Lösungen am Ort Vernunft, Toleranz und Ausgleich die entscheidenden Kriterien sein müssen. Das bedeutet aber, daß wir dies nicht einseitig sagen, daß wir dies nicht mit dem (D) Blick auf eine Stadt und mit dem Blick auf andere Städte, den wir dann nicht mehr freigeben, sagen, sondern daß wir alle versuchen, den Kern dieses Kompromisses durchzuhalten, da, wo wir Mitverantwortung tragen. Das könnte dann auch heißen, daß wir mäßigend auf Freunde und vermeintliche Gegner einwirken müssen; denn der lange Weg, der jetzt beginnt, ist nicht nur Gewöhnung an eine neue Sprache, ist nicht nur für viele Kinder Gewöhnung an einen neuen Lehrer, ist für viele Lehrer Gewöhnung an neue Schulen und an neue Klassen, er ist Umstellung im Bereich von Schulwegen, ja sogar im Bereich von Transportmitteln. Deshalb ist eben mit dem heutigen wichtigen Tag der Abschluß nur ein scheinbarer Abschluß. Wir haben nichts anderes zu tun, als aus den vielen Ausrufezeichen der Appelle und der Streitgespräche und aus den vielen Fragezeichen, die wir einander gesagt und aufgezeichnet haben, einen Doppelpunkt zu machen, hinter dem nun die Entwicklung für ein fortschrittliches, für ein progressives, für ein offenes Schulwesen in unserem Lande liegen muß.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem langen Weg, meine Damen und Herren, lag nun freilich ja nicht etwa Tabula rasa. Vor diesem langen Weg haben schulpolitische Auseinandersetzungen in diesem Lande gestanden, in denen wir den Versuch gemacht haben, das Gedankengut des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen den parlamentarischen Kollegen deutlich zu machen und sie für dieses Gedankengut zu gewinnen. Vor diesem langen Weg haben jahrelange und vergebliche Versuche gestan-

(A) den, die Gemeinschaftsschule in unserem Lande nicht nur zu einer christlichen Schule zu erklären, sondern sie zu einer christlichen Schule zu machen. Wenn wir nun heute diesen Schritt gehen, den wir jetzt tun, dann tun wir es auf dem Hintergrund dessen, was geschehen ist, dessen, was erreicht ist, und dessen, was verweigert worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort zu jener Bestimmung unserer Landesverfassung sagen, in der von der Offenheit gegenüber christlichen Bekenntnissen und anderen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen die Rede ist. Meine Damen und Herren, ich fände es gut, wenn sich nicht nur unter uns, sondern auch unter allen unseren Gesprächspartnern und in der Öffentlichkeit dies herumspräche: daß alle demokratischen Parteien es nicht nur mit Worten so sagen, sondern es in der Sache so meinen, daß der christliche Glaube in diesem Land, in diesem Staat und in seinen Schulen vernehmbar, unverwechselbar und wirksam sein muß;

(Allgemeiner Beifall)

daß diese Vernehmbarkeit, diese Unverwechselbarkeit und diese Wirksamkeit des christlichen Glaubens für alle gilt und von den Christen und den Nichtchristen ausgesprochen wird und daß sie nur da eine Grenze hat, wo man diesen christlichen Glauben — versteckt oder offen — als Verpackung mißbrauchen oder mit verstecktem oder offenem Zwang oktroyieren möchte.

(Beifall bei der SPD)

Darum geht es, meine Damen und Herren, daß Information über den Glauben möglich ist, daß Glaubensentscheidung möglich ist, daß die Entscheidung aber bei dem bleibt, der zu entscheiden hat, und daß Gruppierungen nichts vorwegnehmen dürfen, so dankbar wir für jeden Beitrag gerade der Kirchen zu dieser Offenheit gegenüber den christlichen Bekenntnissen sind. Ich sage das, weil bei manchen doch noch das Mißverständnis besteht, als gehe es bei der Drittelbestimmung in unserer Landesverfassung um Vergewaltigung von Majoritäten und nicht um das, was uns von der Verfassung hier vorgeschrieben ist, nämlich Minderheitenschutz. Wir möchten, daß der christliche Lehrer — Herr Dr. Lenz hat es formuliert — aus seinem Bekenntnis unterrichten kann und sich nicht als Neutrum in der Schule verstehen muß. Wir sagen das hier mit allem Nachdruck. Aber wir meinen, zur Freiheit des Christenmenschen gehöre die Freiheit für den Nichtchristen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das, was wir heute hier in der Sache verhandeln, konnte nur zustande kommen, weil wir das gemeinsame Ziel eines geordneten Schulbetriebs hatten und weil dieser geordnete Schulbetrieb in der Tat auf die Chancen bezogen sein muß, die die jungen Menschen in der Zukunft haben, das heißt, daß die Wirtschaftlichkeit der Schulen, der zumutbare Schulweg, die Konzentration des Bildungswesens zu Grundprinzipien unseres sozialen Rechtsstaats gehören und daß gleiche Bildungschancen für alle Staatsbürger existieren müssen. Wir glauben, daß wir diesem Ziel damit ein Stück nähergekommen sind. Herr Dr. Lenz hat davon gesprochen, daß dieser Schulkompromiß nicht so aussehe, wie die Vorstellungen der CDU zur Schulpolitik aussehen. Genau das ist das Wesen dieses Kompromisses; das gilt für Ihren CDU-Plan, das gilt für unsere bildungspolitischen Vorstellungen. Auch wir haben — darauf haben Sie mit Recht hingewiesen — auf vieles verzichten müssen, was wir an schulpolitischer Entwicklung in diesem Lande gern erreicht hätten. Jeder von uns hat ein Stück beitragen müssen, und ich meine, daß wir zu einem Kompromiß gekommen sind, der niemanden kompromittiert. Weil das so ist, bestätige ich ausdrücklich, daß die Koalitionsfraktionen im Bereich des weltanschaulichen Charakters von Grund- und Hauptschule während dieser Wahlperiode keine einseitige Veränderung vornehmen werden, d. h. daß Verfassungsänderungen, Gesetzesänderungen und Thesen zur Rechtsverordnung ein Paket sind und daß wir nicht die Absicht haben, dieses Paket einseitig aufzuschnüren. Das gehört zu diesem Kompromiß!

Ich bestätige ausdrücklich, daß dort, wo die konfessionelle Hauptschule nicht zustande kommen kann, die private Hauptschule auf der Basis des Ersatzschulfinanzgesetzes möglich sein und finanziert werden soll und daß wir die Landesregierung gemeinsam schon im Juni vergangenen Jahres gebeten haben, im Falle des Zustandekommens solcher privater Hauptschulen nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes auch großzügige Hilfe bei der Errichtung dieser Schulen zu leisten.

Die Frage wird sein, ob bei der großzügigen Regelung, die dieser konfessionellen Hauptschule im Wege der Antragsschule noch zugestanden und freigegeben ist, überhaupt eine große Zahl solcher privater Schulen zustande kommen kann. Lassen Sie mich dazu ein Wort sagen und noch einmal das aufgreifen, was wir bei anderer Gelegenheit hier miteinander besprochen haben!

Ich halte das Wort vom staatlichen Schulmonopol nicht für ein gutes Wort, und ich würde es begrüßen, wenn es aus unseren Gesprächen herausbliebe.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Wort vom staatlichen Schulmonopol ist ein Wort, dem man erstens eine gewisse Wertung nicht absprechen kann und das zweitens die faktische Situation weder in unserem Lande noch in der Bundesrepublik trifft. Darauf hat Heckel hingewiesen: Es gibt kein absolutes, kein totales staatliches Schulmonopol; und seit der Zeit, da der Staat die Schulen zu Veranstaltungen des Staates gemacht und damit ein öffentliches Schulwesen geschaffen hat, gibt es neben den öffentlichen Schulen auch private Schulen, und die Geschichte der deutschen Privatschule ist gleichbedeutend mit und parallellaufend zur Geschichte des deutschen Schulwesens überhaupt. Das Recht auf die Errichtung solcher Privatschulen wird in Art. 7 Abs. 4 GG und in Art. 8 Abs. 4 unserer Landesverfassung garantiert. Die genehmigten Privatschulen haben die gleichen Berechtigungen wie die entsprechenden öffentlichen Schulen und Anspruch auf die zur Erfüllung ihrer Pflichten erforderlichen öffentlichen Zuschüsse.

(C)

(D)

Wir — darin unterscheiden wir uns, Herr Dr. Lenz, — halten den Art. 7 Abs. 4 GG für richtig und möchten ihn nicht abgebaut wissen — jedenfalls zur Stunde nicht —, weil uns in der Tat die gesellschaftspolitische Diskussion noch nicht so weit zu sein scheint, daß wir den bisherigen Gegensatz oder die bisherige Polarität





(A) von öffentlich und privat, wie sie vom Grundgesetz her verordnet ist, zu „staatlich-öffentlich" und „frei-öffentlich" aufgeben könnten. Wir meinen, die gesellschaftspolitische Diskussion müsse noch einen weiten Weg gehen, bis wir über dieses Thema konkret miteinander reden können. Wenn wir es aber tun, wollen wir es ohne Vorurteile und ohne Vorentscheidungen und auf der Basis dessen tun, was unser politischer Auftrag ist. Zu diesem politischen Auftrag gehört, meine Damen und Herren, daß der demokratische Staat in seinen Rechten nicht begrenzt oder beschnitten wird.

Wir haben am scheinbaren Ende dieses Tages nun wahrlich Anlaß, ein Wort des Dankes auszusprechen. Ich will mich dem, was Herr Dr. Lenz an Dankesworten gesagt hat, nur schlicht anschließen, weil ich meine, wir seien in diesem Dank einig. Erlauben Sie mir dennoch, daß ich den Dank an die Oppositionspartei hinzufüge, die diesen gemeinsamen Weg auf der Basis des Kompromisses ermöglicht hat, und daß ich gleichzeitig denen ein Wort des Dankes sage, die nicht nur diesen Weg bereitet haben, sondern die auch auf der ganzen Wegstrecke die Menschen gewesen sind, ohne die das Gesetzeswerk heute nicht so vor uns läge, wie es vor uns liegt, nämlich der Ministerpräsident dieses Landes und der Kultusminister Heinz Kühn.

(Lebhafte Heiterkeit — Beifall)

— Haben Sie mitgekriegt, daß wir gerade die Regierung umgebildet haben? Das machen wir immer in öffentlicher Sitzung!

(Dr. Lenz (CDU): Da können Sie mal sehen, wie das geht bei der SPD! Wir dachten, Sie hätten den Finanzminister gemeint! Der ist nicht mehr da!)

(B)

— Ich bitte vielmals um Entschuldigung! Es ist mir da durchgegangen, und der Satz war so gut gemeint und sollte richtig dick gedruckt wirken, und

(Heiterkeit)

jetzt ist er eine Fußnote geworden!

(Erneute Heiterkeit)

Aber bei dem langen Weg müssen Fußnoten sein! — Herr Ministerpräsident, lieber Heinz Kühn! Herr Kultusminister, lieber Fritz Holthoff! Sie beide sind die entscheidenden Leute dieses Schulkompromisses. Das begrenzt nicht die Mitwirkung der Opposition, und das begrenzt nicht die hervorragende und faire Zusammenarbeit innerhalb der Koalition, der ich hier ausdrücklich noch einmal bescheinigen möchte, daß sie gerade in diesem Punkt ausgezeichnet funktioniert hat.

Wir sind zwar ein Stück weiter, aber wir sind noch nicht am Ende des Weges. Herr Kollege Dr. Lenz hat auf alles das hingewiesen, was noch geschehen muß. Wir müssen auch weiterhin miteinander sprechen, nicht nur als Konsequenz dessen, was heute erörtert worden ist, sondern, um der Gewissensfreiheit willen, über die Konfessionalität der Lehrerbildung in unserem Lande, von der wir glauben, daß sie nach den jetzigen Bestimmungen der Landesverfassung weder dem Willen der Studenten, noch dem Willen der Dozenten, noch dem Willen der Eltern und Lehrer entspricht.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Wir hätten es insbesondere begrüßt, wenn wir bei dieser Materie einige Jahre zuvor schon einige Schritte nach vorn hätten tun können.

Wir müssen nicht nur über die Schularten im Bereich der Volksschule sprechen, sondern auch über die Schulformen und ihre Zuordnung, über Realschule und Gymnasium. Dabei wird es dann nicht mehr allein um die Frage der vertikalen und horizontalen Gliederung gehen — auch hier darf es keine Vorentscheidungen und Vorurteile geben —, es wird auch um die Zuordnung der weiterführenden Schulen zu den Universitäten gehen und auch um die Frage, wie wir in einer Zeit knapper werdender Mittel den sozialen Auftrag der Bildung deutlich machen können. Es wird auf dem Weg über innere Reformen im Bereich von Schule und Hochschule nicht darum gehen, den Geist der Freiheit und die Gesinnung der Toleranz als Aushängeschild auf Plakate zu schreiben, sondern darum, diese Begriffe in unserem Lande Wirklichkeit werden zu lassen. Wir glauben, daß dazu ein notwendiger Schritt getan worden ist. Dieser Schritt kam zwar spät, es war aber ein guter Schritt. Wir Sozialdemokraten sind dankbar dafür, daß wir diesen Schritt gemeinsam mit den anderen Fraktionen haben tun können. Diese Gemeinsamkeit möchten wir überall dort suchen, wo es um Gewissensfreiheit und Glaubensfreiheit geht. Wir möchten aber den Fortschritt nicht gehindert wissen, sondern wir möchten, daß dieser Fortschritt verstärkt vorangebracht wird, überall da, wo es um die Zukunft der nächsten Generation unseres Landes geht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

(D)

**Präsident van Nes Ziegler:** Für die FDP-Fraktion hat das Wort Frau Abg. von Bergmann.

**Frau von Bergmann** (FDP): Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Was soll man zu unserem heutigen Thema noch an Neuem sagen? In der mühevollen und langen Zeit der Gestaltwerdung sind so viele kluge und einsichtige, vielleicht noch mehr törichte und auch kaum verantwortbare Worte gesprochen und geschrieben worden, daß uns nun eigentlich nichts mehr bleibt, als der wohl- und tiefempfundene Stoßseufzer der Erleichterung.

Gestehen wir uns ein: Es handelt sich hier nicht um einen zügig errichteten, genialen Bau, wir haben vielmehr in redlicher Kleinarbeit, in — ich möchte sagen — totaler Kleinarbeit, die manchmal auf Kosten der Gesundheit einzelner Beteiligter — wenn ich an Sie, verehrter Herr Minister, denke — ging, Stein auf Stein gesetzt, um denjenigen Kindern, die die allgemeinbildende Pflichtschule besuchen, das unverzichtbare Minimum dessen mit auf den Weg zu geben, was ein Mensch braucht, um in der modernen Arbeitswelt existieren und sich in der heutigen Gesellschaft behaupten zu können.

Dabei sind wir uns alle darüber im klaren, daß die Lösung, die wir für unser Land gefunden haben, erst eine Annäherung an den mittleren Stand innerhalb der bildungspolitischen Entwicklung bedeutet. Wir marschieren noch nicht an der Spitze des Zuges. Wir haben unter Rücksichtnahme und Verantwortung versucht — und es ist uns gelungen —, einen gangbaren Mittelweg zu fin-

(A) Das ist die Schwäche, meine Damen und Herren, die wir nach wie vor an dieser Projektion, wie Sie es genannt haben, sehen und auf die wir weiter hinweisen werden.

Wenn Sie nämlich eine klare finanzpolitische Vorstellung hätten, dann hätten Sie diese hier auf den Tisch legen oder mindestens ankündigen können. Im übrigen, und damit darf ich zum Schluß kommen, tragen Sie die Verantwortung für dieses Unternehmen. Nämlich, Sie haben es angekündigt und Sie haben zuletzt gesagt, Sie würden es im Februar bringen. Sie haben von einem Ruhrplan gesprochen, noch für den Februar. Sie haben noch kurz vor dem Erscheinen von einem Ruhrplan gesprochen und haben heute gesagt, es sei kein Ruhrplan in der Vorstellung, und zwar aus den Gründen, die Sie genannt haben.

Wenn es aber so ist, ist es bisher weiter nichts als eine Studie, als ein Zusammenschreiben von Entwicklungslinien in Form einer Studie, die vielleicht die Basis für eine Erörterung werden könnte.

Insofern war das Ergebnis der Debatte für mich enttäuschend; ich glaube, auch für die Fraktion, und ich glaube, auch für die Menschen, die Vorstellungen empfangen haben, die bis heute nicht in klingender Münze gewechselt werden können.

In diesem Sinne darf ich also zusammenfassend sagen: wir sollten die Debatte, die hiermit erneut begonnen worden ist, fortsetzen in den Ausschüssen und sollten versuchen, die Ergebnisse der einzelnen Ausschußberatungen im Plenum erneut und abschließend zu erörtern. Wir sollten versuchen, sie in Dekkung zu bringen mit der mittelfristigen Finanzplanung
(B) und den Haushaltsplänen für die nächsten Jahre.

Vielleicht läge da eine Möglichkeit für eine Einigung in der Sache auch für das ganze Land, nicht nur für einzelne Teile!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Pütz das Wort.

**Pütz** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Ministerpräsident, ich glaube, daß es ein ausgesprochen schlechter Stil ist, wenn Sie Formulierungen aufbauen, die überhaupt nicht gefallen sind, und dann an diesen von Ihnen aufgebauten Formulierungen kritische Würdigungen vornehmen. Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß ich das Wort „parteipropagandistische Gründe" nicht erwähnt habe. Ich bitte Sie, nachzulesen, was Sie im Protokoll finden werden.

(Finanzminister Wertz: Geben Sie das Protokoll frei?)

— Natürlich gebe ich das Protokoll frei.

(Ministerpräsident Kühn: Haben Sie parteiinterne Besprechungen gesagt?)

— Jawohl, parteiinterne Besprechungen — —

(Zuruf des Finanzministers Wertz)

— Das ist etwas völlig anderes als „parteipropagandistische" Gründe. Nun bitte ich aber doch nicht wieder einen Popanz aufzubauen, der von mir nicht (C
hier gebraucht worden ist.

(Beifall bei der CDU)

So leicht kommen Sie bei solchen Verdächtigungen nicht weg, wie Sie sie hier machen wollen. Das ist eben die Methode, die wir an Ihnen zu kritisieren haben, daß Sie sich einen imaginären Feind aufbauen und dann nach allen Regeln der Rhetorik, die Sie besitzen, den anzugreifen versuchen.

(Ministerpräsident Kühn: Darf ich eine Frage stellen?)

— Darf ich weiterreden — — Aber bitte, mögen Sie ruhig fragen, was Sie wollen!

(Ministerpräsident Kühn: Halten Sie eine offizielle Kabinettsitzung, zu der offiziell ein Bundesminister eingeladen wird, für eine parteiinterne Besprechung?)

— Herr Ministerpräsident, die Erklärung, daß es sich hier um eine Kabinettsitzung gehandelt hat, haben Sie erst heute nach meinen Ausführungen hier gegeben.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD — Ministerpräsident Kühn: Das ist unfair, das ist unwahrhaftig!)

— Das haben Sie heute erst nach meinen Ausführungen erklärt und nicht vorher.

Nun weiter: Sie hätten bei meinen Ausführungen mehr den Eindruck der Freude am Mißlingen, als die Sorge um das gemeinsame Gelingen gehabt. Das ist (D
genauso ein Aufbau einer Formulierung, die natürlich den Eindruck erwecken soll des Nicht-Mitmachenwollens, der Bösartigkeit, anstatt dem politischen Partner das ehrliche Bemühen um das gemeinsame Gelingen einer von allen als notwendig anerkannten Arbeit zuzubilligen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, Herr Ministerpräsident, meine Mitwirkung in diesem Hause seit 1950 — Sie haben ja jahrelang dabeigesessen — gibt Ihnen nicht das Recht, eine solche Verdächtigung über meine Tätigkeit in diesem Hause auszusprechen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, in diese Debatte jetzt noch einzugreifen. Aber ein paar Bemerkungen der beiden Vorredner lassen es mir doch sinnvoll erscheinen.

Herr Kollege Lenz hat sehr versöhnlich begonnen, aber wenn der Kollege Pütz den Vorwurf macht, hier würde ein Popanz aufgebaut und dann auf diesem Popanz herumgeschlagen, dann kann ich nur sagen: das mag für andere gelten, das mag gelten für die, die auch nach einer zehn- oder zwölfstündigen Debatte noch erklären, die Regierung habe das Wort Ruhrplan ständig gebraucht. Ich warte noch heute auf den Nachweis, wo die Regierung einen solchen

(A) Das ist die Schwäche, meine Damen und Herren, die wir nach wie vor an dieser Projektion, wie Sie es genannt haben, sehen und auf die wir weiter hinweisen werden.

Wenn Sie nämlich eine klare finanzpolitische Vorstellung hätten, dann hätten Sie diese hier auf den Tisch legen oder mindestens ankündigen können. Im übrigen, und damit darf ich zum Schluß kommen, tragen Sie die Verantwortung für dieses Unternehmen. Nämlich, Sie haben es angekündigt und Sie haben zuletzt gesagt, Sie würden es im Februar bringen. Sie haben von einem Ruhrplan gesprochen, noch für den Februar. Sie haben noch kurz vor dem Erscheinen von einem Ruhrplan gesprochen und haben heute gesagt, es sei kein Ruhrplan in der Vorstellung, und zwar aus den Gründen, die Sie genannt haben.

Wenn es aber so ist, ist es bisher weiter nichts als eine Studie, als ein Zusammenschreiben von Entwicklungslinien in Form einer Studie, die vielleicht die Basis für eine Erörterung werden könnte.

Insofern war das Ergebnis der Debatte für mich enttäuschend; ich glaube, auch für die Fraktion, und ich glaube, auch für die Menschen, die Vorstellungen empfangen haben, die bis heute nicht in klingender Münze gewechselt werden können.

In diesem Sinne darf ich also zusammenfassend sagen: wir sollten die Debatte, die hiermit erneut begonnen worden ist, fortsetzen in den Ausschüssen und sollten versuchen, die Ergebnisse der einzelnen Ausschußberatungen im Plenum erneut und abschließend zu erörtern. Wir sollten versuchen, sie in Deckung zu bringen mit der mittelfristigen Finanzplanung (B) und den Haushaltsplänen für die nächsten Jahre.

Vielleicht läge da eine Möglichkeit für eine Einigung in der Sache auch für das ganze Land, nicht nur für einzelne Teile!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Pütz das Wort.

**Pütz** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Ministerpräsident, ich glaube, daß es ein ausgesprochen schlechter Stil ist, wenn Sie Formulierungen aufbauen, die überhaupt nicht gefallen sind, und dann an diesen von Ihnen aufgebauten Formulierungen kritische Würdigungen vornehmen. Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß ich das Wort „parteipropagandistische Gründe" nicht erwähnt habe. Ich bitte Sie, nachzulesen, was Sie im Protokoll finden werden.

(Finanzminister Wertz: Geben Sie das Protokoll frei?)

— Natürlich gebe ich das Protokoll frei.

(Ministerpräsident Kühn: Haben Sie parteiinterne Besprechungen gesagt?)

— Jawohl, parteiinterne Besprechungen — —

(Zuruf des Finanzministers Wertz)

— Das ist etwas völlig anderes als „parteipropagandistische" Gründe. Nun bitte ich aber doch nicht wieder einen Popanz aufzubauen, der von mir nicht (C hier gebraucht worden ist.

(Beifall bei der CDU)

So leicht kommen Sie bei solchen Verdächtigungen nicht weg, wie Sie sie hier machen wollen. Das ist eben die Methode, die wir an Ihnen zu kritisieren haben, daß Sie sich einen imaginären Feind aufbauen und dann nach allen Regeln der Rhetorik, die Sie besitzen, den anzugreifen versuchen.

(Ministerpräsident Kühn: Darf ich eine Frage stellen?)

— Darf ich weiterreden — — Aber bitte, mögen Sie ruhig fragen, was Sie wollen!

(Ministerpräsident Kühn: Halten Sie eine offizielle Kabinettsitzung, zu der offiziell ein Bundesminister eingeladen wird, für eine parteiinterne Besprechung?)

— Herr Ministerpräsident, die Erklärung, daß es sich hier um eine Kabinettsitzung gehandelt hat, haben Sie erst heute nach meinen Ausführungen hier gegeben.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD — Ministerpräsident Kühn: Das ist unfair, das ist unwahrhaftig!)

— Das haben Sie heute erst nach meinen Ausführungen erklärt und nicht vorher.

Nun weiter: Sie hätten bei meinen Ausführungen mehr den Eindruck der Freude am Mißlingen, als die Sorge um das gemeinsame Gelingen gehabt. Das ist (D genauso ein Aufbau einer Formulierung, die natürlich den Eindruck erwecken soll des Nicht-Mitmachenwollens, der Bösartigkeit, anstatt dem politischen Partner das ehrliche Bemühen um das gemeinsame Gelingen einer von allen als notwendig anerkannten Arbeit zuzubilligen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, Herr Ministerpräsident, meine Mitwirkung in diesem Hause seit 1950 — Sie haben ja jahrelang dabeigesessen — gibt Ihnen nicht das Recht, eine solche Verdächtigung über meine Tätigkeit in diesem Hause auszusprechen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, in diese Debatte jetzt noch einzugreifen. Aber ein paar Bemerkungen der beiden Vorredner lassen es mir doch sinnvoll erscheinen.

Herr Kollege Lenz hat sehr versöhnlich begonnen, aber wenn der Kollege Pütz den Vorwurf macht, hier würde ein Popanz aufgebaut und dann auf diesem Popanz herumgeschlagen, dann kann ich nur sagen: das mag für andere gelten, das mag gelten für die, die auch nach einer zehn- oder zwölfstündigen Debatte noch erklären, die Regierung habe das Wort Ruhrplan ständig gebraucht. Ich warte noch heute auf den Nachweis, wo die Regierung einen solchen





(A) Ruhrplan angekündigt hat. Wir haben von den Elementen eines Strukturprogramms Ruhr gesprochen.

(Zuruf)

— Ich habe gesagt, er werde praktiziert. Und ich habe auch da von den Elementen eines Entwicklungsplans gesprochen. Und dann hat Herr Kollege Lenz wieder das Wort Zusammenschreiben gebraucht, gerade eben in der Bewertung dessen, was hier vorgelegt worden ist.

Der Herr Kollege Pütz hat offenbar in der Zeitung nicht gelesen, was wir alle zur Kenntnis genommen haben, sowohl aus der Zeitung, als auch aus den Erklärungen der Landespresse- und Informationsstelle, daß eine Kabinettssitzung mit dem Bundesverkehrsminister stattgefunden hat. Auch in der dpa-Meldung, die vor wenigen Stunden gekommen ist, findet sich das Zitat von Herrn Pütz,

(Pütz [CDU]: Vor wenigen Stunden, das ist möglich!)

nicht nur, daß eine parteiinterne Besprechung stattgefunden habe, sondern daß der Bundesminister Leber seine Zusage aus parteitaktischen Gründen gegeben habe. Die Frage ist, Herr Kollege Pütz: Haben Sie hier gesagt, daß dies die Motive waren?

(Pütz [CDU]: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

Wir werden auf Grund des Protokolls nachzuprüfen haben, was hier ausgesprochen worden ist. Jedenfalls meine ich, alle Appelle an die Zusammenarbeit in diesem Hause wären völlig ins Leere gesprochen, (B) wenn wir jetzt und am Ende dieses Tages noch einmal begännen, uns gegenseitig vorzuwerfen, daß das, was wir vortragen, in seinen Motiven nicht lauter wäre. Wir konnten das Echo — —

(Dr. Lenz [CDU]: Dann sagen Sie doch mal was zu der politischen Brunnenvergiftung. Damit hat es angefangen!)

— Nein, angefangen hat es damit, daß Sie erzählt haben, es handele sich um eine Olympiade der Unverbindlichkeiten. Angefangen hat es damit, daß Sie das Entwicklungsprogramm Ruhr, statt es zu unterstützen, als „Ruhr-Latein" bezeichnet haben. Angefangen hat es mit dem Versuch, den Sie eine Stunde nach dem Erscheinen des Entwicklungsprogramms Ruhr unternommen haben, dieses Entwicklungsprogramm abzuwerten, in der Öffentlichkeit fertigzumachen und auf diese Weise dem Bild nachzulaufen, es handele sich um eine Regierung, die nicht fähig, nicht willens und nicht in der Lage sei, ein solches Entwicklungsprogramm vorzulegen. Sie merken es offenbar selber nicht mehr, wie Sie in einem Zeitabschnitt von 90 bis 120 Sekunden dem Ministerpräsidenten zuerst vorwerfen, daß er den Plan oder das Entwicklungsprogramm für Februar zugesagt und es erst im März gebracht habe, und im gleichen Satz — —

(Dr. Lenz [CDU]: Das ist der Ruhrplan!)

— Das Wort „Ruhrplan" stammt von Ihnen, Herr Kollege Lenz. — Im gleichen Satz sagen Sie, er hätte doch besser noch ein bißchen warten sollen mit der Veröffentlichung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich habe heute morgen bei Ihrer Rede auch gedacht, (C) Sie hätten eine besondere Vorliebe für den Monat Februar, aber nicht aus Gründen der Veröffentlichung des Ruhrplans, sondern aus Gründen des Stils der Argumente, die hier vorgetragen worden sind.

(Dr. Lenz [CDU]: Vorsicht, Vorsicht! Da sitzt einer hinter Ihnen!)

— Ich will jetzt nicht sagen, was mir dabei einfällt.

(Heiterkeit)

Wenn ich den hinter mir habe, halte ich es aus, daß ich Sie hier vor mir habe.

(Präsident van Nes Ziegler: Genau!)

Das kommt hin; das ist Köln.

Herr Kollege Lenz, ich meine, der Herr Ministerpräsident habe in seinem abschließenden Wort deutlich gemacht, daß wir über die Polemik, die hier heute aufgeklungen ist und die Sie wochenlang im Blick auf diese Politik betrieben haben, hinweggehen sollten zu der gemeinsamen Arbeit für unser Land, und daß wir es uns sparen sollten, uns gegenseitig zu fragen, ob Priorität des Reviers und wie es mit den anderen Gebieten stünde. Da sagt jeder immer das, was gerade paßt. Herr Dufhues sagt „Vorrang fürs Revier", der andere fragt „Wo bleibt der Aachener Raum?" Wir sollten uns endlich daran gewöhnen, daß der Kreislauf nicht in Ordnung sein kann, wenn das Herz nicht in Ordnung ist. Das Herz ist das Revier, und das Herz muß in Ordnung sein um des gesamten Kreislaufs willen. Wir sollten aufhören, das auseinanderzudividieren.

Wir haben viele Anlässe, uns zu streiten. Wir (D) haben auch in dieser Situation und bei diesem Fragenkomplex keine Sorge und keine Angst vor dem Streit. Aber wir sind das Gefühl nicht losgeworden — auch heute nicht —, daß vieles hier nicht in der Sorge um unser Land gesagt wird, sondern daß vieles um des sogenannten Profils willen gesagt wird. Es könnte sein, daß dieses sogenannte Profil eines Tages uns allen nicht mehr ausreicht, wenn nämlich dieses Land sein Gesicht verloren hat. Um dieses Gesicht sollten wir uns gemeinsam bemühen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Meine Damen und Herren! Es besteht hier eine Meinungsverschiedenheit über den Wortlaut einer Passage der Rede des Herrn Kollegen Pütz. Auch worüber diese Meinungsverschiedenheit besteht, ist ja hier ausgesprochen worden. Sie steht im Protokoll.

(Pütz [CDU]: Ich habe das Manuskript hier!)

Ihr Manuskript interessiert in diesem Zusammenhang überhaupt nicht. Es interessiert in diesem Zusammenhang, was im Protokoll steht und was auf dem Band aufgezeichnet ist. Das Protokoll geht üblicherweise unkorrigiert zum Präsidenten. Ich erhalte also ein wörtliches Protokoll ohne jegliche Rednerkorrektur. Ich bitte Sie, Herr Kollege Pütz, damit einverstanden zu sein, daß ich dieses Exemplar dem Herrn Ministerpräsidenten zur Verfügung stelle.

(Pütz [CDU]: Ich habe es schon erlaubt! — Ministerpräsident Kühn: Herr Pütz hat das schon erlaubt! Ich möchte es vorlesen!)

Ich bitte, Herr Ministerpräsident.

(Johannes Rau [SPD])

(A) Ruhrplan angekündigt hat. Wir haben von den Elementen eines Strukturprogramms Ruhr gesprochen.

(Zuruf)

— Ich habe gesagt, er werde praktiziert. Und ich habe auch da von den Elementen eines Entwicklungsplans gesprochen. Und dann hat Herr Kollege Lenz wieder das Wort Zusammenschreiben gebraucht, gerade eben in der Bewertung dessen, was hier vorgelegt worden ist.

Der Herr Kollege Pütz hat offenbar in der Zeitung nicht gelesen, was wir alle zur Kenntnis genommen haben, sowohl aus der Zeitung, als auch aus den Erklärungen der Landespresse- und Informationsstelle, daß eine Kabinettssitzung mit dem Bundesverkehrsminister stattgefunden hat. Auch in der dpa-Meldung, die vor wenigen Stunden gekommen ist, findet sich das Zitat von Herrn Pütz,

(Pütz [CDU]: Vor wenigen Stunden, das ist möglich!)

nicht nur, daß eine parteiinterne Besprechung stattgefunden habe, sondern daß der Bundesminister Leber seine Zusage aus parteitaktischen Gründen gegeben habe. Die Frage ist, Herr Kollege Pütz: Haben Sie hier gesagt, daß dies die Motive wären?

(Pütz [CDU]: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

Wir werden auf Grund des Protokolls nachzuprüfen haben, was hier ausgesprochen worden ist. Jedenfalls meine ich, alle Appelle an die Zusammenarbeit in diesem Hause wären völlig ins Leere gesprochen, (B) wenn wir jetzt und am Ende dieses Tages noch einmal begännen, uns gegenseitig vorzuwerfen, daß das, was wir vortragen, in seinen Motiven nicht lauter wäre. Wir konnten das Echo — —

(Dr. Lenz [CDU]: Dann sagen Sie doch mal was zu der politischen Brunnenvergiftung. Damit hat es angefangen!)

— Nein, angefangen hat es damit, daß Sie erzählt haben, es handele sich um eine Olympiade der Unverbindlichkeiten. Angefangen hat es damit, daß Sie das Entwicklungsprogramm Ruhr, statt es zu unterstützen, als „Ruhr-Latein" bezeichnet haben. Angefangen hat es mit dem Versuch, den Sie eine Stunde nach dem Erscheinen des Entwicklungsprogramms Ruhr unternommen haben, dieses Entwicklungsprogramm abzuwerten, in der Öffentlichkeit fertigzumachen und auf diese Weise dem Bild nachzulaufen, es handele sich um eine Regierung, die nicht fähig, nicht willens und nicht in der Lage sei, ein solches Entwicklungsprogramm vorzulegen. Sie merken es offenbar selber nicht mehr, wie Sie in einem Zeitabschnitt von 90 bis 120 Sekunden dem Ministerpräsidenten zuerst vorwerfen, daß er den Plan oder das Entwicklungsprogramm für Februar zugesagt und es erst im März gebracht habe, und im gleichen Satz — —

(Dr. Lenz [CDU]: Das ist der Ruhrplan!)

— Das Wort „Ruhrplan" stammt von Ihnen, Herr Kollege Lenz. — Im gleichen Satz sagen Sie, er hätte doch besser noch ein bißchen warten sollen mit der Veröffentlichung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich habe heute morgen bei Ihrer Rede auch gedacht, (C) Sie hätten eine besondere Vorliebe für den Monat Februar, aber nicht aus Gründen der Veröffentlichung des Ruhrplans, sondern aus Gründen des Stils der Argumente, die hier vorgetragen worden sind.

(Dr. Lenz [CDU]: Vorsicht, Vorsicht! Da sitzt einer hinter Ihnen!)

— Ich will jetzt nicht sagen, was mir dabei einfällt.

(Heiterkeit)

Wenn ich den hinter mir habe, halte ich es aus, daß ich Sie hier vor mir habe.

(Präsident van Nes Ziegler: Genau!)

Das kommt hin; das ist Köln.

Herr Kollege Lenz, ich meine, der Herr Ministerpräsident habe in seinem abschließenden Wort deutlich gemacht, daß wir über die Polemik, die hier heute aufgeklungen ist und die Sie wochenlang im Blick auf diese Politik betrieben haben, hinweggehen sollten zu der gemeinsamen Arbeit für unser Land, und daß wir es uns sparen sollten, uns gegenseitig zu fragen, ob Priorität des Reviers und wie es mit den anderen Gebieten stünde. Da sagt jeder immer das, was gerade paßt. Herr Dufhues sagt „Vorrang fürs Revier", der andere fragt „Wo bleibt der Aachener Raum?" Wir sollten uns endlich daran gewöhnen, daß der Kreislauf nicht in Ordnung sein kann, wenn das Herz nicht in Ordnung ist. Das Herz ist das Revier, und das Herz muß in Ordnung sein um des gesamten Kreislaufs willen. Wir sollten aufhören, das auseinanderzudividieren.

Wir haben viele Anlässe, uns zu streiten. Wir (D) haben auch in dieser Situation und bei diesem Fragenkomplex keine Sorge und keine Angst vor dem Streit. Aber wir sind das Gefühl nicht losgeworden — auch heute nicht —, daß vieles hier nicht in der Sorge um unser Land gesagt wird, sondern daß vieles um des sogenannten Profils willen gesagt wird. Es könnte sein, daß dieses sogenannte Profil eines Tages uns allen nicht mehr ausreicht, wenn nämlich dieses Land sein Gesicht verloren hat. Um dieses Gesicht sollten wir uns gemeinsam bemühen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Meine Damen und Herren! Es besteht hier eine Meinungsverschiedenheit über den Wortlaut einer Passage der Rede des Herrn Kollegen Pütz. Auch worüber diese Meinungsverschiedenheit besteht, ist ja hier ausgesprochen worden. Sie steht im Protokoll.

(Pütz [CDU]: Ich habe das Manuskript hier!)

Ihr Manuskript interessiert in diesem Zusammenhang überhaupt nicht. Es interessiert in diesem Zusammenhang, was im Protokoll steht und was auf dem Band aufgezeichnet ist. Das Protokoll geht üblicherweise unkorrigiert zum Präsidenten. Ich erhalte also ein wörtliches Protokoll ohne jegliche Rednerkorrektur. Ich bitte Sie, Herr Kollege Pütz, damit einverstanden zu sein, daß ich dieses Exemplar dem Herrn Ministerpräsidenten zur Verfügung stelle.

(Pütz [CDU]: Ich habe es schon erlaubt! — Ministerpräsident Kühn: Herr Pütz hat das schon erlaubt! Ich möchte es vorlesen!)

Ich bitte, Herr Ministerpräsident.





(A) Desgleichen liegt mir ein Antrag der **Fraktion der CDU** für die Tagesordnung der heutigen Sitzung vor:

Der Landtag möge beschließen:

Punkt 5 der Tagesordnung wird geteilt. Die zweite und die dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über Ingenieurakademien und Wirtschaftsakademien — Landtagsdrucksache Nr. 72 in der Fassung der Landtagsdrucksache Nr. 784 — wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Fachhochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen — Landtagsdrucksache Nr. 729 — wird in zweiter Lesung behandelt.

Unterschrift: Dr. Lenz

Meine Damen und Herren, nach der Geschäftsordnung unseres Landtags sind Anträge zur Tagesordnung vor Eintritt in die Tagesordnung bzw. bei Beginn der Plenarsitzung zu behandeln. Ich bitte die Antragsteller, jeweils ihren Antrag zu begründen und, da beide Anträge hier gleichzeitig eingebracht worden sind, in ihre Darlegungen ihre Stellungnahme zum Antrag der anderen Fraktion einzubeziehen.

Ich erteile Herrn Abg. Dr. Rau von der Fraktion der SPD das Wort.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

— Es kann ja noch der Professor kommen!

(B) **Johannes Rau** (SPD), Antragsteller: Aber graduiert, Herr Präsident!

(Dr. Lenz [CDU]: An der Fachhochschule!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat in den letzten Tagen schon eine Reihe von Berichten über die Absicht und die Bitte der Koalitionsfraktionen gegeben, die ich dem Herrn Präsidenten in meinem Brief vom 25. Juni d. J. vorgetragen habe und die darauf abzielt, den Tagesordnungspunkt 5 von der Planung dieser beiden Sitzungstage auszunehmen und den Punkt abzusetzen.

Ich möchte vor diesem Hohen Hause noch einmal begründen, warum die Koalitionsfraktionen relativ kurzfristig zu einem solchen Antrag gekommen sind. Das will ich vor allem tun, um jeder Legendenbildung vorzubeugen.

(Zurufe von der CDU)

Wir beschäftigen uns mit dem Stichwort „Akademiegesetzgebung" in diesem Hause nun seit einer ganzen Reihe von Jahren. Wenn ich auf diesen Punkt heute zu sprechen komme, dann tue ich es, ohne auf die Sachproblematik des Gesetzentwurfs einzugehen, wie er jetzt in der vom Kulturausschuß beschlossenen Fassung vorliegt, weil ich glaube, daß jede Geschäftsordnungsdebatte mißverstanden und falsch interpretiert wird, wenn man unter dem Stichwort der Geschäftsordnung zu Einzelheiten von Entwürfen Stellung nimmt.

Wir haben vor einer ganzen Reihe von Jahren eine Kleine Anfrage zweier Kollegen meiner Fraktion an die Landesregierung gehabt; es waren die Kollegen Fritz Holthoff und Walter Blassat, die mit (C) dieser Anfrage bei der Landesregierung die Vorlegung eines Gesetzes über den Status der damaligen Ingenieurschulen beantragten.

Diese Anfragen und diese Bitten sind, jeweils retardierend, von der damaligen Landesregierung und vom damaligen Kultusminister Prof. Mikat mit der Begründung beantwortet worden, es müsse vor der Vorlage eines solchen Gesetzentwurfes alles getan werden, um zu einer bundeseinheitlichen Regelung der Statusprobleme der Ingenieurschulen und der gleichartigen und gleichwertigen Bildungseinrichtungen zu kommen. So haben wir eine Reihe von Jahren warten müssen, bis dann im Sommer 1966 die damalige Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes über Ingenieurakademien und Wirtschaftsakademien vorlegte, der den Versuch machte, dieser Bundeseinheitlichkeit Rechnung zu tragen.

Die Beratung dieses Entwurfs hat insgesamt drei Jahre in Anspruch genommen, nicht nur, weil es sich um eine schwierige Materie handelt, sondern weil es immer wieder Zeitpunkte gab, in denen der jeweilige Kultusminister die Bitte äußern mußte, das Gespräch jetzt nicht fortzusetzen, weil in der Bemühung um die Bundeseinheitlichkeit eine neue Situation eingetreten sei, die zu bedenken wäre. So hat der Kulturausschuß mehrfach Sitzungen abgesetzt oder ausgesetzt, um eine Abstimmung im Bereich der Kultusministerkonferenz zu ermöglichen oder ihr doch nicht im Wege zu stehen.

Die Kultusministerkonferenz hat sich mehrfach auf verschiedenste Weise mit unterschiedlichen und — wie wir glauben — immer fortschrittlicher werdenden Entschließungen mit dem Thema des Akademiestatus der Ingenieurschulen befaßt, und wie im Frühjahr d. J., nachdem es im Herbst des vergangenen Jahres schon einmal so gewesen war, konnten wir auch vor wenigen Wochen im Kulturausschuß die Nachricht entgegennehmen, daß die Kultusministerkonferenz sich nun geeinigt habe und der Beratung und Verabschiedung unserer Entwürfe nichts im Wege stehe. Wir haben das als Fraktion und — ich glaube auch sagen zu dürfen — als Koalition mit Freude und Befriedigung deshalb zur Kenntnis genommen, weil die im Kulturausschuß geleistete Arbeit und die im interfraktionellen Arbeitskreis unter Federführung des Kollegen Simelka geleistete Feinarbeit uns den Eindruck gaben, daß wir zu einem Gesetz kämen, das in seiner Fortschrittlichkeit, in der Abgewogenheit der Betonung der unterschiedlichen Strukturen dieser sehr schwierigen Materie das beste sei, was wir im Lande NW auch gegenüber dem, was aus anderen Ländern an unser Ohr kam, leisten könnten. (D)

Deshalb haben wir — das wird sicher der Sprecher der Opposition hernach genau, vielleicht auch genüßlich vortragen — noch in der vergangenen Woche in der Sitzung des Ältestenrat erklärt, daß wir die zweite und dritte Lesung des in Rede stehenden Berichts des Kulturausschusses heute und morgen hier haben möchten.

Nach dieser Feststellung in der Sitzung des Ältestenrats in der vergangenen Woche haben sich Entwicklungen, die Herr Dr. Lenz schon in jener Sitzung des Ältestenrats glaubte sehen zu können, nun vor aller Augen vollzogen

(Widerspruch und Zuruf)

(Johannes Rau [SPD], Antragsteller) (Zur Tagesordnung)

(A) — ja, ich habe nie bestritten, daß Herr Dr. Lenz in Sitzungen des Ältestenrats ein sensibler Gesprächspartner ist —, die wir nach meiner Auffassung in diesem Stadium des Gesprächs nicht im einzelnen werten können und werten dürfen, wenn wir uns nicht dem erstrebten Ziel, das Ziel aller Landesregierungen und aller Fraktionen dieses Hauses immer gewesen ist, entgegenstellen wollen. Dieses Ziel heißt Bundeseinheitlichkeit der Akademiegesetzgebung in der Bundesrepublik, um der bundeseinheitlichen Vor- und Rücksprache willen, die im Bereich der EWG einzusetzen hat, im Bereich einer EWG, in der es unterschiedliche Vorstellungen, unterschiedliche Unterkommissionsentwürfe und unterschiedliche nationale Voten zur Frage der Anerkennung der Ingenieure, der Architekten und anderer gleichzubeachtender und gleichwertiger Berufsgruppen gibt. Es hat sich ergeben, daß die vermeintliche und durch einen einstimmigen Beschluß der Kultusministerkonferenz bei 3 Stimmenthaltungen zustande gekommene bundeseinheitliche gemeinsame Basis offenbar nicht mehr existiert. Ob diese Basis von Kultusministern oder nur mit der Amtshilfe von Kultusministern verlassen worden ist, vermag ich nicht zu sagen. Jedenfalls kündigen sich in einer ganzen Reihe von Ländern neue Entwürfe an, die in vielen Punkten mit den hier in Rede stehenden beiden Entwürfen und mit dem Bericht des Kultusausschusses in Einklang stehen, die aber in anderen und gewichtigen Fragen diesen Einklang vermissen lassen.

Nun könnte man darüber sprechen, welche Entwürfe denn die besten, die fortschrittlichsten, die durchdachtesten sind. Man sollte darüber sprechen, aber mit dem Ziele, herauszukommen aus der Konkurrenz der Länder in der Frage der Bildungspolitik, die in der Optik weiter Kreise der Bevölkerung, und wahrlich nicht nur der Studenten, immer ärgerlicher und besorgniserregender wird. Wenn es geschehen kann, daß die Kultusministerkonferenz vor wenigen Wochen einen Beschluß faßt, von dem dann verschiedene Länder, Mehrheits- und Minderheitsfraktionen, Kultusminister und Landesregierungen abweichen, bis zu der Situation, daß nachher nur noch ein Bundesland die erstrebte Bundeseinheitlichkeit erstrebt, dann so scheint mir, sind nicht nur Schwächen im Verfahren, sondern dann liegen Schwächen in der Konstruktion und in der Struktur der Zusammenarbeit der Länder im Bereich der Bildungspolitik vor,

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

und dann hat die Rede nicht mehr davon zu sein, wie wir uns nun an unterschiedlichen Gesetzentwürfen hochjubeln, sondern dann hat die Rede davon zu sein, wer denn nun dafür sorgen kann, daß bei aller Vielfalt, bei aller Pluralität der landespolitischen Entwicklungen im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik jedenfalls diese Bundesrepublik bildungs- und kulturpolitisch noch eine Sprache redet, die verstanden werden kann, auch wenn diese Sprache von mündigen Ländern gesprochen wird. Das ist das Thema, das ist der Grund, warum wir uns entschlossen haben, Ihnen vorzuschlagen und Sie zu bitten, unserem Antrag zu folgen, diesen Punkt 5 von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Ministerpräsident dieses Landes ist im Augenblick der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder. Er hat sich nach der Entwicklung, die sich vor allen Dingen in der letzten Woche gezeigt hat, bereit erklärt, in der ohnehin für den 5. Juli anstehenden Ministerpräsidentenkonferenz den Versuch zu machen, eine bundeseinheitliche Klärung in den Grundsatzfragen der Akademiegesetzgebung zu erreichen. Ich meine, wir schuldeten dem Ministerpräsidenten dieses Landes dafür nicht nur Dank, sondern jede mögliche Unterstützung. (C)

(Lachen bei der CDU — Beifall bei den Regierungsparteien)

Diese Unterstützung, von der ich spreche, sollte darin bestehen, daß wir in dieser Situation angesichts unterschiedlicher vorliegender Gesetzentwürfe nun in der zweiten Lesung nicht Standorte verhärten und verfestigen, sondern daß wir mit den Unterlagen, die der Kulturausschuß und der Interfraktionelle Arbeitskreis nicht nur fleißig, sondern auch bildungspolitisch verantwortlich erarbeitet haben, in die Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Ziel hineingehen, das Ärgernis des Sprachenwirrwarrs im Bereich der Akademiegesetzgebung nicht nur sprachlich, sondern auch sachlich aufzuheben und zu einer bundeseinheitlichen Lösung zu kommen, die erstes Prinzip der Bildungspolitik der Länder gerade im Hochschulbereich und gerade in dem Bereich, der sich in der Nähe der Hochschulen befindet, ist. Das gerade muß unser Ziel sein, eine solche bundeseinheitliche Lösung zu finden.

Nicht, meine Damen und Herren, weil der Widerstand gegen den Föderalismus Mode ist, sondern damit der Kulturföderalismus eine echte Chance hat, darum darf die Zersiedelung und die Zerfaserung der Bildungspolitik nun nicht auch noch in diesem Bereich weitergehen, der ein neuer gesetzgeberischer Bereich ist, und darum sollten wir es uns ersparen, unterschiedliche Entwürfe unterschiedlicher Fraktionen hier auseinanderzudividieren und in Meditationen darüber einzutreten, was der Unterschied zwischen der Fachhochschulreife und der fachgebundenen Hochschulreife ist. (D)

Wir sollten im Augenblick dieses Gespräch deshalb niemandem zumuten, weil es jetzt niemandem nützen, sondern der erreichbaren Einheitlichkeit in den elf Bundesländern nur Schaden zufügen kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es könnte Anlaß sein zu polemischen Bemerkungen hinüber und herüber, und man müßte nur den richtigen Zettelkasten bei sich haben. Ich meine, in dieser Situation sei kein Zettelkasten, sei keine Polemik, sei auch, meine Damen und Herren, kein Aufrechnen und keine Rückfrage nach dem eigenen Prestige unsere Sache. Das eigene Prestige muß auch den Stellenwert in der Politik haben, daß wir bereit sind, ein Gespräch abzubrechen, in neues Bedenken und in neues Nachdenken und in neues Miteinanderreden auf der Ebene der elf Länder zu kommen.

(Zurufe von der CDU)

Es sind ja nicht nur die Studenten, es sind nicht nur die Dozenten, um die es hier geht, sondern es ist die Qualität der Wirtschaft in unserem Lande, und die Wirtschaftspolitik ist eine bundeseinheitliche, für die wir beim Eintritt in die EWG 1970 Voraussetzungen zu schaffen haben. Weil es um diese Aufgabe, weil es um diese Dimensionen geht,



(Johannes Rau [SPD], Antragsteller) (zur Tagesordnung)

(A) sind wir der Meinung, wir sollten eigene Ansprüche, wir sollten egoistische Gesichtspunkte der Parteien und der Länder zurückstellen, der Bundeseinheitlichkeit zumindest eine Chance geben und alles dazu tun, damit diese Chance groß ist.

Deshalb unser Antrag, deshalb unsere Bitte, die Tagesordnung in der von uns gewünschten Weise zu verändern und den Punkt 5 abzusetzen. Wir stehen nach den Beratungen in der Ministerpräsidentenkonferenz nach der Sommerpause dieses Parlaments zu jedem offenen, zu jedem freien Gespräch auf der Basis der vorliegenden Entwürfe und auf der Basis dessen, was wir noch zu erarbeiten hoffen, zur Verfügung. Wir können nur hoffen und wünschen, Herr Ministerpräsident, daß Ihre begrüßenswerte Initiative

(Lachen bei der CDU)

keine bloße Initiative bleibt, sondern daß ihr der Erfolg beschieden ist, den wir erhoffen, der nach unserer Auffassung im Interesse aller Fraktionen dieses Hohen Hauses liegen müßte, weil die Frage nicht die ist, wer jetzt in der Ministerpräsidentenkonferenz präsidiert, sondern was in ihr herauskommt und ob der Kulturföderalismus in der Bundesrepublik aus der Phase des Zerredens und des Auseinanderstrebens in die Realisierung eines wirklichen kooperativen Föderalismus hineinkommt, bei dem wir uns der unterschiedlichen Formulierungen nicht mehr zu schämen brauchen, bei dem wir nicht auseinandergehen, sondern zueinanderkommen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(B) **Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Pürsten von der Fraktion der CDU.

**Pürsten** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stimme den Ausführungen meines Kollegen Rau insoweit zu,

(Beifall bei der SPD)

— einen Augenblick, Sie klatschen immer zu früh, meine Damen und Herren —, als auch ich der Meinung bin, hier sei nicht der Platz, nun Polemik auszutauschen. Auf der anderen Seite haben wir, glaube ich, die Aufgabe, klare Tatbestände darzustellen und, wie ich meine, auch hier und da mit etwas Würze zu versehen. Auch das gehört zum Parlamentarismus.

(Dr. Lenz [CDU]: Sehr richtig!)

Ich hatte zuweilen den Eindruck, Herr Kollege Rau — und dem entsprach auch die wirklich ruhige und würdige Form Ihres Vortrages —,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

daß Sie hier die Grabrede für einen Entwurf gehalten haben, die er verdient.

(Beifall bei der CDU)

Wir bedauern außerordentlich Ihren Antrag

(Johannes Rau [SPD]: Was halten Sie von Auferstehung?)

— ja, unser Antrag wird auferstehen, Sie können sich darauf verlassen, Herr Rau, und zwar überall in der Bundesrepublik —,

(Dr. Nehrling [SPD]: Wissen Sie, daß auch der Mikat-Entwurf auf der Tagesordnung steht?) (C

den Punkt 5 der Tagesordnung abzusetzen, und zwar in zweiter und in dritter Lesung. Wir bedauern das um so mehr, da wir ja vorgeschlagen haben — auch wir! —, eine endgültige Entscheidung dieser Materie zu vertagen, just aus dem Grund, den Sie heute zur Begründung Ihres Antrags vortragen.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

— Meine Damen und Herren, ich werde gleich den Verlauf der Sitzung des Ältestenrats in der vergangenen Woche darstellen. Auch wir sind der Meinung — und deshalb zieht Ihr Argument, Herr Rau, einfach nicht —, daß eine bundeseinheitliche Regelung in dieser Frage notwendig ist. Wie sie aussehen wird, wird sich sicherlich in den nächsten Wochen entscheiden. Aber dazu gehören — und das glauben wir allerdings — auch die Aussage und der Beitrag aus diesem Haus, hier aus dem Parlament, wo die Dinge miteinander diskutiert werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Und wir glauben — im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Rau —, daß ein solcher Beitrag dieses Hauses vor allen Dingen nach den langen Beratungen des Kulturausschusses, die ja mit dem Ziel geführt worden sind, das Gesetz noch in diesen Tagen zu verabschieden, auch für die Beratungen der Herren Ministerpräsidenten am 5. Juli in Bonn sehr nützlich sein könnte. (D)

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Mit Ihrem Antrag hindern Sie das Parlament an einer Debatte auch in zweiter Lesung, und Sie hindern damit die Fraktionen, ihre Standpunkte vorzutragen und unterschiedliche Meinungen sichtbar zu machen, auch sichtbar zu machen für den Herrn Ministerpräsidenten unseres Landes, von dem wir ja einfach nicht erwarten können, daß er den ganzen Verlauf der Debatte beispielsweise im Kulturausschuß an Hand der Protokolle verfolgt. Das würden wir ihm auch gar nicht zumuten.

(Zustimmung bei der CDU — Sinnecker [SPD]: Unterschätzen Sie nicht den Ministerpräsidenten!)

— Herr Sinnecker, dafür hat er gar keine Zeit. Da sind sogar wir als Opposition gnädiger als Sie.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das vordergründige Argument — es zog sich ja wie ein roter Faden durch die Ausführungen meines Herrn Kollegen Rau — der Bundeseinheitlichkeit hat hier keine Zugkraft, aus dem einfachen Grunde, weil wir ja in der vergangenen Woche dasselbe — die Absetzung — gefordert hatten; allerdings sollte die Beratung hier stattfinden. Deshalb kann ich nur annehmen — und das habe ich bereits in meinen einleitenden Worten gesagt —, daß es hier der Koalition um einen Rückzug von einer Position ging, die man nicht mehr halten konnte.

(Zustimmung bei der CDU)

(A) dentenkonferenz war. Dann ist das Haus in seiner Entscheidung frei. Dann wird die Koalitionsfraktion vielleicht auf ihrem Entwurf beharren wie Sie auf dem Ihren. Dann kann hier die ganze homerische Gesinnungsschlacht nachvollzogen werden. Wir werden selbstverständlich im Kreise der Ministerpräsidenten um einen Kompromiß all der Standpunkte bemüht sein müssen, wie sie auf seiten aller drei Parteien eben erarbeitet worden sind.

Aber lassen Sie mich noch etwas sagen. Der Herr Kultusminister hat mir eben einen Brief gegeben, der heute bei ihm eingegangen ist. Wir werden ihn vervielfältigen und Ihnen zustellen. Der Brief zeigt eine solche Pervertierung der Auseinandersetzung — es geht nicht gegen eine Partei oder eine Fraktion — in gewissen peripheren Erscheinungen der Öffentlichkeit. Wir müssen daher alle daran interessiert sein, diese Frage vernünftig und möglichst bundeseinheitlich zu lösen. Hier steht der Föderalismus in einer Bewährungsprobe. Was offensichtlich die Kultusminister nicht haben bewirken können, das müssen jetzt die Ministerpräsidenten in der Sitzung am 5. Juli zustande bringen. Ich will Ihnen ganz offen sagen: Wenn das nicht möglich ist, dann gibt es für mich nur einen Weg: anzubieten, die Kompetenz in dieser Frage auf den Bund zu übertragen, also Grundgesetzänderung.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Dann geht es nicht nur um die Akademien, dann geht es um die gesamte Hochschulkompetenz. Denn wenn die Länder durch ihre Regierungen und ihre Regierungschefs in Verbindung mit ihren Landtagen nicht in der Lage sind, eine für die Ingenieurausbildung einheitliche gesetzliche Grundlage zu (B) schaffen, dann sehe ich nicht mehr ein, daß es notwendig ist, hundert Länderminister und tausend Landtagsabgeordnete um einen Föderalismus, der sich nicht als konstruktionsfähig erweist, beizubehalten.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lenz von der Fraktion der CDU.

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte den Herrn Ministerpräsidenten fragen, was und wen er eben mit dem Terminus „Parteisüppchen" gemeint hat.

(Zuruf von der SPD: Sie!)

Zweitens möchte ich ihn fragen — —

(Zuruf)

— Wenn Sie das wollen, sind wir gern bereit, uns darüber zu unterhalten. Dann unterhalten wir uns auch über gewisse Rufmordversuche aus der SPD im Hinblick auf die CDU, die in den letzten Tagen gemacht wurden.

(Beifall bei der CDU)

Verehrter Herr Kollege, wenn Ihnen nichts anderes mehr zur Sache einfällt, als den Rufmord anzufangen, dann sind wir allerdings mit dieser SPD weit genug.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, das Problem ist nicht, wie Sie es nannten, der Föderalismus. Wir haben in der CDU die Möglichkeit, eine bundeseinheitliche Einigung herbeizuführen. Das Problem in der Sache, Herr Ministerpräsident, ist die SPD. Ich erinnere Sie daran, was Herr Brandt in den letzten Tagen zu diesem Thema gesagt hat. Da haben Sie die Möglichkeit, eine bundeseinheitliche Regelung herbeizuführen. Wir hätten heute gern einen Beitrag dazu geleistet, indem wir unsere Meinung zur Sache sagen. Aber Sie scheuen ja die Auseinandersetzung in der Sache, weil man natürlich über das, was kaputt ist, nicht mehr gerne spricht. (C)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es geht doch hier einfach darum, den Sachbeitrag voranzubringen und für die Ministerpräsidentenkonferenz am 5. Juli einen Sachbeitrag zu ermöglichen, den die Mehrheit dieses Hauses dann dadurch verhindern wird, daß man den Punkt von der Tagesordnung absetzt. Das halten wir parlamentarisch nicht für gut. Wir halten es nicht für richtig, diese Debatte in den Herbst zu vertagen, wenn dann die Ministerpräsidentenkonferenz hinter uns liegt. Wir sollten an Sachbeitrag so viel leisten, daß die Ministerpräsidentenkonferenz, mit diesem Sachbeitrag versehen, die Beratungen aufnehmen kann.

Im übrigen, Herr Kühn, alles das, was Sie gesagt haben, hätten Sie besser vorigen Mittwoch im Ältestenrat gesagt und hätten besser unserem Antrag zugestimmt. Dann wären wir einen ganzen Schritt weiter.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD. (D)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur wenige Bemerkungen zu dem, was Herr Kollege Lenz gesagt hat! Herr Kollege Lenz, Sie wissen, daß es seit Mittwoch vergangener Woche neue Entwürfe gibt. Gestern ist ein neuer Entwurf verabschiedet worden, am Donnerstag ist ein neuer Entwurf angekündigt worden, das eine Mal in Schleswig-Holstein, das andere Mal in Kiel.

(Heiterkeit — Pürsten [CDU]: Das ist dasselbe!)

— Entschuldigung, das andere Mal in Hessen. Ich habe mich versprochen. In Kiel ist der Entwurf vorgelegt und in Hessen ist er am Donnerstag angekündigt worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Lenz [CDU])

— Nein, ich kann nicht annehmen, daß der Entwurf von Herrn Kollegen Schütte das Ergebnis Ihrer Beratungen ist.

(Pürsten [CDU]: In Kiel!)

— In Kiel mag das so sein. Aber Sie argumentieren doch falsch, wenn Sie sagen, der Ministerpräsident müsse erst die Haltung dieses Hauses kennen. Er kennt sie. Er kennt den Bericht des Kulturausschusses. Er kennt den Mikat-Entwurf in der Urfassung und in der Fassung der Koalitionsfraktionen, er kennt Ihren Alternativentwurf, und er kennt die Ergebnisse der Beratung im Kulturausschuß.

(Zuruf von der CDU: Die Meinung des Hauses nicht!)

(A) Lassen Sie mich noch zu zwei Worten etwas sagen! Sie haben den Ministerpräsidenten gefragt, wen er meine mit der Warnung, kein Parteisüppchen auf diesem Feuer zu kochen.

(Zuruf von der CDU: Das kann der Ministerpräsident selbst beantworten)

— Das wird er sicher auch tun. Aber ich darf Ihnen doch von mir aus als der Vorsitzende einer Fraktion dieses Hauses sagen, daß ich der Auffassung bin: Keine Fraktion sollte ihr Parteisüppchen, keine Partei sollte ihr Parteisüppchen auf solchen Auseinandersetzungen kochen, wer immer und wo immer das sei. Das gilt für alle Länder und das gilt für alle Fraktionen.

Und dann, Herr Kollege Dr. Lenz, zu dem Wort vom Rufmord, das Sie gesagt haben —

(Dr. Lenz [CDU]: vom versuchten „Rufmord"!)

— vom versuchten Rufmord — und von dem ich annehmen muß, nach dem, was Sie auch im Ältestenrat gesagt haben, daß Sie mich damit meinen, kann ich nur sagen — ich möchte das ohne jede Schärfe sagen —: Wenn Sie die mir gestellte Frage und die von mir nach bestem Wissen und Gewissen gegebene Antwort kennen würden, würden Sie diesen Vorwurf nicht aufrechterhalten. Wir sollten aber von mir aus darüber an jeder Stelle und an jedem Ort miteinander sprechen.

(Pütz [CDU]: Was heißt das?)

**Präsident van Nes Ziegler:** Meine Damen und Herren! Ich komme damit zur Abstimmung über (B) die beiden vorgelegten Anträge zur Tagesordnung. Ich nehme an, daß auch Sie der Meinung sind, daß der Antrag der Fraktion der SPD, der die Absetzung des Punktes 5 insgesamt beantragt im Gegensatz zum Antrag der Fraktion der CDU, der nur eine teilweise Absetzung beantragt, der weitergehende ist. Ich lasse daher über den Antrag der SPD-Fraktion zuerst abstimmen.

Wer den **Antrag der SPD-Fraktion** anzunehmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest: Das erste war die Mehrheit. Damit ist der **Punkt 5 von der Tagesordnung dieser Sitzung abgesetzt.**

Wir kommen nun zu Punkt 1 der Tagesordnung. Ich rufe auf die

**Fragestunde**
**— Drucksache Nr. 779 —**

In der Drucks. 779 liegen Ihnen die mündlichen Anfragen Nr. 71 bis 73 vor. Die mündlichen Anfragen Nr. 71 und 73 beantwortet der Herr Kultusminister.

Die

**Mündliche Anfrage Nr. 71**

des Herrn Abg. Simelka von der Fraktion der SPD hat folgenden Wortlaut:

**Lehrermangel an kaufmännischen Berufsschulen:**
Ist die Landesregierung der Auffassung, daß der anhaltende Lehrermangel im Bereich der kaufmännischen Berufsschulen eine Verlängerung des Übernahmeerlasses von Diplomkaufleuten und Diplomvolkswirten in den Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen rechtfertigt? (C)

Ich darf den Herrn Kultusminister um Beantwortung bitten.

**Holthoff,** Kultusminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf Grund des § 8 des Lehrerausbildungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 9. Juni 1965 kann die Befähigung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen nur jemand erwerben, der die Erste Staatsprüfung für dieses Lehramt abgelegt hat. Eine Ausnahme von dieser Bestimmung ist nach § 14 LABG nur für Diplom-Handelslehrer, Diplom-Landwirte und Diplom-Gärtner zugelassen. Wegen des anhaltenden Lehrermangels im Bereich der berufsbildenden Schulen beabsichtige ich, dem Landtag vorzuschlagen, im Rahmen der Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes zu beschließen, daß befristet bis zum 31. Dezember 1972 auch andere Diplominhaber, zum Beispiel Diplom-Kaufleute, Diplom-Volkswirte und Diplom-Ingenieure zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen zugelassen werden.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Abg. Simelka zu einer Zusatzfrage!

**Simelka** (SPD): Herr Kultusminister! Wie ist es, nachdem dieses Gesetz seit 1965 besteht, in der Vergangenheit möglich gewesen, durch Rechtsverordnung von der Durchführung dieses Gesetzes abzusehen?

**Holthoff,** Kultusminister: Herr Präsident! Herr Abg. Simelka, diese Frage drängt sich förmlich auf. Ich sagte eben schon, daß das Lehrerausbildungsgesetz 1965, und zwar am 9. Juni, verabschiedet worden ist. (D) Wenige Wochen darauf, am 27. Juli 1965, ist aus dem Kultusministerium eine Verwaltungsverordnung ergangen, in der niedergelegt sind die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Nach dieser Verwaltungsverordnung war es in der Tat möglich, daß Diplom-Ingenieure, Diplom-Kaufleute und Diplom-Volkswirte zum Vorbereitungsdienst für dieses Lehramt zugelassen wurden. Diese Verordnung war befristet auf das Jahr 1968. Sie ist jetzt ausgelaufen. Sie sollte verlängert werden. In diesem Augenblick zeigte es sich — ich beklage, daß der Innenminister nicht dabei ist — , daß sich die Juristen des Innenministeriums nicht imstande sahen, in Ansehung bestimmter Verbindlichkeiten des Lehrerausbildungsgesetzes der Verlängerung einer solchen Verwaltungsverordnung zuzustimmen. Falls es einen Komparativ von puritanisch gibt, würde ich sagen, daß die Juristen des Innenministeriums puritanischer waren als die des Kultusministeriums.

Weil ich also auf dem Wege der Verwaltungsverordnung nicht mehr weiterkomme, ist beabsichtigt, Ihnen, meine Damen und Herren, in Kürze eine Novelle zum Lehrerausbildungsgesetz vorzulegen, wodurch sichergestellt werden soll, daß dieser akademische Personenkreis der Diplom-Ingenieure, Diplom-Kaufleute und Diplom-Volkswirte gleichfalls wie die Diplom-Handelslehrer zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen zugelassen wird. Das scheint mir von elementarer Notwendigkeit zu sein. Denn wir haben bei den berufsbildenden Schulen einen Lehrermangel, der sich heute teilweise mit 25 bis 30% der Stellen beziffert.





(A) und irreführender Bemerkungen hier so getan wird, als ob gerade auf dem Gebiet der Geflügelwirtschaft dieses Land versagt, obwohl — lassen Sie mich das zum Schluß noch sagen —, als vor einem Jahr die bäuerlichen Geflügelhalter mit ihren Preisen ganz unten waren, im Ernährungsausschuß des Bundestages unter anderem auch von Ihrem Freund Bewerunge angeregt worden ist, daß doch der Bund den Geflügelschlächtereien noch eine gewisse Investitionshilfe gewähren möge, damit sie die Preise an die bäuerlichen Geflügelmäster halten könnten. Damals ist Nordrhein-Westfalen das einzige Land gewesen, das eine solche Hilfe gerade für die Geflügelwirtschaft geleistet hat.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schneider:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung in erster Lesung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der **Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft** zustimmen will, **mit der Maßgabe, daß je 5 Mitglieder aus dem Ausschuß für Innere Verwaltung, dem Haushalts- und Finanzausschuß, dem Justizausschuß und dem Kommunalpolitischen Ausschuß hinzugezogen werden,** den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte im die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Dann ist einstimmig so **beschlossen.**

Wir kommen nunmehr zu Punkt 18 der Tagesordnung:

**Antrag der Fraktionen der SPD und FDP:**
(B) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen**
**— Drucksache Nr. 773 —**
**erste Lesung**

in Verbindung damit:

**Regierungsvorlage:**
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung Pädagogischer Hochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen**
**— Drucksache Nr. 782 —**
**erste Lesung**

Meine Damen und Herren, ich darf Sie davon unterrichten, daß sie **CDU-Fraktion** dazu **zwei Gesetzentwürfe** eingereicht hat. Wir haben uns im Ältestenrat darüber verständigt, daß diese Gesetzentwürfe **als Änderungsanträge zu dem Tagesordnungspunkt 18 behandelt** werden. Ich darf das Einverständnis des Plenums voraussetzen und nunmehr die ganze Materie zur Beratung stellen.

Zur Begründung hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, der Kollege Rau, das Wort.

**Johannes Rau** (SPD), Antragsteller: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen im Namen der beiden Koalitionsfraktionen die Drucks. Nr. 773 begründen, mit der wir das Begehren an das Hohe Haus richten, die Landesverfassung dadurch zu ändern, daß der Satz 2 im Abs. 2 des Artikels 15 unserer Landesverfassung gestrichen wird, der lautet:

> Die Ausbildung der Lehrkräfte für die Volksschulen erfolgt in der Regel auf bekenntnismäßiger Grundlage. (C

Wir haben eine Initiative zur Streichung dieses Satzes der Landesverfassung seit langem angekündigt und in mancherlei Gesprächen vorberaten. Deshalb brauche ich nicht ausführlich über die kulturpolitische und bildungspolitische Situation zu sprechen, die sich zur Zeit in diesem Lande ergibt und die in besonderer Weise durch die Beschlüsse bestimmt ist, die dieser Landtag einmütig am 29. Februar 1968 zur Neuordnung des bisherigen Volksschulwesens gefaßt hat.

Wir begehren heute, auf dem Wege zur Neuordnung der Bildungspolitik in unserem Lande einen Schritt weiter zu gehen, indem wir die institutionelle Garantie der konfessionell getrennten Lehrerbildung aufgehoben sehen möchten. Wir möchten, daß der Weg für eine gemeinsame Ausbildung der Lehrkräfte an den Grund- und Hauptschulen frei wird, gleichgültig, ob es sich um evangelische oder katholische Studenten oder um solche handelt, die andere religiöse oder weltanschauliche Bindungen haben.

Was dieser Schritt bildungspolitisch bedeutet, möchte ich versuchen, in einer zweifachen Zielrichtung auszusprechen. Zum ersten ist darauf hinzuweisen, daß der Satz 2 im Abs. 2 des Art. 15 LV in einem engen sachlichen Zusammenhang mit dem Vorsatz, mit dem Satz 1 des Abs. 2, steht, in dem davon die Rede ist, daß bei der Ausbildung der Lehrenden Rücksicht genommen werden muß auf die Schulformen und auf die Schularten im Bereich der Volksschule. Das heißt, daß dieser Satz 2, von (D) dem wir heute hier sprechen, seinem Herkommen nach, seiner Intention nach von der Tatsache her bestimmt war, daß wir zwar bei der Beschlußfassung über die Landesverfassung verfassungsrechtlich die Gleichstellung der Gemeinschaftsschule, der Bekenntnisschule und der Weltanschauungsschule hatten, daß aber faktisch zum damaligen Zeitpunkt die Bekenntnisschule in Nordrhein-Westfalen die Regelschule war. Das galt verfassungsrechtlich nicht, aber es entsprach der Verfassungswirklichkeit.

Mit den Entscheidungen der letzten Jahre und zuletzt des 29. Februar hat sich diese Situation grundlegend geändert. Wir haben gestern vom Herrn Kultusminister die Zahlen gehört, die sich aus den Abstimmungs- und Feststellungsverfahren im Bereich der Haupschule ergeben haben und die nach Auffassung der beiden Koalitionsfraktionen deutlich machen, daß die Entscheidungen vom 29. Februar nicht nur in diesem Haus einmütig verabschiedet wurden, sondern daß sich gleichzeitig inzwischen hat herausstellen können, daß das damals Beschlossene nicht nur im Interesse, sondern auch im Sinne der überwältigenden Mehrzahl der Bürger unseres Landes war.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Gemeinschaftsschule, wie wir sie in der Verfassung und in den Schulgesetzen formuliert haben, ist nicht mehr eine von einigen möglichen Schularten, sondern diese Gemeinschaftsschule ist nach Überzeugung meiner politischen Freunde für Kinder aller Bekenntnisse, für Eltern unterschiedlicher Bindungen, für Lehrer verschiedener Glaubensauffassun-

(A) gen die gemeinsame Basis, nicht nur im Sinne des Zusammentreffens dieser unterschiedlichen Glaubensüberzeugungen, sondern im Sinne eines Dialogs, der unsere Gesellschaft immer mehr bestimmen muß, wenn in diesem Dialog die einzelne Sprache und das einzelne Gesagte nicht zu kurz kommen sollen.

Die Gemeinschaftsschule, von der wir handeln, legt es nach unserer Uberzeugung nahe und zwingt uns dazu, nun im Abs. 2 des hier angesprochenen Artikels die Konsequenzen zu ziehen, und zwar dahingehend, daß Schularten nicht mehr Voraussetzung für die institutionelle Gestaltung der Lehrerbildung sein können, sondern daß die Schule selber das Feld ist, auf das die Pädagogische Hochschule vorbereitet. Und daß die Schule, wie wir sie nun faktisch haben und immer stärker bekommen werden, keine konfessionelle Schule mehr ist, das, glaube ich, hat sich nicht nur herumgesprochen, sondern das wird von Christen beider Bekenntnisse akzeptiert. Wir sind froh darüber, daß hier eine Entwicklung nicht nur in Gang gekommen ist, sondern daß sich ein bestimmtes Maß an Ubereinstimmung gezeigt hat, wie wir es seit mehr als zehn Jahren in diesem Hause — sehr oft mit Resignation — gewünscht haben. Nun, so glauben wir, haben wir die Basis für die Fortentwicklung eines progressiven, offenen Schulwesens, das weder der Indifferenz, aber auch nicht der Intoleranz aufgeschlossen ist, sondern in dem unterschiedliche Glaubensbekenntnisse Platz haben und in dem Toleranz eingeübt wird.

(Beifall bei der SPD)

(B) Weil das unsere Uberzeugung ist, darum bitten wir die Opposition in diesem Hause, auch den nächsten Schritt mit uns weiterzugehen, der nach unserer Uberzeugung unverzichtbar zu dem Werk gehört, das in dieser Wahlperiode bildungspolitisch begonnen worden ist, und der sich auf die Streichung des Satz 2 des Abs. 2 des Art. 15 LV bezieht.

Aber es gibt eine Reihe anderer Gesichtspunkte, die uns zu diesem Entwurf und zu dieser Bitte kommen lassen. Kernstück der beschlossenen Schulreform ist eine Hauptschule weiterführender Bildung, eine Hauptschule, die wie die anderen weiterführenden Schulen eben faktisch nicht mehr konfessionell gegliedert ist, sondern bei der der Gesichtspunkt der Qualität und der Leistungsfähigkeit im Vordergrund steht und die deshalb des besonders qualifizierten Fachlehrers bedarf. Weil es um die Ausbildung dieses qualifizierten Fachlehrers geht, darum solle die Pädagogische Hochschule nicht nur in der Bezeichnung, nicht nur in den gesetzgeberischen Akten, sondern auch in der Vergleichbarkeit mit anderen Einrichtungen eine wissenschaftliche Hochschule sein. Und nach unserem Verständnis gehört es zum Wissenschaftsbegriff, daß diese Wissenschaft nicht durch institutionelle Frageverbote eingegrenzt wird, sondern daß diese wissenschaftliche Hochschule in eben jener Freiheit von Forschung und Lehre arbeiten kann, die nicht nur der pluralistischen Gesellschaft zugeordnet ist, sondern die das Grundgesetz fordert, wenn es die Freiheit von Forschung und Lehre in seinen Grundrechtskatalogen konstituiert. Nach Art. 5 Abs. 3 GG sind Wissenschaft, Forschung und Lehre frei. Wenn das so ist, dann müssen auch die Einrichtungen, die der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre dienen, frei sein, nicht im Sinne irgendeines rechtspositivistischen Wissenschaftsbegriffs, sondern im Sinne dessen, was wir in den Schulgesetzen vorgezeichnet haben. (C)

Das heißt nicht, daß der einzelne Lehrer nicht seinen Standort suchen und finden müsse, sondern das soll ihm erst die Möglichkeit geben, seinen eigenen Standort zu suchen und zu finden.

Das hat sich im evangelischen Bereich seit langem zur allgemeinen Uberzeugung entwickelt. Ich meine, die Entwicklung der letzten Jahre ließe uns deutlich werden, und dafür spricht auch einiges in dem, was wir an Änderungsanträgen von der CDU vorgelegt bekommen haben, daß diese Übereinstimmung nicht mehr begrenzt ist auf den Bereich einer Konfession. Es mehren sich die Stimmen, die die pädagogischen Hochschulen aus dem Bereich der Konfessionalität herausgehoben und herausgenommen wissen möchten. Wir glauben, daß der redlichste, der fairste, sauberste und erkennbarste Weg dazu die ersatzlose Streichung jenes Satzes ist, den ich Ihnen zu Anfang meiner Ausführungen vorgelesen habe.

Dabei kann man über andere Gesichtspunkte reden, und man wird über andere Gesichtspunkte sprechen müssen.

Ich kann zu den Änderungsanträgen, die die CDU-Fraktion vorgelegt hat, natürlicherweise hier noch nicht ins einzelne gehend etwas sagen, und zwar deshalb nicht, weil diese Änderungsanträge einen ganz entscheidenden Nachteil haben, nämlich den, daß wir sie noch nicht kannten, als wir in der Fraktion zuletzt über das sprachen, was hier erörtert werden soll. Deshalb erlauben Sie mir, daß ich nur einen Gedanken als Frage zu dem beitrage, was in den Änderungsanträgen begehrt wird, deren Begründung wir ja noch hören werden. (D)

In einem sollten wir uns hier einig sein: die Streichung dieses Satzes, von dem wir heute hier sprechen, bedeutet die Abkehr von der institutionellen konfessionellen Lehrerbildung. Sie bedeutet nicht, daß wir an irgendeiner Hochschule oder an irgendeiner Abteilung dieser Pädagogischen Hochschulen die Möglichkeit verwehren möchten, daß der Student eine Ausbildung bekommt, die ihn zum Lehrer an Grund- und Hauptschulen macht, ohne die Möglichkeit, den Religionsunterricht zu erteilen. Um es ganz präzise und deutlich zu sagen: Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach, und zwar unabhängig von der Schulart, und es ist darum die Verpflichtung des Staates dafür zu sorgen, daß für dieses Lehramt jeder ausgebildet werden kann.

(Einzelner Beifall)

Dazu stehen, wie ich glaube, alle Fraktionen dieses Hauses. Wenn man das ein wenig differenziert, kann man es nur so tun, daß man sagt: eine ganz andere Frage ist, wie die Kirchen dieses ordentliche Lehrfach Religion — evangelische Unterweisung, katholische Religionslehre — für sich interpretieren, indem sie ihrerseits durch die Vokation oder durch die Missio canonica Gesichtspunkte für die Erteilung dieses Unterrichtes herausstellen und beschließen. Das ist das legitime Recht der Kirchen, das niemand bestreitet. Hier hat das Gespräch stattzufinden, und zwar über die Frage, wie Schulen und Kirchen in der richtigen Weise zusammenarbeiten.





(A) Aber weil das so ist, darum habe ich auf ersten Anhieb Bedenken dagegen, daß wir nun in die Landesverfassung eine entsprechende Formulierung schreiben, die dieses Recht noch einmal ausdrücklich verfassungsrechtlich absichert. Wir werden darüber sprechen müssen. Aber auf den ersten Blick hin sage ich, daß es eben dem Religionsunterricht als einem ordentlichen Lehrfach nicht entspräche, wenn man in der Verfassung eine Sonderklausel argumentierte, die das absichert. Ich glaube, daß die Sorge unberechtigt ist, daß irgend jemand, der mit dem Geist und der Gesinnung nicht nur der Landesverfassung, sondern auch des Grundgesetzes in Übereinstimmung ist, den Versuch machen könnte, hier eine Änderung herbeizuführen.

Lassen Sie mich Sie einmal ganz persönlich deshalb fragen, Herr Professor Brüggemann; in diesem Punkte nicht im Auftrag meiner Fraktion, weil wir darüber nicht haben sprechen können. Ich frage: sind nicht die christlichen Bekenntnisse im Augenblick in einem Stadium, in dem sie wirklich weniger nach der Sicherung ihrer Rechte als nach der Bewährung ihres Glaubens fragen müßten?

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Für mich ist in dem, was man „nachkonziliares Zeitalter" nennt — man könnte nun entsprechendes sagen für Neu-Delhi und für das, was sich seitdem an Gesprächen interkonfessioneller Art begeben hat —, für mich ist ein Gefühl des Unbehagens da nicht zurückzudrängen, wo wir in der Öffentlichkeit dem Eindruck nicht verwehren, als seien wir in einem Bereich, in dem wir Sonderrechte reklamierten, in dem wir Gruppen, und zwar hier (B) die beiden christlichen Kirchen, mit Sonderberechtigungen ausstatten. Für mich ist die Frage, ob das k i r c h l i c h richtig gedacht ist.

Ich darf das einmal als einen persönlichen Beitrag hier zur Debatte stellen.

Aber nun will ich nicht weiter von dem sprechen, was uns im Ausschuß wird beschäftigen müssen, sondern ich will nur noch einmal deutlich zu machen versuchen, daß das, was wir hier begehren, in gar keiner Weise ein sanfter oder wie immer zu bezeichnender Bildersturm ist, sondern, wie wir glauben, eine Notwendigkeit, die wir zu lange vor uns hergeschoben haben.

Wer sich einmal die Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen ansieht und so etwas wie eine Bestandsaufnahme vornimmt über das, was jetzt da ist, der stellt — das ist jedenfalls meine persönliche Überzeugung — fest, daß einer der entscheidenden Gründe für viele Schwierigkeiten, für viele Leistungsunfähigkeiten der Pädagogischen Hochschulen im Augenblick die Tatsache der Zersiedelung und die Tatsache der Konfessionalisierung dieser Pädagogischen Hochschulen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wer sich der langen Diskussionen um die Stellenpläne der Pädagogischen Hochschulen in den letzten Jahren erinnert, auch schon vor dem Statusgesetz, wer sich der jahrelangen Diskussionen um die Frage erinnert, ob nun neue Pädagogische Hochschulen Absprachen, die darüber mit Kultusminister Schütz noch in Wahlkampfzeiten getroffen wurden und die dann Kultusminister Mikat nachvollziehen mußte, (C) was nach seinem eigenen Eingeständnis und Geständnis keine glückliche Lösung war, nämlich die Errichtung neuer kleiner Pädagogischer Hochschulen —, und wer sich dann heute einmal ansieht, wie die gleiche Dozentenzahl in Hamm gegenüber 280 Studenten, in Bonn gegenüber 2500 Studenten vorliegt, der stellt fest, daß hier nicht nur ein nach meiner Meinung begrüßenswerter Zug der Studenten zu der simultanen und den an Universitätsorten befindlichen Pädagogischen Hochschulen vorliegt, sondern daß offenbar hier das Zeichen vor der Klammer schon falsch war, daß die Konfessionalisierung die Zersiedelung bedingte und umgekehrt. Wir möchten, daß das aufgehoben wird. Wir möchten, daß Freizügigkeit zur wissenschaftlichen Hochschule auch im Bereich der Pädagogischen Hochschule kommt. Wir möchten, daß an allen Pädagogischen Hochschulen das Gespräch um den Glauben stattfindet, ein Gespräch, das zu den erziehungswissenschaftlichen Fragestellungen überhaupt gehört. Wir möchten mehr Effektivität der Lehrerbildung und wir glauben, diese Effektivität zu ermöglichen, wenn wir den Satz streichen, der, damals guten Glaubens formuliert, sich heute als eine Bremse erweist auf dem Weg zu einer fortschrittlichen und guten Lehrerbildung. Wir meinen, die Bremse müsse weg. Wir wollen heute hier die Kupplung treten, damit wir dann ein bißchen schneller fahren können.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU)

— Ich bin kein Autofahrer? Moment! Die Kupplung muß natürlich erst getreten werden und dann zurück. Ich wollte sagen, daß wir nicht gleich in den dritten oder in den vierten Gang gehen sollten, weil (D) wir erst langsam anfangen. Wir gehen jetzt in Ferien. Irgendwie wird Leerlauf eintreten, jedenfalls parlamentarischer. Aber es ist vielleicht doch gut, wenn wir noch vor der Sommerpause über diese Frage miteinander sprechen, weil es uns gut tun könnte, wenn wir sie bedenken, bevor wir in die Beratung in den Ausschüssen hineingehen, von denen ich hoffe, daß sie noch in diesem Jahre abgeschlossen werden können.

Ich will die Einzelfragen nicht ansprechen, die Frage der Parallel-Lehrstühle, die Frage besonderer Institute für Religionspädagogik und was immer zur Sicherung des Religionsunterrichtes eingesetzt werden kann. Mir liegt daran, deutlich zu machen: Der Religionsunterricht ist nicht der entscheidende Punkt, sondern der entscheidende Punkt ist die erziehungswissenschaftliche Komponente aller anthropologischen Aussagen und Wissenschaften, zu denen das Bekenntnis der beiden Kirchen ebenso gehört wie anderes zu diesen anthropologischen Aussagen gehört.

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, daß für uns diese Entwicklung, von der wir hoffen, daß sie heute einen Schritt weitergeführt werden kann, auch eine Entwicklung auf eine Zukunft hin ist, von der ich meine, wir hätten sie früher beschreiben und angehen sollen. Ich kann es nur mit Stichworten sagen.

Denken Sie an das, was wir gesagt haben nicht nur zur Frage der Sonderinstitute für Religionspädagogik, als wir als SPD-Fraktion damals durch unseren Sprecher Fritz Holthoff Ihnen eine Alternative zum Lehrerausbildungsgesetz als Lehrer-

(A) bildungsgesetz vorlegten. Denken Sie bitte an das, was wir damals zum gemeinsamen erziehungswissenschaftlichen Grundstudium gesagt haben. Wir glauben, daß das, was damit als pädagogische Intention gemeint war, auch heute noch nötig ist, ja, daß es nötiger ist als damals. Wir glauben, daß wir in ein offenes und freimütiges Gespräch eintreten müssen nicht nur über den sogenannten Gesamthochschulbereich, von dem wir gestern in anderem Zusammenhang gesprochen haben, sondern daß wir in ein offenes und freimütiges Gespräch über die Frage eintreten müssen, ob nicht — nun sage ich es ganz vorsichtig — mehr Gemeinsamkeit in der Lehrerbildung für alle Schulreformen erreicht werden muß;

(Beifall bei der SPD)

ob nicht das Kind stärker der Maßstab auch im Bereich der Lehrerbildung sein müßte als die Schulreform. Das heißt, daß wir uns mit dem Problem etwa des Stufenlehrers und all dem, was damit zusammenhängt, auseinandersetzen müssen. Nicht heute, nicht indem wir jetzt Entscheidungen treffen oder auch nur Vorurteile bekanntgeben, sondern indem wir erkennen, daß wir uns in einer bildungspolitischen Situation befinden, in der wir Konflikte offenhalten, in der wir Dinge aussprechen und beim Namen nennen müssen, damit wir uns gegenseitig korrigieren und damit wir nun wirklich einmal die Basis, oder das, was wir für die Basis unseres Schulwesens gehalten haben, zur Debatte stellen, bis zu der Frage hin, ob nicht die Versuche im Bereich der Gesamtschule, Herr Kultusminister, verstärkt werden müssen, Versuche, die der Kontinuität, die auch der Geduld bedürfen, und die nicht dazu führen dürfen, daß wir nun auf einmal eine ganz andere Konzeption vortragen, bevor wir sie ausdiskutiert haben. Aber wir können es uns nicht leisten, daß dreißig, vierzig und mehr Jahre lang eine Alternative zum vorhandenen Schulsystem im Gespräch ist, die nicht erprobt und die nicht daraufhin überprüft wird, ob sie nicht besser mit den Problemen fertig würde, die sich von der Schule, von der Bildungspolitik her stellen.

(B)

Das heißt, daß wir — das haben wir bei anderer Gelegenheit gesagt, Herr Minister — begrüßen, was Sie an Initiativen in diesem Bereich aufgegriffen und wahrgenommen haben. Wir unterstützen Sie dabei. Wir möchten Sie ermutigen, diesen Weg weiterzugehen, und wir möchten glauben, daß das, was wir Ihnen heute vortragen, ein Beitrag zu diesem Thema ist; ein Beitrag deshalb, weil die Wissenschaftlichkeit der Pädagogischen Hochschule ihren Erweis in der erziehungswissenschaftlichen Komponente der Schulwirklichkeit und der Fächer finden muß. Diese wissenschaftliche Fundierung der Pädagogischen Hochschule darf nicht begrenzt sein auf Statussymbole und Status und nicht auf Formulierungen, sondern sie muß dadurch erfüllt werden, daß man in ihr mit der Ernsthaftigkeit der Wissenschaft und mit der Leidenschaftlichkeit dessen, der sich als Pädagoge um das Kind, um die nächste Generation bemüht, wirkt. Das soll in einer wissenschaftlichen Hochschule gebündelt, verstärkt und gefestigt werden, in der die Fenster offen sind, in der das Gespräch stattfinden kann, die aber kein Vorzeichen hat, die nicht aus überkommenen Vorstellungen übernimmt, sondern die vorurteilsfrei nach Urteilen sucht, von denen her die Zukunft gestaltet werden kann.

(C)

Wir glauben, daß unser Antrag dazu einen Beitrag leistet. Wir halten ihn für einen wichtigen Schritt im Felde dessen, was wir uns für diese Wahlperiode vorgenommen haben. Wir würden uns freuen, wenn dieser Schritt ein gemeinsamer Schritt auf der Basis dessen, was ich Ihnen mit der Bitte, es zu bedenken, hier vorgetragen habe, werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Die Regierungsvorlage wird durch den Herrn Kultusminister eingebracht. Ich erteile ihm das Wort.

**Holthoff,** Kultusminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, gerade ist in einer exzellenten Weise einer bildungspolitischen Diskussion der Boden bereitet worden. Was könnte mehr reizen, als in die Diskussion einzutreten! Aber mir bleibt zunächst die Aufgabe vorbehalten, Ihnen eine Begründung für die Drucks. Nr. 782 zu sagen. Mit dieser Drucksache wird eine Änderung des Gesetzes zur Errichtung von Pädagogischen Hochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen begehrt, also eine Neufassung.

Mit der Drucks. Nr. 782 wird also eine Änderung des Statusgesetzes begehrt. Ich glaube, eine solche Neuauflage ist dringend notwendig. Denn seit 1965 haben sich die Zustände an unseren Pädagogischen Hochschulen weiterentwickelt. Es sind erfreuliche und gefährdende Erscheinungen manifest geworden. Die Wirklichkeit der Lehrerausbildung hat sich so gewandelt, daß das ihr damals angepaßte Kleid nun aus allen Nähten zu platzen droht, wenn es nicht geändert wird.

(D)

Als wir im Jahre 1965 dieses Gesetz verabschiedet haben, war es im Lande und, man darf wohl sagen, auch im Bundesgebiet eine allseitig beachtete Neuregelung. Struktur und Funktion der Pädagogischen Hochschulen waren in einer Weise geregelt worden, die den Aufgaben und dem Selbstverständnis dieser Lehrerbildungsstätten angemessen war, die es ihnen ermöglichte, inzwischen weithin anerkannte Leistungen zu erbringen. 15 Abteilungen wurden in 3 großen Pädagogischen Hochschulen organisatorisch zusammengefaßt. Jede Abteilung konnte personell und sachlich so ausgestattet werden, daß ein ordnungsgemäßes wissenschaftliches Studium unter den Bedingungen der damaligen Situation möglich war. Aber dieses Kleid, vor drei Jahren auf Figur maßgeschneidert, ist durch die Entwicklung der letzten Jahre zur Zwangsjacke geworden, weil die Figur, was ja, meine Damen und Herren, auch bei unseren Figuren gelegentlich vorkommen soll, fülliger geworden ist, und zwar nicht proportioniert, was notfalls noch zu ertragen gewesen wäre, sondern an ganz bestimmten kritischen Stellen.

(Heiterkeit)

Heute herrschen an einigen Orten idyllische Zustände, an anderen katastrophale, fast apokalyptische, wie heute in Demonstrationen sinnfällig behauptet wird.

(Dr. Lenz [CDU]: An der Figur . . .)

Ich nehme an, daß auch in diesen Demonstrationen Figuren waren, die hoffentlich proportioniert das darstellten, was im Geistigen darzustellen gewesen wäre. Heute herrschen also folgende Zustände:





(A) der deutschen Lehrerausbildung bestätigt haben. Sie finden ein solches System weder in den Vereinigten Staaten noch in England noch in Frankreich noch in Italien. Wir lassen uns also den guten Lehrer an allen Schulen in der Tat, sowohl hinsichtlich der Finanzierung als auch hinsichtlich der Zeitdauer, etwas kosten, und kein Mensch komme und spreche hinsichtlich der wissenschaftlichen Lehrerausbildung von Mobilitätsrückstand in Deutschland! Davon kann gar keine Rede sein!

(Beifall bei der CDU)

Die Fakten sind eindeutig dagegen. Es galt im Jahre 1965, die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Anerkennung der Pädagogischen Hochschulen als wissenschaftliche Hochschulen zu schaffen.

Herr Bargmann, Sie waren damals noch nicht in diesem Hause; ich darf deshalb vielleicht nachtragen: Ihr Antrag von 1963 hatte die empfindliche Schwäche, daß er zwar von Universitäten, Technischen Hochschulen und künstlerischen Lehranstalten sprach, aber gerade die vorhandenen Pädagogischen Hochschulen nicht ansprach, die wir ja nicht plötzlich auf dem Wege der Gesetzgebung aufheben konnten, sondern die wir erst einmal kontinuierlich in dieses System der wissenschaftlichen Hochschulen hineinführen mußten.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben aber damals bereits gesagt: Dieses Gesetz von 1965 ist ein Schritt auf dem Wege, markiert eher den Anfang als das Ende, und insofern ist durchaus die Kontinuitätsfrage im Sinne meiner Fraktion positiv zu beantworten.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Hier ist kein Umdenken, sondern ein kontinuierlicher Prozeß gegeben.

Es ist freilich auch zu berücksichtigen: Der Abbau eines bestimmten konfessionellen Gepräges dieser Schule, eines Gepräges, das mit den tiefen Verwobenheiten des Verhältnisses von Kirche und Staat in Deutschland zusammenhängt, sich also auf einem Felde bewegt, in dem die Präsenz der Geschichte außerordentlich gravierend ist, kann im Interesse der nun jeweils eigenen Interessenlagen der gesellschaftlichen Gruppen nicht von heute auf morgen erfolgen. Die Gesellschaft wäre schlecht beraten, wenn sie legitime Interessen, die die einzelnen großen Gruppen, etwa die Konfessionen, vortragen, bei der Gesetzgebung unberücksichtigt ließe. Es gilt auch im geschichtlichen Prozeß — und Sie, der Sie ja auch Vertreter der Geschichte sind, wissen das — den Kairos zu beachten, zur rechten Zeit das Rechte zu tun, aber vorher diejenigen Schritte zu tun, die das einmal angesteuerte Ziel nicht endgültig verbauen.

In diesem Sinne mögen Sie den Antrag unserer Fraktion als weitere Entfaltung von lange vorbereiteten Gesamtkonzeptionen sehen. Wenn auf dieser Schiene im Kulturausschuß weitergefahren wird, werden wir zu einer für das Land guten Regelung kommen, die dann ihrerseits wieder vorbildlich sein kann für die Angleichung verschiedener Tatbestände im Bundesgebiet, die wir ja gerade auch hier bekommen werden. Denn dieses Gesetz mag — in dem Rahmen, der durch die verschiedenen Anträge hier jetzt gegeben ist — am Ende aussehen, wie es will, wir alle sind uns darüber klar: Auch dieses Gesetz wird nur der Beginn einer neuen Wegstrecke sein, hin zu einer starken Kooperation aller wissenschaftlichen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland.

(C)

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind am letzten Plenartag in der Schwierigkeit, daß wir bei einem Thema stehen, das es eigentlich verdient hätte, daß wir uns nun ausführlich über die verschiedenen Gesichtspunkte, die hier vorgetragen worden sind, auseinandersetzen. Nachdem wir aber heute morgen so lange über die Eier gesprochen haben, können wir diese Diskussion nun nicht ab ovo führen.

(Dr. Lenz [CDU]: Über die Soleier! — Heiterkeit)

— Dieser Terminus „Soleier', Herr Kollege Lenz, geht zweifellos in die Parlamentsgeschichte ein. Aber es ist ja das Wesen der Soleier, daß sie sich lange halten sollen.

Ich möchte nur zu dem, was die Herren Kollegen Brüggemann und Mikat hier vorgetragen haben, ein paar ganz knappe Bemerkungen machen, ohne jetzt zu glauben, daß wir in die eigentliche Sachdiskussion einsteigen könnten.

Ich bin mit meinen Freunden und mit meinem Freund Jochen Bargmann der Auffassung, daß wir es bei den beiden Papieren, die die CDU uns vorgelegt hat, mit einem Rückzug von vorher bezogenen Positionen zu tun haben. Nun hat Herr Kollege Brüggemann gesagt: Warum soll man das nicht zugestehen, warum soll man nicht sagen: Es ist eine neue Einsicht da; wir wollen diese neue Einsicht realisieren. In der Tat, ich meine, das wäre eine — — Ich hoffe, Sie so richtig interpretiert zu haben, Herr Kollege.

(D)

(Widerspruch des Abg. Dr. Brüggemann [CDU])

— Wie haben Sie es denn — —

(Zuruf des Abg. Dr. Brüggemann [CDU])

— Ich habe Sie so verstanden.

(Dr. Brüggemann [CDU] sich zu einem Saalmikrofon begebend: Ich kann ja nur fragen!)

— Na, gut!

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Abg. Dr. Brüggemann [CDU] verneint.)

— Danke schön!

**Johannes Rau** (SPD) (fortfahrend): Das ist wahrscheinlich dann auch eine Frage der Interpretation eines Satzes. Aber immerhin ist dies nach meiner Auffassung gegenüber dem, was wir in diesem Hause von der CDU-Fraktion zur Frage der konfessionellen Lehrerbildung und ihrer Unaufgebbarkeit — aus grundsätzlichen Erwägungen — gehört haben

(A) — zehn Jahre lang —, eine neue Position, von der ich freilich sage, daß wir begrüßen, daß Sie sie einnehmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber daß es dafür eine Fülle von Belegstellen gibt, daß diese Konfessionalität der Lehrerbildung in einer Weise bestritten worden war — nicht zugunsten der Simultaneität, sondern zugunsten der Wissenschaftlichkeit der Ausbildung der Lehrer aller Schulformen —, das, meinen wir, müsse man um der historischen Wahrheit willen deutlich sagen.

Nun habe ich eine Frage, Herr Kollege Brüggemann, von der ich meine, daß sie wahrscheinlich im Hauptausschuß und im Kulturausschuß zumindest am Anfang, wenn nicht im Mittelpunkt der Beratungen stehen muß. Sie haben als Begründung für den Abs. 3 des neuen Art. 15 LV, wie Sie ihn in Ihrem Änderungsantrag vorschlagen, eine Position bezogen, von der ich meine, sie sei nicht nur theologisch außerordentlich interessant, sondern sie sei auch, was ihre staatsrechtlichen Bezüge angeht, das Gespräch wert. Die Frage ist nur, ob es wirklich der Sinn und die Aufgabe einer Landesverfassung sein kann, Dinge zu regeln, die von einem unterschiedlichen Wissenschaftsbegriff, auch von unterschiedlichen theologischen und weltanschaulichen Positionen her durchaus streitig sind. Denn selbst wenn wir konzedieren — und das ist keine Konzession, sondern es ist wohl eine allgemeine Einsicht —, daß es keine Wissenschaft gibt, die ohne Sinnbezug, die ohne Sinnfrage ist, die ohne die Frage nach den Normen und nach den Kriterien wissenschaftlichen Denkens ist, dann ist doch die (B) Schlußfolgerung daraus, daß der Staat als Gesetzgeber, als Verfassungsgeber, darüber etwas aussagen sollte, eine ganz andere Frage, eine Frage, von der ich glaube, daß sie sich im Zuge der letzten Entwicklung, der Auseinandersetzungen der letzten Jahre mit zunehmender Dringlichkeit stellt: Was Sie von Carl Friedrich von Weizsäcker zitiert haben, kann ich voll unterschreiben. Nur stehe ich nicht an, die Konsequenz zu behaupten, daß dann der Staat in der Verfassung etwas über weltanschauliche Grundpositionen sagen dürfte, diese Konsequenz würde Carl Friedrich von Weizsäcker, soweit ich ihn kenne, nie ziehen. Im Gegenteil, er würde sie für unmöglich halten.

Darüber müssen wir miteinander sprechen: wo denn nun gegenüber dieser Freiheit der Wissenschaft der staatliche Raum ist und wieweit der staatliche Raum in diesen Bereich der Wissenschaft hinein Normen anbieten kann, auch nur vorzugsweise, auch nur alternativ; ob da nicht der Staat überfordert ist, ob hier nicht ein Verständnis des Staates vorliegt, das jedenfalls nicht das gemeinsame Verständnis in diesem Hause und auch nicht das gemeinsame Verständnis in all den politischen und theologischen und philosophischen Diskussionen ist, die wir seit langem führen.

Ich kann nur sagen, Herr Kollege Brüggemann: Das, was Sie zu diesem Thema vorgetragen haben, was ich hochinteressant fand, das können Sie von einer theologischen Position wie der Karl Barths auf gar keinen Fall aufrechterhalten. Ob Sie es von einer Position wie der Karl Rahners her aufrechterhalten können, werden Sie besser beurteilen können als ich.

Aber wenn etwas nicht gemeinsame Position sein (C) kann, kann es dann Verfassungstext oder Grundlage für Verfassungstext sein? Darüber müssen wir miteinander sprechen.

Ähnliches gilt für das, was Herr Prof. Mikat gesagt hat. Auch das wäre zu bedenken und zu erörtern.

Sie haben meinem Kollegen Bargmann vorgeworfen, daß er in der Frage von Konfessionalität und Wissenschaft — Herr Kollege Mikat — den Standort des 19. Jahrhunderts vertreten habe. Herr Prof. Mikat, es ist nicht alles deshalb schlecht, weil es aus dem 19. Jahrhundert stammt. Nein, ganz gewiß nicht. Das war jetzt kein Votum zu Konrad Adenauer, so, wie Sie das immer nehmen mögen. Aber, man wird doch fragen müssen — —

(Dr. Lenz [CDU]: War das zu Karl Marx?)

— Es kann zu Karl Marx gewesen sein. Ich glaube, daß wir seine Fragen sehr viel ernsthafter hören müßten, als wir das bisher getan haben,

(Beifall bei der SPD)

auch wenn seine Antworten heute nicht mehr die richtigen sind zu den Fragen unserer Zeit. Ich meine, daß das, was er an Problemstellungen geliefert habe, zu Unrecht in die katholischen und evangelischen Akademien abgewandert sei; wir als Politiker müßten noch sehr viel kritischer zurückfragen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden uns doch (D) dann die Frage stellen müssen, woher denn die übrigen Positionen kommen und ob nicht vieles von dem, was wir an Bildungspolitik bisher mitgeschleppt haben, was wir bisher an Vorurteilen ausgegeben haben, als Einsichten, so ist: Es gibt ja eine gefährliche Verwechslung zwischen Vorurteil und Einsicht. Wir müssen uns fragen, ob das nicht etwa aus dem 19. Jahrhundert stammt, ja sogar noch viel, viel älter ist und bis in die Farbgebung hinein nicht mehr in unsere Zeit paßt.

Wir sollten versuchen, auf der Höhe der Zeit zu diskutieren. Und das heißt für mich gleichzeitig, daß ich das akzeptiere, was Sie, Herr Kollege Brüggemann, akzeptiert haben: Die Vorlage eines bildungspolitischen Gesetzes hat immer schon den Kern der Novellierung in sich. Da stimme ich Ihnen zu. Man muß vielleicht manchmal zweite und dritte Lesungen aussetzen, damit man hernach über alles miteinander sprechen kann.

Herr Kollege Brüggemann, eine ganz andere Frage ist, ob ich bei einer Verfassungsänderung — Herr Kollege Mikat hat diese Verfassung einmal ein hehres Werk genannt, das man nicht ohne Not ändern dürfe — von einer punktuellen politischen oder weltanschaulichen oder politisch-weltanschaulichen Einsicht her einen Text in die Verfassung schreiben soll, den man möglicherweise in 10 Jahren wegen einer neuen geistesgeschichtlichen Situation wieder streichen muß.

Die Verfassung sollte das kleinste gemeinschaftliche Vielfache und sollte der Rahmen sein, in dem sich unterschiedliche Positionen begreifen und auseinandersetzen können.





(A) Da bin ich allerdings in der Tat der Meinung, daß wir nicht in die Gefahr kommen dürfen, aus einem falsch verstandenen Sicherheitsbedürfnis der Fächer zu einem Verfassungstext zu kommen, der Mißverständnissen ausgesetzt ist.

Religion ist ordentliches Lehrfach. Das heißt: Wir dürfen Religion nicht zum außerordentlichen Lehrfach machen — und zwar durch eine Schutzbestimmung in der Landesverfassung —, sondern wir müssen sehen, daß alle Gesetze, die im Rahmen dieser Verfassung sind, dem Rechnung tragen müssen, was wir an gemeinsamen Einsichten über Rudimente oder nicht nur über Rudimente, sondern an Basiselementen der christlichen Bekenntnisse in unserer Gesellschaft haben oder noch haben, wie immer man es bezeichnet. Deshalb müssen wir auch über das sprechen, was Sie vorgeschlagen haben, und zwar zur Berufung theologischer Lehrstühle: ob man da nicht zu einem anderen Verfahren kommen kann oder muß, damit man „Halbfas-Situationen" vermeidet, Situationen, von denen ich im übrigen meine, daß das Generalvikariat sich denkbar ungeschickt verhalten hat. Eine Meinung, Herr Kollege Brüggemann, — —

(Meuffels [CDU]: Können Sie das beurteilen?)

— Ich sage das deshalb hier, Herr Kollege Meuffels — es geht mir nicht um das Verfahren —, weil es eine der seltenen Situationen ist, die ich genießen möchte, eine Situation, in der ich in Übereinstimmung mit der katholischen Kirchenpresse bin. Und das wollte ich einfach ausnutzen. Das heißt nicht, daß ich das Veto in irgendeiner Weise bestreiten möchte. Das kann ich nicht, denn dazu bin ich (B) erstens nicht berufen und zweitens nicht befähigt. Und drittens meine ich, es wäre selbstverständlich, daß die Übereinstimmung zwischen den kirchlichen Aufträgen und dem Erziehungsauftrag der Pädagogischen Hochschule gewährleistet sein muß. Wenn das nicht mehr der Fall ist, ist unser ganzes Gespräch gegenstandslos.

Aber ich habe Herrn Kollegen Brüggemann so verstanden, daß eben, um solche Konflikte an der falschen Stelle zu vermeiden und um sie richtig austragen zu können, ein neuer Modus erörtert werden sollte.

Bei allem, was mich anregte zu Erwiderungen oder zum Protest oder zur Diskussion über die Positionen, die Sie vorgetragen haben, hat mich eines betroffen, was Sie gesagt haben, und zwar jener Schlußteil, in dem Sie uns versichert haben, daß die nötigen 20 Stimmen aus der CDU-Fraktion sicherlich nicht zu bekommen wären. Ich will Ihnen sagen warum: weil ich meine, daß es keine gute Sache wäre, wenn man bei einer ersten Lesung schon sagt, wie das Ergebnis in der dritten Lesung sein werde.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben im Ältestenrat ohne Bedenken zugestimmt, daß Ihre Anträge als Änderungsanträge auf die Tagesordnung kommen, weil wir es für falsch gehalten hätten, wenn wir mit Hilfe der Geschäftsordnung gesagt hätten: Zu spät eingereicht! Geht nicht! Für uns ist das ein Paket. Für uns gibt es jetzt unterschiedliche Positionen, über die in den Ausschüssen geredet werden muß. Wenn aber eine Gruppe schon am Anfang sagt: „Das, was Sie wollen, auf gar keinen Fall!", dann meine ich, sei das keine Hilfe für die Diskussion, sondern eine Ver- (C) stellung der Möglichkeit.

(Dr. Lenz [CDU]: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

— Er hat gesagt, er könne sich nicht denken, daß wir die Stimmen der CDU bekämen.

(Dr. Lenz [CDU]: Er ist auf Ihre Zeitungsberichte eingegangen!)

— Ich habe zu diesem Thema weder in der Zeitung noch an anderer Stelle Stellung genommen. Ich vermag nicht zu sagen, was andere gegenüber der Presse gesagt haben. Mir liegt nur daran, daß wir an dieser entscheidenden kulturpolitischen Wende, von der ich glaube, daß wir mit den vorliegenden Papieren jedenfalls die Chance einer solchen Wende haben, das offene Gespräch suchen und daß wir zu bestmöglicher Gemeinsamkeit kommen müßten. Nicht, Herr Kollege Brüggemann, weil die SPD in einer Situation wäre, in der sie ein Gesamtkonzept nicht hätte, sondern deshalb, weil die SPD in der glücklichen, aber sicher nicht sehr spannenden Situation ist, daß sie ihr Gesamtkonzept, nämlich die Bildungspolitischen Leitsätze, immer noch aufrechterhalten kann, weil die langfristig geplant und gut vorüberlegt waren.

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten, daß dazu einmal Stellung genommen wird. Wir möchten, daß diese Bildungspolitischen Leitsätze und das, was zur Kulturpolitik im Godesberger Programm gesagt wird, in die echte Diskussion hineinkommt und daß die hier vorgetragenen Gesamtkonzeptionen unterschiedlicher Art, unter- (D) schiedlicher Faszinationsgrade einmal diskutiert werden, und zwar so freimütig, so offen, so ausführlich, daß wir nicht wieder in die Situation der versäumten Gelegenheiten und der versäumten Chancen kommen.

Man kann jetzt darüber reden, ob das Statusgesetz von 1965 eine Fortentwicklung war, wie Herr Kollege Mikat es beschrieben hat. Sicher war es eine Fortentwicklung gegenüber dem, was vorher da war. Aber es war eine nach meiner Meinung ungenügende Fortbewegung, gemessen an dem — —

(Lenz [CDU]: Sie haben dem Gesetz doch zugestimmt!)

— Nachdem Sie vorher alle unsere Anträge abgelehnt, Herr Kollege Lenz, oder, wie Herr Kollege Pürsten sagen würde, niedergestimmt hatten. Aber es war eine Fortentwicklung nicht demgegenüber, Herr Kollege Lenz, was nach den Anträgen der damaligen Opposition, der SPD, und in Ansehung der Situation in anderen Bundesländern — denken Sie nur an das Hamburger Beispiel — möglich gewesen wäre. Insofern wiederholen sich offenbar bestimmte Situationen. Ich möchte nur hoffen, daß wir bei allen Schwierigkeiten mit dem Chronos, Herr Kollege Mikat, in diesem Falle und in dieser Wahlperiode den Kairos, von dem Sie gesprochen haben, nicht versäumen. Dieser Kairos wird sicher auch bedeuten, daß wir das Gespräch, ohne Festlegungen im vorhinein, suchen und daß wir einander zu übertreffen suchen an der Fortschrittlichkeit unserer Konzeptionen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Der Vorsitzende des Kommunalpolitischen Ausschusses, Herr Heinen, und ich als Vorsitzender des Ausschusses für Innere Verwaltung haben zunächst die Beratung der beiden Änderungsgesetze — bezüglich der Gemeindeordnung usw. sowie des Kommunalwahlgesetzes — gemeinsam terminiert. Von diesen gemeinsam festgelegten Terminen mußte allerdings einer ausgesetzt werden, und zwar aus Gründen, die hier im Parlament immer respektiert wurden. Es war nichts Außergewöhnliches!

In der dann folgenden Sitzung erfolgte die gemeinsame Beratung, und in der letzten Sitzung, am 27. September, ist ohne Gegenstimmen das Procedere der Beratung so beschlossen worden, daß in der Sitzung am 17. dieses Monats, die vom Vorsitzenden des Kommunalpolitischen Ausschusses festgelegt worden ist, eine abschließende Beratung stattfinden soll.

Das ist also alles ordnungsgemäß vor sich gegangen. Ich habe jedenfalls, soweit ich an den Beratungen im Arbeitskreis der SPD-Fraktion oder an den gemeinsamen Beratungen beider Ausschüsse teilgenommen habe, keine irgendwie die Beratung verzögernde Haltung der Fraktion der SPD feststellen können.

(Zuruf von der CDU: Ältestenrat! — Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Pürsten von der Fraktion der CDU.

(B) **Pürsten** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Smektala, Ihre Aussage wird niemand hier bestreiten; aber hier ging es doch darum, daß Herr Kollege Dr. Nehrling in einer Umkehrung der Tatsachen behauptet hat, die Fraktion der CDU habe die Beratung des Kommunalwahlgesetzes verzögert.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

— Natürlich, natürlich!

(Zurufe von der SPD: Zuhören! — Weitere Zurufe von SPD und CDU)

Hier hat Herr Dr. Lenz lediglich richtiggestellt, daß im Ältestenrat, und zwar von Ihnen, erbeten worden war, diese Beratung über eine gewisse Zeit auszusetzen. Diese Richtigstellung war notwendig, unbeschadet dessen, was der Ausschuß für Innere Verwaltung und der Kommunalpolitische Ausschuß miteinander beschlossen haben. Herr Dr. Lenz hat lediglich über die Beratungen im Ältestenrat berichtet. Das galt es richtigzustellen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer hier was umgekehrt hat, das sollten die Historiker feststellen. Wenn ich den Kollegen Nehrling richtig verstanden habe, hat er lediglich das Kommunalwahlgesetz in der Liste der noch zu beratenden Gesetzesvorlagen zitiert und dazu gesagt, wir möchten vermeiden, daß eines Tages die CDU-Fraktion uns im Katalog dessen, was noch zu erledigen wäre, auch das Kommunalwahlgesetz vorhielte; wir möchten vielmehr, daß durch die Entlastung des Kommunalpolitischen Ausschusses und des Landesplanungsausschusses von den Neuordnungsgesetzen die Arbeit in diesen beiden Ausschüssen, die bereits bestehen, zügig vor sich gehen könne. (C

Nun meine ich, die Tatsache, daß wir über diese Sache schon fast eine Stunde miteinander sprechen, sei ebenso bedauerlich wie kennzeichnend. Wenn Sie einmal die Phonstärke Ihres Beifalls und Ihres Protestes heute morgen messen, werden Sie feststellen, daß wir in dieser Stunde, in der es um die Frage der Zweckmäßigkeit eines neuen Ausschusses geht, viel mehr Opposition bekommen, als wir gestern den ganzen Tag bei der Beratung des Haushalts bekommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist angesichts der Gewichte dessen, worum es ging und geht — gestern 15 Milliarden, heute die Frage der Zweckmäßigkeit der Einsetzung eines neuen Ausschusses — ein hohes Lob, das Sie der Regierung und der Koalition zwar ungewollt, aber erkennbar für jeden gezollt haben. Wir danken Ihnen dafür, Herr Kollege Lenz.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Messen Sie mal Phon, Herr Rau!)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat der Abgeordnete Prof. Mikat von der Fraktion der CDU.

**Dr. Mikat** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß zunächst mein Erstaunen darüber ausdrücken, daß nach Aufruf meines Namens bei der SPD offenbar ein solches Maß an Heiterkeit erzeugt worden ist. (I

(Johannes Rau [SPD]: Freude!)

Offenbar sind Sie der Auffassung, ich sei überhaupt nicht in der Lage, mich zum derzeitigen Sachstand hier zu äußern.

((Heiterkeit — Böhm [SPD]: Herr Professor, von Ihnen erwarten wir eine sachliche Meinung!)

Ich wollte nur eine ganz kurze Replik auf das geben, was Sie, Herr Kollege Rau, gesagt haben. Ich würde es für den Gang parlamentarischer Debatten für außerordentlich gefährlich halten, würde man aus dem Vergleich so ungleicher Diskussionsmaterien, wie wir sie gestern hatten und heute haben, den Schluß ziehen, es läge in der mehr oder weniger heftigen Erörterung des einen oder des anderen Punktes eine vergleichbare Wertungsbasis für die Fragen, die wir hier zu erörtern haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie würden jeder parlamentarischen Debatte überhaupt die Grundlage entziehen, wenn Sie davon ausgingen, daß, was 15 Milliarden wert ist, mit entsprechend größerer Phonstärke erörtert werden müsse als das, was hunderttausend Mark wert ist.

(Beifall bei der CDU — Johannes Rau [SPD]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

(A) germeister und Landräte in den Gesetzentwurf einbezogen werden müßten. Wir haben zunächst davon abgesehen, obgleich sich in der Fraktion eine überwiegende Meinung dafür ergab. Wir wollten mit Ihnen während der Beratungen darüber sprechen, Sie fragen, ob auch Sie das für zweckmäßig halten, und wollten insofern eine offene Diskussion mit Ihnen führen.

Abgelehnt haben wir die Einbeziehung der Hochschullehrer, und ich meine, es gibt vernünftige Gründe dafür. Zunächst einmal sind es — —

(Dufhues [CDU]: Sie denken an Herrn Dahrendorf?)

— Zunächst einmal nicht an Herrn Dahrendorf; ihn haben wir ja hier nicht. Wir haben auch keinen Professor in unserer Fraktion, Herr Dufhues. Sie sind in dieser Hinsicht etwas besser als wir ausgestattet.

(Heiterkeit)

Doch ich meine, es gibt vernünftige Gründe dafür. Einmal sind es wenige, die praktisch nicht ins Gewicht fallen; zum anderen ist die Stellung des Hochschullehrers wohl nicht mit der anderer Beamter vergleichbar — sie besitzen ja auch eine eigene Besoldungsordnung —, und zwar deshalb, weil sie eine größere Unabhängigkeit besitzen, weil sie schon von den Grundrechten her einen besonderen Status haben, der ihnen die Freiheit von Lehre und Forschung garantiert. Somit ist also hier auch die Weisungsbefugnis ganz sicher nicht im gleichen Maße vorhanden. Zum anderen würde es meines Erachtens dazu führen, daß wir in diesem Parlament (B) keinen einzigen Hochschullehrer mehr sähen, weil der Preis, gemessen an der Ausbildung und auch an dem Verhältnis, daß der einzelne zu diesem Beruf hat, wahrscheinlich zu hoch wäre. Wir würden es bedauern, wenn wir auf diese Weise die Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik, die ja doch immer wichtiger wird, verlören.

Zugleich soll hier jedoch auch bemerkt werden, daß es uns nicht um die Schaffung eines Beamtenverhinderungsgesetzes geht; wir wollen mit unserer Regelung keineswegs faktisch eine Unwählbarkeit der Beamten und der Angestellten des öffentlichen Dienstes erreichen.

(Jahnke [SPD]: Daran würde Sie auch das Grundgesetz hindern!)

— Eben, eben! Wir wollen auf jeden Fall vermeiden, daß es zu einer —, auch faktischen — Unwählbarkeit kommt. Wie heißt es doch so schön? Es gibt dafür ein sehr schwieriges Wort: Ineligibilität. Wir wollen also auch keine faktische Ineligibilität erreichen. Deshalb werden wir uns bei den Beratungen auch Gedanken darüber zu machen haben, ob nicht ein gewisser Ausgleich im Rahmen der Regelung des Ruhestandsstatus erfolgen müßte. Ganz sicher sind nämlich in vielen Fällen die Diäten, die ein Abgeordneter bezieht, kein ausreichender Ersatz für den Wegfall des Gehalts; denn diese Diäten sind zu einem Teil ja ein Ersatz für die erhöhten Kosten, die mit der Arbeit als Landtagsabgeordneter verbunden sind.

Wir werden also darüber zu sprechen haben, ob nicht tatsächlich eben dieser Preis zu hoch wird und hinterher dann in der Tat hier im Landtag keine Beamten oder entsprechend ihrer Relation zur Gesamtbevölkerung des Landes zu wenige vertreten sind. (C)

Auch über den Zeitpunkt haben wir uns Vorstellungen gemacht. Wir denken daran, daß dieses Gesetz etwa für die nächste Legislaturperiode wirksam werden sollte. Wir wollen keine Experimente in dieser Legislaturperiode. Es wäre zudem verfassungsrechtlich problematisch, noch im Laufe dieser Legislaturperiode eine solche Regelung in Kraft zu setzen. Diese Probleme wollen wir nicht aufwerfen; wir meinen vielmehr, dieses Gesetz sollte für die kommende Legislaturperiode in Kraft treten.

Zum Schluß noch eines! Ich nehme an, daß es im Hinblick auf dieses Gesetz nicht zu der Konstellation kommen wird, die wir hier üblicherweise vorfinden: auf der einen Seite die Koalitionsparteien, also die Regierungsparteien bzw. die Regierungsfraktionen und auf der anderen Seite die Opposition. Die Regierung hat an sich herzlich wenig mit diesem Problem zu tun. Es ist eine innere Angelegenheit des Landtags; so sollten wir es auch sehen.

Wir haben Ihnen diesen Gesetzentwurf nicht vorgelegt in der Erwartung, daß Sie jetzt ja oder nein dazu sagen. Dieser Gesetzentwurf — bitte werten Sie das richtig! Ich möchte es noch einmal betonen — soll eine Initiative sein, gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten.

(Beifall bei FDP und SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD. (D)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die uns vorliegenden Anträge der Fraktion der FDP Drucksachen Nrn. 904 und 906 haben uns in den letzten Monaten in der Sache bereits beschäftigt, ohne daß wir in der Lage gewesen wären, die Beratungen intern so abzuschließen, daß wir selbst einen Vorschlag hätten vorlegen bzw. einbringen können.

Erlauben Sie mir deshalb, daß ich mich auf ganz wenige Bemerkungen beschränke!

Die erste ist die, daß wir die Intention dessen, was mit diesen beiden Anträgen angesprochen wird, für richtig halten und darum der Überweisung der Drucksachen Nrn. 904 und 906 an die zuständigen Ausschüsse zustimmen.

Es wäre jetzt reizvoll, über die Begründungen zu sprechen, die Herr Kollege Dr. Riemer hier gegeben hat und die ja deutlich machen, wie komplex und wie schwierig das Feld ist, auf dem wir uns hier bewegen. Ich will das nicht tun, sondern mich, wie gesagt, auf wenige Sätze beschränken.

Herr Kollege Riemer, wie schwierig die Materie ist, mit der wir es hier zu tun haben, und wie vorsichtig und wie deutlich wir darüber miteinander werden sprechen müssen, hat mir das gezeigt, was Sie zum Thema Hochschullehrer gesagt haben. Da war auf einmal von Nützlichkeit die Rede.

(Zurufe)

(A) Es war auf einmal die Rede davon, daß wir hier in besonderer Weise Hochschullehrer brauchten. Ich frage mich: Wieso? Wieso im Gegensatz zu Lehrern und zu anderen Beamten den Hochschullehrer? Denn ich halte es für ein Mißverständnis, die im Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre nur auf den Bereich zu beziehen, in dem Forschung und Lehre gemeinsam betrieben werden. Nach meiner Meinung gilt diese Freiheit von Forschung und Lehre auch dort, wo nur geforscht wird, also im Max-Planck-Institut. Dieses Grundrecht muß dann aber auch dort gelten, wo nur gelehrt wird, nämlich in der Schule.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Tatsache, daß es besondere Besoldungsgruppen, daß es einen besonderen gesellschaftlichen Auftrag von Beamtengruppen gibt, darf uns nicht veranlassen, unterschiedliches Maß anzuwenden nach dem Gesichtspunkt, was wir für wünschenswert halten. Die Frage, mit der wir uns hier zu beschäftigen haben, ist nicht die, was wünschenswert und was weniger wünschenswert ist, sondern die, was unvereinbar ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das ist das einzige Thema, mit dem wir uns beschäftigen dürfen.

Das heißt konkret — und nun gehe ich von all den Fremdwörtern weg, die ich nicht sprechen kann, ohne den Stenographen und mir Schwierigkeiten zu machen, weil ich Silben verwechsle —: es geht nicht um Nichtwählbarkeit, es geht auch nicht um
(B) die Frage von Interessenkollisionen. Denn wer wäre unter uns, der nicht politisch, beruflich und privat den Interessenkonflikt durchzustehen hätte! Das gilt nicht nur für Beamte, das gilt für Landwirte, das gilt für Freiberufliche, das gilt für Angestellte im privaten Bereich.

(Zurufe von der SPD: Für Verbandsvorsitzende!)

— Für Verbandsvorsitzende; sogar für Fraktionsvorsitzende!

(Heiterkeit — Dr. Lenz [CDU]: Wo haben Sie denn Ihre Konflikte? — Heiterkeit)

— Ach, wir haben doch manchmal welche miteinander. — Aber wir wollen jetzt nicht ballspielen.

Meine Damen und Herren, es geht um dieses Thema: Was ist unvereinbar? Unvereinbar scheint nach unserer Auffassung zu sein, daß jemand im Landes- oder im Kommunaldienst aktiv ist, der gleichzeitig der Dienstaufsicht dessen untersteht, den er im Parlament kontrollieren soll. D a s ist das Thema.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Wir sind bereit zu einer gesetzlichen oder zu einer verfassungsrechtlichen Regelung, die das ausschließt. Mehr können wir nicht leisten. Wenn wir mehr leisten, so, glaube ich, dienen wir nicht der Demokratie, sondern greifen wir in die Rechte anderer ein, z. B. in die Rechte derjenigen, die Kandidaten zu benennen haben, und die Rechte derjenigen, die Abgeordnete zu wählen haben. In diesem Hause sitzt niemand deshalb, weil er Beamter oder weil er nicht Beamter ist; in diesem Hause sitzen 200 Mitglieder deshalb, weil sie in einem Wettbewerbsprozeß, auch in einem parteipolitischen Wettbewerbsprozeß und dann in einem Prozeß des Wettbewerbs unter den Parteien, nicht nur die Stimmen, sondern das Vertrauen ihrer Wähler gefunden haben. Das haben wir nicht zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben also nicht Schranken zu bauen, nicht zu bestimmen, wer in den Landtag darf, wer ins Kommunalparlament, wer in den Bundestag darf, sondern wir haben erst über den Personenkreis zu sprechen, der in den Parlamenten ist, und dann darüber zu sprechen, was mit dem erteilten Mandat vereinbar und was nicht mit ihm vereinbar ist.

Diesen Gesichtspunkt sollten wir, meine ich, in den kommenden Gesprächen in den zuständigen Ausschüssen in den Vordergrund unserer Beratungen zu stellen.

Dabei kann man darüber sprechen, inwieweit es in der Praxis nun wirklich Unvereinbarkeiten gibt. Ich will Ihnen nicht vorenthalten, daß einer meiner Kollegen in der Fraktion gemeint hat, das Verhältnis zwischen Kultusminister und Lehrer, bezogen auf diesen hier heute behandelten Konflikt, sei in etwa das zwischen Papst und Meßdiener.

(Heiterkeit)

Ich weiß nicht, ob das richtig ist; ich weiß auch nicht, ob jeder dieser Erlasse eine Enzyklika ist, Herr Minister. Aber wir müssen uns darüber klar sein, meine Damen und Herren, das, was hier ansteht, muß erörtert, muß geklärt und muß entschieden werden, damit wir aus öffentlichen Mißverständnissen herauskommen. Die Mißverständnisse in diesem Bereich sind nach meiner Auffassung größer als die Mißstände. Das sollten wir auch einmal in aller Deutlichkeit aussprechen.

Ich will jetzt bewußt nicht auf die Einzelfragen eingehen, mit denen wir es hier zu tun haben. Lassen Sie mich nur zu einem, was Herr Kollege Riemer gesagt hat, noch etwas bemerken, nämlich zu der Frage, wie das mit Oberbürgermeistern und Landräten sei. Ich bin, wie gesagt, der Auffassung: Beamte sind als Beamte zu behandeln, und da gibt es nicht Beamte unterschiedlichen Rechts. Genauso sage ich: Kommunalvertreter sind Kommunalvertreter und sind nicht unterschiedlichen Rechts in dem Augenblick, wo einer von ihnen den Vorsitz in seiner Kommunalvertretung oder im Kreistag führt. Das heißt: Der Ratsherr, der Stadtverordnete und der Oberbürgermeister sind nicht unterschiedlich zu bewerten.

(Dr. Riemer [FDP]: Die haben doch einen anderen Status!)

— Sie haben keinen anderen Status, Herr Kollege Riemer, Sie haben andere Funktionen, aber keinen anderen Status, und sie haben das gleiche Stimmrecht wie jedes andere Mitglied der Gemeindevertretung. Ich würde mich — auch als Freund der kommunalen Selbstverwaltung und als Mitglied des





(A) Rates meiner Stadt — dagegen wehren, daß wir durch eine Änderung in den Unvereinbarkeitsregelungen im Landes- oder im Bundesparlament zu Ratsherren oder Stadtverordneten erster und zweiter Klasse kämen.

Aber auch das, meine Damen und Herren, habe ich hier nur angeführt, um aufzuzeigen, wie schwierig und wie kompliziert die Materie ist, mit der wir es zu tun haben. Wir sind dankbar dafür, daß nun die konkrete Basis für das Gespräch vorliegt. Wir werden dieses Gespräch suchen und mit führen, und wir werden dann auch untereinander darüber zu sprechen haben, was in der Verfassung und was im Gesetz geändert werden muß. Uns liegt daran, mit der Beratung der von der FDP vorgelegten Gesetzentwürfe einen Beitrag zur Klärung, zum Abbau von Mißverständnissen, einen Beitrag zur Beschreibung von Unvereinbarkeit zu liefern. Wir sind uns klar darüber, daß eine solche gesetzliche Regelung nicht imstande ist, das moralische Engagement derer zu ersetzen, die sich politisch betätigen, nicht imstande ist, Konfliktsituationen auszuschließen. Was wäre unsere Demokratie, wenn sie nicht ein Feld von permanenten Konflikten wäre! Wir glauben, daß es zur Klärung dieser Konflikte besserer Regeln bedarf. Deshalb stimmen wir der Intention der beiden Drucksachen zu und werden in der zweiten und dritten Lesung das einzubringen versuchen, was in den Beratungen von Arbeitskreisen und Fraktion bisher erörtert worden ist.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg.
(B) Kühlthau von der Fraktion der CDU.

**Kühlthau** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren, mit den beiden Anträgen, die die FDP-Fraktion hier im Hause eingereicht hat, ist ein Problem angesprochen worden, das in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit in zunehmendem Maße diskutiert wird. Das Problem ist vor allem von unseren Kollegen in anderen Bundesländern, in Hessen, in Bayern und in Schleswig-Holstein diskutiert worden. Dort spricht man über die „Inkompatibilität von Amt und Mandat". Ich bitte mir zu verzeihen, daß ich dieses etwas schwer zu sprechende und vor allem in der Öffentlichkeit nicht gut zu verstehende Wort vermeide und mich des guten deutschen Wortes „Unvereinbarkeit" bediene.

(Beifall)

Ich glaube, das sagt jedem — der Kollege Rau hat es auch getan —, was hier gemeint ist.

Herr Kollege Riemer, die CDU-Fraktion wurde von Ihnen mit der SPD als eine der Betroffenen bezeichnet. Ich glaube, es hat keinen Zweck, hier nach „have nots" und „haves" zu unterscheiden. Wir sind, obwohl wir einige Lehrer und Beamte in unseren Reihen haben — und ich glaube, das gilt auch für die SPD —, durchaus bereit, über dieses Problem mit Ihnen in aller Offenheit zu sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat gerade aus dem Grundsatz der Gewaltenteilung heraus — das haben Sie dargelegt — besteht sicherlich bei uns allen keine Meinungsverschiedenheit. Aber die Grenzen, die gesteckt sind, und auch die Wege, die beschritten worden sind, um dieses Problem zu lösen, sind von Land zu Land unterschiedlich. (C)

Das Problem hat sich — das haben Sie in etwa auch dargetan — vor allem an der Sorge um die „Verbeamtung" der Parlamente entzündet, daß also die Zahl der Beamten und der Angestellten des öffentlichen Dienstes in den deutschen Parlamenten und gerade in den Landesparlamenten zunähme. Ich glaube, wir sollten die Dinge doch einmal ins rechte Licht rücken! Von einer Verbeamtung oder gar Überfremdung der deutschen Landesparlamente durch Beamte und Angehörige des öffentlichen Dienstes kann sicherlich keine Rede sein. Die Frage, ob der Beamte, der Angestellte des öffentlichen Dienstes oder der Richter wählbar sein soll, stellt sich überhaupt nicht. Wir bejahen jedenfalls — und ich hoffe, das ganze Haus tut das — die Wählbarkeit von Beamten, Richtern und Angestellten des öffentlichen Dienstes in die deutschen Parlamente in vollem Umfang.

(Johannes Rau [SPD]: Sehr gut!)

Das Problem ist, hier die Grenzen zu zeigen, die sich aus dem Grundsatz der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat stellen und die beachtet werden müssen. Es muß eine Interessenkollision ausgeschlossen sein. Diese Interessenkollision auszuschließen, ist praktisch der Hintergrund dieser Frage, die wir gegebenenfalls hier neu ordnen sollten.

Nun, meine Damen und Herren, die Kompetenz (D) der Länder auf diesem Gebiet hat zu einer sehr unterschiedlichen Regelung dieses bedeutsamen Problems geführt. Das gilt sowohl für den Kreis der betroffenen Personen — hier also beispielsweise die Lehrer an öffentlichen Schulen; das ist in anderen Bundesländern nicht der Fall — als auch im Hinblick auf die Wege, die beschritten worden sind, oder die gesetzlichen Maßnahmen. Ich habe kürzlich eine Übersicht in die Hand bekommen, die der Gesetzgebungshilfsdienst des Landtags Schleswig-Holstein erarbeitet hat, mit einem Überblick über die Rechtstellungsgesetze der deutschen Länder. Hier ergibt sich ein sehr buntscheckiges Bild. Meine Damen und Herren, ich bin der Ansicht — und hier haben mir meine Kollegen in der Fraktion gestern ausdrücklich zugestimmt —, daß es gerade in diesem Fall unser Anliegen sein sollte, in allen deutschen Bundesländern in dieser Frage zu möglichst einheitlichen Grundsätzen zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, daß die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft in Bonn, der ja auch eine Reihe von Damen und Herren dieses Hauses angehören, sich gerade einer solchen Frage annehmen sollte. Sie bemüht sich darum, das Geschäftsordnungsrecht der Landtage, das Fraktionsrecht und ähnliche Dinge gemeinsam zu ordnen, und ich bin der Meinung, daß wir, bevor wir in die Beratungen einsteigen, dort einmal prüfen sollten — die Mitgliederversammlung der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft Anfang nächsten Monats bietet Gelegenheit dazu —, ob es nicht tatsächlich möglich ist, in dieser Frage

(Dr. Lenz [CDU])

(A) — und jetzt kommt der entscheidende Satz:

> Zwar wird jede Versammlung im Freien und ganz besonders ein Demonstrationszug durch enge Straßen unvermeidliche Behinderungen mit sich bringen. Diese sind aber nur eine Nebenwirkung, die hingenommen werden muß, um des höherwertigen Grundrechts willen.

Auch dieses Zitat sagt etwas anderes aus als das, was Sie in anerkennenswerter Verteidigung des Herrn Justizministers aufgeführt haben.

Uns geht es hier darum — unsere Gesetzesvorlage spricht ja einen Teilbereich dieser Materie an —, wo in einem modernen Industriestaat die **Grenzen des Demonstrationsrechts** liegen und wo sie **gegenüber den Rechten der anderen Bürger** liegen, beispielsweise bei der Benutzung der Straßen in Städten. Das ist ein wichtiges Problem, das mit diesem Tumultschädengesetz nicht unmittelbar zusammenhängt. Aber nachdem es hier angesprochen worden ist und Sie darauf stellvertretend für den Justizminister geantwortet haben, meine ich, das sagen zu sollen. —

Wenn das Zitat so stimmt und nicht revidiert wird, das müssen wir abwarten. — Wir sind der Meinung, Herr Dr. Seitz, daß das Parlament dazu da ist, um über solche Dinge zu sprechen.

(Zustimmung bei der CDU)

Daher war ich erstaunt — ich kann das nur Ihrer kurzfristigen Anwesenheit in diesem Hohen Hause
(B) zugute halten —, als Sie eben sagten: Larifari, was sollen hier Argumente, wir haben eine Meinung, und die werden wir durchsetzen.

(Dr. Seitz [FDP]: Ich habe nicht Larifari gesagt!)

Der Landtag ist dazu da, daß man dem Herrn Minister solche Fragen stellen und ihm Gelegenheit geben kann, sie zu beantworten. Die geringe Präsenz der Landesregierung — Sie sehen, die Herren kommen so allmählich in die Präsenz hinein — bekümmert uns etwas, weil mit dem Tumultschädengesetz beispielsweise indirekt auch diese Materie angesprochen ist, die nach meiner Uberzeugung während der Diskussion in den nächsten Monaten und Jahren immer wieder als bedeutsam herausgestellt werden wird.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein alter Satz lautet: Zitieren heißt auslegen. Herr Dr. Lenz, wenn Sie aus dem Zusammenhang einer Rede anläßlich der Einführung eines Generalstaatsanwalts Sätze des Justizministers zitieren, dann kann man über diese Sätze miteinander reden. Man muß möglicherweise über diese Sätze miteinander reden und sollte es dann tun, wenn der Herr Justizminister nicht dienstlich verhindert ist. Wenn Sie aber — —

(Zurufe von der CDU)

— In der Tat, hier ist Plenum. Wir haben tatsächlich schon oft erlebt, daß Kollegen aus ernstlichen Gründen und berechtigterweise bei einer Plenarsitzung nicht anwesend sein konnten; das gibt es in allen Fraktionen, darauf insistiere ich nicht. — Wenn Sie dann noch aus der Anzeige eines Gewerbeunternehmens, eines Verlages, einen Halbsatz zitieren,

(Dr. Lenz [CDU]: Es war ein ganzer Satz!)

dann meine ich, das sei schon nicht mehr Auslegen, sondern das sei Anklagen. Ich stelle die Gegenfrage, Herr Kollege Dr. Lenz: Nennen Sie mir ein höchstrichterliches Urteil, in dem nicht bestätigt wird, daß die Versammlungsfreiheit als Grundrecht einen besonderen Rang hat, der bestimmten anderen Rechten vorgegeben ist!

(Beifall bei der SPD)

Eine ganz andere Frage ist die, wie wir dazu kommen, daß das **Grundrecht der Versammlungsfreiheit** — wie das Grundrecht der Pressefreiheit, wie das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit — so praktiziert wird, **daß andere Grundrechte dadurch nicht geschädigt werden.**

(Sehr richtig! bei der CDU)

Zu dieser Frage hat der Justizminister mit keinem Satz so Stellung genommen, daß Sie seine Position attackieren könnten. Wenn ich das Grundrecht der Versammlungsfreiheit und Behinderungen des Straßenverkehrs in eine Relation zueinander setze, wie das in einem Zusammenhang der Rede des Justizministers geschehen ist, dann müssen Sie das auf der Basis der zu diesem Thema ergangenen höchstrichterlichen Urteile tun. Daß Sie selber mit höchstrichterlichen Urteilen gelegentlich Schwierigkeiten haben — gut, das kann jedem passieren; das kann auch uns eines Tages passieren, wie es schon bedeutenden Leuten in Bonn geschehen ist. Das sollte uns nicht dazu führen, hier eine Polemik zu entfachen, bei der wir die Wichtigkeit der Sache selbst nicht mehr in den Vordergrund unserer Betrachtungen rücken. Wichtig sollte uns sein — und das sage ich als jemand, der sich gelegentlich selber durch Demonstrationen, über die wir hier miteinander gesprochen haben, belästigt fühlte, die Studentendemonstrationen eigener Art waren und die ich nicht mit den Studentendemonstrationen, die wir bei anderer Gelegenheit erlebt haben und die auf eine Veränderung der Gesellschaft insistierten, gleichsetze —, daß wir zu den Mitteln der polizeilichen Gewalt, die ich für legitime Mittel halte und von denen ich glaube, daß sie uns durch Gesetz und Verfassung zur Ordnung des Staates an die Hand gegeben sind, erst dann greifen, wenn wir miteinander ausreichend darüber gesprochen haben, wie denn unsere Ordnung ist und wo sie verändert werden muß.

Und daß wir einen Justizminister haben, der sich nicht als den Nachtwächter des Staates versteht, der unsere Positionen — —

(Dr. Lenz [CDU]: Wer hat das denn gesagt?)

— Ich sage das! Ich sage, daß wir einen Justizminister haben, der stärker am demokratischen Prozeß in unserem Lande interessiert ist als daran,

(A) die Dämme gegen diesen demokratischen Prozeß und gegen die Ausuferung zu bauen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür ist meine Fraktion diesem Justizminister dankbar, und deshalb reden wir hier nicht in Verteidigung oder gar in Vertretung des Justizministers, sondern in voller Solidarität mit ihm.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind dankbar dafür, daß die Haltung der Landesregierung, die immer liberal war, die immer fair war und die nie schwächlich gewesen ist und nie schwächlich sein wird, wo es gilt, Gefahren abzuwenden, mit dafür gesorgt hat, daß wir in Nordrhein-Westfalen ein Klima haben, das anders ist als an manchen anderen Stellen, auch — leider! — in der Bundesrepublik.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abg. Prof. Mikat von der Fraktion der CDU hat das Wort.

**Dr. Mikat** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Verlaufe dieser kurzen Debatte ist von den Sprechern ausdrücklich auch auf Art. 8 GG Bezug genommen worden. Ich darf vielleicht noch einmal den Wortlaut dieses Art. 8 in Erinnerung bringen. Er lautet:

(B)

> (1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
>
> (2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Gehen wir vom Wortlaut dieser Grundrechtsbestimmung aus, so ist damit einmal das Recht der Versammlungsfreiheit ausgesagt, zum andern das Recht der Demonstrationsfreiheit, und der Grundgesetzgeber selber hat hier ganz offensichtlich eine Problematik gesehen, ohne daß der Grundrechtskatalog selber diese Problematik löst, die Problematik nämlich, wenn ein Grundrecht mit anderen möglichen Grundrechtspositionen des Bürgers in Kollision gerät.

Es geht bei unserer Diskussion gar nicht um die Frage: Demonstrationsfreiheit ja oder nein? Das Demonstrationsrecht ist ein in der Verfassung verankertes Grundrecht, und wir täten gut daran, uns noch einmal zu überlegen, wogegen denn eigentlich Grundrechte ihre Spitze richten. Grundrechte richten ihre Spitze gegen den Staat, Grundrechte sind — wenn Sie wollen — Abwehrnormen zugunsten der Freiheit des Bürgers gegenüber der staatlichen Gewalt, die allerdings — unbeschadet der Frage, die man etwa im Hinblick auf die Drittwirkung der Grundrechte nun noch anstellen könnte — in eine Kollision mit anderen Grundrechtspositionen geraten können, für deren Wahrung sich der Staat ebenfalls verantwortlich wissen muß. Solche grundrechtlich geschützten Positionen sind etwa Leben, Gesundheit und Eigentum. Aus diesem Grunde gewinnen der Begriff „friedlich" in Art. 8 Abs. 1 wie aber auch der allgemeine Gedanke der Gesetzesbeschränkung besondere Bedeutung.

In dieser Linie scheint mir auch die Beurteilung (
liegen zu müssen, die der von Herrn Dr. Meyers hier begründete Gesetzentwurf zu erfahren hat. Denn in der Tat ist das vom Gesetzgeber in unserem Lande bis zur Stunde ja nicht gut geklärte Problem: Wie reagiert nun der Staat als derjenige, der die Grundrechtspositionen zu schützen hat, wenn es zu einer Kollision in dem von mir bezeichneten Sinn kommt? Das, was hier als Tumultschädengesetz vorgelegt wird, hat ja als den eigentlichen verfassungsrechtlichen Hintergrund die Wahrnehmung des Schutzes des Bürgers, der sich dann unter Umständen auch in Entschädigungspflichten äußern kann.

Wir sollten also — und das wollte ich zu dieser Diskussion beitragen — nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ginge es bei dem Problem um das Gegeneinanderausspielen von Grundrechten. Es geht vielmehr um die Frage: Wie reagiert der Staat — gerade weil er sich an die Grundwertordnung gebunden fühlt — auf die exzessiven Lagen und Situationen? Hier muß der Staat reagieren, und diejenigen, die mit dem Polizeirecht zu tun haben, wissen, in welch schwieriger Situation zum Beispiel unsere Polizei immer dann ist, wenn sie im konkreten Einsatz auf sogenannte Generalklauseln zurückgeworfen wird. Die Problematik jeder Generalklausel ist ja ihre Auslegung, und zwar nicht ihre abstrakte Auslegung, sondern ihre Auslegung im konkreten Konfliktsfall. Da ist zum Beispiel der einzelne Beamte unter Umständen völlig überfordert, wenn ich von ihm eine sehr sorgfältige — sagen wir einmal — verfassungsrechtliche Auslegung erwarte, in welcher Weise er jetzt etwa den Art. 8 GG mit dem Art. 14 GG auslegen soll. Das kann ich von dem einzelnen Beamten ja nicht erwarten. (

Um so wichtiger ist es, daß die Rechtsordnung selbst ein System von Gesetzen bereithält, das nicht sehr umfangreich zu sein braucht, das aber solche wichtigen — ich würde sagen — Grenzmaterien jedenfalls regelt, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß das Land auf der einen Seite Demonstrationen bejaht, aus welchen Motiven auch immer sie abgehalten werden, so sie sich nur im Rahmen der für alle geltenden Gesetze bewegen, auf der anderen Seite aber auch weiß, daß es zu Konfliktsituationen und materiellen Schäden kommen kann, für die ich weder den einzelnen Veranstalter verantwortlich machen kann, noch einen konkreten Verantwortlichen greifbar habe, sondern wo es dann zur Grundrechtsschutzfunktion des Landes gehört, dafür einzustehen.

Diejenigen Damen und Herren, die in den Ausschüssen sind, die sich damit zu beschäftigen haben, werden sicherlich darüber sprechen müssen. Ich würde es für verhängnisvoll halten, würde unsere Debatte jetzt etwa in die Richtung gehen, als stünde das Demonstrationsrecht hier zur Diskussion. Das Demonstrationsrecht kann in einem Parlament nicht zur Diskussion stehen,

(Allgemeiner Beifall)

weil die Grundrechte nicht zur Diskussion stehen. Vielmehr ist uns aufgegeben, nach einem umfassenden, auch gesetzlich ausgebauten Schutz der unter Umständen kollidierenden Grundrechtspositionen des Bürgers zu suchen.

(Beifall bei CDU und SPD)





(A) habe, möchte ich mich deshalb auch selbst dieser Disziplin unterwerfen. Ich darf aber am Schluß jedenfalls sagen: Der freiheitliche demokratische Rechtsstaat — und das enthält eigentlich unser gesamtes Konzept — hat allen seinen jungen und erwachsenen Bürgern die gleiche uneingeschränkte Bildungschance zu eröffnen, die ihrer Eignung und Neigung entspricht. Er sollte sich jedoch davor hüten, in einem wie auch immer gearteten Dirigismus in die freie Entscheidung des Bürgers eingreifen zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Das Wort hat jetzt Frau Abg. von Bergmann von der Fraktion der FDP.

**Frau Abg. v. Bergmann** (FDP): Herr Präsident, meine Herren, meine Damen! Zu diesem Thema, meine ich, hätte ich gestern schon alles Grundsätzliche ausgeführt, Herr Pürsten.

(Pürsten [CDU]: Alles?)

— Ja, wir werden noch über eine ganze Menge sprechen können. Ich habe nur den ganz bescheidenen Eindruck gestern gewonnen, daß unsere anderen Kollegen von diesen unseren Auseinandersetzungen sich nicht ungemein bereichert und erbaut fühlen. Ich meine deshalb, wir sollten diese Überlegungen und Diskussionen, die ich gerne mit Ihnen, Herr Pürsten, in voller Breite führen möchte — dieses Angebot nehme ich mit Freuden an —, doch wohl in die intimere Tiefe des Ausschusses verweisen.

(B)

Ich meine nur, Herr Pürsten, Sie sind heute ein bißchen in die Vergangenheit getaucht. Sicher, alte Wahlplakate und Wahläußerungen aufzugreifen, ist ein lustiges Spiel. Das kann man fortsetzen, es bringt aber nichts ein. Und auch wenn Sie sagen: So schlecht kann unser Bildungswesen nicht sein; wir waren doch bis jetzt so tüchtig, und wenn Sie das Wirtschaftswunder anführen und unsere großartigen Leistungen — dann weiß ich nicht, ob das die richtige Ausgangsbasis ist. Es kommt doch darauf an, daß wir uns für die Zukunft eine Konkurrenzfähigkeit erhalten,

(Zuruf von der CDU: Das ist doch gesagt worden!)

die wir jetzt sehenden Auges von Tag zu Tag verlieren.

(Zuruf von der CDU: Verlieren?)

Ich möchte meinen, daß diese Konkurrenz gerade auf dem Gebiet der Bildungssysteme ausgetragen wird und von da her dem Bereich des Bildungswesens und dem Bereich der Bildungsaufgaben in der allgemeinen Diskussion eine Vorrangstellung zukommt.

Zu Ihrem Antrag möchte ich im einzelnen nichts mehr sagen. Wir konnten uns auf ihn schon vorbereiten, nachdem uns vorher die entsprechenden Ausführungen und Erarbeitungen der Philologen vorlagen. Da gab es Gott sei Dank sehr schöne Zeichnungen, aus denen man sehr genau entnehmen konnte, wie das alles gedacht ist.

Ich möchte der Verweisung Ihres Antrags zur (C)
gründlichen Diskussion in den Kulturausschuß zustimmen. Es gibt eine ganze Menge von Punkten, in denen wir alle übereinstimmen. Über den Rest, glaube ich, läßt sich eine Einigung herbeiführen. Nur sollten wir uns hüten, uns immer wieder mit Ideologien sowohl zur Begründung von Rettungsversuchen, als auch zur Begründung von Modernisierungsversuchen zu behelfen. Ich glaube, es gibt für alles sachgerechte Formulierungen und Begründungen; die allein sollten für uns ausschlaggebend sein. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Meine Damen und Herren! Ich stehe vor folgender Frage. Die Rednerliste ist, wenn ich recht sehe, auch in der zweiten Runde erschöpft. Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD hat nun um das Wort gebeten. Er hat mich davon unterrichtet, daß er etwa 5 Minuten sprechen wolle, weil ihm die Ausführungen des Herrn Abg. Pürsten Veranlassung dazu gäben. Ich kann das angesichts des heute zu Beginn der Sitzung gefaßten Beschlusses nur dann zulassen, wenn Sie diesen Beschluß insoweit abändern. Ich würde dann vorschlagen, daß für jede Fraktion eine erneute Runde von je 5 Minuten zugelassen wird. Darf ich feststellen, daß Sie mit dieser Regelung einverstanden sind? — Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich mache also darauf aufmerksam, daß die beiden anderen Fraktionen, wenn sie es wünschen, Gelegenheit zu der „dritten Runde" haben.

Herr Abg. Rau, Sie haben das Wort. (D)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Verlauf der Debatte hatte mich eigentlich nicht dazu animiert, noch einzugreifen, weil ich die Sorge habe, daß eine allzu ausführliche bildungspolitische Debatte die Neigung zur Bildungspolitik im Landtag nicht verstärken könnte und nicht verstärken würde. Außerdem wollte ich einmal genießen, eine bildungspolitische Debatte wirklich nur anzuhören.

Aber ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil wir insofern in der Sache von der Absprache abgewichen sind, als durch das, was Herr Kollege Pürsten hier vorgetragen hat, heute nun nicht die einzelnen Gesetzentwürfe diskutiert worden sind, sondern noch einmal ein Rückgriff auf die gestrige Grundsatzdebatte stattfand. Und da meine ich, wir müßten der Legendenbildung doch in einigen Punkten widerstehen.

Herr Kollege Pürsten, Sie haben das, was Herr Brüggemann gestern mit dem Stichwort von der „gestörten Kommunikation zwischen Regierung und Fraktion" gesagt hat, noch einmal aufgegriffen und die Meinung vertreten, daß die Nichtvorlage eines Hochschulgesetzentwurfes die mangelnde Handlungsfähigkeit, womöglich auch die mangelnde Handlungswilligkeit der Regierung zeige, und daß der Ministerpräsident als der Bundesschlichter in Bildungsfragen sich nun an Hessen und Berlin wenden solle.

Ich meine, Ihnen darauf eine Antwort schuldig zu sein.

(Johannes Rau [SPD])

(A) Zuerst sehe ich nicht, wie Sie aus der Tatsache, daß ein Gesetzentwurf zum verabredeten Zeitpunkt nicht vorgelegt wird, auf mangelnde Handlungsfähigkeit schließen können, wenn ausführlich und offen begründet worden ist, warum die Vorlage eines solchen Entwurfs nicht erfolgte.

Die Tatsache, daß Landesregierung und Fraktionen sich darin einig waren, daß die Vorlage eines solchen Entwurfs nach der Bitte des Wissenschaftsrates nicht erfolgen solle, läßt nach meiner Auffassung nicht auf gestörte Kommunikation, sondern auf ausgezeichnete Kommunikation zwischen Regierung und Fraktionen schließen.

Wenn Sie nun dazu noch sagen, was auch der Ministerpräsident hier ausgesprochen hat, daß es natürlich Nuancen in der Frage, wie wir uns einen solchen Hochschulgesetzentwurf wünschen, gibt, dann weiß ich nicht, ob Nuancen zwischen Fraktionen und Regierung auf einen Mangel an Kommunikation bzw. Kooperation schließen lassen oder auf die Lebhaftigkeit des Gespräches, das stattfindet.

Ich meine überhaupt, daß Sie nicht den Versuch machen sollten, in dieser Debatte Dinge „umzufunktionieren" — das ist ein ganz neues und wichtiges Wort — —

(Dr. Brüggemann [CDU]: Das ist nicht neu!)

— Insofern, als es neu in den Sprachgebrauch eingebracht wird.

(Frau Dr. Wasmuht [CDU]: Wohl für Funktionäre?)

(B) — Nein, nicht für Funktionäre, Frau Kollegin. An Sie hatte ich da nicht gedacht. Ich hatte gerade Frau Altewischer besichtigt.

Wenn Sie diese Fragestellung schon hier in die Debatte bringen, wenn Sie schon durch Ihren Vorsitzenden sagen lassen, Sie wollten hier die Antwort auf die Osterunruhen unter der jungen Generation bringen, wenn Sie schon so den Versuch machen, sich zu einer Fortschrittspartei zu emanzipieren, dann müssen Sie einen Entwurf zur Presseentflechtung vorlegen. Denn das war der Anlaß der Osterunruhen.

(Zustimmung bei der SPD)

Und dann dürfen Sie nicht — —

(Dr. Brüggemann [CDU]: Das ist unter Ihrem Niveau!)

— Pressekonzentration? Nein. Ich wollte nur sagen, daß Herr Lenz auf seinem Niveau geblieben ist, Herr Kollege Brüggemann.

Die Frage, ob Sie den Einspruch des Wissenschaftsrates mit den Worten „Wer auch immer sich dazu noch äußert" qualifizieren, schien mir nicht niveaugerecht.

Herr Dr. Lenz hat gestern gesagt: „Wer auch immer sich dazu äußert." Wenn Bund und Länder zur Erreichung der Bundeseinheitlichkeit ein Gremium einsetzen wie den Wissenschaftsrat, dann möchte ich das Plenargremium sehen, das nicht sagte: „Dafür verzichten wir für zwei Monate auf die Vorlage eines Gesetzentwurfs."

(Zuruf des Abg. Dr. Brüggemann [CDU])

— Nicht auf die Debatte, Herr Kollege Brüggemann! (C

(Dr. Brüggemann [CDU]: Haben Sie versucht!)

— Der sind wir nicht ausgewichen, das haben wir nicht versucht, sondern wir haben im Ältestenrat eindeutig gesagt, daß wir dieser Debatte zustimmen.

(Pütz [CDU]: Na, na!)

Es geht nicht um die mangelnde Handlungsfähigkeit der Regierung und es geht nicht darum, ob der Ministerpräsident dieses Landes der Bundesschlichter in Bildungsfragen ist. Ich wollte, er hätte bei seinen Schlichtungsversuchen auch in Zukunft so viel Erfolg, wie bei dem Fachhochschulgesetz, das wir hier heute morgen beraten haben.

(Beifall bei der SPD)

Vaterschaftsprozesse sind ja öffentlich, da habe ich mich belehren lassen. Sie können die Frage, wer denn nun der Vater welches Paragraphen in diesem Gesetz ist, und ob das vorher Akademie oder Fachhochschule hieß, diskutieren.

Wir lassen auch über die bildungspolitische Summe im Jahre 1970 mit uns reden. Wir sind überzeugt, daß wir auch mit dem Aussetzen der Vorlage eines solchen Entwurfs einen Beitrag geliefert haben, daß die Summe gut wird, die wir im Jahre 1970 der Öffentlichkeit darbieten werden. Und dann mag diese darüber urteilen, ob das richtig ist. Ich habe nicht die Sorge, daß der Wahlkampf zu früh losgeht, sondern ich habe die Sorge, daß wir uns zuviel und zu ausführlich mit der Frage, wer denn was schon einmal vorgelegt oder vorgetragen hat, beschäftigen. (D

Ich bin überzeugt, daß diese Debatte und daß die vorzulegenden und die vorgelegten Entwürfe eine Basis für eine möglicherweise gar einheitliche Beschlußfassung liefern.

Machen Sie nicht den Versuch, eine neue Legende zu bilden! Diese Regierung ist nicht handlungsunfähig, sondern die Handlungen dieser Regierung passen Ihnen nicht! Das ist das Thema. Wir sind der Meinung: Die Handlungen dieser Regierung führen zum Erfolg, und deshalb stehen wir zu ihr, ob Sie nun „davor" oder „dahinter" sagen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Weitere — —

(Pürsten [CDU]: Die CDU-Fraktion verzichtet auf eine Beantwortung! — Dr. Brüggemann [CDU]: War nichts Neues!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich s c h l i e ß e deshalb die Beratung in erster Lesung.

Wir kommen zur A b s t i m m u n g, und zwar stimmen wir zunächst ab über den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes, Drucks. Nr. 985.** Wer der **Überweisung** dieses **Gesetzentwurfs an den Kulturausschuß** seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Danke. Stimmenthaltungen? — Die Überweisung ist einstimmig ohne Enthaltungen **beschlossen.**





(Elfring [CDU])

(A) Nun wäre diese Vielfalt kein Problem, wenn sie koordiniert wäre, wenn es sich um eine aufeinander abgestimmte, wohlgeordnete Vielzahl von Stellen und Aktionen handelte. Genau das jedoch ist nicht der Fall. Ich darf Ihnen aus meiner Erfahrung als Mitglied sowohl des Ausschusses für Jugend und Familie wie auch des Parlamentarischen Beirats für politische Bildung sagen, daß sich nicht nur sehr selten, sondern häufig ergeben hat, daß die Landesregierung, soweit im Ausschuß für Jugend und Familie vertreten, nicht weiß, was die Landesregierung, soweit sie im Parlamentarischen Beirat für politische Bildung vertreten ist, tut, tat oder tun will.

(Hört, hört! bei der CDU)

Es gibt unverdächtige Zeugen — Herr Kollege Rau lächelt, ich darf ihn nennen —, Frau Kollegin Dr. Focke oder Herrn Knoll, der eben hier gesprochen hat. Wir waren in der letzten Sitzung des Parlamentarischen Beirats der Auffassung, daß diese Frage entscheidend ist. Ich darf das auch belegen, nicht nur mit Personen, sondern mit Sachen. Die unkoordinierte Aktion der politischen Bildung der Landesregierung geht so weit, daß z. B. im Bereich der Landeszentrale für politische Bildung Mittel bereitstehen für eine spezielle Bildung oder Ausbildung von Rednern, die sich mit radikalen Agitatoren auseinandersetzen sollen, während gleichzeitig im Landesjugendplan Mittel bereitgehalten werden, die, wenn der Antrag kommt, dem SDS zur Verfügung gestellt werden.

(Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

(B) Das scheint mir ein Widerspruch nicht nur in der Person, sondern in der Sache zu sein. Die unkoordinierte Aktion geht also so weit in unserem Land, daß hier Mittel so und dort Mittel anders bereitstehen, mit der potentiellen Wirkung, sich gegenseitig aufzuheben.

Im übrigen darf ich in diesem Zusammenhang vielleicht sagen, daß die Landesregierung Kühn auf dem besten Wege ist, ein Patent zu bekommen. Ich glaube, Nordrhein-Westfalen ist inzwischen das letzte Land, das die Möglichkeit offen hält, dieser Gruppe im demokratischen Zwielicht, dem SDS, Mittel aus dem Landesetat zur Verfügung zu stellen, nachdem — wenn ich den Zeitungsmeldungen von gestern glauben darf — Hessen als vorletztes Land diese Möglichkeit gestrichen hat.

Ein anderes Beispiel, meine Damen und Herren: Das Problem der unruhigen Jugend stellt immer wieder die Frage nach den Ursachen. Dazu sind Untersuchungen notwendig. Während sich die eine Stelle im Bereich der Landesregierung der Auswertung bereits vorhandener Untersuchungen widmet, plant die andere Stelle eigene Aufträge. Das wäre noch nicht so schlimm; aber keine weiß von der anderen. Gleiches gilt für Veröffentlichungen. So sehr meine Fraktion im Ausschuß für Jugend und Familie und im kombinierten Ausschuß die Einrichtung, Herr Minister Figgen, der neuen Abteilung in Ihrem Ministerium zugestimmt hat, um dem Gewicht der Familien- und Jugendpolitik nachzukommen, so sehr haben wir Bedenken, daß sich hier eine nachgeordnete Stelle erneut mit Fragen der Öffentlichkeitsarbeit befaßt.

Diese Frage der Koordination — so darf ich das zusammenfassen — ist wichtiger als mehr Mittel. Mehr Mittel — ja! Aber ich sehe die große Gefahr, (C daß diese Mittel nicht gezielt und nicht vertretbar eingesetzt werden, wenn nicht zuvor die Frage der Koordinierung und gegenseitigen Abstimmung gelöst wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung muß dieses Problem prüfen und lösen. Sie muß die Ausschüsse informieren, und ich sehe sogar die Notwendigkeit, daß sich alle drei betroffenen Ausschüsse — der Kulturausschuß, der Ausschuß für Jugend und Familie und der Parlamentarische Beirat für politische Bildung — zusammensetzen und gemeinsam mit der Landesregierung beraten.

Zum zweiten darf ich aber in diesem Zusammenhang noch die Frage nach einer intensiveren Begründung des gesamten Antrags stellen. Herr Kollege Knoll hat versucht zu sagen, daß einmal überhaupt politische Bildung besser ausgestattet werden müßte. Da muß ich sagen: Ja, vor allem wenn man das wegen der Abwehr extremer Richtungen — so war wohl Ihre Formulierung — tun muß. Aber dann kam ein Punkt, da bin ich etwas gestolpert. Sie haben gesagt, da jetzt unsere jungen Leute vermutlich in absehbarer Zeit mit 18 Jahren wahlberechtigt werden sollen, müßten wir mehr für die politische Bildung tun. Ich war bisher immer der Meinung, daß das umgekehrt sei, daß die Achtzehnjährigen wahlberechtigt werden sollen, weil sie schon in der politischen Bildung so weit fortgeschritten sind. Darüber werden wir morgen reden müssen! Man kann nicht das eine fordern mit dem Hinweis auf Tatbestände, die hier dann völlig umgedreht gesehen werden.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen (D Jahren hat es immer ein heißes Ringen im Parlamentarischen Beirat für politische Bildung gegeben, auch wenn es nur um Zehn- oder Hunderttausende von DMark ging. Wenn jetzt eine Spritze von rd. 1,3 Millionen dieser Arbeit zur Verfügung gestellt werden soll, dann müßte das eigentlich auch eine besondere nachdrückliche Begründung finden. Ich bin froh über die Summe, aber mir fehlt noch diese nachdrückliche Begründung. Vielleicht kann man sie nachliefern.

Und ein letztes, das ist mein Punkt drei. Dieser Antrag Drucks. Nr. 1029 ist — das wurde schon bei anderen Anträgen gesagt und gilt in gleicher Weise auch hier — ein Problem der Finanzpolitik, eine Frage der Deckung. Wir sind deshalb dafür, daß dieser Antrag ebenfalls dem Haushalts- und Finanzausschuß zur Überprüfung vorgelegt wird.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Das Wort hat nunmehr Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke Herrn Kollegen Elfring dafür, daß er noch einmal auf das Problem der Koordination im Bereich der politischen Bildung hingewiesen hat. In der letzten Sitzung unseres Beirates war es wohl so, daß ich gelegentlich zu besonderer Heftigkeit neigte und die Kollegen von der CDU dann beschwichtigende Worte fanden.

(Elfring [CDU]: Das erste war richtig, das zweite nicht.)

(A) — Doch! Ich habe jedenfalls als Beschwichtigung verstanden, was da vorgetragen wurde. Aber das ist eine lange Geschichte!

Nun muß man aus einer langen Geschichte keine lange Rede machen. Ich erinnere mich noch gut und ungern der ersten Auseinandersetzung, die wir über dieses Thema in jenem Beirat gehabt haben. Es war eine Auseinandersetzung zwischen dem Kultusminister und dem Innenminister über die Frage der Koordination der politischen Bildung im Bereich der Schulen. Der Kultusminister hieß damals Schütz, der Innenminister hieß seinerzeit Dufhues.

Seit dieser Zeit haben wir das Problem der mangelnden Koordination, und dies Problem ist deshalb so ärgerlich für viele von uns aus allen Fraktionen, wie ich glaube, weil der Ansatz für die „Staatsbürgerliche Bildungsstelle", wie sie früher hieß, so gering ist, daß man sich überlegen muß, ob mit einem solch geringen Betrag nun auch noch Lehrerbildung, Lehrerfortbildung betrieben werden soll angesichts eines Kultushaushalts von nahezu vier Milliarden DMark, in dem nach meiner Meinung die Dinge unterzubringen wären, die hinsichtlich der Lehrerfortbildung auf dem Gebiet der politischen Bildung zu geschehen hätten.

Nun, gut Ding bessert sich! Wir hätten diesen Antrag nicht gestellt und hätten ihn nicht stellen können, wenn nicht erstmalig seit der letzten Sitzung unseres Parlamentarischen Beirates die Zusage der Landesregierung für eine Gesamtvorlage binnen drei Monaten auf dem Tisch läge. wir haben ja die Erklärung der Landesregierung im Beirat entgegengenommen, daß binnen drei Monaten eine
(B) Koordination zwischen den angesprochenen Ressorts stattfinden soll und daß über sie berichtet wird.

Der Fehler bei dieser Dreimonatsfrist ist nur, daß dann die Etatberatungen vorüber sind, und deshalb müssen wir die zusätzlichen Mittel jetzt einsetzen und können diese Frist nicht abwarten, die gering, die minimal ist angesichts der vielen Jahre, in denen es weder Herrn Schütz noch Herrn Dufhues noch später Herrn Mikat und Herrn Weyer und Herrn Grundmann gelungen ist, diese Koordination in Gang zu bringen.

(Pürsten [CDU]: Und Herrn Holthoff und Herrn Figgen und Herrn Weyer — damit die Reihe voll wird!)

— Genau! Und deshalb wird diese Regierung die Koordination zustandebringen, Herr Kollege Pürsten! Das ist das, was ich eben gesagt habe!

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU: Warten wir ab! — Hauser [CDU]: Darauf sind wir gespannt, sehr gespannt!)

— Natürlich! Ich sehe Sie nie lieber als im Zustand der Spannung, Herr Kollege Hauser!

(Hauser [CDU]: Das haben wir miteinander gemeinsam, Herr Rau!)

Nun meine ich, wir sollten dieser Koordination, die unser gemeinsames Interesse sowohl im Parlamentarischen Beirat wie im Kulturausschuß als auch im Ausschuß für Jugend und Familie ist, entgegen-



(C)

sehen. Dann werden wir zu entscheiden haben, ob uns diese Koordination optimal zu sein scheint oder nicht. Die Verbindung von Koordination und Mittelbewilligung ist für die Koalitionsfraktionen also offenbar gegeben.

Sie, Herr Kollege Elfring, haben einen Sonderfall angesprochen, der sich auf die sogenannten radikalen Agitatoren auf der einen Seite und auf die angebliche Subventionierung des SDS auf der anderen Seite bezieht. — Ich teile nicht Ihre Auffassung, daß Hessen das vorletzte Land ist; soweit ich weiß, gibt es andere Länder, in denen noch Mittel gezahlt werden.

(Pürsten [CDU]: Nein!)

— Mag sein, daß es nicht so ist — gut! Der Herr Ministerpräsident wollte darüber ja mit seinem Kollegen sprechen.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang nur auf eins hinweisen: Die Summe, um die es sich dabei handelt, ist — wenn ich es richtig sehe — minimal.

(Kaptain [CDU]: Es kommt auf die Relation an!

Die Frage, wie ein Prozeß ausginge, bei dem Mittel für bestimmte zweckgebundene Bildungsveranstaltungen nicht gegeben werden, vermag ich selber nicht zu beantworten.

(Pütz [CDU]: Ist die Rechtslage in anderen Ländern anders?)

— Es gibt ja noch anhängige Verfahren, Herr Kollege Pütz. Aber unabhängig davon meine ich, wir
(D) dürften keiner Organisation Mittel zahlen, die in ihrem Zweck gegen die freiheitliche und demokratische Grundordnung gerichtet ist. Dies, dessen bin ich sicher, ist unsere gemeinsame Überzeugung. Ich meine andererseits, meine Damen und Herren, eine Auseinandersetzung um eine Summe, die niedriger als der Preis eines Volkswagens ist und die uns einen Solidarisierungseffekt der Studentenschaft in diesem Bereich bringt, sollten wir im Augenblick jedenfalls plenar nicht erörtern.

(Beifall bei der SPD)

Mir scheint, es ist keine falsche Harmonielehre, wenn ich die Auffassung vertrete, daß wir die Frage des Gespräches mit den unterschiedlichen Studentengruppierungen — mögen sie SDS oder wie auch immer heißen — unter anderem auch deshalb nicht zum Gegenstand der parteipolitischen Auseinandersetzung machen sollten, weil diese Gruppen miteinander in den verschiedenen Ländern und in den Städten nicht identisch sind.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Es gibt sehr unterschiedliche Gruppierungen, und es gibt ein sehr unterschiedliches Verständnis dessen, was in diesen Gruppen an sozialromantischer Ideologie, an moralischem Pathos und an Widerstand gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung versammelt ist. Die Akzente liegen nicht nur bei den einzelnen Gruppen, sondern sogar bei den einzelnen Studenten unterschiedlich. Und deshalb meine ich, dies sei kein Thema, das sich zur kontroversen Auseinandersetzung eigne. Im übrigen ist die Frage, wie wir zu einer optimalen politischen Bil-





(A) dung kommen, ein Problem, das uns alle miteinander beschäftigen sollte. Die jahrelangen Auseinandersetzungen, die wir über dieses Thema z. B. im Beirat geführt haben, sind inzwischen eine ausreichende Begründung für den Mehrbetrag, den wir heute vom Landtag für diese Position erbitten. Es ist zu wünschen, daß im Bereich der politischen Bildung — wie auch in anderen Bereichen — die Zeit der Fehlinvestitionen hoffentlich hinter uns liegt. Es ist zu wünschen, daß auch jene Zeit hinter uns liegt, in der politische Bildung mißverstanden worden ist als eine Art überhöhter Harmonielehre, in der man meinte, man könne mit einer Institutionenlehre das Engagement der jungen Generation an der Politik erreichen oder verstärken.

Wenn uns nicht deutlich wird und wenn wir nicht deutlich machen können, daß das Thema der politischen Bildung der Konflikt ist, und wenn es uns nicht gelingt, deutlich zu machen, wie Konflikte offengehalten werden und durch andere Konflikte abgelöst werden können, dann hat politische Bildung ihren Sinn verfehlt.

Hinzu kommt die Frage, ob es ein richtiges Argument vom Kollegen Knoll war, auf die Jungwähler zu verweisen. Ich stimme Ihnen, Herr Elfring zu: Einer der Gründe für die Herabsetzung des Wahlalters ist — jedenfalls für mich —

(Dr. Meyers [CDU]: Das steht auch in der Begründung des Gesetzes!)

— Das steht in vielen Veröffentlichungen zu diesem Thema wie in der Begründung dieses Gesetzes und auch in Beiträgen, die der eine oder andere geleistet hat — daß keine Schlucht zwischen der
(B) schulischen und außerschulischen Bildung einerseits, etwa während der Zugehörigkeit zu den Jungverbänden, und der ersten Aktivierung des Wählers entsteht. Insofern ist das Alter 21 Jahre nach meiner Meinung völlig unmotiviert. Zu dieser Zeit ist der junge Mensch mit ganz anderen Plänen beschäftigt. Die Mittel für die politische Bildung, wie sie in den dazu geschaffenen Einrichtungen betrieben und publiziert wird, bedeuten — und so hat es Herr Kollege Knoll weder gesagt noch gemeint — nun keinen Sonderfonds zur Heranführung von Jungwählern, sondern sie sind als Beitrag zur permanenten Reflexion politischer Vorgänge gemeint. Denn wir wünschen uns doch — ich hoffe, wir alle wünschen uns das — nicht den Stammwähler, sondern denjenigen, der die politischen Vorgänge jeweils reflektiert und der von der Reflexion der politischen Vorgänge her zu unterschiedlichen politischen Entscheidungen kommt, weil nur von da her auch die Verstärkung der innerparteilichen Demokratie möglich wird, Parteien sich anpassen können, ohne einfach aufzunehmen, was öffentliche und veröffentlichte Meinung sagt.

Ich glaube also, daß insofern das Argument des Kollegen Knoll ein richtiges Argument ist. Es geht nicht um Spezialaktionen für Jungwähler, sondern es geht darum, daß wir aus der Herabsetzung des Wahlalters keinen statistischen Rabatt an eine Bevölkerungsgruppe machen, sondern erreichen, daß mehr politisches Engagement zu stärkerer Beteiligung an den Problemen der Politik führt und erst das Beschäftigen mit den Problemen der Politik sich dann zum Wählerverhalten ummünzt. Ich hoffe, da ist kein Dissensus.



(C)

Aber lassen Sie mich es noch einmal sagen: Wir brauchen eine nach zwei Seiten hin gewandte politische Bildung. Wir brauchen einmal eine breitere Öffentlichkeitsarbeit, die mehr ist als ein lautes Rufen nach mehr Wahlbeteiligung und nach mehr Anteilnahme am öffentlichen Leben. Denn eines unserer Probleme ist doch, daß wir den jungen Menschen immer sagen: Nun macht doch endlich mit! Nun engagiert Euch! — Und wenn sie sich dann engagieren, haben wir für sie nicht die ihnen angemessene Arbeit und die ihnen angemessene Möglichkeit der Mitarbeit.

Ein anderes Problem ist, daß wir offenbar alle in allen Parteien oft dazu neigen, zum politischen Engagement zu rufen, und uns dann ärgern, wenn sich dieses politische Engagement darin äußert, daß der junge Mensch uns selber gegenüber kritisch wird. Wenn man politische Bildung will, muß man in Kauf nehmen, daß diese politische Bildung einen selber in Frage stellt und einen selber in die Überprüfung der eigenen Position hineinbringt.

(Beifall bei der SPD)

Erst so wird politische Bildung mehr als Subvention von Jugendorganisationen oder Bildungseinrichtungen oder Erwachsenenbildungsverbänden oder was auch immer. Das heißt: Wer einen solchen Betrag zusätzlich einstellt, geht nicht nur ein Risiko ein, sondern er muß das Risiko selber wollen. Er muß das Risiko wollen, mit dem seine eigenen Handlungen und seine eigenen Haltungen der öffentlichen und der internen Diskussion ausgesetzt werden. Man kann bei diesem Antrag dann ein gutes Gewissen haben, wenn man bereit ist, sich einer solchen Kritik, einem solchen Gespräch gewissenhaft zu stellen. Und deshalb glaube ich, daß die Frage der (D) Koordination, die eine der ersten und ältesten Fragen ist, jetzt gelöst werden muß. Ich bin auch überzeugt davon, daß sie gelöst werden kann. Deshalb glaube ich, daß wir die Erhöhung dieses Betrages in diesem Haushaltsjahr guten Gewissens vornehmen können und uns dabei darüber klar sein müssen, daß politische Bildung nicht die Verlängerung unseres Armes, sondern die Freigabe der Hände und der Köpfe anderer Junger und Erwachsener ist, damit sie mit uns das politische Gespräch lebendiger machen — in der ohnehin verwirrenden Fülle von politischen Möglichkeiten und gelegentlichen Unmöglichkeiten, wie bei den Sozialromantikern vom SDS. Die gibt es übrigens nicht nur im SDS; die gibt es im RCDS, im SHB und LSD, und wie das alles heißen mag. Und die gibt es auch in den Korporationen! Meine Damen und Herren, die Korporationen sind manchmal nicht nur sozialromantischer als bestimmte radikale Gruppierungen, sondern sie sind in dem gleichen Maße mittelalterlich, in dem bestimmte radikale Gruppen ins 22. Jahrhundert hineindenken und versuchen, damit am 20. Jahrhundert vorbeizukommen.

Es gibt auch eine politische Bildung, die wir oft finanziert haben und die — wir könnten ja einmal nachsehen, was wir schon alles in den letzten zehn Jahren finanziert haben — es gar nicht auf Reflektion der Gegenwart, die es gar nicht auf kritische Prüfung der Situation anlegt, sondern die danach fragt, wie man die drei Sätze in der politischen Bildung durchhalten kann, die ja das Grundbekenntnis des Konservativen sind: 1. Das haben wir noch nie gemacht; 2. Das machen wir schon

(A) Bewenden haben. Eine Schlußbemerkung mehr wahltechnischer Art möchte ich hier in aller Öffentlichkeit nur noch für den Bereich der Kommunalwahlen anschließen: Vor den allgemeinen Kommunalwahlen Ende nächsten Jahres findet Anfang 1969 eine größere Zahl von Neuwahlen statt, die im Zusammenhang mit der kommunalen Gebietsneugliederung notwendig werden.

**Präsident van Nes Ziegler:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, auf die Zuhörer und auf den Redner etwas Rücksicht zu nehmen. Herr Finanzminister, wenn Sie die Mikrophone etwas höher nehmen würden!

(Heiterkeit und Beifall — Dr. Lenz [CDU]: Im Gegensatz zu sonst ist er heute so leise!)

— Bitte fahren Sie fort.

**Wertz,** Finanzminister: Es wird die Gelegenheit kommen, Sie in diesem Punkte noch zufriedenzustellen, Herr Dr. Lenz!

**Präsident van Nes Ziegler:** Wir haben keine Etatberatung mehr!

(Heiterkeit)

**Wertz,** Finanzminister: Es dauert noch ein paar Tage, bevor wir uns diesem Gegenstand wieder widmen können, Herr Präsident.

**Präsident van Nes Ziegler:** Ja, eben.

**Wertz,** Finanzminister: Ich wiederhole: Vor den
(B) allgemeinen Kommunalwahlen Ende nächsten Jahres findet Anfang 1969 eine größere Zahl von Neuwahlen statt, die im Zusammenhang mit der kommunalen Gebietsneugliederung notwendig werden. Für diese Wahlgebiete wird man, falls das Hohe Haus sich in der Frage des Wahlalters nicht sehr schnell zu einer Entscheidung durchringt, auf jeden Fall sicherstellen müssen, daß dort die Wahlen noch auf der Grundlage der jetzt geltenden Altersgrenze abgehalten werden. Gegebenenfalls würde man, je nach dem Zeitpunkt der Verabschiedung, insoweit noch eine Übergangsregelung in den Entwurf Drucksache Nr. 1024 einbauen müssen. Ich sage das hier vorab, damit in den in Betracht kommenden Neugliederungsgebieten in der Frage des Wahlalters Mißverständnisse ausgeschlossen bleiben.

(Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich danke dem Herrn Minister und eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben verabredet, daß über dieses wichtige landespolitische und allgemeinpolitische Thema nur jeweils 5 Minuten verhandelt werden soll und daß die eigentliche Debatte und Darstellung der vielen Gründe, die in solche Vorlagen, wie sie uns heute morgen beschäftigen, eingebettet sind, in der zweiten Lesung stattfinden soll. Deshalb kommt einem die Diskussion heute ein wenig sang- und klanglos vor angesichts eines Tatbestandes, der in seiner politischen Bedeutung gewiß nicht zu überschätzen ist.

Es gibt in allen politischen Parteien eine Fülle (C) von Diskussionen und Auseinandersetzungen um die Frage, die Herr Kollege Stettner mit dem CDU-Antrag vor das Hohe Haus gebracht hat.

Der Jugendkongreß meiner Partei hat sich im Jahre 1965 für die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 und von 25 auf 21 Jahre ausgesprochen. Aber es ist kein Geheimnis, wenn ich sage, daß es in der Gesamtpartei darüber noch erhebliche Auseinandersetzungen gegeben hat, sicher nicht nur bei uns, sondern auch bei Ihnen. Immer wieder überlagern sich grundsätzliche Fragen und Fragen der Zweckmäßigkeit und Fragen der Termine, wann eine solche Entscheidung wohl sinnvoll wäre.

Erlauben Sie mir, daß ich dazu ein paar Bemerkungen mache.

Wir sollten den Zusammenhang zwischen Wahlalter und Volljährigkeit sehen, aber nicht überschätzen; denn das immer wieder ausgesprochene und gehörte Argument, wer die Entscheidung über die Zukunft des Staates treffen dürfe, müsse auch die Entscheidung über die Wahl seines Ehepartners haben, wer also wählen dürfe, müsse auch heiraten dürfen, dieses Argument — das darf ich selbst als jemand sagen, der sich nur in einem dieser Bereiche als Nichtlaie empfindet — ist nicht schlüssig.

(Heiterkeit)

Es ist deshalb nicht schlüssig, weil der Lebensbereich dieser personalen Entscheidung — für die Ehe — sehr viel totaler ist als der der politischen Entscheidung, und es auf der anderen Seite (D) eben zum Wesen der politischen Entscheidung gehört, daß sie revidierbar ist, während es zum Wesen der anderen Entscheidung gehört, daß ihre Revision immer der Sonderfall sein wird, wie immer man zu solchem Sonderfall stehen mag. Die Wahlentscheidung ist eine jetzt, für diese Situation, für diesen Zeitabschnitt getroffene revidierbare Entscheidung. Ihr Wert liegt eigentlich nur darin, daß ich Vertrauen auf Zeit ausspreche und daß ich die Möglichkeit habe, bei anderer Einsicht anders zu entscheiden. Wäre das nicht so, ginge man zu einer politischen Partei, ginge man zur Wahl wie zum Traualtar — „bis daß der Tod uns scheide" —, dann gehörte dazu nicht nur die Orgel, sondern dann wäre das der Wegfall der politischen Parteien, der Wegfall der eigentlichen Auseinandersetzung.

Deshalb meine ich, wir sollten diesen Zusammenhang zwischen Wahlalter, Volljährigkeit und Ehemündigkeit nicht überschätzen, sollten aber in der Frage des passiven Wahlrechts, also bei der Bestimmung des Zeitpunktes, wann jemand nun Sprecher, Sprachrohr, Ausdruck der Wähler, der politisch ihm Vertrauenden wird, die Frage seiner gesamten bürgerlichen Rechte mit in das Paket einbringen.

Ich will auch etwas zu der Frage sagen, wann wir zu solchen Gesetzen kommen können. Ich glaube nicht, Herr Finanzminister, daß es möglich sein wird - - da stimme ich Ihnen zu —, bei den für das Frühjahr vorgesehenen Kommunalwahlen im Bereich der Neugliederung schon ein verändertes Wahlalter zu praktizieren. Das, meine ich, sollte man ohne Adaptationsstrecke in einer das ganze

(A) Land betreffenden Wahl tun, auch deshalb, weil es ja Zeit braucht, sowohl Zeit der Beratung im Hauptausschuß für unsere verschiedenen Vorlagen, als auch Zeit zur Umstellung der Wählerstatistiken und Karteien auf diesen doch beträchtlichen Personenkreis. Ich meine deshalb, wir sollten ausgehen vom Termin der Kommunalwahl Ende November des nächsten Jahres, und wir sollten uns auf die Landtagswahl in der ersten Hälfte des Jahres 1970 einstellen. Dabei sollte uns das Bemühen um Bundeseinheitlichkeit und um Absprache unter den Ländern auf jeden Fall nicht loslassen, und wir sollten alles versuchen, zu einer solchen Einigung zu kommen.

Wir sollten aber bei dieser Einigung nicht auf den Bundestag warten. Denn der Bundestag hat ja schon faktisch entschieden, daß er der Herabsetzung des Wahlalters zustimmt, aber er glaubt, sie nicht mehr für 1969 realisieren zu können. Das heißt: wenn man jetzt auf die Bundeseinheitlichkeit in dem Sinne wartet, daß man zuerst einmal den Tag herbeisehnt, an dem alle gemeinsam wählen und an dem alle Wahlgesetze gleichzeitig geändert werden können, dann kommt diese Bundeseinheitlichkeit nicht zustande. Sie ist ja ohnehin immer, wenn wir von ihr sprechen, gemeint als eine Einheitlichkeit in der Sache und nicht im Zeitpunkt. Diese Einheitlichkeit in der Sache aber sollte herbeigeführt werden. Sie sollte sich auch beziehen auf das Gespräch untereinander und zwischen den Parteien über das Alter im passiven Wahlrecht. Sie wissen, meine Partei geht davon aus, hier 21 Jahre zu sagen. Sie gehen in Ihren bisher bekannten Vorstellungen vom Berliner Parteitag davon aus, daß das Alter 23 sein soll.
(B) Ich weiß nicht, ob man sich da so schnell einigen kann wie bei der Frage des Bundesbildungsministeriums, aber wir sollten auch auf diese Frage in den Beratungen eingehen.

Wir stimmen dem Antrag der CDU-Fraktion zu und bitten, die drei Gesetzesvorlagen und Verfassungsänderungsvorlagen der Landesregierung an den Hauptausschuß zu überweisen. Ich danke Ihnen.

((Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächstem Redner erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Riemer von der Fraktion der FDP.

**Dr. Riemer** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir bedauern es zunächst außerordentlich, daß für die Debatte so wenig Zeit zur Verfügung steht. Ich glaube, daß der Gegenstand es wert gewesen wäre, daß wir darüber auch in der ersten Lesung schon eine ausführliche Debatte hätten führen können. Die jetzt mehr formale Behandlung der ersten Lesung wird jedenfalls dem Gegenstand — das ist unsere Auffassung —, der hier zur Beratung steht, nicht ganz gerecht. Es könnte nämlich der Eindruck entstehen — wir sollten uns darum bemühen, daß er nicht entsteht —, daß wir die Sache nicht so ganz ernst nehmen. Wir jedenfalls, die FDP — und das kann ich für meine Fraktion sagen — nehmen diese Sache sehr ernst, und wir werden die zweite Lesung zum Anlaß nehmen, die erste Lesung dann nachzuholen. Das ist vielleicht ein wenig Manipulation — so kann man es sagen —, (C) aber ich glaube, so war es auch vereinbart.

(Johannes Rau [SPD]: Herr Kollege, das ist nicht Manipulation, sondern Absprache unter den drei Fraktionen. Wir konnten ja nicht absehen, wie es mit dem Haushalt und den übrigen Gesetzen verlaufen würde.)

Gut. Herr Kollege Rau, wir hätten es eben auch lieber gesehen, wenn die CDU-Fraktion bereit gewesen wäre, die Debatte zu verschieben. Dann hätte die Möglichkeit bestanden, im Januar darüber eine ausführliche Debatte zu führen.

(Dr. Lenz [CDU]: NRZ lesen!)

Ich kann nur sagen — das kann ich auch jetzt schon in diesen fünf Minuten der ersten Lesung —, daß wir dem Antrag zustimmen, daß wir aber auch den Gesetzentwürfen zustimmen. Wir haben im Bundestag entsprechende Gesetze und auch einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir meinen, daß es jetzt Zeit ist, tatsächlich das Wahlalter herabzusetzen. Alles spricht dafür. Es gibt eine ganze Reihe von anderen Gesetzen, die schon lange in Kraft sind, nach denen man mit einem wesentlich geringeren Alter vielleicht sogar viel schwerwiegendere Entscheidungen treffen kann. Ich möchte nur an das Gesetz über die religiöse Kindererziehung erinnern, wonach schon mit 14 Jahren das Kind darüber entscheiden kann, welcher Konfession es angehört. Ich glaube, das ist auch keine leichte, sondern vielleicht eine viel schwierigere Entscheidung als die Entscheidung zwischen den Parteien. Auch bei den Wahlen zum Betriebsrat sind die 18jährigen, glaube ich, bereits wahlberechtigt. (D)

Nun, ich will hier jetzt keine längeren Ausführungen mehr machen. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß wir, wenn wir für die Herabsetzung des Wahlalters sind, dafür nicht so sehr aus parteipolitischen Gründen sind, obgleich wir uns natürlich zutrauen, einige von diesen jungen Wählern für uns zu gewinnen, sondern es geht uns darum, den jungen Menschen, die nicht nur demonstrieren wollen und nicht nur politische Happenings veranstalten wollen, die Möglichkeit zu geben, wirklich politisch mitzuentscheiden.

(Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Abg. Dr. Klose von der Fraktion der CDU.

**Dr. Klose** (Korschenbroich) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Riemer, aus Ihren Worten könnte man entnehmen, es sei der CDU-Fraktion hier nur um eine formale Behandlung dieses Problems gegangen. Dem muß ich widersprechen. Ihnen wird nicht entgangen sein, daß der Berliner Parteitag unserer Partei sich ganz eindeutig für die Herabsetzung des Wahlalters ausgesprochen hat, und dies nicht nur aus formalen oder aus parteiegoistischen Gründen, sondern aus der Überzeugung heraus, daß generell heute ein junger Mensch im Alter von 18 Jahren nach seiner sittlichen Reife in der Lage ist, eine politische Entscheidung für diesen Staat in den enggezogenen Grenzen des Wahlrechts zu treffen.





(A) Das ist der Grund für unsere Haltung, und deshalb wollen wir auch nicht — und das möchte ich ganz deutlich sagen —, daß die Entscheidung im Lande verzögert oder hinausgeschoben wird. Wir sind der Meinung, daß diese Entscheidung bald getroffen werden sollte, nach Möglichkeit auch schon für die nächsten hier im Lande anstehenden Wahlen.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings bin ich der Meinung, daß dem Gesichtspunkt der Bundeseinheitlichkeit, der auch von einigen meiner Vorredner hier erwähnt worden ist, noch einmal sehr nachdrücklich zugesprochen werden muß.

(Johannes Rau [SPD]: Wir haben ja Kühn als Bundesschlichter!)

— Gerade die Tatsache, Herr Kollege Rau, daß die FDP-Fraktion im Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht hat, in dem das aktive Wahlalter auf 18 und das passive Wahlalter auf 23 Jahre festgelegt ist, veranlaßt mich, hier darauf hinzuweisen, daß es richtig gewesen wäre, wenn die FDP auch in dieser Regierung diese ihre Auffassung zum Tragen gebracht hätte. Dann wären wir wahrscheinlich in der Frage der Bundeseinheitlichkeit schon ein ganzes Stück weiter.

(Beifall bei der CDU)

Und darum, meine Damen und Herren —

(B) (Johannes Rau [SPD]: Das kriegen Sie noch hin!)

— Das weiß ich nicht, Herr Kollege Rau, ob Sie die Stärke der FPD so optimistisch einschätzen dürfen.

(Johannes Rau [SPD]: Die Qualität, nicht die Stärke, Herr Kollege! — Dr. Lenz [CDU]: NRZ lesen!)

— Ich weiß nicht, ob Sie das gelesen haben, was heute in der NRZ steht. Auch da ist ja darauf hingewiesen worden, daß es sinnvoll ist, möglichst schnell zu einer Entscheidung zu kommen.

Deshalb, Herr Ministerpräsident, die Bitte unserer Fraktion an Sie, nun wirklich — und das wäre ja Partikularismus, wenn man das Wahlalter in den einzelnen Ländern bzw. im Bund unterschiedlich regeln würde — alles daran zu setzen, daß wir auf diesem Gebiet zu einer einheitlichen Wahlrechtsordnung im ganzen Bundesgebiet kommen.

Man könnte darüber geteilter Meinung sein, ob man abwarten sollte, bis der Bundestag seine Entscheidung getroffen hat. Auch das ist, so meine ich, nur eine formale Betrachtungsweise. Es kommt viel entscheidender darauf an, daß man materiell zu einem Einvernehmen mit den tragenden politischen Parteien, mit den tragenden Kräften im Bund und in den Ländern kommt, unabhängig davon, ob das auch sogleich in Gesetze umgegossen wird.

(Johannes Rau [SPD]: Das war aber doch in Bonn geschehen!)

— Ja, aber wir merken nichts davon! (C)

(Johannes Rau [SPD]: Die materielle Entscheidung in Bonn ist doch gefallen!)

— Aber, Herr Kollege Rau, Sie haben doch wahrscheinlich den Bericht über die Bundestagsdebatte gelesen. Eine materielle Entscheidung ist dort eben nicht gefallen; es sind einige Erklärungen abgegeben worden. Aber es ist doch durch eine Initiative unserer Landesregierung auch möglich, darauf hinzuwirken, daß nun schnell eine einheitliche Regelung für die Wahl zu allen Parlamenten herbeigeführt wird.

(Beifall bei der CDU)

Denn darin werden Sie mir wohl zustimmen: daß das nicht mehr Föderalismus, sondern Partikularismus im schlechtesten Sinne wäre, wenn es unterschiedliche Regelungen gäbe.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich darf hier noch einmal zum Ausdruck bringen, daß wir an einer schnellen Entscheidung unter Wahrung der Gesichtspunkte, die hier soeben vorgetragen worden sind, interessiert sind und daß ich auch für meine Fraktion beantrage, den Antrag, den wir gestellt haben, zur weiteren Beratung an den Hauptausschuß zu überweisen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich erteile das Wort Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD. (D)

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur ganz wenige Sätze. Wenn ich, Herr Kollege Klose, die Bundestagsdebatte richtig verfolgt habe, ist bezüglich der Bundeseinheitlichkeit nur die Frage der Altersbegrenzung des passiven Wahlrechts strittig. Darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Das hängt auch damit zusammen, daß sich die SPD bei ihren Berliner Beratungen für das Alter 21 Jahre ausgesprochen hat, die CDU bei ihrem Berliner Parteitag hingegen für 23 Jahre. Bundeseinheitlichkeit ist aber nicht so weit auszulegen, daß nun auch noch die Entschließungen unserer Parteitage identisch sein müßten. Das hieße nach meiner Meinung, die große Koalition mißzuverstehen. Es geht im Bund und in den Ländern um die Erörterung des Themas, welches Zeitalter das richtige ist.

(Dr. Lenz [CDU]: Das Unserige!)

— Sie sagen, das Ihrige. Natürlich.

(Dr. Lenz [CDU]: Sie sprachen vom Zeitalter, Herr Rau! — Heiterkeit — Beifall)

Stammt eigentlich von Ihnen der Satz: Der einzige, der für mich schwärmt, bin ich? — Nein, doch nicht.

Dies ist eine Frage, die auf der Länderebene und mit dem Bund abgeklärt werden kann. Das soll geschehen. Wenn die Auffassung über das Alter bezüglich des passiven Wahlrechtes, ob 21 oder 23 Jahre, unterschiedlich sein sollte, so hielte ich das nicht für Partikularismus. Darin sehe ich gar kein Problem. Denn in wie vielen Bereichen gibt es un-

(A) Nachdem aber die Sache hier angesprochen worden ist, erkläre ich für meine Fraktion — und dazu bin ich dann berechtigt — folgendes: Dieser Gesetzentwurf erfüllt den Auftrag eines Bundesgesetzes. Der Bund hat uns den Auftrag gegeben, ein solches Gesetz zu machen. Der Gesetzentwurf übernimmt das, was der Bundestag für die Bundesebene beschlossen hat, und transponiert es auf die Landesverhältnisse. Die wichtigsten Vorschriften dieses Entwurfs sind praktisch Abschriften der Bundesregelung. Ich meine also, wir sollten den Entwurf in den Ausschuß überweisen und dort prüfen, was im Einzelfall richtig oder gut, besser oder richtiger ist. Heute brauchen wir aber wirklich nur dem Beschluß und der Empfehlung des Ältestenrates zu folgen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat der Abg. Johannes Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nicht über den Ältestenrat sprechen und über die Schwierigkeiten, Verabredungen immer und auf allen Seiten durchzuhalten. Ich bin auch der Meinung, daß die Absprache hätte gelten müssen. Aber wir sollten daraus keine Großaktion machen, sonst müßten wir auch darüber sprechen, wie man bei Gelegenheit Dinge von der Tagesordnung des Vortages von hinten herum noch einmal auf die Bühne dieses Hauses bringt.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

(B) Wir kämen dann in lange Diskussionen über solche Verfahren.

Was das Landesausführungsgesetz angeht, so hat Herr Kollege Lenz die Vorgeschichte schon dargestellt. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir haben uns auf der Ebene des Fraktionsvorstandes mit dem anstehenden Fragenkomplex beschäftigt und haben dem Herrn Innenminister — der Vorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen ist — in seiner Eigenschaft als Innenminister unsere Vorstellungen zu diesem Entwurf vorgetragen. Wir sehen eine entscheidende Frage dieses Entwurfs darin, daß er weitgehend an die bestehende Regelung des Bundesgesetzes angeglichen werden muß. Das ergibt sich aus der Natur der Sache. Nur so kann die Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte gewährleistet werden. Wir sind der Meinung, daß wir, möglicherweise in Abweichung von der Vorlage auf der Bundesebene, aber in Anpassung an das, was sowohl im Bundestag als auch in verschiedenen Ländern versucht wird, erreichen müssen, daß die Kommission — also nicht die Fünfergruppe der Abgeordneten — an anstehenden Beschränkungsmaßnahmen im voraus beteiligt sein muß und nicht erst nachträglich unterrichtet werden sollte. Es wird bei einer so schwierigen Materie darum gehen, daß die Verantwortung von Anfang an auf mehrere Schultern gelegt wird, damit Fehlentscheidungen so wenig wie möglich vorkommen.

Es wird in den Beratungen darüber zu sprechen sein, wie es erreicht werden kann, daß zwischen der Kommission und dem Abgeordnetengremium ein ständiger Kontakt sichergestellt wird, der sich dann auch auf die Landesregierung und den Innenminister selbst bezieht. Das Gremium wird in Abständen von höchstens sechs Monaten zu unterrichten sein. (C

Ich meine, wir sollten die Einzelheiten im Ausschuß klären. Wir sollten auch der Frage, die Herr Kollege Riemer hier gestellt hat — ob das Land sich an der Klage des Landes Hessen beteiligen soll —, nicht ausweichen. Aber das ist eine Entscheidung, die das Kabinett zu fällen hat, bei der wir unseren Rat nicht vorenthalten sollten. Ich meine, eine solche Frage sei unter den Fraktionen vorweg zu erörtern. Wir sind dazu jederzeit bereit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Möller von der Fraktion der FDP.

**Möller** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Herr Kollege Lenz mich vorher hätte reden lassen, wäre es erledigt.

Hier gibt es nur einen Schuldigen: das bin ich. Ich habe nämlich vergessen, die Fraktion zu unterrichten. Verzeiht mir das. Aber von hinten herum, Herr Kollege Rau, wollten wir nichts machen. Also, es war eine Panne. Ich bin auch dafür, daß Abreden gehalten werden. Aber ich bin nur ein Mensch, ich habe es vergessen. Entschuldigt bitte.

Nebenbei gesagt, Herr Kollege Lenz: da Sie gesagt haben, unser Minister hätte das unterschrieben, möchte ich die eine Bemerkung dazu machen: da wird viel unterschrieben. Das kommt zu uns, und dann wird das beraten. Wenn wir anderer Meinung sind, machen wir es anders. Es braucht nicht unbedingt so zu sein, daß es, wenn es einer von Ihrer oder unserer Partei unterschrieben hat, Ewigkeitswert hat. Darüber kann man sich sehr ruhig unterhalten. Und wenn sich junge Menschen, wie der junge Herr Abg. Riemer, mal Gedanken darüber machen, dann geht die Welt auch nicht unter! (D)

(Heiterkeit und Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Nachdem Herr Kollege Möller als Fraktionsvorsitzender erklärt hat, er habe es versäumt, über die Absprache im Ältestenrat seiner Fraktion zu berichten, wird Herr Lenz auch nicht mehr darauf bestehen, daß der Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Ältestenrates kommt. Die Sache hat damit ihre Aufklärung gefunden.

Wir haben noch über die **Überweisung des Entwurfs eines Landes-Ausführungsgesetzes zum Gesetz zu Artikel 10 GG, Drucks. Nr. 1015,** abzustimmen. Wer der Überweisung dieses Gesetzentwurfs **an den Hauptausschuß unter Hinzuziehung von 5 Mitgliedern des Ausschusses für Innere Verwaltung** seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Gegenstimme ist die Überweisung mit allen übrigen Stimmen **beschlossen.**

(A) ben. — Lefévre hat in seiner programmatischen Schrift gesagt: Gelingt es der studentischen Opposition, die Koordination und Kooperation zwischen den Betrieben und den dort unruhig zu machenden Arbeitern herzustellen, dann haben wir das Entscheidende erreicht.

Rechtsanwalt Mahler, der sich als einer der entscheidenden Verteidiger in den Prozessen gegen radikale Gruppen kenntlich gemacht hat, hat in einem seiner Vorträge gesagt, die Hauptaufgabe der APO sei es, die SPD zu zerschlagen, die den Schutzwall vor diesem Establishment darstelle. In Berlin ist das jetzt wieder in aller Deutlichkeit gesagt worden.

Ich will damit sagen: Mich erinnert das an die Zeit vor 1933, als die damalige Kommunistische Partei erklärte, der Hauptfeind sei nicht Hitler, der Hauptfeind sei die SPD, und die Prägung in die politische Agitation brachte, der Sozialfaschismus sei schlimmer als der Hitlerfaschismus.

Es ist und wird den radikalen Gruppen nicht gelingen, in die Arbeiterschaft dieses Landes einzubrechen. Es gilt Dank auszusprechen für die staatspolitische Einsicht der Gewerkschaften und der arbeitenden Menschen in diesem Lande, die da stabile Elemente der Demokratie sind.

(Allgemeiner Beifall)

Wenn dieses stabile Fundament unserer Demokratie labil werden würde, dann gäbe es eine Gefahr für die Freiheitlichkeit dieses Staates.

(B) Diese Landesregierung nimmt für sich in Anspruch, daß sie durch ihre Politik der Stabilität und ihre Politik der Erfolge, die sicherlich nur — und das hat niemand lauter von dieser Stelle gesagt als ich — in Kooperation mit dem Bund möglich war, unendlich viel mehr gegen den Radikalismus erreicht hat, als man durch jeden Maßnahmenkatalog tun könnte. Vergessen wir nicht, auf der Höhe der Kohlenkrise hatten wir dieses Umfrageergebnis: Im engeren Kohlengebiet waren 12% der Menschen bereit, die NPD zu wählen, und 12% waren bereit, die DFU zu wählen. Im Dezember 1968 waren es für beide Richtungen nur noch 3%.

Ich wage die Prophetie, daß in diesem Lande der Radikalismus, welcher Spielart auch immer, bei den kommenden Wahlen keine Chance an der Wahlurne haben wird. Das darf uns aber keine trügerische Bestätigung sein, daß alles so, wie es ist, gut ist. Die Bereitschaft zu notwendigen Reformen, die Bereitschaft zum dialogischen Gespräch mit unserer jungen Generation ist notwendig, um diese junge Generation für den Staat der Freiheit und für die Sicherung der parlamentarischen Demokratie zu gewinnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat jetzt Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht leicht, nach der ausführlichen und den Problemkreis des Rechts- und Linksradikalismus umgreifenden Rede des Ministerpräsidenten, für die ich ihm danke, mehr als Ergänzungen zu geben. Darum erlauben Sie mir, daß ich versuche, solche Ergänzungen zu leisten, indem ich drei Fragen stelle und auf diese drei Fragen den gewiß noch unzulänglichen und ersten Versuch einer Antwort mache. (C)

Was ist gemeint mit dem Rechts- und Linksradikalismus? Wie entsteht dieser Rechts- und Linksradikalismus? Wie überwindet man die Gefahr, die in diesen Strömungen liegt?

Ich glaube, es wäre gut, wenn wir untereinander — und das kann in den folgenden Diskussionen sicher geschehen — uns um eine Differenzierung der Begriffe bemühten, nicht deshalb, weil es um Wortklauberei oder um Haarspalterei geht, sondern weil es in den unterschiedlichen Strömungen, von denen wir heute miteinander sprechen, radikale und extremistische, totalitäre und autoritäre, diktatorische und repressive Tendenzen gibt. Wie immer man das im einzelnen bezeichnet: Es handelt sich um Akzente einer Sache, aber diese Akzente gehen in unterschiedliche Richtungen.

Es ist interessant zu beobachten — der Herr Ministerpräsident hat bereits darauf hingewiesen —, daß das, was wir heute verhandeln, kein Problem unseres Landes oder auch nur unserer Nation wäre, sondern daß es sich um Strömungen und Entwicklungen handelt, die es in der ganzen Welt gibt, nicht nur in dem, was wir die freie Welt nennen, aber auch und besonders da.

Die Frage, mit der wir uns werden beschäftigen müssen, ist, wie sich diese verschiedenartigen Phänomene des sogenannten Rechts- und des sogenannten Linksradikalismus in der bestimmten Situation unseres Volkes und unseres Landes heute auswirken und wie wir ihnen zu begegnen haben. Es darf kein Trost sein, daß es überall radikale Minderheiten gibt, es muß aber die Frage sein, warum — und ich meine, von dieser Voraussetzung müßten wir ausgehen — radikale Minderheiten in der Bundesrepublik besonders gefährlich sind. Ich meine, das sei im Blick auf das, was sich links nennt, und das, was wir als rechts verstehen — das ist durchaus ein Unterschied —, auf Grund einer zweifachen Beschreibung unserer Situation ein besonders wichtiges Thema. (D)

In bezug auf den Rechtsradikalismus, auf das, was wir unter der Chiffre NPD zu nennen und zu bezeichnen pflegen, wobei wir sehen müssen: da gibt es viele Zulieferfirmen, und da gibt es viele Filialbetriebe, in bezug darauf scheint es mir wichtig zu sein, daß wir einander daran erinnern und die Öffentlichkeit daran erinnern, daß rechtsradikale Töne und Formulierungen nicht nur im Ausland — da auch, und da besonders —, sondern auch unter vielen unserer Mitbürger die Einnerung an eine Zeit wachrufen, in der es hieß: Recht ist, was dem Volke nützt. Diesem Volke nützte dann angeblich nichts anderes als der Ausverkauf der Freiheit, als der Verlust der nationalen Würde und als das Verbrennen und das Vergasen und das „Ausschalten" und das Hinaustreiben von Menschen. Nicht die, die daran erinnern, sind die Nestbeschmutzer, sondern die, die das nicht wahrhaben wollen, die das verschweigen und die das verdrängen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Meine Damen und Herren, nichts ist schlimmer, als wenn ein Volk vor der eigenen Geschichte wegläuft, nichts ist schlimmer, als wenn wir die braune Vergangenheit vergolden lassen, damit sie nicht so hart und nicht so klar als das wirkt, was sie gewesen ist. Ich meine, daß wir deshalb darauf hinweisen müssen, daß die Existenz rechtsradikaler Gruppen und daß das Vorhandensein solcher Gruppen in deutschen Parlamenten deshalb für Deutschland und für die Bundesrepublik eine andere Situation ist als für vergleichbare oder eben nicht vergleichbare Länder, und ich meine, wir täten gut daran, das immer wieder auch der jungen Generation zu sagen, ohne sie falsch zu pädagogisieren, und ihr deutlich zu machen, daß die Tatsache, daß sie das selber nicht erlebt hat und daß sie daran nicht schuldig ist, sie nicht herausnimmt aus der Solidarität der Generationen, sondern daß wir als Deutsche im Guten und im Bösen mit unserer Geschichte leben müssen und daß es eine Frage unseres Charakters, des Charakters des einzelnen wie des Sozialcharakters, ist, wie wir das bestehen und wie wir das durchhalten. Zu diesem Durchhalten gehört, daß wir denen eine Abfuhr erteilen, die jene Geschichte von damals aufs Heute verlängern möchten.

Lassen sie mich das gleiche für jenen Radikalismus sagen, der sich als links versteht oder ausgibt, von dem ich freilich glaube, daß er dieses Wort „links" zu unrecht führt. Wir werden dabei bedenken müssen, daß wir in einem Volk leben, das auf Grund dieser Geschichte, von der ich soeben gesprochen habe, geteilt ist und daß der eine Teil dieses Volkes in einem nichtgewählten, in einem nichtgewollten System lebt, in einem System, an
(B) das man sich anpassen kann und an das viele sich anpassen müssen, wenn sie nicht nur leben, sondern wenigstens überleben wollen. Wir haben da nicht die Funktion des Pharisäers wahrzunehmen, wir haben aber zu erkennen, daß dieser Linksradikalismus und das, was sich so nennt, eben deshalb bei den Menschen unseres Volkes auf so viel Nervosität trifft, weil sie erlebt haben und erleben, weil sie sehen und weil sie wissen, wohin ein System sie bringt, das aus einem humanen Ansatz in eine totalitäre Gegenwart geführt hat. Dort leben Menschen — sie sind erwachsen und sind alt —, die noch nie etwas anderes erlebt haben als totalitäre Systeme dieser oder jener Observanz.

Die Frage, mit der wir als Menschen, die politisch nachdenken, politisch handeln und politisch reflektieren, uns zu beschäftigen haben, ist unter anderem die, wo dieser Radikalismus unterschiedlicher Prägung seine Wurzeln hat. Ich habe die Antworten darauf nicht; denn es sind die verschiedenartigsten Ansätze und Wurzeln, die hier zusammenkommen und die zu diesen Stauden des Radikalismus werden. Doch ich meine, eines sei auch wahr und gehöre zu den Teilwahrheiten, die man dazu aussprechen müsse: Radikalismus — auch und vor allem unter der jungen Generation — ist Flucht vor der Realität unserer offenen Gesellschaft. Da gibt es viele Menschen, die sich das Urteil nicht mehr zutrauen, die sich das Unterscheiden der Geister nicht mehr zu leisten vermögen, die das nicht mehr zuwege bringen und deshalb vor dem Urteil ausweichen ins Vor-Urteil, in die angeblich, in die vermeintlich geschützte Sphäre einer Ideologie, in der alles paßt, in der alles stimmt, sofern man nur die Vorzeichen richtig setzt.

Der Herr Ministerpräsident hat das in einer anderen Richtung dargestellt, und ich glaube, daß wir (C)
dasselbe meinen. Er hat es dargestellt mit dem Blick auf die Technisierung und die Industrialisierung unserer Gesellschaft in den letzten hundert Jahren und auf die Zeitverschiebung, die damit im Lebensprozeß des einzelnen stattfindet und die — nicht der Radikalismus, sondern diese Zeitverschiebung! — ihn „verunsichert", die ihn fragen läßt: Wo sind Wahrheiten, denen man sich anvertrauen kann; wo sind letzte Werte, wo „stimmige" Systeme? Diese „stimmigen" Systeme sind dann leicht und häufig totalitäre Systeme,

(Zuruf von der CDU: Immer!)

die den Menschen ganz wollen, die den ganzen Menschen wollen, die nicht mehr privat und öffentlich, die nicht mehr individuell und gesellschaftlich zu differenzieren bereit sind, die vielmehr mit dem Zugriff auf den Menschen arbeiten und ihm vorgaukeln, bei ihnen befinde er sich in einem gesicherten System.

Dennoch, so meine ich, meine Damen und Herren, sind rechts und links nicht zwei Seiten einer Medaille. Wir werden mit dem Phänomen des Radikalismus nur fertig werden, wenn wir die unterschiedlichen Wurzeln, etwa aus dem falschen Verständnis des Nationalen auf der einen Seite und aus dem falschen Verständnis des Sozialen auf der anderen Seite, zu sehen versuchen und wenn wir erkennen, daß hier nicht mit einem Maße gemessen werden kann, weil es sich um verschiedene Phänomene handelt, die in ihrer geistesgeschichtlichen Herkunft nicht miteinander vergleichbar sind. (D)

Dennoch gibt es zwischen diesen nicht vergleichbaren Größen übereinstimmende Symptome, nämlich die, daß in den radikalen, in den diktatorischen, in den extremistischen Gruppierungen und Ideologien der Mensch trotz der Proklamation, trotz der Transparente, die man mit sich trägt, trotz der Programme, mit denen man die gute, die gesicherte, die bessere Zukunft anpreist, um des Menschenbildes willen verraten wird; daß nicht der Mensch selber interessiert, seine jetzige Existenz und seine Wohlfahrt, sondern daß es interessiert, wie dieser Mensch in ein Menschenbild hineinzubringen ist, in dem es dann angeblich gut geht. So wird aus der Behauptung, im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein, so wird aus der Theorie, den Schlüssel zur Lösung aller Probleme zu haben, die Proklamation der Toleranz und die Praktizierung der Intoleranz, die Proklamation der Humanität und eine inhumane und eine kontrahumane Wirklichkeit. Ob diese Wirklichkeit die eine oder die andere Farbe trägt, ist dabei eine zweite Frage.

Da gibt es einen Uberdruß gegenüber dem System, in dem wir leben. Das Wort System hat ja bei denen, die es dann so aussprechen, einen völlig anderen Klang und eine Wertung in sich selbst. Da gibt es einen Uberdruß über unsere gegenwärtige Gesellschaft, der dazu führt, daß die Sehnsucht nach der heilen Welt ausgenutzt wird, daß die Sehnsucht nach der einen Welt manipuliert wird.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns auch in den Diskussionen mit Studentengruppen darüber klar sein: „Manipulation" sagen sie, wenn sie





(A) Springer meinen, „Bewußtmachung" sagen sie, wenn sie selber manipulieren. Nur derjenige, der der Manipulation widersteht, gleichgültig, ob sie von Springer oder von Cohn-Bendit kommt, nur der kann am Bewußtmachungsprozeß mitwirken und dabei helfen, daß Menschen zu sich selber und zur Gesellschaft kommen. So wird aus der Proklamation der Freiheit die vorgeschriebene Freiheit, aus der postulierten Gleichheit die verordnete Gleichheit der wenigen, die zur Gruppe gehören, gleichgültig, ob diese Gruppe dann das Volk heißt und sogleich das Adjektiv völkisch bei sich trägt oder ob diese Gruppe die Klasse ist. So wird aus der bekanntgegebenen Brüderlichkeit die befohlene Brüderlichkeit, und die Götzenbilder werden ausgetauscht, je nachdem, was an Bedarf vorhanden ist, je nachdem, was in der Gesellschaft fehlt. Je nachdem, wo diese Gesellschaft Syndrome, Symptome, Mangelerscheinungen aufzuweisen hat, da beginnt das, was die Linken „Bewußtmachung" und die Rechten „Wiederfinden der Würde der Nation" — wie immer wir das bezeichnen wollen — nennen. Und es ist doch nichts anderes als Manipulation der Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, wenn wir kritisch über den Radikalismus jeglicher Observanz miteinander sprechen wollen, dann wäre es gut, wenn wir das nicht deshalb täten, um uns ein Alibi dafür zu verschaffen, nicht über uns selber, über unsere Fehler und Schwächen zu sprechen. Lassen Sie mich nun meinerseits, ebenso wie der Herr Ministerpräsident, den Versuch machen, auf die verschiedenen Strömungen, die wir im Augenblick zu beobachten
(B) haben, einzugehen. Ich nenne in diesem Zusammenhang, wie er es tat, die DKP, die NDP und das, was sich unter dem Sammelbegriff APO zusammenfassen läßt.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Kommunistische Partei, die im Augenblick den vergeblichen Versuch unternimmt, durch Briefe an Sozialdemokraten Solidarität, Loyalität und ähnliches vorzutäuschen, leidet in diesem Punkt offenbar an dem Fehlen jeglichen Geschichtsbewußtseins, weil sie sonst wüßte, daß es eine härtere Gegnerschaft wegen der Perversion dessen, was sie Sozialismus nennt und was kein Sozialismus ist, nicht geben kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Diese DKP sollten wir in Nordrhein-Westfalen ernst, aber nicht wichtig nehmen. Ich glaube, sie ist eine Firma, die schon vor der Eintragung ins Handelsregister — also vor der offiziellen Gründung — deshalb bankrott war, weil sie - - der Herr Ministerpräsident hat das mit Zahlen belegt — in diesem Lande und bei den Menschen dieses Landes keine Resonanz finden kann und finden wird. Wer unter dem Stichwort des Sozialismus die Gesellschaft verändern will, der darf sich nicht der ständigen Verbiegung und Perversion dieses Begriffes — und das vor aller Augen und in allen Ländern — schuldig machen, weil man ihm nicht glaubt, daß es ihm um die Verbesserung der Gesellschaft geht, sondern weil gerade der arbeitende Mensch in diesem Lande weiß: Da ist nichts zu holen, die haben nichts zu bieten außer Parolen, außer dem ständigen Ausnutzen von Unbehagen und Unruhe in unserer Gesellschaft.

Was die NPD angeht, so meine ich, wir sollten (C)
vor allen Dingen das, was der Herr Ministerpräsident als Prophetie formuliert hat, unsererseits als Selbstverpflichtung aufnehmen. Wir sollten eine Politik betreiben, die es nicht nur unwahrscheinlich, sondern die es unmöglich macht, daß wir irgendwann in diesem Saal gemeinsam mit der NPD sitzen müssen. Ich glaube, daß wir das können, und ich glaube, daß sich die Entwicklung schon in diese Richtung begeben hat, nicht nur hier, aber hier besonders. Diese NPD, so hoffe ich, ist für Nordrhein-Westfalen keine ernsthafte Gefahr.

Eine ernsthafte Gefahr besteht jedoch darin, daß diese Partei, weil sie eine radikale Partei ist, das Periphere ins Zentrum rückt und damit die Wirklichkeit verstellt, weil sie unsere Geschichte verleugnet und verfälscht, sich bei aller Differenzierung von Führern und Wählern als ein Kollektenbeutel der deutschen Vorurteile erweist.

(Heiterkeit)

Deshalb werden wir alles tun müssen, um nicht nur mit dem Kollektenbeutel fertig zu werden, sondern um die Zahl der Vorurteile zu reduzieren.

Wenn ich höre und lese, daß „deutsche Frauen auf deutschen Straßen geschützt werden müssen", dann, meine ich, wäre das ohne die Adjektive schon verständlicher. Denn jeder Mensch, jeder Mann und jede Frau, jedes Kind und jeder Alte muß geschützt werden, und zwar die, die in Deutschland leben ebenso wie diejenigen in anderen Ländern.

Das Schlimme an diesem Satz ist ja nicht das, was der Bürger darunter versteht, nämlich mehr Schutz, (D)
mehr Sicherheit, keine wachsende Kriminalität. Das Schlimme ist vielmehr die unterschwellige Mitlieferung des Arguments, daß deutsche Frauen auf deutschen Straßen vor Nicht-Deutschen geschützt werden müßten, und damit etwas, was in eben jene Sammlung von Vorurteilen eingeht, die wir alle haben, mit denen wir uns alle, mit denen wir uns auch selber immer wieder auseinandersetzen müssen, weil das Vorurteil doch etwas anderes ist als das, was man so mitgeliefert bekommt.. Offenbar sind das Vorurteil und das Tabu nicht nur Dinge, die irgendwie durch falsche Erziehung zustande kommen; sie sind vielmehr in einer jahrhundertealten Sozialgeschichte begründet, in jedem Volk anders, aber für jedes Volk gleich bedrohlich. Vergleiche zwischen den Vereinigten Staaten und uns würden hier besonders naheliegen, weil es merkwürdige Übereinstimmungen und auch merkwürdige Differenzierungen gibt. Wir sollten den NPD-Wählern deutlich machen, daß sie damit, daß sie einmal NPD gewählt haben mögen, noch nicht aus der Gemeinschaft derer ausgeschlossen sind, die sich um die Demokratie bemühen können. Aber wir sollten ihnen ebenso deutlich machen, daß nicht die Tatsache, daß jemand bis 1945 dies oder jenes geglaubt hat, diese Menschen aus der Gemeinschaft herausstellt, sondern daß es die Wiederholungsgefahr, die Unbußfertigkeit, daß es das Nicht-wahr-haben-Wollen von Wirklichkeit ist, daß es die Tendenz ist, gegen jede bessere Einsicht weiterzumachen, weil man sich im Gehäuse der vielfachen Vorurteile so wohl fühlt.

Meine Damen und Herren, nun lassen Sie mich etwas zu dem sagen, was unter dem Stichwort

(A) „Außerparlamentarische Opposition" inzwischen druckreif geworden ist. Ich will nun nicht das wiederholen, was schon gesagt worden ist und was wir ja vielerorts aussprechen und nicht müde werden dürfen auszusprechen, daß das nicht e i n e Gruppe ist, daß das nicht e i n e Richtung ist, sondern daß wir hier differenzieren müssen, daß es aber in dieser außerparlamentarischen Opposition — und möglicherweise und wahrscheinlicherweise zur Zeit in der Führung dieser außerparlamentarischen Opposition — einen Linksradikalismus gibt, der nicht Veränderung der Gesellschaft, sondern der Auflösung des Systems, der Zerstörung und Auflösung unserer Ordnung will.

Das sollte sich herumgesprochen haben. Ich fände es gut, wenn es sich auch unter der großen Mehrheit der Studenten einmal herumspräche, die sich immer wieder solidarisieren lassen auf Grund falscher oder richtiger Entscheidungen, die auf staatlicher Ebene oder von Universitätsgremien getroffen werden, und daß sie dann nicht in die Trotzecke gehen, sondern beginnen, zu argumentieren und die Gegenargumentation aufzunehmen.

(Ey [SPD]: Herr Rau, warum nennen wir sie immer noch, wie sie sich selber nennen, außerparlamentarische Opposition? Warum nennen wir sie nicht richtiger antiparlamentarische Opposition?)

— Ich glaube in der Tat, Herr Kollege Ey, daß es innerhalb dieser sogenannten APO — ich habe bewußt „sogenannte" gesagt, was ich bei anderen Begriffen nicht immer getan habe —, in der Tat einen antiparlamentarischen Kern gibt. Ich würde (B) weitergehen, und zwar einen Kern, der selbst unter dem Stichwort der Demokratisierung die Auflösung aller Herrschaft glaubt erreichen zu können; vielleicht darf man in diesem Zusammenhang einmal sagen: die Auflösung von Herrschaft oder — wie das ein Sprecher der FU vor einiger Zeit gesagt hat — die Schaffung befreiter Gebiete in der Universität.

Das ist nicht nur Utopie, sondern das ist Illusion; und wer Demokratie als den Versuch interpretiert, Herrschaft aufzulösen, der hat sie mißverstanden. Demokratie ist das System, das die Transparenz und das die Kontrolle von Herrschaft will, aber nicht den Abbau von Herrschaft, der nichts anderes wäre als eine wie auch immer belletristisch zu beschreibende, aber schrecklich zu erlebende Anarchie. Wir sollten das mit Deutlichkeit sagen, ohne damit Gesprächsbereitschaft aufzukünden. Diese Gruppen, von denen wir jetzt miteinander sprechen — Ministerpräsident Kühn hat mit einem Zitat von dem Rechtsanwalt Mahler schon drauf hingewiesen —, haben gerade in den letzten Tagen und Wochen wieder ihre Ziele beschrieben. Sie haben von der Befreiung der Arbeiterklasse von der Vormundschaft der SPD gesprochen, und ich habe den Eindruck, daß sie sich selber damit zum Vormund einer seit Jahren und Jahrzehnten mündigen Arbeiterschaft gemacht haben, einer mündigen Arbeiterschaft, mit der die Verständigung für eben jene Gruppen so gut wie unmöglich ist.

Sprache verrät immer den Sprecher, und die exklusive Sprache, nicht nur das Soziologendeutsch — darüber kann man ja noch miteinander mit dem Lexikon reden —, sondern die Exklusivität der Sprache scheint mir darauf hinzuweisen, daß mindestens bestimmte Leute innerhalb dieser Gruppierung auch eine neue Art exklusiver Gesellschaft wollen, einer Gesellschaft, die nicht realistisch beschrieben ist, die sich in Utopien darstellt, die sich als Illusionen erweisen können. Insofern stehen diese Leute mit beiden Füßen fest in den Wolken. Wir müssen darauf achten, daß wir diesen Differenzierungsvorgang immer wieder vornehmen und nicht ungeduldig werden, daß es uns nicht lästig wird, das Gespräch mit ihnen zu suchen. Aber dazu später noch ein paar Bemerkungen! (C)

Lassen Sie mich zur zweiten Frage kommen, die ich heute stellen möchte und von der ich ebenso sagen muß, daß sie nicht mit einer Antwort versehen ist, von der ich glaube, sie sei fertig, sie sei richtig und sie sei vollständig! Wie entsteht dieser Extremismus?

Ich glaube, daß wir drei verschiedene Quellen sehen müssen: sowohl den importierten, den ich mit dem Stichwort DKP soeben angesprochen habe, der gezielt, der ausgesandt, der mit Fahrkarten versehen worden ist und der den Versuch macht, aus der Wiedervereinigung und dem, was wir als solche immer wieder — manchmal gegen die eigene Resignation — proklamiert haben —, so etwas wie eine Verlängerung der DDR auf das Gebiet der Bundesrepublik mißzuverstehen. Das ist ein importierter Radikalismus, der hier nicht Fuß fassen kann.

Außerdem gibt es einen spezifischen Radikalismus, den ich hier einfach mit dem Stichwort „Eigenbau" bezeichnen möchte: Das ist die Ausnutzung der nationalen Vorurteile, das ist das Sichverkriechen in ein selbstgemachtes Geschichtsbild und das ist das Sichverlieben in eine bestimmte Optik von der eigenen Geschichte. (D)

Und dann gibt es — und das scheint mir besonders ernst zu nehmen zu sein — jene internationale Entwicklung, die so viele Menschen beunruhigt und unsicher macht, weil sie Gemeinsamkeiten hat in Tokio, in Warschau, in Berlin und in Berkeley und wo immer es zu Auseinandersetzungen kommt.

Mir scheint, daß es zwei Gesichtspunkte gibt, auf die wir bei der Analyse dieses Phänomens achten müssen. Das eine ist: Es gibt eine Art von Vulgärkritik an der Demokratie, die wir nicht ernst nehmen und die sich doch nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein" zu antidemokratischer Gesinnung verhärten kann.

Diese Vulgärkritik orientiert sich an Einzelpersonen oder an Einzelvorgängen. Die Schwächen des Systems werden von ihr mit Sorgfalt katalogisiert, rezitiert und bekanntgegeben, und dann gibt sie als Summe der Schwächen das System selbst aus. Sie verzichtet darauf, Schwächen für revidierbar, für reparaturfähig zu halten, und sie verzichtet darauf, den Mut und die Geduld zu haben, diese Schwächen abzubauen. Dabei weiß sie sehr wohl, daß es immer neue Schwächen gibt; sie weiß sehr wohl, daß zum System der parlamentarischen Demokratie die permanente Unvollkommenheit gehört.

(Pürsten [CDU]: Wie zum Menschen überhaupt!)





(A) — Zum Menschen überhaupt. Deshalb halte ich die Demokratie für ein menschliches System, in dem es immer noch zuviel „menschelt".

Es gibt also jene Vulgärkritik, die sich zu einem antidemokratischen Affekt verhärten und verfestigen kann. Diese Vulgärkritik sollten wir nicht leicht nehmen. Die Vulgärkritik sollten wir auch als Anfrage an uns selber verstehen. Ich meine auch, wir vergäben uns gar nichts, wenn wir deutlich machten: Jeder Extremismus, jeder Radikalismus ist auch eine Anfrage und eine Rückfrage an die Parteien, die sich vorgenommen hat, diesen Staat zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt auf der anderen Seite neben dieser Sammlung von Unbehagen und Unruhe und Vorurteilen und Unzufriedenheit mehrere als wissenschaftlich kaschierte Ideologien, die dadurch auffallen, daß sie einen gesellschaftspolitischen und einen ethischen Rigorismus und Purismus zur Schau tragen, daß man an diesem gesellschaftspolitischen Rigorismus die Menschenverachtung spürt. Wir wollen nicht leicht darüber hinweggehen, daß es diese Tendenzen in aller Welt in bestimmten Disziplinen — aber nicht nur in diesen bestimmten Disziplinen — gibt und daß viele, die dies vortragen, subjektiv von hohem Ethos getragen sind und nichts mit denen gemein haben, die der Herr Ministerpräsident die „akademischen Rowdies" genannt hat. Wir wollen auch dieses Phänomen, wenn wir ein wenig die Gesellschaft analysieren wollen, verstehen oder mindestens doch die Frage überprüfen, ob es nicht mit dem unterbrochenen Dialog der Wissenschaften zu- (B) sammenhängt, nicht damit zusammenhängt, daß das Gespräch der gesellschaftlichen Gruppen untereinander nicht genug stattfindet und daß immer wieder, und in den letzten Jahren und Jahrzehnten besonders, im politischen Bereich Ersatzreligionen auftreten, die mit außerordentlichem Pathos und mit der Sicherheit des religiösen Fanatismus vorgetragen werden. Diese Ersatzreligionen entziehen sich immer dann der kritischen Rückfrage, wenn nicht mehr die logische Folge überprüft wird, sondern die Vorzeichen vor der Klammer entscheidend sind, nämlich die ideologischen Voraussetzungen, die jemand vor seine logische Deduktion gesetzt hat.

Ich meine, wir sollten diese beiden Quellen sehen und uns klar darüber sein, daß die Antwort, die wir zu geben haben, unterschiedlich sein muß. Deshalb will ich mich in einem letzten Teil der Frage zuwenden, wie man nun den Radikalismus, den Extremismus überwindet. Meine Damen und Herren, das ist sicher der schwerste Teil dieses Versuchs eines Gesprächsbeitrages, und deshalb ist es auch der unsicherste.

Ich meine, dies dürfe man doch mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit sagen: Überwindung des Radikalismus und des Extremismus geschieht nicht durch Einigelung derer, die diesen Staat mitgestaltet haben und mitgestalten. Überwindung geschieht nicht durch die unsicheren Verbotsdiskussionen, die wir in den letzten Monaten erlebt haben mit täglich neuen Meldungen und mit Wahrscheinlichkeitsrechnungen, wie denn welches Gericht wohl entscheiden könne oder würde. Überwindung des Radikalismus geschieht nicht durch das permanente Eskalieren von Gewalt und Gegengewalt. (C)

Überwindung wird zuerst durch den ständigen geduldigen und redlichen Versuch der Argumentation und der Auseinandersetzung möglich.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin — so hoffe ich — kein Traumtänzer,

(Heiterkeit)

das heißt, ich glaube nicht, daß es gelingt, KaDe Wolf oder Daniel Cohn-Bendit durch Argumentation zu überzeugen. Aber ich glaube, daß wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, den Versuch bei all denen zu machen, die bisher die Alternative zu den beiden noch nicht gefunden haben

(Lebhafter Beifall bei der SDP)

und die deshalb mit uns sprechen wollen.

Darum heißt Überwindung des Extremismus und des Radikalismus als nächstes, daß wir den Versuch machen — den sehr, sehr schwierigen Versuch! —, den Prozeß der Solidarisierung weiter Kreise der jungen Generation mit bestimmten kleinen zerstörerisch motivierten Gruppen immer wieder zu unterbrechen. Wenn ich darauf hinweise, daß wir diesen Versuch der Unterbrechung der Solidarisierung immer wieder machen müssen, dann aus zwei Gründen. Erstens, weil man in der Tat dabei die Geduld verlieren kann, und zweitens, weil dieser Prozeß der Solidarisierung eben nicht ein Akt ist, sondern eine Entwicklung, die ständig durch neue Situationen befördert oder gehemmt wird. (D)

Das gilt — und ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten dafür dankbar, daß er es gesagt hat — zum Beispiel für das Problem, das im Augenblick diskutiert wird: die Frage der Streichung des Honnefer Modells. Ich stimme mit Ihnen überein, Herr Ministerpräsident: Da, wo sich Studenten krimineller Delikte schuldig machen, wo sie sich der Gewalt bedienen, da können wir das nicht subventionieren und finanzieren. Ich glaube aber, wir sollten übereinstimmend — und ich weiß mich da mit Ihnen in Übereinstimmung — auch davor warnen, das Honnefer Modell zu einer Prämie für akademisches Wohlverhalten zu machen.

(Zustimmung bei der SPD — Zurufe von der CDU — Frau Hölters [CDU]: Normalverhalten!)

Es geht um kriminelle Delikte, es geht um Gewaltanwendung, und da haben wir ein klares Nein zu sagen. Aber es gilt auch da, den Prozeß der Solidarisierung nicht an der falschen Stelle in Gang zu setzen. Das sollten wir mit Offenheit untereinander aussprechen.

Entscheidend für die Überwindung von Radikalismus und Extremismus scheint mir der Mut zu entschlossener Reformpolitik zu sein. Das Gefährliche scheint mir zu sein — auch darauf hat Heinz Kühn hingewiesen —, daß rechts und links sich gegenseitig Schützenhilfe leisten, und ich habe die besonders intelligenten sogenannten linken Stu-

(A) dentenführer im Verdacht, daß sie das wissen, daß sie mit ihren permanenten Eskalationen, mit ihrem permanenten Mißverständnis der Demonstrationsfreiheit, mit der ja eben nicht Fensterscheiben am KADEWE oder sonst etwas gemeint sind, im Grunde Reformpolitik verhindern wollen, damit sie in der Beharrungskraft der Gesellschaft ein Alibi für Revolution finden. Und wer Reformpolitik will, der will permanente Veränderung der Gesellschaft, aber eben nicht um den Preis der Abschaffung dieser Gesellschaft, weil ihm der Mensch wichtiger ist als das Menschenbild, welcher Färbung dieses Menschenbild auch immer sein mag.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb sollten wir immer wieder auf diesen Zusammenhang von Reformpolitik, von Auseinandersetzung und Dialektik, zwischen Tradition und Fortschritt hinweisen und nicht müde werden, die Zusammenhänge aufzuzeigen, die Traditionalisten und Progressive mit unterschiedlichen Akzenten in das Gespräch, in die Debatte, in die Gesetzgebung einbringen. Wir müssen deutlich machen, daß Toleranz nicht heißt, den anderen hinzunehmen, sondern — nach einem Wort von Carlo Schmid — den anderen so zu wollen, wie er ist. Wenn es uns gelingt, die Begriffe Toleranz und Humanität in unsere politische Wirklichkeit hinunterzuholen, unter anderem bei klarer und harter Sachauseinandersetzung, dann werden die Vokabeln auf den Transparenten weniger gefährlich und weniger bedrohlich. Überwindung des Radikalismus und des Extremismus heißt, auf die engen Zusammenhänge hinweisen, die zwischen einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik und dem Abflauen des Extremismus, zwischen einer richtigen, einer sozialen Sozialpolitik — nicht alles, was sich sozial gibt, ist Sozialpolitik — und dem (B) Rechtsradikalismus bestehen. Es geht um das nimmermüde Arbeiten daran, daß diese bewohnte Erde bewohnbar wird, und zwar nicht irgendwo, sondern zuerst bei uns und dann auch überall. Das soll nicht durch die Übertragung unseres Gesellschaftssystems geschehen, sondern durch die ständige Konfrontation unseres Gesellschaftsbildes mit allen anderen, durch die Konkurrenz der Systeme und ihrem Wettlauf miteinander. In diesen Wettlauf brauchen wir nicht mit Minderwertigkeitskomplexen zu gehen, aber auch nicht mit dem Stolz derer, die glauben, sie hätten schon gewonnen, weil sie die richtigen Antworten hätten. Erst die Realisierung der Antworten erweist unsere Politik als richtig. Überwindung des Radikalismus heißt deshalb auch, daß wir die Autorität, die wir zu schützen haben und die wir nicht in die Gosse ziehen dürfen, nicht mehr von den Institutionen, von den Ämtern ableiten, sondern aus der Identität von Amt und Amtträger daraus, wieviel wir aus dem Amt machen, wie demokratisch die Demokraten unsere Demokratie als innerparteiliche, als zwischenparteiliche Demokratie gestalten. Darauf kommt es an. Und es kommt darauf an, daß wir ein paar Dinge deutlich machen, die in der Entwicklung unserer Gesellschaft neu sind, daß der Staat nichts Statisches ist, daß er Prozeßcharakter hat, daß wir neue Versuche machen, das spätestens 1945 vielerorts abgebrochene Gespräch aufzunehmen und den Satz: „Mein Vater schweigt darüber" nicht mehr hinnehmen zu müssen, und daß wir den Vorurteilen auf jeder Ebene und überall den Kampf ansagen.

(Dr. Brüggemann [CDU]: Vorurteile gleich Lückenbüßer der Erfahrung!)

— Nein, mir und Herrn Kollegen Lenz wäre es ja (C) auch nicht recht, wenn alle Leute mit Bart gleich für Gammler gehalten würden. Das soll es nicht geben. Das sind aber die vielen Dinge, die sich festsetzen, dann weitergetragen werden und die sehr schnell zur Identität von Physiognomie und politischer Meinung führen, wie wir das ja in der Geschichte unseres Volkes erlebt haben. Deshalb meine ich — ich sage das sehr freimütig und auf die Gefahr hin, mich der Kritik auszusetzen —, es muß deutlich werden, daß der Mut zur Selbstkritik derer, die politische Mitverantwortung tragen, nicht Wasser auf die Mühlen der Extremisten ist, sondern ein Beitrag zur Glaubwürdigkeit unserer Demokratie und damit eine Hilfe zur Sicherheit in unserem Volk

Nun werden Sie fragen, meine Damen und Herren: Und der Staat? Und die Ordnung? Und die Sicherheit? Und die Polizei? Und die Verbote?

Und ich antwortete: Auf der Basis dessen, was ich darzustellen versucht habe, sind sie legitime Ziele und legale Mittel zur Abwehr radikaler und extremistischer Tendenzen.

Wir haben die Polizei, wir haben die Waffen des Grundgesetzes, wir haben unsere Strafgesetze und all die vielen oft unzulänglichen, oft mißverstandenen, gelegentlich auch zum Schaden der Demokratie angewandten Mittel, wenn ich an bestimmte Gerichtsurteile denke.

Wir haben aber all diese Mittel und wo wir uns selber ernst nehmen und unseren Auftrag, die Demokratie zu verbessern, ernst nehmen, da sollten wir ohne Zittern und Zagen und ohne Zögern diese Mittel da angemessen einsetzen, wo Gefahr im Ve- (D) zug ist!

(Zuruf: Hoffentlich!)

— Eben, deshalb habe ich das gesagt. Und weil diese Landesregierung das immer getan hat, und weil wir sicher sind, daß sie das in Zukunft tun wird, deshalb sagen wir ihr ein Wort des Dankes dafür, daß das in Nordrhein-Westfalen bisher so gut funktioniert hat.

Wir haben uns nicht zu distanzieren, wo nicht Schuld vorliegt, Schuld bei wem auch immer und auf welcher Seite auch immer. Wir haben deutlich zu machen, daß dieser Staat auch davon lebt und damit lebt, daß es Menschen gibt, die ihn nach innen und außen schützen.

Wir haben deutlich zu machen, daß es die Gewissensentscheidung des Wehrdienstverweigerers gibt, die wir achten, daß aber der, der gewissenhaft seinen Wehrdienst leistet, damit kein Mann schlechteren Gewissens ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wenn das deutlich würde, hätten wir einen Beitrag geleistet, der vieles an Unsicherheit und an Unklarheit, die uns beschäftigen, aus der Welt schafft.

Es mag ein Bodensatz von Radikalismus sein und bleiben, es mag sein, daß es zum Schicksal eines jeden Volkes gehört, mit diesem Bodensatz zu leben. Das Gefährlichste an diesem Radikalismus scheint mir zu sein, daß da postuliert wird: „Wir wollen





(A) die Freiheit, die Gerechtigkeit" — und daß darüber ein bißchen mehr Freiheit, ein bißchen mehr Gerechtigkeit vergessen wird, daß man die Gegenwart ausverkauft, um einer unbestimmten Zukunft willen, statt sich in der Gegenwart so zu bewähren, daß Utopien die Wahrscheinlichkeit der Realität bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin mir der Unzulänglichkeit meines Diskussionsbeitrages bewußt. Ich glaube, sie liegt nicht nur im Sprecher, sondern sie liegt auch in der diffizilen Materie, mit der wir es zu tun haben.

Aber ich glaube, daß wir das Gespräch über den Rechts- und den Linksradikalismus, das ja im Grunde ein Gespräch über die Grenzen der Demokratie ist, deshalb nicht aufgeben dürfen, weil wir permanent über diese Demokratie selber, auch auf die Gefahr hin, etwas Fehlerhaftes und Falsches zu sagen, diskutieren müssen.

Wenn Demokratie wirklich governement by discussion ist, wie es einmal ein Engländer gesagt hat, wenn sie wirklich Wahrnehmung von Verantwortung durch Diskussion ist, dann wollte ich dazu einen Beitrag geleistet haben.

Irgend jemand hat im 19. Jahrhundert einmal einen Satz gesagt, der mich beeindruckt hat, und mit dem ich diesen Beitrag schließen möchte, weil in diesem Satz etwas Richtiges ist, auch wenn er nicht ganz richtig ist, wie viele Bonmots die Tendenz haben, nach links oder rechts auszuweichen. (B) Er hat gesagt:

> Wenn wir wollen, daß alles so bleibt, dann müssen wir vieles ändern!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat nun Herr Kollege Knoll von der Fraktion der FDP.

**Knoll** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Problem des Rechts- und Linksradikalismus ist nicht nur auf das Land Nordrhein-Westfalen beschränkt. Wir müssen auch hier die Verhältnisse in der Bundesrepublik mitsehen. Es gibt eben keinen isolierten nordrhein-westfälischen Radikalismus. Das erkennt auch die Opposition dieses Landtages an, indem sie die Landesregierung in der Landtagsdrucksache 983 auffordert, ihre bisherige und zukünftige Haltung zur Frage der Bekämpfung des Rechts- und Linksradikalismus im Bundesrat darzutun.

Diese heutige Diskussion gehört also eigentlich nicht in den Landtag, sondern sie sollte im Bundestag geführt werden. Ihnen ist allen bekannt, daß die FDP-Bundestagsfraktion bereits nach den Osterunruhen im April diese Diskussion im Bundestag durchgesetzt hat.

Unruhen haben aber vor einiger Zeit auch unser Land erfaßt. Das möge uns die Berechtigung geben, hier an diesem Ort über das Problem zu sprechen. Die Demonstrationen haben in den Bundesländern zu unterschiedlichen Reaktionen von Polizei und Politikern geführt. Ich erinnere Sie an den massiven (C) Polizeieinsatz in Berlin, München und in den letzten Tagen auch in Heidelberg. Dort ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen, die oft blutig enden mußten.

Ich stimme Ihnen, Herr Grundmann, in dieser Frage zu; so, wie Sie die Dinge gesehen haben, sehen wir sie auch. In Nordrhein-Westfalen kam es bei den Demonstrationen aber nicht zu solchen blutigen Ausschreitungen. In Düsseldorf und Bochum verliefen die Protestveranstaltungen sogar ohne Ausschreitungen. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die vorbeugenden Maßnahmen dieser Regierung und die Zurückhaltung beim Einsatz der Polizei in dieser Hinsicht mitgewirkt haben.

Herr Grundmann forderte die Regierung auf, hierüber mehr Informationen zu geben. Er hat sie, wie ich meine, vom Herrn Ministerpräsidenten gerade vorhin bekommen.

Bevor ich nun auf die Ursachen der Unruhen zu sprechen komme, möchte ich etwas zu dem Begriff des Links- und Rechtsradikalismus sagen. Das scheint mir insbesondere deshalb notwendig zu sein, weil viele Politiker diese Begriffe nur allzuleicht zur schnellen Abqualifizierung unbequemer Opponenten benutzen. Ein gesundes Nationalbewußtsein ist nach unserer Auffassung niemals rechtsradikal, obwohl ein Bürger mit dieser Gesinnung als ein Rechter oder Konservativer betrachtet werden kann. Auch ein Sozialist mit fortschrittlichen sozialen Ideen wird hierzulande oft als ein Linker im extremen Sinne bezeichnet. Diese Haltung kann man aber nicht mit „linksradikal" gleichsetzen. Als Rechts- oder Linksradikalen würde ich (D) denjenigen ansehen, der unsere grundgesetzliche Ordnung gewaltsam und mit gesetzwidrigen Methoden und Mitteln umzustürzen versucht.

Der Herr Ministerpräsident hat heute, wie ich meine, diesen Gruppen die notwendige Antwort gegeben. Mit dem Rechtsradikalismus hat unser Volk leider eine lange Erfahrung machen müssen. Er war Ausdruck des Untertanengeistes, in dem unser Volk bis zur Abdankung Kaiser Wilhelms II. erzogen worden war. Selbst die dem Wilhelminischen Obrigkeitsstaat ablehnend gegenüberstehende SPD vermochte sich nicht aus dieser Bindung zu lösen. Das beweist der Ausdruck Wilhelms II.: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche." Diesen Satz mußte die SPD seinerzeit ohne Gegenwehr hinnehmen. Erst nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches spaltete sich die Sozialdemokratie in USPD und SPD; das wurde die Geburtsstunde des Linksradikalismus in Deutschland, den wir bis dahin in dieser Form nicht gekannt hatten.

Das Umschlagen der nationalen Begeisterung in Staatsverdrossenheit und der Versuch rechtsradikaler Gruppen, die untergegangene hierarchische Ordnung zu erneuern sowie die erfolgreiche bolschewistische Revolution in Rußland waren Gründe für das Entstehen und die schnelle Entwicklung und Ausbreitung dieses Linksradikalismus in Deutschland. Durch die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verloren die Linksradikalen ihre Führung und ihren politischen Einfluß. Die Rechten wurden im Laufe der Zeit zunehmend bald wieder

(A) mit der Unterstützung des autoritär erzogenen Bürgertums für die Politik in der Weimarer Republik bestimmend. Erst der Zusammenbruch des Faschismus am Ende des zweiten Weltkrieges brachte auch die Entmachtung der Rechtsradikalen in Deutschland.

Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahre 1949 spielten die radikalen Parteien der Linken und der Rechten bis in die Mitte der sechziger Jahre bei uns keine Rolle, und das trotz des totalen Zusammenbruchs im Jahre 1945 und trotz der unmenschlichen Aufgabe, Millionen von Vertriebenen, Flüchtlingen, Bombengeschädigten und Kriegsversehrten wieder einzugliedern. An diesen Lasten, meine Damen und Herren, haben wir heute alle noch zu tragen. Alle Genannten aber wurden in den jungen demokratischen Staat integriert. Die Bürger waren durch die Anstrengungen des Wiederaufbaus und die vordringliche Sicherung ihrer Existenz für radikale und extreme Strömungen nicht ansprechbar. Regierende und Bürger zogen weitgehend an einem Strang. Parolen wie „keine Experimente" und „Sicherheit für alle" brachten die Meinungen und politischen Vorstellungen der Bürger zum Ausdruck. Sonst wären sie in der damaligen Zeit im Wahlkampf nicht so erfolgreich gewesen.

Bis zum Eintritt wirtschaftlicher Stagnation und bekannter Strukturkrisen lebte unsere Bevölkerung abseits des politischen Geschehens und überließ die Richtung unserer Politik leider vorwiegend kritiklos einigen wenigen Politikern. Erst mit der Wirtschaftsflaute wurde der Bürger aus seiner politischen Lethargie gerissen. Die Stunde der wirtschaftlichen Rezession, meine Damen und Herren, ist immer die Stunde der Radikalen. Das Gefühl der Unsicherheit auf dem wirtschaftlichen Sektor und politischen Raum trieb einen Teil der gefährdeten Bürger den Radikalen in die Arme, die nur Gefühle, nicht den Verstand anzusprechen vermochten. Die Parolen der Rechtsradikalen kamen dem Sicherheitsbedürfnis und den Ordnungsvorstellungen dieser Bürger weitestgehend entgegen. Aus einer Protestreaktion heraus wandte sich dieser Teil der Wähler von den demokratischen Parteien ab und gab die Stimme der rechtsradikalen NPD, der damit der Sprung in sieben Landtage gelang. Das sollten wir nicht überbewerten, aber wir müssen aufpassen. Der Schaden in der Außenpolitik, den wir dadurch erlitten haben, ist leider nicht wieder gutzumachen.

(B)

Diesem Erfolg aber glaubten einige wenige Politiker der CDU/CSU entgegentreten zu können, indem sie mit den gleichen nationalen Tönen und dem gleichen Appell an die Gefühle die Parolen der NPD zu übertreffen versuchten. Herr Rau hat klargemacht, was hier gemeint ist. Sie versprachen noch mehr Sicherheit — wir haben das heute auch gehört —, noch mehr Ordnung. Auch Herr Grundmann sprach heute von Sicherheit und Ordnung.

(Zurufe von der CDU)

Das ist zwar anzustreben, es kommt nur darauf an, wie man so etwas fordert. Man denke nur an den Ausspruch des Bundestags-Vizepräsidenten Dr. Jaeger: „Landgraf werde hart!", auf deutsch: Knüppel aus dem Sack!

(Dr. Lenz [CDU]: Das hat er nicht gesagt!)

Das alles mußte natürlich den massiven Widerspruch und Widerstand der Andersdenkenden herausfordern, insbesondere der jungen Generation. (C)

(Beifall bei der SPD — Dr. Lenz [CDU]: Das hat er nicht gesagt!

— Das hat er gesagt, das ist nachzulesen, Herr Dr. Lenz.

Die Reformen aber und die Veränderungen, die gefordert wurden, waren auf Grund der im Jahre 1966 gegründeten großen Koalition nach unserer Auffassung einfach nicht zu erwarten. Dazu sind, meine Damen und Herren, die gegensätzlichen Auffassungen der diese Koalition tragenden politischen Parteien CDU/CSU und SPD zu groß. Überfällige Reformen fielen der ausklammernden Regierungskunst des Bundeskanzlers zum Opfer. Wir haben es gesehen.

Das latente Unbehagen weiter Bevölkerungskreise an dem unbeweglich erscheinenden System dieser Koalition ermöglichte erst einer kleinen linksradikalen studentischen Minderheit, große Teile der Studentenschaft hinter sich zu bringen. Sie lenkte diese Teile der Studentenschaft von ihrem eigentlichen Ziel, nämlich der Reform der Hochschule und ihrer Anpassung an die Erfordernisse des zwanzigsten Jahrhunderts — was ja unbestritten ist, sonst würden wir uns ja mit der Hochschulreform nicht beschäftigen —, ab und verlagerte ihre Zielsetzung vom universitären Bereich zum Streben nach gesellschaftlichen Veränderungen schlechthin. Als extreme Minderheiten entstanden der SDS und die sogenannte APO, die uns mit ihren linksradikalen Forderungen die schweren Unruhen gebracht haben. Es waren nicht die Rechten, es waren die Linken, die mit Gewalt und Terror vorgingen. NPD und illegale KPD und DFU spielten hierbei eine sehr geringe Rolle, da sie als autoritäre Parteien der Ordnung und der Unterdrückung der divergierenden Gruppen in ihrem eigenen Verband das Wort reden. Deshalb ist nach unserer Auffassung auch ein Verbotsantrag gegen diese Parteien nicht erforderlich. Das KPD-Verbot hat sich schon als politisch nicht notwendig erwiesen; die wenigen KPD-Abgeordneten waren nach unserer Auffassung keine ernsthafte Bedrohung für den Bestand der Bundesrepublik und ihre demokratische Verfassung, das Grundgesetz. (D)

Die Bundestagsfraktion der FDP befaßt sich daher zur Zeit mit einer Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, mit der die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit einer Partei oder Gruppe von Amts wegen ermöglicht werden soll. Damit hätten in Zukunft Verbote von radikalen Parteien und Organisationen nicht nach der politischen Zweckmäßigkeit und Opportunität, sondern allein nach den Verfassungsgrundsätzen zu erfolgen. Auszuschließen sind auch solche Maßnahmen, wie bei den Landtagsabgeordneten der NPD, die die parlamentarische Arbeit solcher Gruppen beeinträchtigen, solange sie nicht verboten sind. Das gleiche gilt auch für die Forderung der CDU an die Landesregierung, sie hätte den Parteitag in Siegen von vornherein verbieten sollen. Auf welcher gesetzlichen Grundlage sollte der Herr Innenminister denn einschreiten? Das hat ihnen ja schon der Herr Ministerpräsident gesagt. Soweit aus NPD, DKP und SDS konstruktive Änderungsvorschläge unterbreitet werden, nämlich uns unter-





(A) Dazu kommt, daß sich dieses Problem für die evangelische Kirche in dem Maße gar nicht stellt, denn nach der evangelischen Theologie ist die Durchdringung von Sache und Offenbarung ja keine Forderung. Wir haben hier also zwei durchaus unterschiedliche Ausgangslagen zu berücksichtigen.

Es ist wiederholt festgestellt worden, daß die Pädagogischen Hochschulen inzwischen wissenschaftliche Hochschulen geworden sind. Das bedeutet Freiheit für Forschung, Freiheit für Lehre, und da es sich hier um ein Grundrecht handelt, besteht diese Freiheit in erster Linie zugunsten der Forschenden und Lehrenden, also der Hochschullehrer und gegenüber dem Staat.

Der Staat kann also an den Pädagogischen Hochschulen kein Lehrangebot gewährleisten, kein Lehrangebot — wie wir es verstehen — garantieren, das den Bedürfnissen einer religiösen Erziehung, also nicht nur des Religionsunterrichts, der, meine Kollegen, hier völlig außerhalb der Diskussion ist, gerecht wird.

Es ist nun das Anliegen der CDU-Fraktion diskutiert worden, ob man den Bedürfnissen der religiösen Erziehung auf dem Wege der Lehrerweiterbildung gerecht werden könnte. Dagegen bestehen überhaupt keine Bedenken. Allerdings ist hierfür eine gesetzliche Regelung etwa durch das Statusgesetz, wohin es überhaupt nicht gehört, oder durch ein Sondergesetz meines Erachtens nicht erforderlich. Gegen beide Fälle spricht entschieden, daß es für die Lehrerfortbildung in unserem Lande bereits eine Rechtsgrundlage gibt. Fortbildung ist die Pflicht (B) eines jeden Beamten, wobei ihm der Staat schon eine ganz entscheidende Hilfe leistet. Das geschieht in starkem Maße, könnte aber — um Ihnen entgegenzukommen — durchaus noch intensiviert werden. Wir brauchen nur an die Fortbildungsmöglichkeiten durch das Lehrerfortbildungsinstitut, durch die Kirchen zu denken, letztere sind ja von Ihnen gemeint.

Im Rahmen dieser Fortbildung müßte es auch möglich sein, Herr Professor Brüggemann, daß man Lehrgänge für andere Fächer als allein Religionslehre — selbstverständlich jedoch auch für diese — einrichtet, die dazu dienen sollten, bekenntnismäßige Akzente für diejenigen Lehrer zu setzen, die an den Bekenntnisschulen unterrichten wollen. Dazu bedarf es aber keiner gesetzlichen Regelung, weil diese bereits in ausreichendem Maße besteht.

Ich meine, meine Kollegen, daß wir in den Haushaltsberatungen bei den entsprechenden Titeln genügend Gelegenheit haben werden, die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung zugunsten des Religionsunterrichts, zugunsten der Religionspädagogik und zugunsten einer bekenntnismäßigen Vertiefung in anderen Fächern vom Landesinstitut, von den Kirchen und ihren Einrichtungen sowie von den Lehrerverbänden verstärkt betrieben werden kann.

Es ist natürlich ganz allein Ihre Angelegenheit, meine Kollegen von der CDU, zu entscheiden, ob und wieweit Sie die Konsequenzen aus einer veränderten Bewußtseins- und Erkenntnislage auch unter Ihren eigenen Wählern ziehen wollen.

(Dr. Lenz [CDU]: Sehr richtig!)

Mir bleibt nur, Ihnen nahezulegen und von Ihnen zu fordern: Wenn es Ihnen wirklich ernst ist mit der Behebung des Notstandes an den Pädagogischen Hochschulen, mit einem Ausgleich des dort vorhandenen Gefälles, dann können und müssen Sie nach meiner Überzeugung diesen beiden Vorlagen ohne zeitliche Verzögerung zustimmen. (C)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Für meine eigene Fraktion erkläre ich hiermit die Zustimmung zu den Vorlagen Drucks. Nrn. 1152 und 1153. Ich wünsche mir sehr und hoffe davon ausgehen zu können, Herr Dr. Lenz, daß wir bei der nächsten Plenarsitzung, spätestens also am 22. April d. J., die Gesetzentwürfe endgültig werden verabschieden können, auch um den Herrn Kultusminister in die Lage zu versetzen, die notwendigen organisatorischen Änderungen auf der Grundlage eines Gesetzes und nicht am Rande der Legitimität zu vollziehen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP und Teilen der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster Redner hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SDP das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da Herr Kollege Brüggemann mich mehrfach angesprochen und zitiert hat, möchte ich den Versuch eines kurzen Beitrags unternehmen, auch wenn ich an den Beratungen im Fachausschuß nicht immer habe teilnehmen können.

Sowenig Herr Kollege Brüggemann mit den Fragen, die er zu der Funktion von Kirchen innerhalb der Gesellschaft gestellt hat, wenn ich ihn richtig verstehe, eine Position der CDU hat beschreiben wollen, sowenig kann ich Ihnen jetzt eine Position meiner politischen Freunde in dieser schwierigen Frage vortragen. Aber erlauben Sie mir bitte doch, daß ich auf Ihre hier ausgesprochenen Fragen — auch im Interesse eines lebendigen Gesprächs untereinander — mit einigen Gegenfragen antworte! (D)

Sie haben dargelegt — und dabei haben Sie mich zitiert —, es gehe bei den Problemen der Schule und der Lehrerbildung nicht um den Religionsunterricht, sondern um die anthropologische Komponente, die sich — wo auch immer — in allen Fächern äußere. — In der Tat ist dies meine Auffassung, und ich habe keinen Anlaß, von dieser Auffassung abzurücken, vor allen Dingen deshalb nicht, weil ich davon überzeugt bin, daß diese anthropologische Komponente des christlichen Glaubens dann verlorengeht, wenn man versucht, sie institutionell abzusichern. Glaube ist Ereignis und nicht Institution; der Glaube bedient sich vielmehr der Institutionen. Wo er sich mit den Institutionen verwechselt, wird er zum Unglauben und zum Aberglauben!

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb meine ich, dürften wir nun als Parlamentarier, dürften wir als Verantwortliche innerhalb des Staates nicht eine bestimmte theologische, eine bestimmte geisteswissenschaftliche Position, die wir haben mögen, zum Gesetz, zur Verfassung erheben, eben deshalb nicht, weil es auch noch andere Positionen gibt

(Toetemeyer [SPD]: Sehr gut!)

(A) und weil es die Sache des Staates ist, das Gemeinsame zu formulieren und nicht Spezialvorstellungen Rechnung zu tragen, wenn die Freiheit des anderen dadurch begrenzt werden könnte. Das könnte geschehen, wenn wir den Kirchen ein Recht einräumten in einem Bereich, der nicht ihr genuiner Bereich ist. Und darüber ist doch wohl kein Mißverständnis mehr möglich, daß der genuine Bereich der Kirchen nicht die Anthropologie ist, sondern die Theologie, und daß Anthropologie im theologischen Verständnis nur insoweit legitim ist, als sie sich von der Theologie her ableitet und dort ihren Ausgangs- und ihren Zielpunkt hat. Deshalb kann man einer Theologie das Wort reden, ja, man wird einer Theologie das Wort reden müssen, die sich auch zu anthropologischen, zu psychologischen, zu ökonomischen und zu gesellschaftlichen Fragen äußert. Aber sie tut das nur dann legitim, wenn sie es als Theologie tut und nicht wenn sie Außeninstitute errichtet und wenn sie andere Disziplinen unterwandert, weil dann der Dialog der Disziplinen nicht mehr da ist,

(Beifall bei der SPD)

sondern an die Stelle des Dialogs der Disziplinen ein Oberbau tritt; ein Begriff, der ja nicht aus der Theologie, sondern aus einer anderen geistesgeschichtlichen Situation kommt.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Kollege Brüggemann, daß die Kirchen nicht mehr von Macht reden, sondern von Dienst. Ich finde, Sie haben das brüderlich und vornehm formuliert; denn Sie haben nicht gesagt, es gebe in der Kirche kein Machtstreben mehr, sondern nur noch Dienstgesinnung.

(B)

(Heiterkeit bei der SPD)

Es gehört mit zur Ehrlichkeit, daß man sagt: Es gibt natürlich auch hier und da in den Kirchen, wie in allen anderen, nicht nur Weltanschauungsgemeinschaften, neben dem Gesichtspunkt der Verbreitung der eigenen weltanschaulichen Basis auch den Gesichtspunkt der Besitzstandswahrung oder der Vergrößerung von Besitzstand. Kirchen sind menschliche Einrichtungen in einer bestimmten Beziehung. Da kann es dann auch menscheln, und da kann es dann auch um Besitzstand gehen. Uns geht es hier weder um Besitzstand, noch geht es uns um Verkürzung von Besitzstand, sondern um das — wenn ich es einmal in Ihrer Terminologie sagen darf —, was funktionsgerecht ist, und zwar funktionsgerecht nun nicht nur von den Disziplinen her, sondern auch vom Selbstverständnis der Theologie her.

Sie haben die interessante Frage aufgeworfen, ob es auch auf Grund der gesellschaftlichen Positionen, Möglichkeiten und Erfordernissen den öffentlichrechtlichen Charakter der Kirchen und die öffentlich-rechtliche Subventionierung der Kirchen gäbe und was sich daraus an Konsequenzen für die hier entstehende Problematik entwickeln könne. Ich meine in der Tat, daß man darüber ganze Bücher schreiben könnte, daß man vielleicht auch noch eine Reihe von Büchern dazu lesen müßte. Aber interessant ist doch — erlauben Sie mir, daß ich das hier einfach 'mal in die Debatte werfe —, daß wir seit Maleachi 3, Vers 10 seit es den Begriff des Zehnten aus der Finanzierung für Kommunal- und Synagogengemeinden gibt, jetzt in einer Zeit leben, in der die Trennung von Staat und Kirche (C) sich auch finanziell und rechtlich ergeben hat, und zwar nicht, damit die beiden nichts mehr miteinander zu tun haben, sondern damit die beiden ihren je eigenen Auftrag wahrnehmen können. Und dieser Auftrag ist nicht Vermischung, sondern Partnerschaft, getrennte Partnerschaft, die erst den Dialog ermöglicht.

(Beifall bei der SPD)

Und weil das so ist, darum müßten wir darüber reden und wachsam sein, wenn wir den Ort der Verkündigung beschreiben, den der Staat zu respektieren hat, wenn und soweit er der Ort der Verkündigung ist. Aber wir dürfen nicht dem Rechnung tragen, was es aus einer bestimmten geistesgeschichtlichen Situation an Tradition gibt von einem Selbstverständnis und einem Weltverständnis christlichen Glaubens her, das übergreifend ist und damit den anderen, nämlich den Nichtchristen, bindet.

Es bindet dann auch — wenn man Ihren Weg geht — denjenigen, der eine andere theologische Position hat. Vielleicht darf ich das noch mit einem Satz deutlich machen!

Als die Evangelische Kirche in Deutschland noch eine gesamtdeutsche Synode hatte, die intakt und arbeitsfähig war, hat sie 1958 in Spandau ein Wort zur Schulfrage gesagt, das wir hier schon mehrfach diskutiert haben. In diesem Wort von Spandau 1958 heißt es, daß „die Kirche zu einem freien Dienst an einer freien Schule bereit" sei. Und da gibt es eine Interpretation dieses Wortes durch die Kammer für Erziehung der Evangelischen Kirche, in dem es heißt:

(D)

> Christlicher Glaube in der Schule erweist sich ausschließlich in der Sachlichkeit der Fächer.

Ich meine, das sei ein wichtiger Satz, weil er eine mögliche und — wie ich glaube — wichtige Gegenposition zu dem, was Sie vorgetragen haben, beschreibt.

Nun setzt das nicht außer Kraft, was Sie beschrieben haben, nur scheint es mir den Gesetzgeber zu hindern, eine dieser Positionen absolut zu setzen und in der Verfassung abzusichern

(Beifall bei der SPD)

und die andere Position auszuschließen. Ich will nicht auf das eingehen, was Sie mit dem Picht-Zitat — mit dem Zitat eines Mannes, der mir sehr nahesteht und auf den ich gern höre — über die Atomwaffen ohne den Generalstab gesagt haben — übrigens ja auch ohne die Sanitäter; das scheint mir manchmal das noch größere Problem zu sein! Nun, ich will darauf hinweisen, daß es nicht Sache des Staates sein kann — wenn ich in Ihrem Bilde bleiben darf —, den Generalstab für Weltanschauungsfragen bereitzustellen oder auch nur zu etatisieren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht seine Funktion. — Ich sage nicht, daß Sie das wollen, Herr Kollege Brüggemann. Ich sage nur, daß sich aus dieser Einsicht für uns die klare Begrenzung auf den Religionsunterricht und die Vorbereitung auf den Religionsunterricht ergibt, soweit es um institutionelle Sicherung geht. Damit ist nichts darüber gesagt — worin wir jetzt wahrschein-





(A) lich wieder übereinstimmen —, daß wir uns den Lehrer wünschen, der sich auch in den übrigen Fächern nicht als weltanschauliches Neutrum versteht. Die Frage ist nur, ob ich hier qua Staat Angebote vermitteln darf oder ob ich hier in den freien Raum eingreife, den ich den Kirchen zuzugestehen habe, nicht aus Güte und Gnade, sondern aus dem Selbstverständnis unserer Gesellschaft, und der dann von ihnen in ihrem freien Bereich bei sich zu Hause im Angebot, in der Einladung, in der Einübung auszugestalten ist; darum geht es!

Und es geht mir — wenn ich das als Fußnote sagen darf — auch darum, daß wir — und das tun wir ja im persönlichen Gespräch ja auch nicht — doch den Unterschied zwischen Kirche und Amtskirche nicht ganz übersehen. Es wäre uns sicher lieb, es gäbe diese Unterscheidung nicht oder es gäbe sie weniger. Aber wer will denn bestreiten, daß in beiden Kirchen in den letzten Jahren ein innerer Dialog, auch eine Differenzierung, zustandegekommen ist, nicht nur von Kirchenvolk und Kirchenleitung, sondern eine Differenzierung im innertheologischen Gespräch über die Rolle — auch über die Stellvertretungsrolle — der Amtskirche gegenüber dem Staat, das zu Ende geführt werden muß und in dem der Staat als Gesetzgeber keine Doppelpunkte setzen und von sich aus nun nicht Verlagerungen Platz greifen lassen sollte, wie das durch eine solche Bestimmung geschehen könnte!

Wir haben über die Fort- und die Weiterbildung bereits gesprochen und sind uns einig, daß hier ein Angebot gewährleistet sein muß, wie immer es zu gewährleisten ist, ein Angebot, das auch den Gruppen in der Gesellschaft Rechnung trägt. Und daß (B) wir die Kirchen zu diesen Gruppen rechnen, und daß sie besondere, spezifische Gruppen sind, die nicht vergleichbar sind mit jeder beliebigen anderen, das ergibt sich, so glaube ich, aus der Tradition sowohl unseres Staates als auch der ihn tragenden Parteien.

Ich will darum dazu jetzt nichts mehr sagen. Mir geht es darum, einem Mißverständnis zu wehren, dem Mißverständnis nämlich, es ginge uns um Begrenzung. Es geht uns nicht um Begrenzung, sondern um eine aus der Sache begründete und in der Sache legitimierte Konzentration, eine Konzentration des Angebotes, von der wir glauben, daß sie der Sache der christlichen Kirchen, über die wir nicht zu entscheiden und abzustimmen haben, besser dient als der Oberbau eines dem Mißverständnis ausgesetzten weltanschaulichen Denkens innerhalb des Bereichs der Wissenschaften und innerhalb des Gesprächs im Hause der Wissenschaften.

Daß dieses Gespräch, wie Sie es dargestellt haben, unter den wissenschaftlichen Disziplinen über die Probleme, die mit den Sinnfragen, die mit den Weltanschauungs- und den Gesinnungsfragen zusammenhängen, stattfinden muß, darüber sind wir uns einig. Nur: Dieses Gespräch muß stattfinden unter freien, ungebundenen, mündigen Menschen,

(Zustimmung bei der SPD)

es darf nicht stattfinden mit Tonbändern, mit den Tonbändern der Institutionalisierung, weil man dann zuviel schneiden und zuviel mischen kann.

Das freie Gespräch in jeder wissenschaftlichen (C) Hochschule, in jeder Einrichtung von Bildung und Erziehung — wohl wissend, woher wir kommen, aus welcher geistesgeschichtlichen Tradition, mit der ernsthaften und redlichen Frage untereinander und an sich selber, wohin wir wohl gehen —, das ist das, was wir meinen, das ist das, was in dieser Verfassungsänderung und in dieser Änderung des Statusgesetzes mit bezweckt ist, wenn ich es richtig verstehe. Das könnte uns einen, wie immer wir innerhalb dieses Dialogs dann unsere Stimme erheben und unser Wort zu sagen versuchen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat der Herr Kultusminister.

(Johannes Rau [SPD]: Wieder ein Landessynodaler!)

**Holthoff,** Kultusminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich bei meiner in erster Linie auf die Ausführungen von Herrn Kollegen Dr. Brüggemann bezogenen Antwort mit recht trivialen Dingen beginnen. Ich möchte zu seiner Bemerkung Stellung nehmen, als sei hier zwar Eile geboten, als würde aber eine Verabschiedung im April noch zureichend sein. Ich möchte darauf verweisen, daß Eile geboten ist, weil bestimmte materielle und formale Voraussetzungen in diesen Tagen, in diesen Monaten bereits geschaffen werden, auf deren Grundlage die Fortentwicklung der Lehrerbildung betrieben werden soll.

Ich möchte Ihnen sagen, daß ich infolge der Länge (D) dieser sich jetzt fast neun Monate hinziehenden Beratung — vielleicht einer notwendigen Verzögerung der Beratung, nicht wahr, all die Gründlichkeit, von der Sie gesprochen haben, darf ich bestätigen, ebenso die Notwendigkeit solch eingehender und tiefgehender Gespräche — zu so etwas wie einem Grenzgänger der Legalität geworden bin.

Ich darf darauf verweisen, daß wir in Dortmund bereits angefangen haben, einen Bau zum Preise von fast 3 Millionen DMark zu errichten, der ihre Hammer Abteilung aufnehmen soll, jedenfalls zu einem Teil. Herr Kollege Dr. Brüggemann, dieser Bau wird nur zu diesem Zwecke erstellt, nicht etwa aus Gründen, die mit dem Dortmunder Schulwesen zusammenhängen.

Ich darf darauf verweisen, daß die Neuorientierung der Sozialforschungsstelle in Dortmund in diesem Zusammenhang gesehen wird, daß wir zu einer Aufteilung des Personals kommen müssen, daß das aber nur dann gerechtfertigt ist, wenn beide Abteilungen zusammengeführt sind. Ich darf darauf verweisen, daß bei der letzten Haushaltsberatung schon die zu geringe Zuordnung von Stellen zu der Abteilung in Dortmund mit der Zusammenlegung motiviert wurde; und es ist nicht länger erträglich, diese Zusammenlegung hinauszuschieben. Ich bitte also alles zu tun, um uns zu ermöglichen, daß wir auch bei der diesjährigen Haushaltsberatung, die jetzt bereits anläuft im Rahmen der Landesregierung, unterstellen dürfen, daß es zum Wintersemester zu dieser Zusammenlegung von Dortmund und Hamm kommt. Würde das nicht in Erscheinung treten, so würden alle die Maßnahmen, die wir

(A) die, die eine Strafe verbüßen, mit anderen Krankenhausinsassen zusammen sind, nicht problemlos ist. Aber der Weg muß vor allen Dingen unter Berücksichtigung der Kosten doch noch einmal, so scheint es mir wenigstens, überprüft werden.

Wichtig ist — darauf ist hingewiesen worden, und das scheint mir befürwortenswert zu sein —, daß die Insassen der Haftanstalten in der heutigen Zeit unter Berücksichtigung der Kosten für die Haft, Unterbringung, Verpflegung usw. doch einen angemessenen Betrag für ihre Arbeit, die oft nicht gerade die leichteste ist, erhalten sollten. Ich verkenne allerdings auch nicht, daß das in diesen Empfehlungen angesprochene Ziel, erstens Beiträge zu den Haftkosten, zweitens Unterhalt für die eigene Familie und Wiedergutmachung, etwas hochgesteckt zu sein scheint, vor allen Dingen, wenn man sich die jeweiligen Höhen der pfändbaren Beiträge, die eine Rolle spielen, einmal überlegt. Aber der grundsätzliche Standpunkt ist m. E. zu bejahen.

Zu Recht sind auch die Gefängnisbeiräte und ihre Aufgaben angesprochen worden. Diese Gefängnisbeiräte sollen die Wiedereingliederung in die Gesellschaft betreiben und den Strafvollzug — so steht es in der Empfehlung — transparent machen. Nun, meine Damen und Herren, die Wiedereingliederung in die Gesellschaft ist nicht so ganz problemlos, wenn man von der Frage ausgeht, ob denn eigentlich diejenigen, die eine Strafe verbüßen, aus der Gesellschaft im eigentlichen wohlverstandenen, modernen Sinn ausgegliedert sind. Ich möchte Sie bitten, diese Fragen doch noch einmal zu überlegen. Den Strafvollzug „transparenter" (B) machen zu wollen, scheint mir zwar ein sehr modernes Wort zu sein, das man überall anwendet; ob es hier richtig ist, weiß ich nicht. Es ist auch noch die Frage, ob die Gefängnisbeiräte eventuell in ihrer eigenen Familie den Strafvollzug dann so hinstellen, als ob er nicht gerade als ein zwangsläufiges Übel anzusehen sei.

Es kommt noch die Frage der Zusammensetzung der Gefängnisbeiräte hinzu, die schon vom Kollegen Dr. Seitz angesprochen worden ist. Wir vertreten in unserer Fraktion die Meinung, daß ein Parlamentarier nicht in einem Beirat hinzugezogen werden sollte, daß man das vielmehr den am jeweiligen Ort der Haftanstalt zuständigen Vertretern der Gesellschaft, die also die notwendigen Erfahrungen haben, überlassen sollte.

Die Frage der Behandlung, Ausbildung und Weiterbildung der Strafvollzugsbediensteten verdient besonderes Augenmerk. Wir erleben es immer wieder, daß die Strafvollzugsbediensteten, eingezwängt in ein Korsett von allen möglichen und nicht gerade übersichtlichen Anweisungen, in gewisser Beziehung das Opfer dieser Anweisungen werden, weil diese Anweisungen nicht eindeutig sind und oft auch — darüber müssen wir uns klar sein — nicht sein können; denn alle Möglichkeiten, die es nun einmal gibt, sind meines Erachtens in derartigen Anweisungen nicht unterzubringen. Je mehr man etwa auf bürokratische Art und Weise regeln möchte, um so mehr läuft man Gefahr, daß sich irgendwelche Widersprüche ergeben, für die die Strafvollzugsbediensteten einzustehen haben.

Wir müssen jedenfalls schon unter dem Gesichtspunkt der Werbung für diese Tätigkeit die Ausbildung verbessern und versuchen, die Strafvollzugsbediensteten so in die Gesellschaft einzugliedern, daß sie nicht zwischen Scylla und Charybdis Gefahr laufen, auf Riffe zu stoßen. (C)

Schließlich bin auch ich der Meinung, daß die bisherigen vom Justizminister vorgesehenen und durchgeführten Möglichkeiten der Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten in bezug auf die Strafvollstreckung richtig und erfolgversprechend sind. Ich meine aber, daß sich Richter und Staatsanwälte noch etwas umfassender mit den Einzelheiten im Strafvollzug befassen müssen.

(Zuruf des Abg. Nordmann [CDU])

— Ich komme gleich darauf zurück, Herr Kollege. Wir beklagen immer wieder, daß der Rahmen des Strafmaßes nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in den anderen Ländern unterschiedlich ist. Wer in ständiger praktischer Berührung mit diesen Fragen, z. B. bei Trunkenheit am Steuer — um etwas herauszugreifen —, erlebt, daß das eine Gericht selbst bei Vorliegen ähnlicher subjektiver Voraussetzungen eine Geldstrafe verhängt, das andere Gericht eine Freiheitsstrafe, die nicht zur Bewährung ausgesetzt wird, der vertritt vielleicht nicht so ganz zu unrecht, Herr Kollege, die Meinung, daß es ganz zweckmäßig wäre, wenn sich die Richter und Staatsanwälte einmal direkt mit der Frage und den Auswirkungen des Strafvollzugs, insbesondere eines längeren Strafvollzugs, beschäftigen würden.

Insoweit meinen wir, daß diese Empfehlungen gut (D) sind, daß sie aber noch einmal erörtert und diskutiert werden sollten. Ich darf hier noch einmal wiederholen, daß ich insoweit Ihren Antrag, Herr Kollege Rau, für meine Fraktion unterstütze.

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster hat das Wort Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bitte erlauben Sie mir, daß ich mich als ein Fremdling in Sachen Justizpolitik noch einmal zu der ungewöhnlich freundlichen Form äußere, mit der Herr Kollege Klose unseren Vorschlag bedacht hat, heute nur zu diskutieren und nicht zu entscheiden. Wir haben es bisher immer so gehalten, daß dann, wenn eine Fraktion eine solche Bitte äußerte und diese Bitte mit der Argumentation versah, daß die Drucksache noch nicht vorgelegen habe, als die Fraktion getagt habe, alle anderen Fraktionen dem gefolgt sind, unabhängig davon, wer in Regierung oder Opposition war.

Wir möchten Sie noch einmal bitten, so zu verfahren. Wir haben bewußt von einem Antrag zur Tagesordnung nach § 40 oder 46 unserer Geschäftsordnung Abstand genommen, weil wir glaubten, daß es sicher keine Kontroverse in diesem Punkte geben würde.

Herr Kollege Klose hat das, was ich zu sagen versucht habe, insofern entweder nicht richtig verstanden oder entstellt wiedergegeben, als ich ausdrücklich gesagt habe: Wir sind zur Diskussion heute bereit, wir möchten die Diskussion heute auf

(A) keinen Fall von uns aus abwürgen, wir möchten nur, daß noch einmal verwiesen wird, damit das Plenum noch einmal Gelegenheit hat, sich mit der Materie zu beschäftigen. Es geht also nicht darum, daß wir der Diskussion ausweichen. Es geht auch nicht darum, Herr Kollege Klose, daß die Mitglieder des Justizausschusses das, was hier ansteht, natürlich in vielen Monaten und in langen Sitzungen beraten haben — auch das bestreitet niemand —, sondern es geht darum, daß nach unserem Verständnis der Strafvollzug für die gesamte Justizpolitik eben nicht nur Sache der Experten, sondern so wichtig ist, daß die Gesamtfraktion dazu gehört werden möchte. Und dazu war bisher bei uns keine Gelegenheit. Das ist das Thema, und deshalb diese Bitte.

Wenn Sie meinen, Sie wären es leid, daß nur in der Publizistik über den Strafvollzug gesprochen wurde und nicht hier, kann ich dazu sagen: Wir sind dazu jederzeit bereit, zu jeder Zwischenbilanz über das, was nicht nur in der Publizistik, sondern in der Wirklichkeit in dieser Wahlperiode stattgefunden hat, einschließlich der Vermehrung der Haftraumplätze, einschließlich der Vermehrung im Stellenplan. Zu jeder Zwischenbilanz und zu jedem Vergleich mit jeder vorherigen Wahlperiode finden Sie uns jederzeit bereit. Daran soll es nicht liegen; das kann auch heute stattfinden.

Aber es geht eben nicht darum, daß wir hier Rechnungen aufmachen, sondern darum, daß die sachkundigen Beiträge des Justizausschusses mit dem in Einklang gebracht werden müssen, was aus anderen Bereichen der Landespolitik dazu zu sagen ist: bei der Frage des Zentralkrankenhauses, bei der Frage der Gefängnisbeiräte und ihrer Zusammen-
(B) setzung. Darüber möchten wir in der Fraktion miteinander sprechen können. Wir glauben, daß wir, wenn wir das nicht nur im Fachausschuß, sondern auch im Plenum der Fraktion und im Plenum des Landtags tun, dem Strafvollzug und der Justizpolitik einen Dienst erweisen. Und um diesen Dienst besser leisten zu können, haben wir vorgeschlagen: Heute wird debattiert, dann Verweisung an den Justizausschuß, und dann werden wir in einer neuen Plenardebatte das Erarbeitete vortragen, dazu Stellung nehmen und zu einer — wie ich bis jetzt noch hoffe — einstimmigen Entschließung kommen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster hat Herr Abg. Dr. Weimann von der Fraktion der CDU das Wort.

**Dr. Weimann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Grundsätze der parlamentarischen Höflichkeit, deretwegen Sie an uns appellieren, Herr Kollege Rau, sind uns natürlich bekannt.

(Johannes Rau [SPD]: Nur lassen Sie es sich nicht anmerken!)

— Das ist eben die Schwierigkeit!

(Heiterkeit)

Selbstverständlich können wir Sie nicht unter Zeitdruck setzen, Sie nicht und auch die FDP nicht. Aber zunächst einmal muß ich meine Überraschung darüber ausdrücken, daß die FDP hier jetzt einen (C) Sprecher auf die Bühne schickt, der Dinge sagt und bezüglich der Gefängnisbeiräte und des Zentralgefängnisses mit Dingen von vorn anfängt, die wir im Ausschuß miteinander besprochen haben, und zwar — wie wir als CDU das verstanden haben — auf der Basis vorangegangener Fraktionsbeschlüsse. Warum hatte denn die CDU-Fraktion die Zeit, in den vergangenen eineinhalb Jahren die einzelnen Sachprobleme nicht nur im Ausschuß, sondern auch in den eigenen Reihen zu erörtern?

(Johannes Rau [SPD]: Weil wir außerdem noch regieren müssen, Herr Weimann!)

— Dann haben Sie es aber doch viel leichter als wir! Dann haben Sie doch einen Minister mit seinem ganzen Apparat, der Ihnen zur Verfügung steht!

(Zustimmung bei der CDU)

In Kontakt mit den Kräften des vorparlamentarischen Raumes, in Kontakt mit den Organisationen sind wir zu den Entscheidungen gekommen, die nun in dieser Vorlage dem Hause heute einstimmig vorgelegt worden sind.

Wir bringen bewußt nicht mehr die Dinge, mit denen wir im Ausschuß in der Minderheit geblieben sind. Wir hätten es lieber gesehen, wenn der Strafvollzug organisatorisch mit einem Landesamt in der Spitze gestaltet worden wäre. Wir sind im Ausschuß unterlegen — wir greifen diese Dinge nicht mehr auf, weil es jetzt im Strafvollzug andere Sachen gibt, die alsbald in die Tat umgesetzt werden müssen. (D)

Wir haben im Ausschuß schon einmal etwas Ähnliches erlebt wie heute: daß es an Papier und an Daten liegen soll, weswegen es nicht weitergeht. Wir haben im Ausschuß schon einmal mit dem Herrn Justizminister darüber streiten müssen, warum es nicht weitergeht. Da lag es an Protokollen und dann an Ferien. Da haben wir schon einmal ein paar Monate verloren. Das haben wir noch heruntergeschluckt. Nun kommt hier heute morgen etwas ganz Neues und etwas ganz anderes auf uns zu. Nicht wir sind es jetzt, die die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion unter Zeitdruck bringen, sondern Ihr Minister ist es, der Sie unter Zeitdruck bringt.

(Widerspruch bei der SPD)

Ihr Minister hat es versäumt, parallel zu den Ausschußberatungen die Dinge in Ihren Fraktionen zur Entscheidung zu bringen.

(Johannes Rau [SPD]: Das ist ein Mißverständnis! — Weiterer Zuruf von der SPD: Das ist nicht Sache des Ministers!)

— Warum sind Sie denn nicht mit Ihren Beratungen fertig?

(Johannes Rau [SPD]: Weil wir gestern erst angefangen haben, Herr Kollege!)

— Nun fangen wir doch nicht wieder an mit dem blöden Datum, das da unten auf so einem Papier steht! Die Probleme des Gefängnisbeirats und das Zentralgefängnis sind doch Sachen, die kann man im Kopf haben; dazu braucht man keine Vorlage.

(Beifall bei der CDU)





(A) aber ich glaube, wir müssen diese Hoffnungen begraben —, daß Personalangelegenheiten von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern im Fachbereichsrat auch von studentischen Vertretern mit entschieden werden sollen, nicht doch einer Überprüfung und Präzisierung bedarf.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich betone: mit entschieden, und ich rede nicht einer studentischen Beteiligung das Wort. Die Studenten können Sondervoten zu den didaktischen Qualitäten der bestimmten Kandidaten abgeben, aber ob man den Studenten die Qualifikation der Entscheidung zumessen sollte, möchte ich hier doch eindeutig in Frage stellen.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, immerhin ist es höchst interessant — für mich höchst interessant —, daß gewerkschaftliche Repräsentanten — in diesem Falle der Deutschen Angestelltengewerkschaft — bei Verhandlungen in der Ruhruniversität Bochum auf den Hinweis, daß die Studenten auch über Personalangelegenheiten der Arbeiter, Angestellten und Beamten mitentscheiden sollten, ausgesprochen negativ reagierten.

(Pürsten [CDU]: Mit Recht!)

Berücksichtigt man im übrigen, daß an einer Universität Tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten des nichtwissenschaftlichen Personals tätig sein können, so ist die im Entwurf der Landesregierung vorgesehene geringe Vertretung — es
(B) sind nämlich nur zwei — des nichtwissenschaftlichen Personals im Senat, in dem über den Haushaltsplan abgestimmt wird, ebenfalls einer Überprüfung wert.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluß darf ich noch eines sagen, meine Damen und Herren! Ich weiß sicher, daß die Studentenschaft Probleme der Studienreform, der Frage eines ausreichenden Angebots an Studienplätzen, der Abschaffung des Numerus clausus als entscheidendere Probleme der Hochschulreform ansieht als die Frage des Studentenrechts. Die Art und Weise aber, wie die Landesregierung die Studentenschaft verfassen will, ist meines Erachtens so nicht akzeptabel. Es ergibt sich die Frage, ob wir gemäßigten Studentengruppen durch die im Entwurf der Landesregierung vorgesehene Lösung die Arbeit nicht unnötig erschweren, indem wir gerade denjenigen Studenten, die die Hochschule nicht politisieren wollen, Gelegenheit geben, sich der Mitgliedschaft in der Studentenschaft zu entziehen.

(Dr. Lenz [CDU]: Sehr richtig!)

Wer radikale Auswüchse an den Universitäten bekämpfen will, muß darauf bedacht sein, daß er den aufbauwilligen Kräften der Studentenschaft die Voraussetzungen ihrer Arbeit nicht entzieht.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört für uns eine Studentenschaftsverfassung, die immatrikulierte Studenten als rechtsfähigen Teil der Hochschule mit Satzungsautonomie und Beitragshoheit anerkennt. Wir müssen die ge- (C) mäßigten Studentengruppen, die an verschiedenen Universitäten und Technischen Hochschulen unseres Landes — ich denke an Bonn, Köln, Münster und an einige andere — inzwischen die Führung übernommen habe, weiterhin unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß!

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mir denken, daß Ihnen das alles nicht gepaßt hat, meine Damen und Herren von der SPD! Im Hinblick auf die Erwartungen, die der Gesetzentwurf der Landesregierung ausgelöst hat, legt der Vergleich der Erwartungen mit dem Ergebnis die Anwendung eines geflügelten Wortes nahe: Der Berg kreißte und gebar ein Mäuslein! Ein unscheinbares grau-administratives Mäuslein, was ich nicht den Beamten des Hauses, des Kultusministers, vorwerfen möchte.

(Dr. Lenz [CDU]: Sehr richtig!)

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, ich gestehe es — ich gestehe es sogar mit einem gewissen Neid —, hat gewisse Fähigkeiten in werbewirksamer Stilisierung und in gekonnter Weiterreichung der in Bonn gepackten Pakete entwickelt und bewiesen. Hier und jetzt, wo es in einem zentralen Bereich der Landespolitik, der Bildungspolitik, darauf ankäme, richtig, überzeugend und rechtzeitig zu führen und zu handeln, versagt diese SPD/FDP-Regierung völlig.

(Zustimmung bei der CDU) (D)

Namens meiner Fraktion beantrage ich gemäß § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung: Die Vorlage und damit ihre Überweisung an einen Ausschuß werden abgelehnt. Die Landesregierung wird ersucht, dem Landtag unverzüglich ein Hochschulbereichsgesetz und damit abgestimmte Gesetze über die wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen des Landes im Rahmen einer politischen Gesamtaussage zur Hochschul-, Wissenschafts- und Bildungspolitik vorzulegen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Meine Damen und Herren! Das Wort hat jetzt Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht überraschen und verwundern, wenn ich Ihnen im Namen meiner Fraktion sage, daß wir den CDU-Antrag ablehnen werden und daß wir beantragen, den Regierungsentwurf eines Hochschulreformgesetzes an den zuständigen Ausschuß zu überweisen. Ich kann und will mich nun, weil wir eine Art Arbeitsteilung vorgenommen haben, nicht mit allen Grundsatzfragen beschäftigen, die Herr Kollege Brüggemann hier vorgebracht hat, aber vielleicht ist es doch nützlich und gut, ein paar Gesichtspunkte noch einmal hervorzuhaben und zu verdeutlichen.

Zuerst zur Frage des Kollegen Brüggemann, ob die Anhörungen, die der Kulturausschuß über den Regierungsentwurf vornehmen soll, nur eine spekta-

(A) kuläre Alibi-Funktion habe, weil die Koalitionsfraktionen den Regierungsentwurf bereits in allen Punkten gebilligt hätten: Herr Kollege Brüggemann, das ist nicht der Fall, und das ist nicht gemeint, sondern wir werden in den Anhörungen des Kulturausschusses all das zur Frage stellen, was in diesem Gesetz in der Sache angesprochen wird. Sie dürfen sicher sein, daß jeder Impuls aufgenommen, daß jede Anregung geprüft und auf ihre Realisierbarkeit hin abgeklopft wird. Aber, Herr Kollege Brüggemann, wenn dieser Satz nicht gewesen wäre, den Sie zitiert haben, die Übereinstimmung der Regierung und der Koalitionsfraktionen in diesem Punkt, dann hätten Sie Ihr Manuskript B aus der Tasche gezogen und gesagt: Da sieht man's wieder, sie sind nicht einig! Jetzt werfen Sie uns Einigkeit vor, jetzt werfen Sie uns vor, daß vorher eine Übereinstimmung zwischen der Regierung und den Koalitionsfraktionen stattgefunden hat.

(Dr. Brüggemann [CDU]: Das habe ich nicht vorgeworfen. Ich habe sogar gesagt, daß das parlamentarische System das vorsieht.)

In der Tat. Dieser Entwurf ist abgestimmt mit den die Regierung tragenden Fraktionen, und er ist abgestimmt und zur Übereinstimmung gebracht worden deshalb, weil die Kritik, die Sie vorgebracht haben, Herr Kollege Brüggemann, in der Sache weder diesen Entwurf noch diese Landesregierung trifft. Ich will versuchen, das mit ein paar Punkten zu belegen.

Niemand hat je behauptet, daß irgendeine Regierung, wer immer sie stelle, wer immer sie trage, (B) heutzutage in der Lage wäre, einen Hochschulgesetzentwurf vorzulegen, der die Billigung aller beteiligten und betroffenen Gruppen finden könnte. Dazu sind die Fronten zu verhärtet, dazu sind die Positionen zu versteift, dazu ist die Fülle der bisher vorliegenden Vorschläge zu groß und zu differenziert, und dazu ist das bildungspolitische Gespräch zu lange verschoben, vertagt, mit Ausweichungen beantwortet worden.

(Beifall bei der SPD)

dazu haben Sie, Herr Kollege Brüggemann — ich gestehe Ihnen zu: da gibt es Wandlungen, die wir begrüßen — und Ihre politischen Freunde zu lange heilige Kühe auf die Wiese geschickt, statt Bildungspolitik zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Erinnern Sie sich an die Kontroversen, die es gegeben hat. Fragen Sie danach, wann denn die Frage der grundsätzlichen Überprüfung unseres Sekundarschulwesens und des sogenannten tertiären Bereichs einmal angepackt und beantwortet worden ist. Es ist „nein", es ist „jein", es ist „vielleicht" gesagt worden. Und heute stehen wir in der Situation, daß die Probleme der Qualität und die Probleme der Quantität in einer Art und Weise auf uns eindringen, daß uns die Zahlen in einer Weise bedrängen, daß die scheinbare Antinomie von zunehmender Effiziens des Bildungswesens und Demokratisierung des Bildungswesens — ich sage, das ist eine scheinbare Antinomie — uns alle bedrückt, und wir uns in der Tat danach fragen müssen, ob (C) es denn vielleicht so wäre, daß ein Entwurf seine Qualität heute am Grad der Ablehnung von allen beteiligten Seiten erweisen müsse.

Sie haben Ihren Parteifreund Biedenkopf in Schutz nehmen zu müssen geglaubt.

(Meuffels [CDU]: Es wurde kein Name genannt!)

— Er hat den Namen nicht ausdrücklich genannt, aber wir haben es sogar geraten.

(Zuruf von der SPD)

Nun, ich fand ihn nicht angegriffen. Denn das, was Herr Professor Biedenkopf als Rektor der Bochumer Universität sagen zu müssen geglaubt hat, das, Herr Kollege Brüggemann, war ein Lob für diese Landesregierung, war eine Anerkennung für diesen Entwurf, auch wenn Herr Biedenkopf das nicht gemerkt und nicht gewollt hat. Herr Biedenkopf reklamiert, daß dieser Entwurf der Universität keine politische Aufgabe stelle. Ich frage Sie: Was hätte Herr Biedenkopf, was hätten seine Kollegen gesagt, wenn politische Aufgaben gestellt worden wären?

(Böhm [SPD]: Sehr richtig!)

Was hätte es an Vorwürfen gegeben, wenn wir über die Organisationsfragen hinausgegangen wären und wenn wir zu den Fragen der Inhalte von Forschung und Lehre, wenn wir zu der Frage, wie denn der Forschungs- und Lehrprozeß sich organisieren solle, in diesem Gesetz und an dieser Stelle etwas gesagt hätten? (D)

(Zuruf von der SPD: Was hätte dann Herr Brüggemann gesagt?)

Herr Kollege Brüggemann, die Frage, was in diesem Gesetz fehlt, was diesem Gesetz hinzuzufügen wäre etwa mit der Vorlage eines Hochschulbereichsgesetzes, das wir erwarten, das wir erbitten, von dem wir aber glauben — —

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Brüggemann [CDU])

— Da sind wir anderer Meinung. Diese Frage werden wir miteinander erörtern müssen. Aber Sie haben Ihre Rede damit begonnen, daß Sie gesagt haben: Wer meint, all das — die Frage der Paritäten, die Frage der Beteiligungsverhältnisse, die Frage der Auflösung von Fakultäten zugunsten von Fachbereichen usw. — sei Hochschulreform, der irrt. So haben Sie gesagt. Ich behaupte: Diese Aufzählung war identisch mit dem, was der CDU-Entwurf vermissen ließ. Denn Sie haben in Ihrem Entwurf in der Frage von Beteiligungsverhältnissen, in der Frage der Auflösung von Instituten usw. nicht Farbe bekannt. Sie sind da ausgewichen, wo die Dinge strittig werden.

(Dr. Lenz [CDU]: Dann haben Sie den Entwurf nicht gelesen!)

— Ich habe ihn gelesen, und wir haben ihn diskutiert. Sie selber haben eben zugestanden, daß Sie zur Frage der Beteiligungsverhältnisse keine klaren Aussagen gemacht haben.

(Dr. Brüggemann [CDU]: Nur dazu nicht!)





(A) Und nun kommen Sie in der Frage der Studentenschaft zu einem Weg, von dem wir glauben, daß er ein Weg von gestern ist, nämlich zu dem Weg der Zwangsmitgliedschaft und der Korporationsrechte. Ein weg von gestern, Herr Kollege Brüggemann, nicht weil wir Studenten bändigen und zügeln möchten, sondern weil wir glauben, daß die Hereinnahme der Studentenschaft in die Organe der Universität und die Alimentierung dieser Anwesenheit in den Organen der Universität zu einer so erheblichen Strukturveränderung der Universität selber führt, daß damit der bisherige AStA, die bisherige Form der studentischen Zwangsmitgliedschaft nicht nur juristisch, sondern auch gesellschaftspolitisch obsolet geworden ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie haben bei dem Versuch, nun das Gegenteil dessen zu tun, was Sie dem Kultusminister vorwerfen, nämlich bei dem Versuch, Ihren Entwurf hochzujubeln und den Entwurf der Landesregierung herunterzuspielen, eine Reihe von Gesichtspunkten ins Gespräch gebracht, die in der Tat als Fragen der Zielvorstellung von Bildungspolitik gestellt und beantwortet werden müssen. Die Frage ist, ob ein Hochschulgesetz Zielvorstellungen formulieren kann und soll, oder ob ein Hochschulreformgesetz erkennbar machen soll, in welche Richtung es geht.

(Dr. Brüggemann [CDU]: Das ist aber nicht vorhanden!)

— Wir sind der Meinung, daß der Hinweis auf das Gesamthochschulsystem in § 2 des Entwurfs eine (B) Zielrichtung anzeigt, von der wir hoffen, daß sie später — aber eben doch noch — die Zielvorstellung aller Parteien wird.

Unser Ziel, das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik, ist die gestufte Gesamthochschule. Zu dieser gestuften Gesamthochschule sollen die bisherigen Universitäten, Technischen Hochschulen, künstlerischen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen und die Fachhochschulen gehören. Aber wann dieses System der gestuften Gesamthochschule gesetzgeberische und faktische Wirklichkeit wird, das läßt sich auf Grund der Frage errechnen, wie viele Jahre bereits versäumt sind und wie lange wir mit der Umgestaltung unseres Sekundarschulwesens noch zögern wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Denn erst durch die Umgestaltung dieses Sekundarschulwesens, die jetzt in Nordrhein-Westfalen als erstem Bundesland durch die Errichtung der Fachoberschule vom 1. August dieses Jahres an eingeleitet ist, wird der Weg in eine Richtung frei gemacht, die dem Abbau der Hierarchien und dem Abbau eines vertikal gegliederten Bildungswesens zugunsten eines horizontal gegliederten Bildungswesens zugeordnet ist, das damit freilich nicht elitär wird und das damit nicht ein Bildungssystem werden soll, in dem alles gleich ist und in dem alles gleichgemacht werden soll.

Wir haben zum Beispiel nie bestritten, Herr Kollege Brüggemann, daß die Fachhochschule eine Entlastungsfunktion gegenüber der Universität wahrnehmen kann. Unsere Bedenken gelten denjenigen, die die Fachhochschule nur erfunden haben, um (C) diese Entlastungsfunktion wahrzunehmen und um damit die Universität in der Isolierung zu halten. Das gibt es auch.

(Dr. Brüggemann [CDU]: Wer ist der Adressat dieses Vorwurfs?)

— Der Adressat dieses Vorwurfs sind die Verfasser jenes ersten Gutachtens bei Hahn — vor zwei oder drei Jahren —, das unter dem Stichwort „Dahrendorf-Plan" — ich glaube, er war es gar nicht — zu einer bildungspolitischen Diskussion geführt hat, die so aussieht — ich gestehe, daß ich nicht sicher bin, inwieweit Herr Prof. Biedenkopf in diese Richtung geht —, als müsse man Studenten von den Universitäten abziehen, damit dort richtig geforscht und wissenschaftlich gelehrt werden könne und damit es einen Clerus minor gibt, der aus Volksschullehrern, Realschullehrern und Hausärzten besteht. Das möchten wir auf keinen Fall.

(Zustimmung bei der SPD — Zuruf des Abg. Dr. Brüggemann [CDU])

— Das ist nicht Ihre Position. Deshalb habe ich das auch nicht gesagt, sondern es ging mir darum, deutlich zu machen: Wer die Fachhochschule nur will, um eine solche bildungspolitische Konzeption zu erreichen, wer also die hierarchische Struktur im Grunde verstärken will und sich dazu der Fachhochschule bedient, der ist nicht unser Freund. Ich gestehe, daß meine größte Sorge bei den Ingenieurstudenten nicht die ist, daß sie uns zu viel Trouble machen und unfreundlich mit uns umgehen und daß die CDU in Mönchengladbach — vielleicht nicht nur dort — dann noch glaubt, sie könne auf (D) diesem Feuerchen ihre Suppe kochen, sondern meine größte Sorge ist, daß die Ingenieurstudenten den falschen Propheten nachlaufen und in eine Isolierung gedrängt werden,

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

bei der die Frage, in welchen Zeitabschnitten man in welche Richtung geht, umgebogen wird in: Die wollen nicht das, was wir wollen.

Ich kann und will hier jetzt nicht etwas zu einem Punkt sagen, der heute nicht auf der Tagesordnung steht, zum Fachhochschulgesetz. Aber da Sie es angesprochen haben, wollte ich mir wenigstens diesen Hinweis erlauben.

Unsere Zielvorstellung ist die gestufte Gesamthochschule. Diese Gesamthochschulen — das steht auch in den entsprechenden Beschlüssen der Bundes-SPD, die Sie freundlicherweise zitiert haben — werden erst am Ende der Entwicklung stehen. Wir möchten, daß diese Entwicklung solide eingeleitet wird, und wir glauben, daß der hier vorliegende Gesetzentwurf ebenso wie der in der Beratung befindliche Entwurf eines Fachhochschulgesetzes dem vorzüglich dient. Wir glauben, schon dadurch, daß im § 4 des Gesetzentwurfs über die Personalstruktur der Universität nur noch „Hochschullehrer" steht und nicht mehr enumerativ aufgeführt wird, welche Sorten dieser Hochschullehrer es bisher gibt, wird der Weg auf eine neue Personalstruktur der Universität hin gezeigt, deren Zielvorstellung in der Tat ist, daß es drei Gruppen gibt.

**(Johannes Rau [SPD])**

(A) Ich will nun nicht mehr zu den Einzelfragen Stellung nehmen, weil das Gespräch doch weitergehen soll und andere sich daran beteiligen möchten. Ich möchte ein paar abschließende Bemerkungen an dieser Stelle versuchen. Und ich glaube, daß es sehr schwer wird, in der Frage eines Hochschulgesetzentwurfes wie überhaupt bildungspolitischer Entwürfe den richtigen Zeitpunkt zu finden. Man weiß immer erst nachher, ob man zu spät oder zu früh kommt — das ist das Problem: Kairos oder Chronos? — aber immerhin, ich glaube, wir sind jetzt in einer Situation, in der das bildungspolitische Gespräch so intensiv ist und so intensiv geführt werden muß, daß es in diesem Land zu Entscheidungen kommen sollte.

(Dr. Brüggemann [CDU]: Sehr richtig!)

Wir glauben, daß der Regierungsntwurf eine Basis für diese Entscheidungen ist. Daß das so sein sollte, kann ich belegen, indem ich Sie alle, meine Damen und Herren, daran erinnere, daß wir Studentendemonstrationen schon vor Jahren gehabt haben. Sie galten der Auflösung des Disziplinarrechts, und die Forderung der Studenten war: Wir wollen ein Ordnungsrecht! Wir wollen Abschaffung der alten disziplinarrechtlichen Sondervorschriften zugunsten eines Hausordnungsrechts! Jetzt sind wir ein paar Jahre weiter, jetzt haben wir die entsprechenden Demonstrationen gegen Ordnungsrecht — so, als sei jeder Versuch zu ordnen, ein böser Anschlag in diesem Fall nicht auf die Freiheit von Forschung und Lehre, sondern auf die Freiheit studentischen Lebens. Wir sagen deshalb ja zu einem differenzierten Ordnungsrecht, wenn, wie der Herr Kultusminister mit Recht gesagt hat, dieses Ordnungsrecht nicht der Bändigung, nicht der Zähmung und (B) nicht der Verhinderung von Reformen dient, sondern wenn es hinter die Reformen geschaltet wird und wenn deutlich wird: dieses Ordnungsrecht dient der Freiheit von Forschung und Lehre, d. h. der Freiheit derer, die forschen, lehren und lernen.

(Beifall bei der SPD)

Dann sollten wir zu einem solchen Ordnungsrecht ja sagen und sollten demokratische Maßstäbe an dieses Ordnungsrecht anlegen.

Das Hochschulgesetz, mit dem wir es heute zu tun haben, leitet die Reform nur ein. Es gibt viele Dinge, die es nicht enthalten kann und die es nicht enthalten darf. Wir hören den Vorwurf, vieles stehe nicht darin, und wir hören den Vorwurf, es stehe zuviel darin. Wir sind der Auffassung, daß wir einen guten Schritt mit diesem Gesetzentwurf getan haben. Wir sollten beraten, wir sollten alle Stimmen dazu hören und wir sollten ihn dann, wenn wir gehört und zugehört haben, verabschieden. Wir sind uns klar darüber, daß wir die Unruhe unter der jungen Generation weder mit Ihrem noch mit unserem Entwurf, noch mit einer Mischung aus beiden zum Stillstand und zur Ruhe umfunktionieren können; denn die Unruhe der jungen Generation ist keine Unruhe primär über die Situation der Universität, sie ist tiefergehend und weitergreifend, als viele von uns das sehen und begreifen.

Wir sind uns klar darüber, daß dieser Gesetzentwurf deshalb problematisch ist, weil er den Mut hat, schwierige Probleme anzusprechen, nämlich des Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Hochschule, wobei wir, Herr Kollege Brüggemann, über Ihre Vorschläge miteinander sprechen müßten, auch über die des Hochschulbeirats und was immer Sie dazu vorgeschlagen haben. Aber dann wollen wir auch einmal darüber sprechen, welche Funktion denn Exekutive und Legislative bei der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse einschließlich der Universitäten haben. Es gibt keine Autonomie der Universität, die aus der Historie oder aus ihr selber zu begründen wäre. Die Autonomie der Universität ist nur zu begründen aus der Freiheit von Forschung und Lehre, wie das Gesetz sie garantiert. Und weil das so ist, darum dürften wir als Parlamentarier nicht die Leute sein, die nun vorschnell der Meinung sind: Das gehört alles zur Autonomie. Wir haben als Parlament damit nichts mehr zu tun, und wir kommen in die Situation, meine Damen und Herren, in der wir doch gewesen sind, als man uns vorwarf, nicht zu reformieren, und die, die hätten reformieren können, es nicht taten und uns verwehrten, einzugreifen. (C)

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Beifall bei der FDP)

Wir wollen mit dem Entwurf, den die Landesregierung vorgelegt hat und den die Koalitionsfraktionen begrüßen, eine große Koalition, eine große Koalition der Reformwilligen unter allen Gruppen und unter allen Beteiligten erreichen. Wir wollen in der Tat, wie Herr Biedenkopf das der Landesregierung und auch mir vorgeworfen hat, den Zwang zur Kooperation und zur Koordination. Wir wissen, daß vielen das noch unverständlich scheint, so wie im 17. Jahrhundert den meisten der Gedanke unverständlich war, daß die Ständegesellschaft einmal abgebaut würde. Wir glauben, daß Effizienz und Demokratisierung und Transparentmachen der Entscheidungen keine Widersprüche sind, wir glauben, daß der Gesetzentwurf in diese Richtung geht, und deshalb sagen wir ja zu dem Entwurf der Landesregierung. (D)

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Beifall bei der FDP)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Frau Abg. Dr. Focke von der SPD-Fraktion.

**Frau Dr. Focke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der heutigen ersten Lesung des Regierungsentwurfs eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen nimmt der Landtag von Nordrhein-Westfalen eine Aufgabe in Angriff, über deren Bedeutung er sich voll im klaren ist und für deren Bewältigung er der Kompliziertheit, wie der Dringlichkeit dieses Themas angemessen besonderen Sachverstand und besonderen Fleiß zu investieren gewillt ist.

Der Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Prof. Brüggemann, hat es erwartungsgemäß nicht versäumt, bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinzuweisen, daß nach dem Willen der Opposition die Beratungen schon früher begonnen hätten. Der Vorwurf der Verzögerung, im November bereits erhoben, erklang erneut.





**(Dr. Lenz [CDU])**

(A) Frage des geordneten Schulbetriebs so flexibel gestalten und einen Lösungsvorschlag geben, daß die betroffenen Eltern damit einverstanden sein könnten, sähen die Dinge anders aus. Sie haben lediglich gesagt, Sie seien bereit, den Inhalt des hier in Rede stehenden Erlasses zu prüfen, und das ist einfach zu wenig. Wir haben im vorigen Jahr bei der Beratung der Volksschulreform doch erlebt, daß die Landesregierung in der Lage war, innerhalb von 24 Stunden den Entwürfe für Rechtsverordnungen vorzulegen. Wenn das nicht der Fall ist, wird doch damit demonstriert, daß nach der Meinung der Landesregierung das Problem noch nicht ausdiskutiert ist. Das festzustellen ist gar keine Kritik, weil es außerordentlich schwierig differenziert ist.

Ich bin also der Meinung, es kommt überhaupt keine Verzögerung zustande, wenn wir im Interesse der Eltern darum bitten, daß uns die Grundzüge — der Kollege Dr. Hofmann hat nur von den Grundzügen, noch nicht mal vom Text der Rechtsverordnung gesprochen — der Rechtsverordnung zur Kenntnis gegeben werden, damit wir sehen werden, ob die Eltern, die darauf warten, daß diese Grundzüge klar geäußert werden, zustimmen können. Was wir erstreben, ist ein Ja zu diesem Gesetz, das wir in Verantwortung, auch in Berücksichtigung der Vorstellungen aller betroffenen Elterngruppen, geben können. Ich glaube, daß das erreichbar ist. Die vier Wochen Vertagung mit dem Ergebnis, daß wir dann die Rechtsverordnung haben, lohnen sich wirklich, um den Frieden in diesem Bereich der Elternkritik endlich wiederherzustellen.

(Beifall bei der CDU)

(B)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Johannes Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte diese Debatte für unerfreulich, und ich will Ihnen auch sagen, warum. Sie können nicht einem Gesetz die Zustimmung in dritter Lesung deswegen verweigern, weil zunächst die Ausführung des Gesetzes durch eine Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Kulturausschuß erfolgen soll; denn das ist erst möglich, wenn das Gesetz in dritter Lesung verabschiedet ist.

(Dr. Lenz [CDU]: Nein!)

— Natürlich! Erst das Gesetz, erst die Verabschiedung des Gesetzes ermöglicht, daß der Kultusminister dem zuständigen Ausschuß eine Rechtsverordnung vorlegt.

(Zustimmung bei der SPD)

Was Sie hier machen, meine Damen und Herren — —

(Dr. Dr. Hofmann [CDU]: Es muß doch Vorentwürfe geben!)

— Sie sagen Vorentwürfe, Herr Dr. Hofmann. Ich sage, das ist nicht gesundes Mißtrauen, sondern das ist der Versuch, wieder einmal ein Junktim zu machen, wie Sie es bei der Volksschulreform gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Versuch, wieder einmal im Fachausschuß zuzustimmen, um im Plenum davon abrücken zu können, weil das publizistische Erfolge bedeuten könnte. (C)

(Sehr gut! bei der SPD)

Meine Damen und Herren, so billig sollten Sie hier nicht spielen.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Kollege Meuffels hat hier einen Satz gesagt, den ich bedenkenswert fand. Das war der einzige Satz, der mich in der Argumentation der Oppositionssprecher überzeugt hat. Er hat gesagt, es wäre ja denkbar, daß zwischen CDU und SPD unterschiedliche Auffassungen über den geordneten Schulbetrieb bestünden. In der Tat, Herr Kollege Meuffels, das ist nicht nur denkbar, sondern das haben Sie hier 15 Jahre lang bewiesen.

(Beifall bei der SPD)

daß Sie beim geordneten Schulbetrieb bei der ungeteilten und ungegliederten Schule Auffassungen vertreten haben aus Gründen, die Sie lokal verantworten mögen, die aber nichts mit dem Wohl des Kindes zu tun haben.

Wir haben in der vergangenen Wahlperiode und in dieser Wahlperiode jahrelang in einer Kommission aus Mitgliedern des Kulturausschusses, des Sozialausschusses und ich weiß nicht welcher Ausschüsse noch die Probleme erörtert. Wir haben sie x-mal in den Fraktionen gehabt. Wir haben im Kulturausschuß vor acht oder wieviel Tagen einmütig dieser neuen Formulierung zugestimmt. Jetzt kommen Proteste, und was macht man da Günstigeres, als sich an diese Proteste zu hängen! Meine Damen und Herren, das paßt uns nicht! (D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Reinhardt von der Fraktion der SPD.

**Reinhardt** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich versuche die ganze Zeit, darüber nachzudenken, was Sie eigentlich dazu bewegt, heute hier die Absetzung der dritten Lesung zu fordern. Ich kann hier nur eines feststellen: Das, was wir bisher in der interfraktionellen Kommission — ich sage das noch einmal sehr deutlich — getan haben, war von einer, wenn Sie so wollen, Überparteilichkeit getragen, weil wir diese Fragen um die behinderten Kinder nicht in das parteipolitische Tagesgeschehen hineingezogen wissen möchten.

(Beifall bei der SPD)

So lange ich den Vorsitz in dieser interfraktionellen Kommission habe, bin ich in diesen meinen Vorstellungen von allen Mitgliedern, auch der CDU und der FDP, unterstützt worden. Ich hatte geglaubt, daß wir heute hier zu einem guten Ende kämen. Ich habe heute morgen einigen Kollegen von der CDU, als sie schon ankündigten, daß sie heute nicht auch in dritter Lesung über diese Dinge befinden würden, gesagt, daß die Sache dann zwangsläufig in das parteipolitische Fahrwasser hineingerate, und nun muß

(Elfring [CDU], Antragsteller)

(A) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Katalog von Fragestellungen, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, zielt auf das Innenverhältnis dieses Parlaments. Wir müssen aber auch noch diese oder jene Frage stellen zum Außenverhältnis, zum Thema „Parlament und Öffentlichkeit" oder „Parlament und Staatsbürger".

Es dreht sich vor allen Dingen um die Frage, ob die Arbeit und die Arbeitsweise unseres Parlaments durchsichtig genug sind, um das Interesse der Bürger unseres Landes beanspruchen zu können, oder ob mangelnde Transparenz, Verdrossenheit oder sogar Ablehnung gegenüber „denen da oben" aufkommen läßt.

Eine Möglichkeit, über unsere Arbeit zu informieren, ergibt sich — das ist ja bekannt — über die publizistischen Medien, vor allen Dingen über die Presse. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob es gut und nützlich ist, daß der Landtag oft noch zu jenen Stunden des Tages tagt, wenn die Hauptredaktionen der Tageszeitungen das Kapitel „Landespolitik" für diesen Tag bereits abgeschlossen haben.

Eine andere Möglichkeit, die Öffentlichkeit an unserer Arbeit teilnehmen zu lassen, soll eigentlich die Tribüne oberhalb unseres Plenarsaales sein. Dazu kann man aber eigentlich nur etwas betrübt feststellen, daß das Angebot an Plätzen — wenn man diese Marktregel einmal zugrunde legt — der Nachfrage bei weitem nicht standhält. Das hat z. B. auch zur Folge — meine Damen und Herren, ich sehe darin ein Problem —, daß Schulklassen auf der Tribüne nach Minutenraten ausgetauscht werden. Das führt bei mir immer zu der bangen Frage, ob (B) das Erlebnis parlamentarischer Bruchstücke das Verhältnis zur Demokratie nicht eher löst als festigt.

Vielleicht sollte man deshalb auch einmal die Frage stellen dürfen, ob es nicht eine Möglichkeit geben sollte, in diesem Hause auch außerhalb der Tribüne mit Hilfe der Fernsehtechnik unseren Plenarberatungen folgen zu können.

Im übrigen, meine Damen und Herren, müßte geprüft werden, ob es nicht auch Möglichkeiten gibt, interessierte Bürger draußen im Lande bereits am Entstehungsprozeß politischer Entscheidungen teilnehmen zu lassen.

Meine Damen und Herren! In allen diesen Fragen spiegelt sich die Dringlichkeit einer Parlamentsreform, für deren Beratung wir einen Ausschuß des Parlaments einzusetzen beantragen, der in eine fruchtbare Konkurrenz zu den Bemühungen des Herrn Landtagspräsidenten treten kann. Je schneller dieser Ausschuß seine Arbeit aufnimmt und Lösungsmöglichkeiten eröffnet, um so eher wird vermieden werden können, daß Radikale oder Schwärmer damit Erfolg haben, den Parlamentarismus in Frage zu stellen.

Wir sollten es mit dem Staatsrechtler Hans Kelsen halten, der gesagt hat — ich darf wörtlich zitieren —:

> Daran kann man wohl ernstlich nicht zweifeln, daß der Parlamentarismus die einzig mögliche reale Form ist, in der die Idee der Demokratie innerhalb der sozialen Wirklichkeit von heute erfüllt werden kann. Darum ist die Entscheidung über den Parlamentarismus zugleich die Entscheidung über die Demokratie. (C)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktionen der SPD und der FDP legen Ihnen zu dem Antrag der CDU einen Änderungsantrag vor, den ich mit wenigen Sätzen begründen möchte: Wir sprechen nicht von einem Ausschuß, sondern von einer Sonderkommission unter Vorsitz des Landtagspräsidenten, und schlagen eine Mitgliederzahl von sieben vor. Diese Kommission soll dem Landtag bis zum 1. Juli d. J. einen Zwischenbericht ihrer Reformvorschläge vorlegen. Wir glauben, daß diese Veränderung des CDU-Antrages der von der CDU ergriffenen Initiative, der Sache besser gerecht wird.

Wir haben in Bonn den gleichen Vorgang. Auch dort gibt es das Gespräch über die Parlamentsreform, und wir haben dort unter dem Vorsitz des Bundestagspräsidenten nach Initiativen aus allen Fraktionen eine Kommission an der Arbeit, die im Juni ihre ersten Vorstellungen entwickeln will. Deshalb glauben wir, daß wir den gleichen Weg gehen sollten.

Herr Kollege Elfring hat, wenn ich nicht irre, Jacobus I, Vers. 22, zitiert. Stimmt's, Herr Kollege?

(Elfring [CDU]: Ja!)

— Da steht: (D)

> Seid Täter des Worts und nicht Hörer allein.

(Zuruf)

— Richtig, Herr Kollege. Zum Tun würde gehören, daß wir das, was wir an Parlamentsmöglichkeiten schon haben, auch ausnutzen, daß wir eine Absprache im Ältestenrat — die, daß wir nicht sprechen — einhalten oder sie dort nicht treffen: daß wir also die Gremien stärken, die es schon gibt, und sie die Funktion der permanenten Parlamentsreform wahrnehmen müßten. Das sind das Präsidium, der Ältestenrat, der Hauptausschuß, der Justizausschuß als der für die Geschäftsordnung dieses Hauses zuständige Fachausschuß.

Da wir nun heute morgen mit biblischem Realismus an die uns bewegenden Fragen herangehen, muß ich zu dem Arbeitspapier, das Ihre Fraktion jeweils als nötige Erläuterung zu Anträgen vorzulegen pflegt und in dem Sie von einem Sonderausschuß sprechen, die Frage stellen, ob ein Sonderausschuß, zu dessen erklärten Zielen es gehört, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Ausschüsse verringert wird, wohl der richtige Weg ist, oder ob hier jenes Wort aus dem Evangelium zutrifft, in dem es heißt, daß man den Teufel nicht mit Beelzebub austreiben solle.

(Dr. Lenz [CDU]: Wer soll der Teufel sein?)

— Der Teufel wäre hier die Vielzahl der Ausschüsse. Das Austreiben durch Beelzebub wäre die Gründung eines neuen Ausschusses, der prüfen soll, ob wir zuviel Ausschüsse haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**(Johannes Rau** [PSD])

(A) Es ist richtig, daß es eine Fülle von Maßnahmen gibt, die wir treffen müssen, um das Parlament nach drinnen und nach draußen, wie Sie, Herr Kollege Elfring, gesagt haben, transparenter, um seine Arbeit verständlicher zu machen. Dazu gehört sicherlich für uns alle, daß wir uns in der freien Rede üben, daß wir knapper sprechen und so sprechen, daß auf der Tribüne nicht der Eindruck entsteht, es treffe auf dieses Parlament zu, was in der Apostelgeschichte 19, Vers 32, geschrieben steht:

(Heiterkeit)

wo es heißt:

> Die einen redeten so und die anderen redeten so und die Versammlung ward irre. Sie berieten aber länge, weshalb sie wohl zusammengekommen wären.

(Große Heiterkeit)

Ich sage dieses Wort deshalb, meine Damen und Herren, weil ich meine: Wir sollten jetzt nicht angesichts der Tatsache, daß wir vor zwei Wochen eine Panne gehabt haben, die niemand mehr bedauert als ich, in ein modisches Rufen nach Reformen kommen, statt die kleinen Möglichkeiten der Reform, die wir schon haben, einmal wahrzunehmen.

Ich glaube, daß wir uns keinen Dienst tun, wenn wir das letzte Jahr der Arbeit, das dieser sechste Landtag noch hat, zu einem beträchtlichen Teil damit vertun, daß wir uns mit uns selber beschäftigen.

Die beste Reform, die wir leisten können, ist das harte Arbeiten an den uns gestellten Sachaufgaben in den verschiedenen Bereichen. Wenn das sicher (B) ist, dann sollten wir die vorhandenen Gremien stärken, sollten ihre Arbeit durchsichtiger machen für alle Mitglieder dieses Hauses. Deshalb wäre es uns lieber gewesen — das sage ich mit allem Freimut —, wir hätten weder einen Sonderausschuß noch eine Sonderkommission, sondern wir hätten den Präsidenten gebeten, mit den Fraktionen über die Möglichkeiten zu sprechen, die sich im Blick auf die Reform anbieten oder möglich gemacht werden müssen.

Ich mache den Vorschlag, daß das, was wir untereinander besprechen, Herr Kollege Dr. Lenz, von uns vor den Fraktionen vorgetragen und durchgehalten wird. Dann wären wir schon ein ganzes Stück weiter.

Meine Damen und Herren! Ich bitte zu prüfen, ob wir die Sonderkommission, die wir mit unserem Antrag erbitten, dadurch wirksamer machen können, daß wir die Kollegen, die aus ihrer zum Teil leidvollen Erfahrung über die Unzulänglichkeit des Parlamentarismus Beiträge zu liefern haben, dort anhören können, daß wir also die Geschäftsordnung entsprechend anwenden.

Im übrigen glaube ich, daß der Vorschlag, wie er Ihnen jetzt vorliegt, der richtige Weg ist, wir also kein neues zusätzliches Gremium, keinen 23. Ausschuß bilden, sondern eine Ad-hoc-Kommission derer, die sich mit dem Problem des Parlamentarismus ohnehin auf Grund ihres Auftrages zu beschäftigen haben.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster Redner hat (C) das Wort Herr Abg. Lenz von der Fraktion der CDU.

(Johannes Rau [SPD]: Wollen Sie eine Bibel haben?)

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Rau, ich brauche nicht die Bibel. Wir sind auf diese „Sprüche" nicht angewiesen.

(Ho-Ho-Rufe)

Ich bin also schon zufrieden, wenn wir zu dem Ergebnis kommen: „Prüfet alles und behaltet das Beste!"

(Beifall bei der CDU)

Wir sind insofern einig, als wir das, was hier in Rede steht, zum Anlaß nehmen wollen, in bezug auf die Reform mit unserer eigenen Arbeit einiges zu realisieren. Wir sind uns klar darüber, daß das, was bald möglich ist, bald getan werden sollte, und daß wir das, was von der neuen Legislaturperiode an sinnvoll ist, von da ab tun sollten.

Meine Damen und Herren, daß wir einiges in unserer Arbeit ändern sollten, darüber besteht wohl Einigkeit. Wer die Fragestunde vorhin mit wachen Ohren verfolgt hat, der hat am heutigen Tage wieder ein Beispiel dafür bekommen, wie unlebendig unsere Arbeit ist, wo sie lebendig sein könnte.

(Beifall bei der CDU)

Es geht hier nicht um den Unterschied in der Sache. (D) Ich hoffe, daß wir in bezug auf das Streben nach einer echten Reform, um die Arbeit dieses Parlaments durchsichtiger, politisch interessanter zu machen, einig sind. Uneinig sind wir über das Verfahren.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat überlegt: Schlagen wir nun vor, daß der Ältestenrat dies tun soll, oder schlagen wir vor, daß das Präsidium es tun soll? Wir sind zu dem Ergebnis „Nein" gekommen, weil solche Reformvorschläge, die ja auch das Ende einiger liebgewordener Vorstellungen zur Folge hätten, am besten nicht in der Dunkelkammer des „Parlamentsadels" vorentschieden werden sollten. Darum sind wir dafür, daß wir von der Möglichkeit Gebrauch machen, die die Geschäftsordnung bietet, nämlich einen Sonderausschuß einrichten, wie es in § 22 der Geschäftsordnung steht.

Da der Herr Landtagspräsident nach der Geschäftsordnung, die wir uns ja selbst gegeben haben und die wir darum auch praktizieren sollten, ohnehin in allen Ausschüssen beratende Stimme hat, halten wir es nicht für notwendig, daß er auch den Vorsitz einer solchen Reformkommission übernimmt. Wir halten es auch nicht für tunlich, und zwar aus der Funktion des Präsidenten heraus. Der Präsident vertritt den Landtag — so heißt es in der Geschäftsordnung —, er soll nicht eine Fraktion vertreten. Der Präsident leitet sachlich und gerecht; er soll aber nach unserer Überzeugung nicht als Fraktionsvertreter in einem solch wichtigen Ausschuß sein. Darum sind wir nicht der Auffassung,





**(Dr. Lenz** [CDU])

(A) daß der Landtagspräsident den Vorsitz haben soll. Darum haben wir gesagt, wir schlagen einen Sonderausschuß vor. Die Kommission, lieber Herr Rau, hat in der Geschäftsordnung keine Grundlage. Warum wollen Sie nicht einen Sonderausschuß bejahen, wenn in der Geschäftsordnung die Möglichkeit dazu gegeben ist? Sie setzen sich dem Verdacht aus, lieber Herr Rau, und meine Damen und Herren von der SPD und FDP, es ginge Ihnen gar nicht um das Thema Sonderausschuß oder Kommission, sondern es ginge Ihnen lediglich um die Frage des Vorsitzes.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es nämlich ein Sonderausschuß würde, wie wir es nach der Geschäftsordnung beantragen, dann wäre nach der Verteilung in diesem Landtag die CDU-Fraktion an der Reihe, den Ausschußvorsitzenden zu stellen.

(Lachen und Zurufe bei der SPD)

Jetzt, meine Damen und Herren, haben Sie das nicht so gern und schlagen den Landtagspräsidenten vor. Das scheinen uns die Hintergründe zu sein; andere haben wir nämlich bisher nicht gefunden.

Im Ältestenrat, meine Damen und Herren von der SPD, wurde zu unserem Vorschlag, für diesen Sonderausschuß 9 Mitglieder zu bestellen, gesagt, wir sollten es doch bei 7 bewenden lassen und uns damit zufrieden geben. Wir haben uns damit einverstanden erklärt, auf 7 Mitglieder zurückzugehen, und unseren Antrag geändert. Sie sehen also, daß es nur um Formfragen geht. Sollten allerdings andere Fragen dahinterstehen, dann hätte es natürlich einen (B) Sinn, die beiden Anträge hier kontrovers abzustimmen. Dann wäre für uns unter Umständen auch die Frage gegeben, ob es Ihnen um die Reform so geht, wie sie uns am Herzen liegt. Bisher haben Sie dazu durch Ihren Vorsitzenden ja gesagt, Ich habe die Hoffnung, daß es dabei auch bleibt.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Riemer von der Fraktion der FDP.

**Dr. Riemer** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte heute noch nicht materiell über die Parlamentsreform diskutieren; denn wenn wir einen Ausschuß einsetzen, der dieses Thema bearbeiten soll, erscheint es mir wenig sinnvoll, schon vorher darüber eine Plenardebatte zu führen.

Aber, Herr Kollege Elfring, ich könnte ganz sicher noch einige interessante Vorschläge in Ergänzung dessen, was Sie vorgetragen haben, machen.

Einig sind wir uns doch wohl darüber, daß es darum geht, eben die Arbeitsfähigkeit, die Effektivität des Parlaments zu steigern. Eine sehr wichtige Aufgabe besteht, so meine ich, auch darin, wieder etwas die Verbindung zum Wähler, zum Bürger herzustellen oder zu verstärken und — darin stimme ich Ihnen, Herr Kollege Elfring, zu — auch die Rechte des einzelnen Abgeordneten.

Deshalb möchte ich zu dem Änderungsantrag einen weiteren Änderungsantrag stellen — Herr Kollege Rau hat es schon angedeutet; ich möchte es jedoch hier als Antrag einbringen —, nämlich (C) folgenden Satz anzufügen:

> An den Sitzungen der Kommission können alle Abgeordneten nach den für die Ausschüsse geltenden Vorschriften der Geschäftsordnung teilnehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Lenz [CDU])

Denn wir sollten gleich mit diesem Antrag mit der Parlamentsreform beginnen.

Außerdem würde ich vorschlagen, in dem Antrag selbst noch eine Änderung vorzunehmen, und zwar dort, wo es heißt:

> Es wird eine Sonderkommission unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten zur Beratung von Problemen der Parlamentsreform berufen.

Denn das scheint mir etwas zu schwach zu sein und nicht das, was wir wollen, auszudrücken. Ich würde vorschlagen zu formulieren:

> ... zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine Parlamentsreform ...

Es geht nicht nur darum, über Probleme der Parlamentsreform zu beraten, sondern es sollen Vorschläge für eine Parlamentsreform erarbeitet werden. — Das als Antrag dazu!

Es geht darum, daß der einzelne Abgeordnete auch an den Sitzungen der Kommission teilnehmen kann. So ist es in der Geschäftsordnung vorgesehen. (D)

(Dr. Lenz [CDU]: Darum Sonderausschuß!)

— Ja, ja, und ich werde auch Ihrem Antrag zustimmen. Wir wünschen also, daß er an den Sitzungen teilnehmen kann und er darüber hinaus, wenn er einen Antrag gestellt hat und dieser Antrag im Ausschuß behandelt wird, eben auch an den Beratungen dieses Ausschusses teilnehmen kann!

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Schneider:** Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat Herr Kollege Rau von der Fraktion der SPD das Wort.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur drei Bemerkungen:

Zunächst zu dem, was Herr Kollege Riemer gesagt hat! Ich halte die Anfügung des von ihm vorgeschlagenen Satzes für problemlos und meine, wir sollten so verfahren.

Ich bin auch nicht gegen die sprachliche Verbesserung im ersten Satz, obwohl sich das, was Sie meinen, aus dem letzten Satz ergibt, daraus nämlich, daß Reformvorschläge bis zum 1. Juli vorgelegt werden sollen.

Nur noch zwei Bemerkungen!

Herr Kollege Lenz, Sie tun so, als könne es sein, daß die Koalitionsfraktionen die Reform nicht wollten. Sie wissen, daß das falsch ist, und Sie sollten

(A) wissen, daß die Frage unseres Änderungsantrags nichts mit der Frage nach der parteipolitischen Zugehörigkeit des Vorsitzenden zu tun hat.

(Beifall bei der SPD — Schulze-Stapen [CDU]: Dann haben Sie acht Mitglieder!)

— Moment! Ich habe Ihnen gesagt, daß es im Bundestag genauso gehandhabt worden ist, und Sie werden doch wohl nicht glauben, daß im Bundestag der Vorschlag, Herrn von Hassel zum Vorsitzenden der Kommission zu wählen, von Ihrer Fraktion nur gemacht worden wäre, weil Herr von Hassel CDU-Mitglied ist, sondern wahrscheinlich doch deshalb, weil er der Parlamentspräsident ist. Wir sind der Meinung, wenn der Präsident den Landtag vertritt, und zwar alle Fraktionen des Landtags, dann ist er der geborene Vorsitzende eines Gremiums, das sich mit Parlamentsreform beschäftigt.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Meinung, Herr Kollege Lenz, wir widersprächen Ihrem Antrag auf einen Sonderausschuß deshalb, weil wir die Sorge hätten, daß Sie dann den Vorsitz bekämen, ist eine Irrlehre in zweierlei Hinsicht. Erstens haben wir keine Angst vor Ihren Vorsitzenden-Kollegen, und zweitens ist Ihre Meinung irrig, daß Sie nach den jetzigen Zahlen „dran" wären. Das habe ich Ihnen — frei nach dem 1. Korintherbrief, Kapitel 13 — mit Menschen- und Engelszungen vor 14 Tagen in meinem Zimmer zu erklären versucht. Ich glaube, es gibt bereits eine Vorlage dieses Hauses. Als wir noch gar nicht von
(B) Parlamentsreform sprachen, als Sie diese publizistische Möglichkeit noch nicht gesehen hatten, da haben wir über die Frage der Ausschußvorsitzenden gesprochen. Es geht nicht darum, welche Fraktion den Vorsitz übernimmt, sondern es geht darum, daß hier kräftig, strukturell, schnell gearbeitet werden kann und daß die Leitung bei dem liegt, der die Probleme dieses Hauses kennt und der auf Grund des Amtes, das er mit Ihren und mit unseren Stimmen hat, über den Fraktionen steht.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schneider:** Als nächster Redner hat Herr Kollege Präsident van Nes Ziegler das Wort.

(Pütz [CDU]: Der Abgeordnete van Nes Ziegler!)

**van Nes Ziegler** (SPD): Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Es ist das erstemal, seitdem ich das Amt des Präsidenten übernommen habe, daß ich hier vom Rednerpult aus spreche.

(Dufhues [CDU]: Als Abgeordneter?)

Nicht wegen dem, was hier gesagt worden ist, sondern wegen der Sache glaube ich, hier einiges sagen zu müssen. Innerlich bin ich davon überzeugt, daß wir weder einen Sonderausschuß noch eine Kommission nötig haben, weil Parlamentsreform eine ständige Aufgabe ist.

(Beifall bei der SPD)

Diese Aufgabe stellt sich nicht erst seit vier Wochen (C)
und nicht erst wegen eines besonderen Ereignisses. Ich glaube vielmehr in aller Bescheidenheit sagen zu können: Ich habe mich, seit ich durch Ihr Vertrauen Präsident dieses Hauses bin, in aller Neutralität um einige mir möglich erscheinende Reformen bemüht, ohne daß eine große Bewegung ins Haus kam, obwohl sie bis zu einer Verfassungsänderung hin reichten.

Bei vielen der Vorschläge bin ich leider Gottes nicht so unterstützt worden, wie ich erwartet hätte. Die Vorschläge sind Monate und Jahre in den Ausschüssen und in den Fraktionen zwar besprochen worden, aber teilweise heute noch nicht abschließend behandelt. Nun pressiert es auf einmal. Ich kann mich darüber nur freuen. Ich bin sehr dafür, einige Dinge, die man ändern könnte, zu ändern.

Aber ich bedauere diese Diskussion — soweit sie sich mit dem Amt des Präsidenten befaßt hat —, nicht weil es um den Landtagspräsidenten geht, sondern weil Sie damit auch die Funktion seiner Stellung mit den vergleichbaren Ausschußvorsitzenden tangiert haben. Sie haben sich damit also selber, glaube ich, keinen guten Dienst erwiesen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Auch ein Ausschußvorsitzender amtiert nicht im Interesse seiner Partei oder seiner Fraktion, sondern er ist zur Neutralität verpflichtet. Ich glaube, daß unsere Ausschußvorsitzenden nach meiner Beobachtung jedenfalls bisher auch diese Neutralität gewahrt haben.

Wenn ich also sage, Parlamentsreform war (D)
gestern notwendig, dann möchte ich dem anschließen: In dem Wort „Reform" liegt schon, daß sie auch morgen noch notwendig sein wird, nach Sonderausschuß, Kommission und nach allen Vorschlägen, die gemacht werden. Aber ich möchte noch eins sagen: Wenn Sie alle Möglichkeiten, die Ihnen Geschäftsordnung und Verabredungen innerhalb unseres Landtags schon geben, ernst nähmen und durchführten, dann wären wir schon ein gutes Stück weiter. Das fängt zum Beispiel mit dem Beginn jeder Plenarsitzung an, und das geht weiter. Wenn Sie die Vorschläge hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments nehmen, wenn Sie den Vorschlag aufgenommen und verwirklicht hätten, daß jeweils die beiden Ausschußvorsitzenden — um die Neutralität wirklich sicherzustellen — in Pressekonferenzen Informationen über den Fortschritt der Gesetzgebungsarbeit auch in den Ausschüssen gegeben hätten, wenn im Jour fixe eine repräsentativere Beteiligung vorhanden wäre und aktuelle Probleme auch mit den Pressevertretern ausdiskutiert werden könnten, dann wären wir sehr viel weiter.

Ich habe manchmal den Eindruck — das betrifft nicht die heutige Diskussion, sondern ganz generell, wenn man Vorschläge zur Parlamentsreform liest —, daß man an Äußerlichkeiten herumbasteln will. Das Problem liegt doch in Wirklichkeit viel tiefer. Es geht eigentlich nicht darum, ob die Redezeit zu beschränken ist, ob hier frei geredet werden muß oder nicht. Sie alle wissen, daß es gewisse Erklärungen, offizielle Stellungnahmen gibt, sowohl von seiten der Regierung wie von seiten der Fraktionen,





(A) Die Rechtsform hat die selbständige Entwicklung dieser Arbeitsgemeinschaft für Forschung weder gefördert noch beeinträchtigt. Gefördert hat sich die Arbeitsgemeinschaft für Forschung selbst, indem sie nämlich von sich aus aktiv wurde, und ich kann dem Herrn Ministerpräsidenten nur bestätigen, daß, als ich in Cambridge die sämtlichen Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft für Forschung überreichen durfte, man dort die Arbeitsgemeinschaft und ihr Wirken kannte. Es ist sicherlich eine nicht uninteressante Nuance im Leben der Arbeitsgemeinschaft für Forschung, daß Peking regelmäßig ihre Forschungsberichte bezieht.

Sie sehen also, daß diese Institution weit über das Land Nordrhein-Westfalen hinaus gewirkt hat. Sie können aus der Begründung bei der Einbringung und aus der schriftlichen Begründung im Entwurf weitere Einzelheiten der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft für Forschung entnehmen.

Nun ist natürlich auch mir bekannt, daß sich im Laufe der Jahre die Verhältnisse und die Anschauungen verändert haben. Ich weiß, daß die übrigen Akademien in Deutschland gern im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, eine Akademie der Wissenschaften sähen. Ich weiß auch, daß der Wissenschaftsrat diesen Wunsch unterstützt. Ich habe nie so sehr darauf Wert gelegt, die Frage der Form überzubetonen; denn ich bin der Ansicht, daß es darauf ankommt, mit welchem Inhalt, mit welchem Geist sie gefüllt wird.

(B) Und das ist eben die Frage, die meine Fraktion ganz besonders beschäftigt: Gelingt es, auch in der neuen Form der Akademie der Wissenschaften das zu erhalten, was wir als erfreulich Neues der Arbeitsgemeinschaft für Forschung in ihrer Wirksamkeit hier im Lande und darüber hinaus zurechnen, eben diesen lebendigen Kontakt mit dem politischen und dem wirtschaftlichen Leben? Wenn das sichergestellt ist, dann hat meine Fraktion keine Bedenken, dem Gesetz zuzustimmen; aber wir müssen das auf jeden Fall sicherstellen.

Ich habe den Eindruck, daß ein Teil dieser Forderung in den im § 2 umschriebenen Aufgaben gelöst zu sein scheint; denn wenn die neue Akademie die Landesregierung bei der Forschungsförderung berät, so ist das etwas, was schon das Verhältnis zur Politik betrifft.

Ebenfalls halte ich es im Hinblick auf die aufgezählten Themen der Forschungsberichte für richtig, daß die bisherige strenge Verpflichtung, die Forschungsberichte und die Abhandlungen müßten veröffentlicht werden, aufgehoben und die Bestimmung in eine Kannvorschrift umgewandelt worden ist; es heißt nun, daß die Ergebnisse und die wissenschaftlichen Abhandlungen veröffentlicht werden können und daß die Akademie Gemeinschaftswerke veröffentlichen kann. Das ist ein Fortschritt; dann braucht nämlich nicht alles, was nur Gelehrte im Hinblick auf ihr Fachgebiet interessiert, in die Veröffentlichungen aufgenommen zu werden.

Nicht gesichert sehe ich in diesem § 2, der die Aufgaben der Akademie umschreibt, die Frage des Verhältnisses zur Politik, soweit es die Abgeordneten betrifft. Ich könnte Ihnen hier Abgeordnete nennen, die in keiner Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für Forschung gefehlt haben. Und wie ist es um das Verhältnis zur Wirtschaft bestellt? Darüber müssen wir im Ausschuß eingehend sprechen. Ich bin zwar davon überzeugt, daß sich hieran nichts ändern wird, solange Herr Staatssekretär Brandt in dieser Institution tätig ist. Aber wir wollen hier nicht etwas auf einige Jahre Beschränktes schaffen, beschränkt auf die Jahre eines Menschenlebens — ich wünsche Herrn Professor Brandt ein möglichst langes Leben! —, sondern wir wollen etwas schaffen, das demnächst einmal als Tradition gilt, die wir jetzt zu begründen uns bemühen. Deshalb müssen wir uns darüber unterhalten; die Einzelheiten können, wie gesagt, im Ausschuß erörtert werden.

Wenn ich eine kleine Anmerkung machen darf: Ich weiß, daß sich Akademien in Klassen aufteilen; das halte ich beispielsweise bei einer Kunstakademie für durchaus richtig; dort muß es eine Klasse für Plastik, eine Klasse für Malerei und eine für Zeichnen usw. geben. Hier bei der Akademie für Wissenschaften stoße ich mich ein wenig an dem Wort „Klasse"; wir wollen weder einen Klassenstaat noch eine Schule für Wissenschaften errichten. Ich meine, daß sich die augenblickliche Bezeichnung „Sektionen" oder wenn man das deutsche Wort nehmen will — „Abteilungen" besser dazu eignet. Sollte dem entgegengehalten werden, das sei überall so, würde ich meinen, das sei kein Argument dagegen, etwas Neues zu bringen.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber das ist, wie gesagt, eine Einzelheit im Rahmen des Ganzen. (D)

Im allgemeinen bin ich der Überzeugung, daß wir hier eine Institution schaffen können, die weit über die jetzige Generation von Politikern, Wissenschaftlern und Wirtschaftlern hinaus Gutes für unser Land, aber auch Gutes für unser ganzes deutsches Volk zu leisten vermag.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur wenige Worte zu einem Thema sagen, das zweifellos einer ausführlichen Würdigung bedürfte. Ich danke Herrn Dr. Meyers dafür, daß er für die klassenlose Gesellschaft im Bereich der Wissenschaften eintritt. Vielleicht erreichen wir sie hier und an anderen Stellen im Laufe einer langen Entwicklung. Es ist für einen Angehörigen der jüngeren Generation ohnehin ein wenig schwer, wenn er sich nicht mit der Tradition der Akademien der Wissenschaften vertraut gemacht hat, in einem solchen Gesetzestext das wiederzufinden oder zu entdecken, was unser heutiges Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik ausmacht. Aber das ist ein Problem des Anschließens an eine wissenschaftspolitische Tradition; dabei tun wir heute, so glaube ich, einen bedeutsamen Schritt. Ich habe einmal zusammenzustellen versucht, wann und auf wessen Veranlassung in Deutschland zwischen den Jahren 1700 und 1969 Akademien der Wissenschaften gegründet wurden. Wenn wir uns

(A) in die knappe Liste von sechs solcher Gründungen einreihen wollten, dann müßte hier heute ein Festakt stattfinden, bei dem die Plätze des Plenums und der Zuschauertribünen voll besetzt wären.

Nun geht es aber darum, eine bereits bestehende Institution mit einer neuen Standortbestimmung zu versehen und ihr vom Landtag, vom Gesetzgeber, her zu sagen, wo wir ihren Ort sehen. Ich glaube, daß dieser Ort der Akdemie der Wissenschaften keine Zielvorstellung ist, die wir anstreben, sondern daß die 19jährige Arbeit dieser Arbeitsgemeinschaft für Forschung dazu geführt hat, daß wir, im Grunde genommen, nur etwas ratifizieren, was der Sache nach durch die Leistung dieser Arbeitsgemeinschaft bereits erreicht ist. Diese Arbeitsgemeinschaft hat sich den Status einer Akademie bereits erstritten, bereits erarbeitet. Das ist — darauf haben beide Vorredner hingewiesen — das Verdienst der Wissenschaftler aus den beiden Sektionen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung. Das ist aber auch und in besonderer Weise das Verdienst unseres Freundes Staatssekretär Professor Leo Brandt, dem ich — auch im Namen meiner Fraktion — ein herzliches und freundschaftliches Wort des Dankes für sein manchmal unbequemes Drängen sagen möchte.

(Beifall bei der SPD)

Wer im Bereich der Wissenschaft nicht durch Drängen unbequem wird, der hat nur eine Alibifunktion und keine motorische Kraft. Also herzlichen Dank an Professor Leo Brandt.

(B) Die Arbeitsgemeinschaft für Forschung, die nun den Status einer Akademie der Wissenschaften bekommen soll, hat sich dem Lande und über das Land hinaus — darauf ist hingewiesen worden — durch die kontinuierlich stattfindenden Tagungen der beiden Sektionen vorgestellt, die alle vierzehn Tage im Haus der Wissenschaften hier in Düsseldorf abgehalten werden. Eines der Ergebnisse dieser Tagungen im Haus der Wissenschaften sind die beiden Veröffentlichungsreihen, die, wenn ich es richtig sehe, zumindest in der Bundesrepublik in der Breite des Spektrums ohne Beispiel sind. Der Herr Ministerpräsident hat einige Titel zitiert — solche, die ihn beeindruckt haben, und solche, zu denen er auch auf den zweiten Blick keinen Zugang finden konnte. Diese beiden Buchreihen — das scheint mir außerordentlich wichtig zu sein — sind nicht nur in den wissenschaftlichen Bibliotheken der Bundesrepublik, sondern in denen vieler, vieler anderer Länder zu finden. Aus mancherlei Echo, das wiederum veröffentlicht worden ist, erfährt man, wie diese Veröffentlichungsreihen das wissenschaftliche Gespräch beleben. Wenn ich eine Fußnote machen darf, Herr Ministerpräsident: Mir fiel, als Sie von Homer sprachen, eine der Anekdoten unseres gemeinsamen Freundes Fritz Holthoff ein. Er erzählt, daß es irgendwann vor dem Ersten Weltkrieg in Bonn eine Dissertation gegeben habe, die wie unser wiederum gemeinsamer Freund Walter Weitzel berichtet — heißt: „Augenverletzungen durch Kuhhornstoß". Der Autor weist nach, daß Augenverletzungen durch Kuhhornstöße in Großstädten sehr viel seltener vorkommen als auf dem Lande, obwohl die Bevölkerungsdichte in der Großstadt das Umgekehrte befürchten lasse.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich will Ihnen jetzt nicht die Lösung dieses Problems sagen; aber ich wollte es einmal loswerden, weil ich den Eindruck habe, daß es in den Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung gelegentlich Themen gibt, die wir beiseite legen, weil sie uns nichts angehen. Aber es gibt sicher jeweils einen Personenkreis, den es angeht. Ich habe nicht den Eindruck — auch und gerade im Bereich der Geisteswissenschaften nicht —, daß dort Themen behandelt würden, die nicht für den Dialog innerhalb der Geisteswissenschaften von besonderer Bedeutung wären. (C)

Nun darf ich — wie eben der Kollege Meyers eine Frage stellen, die mir soeben bei der nochmaligen Lektüre des Entwurfs gekommen ist. Es scheint mir richtig zu sein, daß zwei Klassen — oder zwei Sektoren oder Abteilungen — in der vorgesehenen Abgrenzung gebildet werden und daß eine Person nur einer der beiden Klassen angehören kann. Mich würde interessieren, wie die Mitglieder der Klasse für Geisteswissenschaften mit denen der Klasse für Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften kooperieren und wie dies vor allen Dingen an den Stellen geschieht, an denen Geisteswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften durch den sozialen und den sozialpolitischen Aspekt ins Gespräch kommen müssen, wenn sie ihre Beratungen nicht im luftleeren Raum führen wollen.

(Ministerpräsident Kühn: Herr Kollege, es gibt das Prinzip der gegenseitigen Einladung.)

— Ich würde es für ausgesprochen gut halten, wenn dieses Prinzip beibehalten und durchgehalten würde. Wir haben in Nordrhein-Westfalen auf der Basis dessen, was die Arbeitsgemeinschaft für Forschung geleistet hat, eine Fülle von Punkten aufzuweisen, bei denen wir durch die Arbeitsgemeinschaft und durch das Landesamt an der Spitze der Länder der Bundesrepublik stehen. Das gilt für den Bereich der Radioastronomie, das gilt für die schon zitierte Silikoseforschung, das gilt für das Institut für Kinderernährung und nicht zuletzt für das, was in der Kernforschungsanlage in Jülich geschieht. (D)

Ich habe oft den Eindruck, daß es gut wäre, wenn wir alle uns über die Leistungen, die da erbracht werden, und über die Möglichkeiten, die sich aus diesen Leistungen für die Entwicklung unseres Landes ergeben werden, noch besser unterrichtet wären und wenn wir der Öffentlichkeit deutlich machen könnten, welche Möglichkeiten sich für dieses Land und für die Bundesrepublik ergeben, und wenn das nicht nur die Öffentlichkeit zur Kenntnis nähme, sondern wenn das auch im Kreis der übrigen Bundesländer und der Administration mancher Bundesministerien bekannt genug wäre.

Es gibt unter den Wissenschaftlern eine Neigung, sich in den süddeutschen oder südeuropäischen Bereich zu begeben und das Land Nordrhein-Westfalen bei der Planung wissenschaftlicher Institute auszusparen. Es wird immer wieder darüber gesprochen, daß der Starnberger See, die Côte d'Azur oder die Holsteinische Schweiz reizvolle Gegenden bieten, in denen man Institute errichten kann. Gerade wenn man den von den beiden Vorrednern besprochenen und mit Recht beschriebenen und beschworenen Geist des Gesprächs zwischen Wissenschaft und Politik, zwischen Wissenschaft und





(A) Praxis, durchhalten will, dann muß dieses Land Nordrhein-Westfalen ein Land der Wissenschaft und ein Land der Anwendung von Wissenschaft in der Praxis bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Dafür gilt es zu sorgen, und das gilt auch für den Bereich, den der Herr Ministerpräsident am Schluß seiner Ausführungen angesprochen hat, für den der Universitäten. Vieles wäre in den Universitäten nicht so blutleer und so blutarm, wenn das Gespräch zwischen Wissenschaft und Praxis nicht durch gelegentliche Lehraufträge, sondern durch einen stärkeren Wechsel der Personen zwischen der Hochschule und der angewandten Wissenschaft in der Praxis lebendiger und kräftiger wäre.

Ich glaube, daß wir die Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik immer wieder und erneut werden reflektieren müssen. Wir leben in einer Zeit, in der wir der Wissenschaft nicht nur mit Worten Tribut zollen sollten — Nordrhein-Westfalen hat das nie getan; Nordrhein-Westfalen wird das nie tun —, sondern für uns ist deutlich, daß in einer Zeit der immer schnelleren technischen und naturwissenschaftlichen Entwicklung und in einer Zeit, in der viele bisher für gesichert gehaltene Dämme zu brechen scheinen, die Reflexion unseres Lebens durch wissenschaftliches Nachdenken immer nötiger wird.

Weil das so ist, darum sagen wir Dank den Männern und den Frauen im Bereich der Wissenschaften unseres Landes, darum möchten wir, daß dieser Dank sich verändert in die Anerkennung durch die (B) Statusveränderung der jetzigen Arbeitsgemeinschaft für Forschung, die vieles geleistet hat, auf die wir nicht verzichten möchten und von der wir glauben, daß sie einen wichtigen, entscheidenden Bestandteil nicht nur der kulturpolitischen, sondern der Gesamtlandschaft dieses Landes darstellt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Frau Abg. von Bergmann von der Fraktion der FDP.

**Frau von Bergmann** (FDP): Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Ich kann mich heute außerordentlich kurz fassen, denn hier handelt es sich um eine wirklich klare und entscheidungsreife bildungspolitische Regierungsvorlage. Vielleicht kommt das ganz einfach daher, daß Sie, Herr Ministerpräsident, Ressortchef dieses Landesamtes für Forschung sind. Schon aus diesem Grunde — aber nicht nur aus diesem Grunde — kann man diesen Gesetzentwurf nur begrüßen, und ich glaube, daß er im Zuge der Beratungen, die vielleicht kleine Änderungen noch erbringen mögen, sicherlich die breite Zustimmung aller Fraktionen finden wird, wie ich ja auch aus Ihren Worten, Herr Kollege Meyers, entnehmen konnte. Hier handelt es sich schließlich auch um eine Materie, die dem kulturpolitischen Tageskampf weithin enthoben ist, und finanzielle Probleme treten ebenfalls nicht auf.

Für meine Fraktion kann ich mit besonderer Genugtuung feststellen, daß die Arbeitsgemeinschaft für Forschung nun endlich zur Akademie geworden ist oder werden soll. Es handelt sich hier um ein (C) altes und urkundlich belegtes Anliegen der Freien Demokraten. Wir haben nämlich schon vor zehn Jahren an dieser Stelle mit den Unterschriften „Weyer, Professor Luchtenberg und Fraktion" den gleichen Antrag gestellt.

(Pürsten [CDU]: So lang ist das schon her!)

— So lang ist das schon her; gut Ding will Weile haben!

Das war unser Antrag vom 14. Dezember 1959 betreffend Vorlegung des Entwurfs eines Gesetzes zur organisatorischen Umgestaltung der Arbeitsgemeinschaft für Forschung und einer Satzung der zu schaffenden wissenschaftlichen Organisation (Akademie der Wissenschaften). Diesen Antrag stellten wir damals nach dem Sturz der Regierung Steinhoff. Aber außer einer kurzen Erörterung in einer Haushaltsdebatte 1961 und außer der Tatsache, daß sich die Regierung — so glaube ich — 1963 zu einer Neufassung der Satzung bereitgefunden hat, ist nichts geschehen.

Nach rund zehn Jahren und wohl wirklich als echter Nachholbedarf zu bezeichnen, erreicht uns nun diese Regierungsvorlage über die Akademiebildung, und wir sehen daher heute mit Genugtuung, daß sich durch das Petitum dieses Gesetzentwurfes unser altes Anliegen erfüllt. Auch bestätigt sehen darf sich an diesem Tage der Paladin der Forschung in unserem Lande, Herr Professor Brandt, denn ich glaube, für Sie, Herr Professor Brandt, ist das heute doch ein Ehrentag, auf den Sie in der ganzen Zeit Ihrer Tätigkeit hingearbeitet haben. (D)

Zu Einzelheiten des Gesetzentwurfs will ich hier nicht sprechen; aber eine Anomalie aus der Geschichte der Arbeitsgemeinschaft für Forschung muß ich hier doch wenigstens am Rande erwähnen. Die Arbeitsgemeinschaft für Forschung, deren Mitgliederstand ja auch Grundlage der zu schaffenden Akademie sein soll, hat wissenschaftliche Mitglieder und Ehrenmitglieder; sie hat ordentliche Mitglieder, und sie hat korrespondierende Mitglieder. Aber eines, meine Herren und Damen, hat sie nicht: Sie hat keine ordentlichen wissenschaftlichen weiblichen Mitglieder!

(Zurufe)

In der 20jährigen Geschichte dieser Einrichtung ist die Zuwahl eines anscheinend inferioren weiblichen Wesens niemals möglich gewesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Dr. Hofmann [CDU])

Nein, man hat das zu kaschieren versucht, indem man dann und wann einige weibliche Wissenschaftler — denn die gibt es ja doch, dem konnte man sich auch hier nicht entziehen — als Gäste zu den Sitzungen eingeladen hat. Aber m. W. hat man sich zu weiterem bisher niemals entschließen können.

Es gibt hierzu nur eine einzige kulturpolitische Parallele aus der Zeit des ersten Arbeitsabschnittes des Wissenschaftsrats. Damals wurde nämlich — Herr Dr. Hofmann, Sie erinnern sich vielleicht? — die evgl. Theologie durch die Katholische vertreten. Ein gewisser Unsinn, den man dann auch mit der

(A) **Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne wieder die Sitzung.

Wir fahren in der Behandlung des Tagesordnungspunkts 34 fort. Auf der Rednerliste steht zunächst Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD. Ich sehe ihn noch nicht im Saal; mir ist bekannt, daß eine Besprechung der Fraktionsvorsitzenden stattfindet. Daher erteile ich zunächst Herrn Abg. Dr. Riemer von der Fraktion der FDP das Wort.

**Dr. Riemer** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Solche Verträge, wie das Abkommen über das Rundfunkgebührenwesen, solche Verträge, die nach der Logik, die ja der Herr Ministerpräsident hier sehr eindrucksvoll dargestellt hat, nur zwischen allen Bundesländern gleichzeitig abgeschlossen werden, sind mir an sich ein Greuel, und zwar deswegen, weil sie eindeutig zeigen, daß es sich um Aufgaben handelt, die eigentlich zur Zuständigkeit des Bundes gehören. Solche Abkommen schaffen diese berüchtigte dritte Ebene, und wenn wir genügend von diesen Abkommen der dritten Ebene haben, werden wir bald neben dem Bundesstaat so etwas wie einen Staatenbund haben. Aber was soll es? Die Gerichte haben entschieden. Nach der festgestellten Rechtslage bedarf es eines solchen Abkommens, und es ist natürlich auch eine gewisse Freude, die man dabei empfindet, daß es den Regierungen der Länder der Bundesrepublik gelungen ist, sich wieder einmal auf einen Gegenstand zu einigen und das ist ja ein Fall, der nicht allzu häufig auftritt.

(B) Unter dem Blickwinkel der Gebührenerhöhung steht dieses Abkommen — so möchte ich es bezeichnen — jenseits von Gut und Böse; ja, im Verhältnis zu dem zweiten, bereits unterzeichneten Staatsvertrag ist es relativ uninteressant geworden, und ich habe Verständnis dafür, daß sich die Debatte heute überwiegend mit dem Staatsvertrag befaßt hat, der diesem Hohen Hause noch nicht vorliegt.

Nun, dieser zweite Staatsvertrag — ich möchte das dann auch tun , meine Damen und Herren, wird sicher nicht so leicht über die Bühne gehen wie einige Leute außerhalb dieses Hauses sich das vorstellen.

Gewiß, die Öffentlichkeit ist weitgehend auf eine Gebührenerhöhung vorbereitet worden, sei es auch nur dadurch, daß die Forderung nach Gebührenerhöhung jahrelang ständig wiederholt und ganz sicher auch mit geschickten Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt worden ist. Wir sind aber der Überzeugung — da schließe ich mich dem an, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat —, daß die Maßnahmen zur Rationalisierung eben noch nicht die Ergebnisse gebracht haben, die Voraussetzung dafür sind, daß einem solchen Abkommen zur Erhöhung der Gebühren zugestimmt werden kann.

Wir sind an sich bei Betrachtung der Bemühungen der Rundfunkanstalten ein wenig erstaunt darüber, mit welcher Gelassenheit das Verlangen nach Rationalisierung dort quittiert, wie es hingenommen wird. Wir meinen, auch heute noch werde viel zu sehr nebeneinander her und sogar aneinander vorbei gearbeitet. Wir werden, wie gesagt, sofern uns nicht (C) nachgewiesen worden ist, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind, diesem Abkommen nicht zustimmen.

Nun noch ein Punkt, auf den ich eingehen möchte! Nach unserer Meinung muß Voraussetzung für eine Zustimmung zu einer Gebührenerhöhung auch sein, daß endlich mit dem Honorarunwesen bei den Rundfunkanstalten besonders im Hinblick auf ausländische sogenannte Stars einmal Schluß gemacht werden muß;

(Beifall)

denn andernfalls kommen wir auch mit unserer Gebührenordnung nicht sehr weit, und die nächste würde in einigen Jahren ganz sicher fällig werden. — Das nur als ganz kurze Bemerkungen dazu!

Die Vorschläge der CDU-Fraktion sind sicher einer eingehenden Beratung wert. Wir freuen uns darauf, im einzelnen darüber zu diskutieren.

Wir stimmen daher der Überweisung beider Drucksachen an den Hauptausschuß zu.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Das Wort hat jetzt Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die beiden hier vorliegenden und zur Beratung anstehenden Drucksachen sind heute morgen ausführlich dargestellt und begründet worden. So kann ich mich ebenso wie Herr Kollege Dr. Riemer auf wenige Bemerkungen beschränken und (D) werde, so hoffe ich, die vom Ältestenrat vorgesehene Redezeit nicht einmal zur Hälfte in Anspruch zu nehmen brauchen.

Wir stimmen der Überweisung des Gesetzentwurfs Drucks. Nr. 1221 an den Hauptausschuß zu. Wir werden dort und anschließend wieder hier im Plenum den Grundzügen des zur Debatte stehenden Staatsvertrags ebenso zustimmen.

Ich möchte, wie es der Herr Ministerpräsident und Herr Kollege Pürsten getan haben, einen Satz zum § 3 des hier anstehenden Gesetzentwurfs betreffend den Staatsvertrag sagen.

Die Rundfunkgebühr soll nach dem vorliegenden Text jeweils im voraus für ein Vierteljahr geleistet werden. Im § 5 gibt es dann eine Sozialklausel. Ich möchte das Ganze so verstanden und eventuell so umformuliert wissen, daß es keine Zwangseintreibung im voraus für drei Monate gibt,

(Zustimmung bei der SPD)

sondern daß dann, wenn eine solche Eintreibung für diesen Zeitraum im voraus erfolgt, diejenigen Beispiele zur Kenntnis genommen werden, die wir etwa im Bereich der Energieversorgung haben, d. h. es muß sich um ein Angebot, und zwar um ein reizvolles Angebot der Vorauszahlung handeln, nicht aber um einen Zwang. Solange wir Löhne und Monatsgehälter haben, sollten auch öffentlich-rechtliche Anstalten über Wochen- bzw. Monatseinziehungen nicht hinausgehen.

(Erneute Zustimmung bei der SPD)

(Johannes Rau [SPD])

(A) Möchten sie aus Gründen der Rationalisierung und der Zinsgewinne einen anderen Weg gehen, dann muß das so geschehen, daß das nicht zu Lasten des einzelnen geht, sondern er einen Anreiz bekommt, sich dieser Rationalisierungsmaßnahme nicht zu verschließen.

Uns liegt sodann der Antrag der Fraktion der CDU Drucks. Nr. 1271 vor, durch den das Parlament zu einem Haus der Offenen Tür wird, insofern, als hier sechs offene Türen eingerannt werden. Alle sechs Punkte sind richtig, wenn man sie in den richtigen Zusammenhang stellt. Keiner dieser Punkte ist je bestritten worden, wenn der richtige Zusammenhang gesehen wird. Deshalb sollten wir es, so meine ich, im wesentlichen bei dem belassen, was zur Begründung des Antrags von den Vorrednern gesagt worden ist.

Ich will zu den einzelnen sechs Punkten nicht ins Detail gehend Stellung nehmen, sondern nur ein paar kurze Bemerkungen machen. Zum ersten Punkt hat sich die Opposition der Forderung unseres Ministerpräsidenten angeschlossen, die sodann von der Ministerpräsidentenkonferenz aufgenommen worden ist, ein Versorgungswerk für die Journalisten von Hörfunk, Fernsehen und Presse zu schaffen. Ich hielte es für gut, wenn ein solches Versorgungswerk geschaffen und wenn damit eine Konvertierbarkeit des einzelnen Journalisten vom Rundfunk zur Presse und umgekehrt erleichtert und ermöglicht würde. Wir werden dabei nicht übersehen dürfen, daß in den Haushaltsunterlagen des Westdeutschen Rundfunks im Augenblick ein versicherungsrechtliches Defizit in der Versorgung der Journalisten besteht. Darüber werden wir reden müssen. Wir (B) wollen ja nicht, daß nun die Kollegen von der Presse dieses Risiko mittragen.

Ich halte die Idee des Herrn Kollegen Dr. Lenz, eine Bundesbildungsfernsehanstalt zu schaffen, für in hohem Maße gut gemeint. Aber ich halte sie für ebensowenig realisierbar. Der Ruf nach der Bundeseinheitlichkeit, den wir hier oft ausgesprochen haben, dieser Ruf gilt da, wo die Länder den Ruf hören und wo sie sich mit dem Bund arrangieren können. Aber das Dilemma einer zu differenzierten, zu föderalistischen Kulturpolitik auf dem Rücken der Rundfunkanstalten auszutragen und zu lösen, scheint mir in der Sache falsch, weil nicht lösbar.

Ich bin der Meinung, daß es zu einem Wettstreit der Bildungsfernsehprogramme kommen muß. Bei diesem Wettstreit wird es darum gehen, ein möglichst großes Maß an Austauschbarkeit der Programme zu erreichen. Darauf hat Herr Pürsten hingewiesen.

Beim WDR liegt der Anteil der austauschbaren Programme im Bereich des Schul- und Bildungsfernsehens nach den uns vorliegenden Unterlagen bei über 50 Prozent. Das scheint mir schon eine gute Zahl zu sein. Im übrigen, auch hier wieder eine „offene Tür"; denn die Antragsteller wissen, daß das vorgesehene Schulfernsehen, das am 1. September dieses Jahres beginnen soll, zum Teil auf dem ersten Kanal, zum Teil auf dem dritten Kanal auf der Basis eines Vertrages, den das Land mit dem Westdeutschen Rundfunk geschlossen hat, ausgestrahlt werden soll. Der Intendant und der Kultusminister haben den Vertrag unterzeichnet, und die Gremien des WDR haben ihm zugestimmt. Diese (C) Rückfrage ist dann also eine Rückfrage an einen uns bereits geschlossenen Vertrag.

Zum anderen bin ich in der Tat der Meinung, daß das, was der Herr Ministerpräsident über die Anzahl der Länder und die daraus resultierende Anzahl der Rundfunkanstalten gesagt hat, nicht umkehrbar ist. Es gilt, die Länder neu zu ordnen. Es gilt, den Verfassungsauftrag des Art. 29 des Grundgesetzes ernst zu nehmen und daraus Konsequenzen zu ziehen; der umgekehrte Weg, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu einem Vehikel für eine bisher verpaßte Länderreform zu machen, scheint mir eine Sackgasse zu sein.

Was die dritten Fernsehprogramme und ihr gemeinsames Konzept angeht, so hat der Herr Ministerpräsident darauf hingewiesen, daß die Intention der Schaffung dieser dritten Programme eine andere war. Bei den vom Kollegen Pürsten genannten Zahlen - 9,9% WDR, mehr als 50% — ich bin nicht ganz sicher — beim NDR; das ist übrigens eine sehr gute Anstalt - wird man ja nicht nur nach der Quantität, sondern nach der Qualität fragen müssen und danach, warum denn nur ein so geringer Anteil austauschbar ist.

(Pürsten [CDU]: Aber fragen darf man!)

— Natürlich darf man fragen; aber Sie haben ja nicht gefragt, sondern Sie haben festgestellt, daß Sie ein gemeinsames Konzept verbindlich erarbeitet wissen wollen.

(Pürsten [CDU]: Genau!)

(D) Der Mittelwellenbereich im Hörfunk soll neu geordnet werden. Auch dazu haben wir Ausführungen von zwei verschiedenen Seiten gehört. Es wäre schön, wir könnten Kopenhagen nicht nur, was die Geographie, sondern auch was den Zeitpunkt angeht, näher an uns heranbringen. Aber vor 1971 wird es hier keine Möglichkeiten geben.

Daß NDR und WDR eine gemeinsame Mittelwelle benutzen, hat negative Aspekte; es hat auch den positiven Aspekt, daß die Sendungen von NDR und WDR auf der Mittelwelle wie die keines anderen regionalen Senders im Bereich der DDR gehört werden können, und wir haben ein vielfaches Echo dafür, daß das geschieht und daß sich das als positiv erweist.

Zum einheitlichen Haushaltsrecht für Hörfunk- und Fernsehanstalten stimme ich dem zu, was hier gesagt worden ist. Ich meine, daß wir gut daran tun, wenn wir die Tatsache, daß wir nichts zu verbergen haben, auch dadurch belegen, daß wir nichts verbergen. Denn nur so können wir den Charakter der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sichern. Daß ein angemessener Teil der Gebührenmehreinnahmen zugunsten von Investitionen für neue technische Entwicklung festgelegt werden soll, ist nicht nur eine Forderung, sondern entgegen dem scheinbaren Wortlaut dieses Punktes sechs eine Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes. Wir alle wissen — —

(Dr. Lenz [CDU]: Na, na!)

— Herr Kollege Dr. Lenz, Sie wissen doch, daß das Institut für Rundfunktechnik, das IRT, von den ARD-





(Johannes Rau [SPD])

(A) Anstalten und vom ZDF gemeinsam betrieben wird; Sie wissen doch, daß es Zuschüsse zu anderen Institutionen gibt, die in der ARD-Denkschrift vorgestellt worden sind, und Sie kennen die Zuschüsse, die wir von den einzelnen Anstalten auf die Institute verteilen. Wenn das anders werden soll, müssen die Gremien der Rundfunkanstalten zu anderen Beschlüssen kommen; denn diese Gremien der Rundfunkanstalten sind vom Landtag gewählt und haben damit eine Verantwortung, die der Landtag nun nicht mehr an sich heranziehen kann.

(Giesen [CDU]: Ein Gesetz!)

Welches Gesetz?

(Giesen [CDU]: Sie haben ein Gesetz, nach dem sie sich zu richten haben!)

— Sie kennen den Spruch: Wir haben ein Gesetz, und nach dem Gesetz muß er sterben! — Hier soll er nach dem Gesetz und den entsprechenden Einrichtungen leben. Es ist unsere Sache, das zu verifizieren.

Nachdem ich in einer Aussprache über ein freilich wichtiges Problem, über das man nicht unnötig noch länger in den Nachmittag hinein debattieren sollte, gewissermaßen nur Fußnoten gebracht und Anmerkungen gemacht habe, lassen Sie mich die beiden Drucksachen und die Tatsache, daß wir uns heute mit rundfunkpolitischen Fragen beschäftigen, zum Anlaß für eine Bemerkung nehmen.

In den letzten zwei Jahren ist es sehr laut gewesen und nun ein wenig stiller geworden um ein Pro- (B) blem, das damit nicht aus der Welt geschafft ist: das Problem der Pressekonzentration innerhalb der Bundesrepublik. Wir sind als Land nicht zuständig für die Lösung dieses Problems, das in der Sache so außerordentlich schwierig ist, und zwar wegen der Eigentumsvorbehalte, der sozialen Bindungen des Eigentums und wegen des freien Markts, der auch ein Markt der Meinungen sein muß. Ich glaube, es ist nicht die Schuld der Parlamentarier, auch nicht auf der Bundesebene, daß dies Problem der Pressekonzentration bisher nicht hat gelöst werden können.

Jedoch bin ich der Ansicht, daß die Landesparlamente einen Beitrag dazu leisten können, daß das Problem eine Entschärfung erfährt, einen Beitrag nämlich, der dadurch zustande kommt, daß wir uns gemeinsam dazu verpflichtet fühlen, als Korrektiv und als Alternative zum freien Markt der Presse die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu erhalten und zu stärken und darauf zu achten, daß in ihnen niemand wegen seiner Meinung und seiner Haltung zu Unrecht reglementiert wird. Ferner haben wir darauf zu sehen, daß in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Balance unterschiedlicher möglicher demokratischer freier Meinungen gehalten wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Stärkung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist auch ein Beitrag zur Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik, ein Beitrag dazu, daß Argumente und Gegenargumente auf der Basis breiter und tiefer Information die Demokratie in diesem Lande ein Stück weiterbringen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Das Wort hat jetzt (C) Herr Abg. Giesen von der Fraktion der CDU.

**Giesen** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige Vorbemerkungen an den Kollegen Rau: Wer für die Freiheit der Meinungsäußerung auftritt

(Johannes Rau [SPD]: Nicht auftritt, sondern eintritt, Herr Kollege!)

— und eintritt, hat uns in der Gesamtheit sicherlich an seiner Seite.

(Johannes Rau [SPD]: Ich danke für die Klarstellung!)

Um die Fragen der Presse und des Rundfunks im Zusammenhang zu sehen, hat die CDU die Bundesregierung aufgefordert, den Bericht über die Presse in Zukunft durch einen Rundfunkbericht zu ergänzen. Ferner hat die CDU vorgeschlagen, den Presserat zu erweitern, um den Problemen des Rundfunk- und Fernsehwesens gerecht zu werden, die einfach nur im Zusammenhang zu sehen, zu beachten und zu lösen sind.

Und nun Ihr Beispiel mit den „offenen Türen", Herr Kollege Rau! Das haben wir hier schon einmal festgestellt: als wir hindurchwollten, und zwar bei einer schulpolitischen Debatte, ist uns eine Tür nach der anderen wieder vor der Nase zugeschlagen worden. Ich hoffe nicht, daß das in diesem Bereich ebenso der Fall sein wird; das wird sich dann zeigen, wenn Sie bereit sein werden, Herr Kollege Rau, mit dafür Sorge zu tragen, (D)

(Zuruf des Abg. Johannes Rau [SPD])

daß die Forderungen unseres Antrags erfüllt werden, bevor sich der Landtag mit dem zweiten Staatsvertrag beschäftigt und die Gebührenerhöhung vornimmt.

(Zustimmung bei der CDU)

Bei der Gelegenheit werden Sie das unter Beweis stellen können, was wir Ihnen heute aus Ihrer Erklärung durchaus abnehmen; denn in vielen Dingen stimmen wir in der Auffassung sicher überein.

Ein Weiteres! Wenn Sie die Sendungen des NDR mit „Sehr gut" versehen, werden Sie bestimmt hinter diese „Eins" noch ein Kreuzchen setzen, wenn es darum geht, die Leistungen des WDR zu würdigen.

(Zustimmung bei der CDU — Johannes Rau [SPD]: Ich habe gesagt, der NDR wäre ein guter Sender!)

Der deutsche Rundfunk habe eine führende Stellung in der Welt erworben, sagt nicht zu Unrecht der derzeitige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands, und er sagte auch, diese Stellung habe der deutsche Rundfunk durch seine beispielhafte Organisation, die dadurch mögliche und gesicherte Unabhängigkeit und durch seine Programmleistungen erlangt. Er führt als einen Beweis dafür das große Interesse aus aller Welt an Koproduktionen mit Anstalten aus der Bundesrepublik an.

(A) **Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Meine Damen und Herren! Wir fahren in den Verhandlungen fort. Ich hatte die Sitzung unterbrochen, nicht etwa, um dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort zu entziehen, sondern weil in diesem Hause eine störende Unruhe entstanden war.

(Lebhafter Widerspruch und Pfui-Rufe bei der SPD — Glocke des Präsidenten)

— Meine Damen und Herren! Die Entscheidung darüber, ob dieser Tatbestand vorliegt, obliegt dem amtierenden Präsidenten.

(Erneuter Widerspruch und Zurufe bei der SPD)

Mit den Vorgängen, meine Damen und Herren, die Anlaß zu der Unruhe gegeben haben, wird sich der Ältestenrat in der Mittagspause befassen, nachdem die Stenographischen Berichte fertiggestellt sind.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

(Unruhe — Johannes Rau [SPD]: Zur Geschäftsordnung!)

– Herr Rau wünscht das Wort zur Geschäftsordnung.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der § 70 der Geschäftsordnung gibt dem Herrn Präsidenten die Möglichkeit, die Sitzung dann zu unterbrechen oder aufzuheben, wenn im Landtag störende Unruhe entsteht. Kann er sich kein Gehör verschaffen, so verläßt er den Präsidentenstuhl. Ich stelle als Augen- und Ohrenzeuge
(B) fest: Störende Unruhe hat nicht bestanden.

(Lebhafter Beifall und Zustimmung bei der SPD — Zustimmung bei der FDP)

Vielmehr haben zuerst einzelne und dann mehrere Abgeordnete der CDU-Fraktion den Saal verlassen, als der Ministerpräsident die Rede des Kollegen Dr. Lenz ernst genommen hatte und sich auf der Ebene des Herrn Kollegen Dr. Lenz mit seinen Argumenten auseinandersetzte.

(Lebhafter Beifall)

Das Wort war nicht entzogen worden; der Ministerpräsident hatte das Wort! Ich halte es für ungewöhnlich und für parlamentsschädigend, während einer Rede eine Sitzung aufzuheben, ohne vorher den Redner darüber aufzuklären, warum ihm das Wort entzogen oder nicht entzogen wird.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Um das Wort hat Herr Abg. Möller von der Fraktion der FDP gebeten. Ich nehme an, auch er will zur Geschäftsordnung sprechen.

**Möller** (FDP): Zur Geschäftsordnung! Im Namen der FDP-Fraktion gebe ich die folgende Erklärung ab: Die FDP-Fraktion hat eine störende Unruhe im Saal nicht festgestellt.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Wir sind daher der Meinung — natürlich ohne Ihre Entscheidung beeinflussen zu können, Herr Präsident—, daß diese Entscheidung falsch war.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Meine Damen und Herren, ich nehme an, daß sich der Ältestenrat in seiner Sitzung während der Mittagspause auch mit dieser Angelegenheit befassen wird.

(Zurufe von der SPD: Und das Parlament!)

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

(Johannes Rau [SPD]: Immer noch! — Erneute lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien)

**Kühn,** Ministerpräsident: Zum Vorfall selbst möchte ich nur feststellen, daß das, was ich gesagt habe und was protokollarisch festgehalten ist und woran ich nichts zu ändern habe, keine Beleidigung ist. Wenn mir etwas leid tut, dann tut es mir leid, daß ich Herrn Lenz keine bessere Geburtstagsrede habe halten können. Aber dies lag in seinen eigenen Worten begründet.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Ich habe über die Krankheit des Kultusministers und über die Bewertung gesprochen, die sie beim politischen Gegner gefunden hat. Die Frage, die sich angesichts der Beeinträchtigung des Gesundheitszustandes des Herrn Kultusministers für eine längere Zeit ergab, war, ob man die alten Überlegungen, die in diesem Hause angestellt worden sind wieder aktiviert und an eine Teilung des Kultusministeriums denkt oder ob man für eine vorübergehende Zeit die Hochschulabteilung und die zu diesem Problemkreis gehörenden Aufgaben in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten überführt.

Wenn ich auf die Geschichte der Erörterungen zurückblicke, ob man das Kultusministerium teilen sollte, so darf ich daran erinnern, daß es Professor Mikat gewesen ist, der in diesem Hause bei den Beratungen der CDU mehrfach die Teilung angeregt hat und daß sich auch der damalige Ministerpräsident **Meyers** mit diesem Gedanken befreundete, ja daß der Landesrechnungshof einmal selbst die Teilung dieses Ministeriums vorgeschlagen hat.

(Sehr richtig! und Hört, hört! von der SPD)

Auch ich habe, als wir in den Wahlkampf des Jahres 1966 gingen, die Teilung des Kultusministeriums in ein Unterrichtsministerium und ein Wissenschaftsministerium für erstrebenswert erklärt. In einem Lande, das wie Nordrhein-Westfalen auch Hochschulen hat, in einem Lande, in dem Fehler und Belastungen aus der Vergangenheit gerade auf dem Gebiet der Kulturpolitik ausgeglichen werden müssen,

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

ist das Ressort Kultur so sehr mit der ganzen Komplexität seiner Aufgaben belastet, zumal in dieser Zeit, die wir durchleben, daß dies wahrlich ein mär

(A) **Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD:): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion hat sich in mehreren Beratungen auch nach dem, was wir im Hauptausschuß gehört haben, mit der Frage der geplanten Erhöhung der Gebühren für Hörfunk und Fernsehen beschäftigt und ist der Meinung, es sei gut, nützlich, richtig und dringend, diesem vom Herrn Ministerpräsidenten in Übereinstimmung mit den übrigen Ministerpräsidenten vorgelegten Staatsvertrag hier und heute zuzustimmen, obwohl auch uns viele der Fragen bewegen, die in der letzten Stunde hier erörtert worden sind.

Herr Kollege Lenz, ich kann — so hoffe ich — ein wenig von der Redezeit, die ich mir selbst bei der Vorbereitung dieser unserer Auseinandersetzung vorgenommen hatte, einsparen, weil Sie in den letzten zehn Minuten ein so überzeugendes Plädoyer dafür gehalten haben, daß der Staatsvertrag heute in Kraft gesetzt werden müsse, daß ich mir diesen Bereich ebenfalls ersparen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie selber das, was Sie hier ausgeführt haben, auf der Folie dessen sähen, was die Vorsitzenden des Verwaltungsrats im Hauptausschuß dargestellt haben, wenn Sie ergänzend hier — was Sie aus Zeitgründen nicht getan haben — das Fernschreiben, das Ihnen der Vorsitzende der ARD, Herr Wallenreiter, heute hat zukommen lassen, nicht nur gelesen, sondern verlesen hätten, so würden Sie
(B) wahrscheinlich sagen: Liebe CDU-Fraktion, die Gründe, die ich dargestellt habe, haben sich erledigt. Hier sind die Antworten, so wie Filbinger sie ausgesprochen und wie Wallenreiter sie im einzelnen dargestellt hat.

Allerdings kann man der Zustimmung zum Staatsvertrag entgehen, wenn man dies tut: Daß man sechs Forderungen aufstellt, Forderungen, von denen klar und erkennbar ist, daß sie sofort, daß sie unmittelbar nur partiell erfüllt werden können, und dann die Tatsache, daß Reste bleiben, als Alibi für die Verweigerung der Zustimmung darstellt. Das kann man tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Eindruck, daß Sie das getan haben, und weil ich diesen Eindruck habe, möchte ich versuchen, noch einige Gesichtspunkte hinzuzugeben zu dem im übrigen ja sehr sachlichen Gespräch heute morgen.

Wir sind in der Tat der Meinung, daß wir hier heute nicht über Preise, sondern über Gebühren sprechen. Sie haben die Motivation dafür genannt. Die Unterschiede sind deutlich. Aber auch Gebühren sind in ihrer Höhe ja nicht willkürlich, und deshalb liegt mir daran festzustellen, daß der Antrag der ARD auf Gebührenerhöhung nicht bei der jetzt im Staatsvertrag vorgesehenen Höhe lag, sondern bei einer wesentlich größeren, nämlich bei allein zusätzlichen zwei DMark für das Fernsehen, und daß der Ministerpräsident dieses Landes seine Unterschrift erst gegeben hat, als eine erträgliche, eine begrenzte, eine in Grenzen zu haltende Erhöhung dieser Gebühren von den Ministerpräsidenten in ihrem Staatvertrag vorgesehen wurde. Dieser Staatsvertrag, meine Damen und Herren, geht davon aus, daß für die Bundesrepublik ein öffentlich-rechtliches Rundfunk- und Fernsehwesen unverzichtbar und ohne Alternative ist.

Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir Sozialdemokraten zu den kritischen Zuschauern und Zuhörern unserer Rundfunksendungen gehören. Wir bleiben aber lieber in dieser kritischen Distanz gegenüber einem öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesen, als daß wir die Tür zu einer Privatisierung aufmachen, zum Weg von der Gebühr zum Preise,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

zum Weg von der öffentlich-rechtlichen Anstalt

(Beifall bei den Regierungsparteien)

bis zu den allein über die Werbung finanzierten Sendern, die unter dem Motto „Warten auf Niveau" ihre Sendungen ausstrahlen und die bildungspolitischen Aufgaben nicht wahrzunehmen imstande sind, die die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bisher wahrnehmen.

Dieses öffentlich-rechtliche Rundfunkwesen gefällt uns in vielen seiner Konstruktionsteile, in seiner Rundfunktopographie und -geographie auch nicht. Allerdings sind wir der Meinung, daß der Staatsvertrag über die Gebührenerhöhung nicht der Hebel sein kann, mit dem wir die rundfunkpolitische Topographie und Geographie verändern können.

Meine Damen und Herren, jenseits aller Fraktionsmeinungen und -haltungen: Wer es 20 Jahre lang nicht hingekriegt hat, den in Art. 29 des Grundgesetzes erteilten Auftrag zur Länderneuordnung auch nur anzufassen — unabhängig von Fraktionen: von CDU/CSU, SPD, FDP —, der soll doch nicht glauben, er könne mit diesem kleinen Hebel des Staatsvertrages zu einer Bereinigung der rundfunkpolitischen Landschaft kommen.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Giesen [CDU]: Fragen Sie einmal Herrn Riemer!)

— Darin bin ich mit Herrn Riemer völlig einig.

(Giesen [CDU]: Das können Sie im Protokoll des Hauptausschusses nachlesen!)

— Herr Riemer ist mit mir der Meinung, daß es wünschenswert wäre, wenn wir zu einer Veränderung, zu fünf Bundesländern und zu fünf Rundfunkanstalten kämen. Das hat Herr Riemer gesagt. Das hat der Herr Ministerpräsident gesagt. Das haben Sie von mir auch gelegentlich gehört. Die Frage ist nur die, ob der Staatsvertrag der mögliche Hebel ist, eine solche Veränderung der rundfunkpolitischen Landschaft zu erreichen oder nicht. Wir sind der Meinung: er ist das nicht.

(Dr. Riemer [FDP]: Diese Frage hat Herr Pürsten im Hauptausschuß gestellt.)

— Ja, ich wußte, es kam aus dieser Ecke.

Meine Damen und Herren, wir gehen davon aus, daß nur ein bestimmter, abgrenzbarer und meßbarer Rationalisierungseffekt zwischen den Beschlüssen der Ministerpräsidenten vom Oktober 1968 und der

(A) jetzt anstehenden Zustimmung zum Staatsvertrag selber erreicht werden könnte. Der Staatsvertrag ist von allen Ministerpräsidenten der Länder — von denen der CDU, von denen der SPD; die FDP ist da gering vertreten — zwischen Februar und Mai dieses Jahres mit ihren Unterschriften versehen worden. Seitdem wissen wir in diesem Hause, welches Thema auf uns zukommt. Seitdem wissen wir, was der Inhalt des Staatsvertrages ist. Ich halte es für schier unverständlich, einen Tag vor der plenaren Auseinandersetzung eine Entscheidung zu treffen, die vorher so nicht erkennbar gewesen ist. Dabei lassen sich, Herr Dr. Lenz, viele der Dinge, die Sie angeregt haben, auch außerhalb dieses Staatsvertrages — und Sie haben ja nur anläßlich des Staatsvertrages darüber gesprochen — bedenken und möglicherweise realisieren. Ich bin der Auffassung, daß wir im Hauptausschuß mit Recht auf die Möglichkeit der Skontierung bei Einzug der Gebühren im voraus für drei, sechs oder zwölf Monate hingewiesen haben, und ich meine, darüber müßte mit der Bundespost verhandelt werden.

Das ist aber nicht Gegenstand dieses Staatsvertrages, führt im übrigen auch, Herr Kollege Lenz, natürlich zu einer Benachteiligung derjenigen, für die die Leistung für ein Jahr nicht im voraus zu erbringen ist, weil sie Wochenlohnempfänger sind — —

(Zurufe von der CDU: Kfz-Steuer!)

— Nun, das gilt für Kfz-Steuerzahler auch; nur ist der Anteil derer, die ein Hörfunkgerät besitzen, noch größer als der derer, die ein eigenes Kraftfahrzeug haben; das muß man mitbedenken. Außerdem ist die Kfz-Steuer ja auch höher. Aber darüber
(B) lassen wir mit uns reden.

Einer der entscheidenden Gesichtspunkte dieses Staatsvertrages ist die erhebliche Erweiterung dessen, was wir mit „Gebührenerlaß für sozial Schwache" bezeichnen. Wenn wir diesen Staatsvertrag ablehnen, nehmen wir dem Westdeutschen Rundfunk die Möglichkeit, sozial Schwache in Höhe eines Betrages von etwa acht Millionen DMark jährlich von den Gebühren — und zwar nicht nur von der Differenz, sondern von den Gesamtgebühren — zu entlasten. Herr Dr. Lenz, vielleicht denken Sie doch noch einmal darüber nach, ob Ihr Vorschlag, alte Menschen grundsätzlich von der Rundfunkgebühr

(Dr. Lenz [CDU]: Von der Gebührenerhöhung!)

— oder von der Gebührenerhöhung freizustellen, richtig und realistisch ist. Ich meine, wir sollten uns hier nach dem Einkommen, nach dem Lebensstandard von Menschen und nicht nach ihrem Geburtstag richten.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Ich wäre jedenfalls nicht glücklich — nun will ich hier nicht unnütz Namen zitieren —, wenn ich wüßte, auf Grund einer Änderung dieses Staatsvertrages würde Herr Abs von der Gebührenerhöhung freigestellt, weil er vom Vorstandsvorsitz der Deutschen Bank in deren Aufsichtsratsvorsitz überwechselte und dadurch in seine nachberufliche Lebenszeit geraten ist. Es gibt viele alte reiche und viele junge arme Menschen; deshalb meine ich, wir sollten die sozialen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen.

(Giesen [CDU]: Formulieren Sie doch einfach: „Empfänger von Sozialhilfe"; dann sind Sie aller Schwierigkeiten enthoben!)

— Deshalb haben wir ja bisher einen Staatsvertrag, und deshalb haben wir eine Verabredung, die wir im Landtag ratifiziert haben, die den kommunalen Behörden die Möglichkeit des totalen Gebührenerlasses gibt. Mit diesem Staatsvertrag wird eine erhebliche Ausweitung dieses Personenkreises erreicht; wir brauchen dem Vertrag nur zuzustimmen, um zu diesem Ziel zu gelangen.

Herr Dr. Lenz hat weiter darauf hingewiesen, daß die Haushalte des Westdeutschen Rundfunks im Entwurf bis 1971 einschließlich ausgeglichen seien. — Herr Dr. Lenz, Sie müßten es eigentlich wenn nicht besser, so doch genauer wissen;

(Zuruf von der SPD: Eben!)

Sie müßten wissen, daß der Haushaltsausgleich in den Entwürfen für die Jahre 1970 und 1971 dadurch zustande gekommen ist, daß 14 Millionen DMark an Pensionsrückstellungen, die nötig waren, nicht vorgenommen worden sind; diese Rückstellungen sind vorgeschrieben, und wir müssen sie nachträglich erbringen. — Sie müssen ferner wissen, daß eine Zahl von einigen Millionen — ich kenne die Summe im einzelnen nicht — für die technische Erneuerung nicht in die Rückstellungen übergeführt worden ist,

(Dufhues [CDU]: 6,7 Millionen DMark!)

— richtig, 6,7 Millionen; danke sehr, Herr Dufhues — weil sonst der Ausgleich des Haushalts nicht möglich gewesen wäre.

Wenn ich das jetzt auf dem Hintergrund dessen sehe, was Sie zu Punkt sechs Ihres Antrags gesagt haben, nämlich die Gebühren sollten dann erhöht werden, wenn damit technische Neuerungen bzw. die Vorbereitung künftiger technischer Entwicklungen ermöglicht werden, dann muß ich doch fragen, Herr Kollege Lenz: Wenn Sie schon zustimmen, daß jetzt die vorhandene Technik nicht mehr erneuert und nicht mehr auf dem laufenden gehalten wird, wie wollen Sie denn dann die neuen Entwicklungen: die Satellitentechnik, den Giga-Hertz-Bereich und all das, was auf uns zukommt, finanzieren? Sie müssen jetzt den ersten Schritt tun, damit Sie das von Ihnen angesprochene Ziel erreichen!

(Beifall bei der SPD)

Ich will zu den sechs Fragen nicht jeweils im einzelnen sprechen; lassen Sie mich aber doch noch einige Bemerkungen machen! Herr Kollege Lenz, Sie haben den Landesrechnungshof und seine Berichte erwähnt. Ich will Ihnen ganz offen sagen, daß mir das nicht gefallen hat, und zwar aus folgendem Grunde nicht: Sie wissen wie ich, daß es sich um vertrauliche Berichte handelt. Wir dürfen aus diesen Berichten gar nicht berichten;

(Zurufe von der CDU)

das steht im Gesetz, in einem Gesetz, das dieser Landtag beschlossen hat. Sprechen Sie es aber an, wie Sie es getan haben, dann verstärken wir die





(A) Neigung zu Gerüchten, zu falschen und übertriebenen Feststellungen, und das ist keine gute Sache!

(Schulze-Stapen [CDU]: Legen Sie es doch offen!)

— Dann müssen Sie das Gesetz ändern, Herr Schulze-Stapen!

(Schulze-Stapen [CDU]: Das hat doch der Herr Ministerpräsident zugesichert!)

— Der Herr Ministerpräsident hat in diesem Zusammenhang andere Zusicherungen gemacht, über die wir sprechen können und über die Einigkeit im Verwaltungsrat und im Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks besteht.

Aber, meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Lenz, wenn Sie dies sowohl gestern in der Pressekonferenz als auch heute hier im Plenum sagen — also in zwei Hälften —, dann, meine ich, dürften Sie das hier nicht sagen, wenn Sie nicht zuvor einmal dem Westdeutschen Rundfunk, seinem Intendanten oder seinen Gremien auf Grund eines Landesrechnungshofberichtes die Entlastung verweigert hätten; Sie haben doch mit entlastet,

(Beifall von der SPD)

also muß das in Ordnung sein! Ich meine, wir sollten aus Subkulturen des Unbehagens heraus. Wir sollten auch nicht leichtfertig — ich sage das ganz offen — von den sogenannten Stargagen sprechen.

(Zuruf des Abg. Giesen [CDU])

(B) — Deshalb habe ich gesagt: Wir, Herr Giesen, das war kein Pluralis majestatis, sondern der Versuch, Sie in eine Stunde der Besinnung zu vereinnahmen.

(Elfring [CDU]: Wir sollen nachdrücklich davon sprechen!)

— Wir sollen nachdrücklich, aber nicht leichtfertig davon sprechen,

(Giesen [CDU]: Wer tut das denn?)

und, Herr Kollege Elfring, wenn Sie sich einmal über das berichten lassen, was ich in diesem Zusammenhang mit nahezu kalendarischer Pünktlichkeit sowohl im Verwaltungsrat als auch im Haushaltsausschuß als auch bei Sitzungen des Rundfunkrates zu sagen pflege, dann wissen Sie, daß ich nicht zu denen gehöre, die hier generös der Meinung sind, daß man einfach zahlen soll: „Ach, blättere nur!"

Meine Damen und Herren, auch hier werden wir beachten müssen, daß die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die von uns allen an sie gestellten Programmanforderungen nur leisten können, wenn wir keine Politik auf Kosten der Qualität machen, das heißt, wenn wir gute Leute in allen Sparten, im Zeitgeschehen wie in der Unterhaltung, in der Technik wie im journalistischen Bereich, für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gewinnen. Ich würde Ihnen gern einmal hinter vorgehaltener Hand sagen,

(Dr. Lenz [CDU]: Das dürfen Sie nicht!)

wie die Versuche der Abwerbung durch die Illustrierten-Presse gegenüber den Mitarbeitern nicht nur unserer Rundfunkanstalt, sondern aller Rundfunkanstalten sich in Mark und Pfennig ausdrücken. Auch darüber müßte man — —

(Giesen [CDU]: Spiegel!)

— „Illustrierten-Presse" war jetzt sehr weit gegriffen; ich meine alle Magazine.

Wir wollen doch nicht verschweigen, daß wir hier manchmal schon in einer schwierigen Konkurrenzlage sind, bei der wir nicht immer sicher sind, ob der Gesichtspunkt der Qualifikation ausreichend gesehen wird.

Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat zu Beginn ebenso wir Dr. Lenz — wenn auch freilich mit anderen Akzenten — die sechs Punkte des CDU-Antrages noch einmal referiert und kommentiert. Ich will zu dem Altersversorgungswerk deshalb nichts mehr sagen, aber ich meine, ein klarer Beleg für die Richtigkeit meiner These, daß Sie Forderungen mit partieller Realisierbarkeit aufstellen mit dem Ziel, Reste zu behalten und damit die Zustimmung zum Staatsvertrag zu verweigern,

(Dr. Lenz [CDU]: Das trifft nicht zu! — Weitere Zurufe von der CDU)

Ich versuche nur, es zu belegen! — ist Ihr Punkt zwei, der Punkt zwei, in dem Sie vom Bildungsfernsehen sprechen. Sie selbst haben an anderer Stelle eine eigene Anstalt gefordert. Das war genauso interessant wie damals, als Sie einen Ausschuß des Landtags zur Überprüfung der Zahl der Ausschüsse des Landtags forderten, also einen mehr mit dem Ziel vieler weniger.

(Schulze-Stapen (CDU]: Das ist doch zu billig! Das war für die Parlamentsreform. Machen Sie es doch nicht so furchtbar billig, Herr Rau!)

— Herr Schulze-Stapen, die Preise machen wir hier gegenseitig!

Sie wissen doch wie ich, daß eine Kommission der Kultusminister und der ARD und des ZDF bereits eine allgemeine Trägerschaft für ein solches Bildungsfernsehen beschlossen hat, und daß es die Anstalten sind, die jetzt mit Recht zögern, weil sie vermeiden möchten, daß wir neue Institutionen und neue Organisationen aufbauen.

Diese Gruppe mit den Kultusministern Huber, Vogel, Holthoff und Drexelius, den vier Intendanten aus der ARD und dem ZDF sind doch auf unsere Intention hin an die Arbeit gegangen und, Kollege Lenz, Sie wissen so gut wie ich, daß diese Kommission vor Mitte nächsten Jahres keine Ergebnisse vorlegen kann, wenn sie sauber arbeiten will, und daß Sie damit, wenn Sie hier eine Koppelung vornehmen, die Annahme des Staatsvertrages in die nächste Wahlperiode verschoben haben, es sei denn, daß Ihnen das genügt, was Herr Wallenreiter zu diesem Punkt mitgeteilt hat.

Ich will auch nicht mehr darauf eingehen, wie die Dritten Fernsehprogramme neu zu ordnen wären. Sie wissen, daß es hier gegenläufige Tendenzen gibt und eine Meinung dieses Hauses immer gegeben hat. Aber Sie wissen doch auch wie wir alle, daß der sogenannte Mittelwellensalat, von dem Sie gestern gesprochen haben, erst neu geordnet werden kann, wenn die Internationale Union sich damit beschäftigt hat.

(Widerspruch bei der CDU)

(A) — Natürlich stimmt das!

(Dr. Meyers [CDU]: Dann haben Sie nicht zugehört, was er gesagt hat!)

— Doch, ich habe zugehört, was Herr Dr. Lenz gesagt hat. Die Frage ist, ob wir bis zu diesem Februartermin, den Herr Lenz vorgeschlagen hat, zu verbindlichen Absprachen darüber kommen können. Und da sage ich: Das ist nicht möglich, das ist nicht denkbar! Also stehen wir hier nicht vor der Alternative „Jetzt oder im Februar", sondern wir stehen vor der Frage: Wollen wir die hier dargestellten Gründe für die Annahme des Staatsvertrages gelten lassen oder nicht?

Lassen wir sie gelten, dann sagen wir heute ja! Wir tun das mit dem Vorbehalt, daß die Annahme dieses Staatsvertrages für niemanden ein Sofa sein darf, für niemanden ein Anlaß zur Beruhigung, zum Einschläfern, zum „Zurück von der Rationalisierung", sondern sie muß ein Weg in eine neue Richtung sein, zu mehr Rationalisierung, zu mehr Effektivität, aber in einer Politik erreichbarer Ziele mit klaren Daten, und deshalb hilft hier heute nicht Ausweichen, sondern nur ja oder nein!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lange von der Fraktion der FDP.

**Dr. Lange** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin in anderer Funktion hier als meine drei Vorredner.

(B) (Johannes Rau [SPD]: Na, na!)

Ich gehöre nicht dem Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks an

(Heiterkeit — Zuruf von der CDU: Noch nicht!)

wie der Ministerpräsident, wie der Herr Oppositionsführer!

(Johannes Rau [SPD]: Geben Sie zu, daß Sie Ihre Zukunft noch vor sich haben?)

— Wir haben die Zukunft alle miteinander immer vor uns, und wir wissen nicht, was sie im Schoße birgt. Und, Herr Kollege Rau, deswegen kündige ich schon jetzt an: Meine Rede kann bei mir gar nicht so lange dauern wie bei den zwei Vorrednern,

(Heiterkeit)

weil ich über die Fülle der Informationen gar nicht verfüge. Ich befand mich bis zur Stunde — bis zum Abgang des Kollegen Rau — hier in einem Lernprozeß, in einem Stadium des ständigen Aufsammelns von Informationen, wie ein Schwamm! Ich sehe hier zustimmendes Nicken! Offenbar sind in den anderen Fraktionen auch noch Nachholbedürfnisse vorhanden.

(Heiterkeit — Beifall — Zurufe von der CDU)

Das ist also die Eingangsfeststellung, die ich hier zu treffen hatte. Die zweite ist die, daß wir hier von dem Herrn Ministerpräsidenten etwas vorgetragen bekommen haben, das überhaupt kein originäres Werk dieses Landtags ist. Das muß ja auch wieder einmal in Erinnerung gerufen werden. Hier bekommen wir die Frage vorgelegt, ob wir einem Staatsvertrag zustimmen wollen, der die Unterschriften von — so glaube ich — acht Ministerpräsidenten trägt.

Auch hierzu wieder eine kleine abhebende Bemerkung! Unter den acht Unterschriften befindet sich ebenfalls keine der FDP! Reinhold Maier ist in jenen Lebensraum eingetreten, von dem der Kollege Rau gerade gesagt hat, daß sich der Herr Abs jetzt darin einrichtet!

(Zuruf des Abg. Pürsten [CDU])

Ferner: Ich muß hier dartun, welchen Stand die Entscheidungsformung bei der FDP zur Stunde hat und warum sie, ich nehme das Ergebnis vorweg, sich entschließen wird — wohl mit beachtlicher Geschlossenheit, was für manche überraschend sein mag —, dem vorgelegten Staatsvertrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der CDU: Ei, ei!)

— Ja, „ei, ei"! — Uber Gefühle dabei wollen wir nicht sprechen, die verschweigen wir.

(Zurufe und Heiterkeit)

Aber ich nehme an, daß niemand hier, wer es auch sei, mit großem Wohlbehagen sagt, er stimme einer Gebührenerhöhung im Westdeutschen Rundfunk zu.

Wir haben, meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen, auch von einem Votum auszugehen, das unser Vertreter im Kabinett und auch im Verwaltungsrat, der Innenminister Willy Weyer, im Kabinett abgegeben hat, einem Votum, das sich auch mit dem des Herrn Ministerpräsidenten durchaus deckte; bald nach der Unterschrift hatte er ja selber viel Skepsis geäußert, und auch aus anderen Fraktionen wurde Skepsis laut.

Der Kollege Lenz hat heute morgen von den sechs Bedingungen gesprochen, und er hat an diesen sechs Punkten eine Reihe von Problemen aufhängen wollen, über die sich soeben mein Kollege Rau geäußert hat. Lieber Herr Lenz, ich stelle mit Vergnügen fest, daß es bei der CDU-Fraktion gewisse bildungsreformatorische Bewegungen gibt, mit denen sie sich an die Spitze des Fortschritts auf dieser Ebene setzen will.

(Dr. Lenz [CDU]: Sehr richtig!)

Dazu vermerke ich, daß man natürlich jetzt nicht diesen Staatsvertrag hernehmen und sagen kann, allein von diesem Instrument aus müsse nun die bundeseinheitliche Bildungsreform in Gang gesetzt werden. Das ist nur ein Weg, nur ein Mittel, von dem ich sagen würde — um einmal das Vokabular aus unseren verwaltungsreformerischen Bestrebungen zu gebrauchen —, es sollten keine blockierenden Lösungen geschaffen werden in bezug auf das, was wir in der Zukunft auf dem Gebiet des Fernsehschul- und -hochschulfunks einrichten wollen.

Das Zögern des Ministerpräsidenten, das Zögern auch unseres Ministers im Kabinett und auch das Zögern meiner Fraktion, das ja in der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist, hat vermocht, daß nun eine Fülle von Zusatzinformationen gekommen ist. Ich verhehle nicht, daß diese zur Meinungsbildung in





(A) mit Computer, wie man das heute so macht. Ich empfehle, das noch einmal nachzulesen. Man war zwar so ehrlich, zu sagen, daß man das Verbrechen nicht ganz abschaffen würde. Das schafft selbst diese Landesregierung nicht. Aber was mich nachdenklich gestimmt hat, ist ein Satz am Schluß, der mir gar nicht paßt, und nicht nur mir allein, sondern vielen anderen auch nicht. Da heißt es: Damit unsere Frauen abends auch allein auf unseren Straßen sicher sind! — Das gibt die Assoziation — wir kennen das alle: deutsche Frau auf deutschen Straßen usw. Lassen wir das heraus. Es geht um die Sicherheit aller Bürger dieses Landes!

(Beifall bei der CDU)

Diese Sicherheit ist uns allen in gleicher Weise wichtig. — Das kommt uns so bekannt vor. Hier werden wir sehr kritisch.

Im letzten Jahr haben Sie auch noch die Sportvereine unseres Landes mit einer Sondersendung beglückt. Diese ist nicht nur Ihrem Koalitionspartner und Vorsitzenden des Sportbundes, sondern vielen Vereinen nicht angenehm aufgefallen. Man ist etwas allergisch, wenn gemeinsame politische Maßnahmen, die auch gemeinsam politisch erarbeitet worden sind, in die eigene Scheuer eingefahren werden. Davon hält man in diesen Kreisen nichts. Ich sage es nur, damit Sie nicht noch einmal in die Versuchung kommen.

(Beifall bei der CDU)

Und dann der Herr Minister Holthoff inmitten strahlender Kinder. Wer wünschte sich das nicht!

(B) (Große Heiterkeit)

Es ließ nur ahnen — — —

(Minister Holthoff: Aber Herr Kollege, das war doch zur Behebung des Lehrermangels!)

— Wir sollten es nicht ganz so tierisch ernst nehmen, aber es wäre besser gewesen, Herr Minister, wenn Sie in Ihrer Anzeige etwas darüber ausgesagt hätten, wie Sie die derzeitigen Schwierigkeiten an unseren Gymnasien — Sie kennen die Unruhe — beseitigen wollen, statt auf Erfolge hinzuweisen, die im Grunde noch gar keine sind.

(Widerspruch bei der SPD — Beifall bei der CDU)

Ist der Herr Landwirtschaftsminister da?

(Zurufe: Nein!)

— Nein! Mit ihm hätte ich mich besonders gern beschäftigt. Wie der Herre Ministerpräsident, so's Gescherre! Neben dem großen Topf, mit dem wir es derzeit zu tun haben, stehen natürlich den Ministern, zum Teil noch bei den Etatberatungen ausgeweitet, jeweils kleinere Töpfchen zur Verfügung, aus denen sie ihr Image aufpolieren können; und davon machen sie natürlich Gebrauch. Das fordert ja geradezu zur Aktivität heraus. Hatte der Herr Landwirtschaftsminister — wir erinnern uns an die Debatte vor etwa drei Jahren — in den ersten Jahren seiner Regierungstätigkeit sich besonders den Waldarbeitern zugewandt, spricht er neuerdings, meine Damen und Herren, die „sehr geehrten Waldbesitzer" an und sagt ihnen, wie sie durch seine gute Politik bei der Waldbrandversicherung Mittel einsparen können.

Meine Damen und Herren, das ist ja eine symptomatische Entwicklung — nämlich die vom Waldarbeiter zum Waldbesitzer. Man sollte einmal darüber nachdenken. Ich hoffe, sie wirkt sich nicht nachteilig für Ihre Partei aus, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD — Heiterkeit)

Ein letztes, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wenn ich ein bißchen demagogisch wäre,

(Große Heiterkeit)

würde ich sagen: Sparen Sie das Geld ein und geben Sie es für eine bessere Sache aus!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zitate, mit denen Herr Kollege Pürsten uns hier soeben erfreut hat, werden sicher nicht nur ins Stenogramm, sondern in manche Versammlung eingehen. Sie waren heiter, sie waren hübsch, und nun müßte man die Zusammenhänge kennen und müßte wissen — —

(Pütz [CDU]: Und sie waren richtig!)

— Warum sollten wir jede Gelegenheit zur Freude gleich in eine zur Trauer umfunktionieren?

(Zuruf von der CDU: Aschermittwoch!)

Nun müßte man in der Tat wissen, welches Buch — wir haben es ja beide zu Weihnachten bekommen —,

(Zuruf von der CDU)

wer die Verantwortung für dieses Buch hat, wer von den Autoren in welchem Zusammenhang welche Gedanken deutlich machen wollte.

(Ostrop [CDU]: Steht leider nicht drin!)

Herr Kollege Pürsten, die Zitate, die Sie bei diesem von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes subventionierten Buch gebracht haben, bezogen sich ja offenbar nicht auf Eigenlob für die Regierung Kühn. Dann müßten Sie andere Zitate aus eben diesem Buch bringen, und wir können ja in die nächste Runde eintreten.

Aber nun würde ich Ihnen gern eine Frage stellen, und zwar angesichts der Tatsache, daß diese Rede zu erwarten war und daß es sträflich gewesen wäre, wenn Sie sie nicht gehalten hätten.

(Sehr richtig! und Zustimmung bei der CDU)

Das ist doch ganz klar. Sie haben sie eingeleitet mit einem alten parlamentarischen Trick, nämlich mit einigen Sätzen, von denen Sie — nach Beifall — sagten: Das war Heinz Kühn 1966.

(Pürsten [CDU]: Natürlich!)

(Johannes Rau [SPD])

(A) Dieser Trick ist ja schon seit der Französischen Revolution in allen Parlamenten üblich.

(Dufhues [CDU]: So harmlos war die Revolution nicht. — Pürsten [CDU]: Wenn das gut gemacht wird, wirkt es wie neu, Herr Kollege Rau. — Heiterkeit)

So, nun wollen wir einmal sehen, ob Sie es gut gemacht haben. Sie, Herr Kollege Pürsten, haben also zitiert: Heinz Kühn warnt davor, diese Mittel für den Film auszugeben — die damalige Landesregierung. Frage an Sie — Sie dürfen sie ohne Mikrofon beantworten —: Was hat die damalige Landesregierung daraufhin getan? Hat sie die Mittel gestrichen? Hat sie die Mittel zurückgenommen?

(Große Heiterkeit — Beifall bei der SPD · Zuruf von der CDU: Hier geht es um Erhöhungen!)

— Sagen Sie es doch einmal laut!

(Erneute Heiterkeit — Beifall bei der SPD — Zurufe)

Falls es jemand nicht gehört haben sollte: Es ging um Erhöhungen. Falls es jemand nicht gehört hat: Herr Kollege Pürsten hat nein gesagt.

(Pürsten [CDU]: Es ging aber damals nicht um Erhöhungen.)

— Und jetzt reden wir über das, worum es damals ging.

(Pürsten [CDU]: Ihr redet zuviel von damals; ihr seid jetzt dran! — Große Heiterkeit)

(B)

— Wer hat denn von damals geredet? Sie, Kollege Pürsten!

(Zuruf von der CDU: Sie sind doch dran!)

— Ich bin jetzt dran, und ich mache jetzt weiter.

(Heiterkeit — Zurufe von der CDU — Dufhues [CDU]: Jetzt beginnt doch erst die Demokratie. So hat ein großer Mann gesagt.)

— Nein, die Demokratie beginnt nicht; aber sie wird jetzt besser.

(Dufhues [CDU]: Dieses Zitat Ihres Parteivorsitzenden müssen Sie sich entgegenhalten lassen.)

— Nein, das müssen Sie dann ganz genau zitieren, bitte auch den Satz davor und den Satz danach, und darüber sprechen wir dann. Aber jetzt wollte ich noch sprechen.

(Pütz [CDU]: Wie heißt der Satz?)

Den müßte ich erst besorgen; wir haben ein tolles Archiv.

(Heiterkeit und Zurufe)

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie uns dieses Gespräch in Ruhe weiterführen. Worum ging es damals? Damals ging es darum, daß eine Filmaktion und eine Plakataktion gestartet wurden. Die Plakataktion wurde vor diesem Hohen Hause mit einem Betrage von etwa 800 000 bis 900 000 DM ausgewiesen. Dieser Betrag stand für die Plakate, die zufällig im Juni 1966 an allen Litfaßsäulen prangten und die mit dem Bild des damaligen Ministerpräsidenten das zwanzigjährige Jubiläum Nordrhein-Westfalens feierten.

(Zuruf von der CDU)

Damals sprach zu diesem Thema der Finanzminister Josef Pütz. Der Betrag galt im Juni 1966 und auch im Februar 1966 als unvorhersehbar und unabweisbar, als ob der damaligen Landesregierung per Zufall — —

(Pütz [CDU]: Das heißt nicht unvorhersehbar, das heißt unvorhergesehen!)

— Unvorhergesehen! Aber nicht alles das, was unvorhergesehen ist, ist unvorhersehbar. Und daß Nordrhein-Westfalen zwanzig Jahre alt werden würde, hätten Sie eigentlich vorhersehen müssen, Herr Kollege Pütz.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD. — Pütz: Nicht im Sinne der RHO unvorhergesehen.)

Näheres über diesen Betrag liest man in Berichten des Landesrechnungshofes aus dem Jahre 1969/70. Und damit beschäftigt sich der zuständige Ausschuß und rügt das Verfahren.

Damit sind wir wieder bei der Gegenwart, nämlich bei dieser Rüge. Und die wollten wir nicht haben. Deshalb sind wir der Meinung, daß der Titel, von dem hier die Rede ist, den Sie zu streichen beabsichtigen, den wir nicht streichen wollen und nicht streichen werden.

(Pürsten [CDU]: Nicht ganz!)

dieser Titel oder der Teil, den Sie gestrichen haben möchten, für einen Bericht verwandt werden soll, den die Landesregierung am Ende dieser Wahlperiode gibt. Der Bericht soll gut werden, und zwar schon deshalb, weil die Leistungen dieser Landesregierung gut sind und weil der Bürger das wissen soll.

(Beifall bei der SPD — Oho! bei der CDU — Nage! [CDU]: Sie waren das gar nicht!)

— Ob Sie dann, Herr Kollege Bost, die Leistungen dieser Landesregierung auch für gut halten,

(Zuruf von der CDU)

ist eine andere Frage. Ich habe den Verdacht, daß hier im Parlament 86 Leute das ein bißchen anders sehen als wir 114. Aber das soll der Bürger nun entscheiden.

(Nagel [CDU]: Deshalb vermehren wir uns!)

— Das soll der Bürger entscheiden. Übrigens entscheidet das der Bürger in diesem Lande am 14. Juni,

(Sehr richtig! und Zustimmung bei der SPD — Sehr gut! bei der CDU)

nicht zuletzt auf Grund der vielfachen Ansprachen, die die unterschiedlichsten Kandidaten und Spitzenkandidaten diesem Bürger halten, und sie tun das, wo immer und wann immer gewählt wird. Das hat in Bonn die Große Koalition mit Kurt-Georg Kiesinger





(Johannes Rau [SPD])

(A) getan, der ja in den nächsten Monaten hart einsteigt und der etwas von Leistungsberichten versteht. Das tun andere Regierungen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich habe hier einen: er heißt „Niedersachsen 1969/70". Er berichtet auf Kunstdruck über zwei Jahre Große Koalition in Niedersachsen, an der Ihre Partei nicht unbeteiligt ist.

(Zuruf von der CDU: Vom selben Verlag?)

— Nein, es ist, glaube ich, ein anderer Verlag. Es gibt natürlich Spezialverlage, die sich auf solche Dinge einrichten und die das kennen. Manche heißen so, wie ich heiße; aber sie gehören nicht mir.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dennoch, meine Damen und Herren, es gibt solche — —

(Giesen [CDU] mit Hinweis auf eine junge Fotografin vor dem Rednerpult: Lächeln Sie einmal!)

- Ich lächele gern. Jetzt würde ich viel lieber etwas ganz anderes — —

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, soll ich denn jetzt, da ich dieses reizende Bild sehe, von Herrn Rathke sprechen?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

(B) Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, ob Sie Herrn Rathke kennen. Herr Dufhues, Sie kennen ihn sicher.

(Dufhues [CDU]: Ein ausgezeichneter Mann!)

— Ein ausgezeichneter Mann, Dr. med., soweit ich weiß, und Sprecher der CDU in Bonn, aber im Augenblick im Berufswechsel.

(Dufhues [CDU]: Verehrter Herr Rau, kommen Sie nicht auf ein völlig schiefes Gleis. Soll ich Ihnen Herrn Barsig entgegenhalten? Sollen wir das austauschen?)

— Moment mal! Herrn Barsig lasse ich mir gern entgegenhalten; aber Sie wissen ja gar nicht, worauf ich hinaus will!

(Zurufe von der CDU: Doch, doch!)

Ich will darauf hinaus, daß eben dieser Herr Rathke, von dem Sie sagen, er sei ein ausgezeichneter Mann — das bezweifle ich gar nicht; er ist sicher so gut wie Barsig; warum sollte er das nicht sein? —, Staatssekretär für Informationswesen in Schleswig-Holstein in der Regierung Lemke wird, und zwar per 1. Januar 1970. — Wir haben einen solchen Antrag hier nicht gestellt. Ich will damit nur darauf verweisen, daß es offenbar doch zu den Abonnementsreden gehört, die jeweiligen Jahresberichte jeweiliger Regierungen durch die jeweilige Opposition zu verhindern.

Ich meine, Sie sollten diesen Weg nicht gehen. Wir gönnen Ihnen den humoristischen Erfolg auf Grund der Zitate; diese Zitate entstammen einem Buch, das wir nicht in jedem Text zu verantworten haben. Wie sollten wir auch? Eine Zensur findet nicht statt.

(Zuruf von der CDU)

Diese Zitate haben uns erheitert, aber die Sache, um die es geht, ist richtig und nützlich. Deshalb meinen wir, es sei gut und zu begrüßen, daß diese Regierung — wie jede Regierung — sich dem Wähler darstellt und um das Votum des Wählers bittet, der dann, nach dem Streit der Parteien, entscheiden kann, wie der Weg weitergeht. - Daß das geschieht und daß es dazu Inserate gegeben hat, Herr Kollege Pürsten, das ist keine Neuigkeit, ist auch keine Neuigkeit bei dieser Regierung; das haben die vorherigen auch getan.

Lassen Sie mich nur noch eins — gleichsam als Fußnote — sagen! Wenn Ihnen der Satz in der Anzeige über die Verbrechensbekämpfung nicht gefallen hat, dann kann ich lediglich sagen: Mir hat er gefallen; mir hat er deshalb gefallen, weil ich glaube, daß wir in diesem Feld der Hysterie wehren müssen und daß es mit zu den Feldern der Hysterie gehört — unterhalten Sie sich einmal mit Herrn Zimmermann, dem Autor der Sendung: „Aktenzeichen XY ungelöst"; ich habe das gemeinsam mit dem Innenminister getan —, daß die Sicherheit auf unseren Straßen gerade für Frauen oft und an vielen Stellen nicht gegeben ist oder nicht gegeben zu sein scheint. Der Akzent, den Sie da hineingebracht haben, Herr Kollege Pürsten, ist eben der, den wir nicht wollen!

(Zustimmung bei der SPD - Pürsten [CDU]: Der Akzent ist aber drin!)

- Ich meine den Akzent, den Sie hineingebracht haben, nicht den, der drin war. Da steht nichts von „deutschen Frauen auf deutschen Straßen",

(Erneuter Zuruf des Abg. Pürsten)

sondern dieser Satz, diese Zusage der verstärkten Bemühung um Sicherheit gilt für alle Menschen, die in diesem Lande leben. Herr Kollege Pürsten, der Satz ist insofern realistisch und insofern gut, als in der Tat — und zwar nicht, weil es diese Regierung gibt, sondern weil diese Regierung eine gute Polizei hat — die Verbrechensrate zurückgegangen und die Aufklärungsrate gestiegen ist. Und darüber sind wir froh, und darauf sind wir stolz!

(Zuruf von der CDU: Hat die Regierung denn eine eigene Polizei?)

- Eben nicht! Aber wir müssen dem Bürger sagen, daß dies geschehen ist, damit die Hysterie zurückgeht und wieder deutlich wird, wie es in diesem Lande steht.

(Dufhues [CDU]: War diese Entwicklung nicht schon früher zu verzeichnen?)

— Nein, Herr Kollege Dufhues, leider war sie früher nicht zu verzeichnen; nach allem, was wir wissen

(Dufhues [CDU]: Lassen Sie sich einmal die Zahlen geben!)

- Nach den Zahlen, die wir haben, ist das nicht der Fall. — Willi Weyer hat ja den Satz ausgesprochen: Auf diesen Tag habe ich lange gewartet! Jetzt ist es endlich einmal so weit, daß die Verbrechensraten zurückgehen und die Aufklärungsquoten steigen. —

(Johannes Rau [SPD])

(A) Natürlich ist das nicht das Verdienst eines Mannes, sondern es ist die Folge einer besseren Entwicklung, auch einer besseren Entwicklung in der Computertechnik bei der Polizei, und deshalb war es sicher gut, daß in dieser Anzeige zum Ausdruck kam, daß dies auch an den verbesserten technischen Mitteln liegt.

Meine Damen und Herren, gestern hat hier jemand einem meiner Kollegen vorgeworfen, er führe „prähistorische Bohrungen" durch. Dabei ging es um Kulturpolitik.

(Zuruf von der CDU)

Wenn es um Publizistik geht, sind wir zu prähistorischen Bohrungen jederzeit bereit; wenn es um den Haushalt der Landespressestelle und die Verwendung der in diesem Haushalt veranschlagten Mittel geht, sind wir zu jeder Rechenschaft bereit. Aber, meine Damen und Herren, jetzt geht es darum, daß dieses Parlament dieser Regierung — einer Regierung, der man lange vorher gesagt hat, sie könne gar nicht regieren, und die seit drei Jahren beweist, daß sie eine gute, eine richtige Regierungsarbeit leistet — die Mittel bewilligt, um sich dem Wähler darzustellen, um dem Bürger deutlich zu machen, was geleistet worden ist. Dann möge dieser Wähler entscheiden; wir scheuen sein Urteil nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU: Wir scheuen es auch nicht!)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Ministerpräsident Kühn.

(B)

**Kühn,** Ministerpräsident: Meine Damen und Herren! Der Arzt hat mich nur mit Bedenken aus meiner Matratzengruft ans Rednerpult entlassen, da ich befürchten muß, bei jedem dritten Satz in den Husten gejagt zu werden. So gern wir uns auch gelegentlich gegenseitig etwas „husten" — aber dann doch in anderer Form —,

(Heiterkeit)

bitte ich, heute mit einigen Bemerkungen, die ich machen möchte, zufrieden zu sein.

Herr Kollege Pürsten hat hier die Einsparung überflüssiger Ausgaben empfohlen. Er hat ein Buch zitiert — genüßlich, und ich habe dabei auch meinen Genuß gehabt, da ich die von ihm verlesenen Texte noch gar nicht kannte —,

(Zuruf aus der CDU: Oh!)

nämlich das Buch „NRW zwischen gestern und morgen". In diesem Buch gibt es ein Interview von mir. Ich danke dem Herrn Kollegen Pürsten für die hohe Anerkennung, die er mir zuteil werden läßt, indem er meint, daß es nicht von adäquater Spritzigkeit sei, und auf Wochenzeitungen verweist. In der Tat, da gibt es munterere Interviews von mir! Ich fand das auch, weil es bürokratisch mit Material ausgestattete sachliche Antworten erheischte — es sollte ja eben kein Propagandabuch sein - -, so, wie es mir dargestellt wurde, ein bißchen zu nüchtern und zu trocken.

Aber dieses Buch ist weder von der Landespressestelle noch von der Landesregierung herausgegeben worden. Es ist eine völlig private Buchinitiative eines Verlages, und das Land hat lediglich insoweit etwas damit zu tun, als es durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft 2000 Exemplare erworben und zur Verbreitung gebracht hat. Der Preis ist auch nicht 31,80 DM, sondern 17,40 DM sind pro Stück dafür bezahlt worden.

(Hört! Hört! von der SPD — Pürsten [CDU]: Sie haben wahrscheinlich Mengenrabatt bekommen!)

— Das ist durchaus möglich und auf Grund der Zitate auch durchaus gerechtfertigt, würde ich sagen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn mir das Buch vorher vorgelegt worden wäre, hätte ich selber auf einen höheren Rabatt gedrängt.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Ministerpräsident Kühn: Ja, bitte!)

**Ostrop** (CDU): Herr Ministerpräsident, ist also die Auskunft des Steinbock-Verlages, die er vor etwa 30 Minuten erteilt und auf wiederholte Anfrage bestätigt hat, daß dieses Buch 31,80 DM kostet, falsch?

**Kühn,** Ministerpräsident: Dieses Buch wird wahrscheinlich im Buchhandel 31,80 DM kosten, aber die Abnahme von 2000 Exemplaren durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft war natürlich mit einem Rabatt verbunden. Sie wissen auch, daß dies bei entsprechenden Höhen der Fall ist. Und noch einmal: Über den Rabatt hätte man nach den angeführten Zitaten streiten sollen.

Nun geht Ihr Antrag dahin, - —

(Zurufe aus der CDU — Gegenrufe von der SPD — Glocke des Präsidenten)

Machen Sie es mir bitte heute ein bißchen leichter als sonst! Ich werde es auch kurz machen. — Ich verstehe, in dieser Materie steckt soviel Munterkeit, daß man noch stundenlang Gedanken austauschen könnte, und wir haben sicherlich noch auf beiden Seiten ein reiches Repertoire an Beispielen.

Sie wollen die Titel kürzen um die 1 045 000 DM, die der Rechenschaftsbericht der Landesregierung erfordert.

(Dr. Hüsch [CDU]: Hier ist eine Zwischenfrage angemeldet worden!)

— Bitte, Herr Kollege Pürsten!

**Präsident van Nes Ziegler:** Es sind in dem Zusammenhang zwei Zwischenfragen gestellt worden: die Geschäftsordnung sagt, mehr als zwei Zwischenfragen in demselben Zusammenhang — —

(Pürsten [CDU]: Eine!)

— Nein, Sie haben eine gestellt, und der Kollege hat noch eine gestellt, aber wenn der Ministerpräsident antworten will, bitte sehr!

(Johannes Rau [SPD]: Mengenrabatt! — Heiterkeit)





(Dr. Lenz [CDU])

(A) In diesem Bereich ein letztes Wort: Politische Bildung. Wir haben in diesem Hause wiederholt über die Osterunruhen des Jahres 1968 gesprochen und debattiert. Ich habe das Gefühl, wir haben das, was wir uns vorgenommen haben, nicht erfüllt, nämlich der jungen Generation eine Antwort zu geben auf die Fragen, die sie uns in den damaligen Wochen gestellt hat. Wir sollten uns deshalb vornehmen, im Bereich der politischen Bildung mehr an politischer Kraft zu investieren, als das bisher gelungen ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluß. Wir gehen nach meiner Überzeugung relativ ungerüstet in die Zukunft der Landespolitik. Was wir wollen, was wir vielleicht sogar gemeinsam wollen, fehlt zum Teil, läßt zum Teil auf sich warten. Wir brauchen eine Gesamtvorstellung von der Innenpolitik dieses neuen Jahrzehnts. Wir brauchen verbindliche Aussagen zu den brennenden Fragen der Menschen. Und hier spreche ich das Programm an, das der Herr Finanzminister eben angesprochen hat, den Programmentwurf der CDU in diesem Lande, mit dem sie versucht, hierzu für sich selbst verbindliche Aussagen zu machen. Ich gebe zu: Ich habe diesen Vorentwurf formuliert. Ich bin nicht überall auf Zustimmung gestoßen. Ich habe mir einige Schwierigkeiten bereitet. Aber ich habe das formuliert, was ich nach zwölfjähriger Erfahrung in diesem Hause von der Sache her für richtig hielt. Ich glaube, ich habe damit auch einen Prozeß einer Vorwärtsstrategie für meine Partei in diesem Land mit eingeleitet.

(Beifall bei der CDU)

(B) einer Vorwärtsstrategie, die zu einer Gesamtschau einer neuen Politik führen möge. Der Landeshaushalt 1970 war in dem Regierungsentwurf kein Ausweis eines neuen Weges in die kommende Zeit.

Und das ist er auch heute noch nicht. Deshalb, vor allem aus diesen allgemeinpolitischen Gründen, wird meine Fraktion zu diesem Haushalt nein sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat Herr Kollege Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, die dritte Lesung des letzten Haushalts dieser Wahlperiode kann man auf unterschiedliche Weise vorbereiten und gestalten.

Man kann auf Grund des umfassenden Zahlenwerks, das uns vorliegt, den Versuch machen, die verschiedenen Akzente der Landespolitik zu überprüfen, auf der Folie und auf der Basis dessen, was die Regierungserklärung als die Zielvorstellung dessen ausgesagt hat, was geschehen sollte.

Man kann den Versuch machen, die unbekannten, die kleinen, aber die deshalb nicht unwichtigen Zahlen einmal in den Vordergrund des Interesses zu rücken und von da her der Öffentlichkeit neue Akzente vorzustellen versuchen, die in den vielen Debatten des Haushaltes noch nicht vorgekommen sind.

Man kann auch den Versuch machen — und er liegt nahe —, gerade am Ende der Wahlperiode die vergangenen dritten Lesungen nachzulesen und zu prüfen, wie sie sich auf der Basis dessen ausmachen, was heute gesagt wird.

Wir haben zweimal den Kollegen Lenz, einmal den Kollegen Dufhues und heute noch einmal den Kollegen Lenz zur dritten Lesung des Landeshaushalts gehört.

Damals, 1967, hörten wir aus seinem Munde:

Kühn ist ein Mann ohne Fortune.
Kühn ist ein Mann ohne Führungsqualität.

Heute haben wir das Lob gehört für die Arbeit von Heinz Kühn in diesem Lande.

Wir sagen: Das ist ein guter Weg.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: Offenbar ist die Regierung gut und die CDU ist auch besser geworden.

Wenn wir einmal die verschiedenen landespolitischen Themen in die Erinnerung zurückrufen, wenn wir einmal das durchgehen, was in diesem Lande an Angriffen und Verteidigungen geleistet worden ist, dann meine ich, daß es schon eine besondere Situation sei, wenn die CDU als Zeugen der Richtigkeit ihrer Aussagen gerade den „Spiegel" zitiert und wenn die CDU nach mehr Planung ruft. Wie weit sind wir nach vorn gekommen!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das ist ein guter Weg.

(Zuruf von der SPD: Viel gelernt!)

Die Schwierigkeiten des Weges scheinen mit in der Rückschau — wenn ich diesen Versuch einmal machen darf — darin zu liegen, daß er nicht gradlinig war, sondern daß er immer noch Slalom ist. Und der ist beim Schifahren gut und in der Landespolitik schlecht.

Dieser Slalom heißt nämlich, daß man einmal davon spricht, es sei richtig, das Revier mit Vorrang zu fördern, daß man dann in den lokalen Zeitungen überall bekanntgibt, diese Landesregierung sei deshalb böse, weil sie nur das Revier fördere und nicht den Erscheinungsort der Lokalzeitung,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

und daß man dann wiederum und an dritter Stelle erklärt: endlich müsse Schluß sein mit dem Gießkannenprinzip.

Meine Damen und Herren, diese Zusammenfassung unterschiedlicher Aussagen zur Landespolitik sollte einmal auf ihre Richtigkeit und auf ihre Stichhaltigkeit untersucht werden.

(Pütz [CDU]: Und auf den Zeitpunkt, zu dem man das geäußert hat!)

— Ja, der ist immer in dieser Wahlperiode. Und in dieser Wahlperiode, Herr Kollege Pütz, gibt es den Slalom bei der Opposition und den Versuch der Landesregierung — und darüber wollen wir heute miteinander sprechen —, die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 zu verifizieren und dann vor den Wähler zu treten und ihn zu bitten, zu der Relation aus Aussage und Wirklichkeit Stellung zu nehmen.

(A) Das werden wir tun.

Ich habe vor wenigen Tagen gemeinsam mit dem Kollegen Lange eine Diskussion mit dem jüngst nominierten Direktkandidaten der CDU im Landkreis Bergheim/Erft

(Heiterkeit bei der SPD)

geführt. Das war deshalb eine wichtige und interessante Diskussion, weil man selber in die Gefahr der Monotonie geriet, in die Gefahr der Monotonie, weil man immer wieder sagen mußte: Herr Kollege, was meinen Sie konkret? Was haben Sie konkret gegenüber diesem Haushalt, gegenüber dieser Regierung, gegenüber ihrer Leistung und ihren Versäumnissen zu sagen? Dann konnte man nur feststellen, er wußte auf tausend nicht eins zu antworten.

(Na, na! bei der CDU)

— Lesen Sie es mal nach! Ich gebe Ihnen die Nachschrift. Aber sehen Sie, das ist nicht das persönliche, schreckliche Schicksal jenes Kandidaten am linken Niederrhein, sondern das ist offenbar ein allgemeines Dilemma der ihn tragenden oder schiebenden Partei.

(Beifall bei der SPD)

Denn als Herr Dr. Lenz in seiner Rede heute morgen sagte: „Und nun zur Personalpolitik!", da ging der berühmte Aha-Effekt durchs Haus, und wir dachten, jetzt nimmt er Nordrhein-Westfalen in die Zange. Und da kam Frankfurt!

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich habe das so verstanden, Herr Kollege Lenz, daß offenbar die vielfachen Versuche und Reklamationen, die Personalpolitik dieser Landesregierung anzugreifen, schon deshalb zurückgestellt worden sind, weil sie nicht die alten Blätter aufgeschlagen wissen möchten, über die wir seinerzeit hier miteinander gesprochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir das nun alles ansehen und durchsehen, was an Kritik und Versäumnissen vorgeworfen wird, dann meine ich, man könnte ohne falsche Überheblichkeit, aber auch ohne falsche Bescheidenheit die Auseinandersetzung suchen, ohne ihr auszuweichen, man könnte Rechenschaft geben und sagen, was aus diesem Land in diesen dreieinhalb Jahren geworden ist.

Dabei ist es dann gut und angenehm — und dafür sind wir dankbar —, wenn wir zu gemeinsamen Erkenntnissen kommen. Sie wissen, gerade der Ministerpräsident warnt immer vor Vaterschaftsprozessen, innerhalb der Landespolitik, im politischen Bereich. Aber was meinen Sie, mit welch wohlwollendem Schmunzeln wir Sozialdemokraten zuhören, wenn bei der Beratung des Landeshaushalts 1970 der Sprecher der Opposition auf die Idee kommt, auf die gute Idee, uns für Jülich zu erwärmen! Aber Herr Kollege, Sie haben eben gesagt, Sie wollten heilige Kühe anstoßen. Wenn ich dieses Bild einmal verwende: da haben Sie offene Türen nach Athen getragen.

(Heiterkeit — Giesen [CDU]: Das schlägt dem Faß die Krone ins Gesicht!)

— Usw., usw.: Schmiede das Eisen wie dich selbst, und liebe deinen Nächsten, solange er warm ist.

(Große Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir werden ja Herrn Dr. Meyers noch dazu hören. Jeder einigermaßen Kundige kennt doch nicht nur die Geschichte der Kernforschungsanlage Jülich — ich bin ja der Vorsitzende des zuständigen Arbeitskreises —, sondern kennt auch die anhaltenden permanenten Bemühungen der Regierungen Arnold, Steinhoff, Meyers und Kühn, Jülich seinen Platz nicht nur zu erkämpfen, sondern ihn auch zu behaupten und auszuweiten. Wer in nahezu täglichem Kontakt mit Leo Brandt über die Anwendungsmöglichkeiten des Kugelhaufenreaktors Schultenscher Prägung steht, der weiß, daß es dieser Ermutigung nicht bedarf. Ich habe auch trotz des Weihnachtsurlaubs mit Bundeswissenschaftsminister Leussink über diese Frage gesprochen. Es bedarf auch Ihres Antrages über 80 Millionen — jedenfalls zur Zeit noch — nicht, um die Finanzierungslücke zu schließen, weil die von Kühn, Posser und einigen anderen geführten Verhandlungen so erfolgreich verlaufen sind, daß man sagen kann: Schmehausen kommt in Gang! Wir werden aus dem, was in Jülich erarbeitet worden ist, eine Entwicklung herleiten können, die nicht nur für unser Land, nicht nur für die Vergasung der Kohle, sondern möglicherweise auch für eine neue und billigere Hydrierung der Kohle wichtig ist. Für diese Entwicklung werden wir die Mittel zur Verfügung haben. Der Bund hat sich einsichtig gezeigt. Leussink ist der bessere Stoltenberg, und die Sache geht vorwärts.

(Beifall bei der SPD)

Weil das aber so ist, sollten wir nicht versuchen, Herr Kollege, von Randfeldern aus diese Landesregierung und die sie tragende Koalition auseinanderzubringen. Das werden Sie nicht schaffen, auch nicht mit der Mitbestimmungsdebatte.

(Dr. Lenz [CDU]: Das halte ich für möglich! Weitere Zurufe bei der CDU)

Wenn Sie mir erwidern, wir hätten vereinbart, nichts zu tun, dann will ich Ihnen sagen, warum wir keine Novellen zum Personalvertretungsgesetz eingebracht haben. Wir haben es nicht getan, weil es einen Beschluß der Bundesregierung gibt, ein solches Personalvertretungsgesetz vorzulegen, das unser bisher fortschrittlichstes Gesetz noch übertreffen wird. Wir sind der Meinung, daß wir, wenn wir nach Bundeseinheitlichkeit rufen, sie auf jeden Fall da praktizieren sollten, wo sie zu unseren Gunsten ausschlagen kann.

(Innenminister Weyer: Sehr gut!)

Wenn Sie, Herr Kollege Dufhues, mit soviel Süffisanz die unterschiedliche Auffassung zwischen SPD und FDP in Mitbestimmungsfragen auf den Tisch des Hauses bringen, dann sollten Sie nicht vergessen, daß Sie lange — glücklicherweise vergeblich — den Versuch gemacht haben, mit eben jener FDP in Bonn nach dem Motto zu regieren: Die richtigen Männer schaffen den alten Kanzler sicher in die siebziger Jahre!

(Beifall bei der SPD)

Das ist mißlungen. Weil das aber mißlungen ist, sollten wir nicht die falschen Kriegsschauplätze





(A) aussuchen und den Versuch machen, das, was in Bonn vorwärtsgetrieben oder noch ein wenig zurückgestellt wird, in Nordrhein-Westfalen auszutragen. Die Sozialdemokraten in diesem Lande werden sich in der Frage der Mitbestimmung — und das heißt: der Transparenz der demokratischen Gesellschaft — von niemandem übertreffen lassen, Herr Kollege!

(Beifall bei der SPD — Dufhues [CDU]: Auch nicht von der FDP!)

— Nicht einmal von der FDP und nicht von den Liberalen, die es bei Ihnen noch gibt. Wichtig ist, daß man Mitbestimmung und Transparenz des öffentlichen Lebens, des politischen und gesellschaftlichen Lebens, aufeinander zuordnet und zu einem Gemeinsamen macht. Bei uns taucht gelegentlich der Verdacht auf, daß mit der Formel von Mitbestimmung die Transparenz verhindert werden könnte. Das bedeutet: Mitbestimmung der Eltern in der Schule — Ja! Wir werden konkrete Vorschläge dazu machen. Die Mitbestimmung der Eltern im gesamten Schulwesen aber ist ganz etwas anderes, weil es uns darum geht, daß die Gesamtverantwortung des Staates als einer Veranstaltung der Gesellschaft nicht geschmälert wird. Wir wünschen keine Nebenparlamente, weder in den Kommunen noch im Lande,

(Beifall bei der SPD)

sondern wir wünschen Mitwirkung und Mitbestimmung bei klaren Entscheidungskompetenzen derjenigen, die durch demokratische Wahl ein Mandat bekommen haben.

(B) (Beifall bei der SPD — Giesen [CDU]: Das haben Sie aber richtig gelesen!)

Weil es darum geht, darum zögern wir bisher mit der Zustimmung zu dem entsprechenden Antrag der CDU, der uns zu sehr in der Gefahr ist, eine Elternverbandsarbeit an die Stelle der Mitbestimmung von Eltern in der Schule in der konkreten Situation und in der konkreten Klasse zu ermöglichen. Das ist unsere Frage, und darüber können wir miteinander sprechen.

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, es sei ein weiter Weg von jener Debatte in der dritten Lesung am 8. Mai 1967 bis zum heutigen Tag. Auf diesem weiten Weg sind wir in vielen Fragen einander nähergekommen. Das zeigt sich darin, daß Herr Kollege Lenz von neuen Finanzierungsmethoden spricht, deren der Staat bedarf und deren die öffentlichen Hände bedürfen, um ihre Aufgaben wahrzunehmen; das zeigt sich daran, daß hier die Rede ist von der mittelfristigen Finanzplanung als einem dem Parlament vorzulegenden Gesetz. Über all diese Fragen wollen wir miteinander sprechen. Wir wollen sie aber nicht vorschnell entscheiden; denn, Herr Kollege Lenz, wir beide gehören ja zu dem Sonderausschuß für Parlamentsreform. Ich weiß nicht, ob Sie dabei sein konnten, als uns — wie ich meine, mit guten Gründen — vorgetragen wurde, daß der zweijährige Haushalt, gerade was die Flexibilität und die Anpassung an konjunkturelle Schwankungen angeht, auch seine Schattenseiten habe.

Wir sind der Meinung, daß wir diese Dinge vorsichtig prüfen müssen und daß wir dann zu Entscheidungen in diesem Hohen Hause kommen sollten. Aber daß wir uns gemeinsam einer antizyklischen Haushaltspolitik verpflichtet wissen, das steht außer Frage, und das beweist dieser Haushalt.

(Pütz [CDU]: Nicht ganz!)

— Das beweist der Haushalt, den wir Ihnen heute vorlegen. Ich schlage Ihnen vor, daß Sie zur Belebung des Föderalismus in der Bundesrepublik und, damit dieser Föderalismus wieder existenzfähig wird, einmal zu denen Ihrer Kollegen fahren, die sich bisher geweigert haben, eine antizyklische Haushaltspolitik zu machen, deren Haushalte in einer Weise ansteigen und aufgebläht werden, daß die Politik der Bundesregierung durch die entsprechenden Ansätze in den Haushalten der anderen Länder konterkariert wird. Ich will hier den Namen Kohl nicht unnützlich führen. Sie wissen ja: „Kohl sollt ihr fressen den ganzen Tag", steht in der Schrift, hat Herr Mikat mal zitiert.

(Dr. Lenz [CDU]: Das ist apokryph!)

— Aber: „Die Rache ist mein, spricht der Herr", ist nicht apokryph. — Der Herr Kohl hat gesagt, er denke nicht daran, den Sozis ihre Konjunkturpolitik zu machen. Meine Damen und Herren, wer so redet — so reden nicht alle, aber so handeln zur Zeit alle CDU-Länder —, der verhindert konjunkturgerechte Politik.

(Pürsten [CDU]: Die Zitate stimmen nicht!)

— Wir werden gleich hier die Zahlen noch einmal zitieren.

(Finanzminister Wertz: Hat Herr Kohl dementiert?)

Jedenfalls liegt in Nordrhein-Westfalen der Haushalt mit einem rechnerischen Zuwachs von 6,3 Prozent

(Dr. Lenz [CDU]: Wer ist denn da Finanzminister?)

unter der Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts von 8 Prozent. — Freunde, laßt mich doch auch mal was sagen!

(Dufhues [CDU]: Haben Sie gehört, daß Herr Kohl dementiert hat?)

— Nein, das weiß ich nicht.

(Dufhues [CDU]: Herr Posser hat es bestätigt!)

Hat er dementiert? — Dann braucht er nur noch seinen Haushalt zu ändern, dann sind wir wieder mit ihm einig. In Schleswig-Holstein, in Bayern, in Rheinland-Pfalz, in Niedersachsen und im Saarland liegen die Steigerungsraten der Haushalte zwischen 11,2 und 15,7 Prozent.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Wir in Nordrhein-Westfalen haben eine Konjunkturausgleichsrücklage von 282,4 Millionen gebildet. Wir haben, einschließlich der Sperrungen im Landeshaushalt, dafür gesorgt, daß wenig mehr als eine Milliarde um der Konjunkturdämpfung willen nun nicht in die Kassen der Unternehmer und der Abnehmer gerät, sondern zurückgehalten wird, bis die

(A) entsprechende Auswirkung der verzögerten Aufwertung spürbar ist.

Sie, Herr Kollege Lenz, haben davon gesprochen, daß die Aufwertung, die am 29. September beschlossen worden ist, ihren Erfolg nicht gebracht habe. Ich stimme Ihnen darin zu, daß vieles noch geschehen muß, um die latenten Preisgefahren abzuwenden; aber ich bitte Sie, mir darin zuzustimmen, daß wir dieses Ziel bereits erreicht hätten, wenn nicht aus parteipolitischen Gründen die Aufwertung sieben Monate verzögert worden wäre.

(Zustimmung bei der SPD — Dr. Meyers [CDU]: Hat doch Herr Blessing vorgeschlagen! — Dufhues [CDU]: Ist Ihnen bekannt, Herr Rau, daß nach neueren Erklärungen des früheren Bundeskanzlers der Präsident der Deutschen Bundesbank den Rat gegeben hat, von einer Aufwertung zum damaligen Zeitpunkt abzusehen? Ist Ihnen bekannt, daß einige Monate vor der endgültigen Entscheidung auch der von Ihnen gestellte Wirtschaftsminister es abgelehnt hat, der Aufwertung zuzustimmen? — Dr. Meyers [CDU]: Ist Ihnen bekannt, daß der jetzige Präsident der Bundesbank denselben Standpunkt vertreten hat und vertritt?

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Schneider:** Ich darf eine Zwischenbemerkung machen. Die Fragen sind nachträglich bewilligt.

(B) (Dr. Meyers [CDU]: Das waren Zwischenrufe, keine Fragen, Herr Präsident!)

**Johannes Rau** (SPD): Danke schön, Herr Präsident! Die Antworten vorweg!

Mir ist bekannt, daß Karl Schiller noch im März gemeint hat, er komme ohne Aufwertung aus. Mir ist ebenso bekannt, daß er Anfang Mai vertraulich und dringend eine Aufwertung empfohlen hat, ohne sich dazu öffentlich zu äußern, und daß er auf eine Entscheidung über dieses sein Memorandum vom 9. oder vom 13. Mai — ich weiß das genaue Datum nicht — sechs Wochen vergeblich gewartet hat. Dann sind allerdings die Dinge in den Schlendrian hineingeraten, den wir in diesem Land ja erlebt haben.

(Dufhues [CDU]: Und zur Haltung des Bundesbankpräsidenten?)

— Die Haltung des Bundesbankpräsidenten war ebenso wie die Haltung Schillers unterschiedlich. Er hat in einem früheren Zeitpunkt abgeraten und in einem späteren Zeitpunkt dieser Aufwertung ausdrücklich zugeredet. Das ist bekannt.

(Meuffels [CDU]: Was ist denn nun richtig?)

— Richtig ist, daß im Mai die Aufwertung fällig war, Herr Kollege Meuffels.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mir geht es darum, daß wir uns nun gemeinsam bemühen — und ich meine, dieser Haushalt bietet eine Chance dazu —, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, mit dem in unsere Verantwortung gegebenen Haushalt dafür zu sorgen, daß wir uns konjunkturgerecht, und das bedeutet antizyklisch, verhalten. Tun wir das miteinander, dann brauchen wir nicht einzustimmen in den großen Ruf nach der preispolitischen Angst, von der Herr Kollege Lenz gesprochen hat. Ich habe manchmal den Verdacht, daß solche Rufe — in ihrer Wirkung jedenfalls — dazu dienen, das Gefühl der Preissteigerungen größer werden zu lassen, als es diese Preissteigerungen in der Wirklichkeit sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nicht gesagt, daß Sie das wollen,

(Zurufe von der CDU — Pürsten [CDU]: Das war die Schiller-Taktik, Herr Kollege Rau.)

sondern daß die Gefahr besteht, daß sich das so auswirkt.

(Dr. Lenz [CDU]: Lesen Sie den Bericht der Bundesbank vom Februar!)

Das habe ich getan.

(Pütz [CDU]: Dann können Sie das nicht sagen.)

Herr Kollege Lenz, Sie haben vom Verhältnis von Regierung und Opposition gesprochen, und Sie haben es als ein Indiz für ein schlechtes Verhältnis zwischen Regierung und Opposition dargestellt, daß wir Ihre Anträge abgelehnt haben. Nun, erstens geschieht dies nicht bei allen Anträgen. Vielleicht können wir heute noch den Beleg dafür liefern, daß das nicht bei allen Anträgen der Fall ist, sondern daß wir in manchem noch hinausgehen könnten über das, was Sie für richtig halten. Andererseits meine ich aber, Sie sollten nie die Frage der Ablehnung von Anträgen im Plenum zum Gegenstand der Erörterung machen, ohne sich des Jahres 1966 zu erinnern. Damals haben Sie von 27 Anträgen 27 abgelehnt. Sie hätten gerne noch mehr abgelehnt; Sie konnten es nicht, weil wir nicht mehr vorgelegt haben. Das war eine Guillotine, mit der Sie damals gearbeitet haben,

(Zustimmung bei der SPD)

während wir uns in vielen Dingen in den Ausschüssen ja bereits geeinigt hatten.

(Meuffels [CDU]: Ein anständiger Mensch vergilt aber nichts Böses mit Bösem. — Heiterkeit)

— Das ist richtig, und deshalb hätten wir alle die Anträge angenommen, die diesen Haushalt noch verbessern hätten, Herr Kollege Meuffels.

(Finanzminister Wertz: Die kommen ja noch!)

Aber wir kommen ja noch zu einigen.

Herr Kollege Lenz hat sogar die Gelegenheit wahrgenommen — lassen Sie mich auch dazu noch etwas sagen —, das Problem der Konjunkturpolitik und der Strukturpolitik speziell im Revier anzusprechen. Wir sind, Herr Kollege Lenz, mit Ihnen der Meinung, daß die Struktur des Reviers noch nicht so ist, wie wir sie uns wünschen und wie sie manchmal



(A) gewesen ist, als die Monostruktur der Kohlewirtschaft dieses Revier bestimmte. Aber Sie werden doch nun zugeben müssen — und das haben Sie auch verschiedentlich getan —, daß die Landesregierung mit der Verbesserung der Infrastruktur des Reviers, mit dem, was im Entwicklungsprogramm Ruhr steht, die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß nun der Wagen in eine andere, nämlich in eine bessere Richtung läuft.

Das ist vor allen Dingen deshalb gelungen, weil die Angst um den Arbeitsplatz im Revier gewichen ist, und das ist unter anderem auch mit dem Instrument einer Einheitsgesellschaft gelungen, die wir zehn Jahre lang vergeblich gefordert haben und die zu fordern seinerzeit als illusionär galt. Da war man der Meinung, das sei nie zu schaffen.

(Dufhues [CDU]: Na, na, na!)

Wir haben doch total vergeblich geredet. Nicht wir haben die Einheitsgesellschaft geschaffen.

(Pütz [CDU]: Zeigen Sie mir einmal schriftlich, wann Sie sie erstmalig gefordert haben!)

— Wann wir sie erstmalig gefordert haben? - Ich meine, das wäre 1963 gewesen. Wir müßten deshalb einmal zusammen ins Archiv gehen.

Ich erinnere mich jedenfalls sehr gut daran, daß wir uns die Anträge der IG Bergbau und Energie zu eigen gemacht haben. Wir sind damit vor die Wand gelaufen. Es war eine Wand aus Watte. Aber dennoch war es eine Wand. Wir haben es nicht hingekriegt. Jetzt haben sich die Verhältnisse geändert (B) und verbessert. Wir werden vieles tun müssen, um den konjunkturellen Aufschwung zu strukturellen Veränderungen zu nutzen. Dies hat das Entwicklungsprogramm Ruhr in den letzten zwei Jahren geleistet und erbracht. Dabei brauchen wir nicht darüber miteinander zu reden, wer wann was zuerst gefordert hat.

(Dufhues [CDU]: Sehr richtig!)

Ich unterstelle Ihnen, Herr Kollege Lenz, daß Sie in der Tat glauben, daß die eigentliche Initiative zum Fachhochschulgesetz von der CDU ausgegangen ist. Nur würde ich nie nur bis zum vierten oder fünften Monat zurückgehen, sondern immer gleich neun Monate zurück, und dann sind Sie bei der Drucks. Nr. 72 von Paul Mikat. Dann sind Sie nämlich bei einer Drucksache, die eine Drucksache der Verzögerung, die eine Drucksache der Verschulung unserer jetzigen Fachhochschulen war. Und dann hat es in der Tat vielfältige und gute Bemühungen gegeben, die Bundeseinheitlichkeit herzustellen. Das Ziel ist erreicht. Nordrhein-Westfalen hat — wie ich glaube, auf Grund des Verdienstes von Heinz Kühn — das modernste Fachhochschulgesetz in allen Bundesländern.

(Beifall bei der SPD — Pürsten [CDU]: Sie haben den festen Glauben? Schmücken Sie sich da nicht mit fremden Federn?)

— Welches ist denn besser? Das von Huber kann nicht besser sein.

(Pürsten [CDU]: Das wir konzipiert und initiiert haben, Herr Kollege Rau!)

— Das war auch schon gut! Das wollte ich soeben sagen. Das von Huber —

(Pürsten [CDU]: Das war gegen Sie und gegen Huber, wenn Sie es wissen wollen!)

Und jetzt gehen die Studenten in München mit unserem Gesetzentwurf, den wir hier verabschiedet haben, gegen Huber.

(Pürsten [CDU]: Mit dem, den wir hier eingebracht haben!)

— Nein, nicht mit dem. Der war eine Vorphase, Herr Kollege.

**Vizepräsident Schneider:** Herr Kollege Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Johannes Rau** (SPD): Ja, natürlich. Bitte, Herr Kollege Meuffels.

**Meuffels** (CDU): Herr Kollege Rau, würden Sie zugestehen, daß die Fachhochschulgesetzgebung in ihrer Grundkonzeption auf den Vorschlägen und den Ansichten der CDU berührt?

**Johannes Rau** (SPD): Nein, Herr Kollege Meuffels, das kann ich deshalb nicht zugeben, weil ich glaube, daß es eine Fülle von Punkten gibt, mit denen wir weit über die CDU-Vorstellungen hinausgegangen sind, wie wir auch beim Hochschulgesetz — dafür ist nicht allein das gelbe Papier maßgebend - weit über das hinausgehen werden, was Sie vorgetragen haben, und weit über das hinaus, was wir einmal für richtig gehalten haben. Ich bin der Auffassung, daß es gar keinen Sinn hat, solche Vaterschaftsprozesse zu führen, sondern daß die Frage lautet: Ist das Gesetz, das danach zustande kommt, gut? — Das werden wir, wie ich hoffe, im März dieses Jahres gemeinsam feststellen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schneider:** Herr Kollege Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Brüggemann?

(Zustimmung des Abg. Johannes Rau [SPD])

**Dr. Brüggemann** (Bochum), (CDU): Herr Kollege Rau, darf ich Sie fragen, wie Sie sich die weitere Behandlung der Hochschulgesetzgebung im Kulturausschuß vorstellen, wenn das uns von der Regierung vorgelegte „gelbe Papier" von Ihnen gerade wieder als unmaßgeblich bezeichnet wird? Haben wir damit zu rechnen, daß noch ein neuer Entwurf auf den Tisch des Hauses kommt?

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Brüggemann, seien Sie doch bitte so freundlich und zitieren Sie mich korrekt. Ich habe von einem „unmaßgeblichen" Papier nicht gesprochen. Es gibt eine Formulierungshilfe der Landesregierung in diesem gelben Papier. Ich bin der Meinung, daß das Hochschulgesetz jetzt dem Kulturausschuß überwiesen ist und daß es dessen eigentliche und eigene Entscheidung ist, was er aus dem ihm zur Verfügung stehenden Material macht; sonst wären alle Hearings und alle Beratungen eine Farce!

(Zustimmung bei der SPD)

Im übrigen glaube ich, daß die Beratungen nach dem, was ich gehört habe, so weit fortgeschritten sind, daß wir im März ein vernünftiges Hochschul-

(A) gesetz verabschieden können. Das ist meine Überzeugung, und ich möchte Sie herzlich bitten, daran mitzuwirken, daß uns dieser Termin und dieses Gesetz gelingen.

Herr Kollege Lenz hat natürlich recht mit seiner kritischen Rückfrage, was wir zu tun gedächten, um die Studierwilligkeit derer zu honorieren, die sich an unseren Universitäten befinden. Aber, meine Damen und Herren, diese Anfrage, an eine einzige Regierung, an eine einzige Koalition gerichtet,

(Schulze-Stapen [CDU]: An die gegenwärtige!)

- - an die gegenwärtige —, scheint mir falsch, scheint mir zu kurz geschossen und geschlossen zu sein, und zwar deshalb, Herr Kollege Schulze-Stapen, weil wir miteinander wissen, daß die Frage der unruhigen studentischen Generation in keinem Parlament so geklärt werden kann, daß Ruhe eintritt, sondern nur so, daß wir gemeinsam den mühevollen, schwierigen Weg durch die verschiedenen Stufen der Reformen hindurchgehen, wohl wissend, daß die Gründe für diese Unruhe viel tiefer liegen als alle Reklamationen gegenüber der Organisation, der Struktur und der Quantität unserer Universitäten. Sonst gäbe es diese Unruhen von Berkley bis Tokio, in Warschau und Prag genauso wie in Berlin, nicht. Die Regierung, die das durch irgendeinen Entwurf, irgendein Gesetz beheben könnte, die müßte vom Himmel kommen!

(Schulze-Stapen [CDU]: Von selbst wird es nicht geschehen!)

(B) — Nein, von selbst nicht; darum kommt es darauf an, daß wir diesen geduldigen Weg der Reformen gehen.

Meine Damen und Herren, wir stimmen dem zu, was Herr Kollege Lenz als Zielvorstellung zu den Problemen der Durchlässigkeit und der Durchsichtigkeit unseres politischen Lebens gesagt hat. Ich glaube, daß am Ende dieser Wahlperiode zu dem, was wir vorweisen können, auf jeden Fall ein arbeitsfähiges, ein zur Durchführung geeignetes Papier gehören muß und gehören sollte, in dem dieser Landtag seine Arbeit selber reformiert. Deshalb bin ich dankbar dafür, daß wir im Sonderausschuß für Parlamentsreform ein gutes Stück weiterzukommen scheinen. Wir könnten vor allen Dingen nach der Landtagswahl in der uns verbleibenden Zeit noch zu Abschlüssen kommen, die dem neuen Landtag gleich die Möglichkeit einer sinnvollen und guten Arbeit geben. Dabei ist für mich eines der Probleme, wie wir das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive so neu ordnen, daß der bisherige Mißstand — ich halte es dafür! — aus der Welt kommt, daß wir erst durch Interessenvertreter erfahren, was die Regierung an Gesetzentwürfen plant.

(Zustimmung bei der SPD — Zurufe von der CDU: Wir auch! - Pütz [CDU]: Das ist ja ganz neu!)

Das gilt für jede Regierung. Es hängt zusammen mit § 106 Landesbeamtengesetz, mit der entsprechenden Pflicht der Landesregierung, die Referentenentwürfe im Beteiligungsverfahren weiterzugeben. Die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft in Bonn - aus allen Fraktionen bestehend — hat dazu Vorschläge gemacht, und sie meint, wenn die Regierung Referentenentwürfe Verbänden zur Kenntnis gebe, solle sie sie auch den Präsidenten der Parlamente zur Kenntnis geben, ohne sie einzubringen, mit der Möglichkeit der Korrektur durch Kabinettsbeschlüsse, aber jedenfalls so, daß wir wegkommen von dem Mosaikzwang, vor dem wir jetzt stehen, bei dem wir eine Fülle von Einsichten oder vermeintlichen Einsichten erst über die Berufsverbände bekommen, bevor wir uns selber ein Bild machen können. Aber nicht die Parlamentsreform, so wichtig sie ist, wird am Ende der Wahlperiode zur Rechenschaft stehen, sondern es wird das zur Rechenschaft stehen, was diese Regierung erklärt hat, das, was die sie tragenden Fraktionen versprochen haben, und was davon gehalten worden ist.

Wir Sozialdemokraten stellen fest: Die Landesregierung Kühn hat am 13. Dezember 1966 drei Schwerpunkte ihrer Politik genannt und erklärt, sie werde sich an diesen drei Schwerpunkten messen lassen.

Der Schwerpunkt eins war die Sicherung der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen und der Wiederanschluß Nordrhein-Westfalens und speziell des Reviers an die damals beginnende positive Entwicklung im Bund. Wir Sozialdemokraten stellen fest: Es ist mehr geleistet und mehr erreicht worden, als wir damals zu hoffen gewagt haben.

(Pütz [CDU]:: Als Sie zu hoffen wagten!)

Dies ist der Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesregierung, aber auch der Mitarbeit der Opposition in der gemeinsamen Kohle-Fraktion zu danken, ohne die der Ministerpräsident weder in Hukkarde noch in Bonn so hätte sprechen können, wie er gesprochen hat. Nordrhein-Westfalen und das Revier haben den Anschluß wiedergefunden. Wir sind nicht mehr das Land, in dem Unsicherheit, Stagnation und Resignation herrschen, wie das der Fall war, als Heinz Kühn die Regierungsverantwortung übernahm. Es ist viel geleistet, aber es ist noch genug zu tun, so daß Heinz Kühn noch fünf Jahre und mehr weitermachen sollte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Der zweite Schwerpunkt, den die Landesregierung genannt hat, war die Reform der Bildungspolitik. Hier wird immer wieder auf das verwiesen, was Paul Mikat angefangen hat. In der Tat lagen hier gute Ansätze, die nie zu Gesetzentwürfen gereift und die nicht bis in den Haushalt gekommen sind.

Die Landesregierung Kühn hat eine Bildungspolitik betrieben, die den Weg der Reformen entschlossen gegangen ist und die mit diesen Reformen Erfolg gehabt hat. Am Anfang dieser Wahlperiode hätte niemand vorherzusagen gewagt, daß wir ein Grund- und Hauptschulsystem erhalten würden, wie wir es jetzt haben; hätte niemand gewagt zu sagen, daß wir die Entkonfessionalisierung der Lehrerbildung ebenso wie die Durchlässigkeit der Lehrerberufe bekommen würden.

(Beifall bei der SPD)

Am Anfang dieser Wahlperiode hätte niemand zu sagen gewagt, daß am Ende der Wahlperiode die Gesamtschulversuche in Nordrhein-Westfalen unter kritischer wissenschaftlicher Begleitung so in Gang gesetzt wären, daß Fehlinvestitionen wie in der Vergangenheit vermieden worden wären.



(A) In diesen drei Jahren ist vieles geleistet worden, und der Preis dafür war eine oft ärgerliche Unruhe im Schul- und Hochschulwesen unseres Landes.

(Meuffels [CDU]: Die Unruhe ist noch da!)

— Diese Unruhe ist auch noch da, und ich teile manches von dem Unbehagen. Aber wenn Sie ins Land gehen, bitte sagen Sie den Bürgern auch, daß diese Unruhe der Preis für den Fortschritt ist, und reden Sie nicht nur von der Unruhe, sondern reden Sie von dem Fortschritt, bei dem wir die Unruhe in Kauf nehmen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das entscheidende Problem, das die Landesregierung vorfand — wie es auch andere Landesregierungen vorfanden —, war der Lehrermangel. Dieser Lehrermangel ist nicht behoben, weil er nicht behoben werden konnte, denn der Weg durch die Schule zum Abitur dauert nun einmal dreizehn Jahre, und niemand hat die Zahlen abgesehen und hat sie in der Vorplanung realisiert, mit denen wir es jetzt zu tun haben. 1963 gingen 17 Prozent eines Jahrgangs zum Gymnasium. Im Jahre 1968/69 waren es mehr als 26 Prozent. 1964 gingen 14 Prozent auf Realschulen; jetzt sind es 20 Prozent.

Diesen Lehrermangel kann man nicht auffangen; den so entstehenden Lehrermangel kann man nicht allein mit den kurzfristigen Maßnahmen beheben, die getroffen worden sind und die dafür gesorgt haben, daß wieder 1000 Aushilfskräfte am 15. Oktober ihr Studium aufgenommen haben, daß noch in diesem Jahr 750 Aushilfslehrer in die Schulen kommen werden, daß der Kultusminister britische und

(B) amerikanische Lehrer in großer Zahl ins Land geholt hat. Das alles ist gut, und das alles ist natürlich nicht so viel, wie man wünschen möchte, wenn man Menschen schaffen könnte und wenn Menschen gleich mit der zweiten Lehrerprüfung auf die Welt kämen.

(Beifall bei der SPD)

Das tun sie nun einmal nicht, und deshalb gilt es hier, mit Geduld und mit Zähigkeit den Weg der Reformen so weiterzugehen, daß die Schule für junge Menschen und auch für junge Männer wieder attraktiv wird, die den Weg in den Lehrerberuf finden.

Die Landesregierung hat Maßnahmen ergriffen, die bis in die Mitte der siebziger Jahre reichen werden und die dafür sorgen, daß mindestens im Bereich der Grund- und Hauptschule der bedrohliche Lehrermangel aufhört.

Aber Bildungsreform ist mehr als Haupt- und Grundschulreform, und darum sind wir dankbar für all das, was die Landesregierung und wir miteinander — zum Teil mit der Zustimmung der Opposition — im weiten Feld der Bildungspolitik haben leisten können.

Nun gilt es, neue Schritte zu tun! Es gilt, die acht Universitäten zu errichten, von denen Herr Kollege Lenz gesagt hat, ihre Finanzierung sei nicht klar. Nun, Herr Kollege Lenz, natürlich ist die Finanzierung dieser acht Universitäten nicht klar.

(Dufhues [CDU]: Das ist nicht natürlich!)

Wie soll die klar sein? Denn das ist ja ein Prozeß, der sich über viele Jahre erstreckt.

(Zuruf von Ministerpräsident Kühn)

Das kann man nicht in einem Jahr. Aber als seinerzeit die Universität Düsseldorf errichtet wurde, haben wir das im Kulturausschuß aus der Zeitung erfahren. So wenig klar war da die Finanzierung!

(Widerspruch bei der CDU — Pütz [CDU]: Da war sie klar! Die haben Sie nur nicht erfahren!)

Die acht Universitäten werden gebaut, und sie werden mit dem richtigen Schwerpunkt an den richtigen Standort gebaut. Darauf können Sie sich verlassen!

(Beifall bei der SPD — Dufhues [CDU]: Können Sie uns noch mehr erzählen?)

— Ich habe gerade von Ihnen gelesen, Sie machten Politik aus Glauben, aber das war sicher anders gemeint!

Meine Damen und Herren, wir werden für diese acht Universitäten im Landesentwicklungsprogramm konkrete Vorschläge einschließlich der Finanzierung machen, und wir werden uns mit der Finanzierung aller vorliegenden Programme beschäftigen; wir werden uns auch mit der Finanzierung des gestern veröffentlichten CDU-Programms beschäftigen!

(Dr. Lenz [CDU]: Mit dem Entwurf!)

- - Mit dem Entwurf, Herr Kollege Lenz! Ich weiß, daß Sie noch Abänderungsanträge stellen wollen. Aber auch die werden wir dann nachrechnen, und ich rate Ihnen jetzt schon: Versichern Sie sich der Mitarbeit von Alex Möller! Der versteht etwas von der Finanzierung von Regierungsprogrammen, wie seine Politik beweist!

(Beifall bei der SPD — Pütz [CDU]: Deswegen spricht er auch so oft gegen Schiller!)

Wir werden diese Programme prüfen, und wir werden zu all dem Stellung nehmen, was Sie an landespolitischen Initiativen bringen. Dabei ist die Frage der entstehenden acht neuen Hochschulen eine Frage, die sowohl bildungspolitisch als auch regionalpolitisch von außerordentlicher Bedeutung ist. Ich wünschte mir, daß es dem Landtag gelänge, im Laufe dieses Jahres zu einer Konzeption zu kommen, die dafür sorgt, daß die erziehungswissenschaftlichen Universitäten oder die Universitäten mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt und die vorhandenen klassischen Universtiäten in eine gute Kooperation und möglicherweise auch in einen Verbund kommen, der die Gesamthochschule in Nordrhein-Westfalen nicht nur anvisiert, sondern schafft. Das ist die Zielvorstellung, die wir haben!

(Beifall bei der SPD)

Das alles wird möglich sein, das alles wird zu leisten sein, wenn es uns gelingt, aus der jetzigen, durchaus schwierigen Konjunkturlage herauszukommen, wenn es uns gelingt, eine Politik zu betreiben, die das Gefühl der Unsicherheit, das es in der Rezession gegeben hat, nicht wieder aufkommen läßt. Wir sind sicher, daß der Bundes- und der Landesregierung dieser Weg gelingt.

(Johannes Rau [SPD])

(A) Der dritte Schwerpunkt, den Heinz Kühn am 13. Dezember genannt hatte, war die Verwaltungsreform. Herr Kollege Nagel hat in anderem Zusammenhang heute morgen davon gesprochen, das seien alles CDU-Gemeinden gewesen, die sich freiwillig zusammengeschlossen hätten.

Erstens ist das nicht wahr

(Böhm [SPD]: So viele gibt es gar nicht! — Dufhues [CDU]: Sie müssen auch richtig zitieren!)

— oder fast alles —, zweitens läßt sich das ändern. Aber, meine Damen und Herren, dies darf man doch wohl sagen: Es ist richtige Verwaltungs- und Gebietsreform, die zuerst einmal an der Basis anfängt, die nicht durch Vorentscheidungen im Bereich der Mittelinstanz die Möglichkeiten der Kooperation im Bereich der Gemeinden verhindert und begrenzt. Es ist nun in der Tat die Aufgabe der nächsten fünf Jahre, nicht nur im Bereich der Mittelinstanz, sondern auch beim Problemfeld kreisfreie Städte und Umland zu Lösungen zu kommen, die diesem Lande angemessen und die gleichzeitig übertragbar sind auf mögliche bundespolitische Veränderungen in den Instanzen der Verwaltung.

Aber auch hier haben wir es mit einer Landesregierung zu tun, die mehr erbracht hat als jede andere zuvor. Verwaltungsreform war zu lange Programm und zu kurze Zeit Wirklichkeit. In den letzten drei Jahren ist sie Wirklichkeit geworden.

(Beifall bei der SPD)

(B) Bitte, ersparen Sie es mir und Ihnen, meine Damen und Herren, nun die Ressorts durchzugehen und nachzuweisen und darzustellen, was an Reformen, an Verbesserungen in allen Bereichen der Politik geschehen ist. Uns geht es darum, daß deutlich wird — und in vielem, was Kollege Lenz gesagt hat, und in der Art, wie er vieles von früher nicht wiederholt hat, ist uns deutlich geworden, daß sich das bis in die Opposition hinein herumgesprochen hat —: Die dreieinhalb Jahre unter Heinz Kühn waren richtige Jahre, waren Jahre mit einer richtigen Politik. Die dreieinhalb Jahre unter Heinz Kühn und mit der ihn tragenden Koalition haben aus Nordrhein-Westfalen zwar kein Wunderland gemacht, aber ein Land, das Zukunft hat, ein Land, das weiß, wo seine Zukunft liegt, ein Land, in dem es die richtigen Männer gibt, die auch für die Zukunft diesem Lande nicht nur Aspekte aufzeigen, sondern mit Führungskraft und mit dem Mut zur mittelfristigen Planung und zur langfristigen Vision — Politik ohne den Mut zu Visionen ist immer schlechte Politik — diesem Land Nordrhein-Westfalen sein Selbstbewußtsein wiedergeben, damit es ein Land wird, aus dem die junge Generation nicht abwandert.

Weil das gelungen ist, darum glauben wir Sozialdemokraten, daß wir dem Wähler mit dem hier vorliegenden Haushalt, der kein Wahlhaushalt ist, am 14. Juni gegenübertreten können, mit der Bitte um weiteres Vertrauen, mit der Bitte um zusätzliches Vertrauen, mit der Bitte, diesem Lande seine klare Führung zu belassen, damit dieses Land seinen Beitrag leisten kann — für den Bund, in der deutschen Innenpolitik — und damit in diesem Lande die vielfachen Impulse aufgenommen werden, die es weiterzugeben gilt — in den Universitäten und in den Fabriken, in den Schulen und in den Büros, die vielfachen Impulse, für die die Politik nur Dienerin zu sein hat.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat nunmehr Herr Kollege Dr. Lange von der Fraktion der FDP.

**Dr. Lange** (FDP): Ich möchte die Schlußworte meines Kollegen Rau nicht als den Appell und die Bitte an die Wählerschaft gewertet wissen, der sozialdemokratischen Fraktion nunmehr die absolute Mehrheit zu verschaffen und ihr damit die gewünschte Absolution zu erteilen.

(Zuruf von der CDU: Das hat er aber gemeint! — Weitere Zurufe von der CDU)

— Wir wollen keine Motiv- und Seelenforschung betreiben, wie er es gemeint hat. Ich sage nur, wie ich es nicht meinen kann.

Dem Kollegen Lenz aber muß ich sagen, daß mir bei einer seiner Passagen eine alte Volksweisheit eingefallen ist: „Wie der Schelm denkt, so ist er." Das war in folgendem Zusammenhang, Herr Kollege Lenz: Sie sprachen das vielleicht nicht ganz böse gemeinte — Wort von der mitbestimmten FDP. Hier muß ich Sie daran erinnern: Welche Rolle haben Sie denn dieser FDP zugedacht, als wir damals mit 86 und 15 Abgeordneten zusammen 101 waren? Das war doch wohl weniger mitbestimmt als mitbestimmend; denn ohne diese 15 und ihre Zusage — aus einer Wahlaussage resultierend — wäre es gar nicht möglich gewesen, damals den Ministerpräsidenten Meyers erneut im Amt zu bestätigen. Sie sollten also der FDP eine solche Rolle weder damals noch heute anhängen. Auch die Differenz zwischen 99 und 100 oder 101 kann unendlich weit sein. Ich erinnere an die Diskussion bei der Installierung der Regierung von Franz Meyers plus Willi Weyer. Es kommt nur darauf an, wie man selbst diese 101 oder diese kleine Strecke im Verhältnis zu 99 einschätzt.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind nicht so vermessen, in einer Regierung, in der der eine Partner 99 und der andere 15 Abgeordnete stellt, die Alleinbestimmungsfunktion ausüben zu wollen. Da kann man in der Tat nur mitberaten und mitbestimmen.

Aber, Herr Kollege Lenz, Sie haben den Ministerpräsidenten gefragt, wo denn die Diskussion über die Mitbestimmung sei, und in diesem Zusammenhang sind Sie auf uns gekommen. In der ersten Lesung war ich es ja, der dieses Thema sicherlich nicht nur zur Freude unseres Koalitionspartners — ich habe ja Zwischenrufe und Bemerkungen bekommen — angesprochen hat. Wir sind bereit, zu jeder Stunde diese Diskussion aufzunehmen, um so mehr, als ja jetzt das Biedenkopf-Gutachten dazu eine neue Basis und für den einen oder anderen neue Erkenntnisse liefern wird.

Aber vielleicht, Herr Kollege Lenz, war Ihr Gedanke von dem Mitbestimmen und Mitbestimmtsein auch etwas von dem Bilde des Mitfliegens beeinflußt. Darin waren Sie ja einmal verstrickt: als Kopilot. Aber da war der Schleudersitz eingebaut, und so sind Sie geflogen. Das Bestimmen ist also



(A) **Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist, Herr Kollege Meyers, wenn wir einen Antrag so kurzfristig vorgelegt bekommen, in der Tat schwierig, so daß Gespräche interfraktionell kaum noch möglich sind. Mir liegt daran, Ihnen zu sagen, daß ich es mir heute morgen nicht leicht gemacht habe, und ich habe nicht auf den Antrag abgehoben, sondern auf die allgemeinen Bemerkungen, die Herr Kollege Lenz zu diesem Thema gemacht hat. Ich habe mich am 28. Dezember vergangenen Jahres mit einem ausführlichen und, wie ich hoffe, nicht ganz substanzlosen Brief an Herrn Bundesminister Leussink gewandt und ihn gebeten, die Entwicklung von Schmehausen so zu fördern, wie Sie das hier soeben dargestellt haben; denn ich glaube in der Tat, hier geht es nicht um CDU noch SPD noch FDP, sondern hier geht es um eine landes-, bundes- und wissenschaftspolitisch hervorragende Sache.

Etwa am 10. Januar hat mich dann Herr Leussink angerufen und mir über den Stand der Verhandlungen mit der Landesregierung und der Gruppe Brown, Boveri & Krupp berichtet. Seine Meinung war die, daß es einer Finanzhilfe des Landes in einer bestimmten Phase der Verhandlungen noch bedürfen könne. Genaues konnte er seinerzeit darüber nicht sagen. Ich habe die Landesregierung von diesen Gesprächen unterrichtet, und ich bin bisher davon ausgegangen, daß die Landesregierung zu dem Zeitpunkt, zu dem eine Summe bis zu 800 Millionen DMark benötigt wird, diese Mittel auf jeden Fall bereitstellt, sei es, auch überplanmäßig.

(B) Für mich ist es die Frage, ob wir der Sache im gegenwärtigen Stand der Verhandlungen dadurch dienen, wenn wir jetzt eine konkrete Summe in den Haushalt einsetzen. Nach dem jetzigen Stand meiner Erkenntnisse möchte ich davon abraten. Andererseits würde ich aber diesen Antrag nicht gern ablehnen. Das sage ich Ihnen ebenso offen.

Es ist eine andere Frage, ob wir uns nicht dahingehend verständigen könnten, die Landesregierung zu bitten, die entsprechenden Mittel dann über den Haushalts- und Finanzausschuß bereitzustellen — falls das noch vor dem Ende dieses Haushaltsjahres 1970 ist —, sobald die Zwischenfinanzierung dieses Projekts ansteht, um jetzt die Verhandlungen nicht in einer Weise zu erschweren, die möglicherweise den Anteil des Landes höher fixiert, als er sein müßte.

Ich glaube, wir sind uns in der Sache so einig, und die wissenschaftspolitische Entwicklung — vor allen Dingen die Bewertung der beiden Systeme: Schnelle Brüter und Kugelhaufenreaktor — ist so eindeutig und erkennbar zugunsten des Kugelhaufenreaktors gelaufen, wie wir das alle nicht vermutet hätten, als wir vor zehn Jahren damit anfingen. Deshalb gibt es hier keinen Dissensus.

Um nun aber auch nicht den Anschein eines solchen Dissensus aufkommen zu lassen, wäre es mir lieb, wenn wir die Verhandlungen nicht dadurch präjudizierten und möglicherweise gar erschwerten, daß wir jetzt die 80 Millionen DMark bereitstellen oder ihre Bereitstellung verweigern, sondern wenn wir uns darauf einigen könnten, daß Mittel, falls sie vor Ablauf des Haushaltsjahres 1970 benötigt werden sollten, bis zur Höhe von 80 Millionen DMark überplanmäßig bereitgestellt werden.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir uns darauf verständigen könnten, statt jetzt den möglichen Verhandlungsspielraum durch einen konkreten Antrag einzugrenzen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lenz von der Fraktion der CDU:

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Ausführungen des Herrn Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr überzeugt hätten, dann würde ich aus meiner Sicht sagen, wir sollten jetzt das tun, was der Kollege Rau vorgeschlagen hat. Die Ausführungen des Herrn Ministers haben aber nicht überzeugt.

Es handelt sich um ein Objekt, das nach meiner Schätzung etwa zwischen 500 und 750 Millionen DMark kosten wird; die Kosten werden mindestens in der Mitte zwischen den beiden genannten Zahlen liegen. Mir ist bekannt, daß bis zur Stunde eine Finanzierungslücke vorhanden ist. Was Sie, Herr Kollege Rau, sagten, gab den Stand vom Januar wieder, was ich anführe, entspricht dem Stand vom Februar, also von diesem Monat.

Mir ist bekannt, daß der Bund, vertreten durch den zuständigen Ressortminister, das Land gebeten hat, die Zusage zu geben. Nun gehen wir als Opposition hin und sagen, wir möchten der Regierung wegen der enormen Bedeutung des Projekts die Mittel an die Hand geben. Daß die Mittel erst dann verwendet werden, wenn sie fällig bzw. nötig werden, ist selbstverständlich. Ich bin aber der Meinung, wir sollten damit demonstrieren, daß wir an dem Projekt und an seiner zügigen, schnellen Verwirklichung interessiert sind. Wir sollten damit demonstrieren, daß wir uns dieses Projekt nicht von irgendeinem anderen ausländischen Staat abjagen lassen wollen, sondern daß wir für das Ruhrgebiet damit einen neuen Weg zu beschreiten beabsichtigen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist uns daran gelegen, meine Damen und Herren, daß wir die Mittel ganz demonstrativ bereitstellen. Es geht also nicht nur darum, eine außerplanmäßige Ausgabe vorzusehen, falls sie erforderlich ist, sondern es handelt sich um ein Ja zum Projekt, um ein Ja zur Idee, dieser zukunftsweisenden Idee; unter Umständen wird das Land auch noch im Wege einer Bürgschaft in Anspruch genommen werden müssen. Wenn wir hierzu aber dem Grunde nach ja sagen, sagen wir inzidenter auch zur Idee einer eventuell notwendig werdenden Bürgschaft ja.

Deshalb bitte ich darum, unseren Antrag als existent anzusehen und darüber abzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lange von der Fraktion der FDP.

**Dr. Lange** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich bei der Gesamtbetrachtung des Haushalts bereits zweimal zu diesem Projekt geäußert und habe während der ersten Lesung schon darauf hingewiesen, daß die Zeit drängt und wir

(A) Aber ich glaube, noch einmal das sagen zu sollen: Eine solche Entscheidung, bei der mehr als eine halbe Milliarde öffentlicher Mittel in die Hand zu nehmen sind, sollte wohl erwogen sein. Es ist bisher auch nicht des Landes der Brauch gewesen, daß man Einzelheiten solcher Art durch einen Parlamentsbeschluß festlegt. Ich möchte Ihnen also nach pflichtgemäßer Überlegung empfehlen: Sie sollten davon Abstand nehmen! Das würde der Sache dienen! Der Schulten-Reaktor wird dadurch in keiner Weise verzögert werden.

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat der Herr Finanzminister.

**Wertz,** Finanzminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte feststellen und/oder bekräftigen, daß dieses Vorhaben in die Planungen der Landesregierung für die kommenden Jahre eingegangen ist, also Gegenstand dieser Planung ist; zweitens, daß aller Voraussicht nach weder in diesem Jahr noch mit größter Wahrscheinlichkeit im nächsten Jahr Mittel benötigt werden. Und deshalb darf ich — die Hinweise von Herrn Kollegen Kassmann aufgreifend — vorschlagen, daß wir im Antrag Drucks. Nr. 1814 die Worte „Der Titel wird mit 80 Millionen DMark angesetzt" streichen und statt dessen schreiben: „Mit Zustimmung des Finanzministers dürfen Verpflichtungen zu Lasten künftiger Rechnungsjahre eingegangen werden."

Wir brauchen nicht mehr als eine Bindungsermächtigung, um eine Verpflichtungserklärung abzugeben, denn wahrscheinlich wird ein akuter Mittelbedarf erst im Jahre 1972 eintreten. Sollte er im (B) Jahre 1971 eintreten, wird sich das im Laufe dieses Jahres herausstellen. Für dieses Jahr brauchen wir bestenfalls eine solche Bindungsermächtigung.

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau.

**Johannes Rau,** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem der Wirtschaftsminister und der Finanzminister Erklärungen abgegeben haben und nachdem sichergestellt ist, daß niemand daran denkt, die entstehende Finanzierungslücke nicht durch das Land zu decken, würde ich es für eine Erschwerung der Verhandlungen halten — angesichts der Tatsache, daß Mittel frühestens 1972 benötigt werden —, wenn wir die Höhe der Mittel bereits in den Haushalt einsetzten. Ich bitte Sie sehr herzlich, den Satz „Der Titel wird mit 80 Millionen DMark angesetzt" zu streichen und einen Leertitel mit der Erklärung auszubringen, daß mit Zustimmung des Finanzministers Mittel in Anspruch genommen werden können. Ich glaube, dann ist der Sache und dem Lande gedient.

Ich bitte, daß wir uns dann zusätzlich dahin verständigen, daß in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses die Landesregierung genauen Bericht über den neuesten Stand der Verhandlungen gibt. Wir würden dann, wenn Schwierigkeiten entstehen, uns eine gemeinsame Initiative vorbehalten können.

Ich selber habe nach meinen Gesprächen sowohl mit der Landes- als auch mit der Bundesregierung den Eindruck, daß in der Frage der Finanzierung noch eine Reihe von Gesprächen nötig und nützlich sind und fände es nicht gut, wenn wir hier durch eine bestimmte Summe ein Präjudiz schafften. Wenn wir uns darauf verständigen könnten, hätten wir, glaube ich, deutlich gemacht, daß alle Fraktionen dieses Hauses die Forderung des Kugelhaufenreaktors so schnell und so intensiv wie möglich mit dem Standort Schmehausen wünschen. Wir hätten der Kohlefraktion eine Kernenergiefraktion hinzugefügt, die dem Rechnung trägt, was dieses Land in den nächsten Jahren braucht.

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

**Kühn,** Ministerpräsident: Meine Damen und Herren, ich bitte sehr um Entschuldigung, daß ich an der Debatte nicht habe teilnehmen können, aber ich glaube, der Vorschlag, der vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion gemacht worden ist, wäre akzeptabel, Herr Kollege Meyers, ich bin vollends mit Ihnen einverstanden. Schmehausen muß Wirklichkeit werden. Darin sind wir uns einig. Aber ich glaube, daß man - jetzt will ich einmal eine Klammerbemerkung machen — da über manches auch noch mit dem Bund wird reden müssen. Ich würde mich dabei nicht so auf 80 Millionen DMark festlegen. Da wir das ohnehin in diesem Haushalt nicht mehr ausgeben müssen, wäre eine Verpflichtung für uns völlig ausreichend — vor allem, wenn die drei Fraktionen geschlossen dahinterstehen, und dies scheint doch der Fall zu sein. Wir würden das Objekt sichern und in dem Maße des finanziell Notwendigen auch sofort die Finanzmittel überplanmäßig mobilisieren können. Ich glaube nicht, daß dies bereits im Jahre 1970 der Fall sein muß. Aber — ich habe noch einen Teil Ihrer Begründung gehört — ich glaube, daß es zur Sicherung des Objekts Schmehausen notwendig ist, daß wir dem Bund gegenüber ein verpflichtendes Engagement eingehen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lange.

(Dr. Lange [FDP]: Es hat sich erledigt durch den Beitrag des Kollegen Rau!)

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lenz.

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht uns darum, daß das Projekt nicht verzögert wird. Es geht uns darum, daß dann, wenn begonnen werden kann, auch begonnen wird. Wir sind darüber informiert, daß in der Landesregierung Meinungsverschiedenheiten bestehen. Das ist für uns der Hintergrund, warum wir das stipuliert haben wollen, warum wir das im Gesetz, im Haushaltsgesetz oder in einer ähnlichen Form gesetzlich abgesichert haben wollen, damit keine Verzögerung eintritt.

Wir sind weiter darüber informiert, daß eine Finanzierungslücke im Projekt besteht und daß diese Finanzierungslücke vor allem auch deshalb besteht, weil sich das Land bisher nicht bereit erklärt hat, finanziell einzusteigen. Nach dem, was wir nun hören, scheint sich das inzwischen geändert zu haben. Diese Änderung wird sich wahrscheinlich in der gestrigen Kabinettssitzung ergeben haben.

(A)

(Heiterkeit — Dr. Meyers [CDU]: Das ist eine nicht gerechtfertigte Unterstellung! — Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist mir also noch nicht klar.

(Zurufe)

**Wertz,** Finanzminister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Erläuterungen zu Titelgruppe 62 unter der Ziff. 2 des Antrags Drucks. Nr. 1814 müssen angepaßt werden. Das kann ich nicht hier aus dem Stegreif machen. Wir bitten um die Ermächtigung — —

(Johannes Rau [SPD]: Sie müssen gestrichen werden!)

— Man kann sie auch streichen. Das kann man auch, wenn Sie damit einverstanden sind.

(Johannes Rau [SPD]: Das sind wir! Ist erledigt, gestrichen!)

— Wenn Sie einverstanden sind, ist das ein Weg.

**Präsident van Nes Ziegler:** Also so, wie ich gesagt habe: werden gestrichen!

(Heiterkeit)

Es war also doch gut, daß wir noch einmal rückgefragt haben.

Jetzt frage ich, ob weiter das Wort gewünscht wird? — Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beratung über beide Gesetzentwürfe geschlossen.

(B) Wir kommen nun zu getrennten Abstimmungen. Ich lasse zuerst über den Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes abstimmen.

(Johannes Rau [SPD]: Ist der Volkshochschulantrag schon erledigt?)

Es ist ja alles hier begründet worden. Ich habe eben gefragt, ob jemand das Wort haben möchte, und es hat sich keiner gemeldet.

(Johannes Rau [SPD]: Der Antrag Volkshochschulen!)

— Dann eröffne ich die Beratung erneut.

(Zurufe)

Das Wort hat Herr Abg. Rau. — Vor lauter „Reaktor" kommt man nicht zu den anderen Sachen!

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Wenn man vor lauter Reaktoren nicht dazu kommt, richtig zu reagieren, dann muß man um Entschuldigung bitten. Ich bitte um Verzeihung, daß ich nicht beachtet habe, daß der Antrag der CDU-Fraktion, die Mittel für die Erwachsenenbildung und die Volkshochschulen um eine Million DMark zu erhöhen, hier nicht ausdrücklich noch einmal begründet worden ist.

Dieser Antrag ist ja inzwischen wenn nicht in die Landesgeschichte, so doch in die Parlamentsgeschichte eingegangen, weil er der erste und einzige Antrag bisher war, zu dem ein Hammelsprung nötig wurde. Nun will ich nicht sagen, daß wir damals Schafe gewesen wären, weil wir durch die rechte Tür gegangen sind. Aber ich möchte doch einen Beitrag zum Thema insofern leisten, als ich gern die CDU Lügen strafen möchte mit der Aussage, wir lehnten immer alle Anträge ab.

Wir haben uns nach der Debatte in der zweiten Lesung in der Fraktion und im Arbeitskreis mit dem Problem der Erwachsenenbildung noch einmal beschäftigt und sind zu der Feststellung gekommen, daß die im Haushaltsgesetz vorgesehenen 25 Prozent des vom Land anerkannten rechnungsmäßigen Fehlbedarfs in der Tat so, wie Frau Kollegin Hölters und andere hier ausgeführt haben, nicht voll erreicht worden sind, sondern zum Teil nur zwischen 11 und 13 Prozent lagen. Da nicht nur im Himmel mehr Freude ist über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte, sondern über 99 Zustimmungen sicher auch in diesem Landtag, haben wir Gespräche mit der Landesregierung geführt, die uns zu zwei Erkenntnissen geführt haben: Die von der CDU beantragte eine Million DMark, die von uns fälschlicher- und irrtümlicherweise abgelehnt worden ist

(Heiterkeit)

— warum soll man so etwas nicht einmal sagen? —, ist noch zu wenig. Und weil sie noch zu wenig ist, darum bitten wir zur Kenntnis zu nehmen, daß die Landesregierung uns zugesagt hat, sie werde gewährleisten, daß ihr Zuschuß in der Zukunft bemessen wird nach einer 25prozentigen Beteiligung an den Eigenleistungen der Träger, die nach den durchschnittlichen angemessenen Kosten aller Volkshochschulen ermittelt werden. Die damit entstehenden Mehrkosten werden sicher mehr als eine Million DMark, sicher aber diese eine Million DMark, betragen.

Wir sind in der SPD-Fraktion zu der Überzeugung gekommen, daß wir unsere Entscheidung aus der zweiten Lesung korrigieren müssen. Wir werden dementsprechend dem Antrag zustimmen. Mir lag daran, daß wir dies nicht klammheimlich machen, sondern daß wir dies offen sagen, daß wir uns in dieser Sache geirrt haben und deshalb unsere Entscheidung korrigieren.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich frage erneut: Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beratung über beide Gesetzentwürfe geschlossen.

Wir kommen also jetzt zu getrennten Abstimmungen. Ich lasse zuerst abstimmen über den Entwurf des **Finanzausgleichsgesetzes.** Wer dem Gesetzentwurf **entsprechend dem Ausschußantrag Drucks. Nr. 1795,** und zwar **mit dem Zusatz,** den der Herr Berichterstatter in seinem Bericht gegeben hat, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr! Die Gegenprobe. — Stimmenthaltung. — Der Gesetzentwurf ist in dritter Lesung bei zwei Stimmenthaltungen einstimmig **verabschiedet.**

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Entwurf des Haushaltsgesetzes. Ich lasse zuerst abstimmen über die Abänderungsanträge der CDU-Fraktion.

**Drucks. Nr. 1813, Antrag der Fraktion der CDU.** Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe. — Stimmenthaltung. — Der Antrag ist einstimmig **angenommen.**

(Mader [FDP])

(A) Regelung nicht enthalten ist. Ich meine vielmehr, daß sie zu einer gut funktionierenden Hochschule führt.

(Beifall)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächster spricht Abg. Rau.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich will keine langen Ausführungen machen; das sage ich gleich zu Anfang. Ich weiß, daß Sie das bedauern.

(Heiterkeit)

Ein paar Dinge sollten aber zur Klärung noch dargestellt werden.

Herr Kollege Brüggemann, Sie haben soeben ein paar Zensuren verteilt; Sie haben dem Herrn Ministerpräsidenten gesagt,

(Dr. Brüggemann (Bochum) [CDU]: Zurückgegeben!)

wo er in Form war, wo er nicht zur alten Form aufgelaufen sei usw. Sie haben manchen doppelten Boden nicht entdeckt, auf dem Sie selber standen. Sie haben nicht wahrgenommen, daß Sie bei der Darstellung der Leistungen früherer Regierungen in der Hochschulgründung einen Knick in der Logik hatten und nach zweierlei Maß gemessen haben.

Sie haben nicht beachtet und nicht bedacht, daß Sie auf der einen Seite der Regierung den Vorwurf machen, daß sie nur Beschlüsse bekanntgebe, statt Mittel bereitzustellen, daß Sie auf der anderen Seite sich auf Beschlüsse früherer Regierungen beziehen, (B) bei denen wiederum keine Mittel bereitgestellt wurden. Das mußten wir dann wieder nachträglich tun.

(Beifall bei der SPD)

Die Universität Düsseldorf, Herr Kollege Brüggemann, ist auf die originellste Art in der Parlamentsgeschichte gegründet worden, die es je gegeben hat. Das hatte der damalige Kultusminister Mikat entdeckt. Er schlug nämlich vor, im Einzelplan 05 bei dem zuständigen Kapitel die Überschrift zu ändern und erklärte: das sei rechtssystematisch eine Universitätsgründung. So ist das damals gewesen.

Sie müssen also, wenn Sie diesen Knick aus der Logik heraushaben wollen, mit einem Maße messen. Sie müssen dann vergleichen: Welche Regierung hat was beschlossen, welche Regierung hat welche Beträge in ihre Entwürfe eingestellt und welche Parlamente haben das mit welchen Mehrheiten bewilligt?

Wenn Sie das tun, Herr Kollege Brüggemann, werden Sie feststellen, daß die von dieser Regierung und ihren Koalitionsfraktionen zur Verfügung gestellten Mittel für den Hochschulbereich nie höher waren als in eben diesen Jahren, die jetzt zur Debatte stehen. Sie werden erleben, daß wir auch die Mittel für die von der Regierung angekündigten neuen Hochschulen zeitgerecht und ausreichend zur Verfügung stellen werden.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite, worauf ich noch einmal mit einigen Sätzen eingehen möchte, betrifft die Legenden, die Sie, Herr Kollege Brüggemann, hier zerstören wollten.

Ich habe den Eindruck, daß Sie Legenden zerstören, die wir gar nicht gebildet haben, obwohl Sie wissen, schon aus der Formgeschichte des Alten Testaments, daß es durchaus auch Sagen gibt, die Wahrheitsgehalte haben. Und über diese Wahrheitsgehalte sollten wir miteinander reden.

Wir haben in der Tat nicht angenommen, daß Sie dem Gesetzentwurf zustimmen würden. Und der Ministerpräsident hat einiges gesagt über die Gründe, die nach unserer Meinung zu dieser Ablehnung führen. Aber ich unterstelle, daß auch das, was Sie heute morgen vorgetragen haben, an Vorbehalten zu diesem Gesetz, zu den Gründen gehört, warum Sie heute in zweiter und dritter Lesung dem Gesetzentwurf nicht zustimmen wollen.

Aber nun erlauben Sie mir, daß ich meinerseits den Versuch mache, noch ein paar Legenden zu zerstören, die Sie, Herr Kollege Brüggemann, hier heute morgen und heute nachmittag aufgebaut haben und von denen ich glaube, daß wir sie gar nicht erst zum Leben bringen sollten.

Die erste Begründung ist die, daß die Sozialdemokraten offenbar im Augenblick in der großen Gefahr wären — vor der Sie uns warnen —, von den Jungsozialisten unterwandert und „jugoslawisiert" zu werden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Kollege Brüggemann, keine Sorge; das kriegen wir hin, und zwar auf folgende Weise.

(Zurufe von der CDU)

Nicht dadurch, daß wir Sitzungstermine vorverlegen oder bis in die Nacht ausdehnen, wenn nur noch die Jungen wach sind und die Alten schon nach Hause gehen,

(Zuruf von der CDU: oder umgekehrt!)

sondern indem wir die Solidarität mit diesen unseren politischen Freunden aus der jungen Generation aufrechterhalten und aus dieser Solidarität heraus da widersprechen, wo von diesen Jungsozialisten oder von wem auch immer Formulierungen und Inhalte vertreten werden, die dem Godesberger Programm widerstehen. An dieser Stelle widersprechen wir, und auf der anderen Seite integrieren wir diese jungen Menschen so gut wie nur möglich in unsere Partei, weil wir der Auffassung sind, daß es für jede demokratische Partei gut ist, wenn sie ihre eigene Unruhe in sich selber und nicht draußen hat.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sind wir bereit, eben jenen Preis zu zahlen, der auf uns zukommt, so daß man uns weder an den Leistungen unserer Regierungen noch an programmatischen Äußerungen unserer Partei mißt, sondern daß man den Umweg in die Apokryphen geht und Jungsozialisten aus Mainz, Wiesbaden, Münster, Höxter oder wo auch immer zitiert, aufbaut — —

(Dr. Brüggemann (Bochum) [CDU]: Kongreßpapier!)

— Natürlich, Kongreßpapier. Aber stellen Sie sich einmal vor, Herr Brüggemann, daß wir Sie an allen Äußerungen des RCDS-Vorsitzenden Simon oder Herrn Lenz, Herrn Dufhues, Herrn Köppler an den Äußerungen des — beinahe hätte ich jetzt gesagt: des Freundes; ich weiß gar nicht, was er ist — In-

(A) timfeindes Rubin, des Vorsitzenden des Freundeskreises der CSU in Köln, messen würden?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

— Sie wissen, mit Halbedelsteinen ist das in der Politik eine schwierige Sache.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU)

Mir geht es nur darum, daß wir einander darauf aufmerksam machen, wo außerhalb und innerhalb des Lagers kritische Stimmen sind, daß wir aber die Politik des jeweiligen Partners oder Gegners nicht von Apokryphen ableiten, sondern von Programmen und Leistungen oder von Versäumnissen. Wenn wir uns darauf verständigen, habe ich gute Zuversicht, daß für Sie die Jungsozialisten auch gute, wichtige und ernst zu nehmende Gesprächspartner werden und nicht nur als Knüppel angesehen werden, mit denen man auf dem Gegner herumhaut. Das ist dann nicht mehr nötig.

Zweite Legende! Die zweite Legende ist die, daß wir hier ein schreckliches Gesetzeswerk mit schlimmen Paritäten verabschieden, das sogar noch hinter dem Berliner Gesetz, das dann auf einmal gelobt wird, zurücksteht. Das kann man nicht verstehen; das muß man glauben, Herr Kollege Brüggemann. Sehen Sie, das Berliner Gesetz, das Sie uns freundlich anempfohlen haben, dieses Berliner Gesetz, das übrigens bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt funktioniert —

(Zuruf von der CDU: Das muß man abwarten!)

(B) — Das muß man abwarten, wie man alles im Bereich der Universitäten abwarten muß. Der Herr Ministerpräsident hatte darauf hingewiesen,

(Dr. Lenz [CDU]: dritte Lesung!)

daß wir hier in einem langen Entwicklungsprozeß stehen. Dieses Berliner Gesetz, das Sie uns empfohlen haben, ist im Abgeordnetenhaus von Berlin mit überwältigender Mehrheit angenommen worden, mit 77 gegen zwei Stimmen. Aber es war die CDU nicht drin; sie war 'rausgegangen, weil sie das Gesetz so abscheulich fand,

(Heiterkeit bei der SPD)

und das kriegen wir jetzt empfohlen.

(Dr. Brüggemann (Bochum) [CDU]: Das habe ich nicht empfohlen! — Pürsten [CDU]: Nicht zu sehr vereinfachen!)

— Daß die 'rausgegangen sind, war eine schreckliche Vereinfachung; die hätten mitarbeiten müssen, wie Sie das hier gemacht haben.

(Dr. Brüggemann (Bochum) [CDU]: Ich habe nur auf die veränderten Beteiligungsverhältnisse hingewiesen; das wissen Sie genau. Sie brauchen nur einen schönen Schluß!)

— Herr Kollege Brüggemann, keine Legenden! Deshalb auch die nächste Legende noch beiseite. Es ist die Legende, die wahrscheinlich in den nächsten drei Monaten in den Rednerdiensten steht; hoffentlich kommt sie von dort nicht in die Reden. Es ist die, daß die Koalition ein Hochschulgesetz durchgepeitscht hat. Wer allein die heutige Diskussion verfolgt hat, konnte nicht den Eindruck gewinnen, daß gepeitscht worden ist. Hier ist argumentiert worden; hier ist erwogen worden; hier sind unterschiedliche Positionen beschrieben worden. Da kann von Durchpeitschen keine Rede sein. — Bitte, Frau Kollegin Dr. Wasmuth.

(Frau Dr. Wasmuht [CDU]: Es ist abgelehnt worden.)

— Das kommt noch. Erst müssen wir alles durchsprechen und dann abstimmen, und ich habe in der Tat die Sorge, daß Sie ablehnen werden. Aber, meine Damen und Herren, mir geht es darum, daß nicht die Legende entsteht, hier wäre durchgepeitscht worden.

(Zuruf bei der CDU: Fünf Tage haben wir den Entwurf erst!)

— Es ist sicher bei Ihnen so wie bei uns, Herr Kollege. Auch Sie werden sich im Laufe dieser anderthalb Jahre in jeder Fraktionssitzung einen kurzen Bericht von Ihren Experten haben geben lassen. Wenn ich Ihre Fraktionsarbeit richtig kenne, dann waren Sie auf dem laufenden. Bei uns war es jedenfalls so.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Nun lassen Sie mich etwas zu der vom Herrn Kollegen Brüggemann erwähnten angeblichen Legende sagen, die CDU und mit ihr der Kollege Brüggemann seien ausgesprochen konservativ. Zum Umgang der Konservativen und der Progressiven miteinander gehört mitunter, daß die Konservativen sich unter Bezugnahme auf die Vokabeln, die sie auch sonst benutzen, für progressiv halten und umgekehrt. Es kann auch vorkommen, daß die Progressiven in Wirklichkeit konservativ sind. Ich kenne Beispiele dafür.

(Zuruf bei der CDU)

— Das gibt es auch in der SPD. Wir sind eine breite Volkspartei.

(Zuruf bei der CDU: Dürfen Sie das sagen?)

— Natürlich darf ich das sagen. Wir haben Redefreiheit. — Aber in der Tat, Herr Kollege Brüggemann, glaube ich, daß weniger aus manchem Ihrer Anträge als aus vielem, was Sie heute morgen gesagt haben — und es war wohlbedacht — eine nach unserer Auffassung und unserem hochschulpolitischen Ermessen konservative Haltung gegenüber den Universitäten und den Hochschulen spricht.

(Dr. Brüggemann (Bochum) [CDU]: Darum hat der Ministerpräsident auch manchen Passagen zugestimmt!)

— Ich habe auch ausdrücklich von manchem gesprochen, was Sie gesagt haben. Niemand ist völlig einheitlich. Bei jedem gibt es positive und negative, konservative und progressive Akzente. In manchen Bereichen bin auch ich konservativ, weil ich meine, daß es etwas zu bewahren gelte, was sich bewährt hat. Wir können miteinander erörtern, wo das der Fall ist. Herr Kollege Brüggemann, wenn Sie Ihre Rede nachlesen — und wir werden sie noch oft miteinander diskutieren —, dann werden Sie die gleiche Feststellung machen.





(A) Nun lassen Sie mich eine abschließende Bemerkung machen.

(Dr. Lenz [CDU]: Sehr gut!)

— Herr Kollege Lenz, ich habe die feste Hoffnung, daß ich von Ihnen noch viele abschließende Bemerkungen als Fraktionsvorsitzenden hören werde. Das ist mein herzlicher Wunsch für die nächste Wahlperiode.

(Zustimmung bei der SPD)

Von uns sind Sie nominiert. — Meine abschließende Bemerkung bezieht sich nicht auf den Gesetzentwurf. Wir haben einen Plenarraum, in dem man wegen der Lampen oft mehr Transpiration als Inspiration wahrnimmt. Dieser Raum hat außerdem den Nachteil, daß er keine Fenster hat. Hätte er Fenster, dann hätten wir beobachten können, was wir so nur bei gelegentlichem Verlassen des Plenarsaales bemerken konnten, daß nämlich viele Studenten nach Düsseldorf gekommen sind, um zu protestieren und zu demonstrieren.

(Dr. Lange [FDP]: Zur Bildungskirmesfeier!)

Ich habe dem, was Herr Kollege Mader über die Berechtigung der Demonstrationen gesagt hat, nichts hinzuzufügen. Ich glaube, das ganze Haus ist der Meinung, daß Demonstrationen ein legales Mittel der Politik sind, um Argumente zu Gehör zu bringen. Nachdem ich dies gesagt habe, möchte ich daran zwei Bemerkungen anschließen.

Ich habe die große Sorge, die nicht nur aus den Transparenten spricht, sondern auch aus manchem, was soeben an Gesprächen geführt worden ist, daß
(B) eine Fülle von Studenten hierher gekommen ist auf Grund von Teach-ins, Go-ins und ähnlichen „ins" in den einzelnen Städten unseres Landes, ohne zu wissen, welcher Stoff hier heute behandelt wird und ohne sich bemüht zu haben, das zu erfahren. Ich halte das für eine bedenkliche Sache, weil ich fürchte, es kann sich in der Landes-, in der Bundes- und gelegentlich auch in der Kommunalpolitik eine Art Demonstrationstourismus entwickeln,

(Heiterkeit)

eine Verwandlung von Semestern in Protestsaisons, die dem berechtigten politischen Mittel Abbruch tut. Das bedauere ich, weil ich für das Recht auf Demonstrationen eintrete.

Deshalb möchte ich eins hinzufügen. Diese Demonstrationen sind nur geordnet durchzuhalten, weil wir eine so vorbildliche Polizei gerade auch heute um den Landtag haben.

(Beifall in allen Fraktionen)

Ich meine, dafür sollten wir ein Wort des Dankes sagen. Wenn man das eben am Fenster sah, wie die Demonstranten zum Teil versuchten, die Gitter mindestens akustisch zu mißbrauchen, wenn nicht zu entfernen, und wenn man dann die gleichaltrigen Polizisten sah, die das ansehen mußten und die aus wohlerwogenen Gründen nicht eingreifen sollten und nicht eingreifen durften, dann ist man der Meinung, man sollte auch im Plenum ein Wort des Dankes an alle disziplinierten Demonstranten und ein Wort des Dankes an alle disziplinierten Polizeibeamten sagen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

In dieses Wort des Dankes möchte ich ausdrücklich Herrn Kollegen Ostmeyer einschließen. Wir haben es außerordentlich bedauert, daß Sie ein Opfer dieser Demonstration, mindestens partiell, geworden sind. Wir sind sicher, Sie haben keinen Schaden davongetragen; wir haben ja alle ein dickes Fell. Aber ich wollte hier ausdrücken, daß uns das leid tut, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, welches Gesetz auch immer wir beschließen oder beschlössen, wir werden der Unruhe damit nicht Herr; denn diese Unruhe an den Hochschulen ist etwas, womit wir leben müssen und womit wir leben sollten, ohne dabei in Resignation zu verfallen. Für uns wird jede Unruhe, für uns wird aber auch jedes Argument ein neuer Ansporn sein, die Hochschulpolitik weiter als Gesellschaftspolitik zu sehen, den Universitäten und den Hochschulen unsere besondere Aufmerksamkeit zu widmen, allen radikalen und totalitären Strömungen zu widerstehen und jeden Versuch zu machen, soviel Reform wie möglich in den kommenden zehn Jahren an den Hochschulen und an den Schulen unseres Landes durchzusetzen, damit es um die Forschung und Lehre besser steht als heute.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Beratung zur zweiten Lesung geschlossen, und wir kommen zur **Abstimmung.** Ich lasse zuerst über den Ihnen vorliegenden **Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache Nr. 1866,** abstimmen.

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das letztere war die Mehrheit. Der Änderungsantrag ist **abgelehnt.**

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Gesetzentwurf **in zweiter Lesung.** Wer dem Gesetzentwurf **entsprechend dem Ausschußantrag Drucksache Nr. 1854** unter Berücksichtigung der vom Herrn Berichterstatter vorgetragenen **Ergänzungen** in § 15 Abs. 6 Ziff. 3 und in § 20 Abs. 3 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das erste war die Mehrheit. Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung mit Mehrheit **angenommen.**

Ich rufe den Gesetzentwurf zur

**dritten Lesung**

auf und eröffne die Beratung. Das Wort hat Frau Abg. von Bergmann von der Fraktion der FDP.

**Frau von Bergmann** (FDP), Antragstellerin: Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! In einer Art Nachbarschaftshilfe möchten wir einen Antrag stellen, dem wir vorhin bei der zweiten Lesung nicht zustimmen durften, weil wir dadurch die dritte Lesung gefährdet hätten.

Sie wissen, meine Kollegen und Kolleginnen von der CDU, daß Sie unter anderem im Kulturausschuß einen Antrag gestellt hatten, dem Herr Mader und ich zugestimmt haben. Es handelte sich um den § 25.

(Frau von Bergmann [FDP])

(A) Wir bringen deshalb folgenden Antrag ein:

Der Landtag wolle beschließen:

§ 25 erhält folgende Fassung:

(1) Sind für Wahlen zu Hochschulorganen auf Grund dieses Gesetzes oder der Hochschulsatzung Mitgliedergruppen der Hochschule zuständig, so bedarf es zur Gültigkeit der Wahl in der jeweiligen Gruppe einer Wahlbeteiligung von mehr als 50% der stimmberechtigten Gruppenangehörigen.

Die Absätze 2 und 3 bleiben unverändert.

Ich bitte Sie, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD), Antragsteller: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der soeben von Frau Kollegin von Bergmann eingebrachte Antrag, den sie mit dem Stichwort Nachbarschaftshilfe versehen hat,

(Dr. Brüggemann (Bochum) [CDU]: Unser Antrag!)

— Ihr Antrag! — ist im Kulturausschuß abgelehnt worden. Die Mehrheit meiner Fraktion sieht sich nicht in der Lage, diesem Antrag zuzustimmen. Das heißt nicht, daß wir geschlossen gegen diesen Antrag stimmen.

(B) Ich hoffe, daß ein anderes Schicksal folgendem Antrag widerfahren wird, den ich im Auftrag der beiden Koalitionsfraktionen zur dritten Lesung stelle:

Der Landtag wolle beschließen:

In § 52 Abs. 1 werden die Worte „im Verhältnis 3:3:3:1" ersetzt durch die Worte: „im Verhältnis 4:2:3:1".

Ich kann mir eine ausführliche Begründung dieses Antrags ersparen. Sie ergibt sich aus den Beratungen im Kulturausschuß und aus dem, was der Herr Ministerpräsident bereits hier in der zweiten Lesung vorgetragen hat.

Ziel dieses Antrags — ich darf es noch einmal mit einem Satz darstellen — ist nicht, daß wir Streit mit der Assistentenkonferenz haben möchten; Ziel des Antrags ist vielmehr der Versuch, in den Paritäten zum verfassunggebenden Konvent der sich in den nächsten Jahren verändernden Personalstruktur an der Universität durch eine entsprechende Änderung eben der Paritäten Rechnung zu tragen.

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lenz von der Fraktion der CDU.

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie schnell der Wandel in unserer Zeit ist, mögen Sie an dem Antrag erkennen, den Frau Kollegin von Bergmann soeben gestellt hat. Diesen Antrag hat sie vorhin in der zweiten Lesung abgelehnt. Ich habe es gesehen; sie hat dagegen gestimmt. Es war nämlich unser Antrag, der in unserem Vorschlag mit enthalten war. Diesen Antrag hat sie in der zweiten Lesung abgelehnt.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Dr. Lenz, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. von Bergmann?

(Dr. Lenz [CDU]: Bitte sehr, gnädige Frau!)

— Bitte sehr!

**Frau von Bergmann** (FDP): Herr Dr. Lenz, ist Ihnen nicht bekannt, daß bei der Abstimmung im Kulturausschuß die FDP mit der CDU gestimmt hat, der Antrag aber durchfiel, weil die CDU-Fraktion leider nicht vollständig vertreten war?

(Heiterkeit — Beifall bei der FDP)

**Dr. Lenz** (CDU): Gnädige Frau, Sie haben uns so viele Abstimmungen in diesem Ausschuß aufgenötigt, daß die Anwesenheit aller — —.

(Heiterkeit)

Im übrigen wiederhole ich: Was in der zweiten Lesung von der FDP nicht bejaht worden ist, wird von ihr in der dritten Lesung begehrt. Wir stimmen diesem Antrag zu, weil es unser Antrag gewesen ist.

(Heiterkeit)

Bezüglich des Antrags der SPD und der FDP, das Zahlenverhältnis bei den Paritäten zu ändern, sind wir der Meinung, daß die Änderung auf 4:2:3:1 nicht ausreicht. Wir halten an unserer Auffassung fest, daß mindestens eine Relation 5:3 erforderlich wäre. Wir werden deshalb dem letztgenannten Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur **Abstimmung.**

Ich lasse zunächst über den **Antrag der Fraktion der FDP** zur dritten Lesung abstimmen, der folgenden Wortlaut hat — ich wiederhole ihn —:

Der Landtag wolle beschließen:

§ 25 erhält folgende Fassung:

(1) Sind für die Wahlen zu Hochschulorganen auf Grund dieses Gesetzes oder der Hochschulsatzung Mitgliedergruppen der Hochschule zuständig, bedarf es zur Gültigkeit der Wahl in der jeweiligen Gruppe einer Wahlbeteiligung von mehr als 50% der stimmberechtigten Gruppenangehörigen.

Im übrigen bleibt § 25 unverändert.

Der Antrag ist klar. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. 78! Wer ist gegen den Antrag? — 89! Der Antrag ist **abgelehnt.**

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP.** Auch diesen Antrag lese ich Ihnen zur Verdeutlichung noch einmal vor:

Der Landtag wolle beschließen:

In § 52 Abs. 1 werden die Worte „im Verhältnis 3:3:3:1" ersetzt durch die Worte „im Verhältnis 4:2:3:1".



(A) **Beginn: 10.02 Uhr**

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich eröffne die 72. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle herzlich willkommen.

Für die heutige Plenarsitzung haben sich 16 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Punkt 4 auf:

**Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses:**

**Unlautere Machenschaften in Wiedergutmachungsangelegenheiten**

**— Drucksachen Nrn. 65 und 1845 —**

Nach § 36 der Geschäftsordnung des Landtags haben die Berichterstatter Schlußvorträge zu halten; das Ergebnis der Untersuchung ist schriftlich niederzulegen und dem Landtag bekanntzugeben. Der schriftliche Bericht liegt Ihnen mit Drucks. Nr. 1845 vor. Zur mündlichen Berichterstattung erteile ich Herrn Abg. Johannes Rau das Wort.

**Johannes Rau** (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Presse hatte Ende März 1969 über einen angeblichen Wiedergutmachungsskandal in Nordrhein-Westfalen berichtet. Daraufhin hat der Landtag am 23. April 1969 einen (B) Parlamentarischen Untersuchungsausschuß eingesetzt und ihn beauftragt zu überprüfen, ob tatsächlich in unserem Lande Unregelmäßigkeiten im Bereich der Wiedergutmachung vorgekommen sind.

Der Ausschuß legt Ihnen heute mit Drucks. Nr. 1845 einen Bericht über das Ergebnis seiner Ermittlungen vor. Ich darf Sie bitten, alle Einzelheiten diesem Bericht zu entnehmen. Hier möchte ich das Ergebnis der Untersuchungen ganz grob wie folgt zusammenfassen:

1. Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß in einer Anzahl von Fällen Entschädigungsleistungen dadurch erschwindelt worden sind, daß die Antragsteller den Behörden falsche Angaben gemacht oder ihnen gefälschte Unterlagen vorgelegt haben. Die Höhe des Schadens, der auf diese Weise entstanden ist, läßt sich noch nicht abschließend beurteilen. Die Entschädigungsbehörden haben bisher rund 7,3 Millionen DMark nach § 7 des Bundesentschädigungsgesetzes widerrufen, weil sich die Antragsteller unlauterer Mittel bedient hatten. Dabei werden auch die Beträge widerrufen, die einem Antragsteller zugestanden hätten, wenn er ordnungsgemäße Unterlagen vorgelegt hätte. Die Widerrufssumme ist also nicht identisch mit der Schadenssumme. Diese Widerrufssumme von 7,3 Millionen DMark kann sich aber aus Gründen, die im schriftlichen Bericht nachzulesen sind, sowohl nach unten als auch nach oben noch verschieben.

2. Die Untersuchung des Ausschusses hat keinen Anhaltspunkt dafür ergeben, daß Behördenbedienstete oder Personen aus dem politischen Bereich mit diesen Vorkommnissen irgend etwas zu tun haben.

3. Der Ausschuß hat sich davon überzeugt, daß (C) die Entschädigungs- und die Strafverfolgungsbehörden inzwischen in allen verdächtigen Fällen ordnungsgemäß ermitteln.

Bei diesem Stand der Dinge sieht der Ausschuß seinen Auftrag als erfüllt an. Da die behördlichen Ermittlungen noch Jahre in Anspruch nehmen können, hält es der Ausschuß nicht für vertretbar, das endgültige Ermittlungsergebnis abzuwarten; es könnte sonst der falsche Eindruck entstehen, daß sich im Bereich der Wiedergutmachung noch große Dinge an Betrügereien zu tun scheinen.

Ich bitte Sie, den Bericht des Ausschusses zur Kenntnis zu nehmen und damit den Untersuchungsauftrag für erledigt zu erklären.

(Beifall)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Meine Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Die **Beratung ist geschlossen.** Entsprechend dem Ausschußantrag Drucks. Nr. 1845 bitte ich, von dem Bericht **Kenntnis zu nehmen.**

Ich rufe nunmehr Punkt 5 der Tagesordnung auf:

**Bericht des Sonderausschusses für Parlamentsreform**

**— Drucksache Nr. 1856 —**

Berichterstatter ist Herr Präsident van Nes Ziegler; (D) ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

**Präsident van Nes Ziegler** (Berichterstatter): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als der Landtag am 13. Mai 1969 die Bildung eines Sonderausschusses für Parlamentsreform beschloß und ihm den Auftrag gab, Vorschläge für eine umfassende Parlamentsreform vorzulegen, da konnte kaum jemand vorhersehen, welches die Hauptprobleme seiner Beratungen sein würden; denn ein Konzept zur Parlamentsreform lag damals überhaupt noch nicht vor.

Dem aktuellen Anlaß seiner Zusammensetzung entsprechend, standen zunächst Vorschläge im Vordergrund, die auf eine Disziplinierung der Abgeordneten und auf die Kandidatenauswahl gerichtet waren.

Schon in seinem mit Drucks. Nr. 1386 vom 2. Juni 1969 vorgelegten Zwischenbericht hat jedoch der Sonderausschuß erklärt, daß er hierin nicht die Kernprobleme einer Parlamentsreform sehe, ja, daß er diese Vorschläge zum Teil sogar ablehne, weil ihre Verwirklichung entweder zu tief in die Rechte der Abgeordneten eingreife oder gar nicht in die Kompetenz des Landtages falle. Schon in seinem damaligen Bericht versuchte der Sonderausschuß, eine geschlossene Konzeption zur Parlamentsreform zu erarbeiten, was ihm wohl auch ansatzweise gelungen ist.

In seinen weiteren Beratungen hat sich diese Konzeption erhärtet und verdeutlicht. Sie hat als Reformmodell vier Hauptaspekte:

(A) **Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abg. Simelka, Sie hatten die Absicht, eine Zwischenfrage zu stellen. Ich konnte sie vorher nicht anbringen, um einen angefangenen Satz nicht zu unterbrechen. Sie verzichten jetzt auf die Zwischenfrage?

(Simelka [SPD]: Jawohl!)

Als nächster steht Herr Abg. Rau von der SPD-Fraktion auf meiner Liste.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich wollte nur eben etwas klären.

Herr Kollege Giesen, es wäre ein Mißverständnis, wenn Sie meine Äußerung gestern so verstanden hätten, als wenn ich den Demonstranten gedankt hätte.

(Giesen [CDU]: Nein, nein!)

Ich habe sehr differenziert: ich habe den Demonstranten gedankt, die sich diszipliniert verhalten haben.

(Giesen [CDU]: Richtig, kein Mißverständnis!)

Weil ich der Meinung bin, daß wir nicht denen zu danken haben, die den Versuch gemacht haben, in die Bannmeile einzudringen, und die den Versuch gemacht haben, die Polizeihunde durch Knallkörper nervös zu machen. Ich wollte das eben nur sagen.

(Giesen [CDU]: So ist es auch verstanden worden! — Innenminister Weyer: Die halten das aus, die können das!)

(B) — Ich fand es nicht gut. Nun bin ich Tierfreund,

(Heiterkeit)

weil ich neben Kollege Nehrling sitze.

(Erneute Heiterkeit — Nagel [CDU]: Das müssen Sie etwas genauer sagen; das gibt zu Mißverständnissen Anlaß!)

— Sehen Sie, das kann jetzt wieder zu ganz neuen Spekulationen über das Verhältnis zwischen Rau und Nehrling führen. Ich meine nur: der ist bei uns für Tierschutz in ganz besonderer Weise zuständig, wie Sie wissen, wenn Sie Kleine Anfragen und Interpellationen lesen.

Es ist selbstverständlich, Herr Kollege Giesen, daß wir natürlich vor allen Dingen den Studenten danken, die studieren und die wissen, daß sie ihr Studium nicht nur der eigenen Intelligenz, nicht nur der Vorsorge und Fürsorge der Eltern, sondern auch dem Staat verdanken, der Mittel bereitstellt, damit studiert wird;

(Beifall bei allen Parteien)

denn die Bereitstellung von Mitteln für Universitäten und für Schulen ist nicht nur eine Pflicht des Staates — das ist sie zweifellos auch —, sondern sie ist andererseits ein großes Angebot, an dem die junge Generation nicht vorbeigehen sollte, indem sie dieses Angebot geringachtet und anstatt zu studieren sich anderen Tätigkeiten zuwendet. Wir sind in dem, was wir privat miteinander gesprochen haben, völlig einer Meinung.

Im übrigen will ich zu der Polemik nichts mehr sagen. Ich nehme mit Dank zur Kenntnis, daß sich die Eilpost der Landesregierung bewährt hat. Sie ist (C) aufmerksam zur Kenntnis genommen worden; denn sie wurde sehr häufig zitiert. Die Bedenken, daß man das alles nicht lesen kann, erfüllen mich gelegentlich wie Sie. Bei mir hat die Bundespost sogar vergessen, das zu schicken. Ich habe es mir dann besorgt. Wir sollten also nicht immer über die Versendungsart sprechen, sondern über das, was zur Sprache kommt. Und da bin ich der Meinung, daß wir ein sehr gutes Papier bekommen haben,

(Giesen [CDU]: Sie sagen das!)

das eine Fülle von Überlegungen auslösen muß. Auch darauf hat der Herr Ministerpräsident hingewiesen: Dieser Entwurf steht zur Diskussion. Wir sind für jeden Beitrag zu dieser Diskussion dankbar, und wir werden auch selber zu Fragen der Zahl und des Standortes in den Beratungen des Ausschusses Stellung nehmen. Das hat aber auch Herr Kollege Simelka gesagt; insofern gibt es, meine ich, keine grundlegenden Differenzen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die **Beratung ist geschlossen.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Wer der **Überweisung des Gesetzentwurfes an den Kulturausschuß** seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — **Es ist einstimmig so beschlossen.**

Ich hatte, meine Damen und Herren, die Absicht gehabt, vor der Mittagspause noch den Tagesordnungspunkt 11 — Änderung des Landesplanungsgesetzes — aufzurufen. Die Zeit ist aber dadurch, daß (D) der soeben abgeschlossene Tagesordnungspunkt längere Zeit als vorgesehen in Anspruch genommen hat, so weit fortgeschritten, daß ich es für richtig halte, jetzt mit der **Mittagspause** zu beginnen.

Ich bitte, noch von folgendem Kenntnis zu nehmen. Nach der Mittagspause werde ich die Tagesordnungspunkte 13 und 14 — Landesrichtergesetz und Juristenausbildungsgesetz — vorziehen, und zwar auf Bitten des Herrn Justizministers, der am späteren Nachmittag verhindert sein wird. Daran wird sich Tagesordnungspunkt 11 — Landesplanungsgesetz — anschließen.

Es ist jetzt 12.40 Uhr. Wir beginnen wieder pünktlich um 13.55 Uhr.

(Unterbrechung: 12.40 bis 13.55 Uhr)

**Vizepräsident Schneider:** Meine Damen und Herren! Nach der Mittagspause eröffne ich die Sitzung und rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

**Regierungsvorlage:**

**Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Juristenausbildungsgesetz — JAG)**

**— Drucksache Nr. 1839 —**

**erste Lesung**

Die Regierungsvorlage wird durch den Herrn Justizminister eingebracht. Ich erteile ihm das Wort.

(Kühlthau [CDU])

(A) übernommen. Ferner muß auch in § 112 eine Änderung vorgenommen werden, außerdem bei den entsprechenden Bestimmungen im Richtergesetz. Sie sind im einzelnen in dem Antrag aufgeführt, und ich bitte Sie, beiden Anträgen, sowohl Drucks. Nrn. 1954 wie 1955, zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat der Herr Innenminister.

**Weyer,** Innenminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der CDU-Antrag Drucks. Nr. 1955 begehrt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, was die Zusammensetzung des Landespersonalausschusses angeht, und deckt sich insoweit auch mit dem SPD-Antrag. Ich glaube, daß man diesem Antrag ohne jede Einschränkung zustimmen kann.

Anders verhält sich das mit dem Antrag Drucks. Nr. 1954, Herr Kollege Kühlthau. Die Mindestgrenze des Unterhaltszuschusses ist rahmenrechtlich festgelegt — das habe ich schon einmal hier vorgetragen — und einer abweichenden landesrechtlichen Regelung nicht zugänglich. Als Schutzvorschrift für die Beamten im Vorbereitungsdienst hat die Festlegung der Mindestgrenze keine andere Funktion als die ebenfalls rahmenrechtlich festgelegten Mindestgrenzen im Versorgungsrecht. Die Grundbeträge des Unterhaltszuschusses belaufen sich zur Zeit für den mittleren Dienst auf 75 Prozent, für den gehobenen Dienst auf 65 Prozent und für den höheren Dienst auf 60 Prozent des Anfangsgrundgehaltes der Eingangsbesoldungsgruppe. Hierzu treten dann die Zuschläge für Verheiratete, Alter und dergleichen mehr. Herr Kollege Kühlthau, was Sie nicht gesagt haben, ist, daß diese Regelung bundeseinheitlich ist, also nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für alle deutschen Länder gilt.

(B)

(Ermert [SPD]: Das ist Bundesrahmenrecht!)

Sie würden also jetzt aus der Regelung, die wir in Deutschland haben, ausbrechen. Der Bundesinnenminister hingegen beabsichtigt, diese Unterhaltsregelung auf eine neue Grundlage zu stellen. Ich bitte sehr herzlich darum, daß wir diese Regelung des Bundes abwarten und nicht in Nordrhein-Westfalen aus der Front der anderen Länder austreten.

(Pürsten [CDU]: Das sollten wir beim Tierschutz auch!)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat Herr Kollege Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Innenminister hat soeben darauf hingewiesen, daß unser Änderungsantrag — Drucks. Nr. 1956 — sachlich bis auf einige Formulierungen mit dem von der CDU vorgelegten Änderungsantrag — Drucks. Nr. 1955 — identisch ist. Da wir beim Sparkassengesetz eben darüber geredet haben, daß wir in numerischer Reihenfolge abzustimmen haben, und da ich das für richtig halte, schlage ich vor, auch hier so zu verfahren. Ich würde den SPD-Antrag für erledigt erklären, sobald der CDU-Antrag, dem wir zustimmen werden, um die Regierungsvorlage wiederherzustellen, angenommen ist.

Lassen Sie mich, Herr Innenminister, nur eine Bemerkung dazu machen. Wir meinen, daß im Blick auf den Landespersonalausschuß mit diesem Dritten Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften, das wir heute in dritter Lesung verabschieden, eine Möglichkeit für die Landesregierung gegeben wäre, die zu ergreifen wir sehr herzlich bitten, nämlich die Möglichkeit, durch die Feststellung der Größe der Verbände und ihrer Bedeutung, die — glaube ich — zum letztenmal vor zehn oder wieviel Jahren bei der Bemessung der stimmberechtigten Teilnehmer im Landespersonalausschuß festgelegt worden ist, diese Größe neu zu bemessen, daß also Gespräche über die Größe der unterschiedlichen gewerkschaftlichen Organisationen stattfinden und daß nach dieser Größe dann auch die Quoten innerhalb des Landespersonalausschusses festgelegt werden. Unsere Bitte ist — (C)

(Dr. Lenz [CDU]: Das geschieht doch schon!)

— Nein, das ist seit zehn Jahren nicht geschehen!

(Weyer, Innenminister: Doch, Herr Kollege Rau, das läuft gerade; Herr Kollege Dr. Lenz hat recht!)

— Wenn es jetzt geschieht, ist die Sache in Ordnung. Wir möchten gern, daß die entsprechenden Mitglieder auch von ihrer Bestimmung und ihrer Berufung her etwas über die Kraft der Organisation in diesem Lande aussagen.

(Zustimmung von Innenminister Weyer — Dr. Lenz [CDU]: Das ist immer so gewesen!) (D)

— Das ist nicht immer so gewesen. Ich will hier keinen Namen unnütz anführen, Herr Kollege Dr. Lenz, aber ich kenne Organisationen, bei denen ich nicht Mitglied bin, von denen ich glaube, daß sie gelegentlich nicht nur in Fraktionen, sondern auch in entsprechenden Landespersonalausschüssen überrepräsentiert sind. Aber das kann man ja korrigieren. Meine Wortmeldung —

(Pürsten [CDU]: Das ging gegen die Philologen!)

— Ich werde mich hüten, etwas gegen die Philologen zu sagen, Herr Kollege Pürsten, da weiß ich doch gleich, was die dann machen: dann legen sie sogar den hauptamtlichen Unterricht noch in den Nachmittag oder so; das wäre eine schreckliche Sache.

Ich bin also der Meinung, man sollte die Gelegenheit wahrnehmen, nach der Verabschiedung dieses Gesetzes zu einer neuen Quotierung des Landespersonalausschusses zu kommen.

Wenn das zugesagt worden ist, wie es gerade der Herr Innenminister getan hat, erledigt sich unsere Drucks. Nr. 1956. Wir stimmen der Drucks. Nr. 1955 zu, um auf diese Weise deutlich zu machen, daß es nicht darauf ankommt, wer einen Antrag bringt, sondern, ob er in der Sache richtig ist.

(Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsident Schneider:** Das Wort hat Herr Kollege Ermert.

(A) Von Drucks. Nr. 1942 hat die SPD-Fraktion bereits vor der Unterbrechung Ziff. 1 zurückgezogen. Bleibt Ziff. 2, also § 9. Sie zieht jetzt zugunsten des CDU-Antrages aus den dargelegten Gründen auch Ziff. 3 zurück, also hinsichtlich § 11. Ich stelle das fest. — Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat mit der Drucks. Nr. 1948 einen Vorschlag gemacht, der dahingeht, § 42a des anstehenden Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes im Blick auf die Organe der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu ändern. Ich habe an die CDU-Fraktion die Bitte, diesen Antrag heute zurückzuziehen und dadurch die Beratung im Fachausschuß zu ermöglichen. Das Thema ist von so großer Bedeutung, daß ich meine, wir könnten nicht ad hoc zustimmen oder ablehnen. Wir haben in der Fraktion keine Gelegenheit gehabt, über dieses Thema zu sprechen. Uns scheint aber die Frage, wer wen wohin bei der Westdeutschen Landesbank delegiert, von außerordentlicher Bedeutung. Es hat auch über die Geschäftspolitik der Landesbank in den letzten Wochen Auseinandersetzungen gegeben. Wir möchten gern Gelegenheit haben, im Arbeitskreis und in der Fraktion, auch zwischen Fraktion und Regierung, über dieses Thema nochmals zu sprechen. Ich würde es bedauern, wenn wir dazu keine Gelegenheit hätten; wir müßten sonst den Antrag heute ablehnen. Herr Kollege Nehrling hatte Ihnen bereits gesagt —

(Zuruf von der CDU)

(B) — Ich habe es gehört. Trotzdem wollte ich versuchen, den Satz zu Ende zu bringen, damit die Stenographen wissen, wohin der Punkt kommt. — Es wäre möglich, daß wir uns auf eine Formulierung einigen könnten, die zwischen der zweiten und dritten Lesung gefunden würde. Ich danke Ihnen für Ihr Einverständnis.

(Dr. Meyers [CDU]: Auch ein unvollendeter Satz ist für die Stenographen wichtig!)

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich stelle fest, daß die CDU-Fraktion damit einverstanden ist, daß ihr Antrag Drucks. Nr. 1948 für heute zurückgestellt ist; sie wird ihn im Laufe der Ausschußberatungen erneut stellen.

(Dr. Meyers [CDU]: Als Material dem Ausschuß überweisen!)

— Das habe ich gesagt! Weitere Wortmeldungen! — Das ist nicht der Fall.

Wir haben nunmehr zwei Probleme aus der Zeit vor der Unterbrechung mit hinübergenommen. Das erste war der Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmungsreihenfolge. Mir scheint diese Frage nicht mehr von Bedeutung zu sein, nachdem die Erklärung der SPD-Fraktion und die Zurücknahme ihrer Ziff. 3 zu Drucks. Nr. 1942 vorliegt. Stimme ich darin mit Ihnen überein? —

(Zustimmung)

Damit hat sich diese Frage erledigt.

Das zweite war dies, daß die FDP-Fraktion zur Form der Durchführung der namentlichen Abstimmung darum gebeten hat, die zweite Alternative zu wählen, den Namensaufruf also, um somit — was sicherlich mit dem Antrag beabsichtigt war — eine offene Abstimmung durchzuführen. Um nicht den Anschein einer Manipulation zu erwecken, möchte ich die Abstimmung in dieser Form durchführen. Wir werden also durch Namensaufruf abstimmen lassen. (C)

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Dazu wird einer der Herren Schriftführer, Herr Abg. Riehemann, die Namensverlesung vornehmen, und zwei Schriftführer, die Herren Ermert und Fellmann, werden jeweils die Notierung darüber vornehmen, ob mit Ja, Nein oder Enthaltung gestimmt wird. Das ist ein Vorschlag, den Sie, so meine ich, alle billigen können.

Ich komme somit zur Schließung der Aussprache in der zweiten Lesung der beiden aufgerufenen Geentwürfe. Ich **schließe** die **Beratung.**

Wir kommen zur **namentlichen Abstimmung** bei der ersten Abstimmung über den SPD-Antrag Drucks. 1942 Ziff. 2; das bedeutet über § 9.

Ich bitte Herrn Kollegen Riehemann, die namentliche Abstimmung durch Aufruf festzustellen. Es werden diejenigen Damen und Herren nicht aufgerufen, die schriftlich entschuldigt sind; deren Namen sind heute morgen im Protokoll festgehalten worden. — Herr Kollege Riehemann, bitte beginnen Sie.

(Aderhold [SPD]: Ich war nur für den Vormittag entschuldigt! — Pütz [CDU]: Wir sind in der Abstimmung! — Weitere Zurufe von der CDU) (D)

— Ich bitte um Ruhe! Bei Ihnen sind immer die geschäftsordnungsmäßigen Dinge die schwierigsten. Herr Abg. Rieheman, wenn nach Ihrer Liste ein Abgeordneter entschuldigt ist, so lesen Sie vor: Abg. X entschuldigt. Sollte er da sein — da sein Pflichtgefühl ihn doch noch hierhingetrieben hat —, so wird er sich schon melden.

Jetzt beginnen Sie bitte von neuem!

(Die Abstimmung wird durchgeführt*)

Meine Damen und Herren! Die beiden Kollegen Schriftführer werden jetzt zählen. Es kommt aber nicht auf eine qualifizierte Mehrheit an. Ich glaube, Sie haben alle den akustischen Eindruck mitbekommen; der Antrag ist also angenommen. Nachher werde ich Ihnen aber das genaue Ergebnis sagen. Ich möchte jetzt nur nicht weitere Zeit im gemeinsamen Interesse verlieren.

Ich stelle fest, der Absatz 2 aus der Drucks. Nr. 1942 ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Jetzt lasse ich abstimmen über **§ 11** nach der **Drucksache Nr. 1947,** dem Fraktionsantrag der CDU. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke sehr. Bitte die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Änderungsantrag zu § 11 ist mit großer Mehrheit **angenommen.**

*) Abstimmungsliste siehe Seite 3167

(A) — Herr Innenminister, Sie wissen, daß ich erst seit 1966 hier wieder im Hause bin. Ich habe das früher auch auf der Bundestagsebene mit Nachdruck beanstandet, ich tue es auch hier. Ich habe es bei zahllosen Vorträgen vor Beamten, in Veröffentlichungen und immer wieder gesagt: ich möche endlich davon herunterkommen, daß alles, was man für die Beamten beschließt, dem Wähler gegenüber den Eindruck erwecken muß, als wenn man Wahlgeschenke an die Beamten im Land und in den Gemeinden verteilen wolle!

(Beifall bei der CDU — Einzelner Beifall bei der FDP)

Das ist, wie ich hoffe, unsere gemeinsame Meinung!

(Finanzminister Wertz: Sind Sie jetzt für Vertagung oder nicht?! — Widerspruch und Zurufe der CDU und FDP — Finanzminister Wertz: Ein klares Wort!)

— Herr Finanzminister, Sie werden darauf die Antwort schon bekommen. Sie könen sich darauf verlassen. Nicht heute. Sie bekommen sie. Ich warte zunächst mit Spannung darauf, was Sie heute mittag Ihren Steuerbeamten zu sagen haben. Sie werden dort wahrscheinlich das sagen, was Sie normalerweise hier im Hause gesagt haben würden!

(Beifall bei der CDU)

Wir werden unsere Vorschläge für die Klausurtagung, die am 13., 14. oder 15. nächsten Monats in (B) Aachen stattfindet, zusammenstellen und rechtzeitig den Fraktionen vorher zuleiten.

Herr Ministerpräsident, ich habe die Bitte, daß wir auch Ihre Vorstellungen, von denen Sie vorhin sprachen, möglichst zeitig und nicht erst am 13. Mai in Aachen erhalten. Die Dinge sind zu schwerwiegend, zu unübersichtlich, die Materie ist unerhört kompliziert, daß man von uns nicht erwarten und nicht verlangen kann, am selben Tag mit der Beratung anzufangen.

Wir werden — wie gesagt — unsere Vorschläge für Änderungen des Gesetzentwurfes den Fraktionen dieses Hauses vor Aachen rechtzeitig zuleiten. Ich habe die Bitte an die Landesregierung, daß sie in gleicher Weise verfährt.

Die knappe Zeit macht uns, wie gesagt, Sorge, damit fertigzuwerden. Wenn aber die Vorbereitungen von allen Seiten — von der Landesregierung wie von den Fraktionen — rechtzeitig getroffen werden, können wir dann vielleicht in drei Tagen in Aachen das Wesentliche tun. Ich hoffe, daß auch bei den übrigen Fraktionen die Bereitschaft besteht, die Meinungen schon vorher auszutauschen.

Warten wir das Ergebnis der Beratungen ab. Die Zeit der Überraschungen scheint mir noch nicht vorbei zu sein. Wir sind mit der Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuß für Innere Verwaltung einverstanden.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. (C) Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich meine kurzen Ausführungen damit einleite, daß ich zu dem von Herrn Kollegen Kühlthau angesprochenen Thema etwas sage, nämlich zu der Frage Stellung nehme, ob es richtig und sinnvoll ist, eine solche Vorlage, wie sie uns mit dem Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Besoldungsgesetzes nun zugegangen ist, vier Wochen vor dem Auseinandergehen des Hauses zur Erörterung zu stellen. Herr Kollege Kühlthau, ich weiß nicht, ob sich der Eindruck, es könnte sich hierbei möglicherweise um Wahlgeschenke handeln, angesichts der Posteingänge bei Ihnen und bei mir nicht sofort in die Meinung umkehrt, es könnten Menschen, die bestimmte Wählergruppen darstellen, jetzt den Versuch machen, uns mit dem Wahltermin unter Druck zu setzen, und nicht umgekehrt. Das ist, so meine ich, eine ganz andere Situation.

Wenn außerdem „rein zufällig" Arbeitskampfmaßnahmen im Bereich der Höheren Schulen am 2. Mai beginnen und bis Mitte Juni dauern — „rein zufällig!" —, dann entsteht natürlich die Frage, ob es hier nicht merkwürdige Doppelmandate und Zielvorstellungen bei denen gibt, die solche Maßnahmen einleiten. Ich meine, daß man das dann mit zur Debatte stellen müßte, wenn man das Datum der Vorlage des Siebten Besoldungsänderungsgesetzes zur Erörterung bringt.

Sie wissen — ich bin davon überzeugt, daß der Herr Finanzminister dies in der ihm eigenen plastischen Art darstellen wird —, daß wir eine Reihe von Monaten mit einem besoldungs- und versorgungspolitischen Slalom in Bund und Ländern zu tun hatten, der die Landesregierung immer wieder daran hinderte, zur Beschlußfassung zu kommen, weil jeweils an einer anderen Stelle jemand ausbrach und weil der Zwang zumindest zur Annäherung an Bundeseinheitlichkeit die Landesregierung band. (D)

Sodann wissen Sie auch, daß die Beteiligung nach § 106 des Beamtengesetzes, wenn diese nicht eine rein formale Beteiligung sein soll, die Landesregierung in einen bestimmten Zeitplan hineinzwingt. Diese Beteiligung nach § 106 scheint mir ein Grundrecht der gewerkschaftlichen Organisationen zu sein, das wir ernst nehmen und das wir nicht nur formal nehmen sollten, wenngleich ich der Überzeugung bin, daß dieses Verfahren für das Parlament eine durchaus zweischneidige Sache ist. Ich habe davon schon oft gesprochen. Es ist nicht gut, wenn man über Referentenentwürfe und sich daraus ergebende Proteste erst erfährt, was die Landesregierung beabsichtigt. Das ist weder für die Opposition noch für die Koalition gut.

(Beifall bei der CDU)

Hier müssen wir zu einem anderen Verfahren kommen.

(Pieper [CDU]: Darüber sprechen wir seit mehr als zwei Jahren!)

— Herr Kollege Pieper, was sind zwei Jahre angesichts einer Praxis, die wir seit Jahrzehnten und in

(A) allen Parlamenten kennen? Da sind zwei Jahre noch nicht genug.

(Dr. Meyers [CDU]: Machen Sie einen praktischen Vorschlag, wie Sie das machen wollen!)

— Den habe ich eben nicht. Deshalb reden wir ja im Ausschuß für Parlamentreform darüber; es hat hier den Vorschlag gegeben, daß die Referentenentwürfe dann zur Kenntnisnahme an die Fraktionen und an das Parlament gehen, wenn sie an die Verbände geschickt werden. Es wird darüber zu reden sein, ob und in welcher Weise das realisierbar ist.

Nun zum Siebten Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes selber, das für uns kein Wahlschlager sein soll, das für uns auch kein Wahlschlager sein wird, von dem wir aber meinen, daß es, wie alle übrigen Gesetze, die dieser Landtag beschließt, am 14. Juni auch zur Entscheidung des Wählers steht, und zwar nicht nur des Beamten, der Wähler ist, sondern auch aller übrigen Wähler, die ein Interesse daran haben, daß die Dienstleistungen des Staates und der Gemeinden in allen Bereichen auf gerechte Weise besoldet werden. Dieses Siebte Besoldungsänderungsgesetz hat ja, darauf hat der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung hingewiesen, Lücken. Dieses Gesetz sieht vor, daß Lehrer an Grund- und Hauptschulen nach A 11 a eingestuft werden, und die Landesregierung sagt mit der Vorlage des Gesetzes, daß sie den Landtag bitte, diese Vorentscheidung zu revidieren und von dieser Revision her, die A 12 als Eingangsgruppe für den Grund- und Hauptschullehrer festsetzt, sowohl alle übrigen Lehrergruppen als auch die übrigen Beamtengruppen einander zuzuordnen. Meine Fraktion
(B) begrüßt diese Entscheidung der Landesregierung und wird in den Beratungen des Fachausschusses und bei der Verabschiedung des Gesetzes folgen.

Meine Fraktion begrüßt insbesondere, daß die Landesregierung in dem Gewirr unterschiedlicher Interessen mit einer deutlichen Erklärung Klarheit darüber geschaffen hat, daß es nach Verabschiedung dieses Siebten Besoldungsänderungsgesetzes in diesem Lande keine Lehrergruppe mehr geben wird, deren Angehörige weniger verdienen als in anderen Bundesländern. Wir sind verpflichtet, dies in der Öffentlichkeit darzulegen und es den Lehrern, den übrigen Beamten und den Menschen unseres Landes zu sagen, die durch mancherlei lokale Aktionen und durch mancherlei Äußerungen verwirrt sein mögen, Äußerungen, die den Eindruck erwekken, als sei Nordrhein-Westfalen ein bildungspolitisches Entwicklungsland in der Frage der Lehrerbesoldung. Dieser Eindruck ist falsch, und er wird mit der Verabschiedung des Siebten Besoldungsänderungsgesetzes endgültig korrigiert sein. Nun ist es eine Frage der Fairness und der Redlichkeit, ob auch diejenigen dies anerkennen, die heute noch versuchen, den Hebel der berechtigten eigenen Interessen an dies Gesetz zu legen.

Wir begrüßen, daß das Siebte Besoldungsänderungsgesetz die Voraussetzungen und die Möglichkeiten zu einem solchen Ziel im Bereich der Lehrerbesoldung schafft. Wir begrüßen auch, daß die Konsequenzen aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil in den Fragen der Richterbesoldung in diesem Entwurf gezogen worden sind, den wir im Sinne der Regierungserklärung verändert wissen möchten.

Bitte, ersparen Sie es mir ebenso wie Herrn Kollegen Kühlthau, in der ersten Lesung etwas zu Einzelfragen dieses Gesetzentwurfes zu sagen. Das kann nicht der Sinn der ersten Lesung sein. (C)

Gestatten Sie vielmehr, daß ich ein paar Bemerkungen an die Erklärung des Ministerpräsidenten anschließe, die er zur Frage der Kompetenzverlagerung an den Bund in der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes abgegeben hat. Wir haben — das ist kein Geheimnis — auch innerhalb der Fraktion lange über diese Fragen gesprochen, weil wir der Auffassung sind, daß wir an einer entscheidenden Stelle der Geschichte des föderalistischen Systems der Bundesrepublik stehen. Wir sind nach diesem ausführlichen Gespräch der Meinung, daß das, was der Herr Ministerpräsident angekündigt und im Gespräch mit dem Bundeskanzler und den übrigen Ministerpräsidenten zugesagt hat, unsere Billigung finden muß, wenn wir nicht zu einem besoldungspolitischen Wirrwarr kommen sollen. Herr Kollege Kühlthau, Sie haben die Sorgen aufgezeigt, die bestehen und die wir nicht gering veranschlagen. Aber bedenken Sie bitte, daß nahezu alle Regierungschefs dieser Regelung zugestimmt haben. Wenn ich richtig informiert bin, hatte einer Bedenken, und der zweite wollte seine Entscheidung nachreichen. Die übrigen waren mit einer solchen Verlagerung einverstanden, von der ich glaube, daß sie unter bestimmten Voraussetzungen dem Föderalismus dient, statt ihm zu schaden. Diese Voraussetzungen sind für mich:

1. Das Ziel der Hereinnahme der Beamtenbesoldung in die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes muß darin bestehen, die einheitlichen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu erreichen, (D) von denen das Grundgesetz als von einem Auftrag aller staatlichen Gewalt spricht.

2. Diese einheitliche Besoldung darf nicht die Weiterentwicklung der Ausbildungsgänge in den unterschiedlichen Bereichen hindern, nicht nur in denen der Schule, sondern auch der übrigen Dienstleistungen des öffentlichen Dienstes.

3. Mit dieser Verlagerung der Kompetenz darf keine Grundsatzentscheidung über die Frage gefallen sein, ob es für bestimmte Berufe im öffentlichen Dienst eine eigenständige Besoldung gibt, also eine L-Besoldung.

(Dr. Lenz [CDU]: Das schließt sich doch gegenseitig aus!)

— Das schließt sich nicht aus, Herr Kollege Lenz, ich kann die L-Besoldung wollen, kann aber wollen, daß sie beim Bund realisiert wird, und zwar auf dem Weg über die konkurrierende Gesetzgebung.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Genau das ist die Lage. Ich habe gesagt, ich kann sie wollen, Herr Kollege Lenz, ich habe nicht gesagt, Hans Wertz will sie. Das ist ein Unterschied.

(Frau Dr. Wasmuth [CDU]: Sie sind nicht Hans Wertz!)

— Wie gut, daß wir alle nicht miteinander identisch sind und daß auf diese Weise unsere Welt immer reicher wird, weil jeder er selbst ist.





(A) Ich habe also davon gesprochen, daß auf keinen Fall eine solche Entwicklung und die Prüfung einer solchen Entwicklung ausgeschlossen werden darf.

4. Ich meine, wir sollten die Bundesregierung zu den Verhandlungen mit den Ländern im Bundesrat und auf der Ebene der Ministerpräsidenten ermuntern, damit es zu klaren Formulierungen kommt. Wir sollten sie aber ebenso ermuntern, die ihr durch Grundgesetzänderung bereits zugefallene Rahmenkompetenz nun auszunutzen und nicht Lükken zu lassen, in denen dann ein Eldorado für unterschiedliche Interessen in unterschiedlichen Ländern entstehen kann, weil noch Flecken auf der Landkarte weiß geblieben sind. Die Kompetenzen sowohl bei der Rahmenkompetenz im Besoldungswesen als auch bei der Bildungskompetenz müssen etwa im Bereich der Bildungsplanung ausgenutzt werden, wenn wir zu einem sinnvollen föderalistischen System kommen wollen.

5. Ich glaube, daß auch diese Entscheidung der Landesregierung, die der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung bekanntgegeben hat, in enger Verzahnung und im starken Zusammenhang zu den Vorschlägen gesehen werden muß, die der Ministerpräsident dieses Landes zur Neuordnung der Länder überhaupt, zur Anzahl der Länder und zur Praktizierbarkeit des föderalistischen Systems gemacht hat. Wenn wir, meine Damen und Herren, nicht wegkommen von diesen elf unterschiedlich großen, unterschiedlich starken oder unterschiedlich schwachen Ländern, bei denen jedes Land jeweils einen anderen Zeitpunkt und ein anderes Thema sucht, um sich gegenüber den übrigen Ländern zu profilieren, wenn wir nicht zu den vom (B) Ministerpräsidenten geforderten fünf etwa gleich großen und etwa gleich starken Ländern kommen, dann kommt der Föderalismus in den nächsten zehn Jahren in eine Krise, die er möglicherweise nicht überlebt und an deren Ende nicht etwa die Dankbarkeit für das Verschwinden des Föderalismus, sondern der Ärger über den entstandenen Zentralismus steht.

Deshalb meine ich, wir sollten den Ministerpräsidenten bei seiner Bemühung in der Frage der Länderneuordnung und der Ausfüllung des in Art. 29 GG gegebenen Auftrags unterstützen, gemeinsam mit der Bundesregierung und mit den im Bundestag vertretenen Fraktionen zu einer Neuregelung zu kommen, die wir für alle Bereiche brauchen, für die Besoldung wie für die Rundfunkpolitik, für die Frage des Finanzausgleichs wie für alle möglichen globalen und spezifischen Zuweisungen des Bundes an Länder und Gemeinden.

6. Wir können und wollen dem zustimmen, wenn wir uns hier darüber klar sind, daß in der Tat — und darauf hat Herr Kollege Kühlthau mit Recht hingewiesen — Verlagerungen von den Ländern auf den Bund immer auch Verlagerungen sind, oder zumindest die Gefahr mit sich bringen, es zu sein, von der Legislative zur Exekutive. Dieses Thema, wie Legislative und Exekutive sich, auch im Bereich von Besoldung und Versorgung, auch im Bereich von Personal- und Stellenplanpolitik, zueinander verhalten, ist eines der wichtigen, und wir werden in der nächsten Wahlperiode überhaupt miteinander darüber reden müssen, wie die Parlamente auf die Entscheidungen des Bundesrates Einfluß gewinnen können.

Ich rede hier noch nicht von der Kabinetts- oder der Senatslösung, rede nicht von einer personellen oder institutionellen Veränderung in der Zusammensetzung des Bundesrats; aber ich rede davon, wie die Parlamente über ihre Tagesordnung, über ihre Antrags- und Interpellationsmöglichkeiten das Recht erhalten, die Entscheidungen der Landesregierungen nicht nur notariell zu beglaubigen, sondern im Vorhinein durch Argumentation und Beschluß mitzubestimmen. Ich glaube, daß wir damit vor einer der entscheidenden verfassungspolitischen Fragen der nächsten Jahre stehen, der wir uns mit allem Ernst zuwenden sollten. (C)

(Dr. Dr. Hofmann [CDU]: Auch bei den Planungsausschüssen der Gemeinschaftsaufgaben!)

— Herr Kollege Hofmann, das Thema ist ja akut geworden durch die Stichworte „Planungsausschüsse", „Gemeinschaftsaufgaben" usw. Die hier vorliegenden Vorschläge scheinen mir nicht auszureichen, eine stärkere als nur im Ritual bestehende Mitwirkung der Länder zu erzielen. Wir können ja nicht wollen, daß wir bloß in irgendeiner Weise in ein Beteiligungsritual hineingenommen werden, statt einbezogen zu werden in einen Argumentations- und Entscheidungsprozeß. Das scheint mir der verfassungspolitische Akzent zu sein.

Meine Damen und Herren, nach dem, was der Herr Ministerpräsident hier ausgeführt hat und was wir nun in der Argumentation zu bewerten versuchen, ist dies deutlich. Wir können und dürfen uns bei der Betrachtung des öffentlichen Dienstes und der Menschen, die im öffentlichen Dienst eben ihren „Dienst leisten" — ich habe das Wort besonders gern und mehrfach hier genannt — und bei der Bewertung dessen nicht nach denjenigen richten, die jetzt die Geduld des Parlaments überstrapazieren, dürfen uns nicht nach denjenigen richten, die der Meinung sind, sie könnten mit außerordentlichem Druck auf dem Weg über Opposition oder Koalition oder Teil der Koalition eine Veränderung ihrer eigenen Situation erreichen. Wir haben uns zu richten nach den Leistungen derjenigen, der zahllosen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in Land und Gemeinden, die ihre Pflicht oder gar mehr als ihre Pflicht tun. Wir wollen alle berechtigten Sorgen und Interessen hören. Wir wollen uns keinesfalls unter Druck setzen lassen, wollen keinesfalls zulassen, daß einzelne Gruppen unter dem Gesichtspunkt des Abstandes und nicht unter dem der Leistung Besoldungspolitik betreiben. (D)

Wir gehen in die Beratungen in dem Wunsch und mit der Entschlossenheit, zu einer fundierten, sachlichen, zu einer nicht übereilten, aber zügigen Beratung eines Entwurfs zu kommen, für den wir der Landesregierung danken und den wir in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten im Mai in zweiter und dritter Lesung verabschieden möchten.

Wir gehen also nicht den Weg, Herr Kollege Kühlthau, den wir im Jahre 1962 auch schon nicht mitgegangen sind, nämlich in der letzten Landtagssitzung ein Besoldungsgesetz mit linearen Erhöhungen vorzulegen, gleich drei Lesungen durchzuführen und anschließend auf Kunstdruck gedruckte Leistungsberichte herauszugeben. Böse Beispiele verderben

(A) gute Sitten. Wir wollen dem bösen Beispiel nicht folgen; aber wir wollen ein gutes Gesetz. Ich bin sicher, daß wir es bekommen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident van Nes Ziegler:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Dr. Seitz von der Fraktion der FDP das Wort.

**Dr. Seitz** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den voraufgegangenen Beiträgen ist einmal das Wort „Wahlschlager" gefallen, den dieses Gesetz vielleicht bedeuten könne. Ich bin der Meinung, ebenso meine Freunde, daß mit diesem Gesetz wahrhaftig keine Wählerstimmen herangelockt werden können; denn es ist wie alle Besoldungsgesetze für uns alle ein Kreuz, und da es das siebte Gesetz ist, ist es — ich darf Anna Seghers zitieren — das siebte Kreuz.

(Beifall bei der FDP)

Ich will hier nicht in eine Zahlensymbolik verfallen, aber die böse Sieben hat es nun einmal in sich, und das zeigt auch dieser Entwurf. Ich bin nicht der Meinung, daß wir der Landesregierung hier schon vorab Dank sagen könnten für den Inhalt dieses Gesetzentwurfs. Infolge der Kürze der Zeit — mir ist der Gesetzentwurf erst am Freitag in die Finger gekommen, und am Samstag und Sonntag hatten wir Landesparteitag; ich konnte ihn also erst vorgestern überfliegen — war ich nicht in der Lage, einmal festzustellen, wo denn nun die eigentlichen Probleme liegen. Das kann man nicht im Überlesen, Überfliegen machen, das muß man durcharbeiten, und dazu
(B) fehlte die Zeit.

Aber eines steht meines Erachtens fest. Der erste Eindruck, den dieser Gesetzentwurf vermittelt, ist der, daß hier gewisse Verzerrungen ausgeglichen werden sollen, daß aber die Lösung, die uns angeboten wird, in keiner Weise als eine gute Lösung, allenfalls als eine diskutable anzusprechen ist. Darüber werden wir uns unterhalten müssen.

Wenn Sie nun, Herr Kühlthau, mit Recht gesagt haben, der Minister hätte den Gesetzentwurf schon früher vorlegen müssen, dann müssen Sie ihm eines zugute halten. Der Finanzminister hat im vergangenen Jahr bei der Beratung des sechsten Gesetzes gesagt, er wolle — wir hatten uns damals entschlossen, die A-Gruppen von den B-Gruppen zu trennen — die B-Gruppen in einem besonderen Gesetz behandeln, und das solle spätestens im Frühjahr dieses Jahres sein. Nun will ich ihm zugute halten, daß er mit „Frühjahr" nicht das kalendermäßige Frühjahr gemeint hat, sondern das meteorologische, und dann liegt er genau richtig.

(Heiterkeit)

Deshalb verstehe ich auch seine Aufregung nicht. Herr Minister Wertz, ich muß Ihnen einmal sagen: Seinerzeit fiel das Wort des Herrn Weyer vom „Landesimmergrün", und da mußte ich daran denken, daß ein anderer sagte, dann würden Sie als Kabinettsmimose bezeichnet werden. Ich meine, es wäre nicht gut, wenn Sie das hier durch diese Erregung, in die Sie eben gerieten, unterstrichen.

(Dr. Hüsch [CDU]: Die Mimosen sind längst verblüht!)

— Es gibt auch dauerhafte, und dazu gehört Herr (C) Kollege Wertz.

(Heiterkeit)

Ich bin davon überzeugt: Der blüht auch noch in zehn Jahren, wie ich ihn kenne, bei seinem Temperament.

(Erneute Heiterkeit)

Was haben wir zu tun? Wir sollten es nicht dabei belassen zu prüfen, ob dieser Gesetzentwurf den Anforderungen entspricht, die ursprünglich von uns aus daran gestellt wurden, sondern wir müssen folgendes tun. Wir müssen bedenken: Dieses Gesetz kann auch nur eine Übergangslösung sein. Das hat der Herr Ministerpräsident bereits durchblicken lassen, das hat Herr Kollege Rau eben bereits angedeutet. Es kann nur eine Übergangslösung sein in der Zielrichtung darauf, daß wir die gesamten Strukturen im öffentlichen Dient neu überdenken müssen. Wir werden dabei nicht daran vorbeikommen, auch die Laufbahnen und die ihnen angemessene Besoldung, ausgerichtet nach dem Leistungsprinzip, aber auch nach der Verantwortung, neu zu überdenken. Das können wir jetzt in der Kürze nicht. Wir sollten versuchen, aus dem Gesetz das Beste zu machen, aber immer bedenken: Es kann nur eine Überleitung sein. Wir begrüßen es in meiner Fraktion sehr, daß nunmehr der Bund auf Grund der Empfehlungen der Ministerpräsidentenkonferenz die Rahmenkompetenz stärker ausbauen wird. Wir können nur hoffen, daß uns im Rahmen dieser Kompetenz Möglichkeiten gegeben werden, das für die im öffentlichen Dienst Tätigen zu tun, worauf sie mit Recht Anspruch haben. Wir stimmen der Überweisung an den zuständigen Innenausschuß zu. (D)

(Beifall bei der FDP)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lenz von der Fraktion der CDU.

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem Beitrag des Herrn Kollegen Dr. Seitz habe ich etwas die Sorge, daß die Problematik hier verwischt wird.

(Dr. Hüsch [CDU]: Sehr richtig!)

Herr Dr. Seitz hat nämlich davon gesprochen, daß es bei der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zu diesem Gesetz darum gehe, die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes stärker zu betonen und herauszuarbeiten. — Genau das, lieber Herr Dr. Seitz, ist ja nicht der Fall, sondern es wird hier etwas völlig Neues angestrebt. Zu meinem größten Erstaunen muß ich feststellen, daß unsere Landesregierung dem von vornherein zustimmt, nämlich ein Rechtsgebiet, das ganz erheblich ist im Rahmen der Organisationsgewalt des Landes, in die konkurrierende Gesetzgebung zu überführen. Damit bekommen wir in der Bundesrepublik Deutschland einen völlig neuen Zustand, eine völlig neue Situation.

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß hier ein gigantisches Umleitungsmanöver begonnen wird.

(Dr. Seitz [FDP]: Das fing doch an mit dem Ersten Bundesrahmengesetz!)





(A) Ich bin der Ansicht, daß hier nicht nur eines der Grundprinzipien des Staatsaufbaus und der Staatsstruktur angesprochen ist, sondern im letzten auch ein Grundproblem der Gestaltung der Freiheit des Bürgers in der Zukunft.

Wenn wir gemeinsam sagen, wir haben hin und wieder Sorge, daß die Gesamtentwicklung in der Spätphase der parlamentarischen Demokratie seit 1789 einmal zur Begründung neuer diktatorischer Verhältnisse führen könnte, dann sollten wir denen von Grund her dadurch entgegenwirken, daß wir die Freiheit durch den Aufbau des föderalen Systems, der föderalen Struktur unseres Staates bestätigen und nicht dadurch, daß wir einen Teil der Kompetenzen, nämlich die der Bundesländer, allmählich strangulieren.

Ich glaube, das ist kein parteipolitisches Problem, sondern ein Grundproblem unserer Gesellschaft, ein staatspolitisches insgesamt. Darum, meine Damen und Herren, haben meine Kollegen Bedenken, hier unbesehen zur Verlagerung einer Kompetenz, die zur Organisationsgewalt des Landes gehört und hier eine erhebliche Bedeutung hat, nach Bonn von vornherein ja zu sagen.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Bedeutung des Problems dadurch zu unterstreichen, daß sie Zurückhaltung übt. Ehe die anderen Probleme nicht angepackt und nicht entschieden sind, sollten wir der Verlagerung einer solchen Kompetenz widersprechen.

(Beifall bei der CDU)

(B) **Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir wenige Bemerkungen zu dem, was Herr Dr. Lenz hier eben gesagt hat, wobei ich davon ausgehe, daß auch der Herr Ministerpräsident und möglicherweise der Herr Finanzminister sich noch äußern werden.

Herr Kollege Lenz, darf ich beim letzten beginnen? In der Tat ist dies kein parteipolitisches Problem. Das können Sie schon daran erkennen, daß 40 Ihrer Kollegen im Bundestag in der letzten Wahlperiode einen Initiativantrag eingebracht haben, der die Kompetenzen der Länder in hohem Maße beschneiden soll und der im Grunde die Länder abschafft.

Sie haben auch damit recht, daß wir nicht einfach an Kompetenzen der Länder etwas weggeben dürfen, was zur staatlichen Ordnung des föderalistischen Systems gehört, und deshalb habe ich von sechs Voraussetzungen gesprochen, die dabei beachtet und bedacht werden wollen. Aber ich meine, wir sollten auf gar keinen Fall nun die Besoldungs- und Versorgungspolitik zum Eckstein der Prüfung der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik machen,

(Beifall bei der SPD)

denn damit dienen wir auf gar keinen Fall dieser föderalistischen Struktur.

Ich sehe in der Tat auch einen Zusammenhang zwischen dem, was Herr Dr. Lenz hier vorgetragen hat, und der Anzahl der Bundesländer und der ihnen (C) dann verbleibenden Kompetenzen. Sie haben, Herr Kollege Lenz, darauf hingewiesen, daß schon Herr Dr. Meyers vor zehn Jahren den Vorschlag für fünf Bundesländer gemacht habe. Richtig! Vaterschaftsprozesse soll man in der Politik nie führen. Nur: Das Kind ist ja dann auch nicht geboren worden! Das könnte ja damit zusammenhängen, daß in dem damaligen Vorschlag von Herrn Dr. Meyers auch Grenzveränderungen in bezug auf Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz vorgesehen waren, während mir der außerordentliche Vorzug des von Herrn Ministerpräsidenten Kühn vorgeschlagenen Fünf-Länder-Bildes der zu sein scheint, daß dieser Vorschlag von jemandem kommt, der selber dazu sagen kann: Wir wollen für dieses unser Land keinen Quadratmeter mehr, denn wir sind groß genug.

(Dr. Meyers [CDU]: Zu meiner Zeit lagen zwei Volksbegehren in Rheinland-Pfalz vor!)

— Das war eine andere Situation, Herr Dr. Meyers!

(Ministerpräsident Kühn: Es war auch eine andere Statistik!)

— Die Statistik war auch anders. Jetzt, glaube ich, hat dieser Vorschlag des Ministerpräsidenten mehr Realisierungschancen.

Nun noch ein Letztes, Herr Kollege Lenz! Man kann Photographien zeigen, und man kann Karikaturen zeigen; aber wenn man eine Karikatur zeigt und sagt, das sei eine Photographie, dann ist das nicht gut! Das haben Sie gemacht!

(Zuruf von der CDU) (D)

— Doch, dann haben Sie vorhin nicht zugehört. Sie haben hier erzählt, die Landesregierung sei für die Lehrerbesoldung eingetreten und schlage nun Besoldungsgruppe A 11 a vor. Der Ministerpräsident hat Ihnen hier in seiner Regierungserklärung — und er hat ja bewußt das Mittel der Regierungserklärung gewählt und selber gesprochen —

(Zuruf von Abg. Dr. Lenz [CDU])

gesagt, daß die Landesregierung die Einstufung der Grund- und Hauptschullehrer nach A 12 für richtig hält und den Landtag darum bitte, —

(Meuffels [CDU]: Warum steht das nicht drin?)

— das kommt jetzt sofort nach dem Komma, noch im gleichen Satz —, daß sie aber, um den neuen Weg in die Beteiligungen nach § 106 zu vermeiden, ihre Regierungsvorlage nicht mehr abgeändert habe, weil sonst der Termin der heutigen Sitzung gefährdet gewesen sei, daß sie aber entsprechende Formulierungshilfen biete und den Landtag bitte, die Regierungsvorlage in diesem Punkt abzuändern. Lediglich aus Gründen der Geschäftsordnung und der nötigen neuen Beteiligungsverfahren nach § 106 ist die Kabinettsvorlage nicht mehr geändert worden. Aber deutlicher als über eine Regierungserklärung kann man eine solche Korrektur doch nicht vornehmen, und wenn dann Herr Kollege Lenz sagt, das solle alles der Bund machen — so haben Sie in dem Zusammenhang gesagt —, dann ist das Karikatur und nicht Photographie, denn der Ministerpräsident hat das vom Bund nicht erbeten, hat das nicht

(A) von dem Tage an erbeten, an dem der Bund die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz hat, sondern von Ihnen und von mir in dieser und in der nächsten Sitzung. Dazu hat meine Fraktion ja gesagt, und dazu hätten wir gern das Ja Ihrer Fraktion.

Als Letztes: Herr Kollege Lenz, auch das war Karikatur und nicht Photographie, wenn Sie die Bedenken gegen das Begehren der Landesregierung, die konkurrierende Gesetzgebung um die Besoldungsfragen anzureichern, in der Argumentation mit Gemeinschaftsaufgaben, Mischsystem und Mischverwaltung verknüpfen. Es ist eben hier nicht an eine gemischte Kompetenz gedacht wie bei den Gemeinschaftsaufgaben und wie bei den Planungsaufgaben, sondern es ist hier an eine konkurrierende Gesetzgebung gedacht — und das ist in Ihrem Beitrag, zumindest für mich und meine Freunde, nicht deutlich geworden. Deshalb meine ich, wir sollten diesen Weg auf die Bundeseinheitlichkeit zugehen. Es hat ja auch in Ihrem Leben Akzente gegeben, in denen das Wort Bundeseinheitlichkeit Ihr Lieblingswort war, Herr Kollege Lenz. Wir hoffen, es wird es wieder — auf der Basis dieser Regierungserklärung und dieses Siebten Besoldungsänderungsgesetzes.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Kühn:** Nur einige wenige Bemerkungen an Ihre Adresse, Herr Kollege Lenz. Es liegt mir daran, daß wir Klarheit in der Vaterschaft haben. Natürlich — ich habe das vor diesem Hause auch gesagt — war es mein Amtsvorgänger Dr. Franz Meyers, der damals den Plan für fünf Bundesländer vorgelegt hat. Wir haben beide den gleichen Berater gehabt, der uns das Material dafür erarbeitet hat. Wir werden aber beide in diesem Falle die politische Vaterschaft gerne aufrechterhalten.

(B)

(Heiterkeit)

Der Unterschied war in der Tat, daß vielleicht die Variante, die ich vortrug, manches erleichtert, weil sie nur eine Addition bestehender Länder vorsah. Aber wir würden sofort wieder auf dem gleichen Boot sein, Herr Kollege Meyers, wenn Sie mir jetzt entgegneten, daß sicherlich auch in einem solchen Diskussionsprozeß dann Grenzberichtigungen zwischen den Ländern hinzukommen. Das ist ganz klar, und solche Grenzberichtigungen sind auch notwendig. Wir wissen beide, wie sehr Ländergrenzen damals aus Opportunitäten, die nicht immer logische Interessenlagen oder nicht immer deutsche Interessenlagen zum Ausdruck brachten, gezogen wurden. Jedenfalls: Da gibt es also keinen Vaterschaftsstreit unter uns. Es sollte gelegentlich ja auch etwas geben, worin wir uns völlig einig sind.

Schwieriger wird das Problem in der Frage der verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Aspekte. Wenn ich zum Bundeskanzler gehe — ich will das ganz freimütig sagen, und es war zu Ihrer Zeit, Herr Kollege Meyers, ja genauso —, dann wird der Ministerpräsident mit helfenden Formulierungen aus den Ressorts zu den Tagesordnungspunkten ausgestattet. In diesem Falle habe auch ich die ganze Summe der verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Bedenken mit auf den Weg bekommen. Aber Sache einer Regierung ist es, politische Richtpunkte zu setzen und politische Entscheidungen zu treffen. Sicherlich, wenn die Besoldungskompetenz — und wie ich meine, in einem vollen Umfange — auf den Bund übergehen sollte, dann bedeutet dies für die Länder die Aufgabe eines sehr wichtigen Tätigkeitsfeldes. Nun will ich jetzt hier nicht philosophieren über den Charakter der Eigenstaatlichkeit der Länder, wie er in unserer Verfassung niedergelegt ist.

(C)

(Dr. Lenz [CDU]: Gliedstaatlichkeit!)

— Ja, aber doch Eigenstaatlichkeit als Gliedstaat des Bundesstaates.

Ich habe damals als stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses dieses Landtages, als wir die Landesverfassung erarbeitet haben, darüber etwas gesagt. Vielleicht lohnt es sich, gelegentlich das einmal nachzulesen, obwohl es schon länger als 20 Jahre her ist. Ich habe auch damals schon auf den voraussehbaren Prozeß hingewiesen, daß Zuständigkeiten in der Entwicklung Europas mehr und mehr von den nationalstaatlichen Regierungen und nationalstaatlichen Parlamenten nach Europa abgetreten werden müssen — sehen wir uns doch nur das weite Feld der Landwirtschaft an — und daß die logische Konsequenz sein wird, da in immer größeren Räumen gedacht, geordnet und geplant werden muß, auch Zuständigkeiten von den Ländern auf den Bund zu übertragen. Der Prozeß vollzieht sich jetzt so, und er vollzieht sich über Behelfsformeln.

Sie haben nun einen wesentlichen Teil Ihrer Ausführungen zu Attacken auf die Formel der Gemeinschaftsaufgaben verwendet. Ich muß sagen: Das war lediglich das, was ich damals bei der Diskussion: Soll es Gemeinschaftsaufgaben geben oder nicht? in der Substanz hier selber von diesem Platze vorgetragen habe. Ich habe dabei auch auf die Konsequenzen hingewiesen, die dies für die Mitwirkungsmöglichkeiten der Länderparlamente hat. Aber wir wissen alle miteinander — und ich könnte es mir jetzt leicht machen und sagen —: Die Formel „Gemeinschaftsaufgaben" — sie entspricht ja auch der Art der Formulierung des damaligen Bundeskanzlers — ist uns von der Regierung Kiesinger, und mit aller Leidenschaft von dem damaligen Bundeskanzler Kiesinger, auf den Tisch auch der Länder gelegt worden. Damit will ich mich nicht davon distanzieren. Es ist eine keineswegs sehr schöne Mischform, die Mischkompetenzen herbeiführt und die Mitwirkungsmöglichkeit der Länderparlamente in zunehmendem Maße auslaugt. Das alles können Sie in meiner Rede nachlesen, die ich damals gehalten habe.

(D)

Worauf es bei Art. 29 GG ankommen wird, ist ja nicht nur, daß wir die Länder neu ordnen, daß wir eine kleinere Zahl finden und damit auch einiges an Verwaltungsvereinfachung bewirken, sondern viel wichtiger ist — und hier muß ich zugeben: Herr Kollege Meyers hat das zu seiner Zeit auch gesagt —, daß es außer auf die Ländergrenzenveränderungen auch auf die Zuständigkeitsveränderungen ankommt, daß wir die Aufgabenzuordnung unter dem Gesichtspunkt überprüfen: Welche Aufgaben können aus der Sache her besser vom Bund und welche besser von den Ländern verwaltet werden? Das verändert sich durch die gesellschaftliche



(A) und die unsere Vorstellungen darüber enthalten, wie das Bundesgebiet neugegliedert und wie die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern neugeordnet werden und wie die Funktionen des Bundesrates in Zukunft erhalten bleiben sollen. Ich bin für einen arbeitsteiligen Föderalismus.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich dazu abschließend folgendes sagen: Ich bin der Meinung, daß nach der Einrichtung des Instituts der Gemeinschaftsaufgaben der Bundesrat, so wie er konstruiert ist, nicht erhalten bleiben kann. Der Bundesrat kann nicht das Parlament der Oberregierungsräte bleiben, das er zur Zeit ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir es bei dem Institut der Gemeinschaftsaufgaben belassen, muß zwangsläufig über die Funktion des Bundesrates im Rechtsstaat der Zukunft verhandelt werden. Meiner Meinung nach muß dann darüber diskutiert werden, in welchem Umfange die jeweilige Landesregierung ihrem jeweiligen Parlament berichtspflichtig ist, in welchem Umfange das Parlament der Landesregierung Aufträge in bezug auf ihre Haltung im Bundesrat erteilen kann und ob unter Umständen eine Repräsentation der Länderparlamente in einem neukonstruierten Bundesrat erforderlich wird. — Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Um das Wort hat Herr Abg. Rau gebeten.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Kollege Lenz, es bestehen (B) keinerlei Bedenken, daß wir eine solche Diskussion, wie Sie sie angeregt haben und wie sie in einem Teil meiner Ausführungen bei den sechs Voraussetzungen für die Zustimmung zu einer Hereinnahme der Besoldung in die konkurrierende Gesetzgebung auch anklang, im nächsten Landtag führen.

Ich will jetzt zu den Einzelfragen, die Sie hier behandelt haben, nicht ins einzelne gehend antworten. Nur, bitte, beachten Sie, daß die Vorschläge, die vor etwa zwei Jahren sowohl der bayerische Kollege Heubl als auch ich in einer Rundfunkdiskussion im Blick auf eine Umgestaltung des Bundesrats und eine Beteiligung der Legislative im Bundesrat gemacht haben, auf stärkste verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedenken stoßen. Ich habe das sehr bedauert; denn ich hielt die Idee für gut. Aber wir werden das prüfen müssen. Ich glaube nicht, daß wir hier zu einem Mischsystem kommen können, daß also halb Regierungsvertreter und halb Parlamentsvertreter im Bundesrat sitzen. Wir müssen die Kompetenzen trennen. Aber daß wir hier im Landtag — und das habe ich in meinem ersten Beitrag gesagt — auf dem Weg über Anträge und Interpellationen zu einer neuen Mitwirkung auf die Entscheidungen des Bundesrates kommen müssen, das scheint mir in gar keiner Weise streitig zu sein. Wie das dann geschieht und wie sich das verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch formulieren läßt, das wird man absehen müssen.

Ich habe auch keine Bedenken dagegen, dem zuzustimmen, die Landesregierung zu bitten, einmal zur Frage der Länderneugliederung konkrete Anträge im Bundesrat zu stellen, damit wir aus dem Stadium der Vorüberlegungen und der Pläne in das der Realisierung kommen. Es bestehen hier also keine tiefgreifenden Unterschiede. Wohl besteht ein Unterschied darin, ob der jetzt hier erörterte Punkt wirklich der Ansatz für eine solche Diskussion sinnvollerweise sein kann; da bin ich anderer Meinung. (C)

Im übrigen habe ich mir nur berichten lassen können, daß Sie bemerkenswerte Äußerungen zu der gestern beschlossenen Mitbestimmung im Sparkassenwesen gemacht haben, die Sie offenbar gar nicht für eine ausreichende Mitbestimmung halten. Wir sehen Ihren Anträgen in der dritten Lesung auf eine Verbreiterung der Mitbestimmung bei den Sparkassen mit großem Interesse entgegen.

(Beifall bei der SPD)

Sie dürfen ganz sicher sein, daß wir als Sozialdemokraten alles das stützen, was auf eine breitere Mitbestimmung und Mitverantwortung aller Beteiligten im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft und in Mischsystemen angelegt ist. Also, der Weg links ist frei, Herr Kollege Lenz. Nur, wir erwarten, daß Sie dann auch mit dem Wagen ankommen.

(Dr. Lenz [CDU]: Wie bei der Elternmitbestimmung! Da müssen wir zuerst mal darüber reden!)

— Über Elternmitbestimmung können wir gern reden, sobald wir auch über Nebenparlamente reden; das ist doch das Thema bei der Elternmitbestimmung.

(Beifall bei der SPD)

Es geht bei der Elternmitbestimmung

(Dr. Lenz [CDU]: Richterwahl!) (D)

und Ihrem Antrag in gar keiner Weise darum, daß die Kooperation von Eltern, Lehrern und Schülern in der Schule gefördert wird, sondern es geht um ein Mitbestimmungsmodell, das jedenfalls nach unserer Meinung den Verdacht aufkommen läßt, daß neben die kommunale und die landespolitische Verantwortung für die Schule durch aus Urwahlen hervorgegangene Vertreter in Räten und Parlamenten

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

ein Nebenstrang gesetzt wird, der mit Schulpflegschaft und Kreisschulpflegschaft und Landeselternpflegschaft usw. eine Art institutionalisierter Lobby ist, und da haben wir Bedenken.

(Beifall bei der SPD)

Da haben wir deshalb Bedenken — —

(Pürsten [CDU]: Das ist aber interessant!)

— Ich will hoffen, daß ich hier interessante Dinge sage, Kollege Pürsten; ich mache jedenfalls immer den Versuch.

(Giesen [CDU]: Sie haben die Gesetze nur oberflächlich gelesen!)

— Ich habe auch den Gesetzentwurf richtig gelesen. Ich habe sogar die Stellungnahmen zum Gesetzentwurf richtig gelesen. Gelegentlich kommt man dann auf Sprichwörter wie: „Nachtigall, ick hör dir trapsen". An einigen Stellen habe ich jedenfalls diese Nachtigallen schrille Töne von sich geben hören.

(Dr. Peters [CDU]: Dann ist es keine Nachtigall mehr!)

(A) Wenn wir schon ein bißchen verbreitert diskutieren, dann will ich Ihnen zu diesem Thema noch eines sagen. Es gibt ja immer das Problem der Doppelmandate, auch in meiner Fraktion, und auch bei mir, wie Sie wissen. Ein ganz interessantes Doppelmandat besteht zwischen dem Vorsitzenden der katholischen Elternschaft in Nordrhein-Westfalen, dem Chefredakteur der Katholischen Nachrichtenagentur und dem Landrat des Kreises Bergisch-Gladbach.

(Pohle [SPD]: Sehr richtig!)

Der Mann ist identisch.

(Zuruf Elfring [CDU])

— Die beiden sind nicht identisch. Sehen Sie, Herr Elfring, so kommt es dann zu einer Enthaltung, die man Herrn Krämer nicht vorwerfen kann. Vielleicht darf ich Ihnen das eben sagen, weil es mit der Mitbestimmung der Eltern zu tun hat.

Als ich bei einem Gespräch mit Journalisten bei der Entkonfessionalisierung der Grundschule sprach, da hat die Katholische Nachrichtenagentur

(Zuruf von der CDU: Was hat das mit dem Gesetzentwurf zu tun?)

— Moment! — in Vereinbarung mit der katholischen Elternschaft daraus eine Fülle von Polemiken gemacht und hat sogar einen sogenannten „Rau-Report" herausgegeben; den kann man beziehen.

(Dr. Lenz [CDU]: Was ist das denn!)

(B) — Da steht alles drin, was die Bischöfe über mich in diesem Punkte denken. Wenige Wochen später hat sich dann der vierte Kandidat, Herr Köppler, ebenfalls in Richtung auf die Entkonfessionalisierung der Grundschule geäußert. Das ist merkwürdigerweise der katholischen Elternschaft entgangen; dazu hat sie nicht Stellung genommen, obwohl ich ihr das dann zugeschickt und geschrieben habe: Dieses hat Herr Köppler gesagt. Verbreitet es unter euren Lesern, macht es der Kirchenpresse bekannt! Das hat sie nicht getan; sie haben ihn ausgesperrt. Nun soll man das nie tun; denn sonst kann Köppler nicht kommen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Hier ist ganz deutlich, meine Damen und Herren, daß es ein Unterschied ist, ob ich die Räte und die Parlamente so zusammensetze, daß in ihnen alle Bevölkerungsgruppen angemessen beteiligt sind oder ob ich den Räten und den Parlamenten mitbestimmende Organe flankiere, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen, die aber auf dem Weg über ihre Publikationsmöglichkeiten zu einer Beeinflussung der öffentlichen Meinung gelangen können, die dann so aussieht, als komme sie von offizieller oder offiziöser Stelle.

(Zustimmung bei der SPD — Zurufe von der CDU)

Ich meine, die Räume müßten klar und müßten auch klar abgegrenzt sein.

(Giesen [CDU]: Warum haben Sie nicht mit uns diskutiert, Herr Rau? Sie könnten uns im Kulturausschuß beraten!)

— Ach, darüber habe ich an vielen Stellen diskutiert. (C)

(Zuruf der Frau Abg. Dr. Wasmuht [CDU])

— Frau Kollegin Wasmuht, ich habe Sie wirklich nicht verstanden.

(Frau Dr. Wasmuht [CDU]: Denken Sie an die Enthaltung Neuber bezüglich der Doppelmandate!)

— Davon war ich schon lange weg; ich war schon bei Köppler;

(Heiterkeit bei der SPD)

er könnte ja auch ein Doppelmandat bekommen, wenn er das Bundestagsmandat nicht niederlegt.

(Zurufe von der CDU: Keine Angst!)

— Keine Angst? Sie haben recht. Wir wissen ja noch gar nicht, ob er ein Landtagsmandat bekommt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Mir geht es nur darum, Herr Kollege Giesen — wir gingen ja vorhin vom Sparkassengesetz aus, und ich bin gern bereit, dorthin zurückzukehren —: Mitbestimmung ja! Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft, aber eine Mitbestimmung, die nicht an den gewählten Organen des Staates und der Gemeinden vorbeigeht, sondern zur Kooperation mit ihnen gezwungen ist. Das ist das Thema.

(Beifall bei der SPD — Pürsten [CDU]: Genau das steht darin, Herr Rau! — Weitere Zurufe von der CDU)

(D) **Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Wir befanden uns übrigens in der Beratung des Siebten Besoldungsänderungsgesetzes.

(Heiterkeit)

Ich **schließe** die **Beratung** über diesen Gesetzentwurf.

Wir kommen zur **Abstimmung.** Wer der **Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuß für Innere Verwaltung federführend und an den Haushalts- und Finanzausschuß** zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke! Ich bitte um die Gegenprobe. — Keine Gegenstimmen! Stimmenthaltungen? — Keine! Es ist einstimmig so **beschlossen.**

Ich rufe Punkt 15 der Tagesordnung auf:

**Regierungsvorlage:**

**Staatsvertrag über die Errichtung und Finanzierung der Zentralstelle für Fernunterricht**

**— Drucksachen Nrn. 1806 und 1927 —**

**einzige Lesung (Fortsetzung)**

Berichterstatter des Hauptausschusses ist Herr Abg. Volmert. Ich erteile ihm das Wort.

**Volmert** (CDU), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Ich kann die Berichterstattung zu diesem Punkt kurzfassen.

(Beifall)





(A) Weder die anstehende Novellierung der Personalvertretungsgesetze in Bund und Ländern noch das vieldiskutierte Biedenkopf-Gutachten konnten in der Diskussion in der Kürze der Zeit gebührend mitberücksichtigt werden.

Zweitens, das Siebte Besoldungsänderungsgesetz! Die dreitägige Klausurtagung des Innenausschusses in Aachen vermochte die vorher in diesem Hause weit über die FDP-Fraktion hinaus bestehenden schwerwiegenden Bedenken in bezug auf eine übereilte Verabschiedung nicht auszuräumen. Die Klausurtagung hat keineswegs die bereits vorhandenen Verzerrungen im Besoldungsgefüge aufzuheben vermocht; im Gegenteil, sie hat weitere hervorgebracht.

Die Besoldungsrelationen innerhalb der einzelnen Beamtengruppen einerseits und zwischen den Beamten und den vergleichbaren Angestellten des öffentlichen Dienstes andererseits wurden weiter verschoben. In der überhasteten Behandlung dieses Gesetzentwurfes sieht die FDP-Fraktion, nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen, eine das Ansehen der parlamentarischen Demokratie bedrohende Entwicklung zur Gefälligkeitsdemokratie.

(Starker Beifall bei der FDP und vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die FDP-Fraktion hat eine zu hohe Meinung von der großen Masse der Berufsbeamten, als daß sie nicht wüßte, daß auch in ihren Reihen diese Bedenken weit verbreitet sind.

(B) Die wünschenswerte Harmonisierung des Besoldungsgefüges konnte unter dem bestehenden Zeitdruck in keiner Weise erreicht werden. Die schwerwiegendsten Bedenken aber ergeben sich für die FDP-Fraktion aus einer Reihe von Verstößen gegen das Bundesrahmenrecht, welche unter gar keinen Umständen in Kauf genommen werden können. Was soll die Bevölkerung von einem Gesetzgeber halten, der selbst gegen die Gesetze willentlich und absichtlich verstößt?

(Starker Beifall bei der FDP und vereinzelter Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Meine Damen und Herren! Wünscht jemand zu dem Antrag Stellung zu nehmen? — Herr Abgeordneter Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, den Antrag der FDP zur Tagesordnung abzulehnen, und möchte dies begründen.

Zuerst spreche ich über das Sparkassengesetz. Herr Kollege Dr. Lange, es ist in der Tat richtig, daß es Stimmen gibt, die sich mit dem in der zweiten Lesung eingeführten Mitbestimmungsrecht innerhalb der Sparkassen kritisch auseinandersetzen. Es ist aber nicht richtig, daß sich auch nur eine dieser Stimmen nicht vor der zweiten Lesung deutlich zu Wort gemeldet hätte und daß wir nicht die Gelegenheit gehabt und wahrgenommen hätten, uns mit den Argumenten der Verbände und der unterschiedlichen Einsprecher zu befassen. Das ist geschehen, und zwar in einer so ausführlichen und qualifizierten Weise, daß es gerade Ihre Fraktion auf Grund (C) dieses Diskussionsstandes für richtig hielt, in der zweiten Lesung eine namentliche Abstimmung über diese Frage herbeizuführen. Mit der Tatsache dieser namentlichen Abstimmung in der zweiten Lesung ist deutlich geworden, daß Sie damit die Bedeutung der Veränderung des Sparkassengesetzes im Bereich der Mitbestimmung in der zweiten Lesung zur Debatte gestellt haben. Vor vier Wochen hat der Landtag entschieden. Neue Argumente sind seitdem nicht vorgebracht worden, und die Wiederholung alter Argumente zwischen der zweiten und dritten Lesung macht diese alten Argumente nicht neu.

Zum Siebten Besoldungsänderungsgesetz werden wir in der Sachdebatte sicher gleich eine Reihe sowohl positiver als auch negativer Bemerkungen hören und machen. Ich will dem nicht vorgreifen. Ich will nur sagen, daß ich das in Ihrem Antrag zum Ausdruck gebrachte Unbehagen über die verschiedenen Versuche teile, die Beratung des Siebten Besoldungsänderungsgesetzes in eine Gefälligkeitsdebatte umzufunktionieren. Die Frage ist aber nicht, ob diese Versuche stattgefunden haben, sondern ob der Landtag diesen Versuchen standgehalten hat oder ob er ihnen unterlegen ist. Das muß die Sachdebatte dieses Gesetzes in zweiter und dritter Lesung erweisen. Ich bin sicher, daß sie es erweisen wird.

Während der Beratung dieses Siebten Besoldungsänderungsgesetzes hat es Phasen gegeben, meine Damen und Herren, in denen einem der Kragen zu platzen drohte und in denen man das Gefühl nicht los wurde, man sollte in mehr oder weniger heiligem Zorn sagen: Wir stellen das Ganze zurück und verabschieden nicht mehr! — Was geschähe dann? (D) Das wäre die Zurückstellung einer seit langem entschiedenen linearen Erhöhung und eine Bestrafung derjenigen, die durch strukturelle Verbesserungen innerhalb des öffentlichen Dienstes auf Grund dieses Siebten Besoldungsänderungsgesetzes eine gerechtere Entlohnung ihrer Arbeit erhalten sollten, als Folge der Proteste derer, die Standespolitik und Abstandsdenken in die Debatte gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt Protestaktionen gegen dieses Siebte Besoldungsänderungsgesetz, die bereits angekündigt, beschlossen und vorbereitet waren, bevor der Referentenentwurf auch nur im Kabinett, geschweige denn im Landtag vorlag. Wir wissen also, meine Damen und Herren, daß sich ein Teil der Proteste — ich sage bewußt: ein Teil — nicht auf den Stoff bezieht, der zu entscheiden ist, sondern auf das Datum der Verabschiedung und auf das Mißverständnis, man könne mit dem Hebel dieses Datums wahlpolitische Entscheidungen beeinflussen. Dem sollten wir widerstehen!

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche mir nicht, daß wir noch einmal durch ein Urteil des Verfassungsgerichts wie das aus dem vergangenen Jahre in eine solche Situation gebracht werden, daß eine solche Lawine von Veränderungen in Gang kommt. Wenn sie aber in Gang kommt, dann meine ich, sollten wir mit der in diesem Hause immer üblich gewesenen und alle Fraktionen verbindenden Redlichkeit und Gründlichkeit der Beratung, wohl hörend auf die, die kritische Stimmen laut werden lassen, aber nicht folgsam und

(**Johannes Rau** [SPD])

(A) nicht folgend denen gegenüber, die das Parlament manipulieren möchten, weiterverhandeln und dann entscheiden, wenn eine solche Entscheidung ansteht. Das ist heute der Fall. Deshalb bitte ich, beide Punkte auf der Tagesordnung zu belassen; sie gehören zu unserem Arbeitsprogramm. Wir haben dies Arbeitsprogramm zu vollenden.

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Lenz von der Fraktion der CDU.

**Dr. Lenz** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist doch erforderlich, zu den Vorschlägen des sonst so sehr sachlichen Kollegen Dr. Lange hier einiges zu sagen.

Als wir im Ausschuß vor der zweiten Lesung des Sparkassengesetzes den Antrag stellten, diesen Gesetzentwurf zurückzustellen, weil wir damals der Meinung waren, daß eine Reihe von Diskussionspunkten noch unbefriedigend und noch nicht abschließend ausdiskutiert war, da war es die Stimme der Freien Demokraten, die verhinderte, daß unser Antrag Erfolg hatte.

(Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

Es geschah dann noch etwas, nämlich daß zunächst ein Vertreter der Freien Demokraten für unseren Antrag stimmte. Kollege Dr. Lange machte dann seinen Kollegen darauf aufmerksam, daß dieser kein Stimmrecht habe, sondern er, und Dr. Lange hat dann gegen unseren Vertagungsantrag gestimmt. Nun unseren eigenen Vertagungsantrag nach einer völlig veränderten Situation hier wiederzufinden, kann ich nur mit der Nähe des Wahltermins erläutern.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Und nun zum Besoldungsgesetz! Daß auch hier eine allseits befriedigende Regelung nicht möglich ist, ist für denjenigen, der das hier im Hause wiederholt erlebt hat, nahezu eine Selbstverständlichkeit. Wir sind gewöhnt, daß die Koalition in den letzten Monaten wiederholt unterschiedliche Auffassungen über Terminfragen

(Johannes Rau [SPD]: Tagesordnung!)

und andere Dinge entwickelt. Das mag die Koalition unter sich ausmachen.

(Johannes Rau [SPD]: Tut sie!)

Daß man aber auch hier mit dem Klingeln des 14. Juni eine Sachdebatte heute in der zweiten und dritten Lesung beim Besoldungsgesetz verhindern will, halte ich für ausgesprochen unsachlich. Selbst wenn man bemängelt, was wir von der CDU tun, daß die Landesregierung diesen Besoldungsgesetzentwurf ein Vierteljahr zu spät vorgelegt hat

(Beifall bei der CDU)

— und hier liegt ja der letzte Grund für die Situation, in der wir sind —,

(Dr. Hüsch [CDU]: Sehr richtig!)

sehen wir trotzdem so viele Sachpunkte in der Materie des Besoldungsgesetzes, daß wir hier heute eine sachliche Beratung dieser Materie wünschen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident van Nes Ziegler:** Zu einer kurzen Erwiderung Herr Abg. Dr. Lange von der FDP-Fraktion. (C)

**Dr. Lange** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal hat es eine Tagesordnungsdebatte auch in sich; sie geht dann ein bißchen weiter als reine Geschäftsordnungsfragen. Der „sonst so sachliche" Herr Lange wird also dazu etwas zu sagen haben.

1. Meine Fraktion ist ausdrücklich bereit, das, was seit Januar geschieht — mit der achtprozentigen Zulage, mit der linearen Erhöhung der Beamtengehälter plus Zulagewesen —, durch einen gemeinsamen Beschluß dieses Hauses zu legalisieren; damit das auch ganz klar ist.

2. Herr Dr. Lenz, si tacuisses, kann ich nur sagen. Ich muß Ihrem Kollegen in Erinnerung rufen, wie es im — —

(Johannes Rau [SPD]: Kein Englisch! Ich kann kein Englisch! — Heiterkeit)

— Nachdem mittlerweile soviel „Englisch" in die deutsche Sprache eingeflossen ist, machen wir ein bißchen Nachhilfeübungen. — Sie hätten besser geschwiegen zu diesem Punkt, bei dem Sie mich angegriffen haben, Herr Dr. Lenz. Im Wirtschaftsausschuß wie auch in anderen Ausschußpraktiken werden häufig Zwischenabstimmungen zu einzelnen Kapiteln nach monatelangen Beratungen auch mal wiederholt, und zwar auf Antrag von Kollegen Ihrer Fraktion — Herr Dr. Hüsch, der neben Ihnen sitzt, wird Ihnen das bestätigen —, (D)

(Dr. Hüsch [CDU]: In diesem Fall kann ich das nicht!)

auf Antrag der SPD-Fraktion oder der meinen. Es sind also verschiedentlich Abstimmungen zu Einzelkapiteln geändert oder wiederholt worden; darüber sollten wir uns hier nicht verbreiten. Das ist mit Arbeitsstil; das kommt schon einmal vor.

Zur Sache selbst muß ich Ihnen aber sagen, daß damals, in jenem Augenblick vor der zweiten Lesung, niemand — abgesehen davon, daß es bei der SPD-Fraktion, bei auch geteilter Meinung angedeutet worden ist — damit zu rechnen brauchte — wir jedenfalls nicht —, daß die Regierung oder irgendeine Fraktion in toto von dem Regierungsentwurf abgehen würde und das Instrument der Mitbestimmung einzuführen beabsichtige.

(Zustimmung bei der FDP — Zuruf von der CDU)

— Von Ihnen lag dazu keine Erklärung vor; im Gegenteil, die CDU-Fraktion hat insgesamt und durch ihren Sprecher, Herrn Kollegen Nickels, der Gewerkschaftler ist, ausdrücklich erklärt, daß sie dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen würde.

Die FDP-Fraktion war in dieser Phase natürlich gesonnen, dieses Gesetz zu verabschieden. Bis dahin war es — lassen Sie mich das sagen! — in unseren Augen ja noch nicht denaturiert.

(Beifall bei der FDP)



(A) **Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte noch zwei Bemerkungen machen zu dürfen, eine, die ich vorhin vergessen habe, die zweite, weil das, was Herr Dr. Lange soeben gesagt hat, einer Richtigstellung bedarf.

Ich habe vergessen, darauf hinzuweisen, Herr Dr. Lange, daß der Vorwurf, mit dem Entwurf des Siebten Besoldungsänderungsgesetzes, das wir gleich beraten und verabschieden werden, würden bundesrahmenrechtliche Vorschriften gebrochen, nach gewissenhafter Prüfung in meiner Fraktion nicht zutreffend ist. Deshalb möchte ich ihn hier nicht im Raume stehen lassen.

(Zurufe von der FDP — Pieper [CDU]: Ist das die Auffassung der Landesregierung?)

— Das ist auch die Auffassung der Landesregierung.

**Präsident van Nes Ziegler:** Meine Damen und Herren, das ist ein Sachpunkt, über den Sie nachher debattieren können. Ich darf Sie bitten, ihn aus der Tagesordnungsdebatte herauszuhalten.

**Johannes Rau** (SPD): Zur Tagesordnung und zu dem, was Sie zur Begründung vorhin noch einmal gesagt haben, ist aber eine zweite Richtigstellung erforderlich.

Der Sprecher meiner Fraktion hat bereits bei der Einbringung und bei der ersten Lesung des Sparkassengesetzes darauf hingewiesen, daß Vorschläge der (B) SPD-Fraktion zur Mitbestimmung kommen würden: diese Erklärung ist im Protokoll des Landtags nachzulesen. Es war also ausreichend Zeit gegeben, sich mit diesem Thema zu befassen, zumal ja der Ministerpräsident dieses Landes schon vor eineinhalb Jahren in Übereinstimmung mit der Fraktion vorgeschlagen hatte, auch im Plenum des Landtags einmal über Fragen der Mitbestimmung zu reden.

(Knoll [FDP]: Was hat das denn mit dem Sparkassengesetz zu tun?)

**Präsident van Nes Ziegler:** Meine Damen und Herren! Der **Antrag der Fraktion der FDP,** den ich hier verlese, da er nicht schriftlich vorliegt, lautet:

Der Landtag wolle beschließen,

1. die dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes — Drucksachen Nrn. 2000 und 2024 — und
2. die zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen — Drucksache Nr. 2025 —

von der Tagesordnung abzusetzen.

Die **Tagesordnungsdebatte** ist **geschlossen.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Wer für den **Antrag der Fraktion der FDP,** also für die Absetzung stimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. —

(Frau Dr. Wasmuht [CDU]: Getrennt!)

— Es ist keine getrennte Abstimmung beantragt worden, Frau Kollegin, und zwar weder von der FDP noch von einem der Diskussionsredner; ich habe das wenigstens nicht gehört. Im übrigen befinden wir uns in der Abstimmung. (C)

Wer also gemäß dem Antrag der FDP diese beiden Punkte von der Tagesordnung absetzen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. — Danke! Das letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist **abgelehnt;** die beiden Punkte bleiben auf der Tagesordnung.

Die FDP-Fraktion hat des weiteren einen Antrag zur Ergänzung der Tagesordnung gestellt. Mit **Drucks. Nr. 2030** erhielten Sie gestern bzw. vorgestern einen **Antrag der Fraktion der FDP betreffend den gemeinsamen Erlaß des Innen- und des Finanzministers vom 16. Oktober 1969 betr. Bezuschussung von Schulbaukosten aus Mitteln des Finanzausgleichs.** Die FDP-Fraktion hat darum gebeten, diesen Antrag in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen.

Wünschen Sie, diesen Antrag zu begründen? — Das ist nicht der Fall. Wünscht jemand dagegen zu sprechen? — Bitte, Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD!

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte die FDP-Fraktion doch darum, uns eine kurze Begründung für diese Änderung der Tagesordnung zu geben. Wir müßten den Antrag sonst ablehnen; denn ich halte es nicht für gut, daß zwei Tage vor einer Plenarsitzung noch ein Antrag eingereicht wird, ohne daß eine interfraktionelle Vereinbarung darüber herbeigeführt worden ist. Sollte es aber so sein, daß der Antrag dazu dient, eine uns noch nicht bekanntgewordene Katastrophe abzuwenden, würden wir zweifellos der Aufnahme in die Tagesordnung zustimmen. (D)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Maas von der Fraktion der FDP.

**Maas** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rau, es handelt sich nicht um die Abwendung einer Katastrophe. Änderungen der Tagesordnung müssen nicht immer gleich so schwierige Probleme als Grundlage haben, daß man von der Abwendung einer Katastrophe sprechen müßte. Wir sind aber der Ansicht, daß unser Antrag der Abwendung einer Ungerechtigkeit dient; und wenn man das Recht so sehr liebt, sollte man, wenn man erkennt, daß ungerecht verfahren wird, sich bemühen, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, und zu diesem Zweck auch einer Änderung der Tagesordnung zustimmen.

Bei unserem Antrag handelt es sich um folgendes. Nach dem gemeinsamen Runderlaß des Finanzministers und des Innenministers werden Architektenkosten bei öffentlichen Bauten nicht mehr als Baukosten angesehen und deshalb nicht bezuschußt. Aber es ist doch allgemeiner Brauch — jeder, der einmal gebaut hat, weiß es, und auch jeder, der Miete bezahlt und die Baukosten seines Vermieters nachrechnen will, wird es feststellen —, daß Architektenkosten grundsätzlich Baukosten sind. Wir sehen aus diesem Grunde nicht ein, daß bei öffentlichen

(Maas [FDP])

(A) Bauten anders verfahren werden soll. Da die Legislaturperiode ausläuft und ein Hinausschieben in die neue Legislaturperiode, in der der Landtag zunächst mit anderen Aufgaben beschäftigt sein wird, die Entscheidung zu lange verzögern würde, bitte ich Sie im Auftrage meiner Fraktion sehr, um der Sache willen der Ergänzung der Tagesordnung zuzustimmen, damit die dargelegte Ungerechtigkeit beseitigt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident van Nes Ziegler:** Das Wort hat Herr Abg. Rau von der Fraktion der SPD.

**Johannes Rau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, daß wir das Sachproblem im zuständigen Fachausschuß erörtern. Nach der Änderung der Geschäftsordnung, die wir eigens im Hinblick auf Fälle wie diesen vorgenommen haben, kann der Ausschuß jedes Thema an sich ziehen. Ich meine, es wäre nicht gut, wenn das Plenum sich jetzt unvorbereitet mit der Frage des Zustandekommens und der möglicherweise notwendigen Änderung eines gemeinsamen Runderlasses des Innenministers und des Finanzministers beschäftigen müßte, ohne daß Gelegenheit war, darüber in Fraktionen und Arbeitskreisen zu beraten. Da nichts dem entgegensteht, daß die Arbeitskreise und die Ausschüsse sich auch dann mit der Materie beschäftigen und eine Änderung des Erlasses herbeiführen, wenn der Punkt nicht auf die Tagesordnung des Plenums kommt, bitte ich Sie, Herr Kollege Maas, daß wir über den „kurzen Draht" das Gespräch mit den (B) zuständigen Ressortministern, Herrn Kollegen Wertz und Herrn Kollegen Weyer, die ja doch beide Leute mit außerordentlichem Sachverstand in diesem Bereich sind führen und das Problem zu lösen versuchen, statt jetzt die Tagesordnung zu ergänzen.

**Präsident van Nes Ziegler:** Herr Kollege Maas!

**Maas** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Rau, wenn ich vielleicht den Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Ullrich, ansprechen darf und dieser Ihre Anregung aufnimmt, könnten wir Ihrer Anregung zustimmen. Denn es geht uns entscheidend darum, daß es zu einem Gespräch über die Sache kommt und dieses Gespräch zum Erfolg führt. Wenn der Weg, den Sie vorschlagen, gegangen wird, wäre der Erfolg ja sichergestellt, und man brauchte sich hier in dieser Frage nicht zu erhitzen.

**Präsident van Nes Ziegler:** Ich stelle also fest, daß die Fraktion der **FDP** ihren **Antrag** auf Ergänzung der Tagesordnung **zurückgezogen** hat.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnungsdebatte.

(Zuruf Geschäftsordnungsdebatte!)

— Geschäftsordnungsdebatten kann es bei jedem Punkt der Tagesordnung erneut geben.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 2 auf:



(C)

**Regierungsvorlage:**

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes**

und

**Antrag der Fraktion der CDU:**

**Entwurf eines Gesetzes über die Sparkassen sowie über die Girozentralen und Sparkassen- und Giroverbände (Sparkassengesetz)**

**— Drucksachen Nrn. 1373, 1466, 1921, 2000 und 2024 —**

**dritte Lesung**

Zu dieser Drucksache liegt Ihnen ein Berichtigungszettel zu Artikel I Nr. 10 vor. — Darüber hinaus bitte ich, die folgenden weiteren Berichtigungen vorzunehmen:

Auf Seite 7 des Ausschußberichts Drucks. Nr. 2024 wollen Sie bitte in der rechten Spalte unter Nr. 16 a bei Buchst. b nach den Worten „Buchstaben a und b" einfügen:

oder Abs. 2 Buchstaben a und b.

Ferner liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor; es ist Drucks. Nr. 2033.

Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses ist Herr Abg. Jürgens von der Fraktion der SPD; ich erteile ihm das Wort.

**Jürgens** (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der (D) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes ist nach seiner Annahme in zweiter Lesung an den erweiterten Wirtschaftsausschuß zurückverwiesen worden. Der Wirtschaftsausschuß hat in seiner Sitzung am 14. Mai 1970 die Vorlage erneut beraten. Das Ergebnis der Beratung liegt Ihnen in dem Bericht Drucks. Nr. 2024 vor.

Auf Grund der Beschlüsse des Hohen Hauses zur Mitbestimmung im Sparkassenbereich hatte sich der Ausschuß vornehmlich mit den damit zusammenhängenden Vorschriften — insbesondere den §§ 9 und 11 — zu befassen. Der Antrag der FDP-Fraktion auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu § 9 und damit auf Streichung der Mitbestimmung aus dem Gesetz fand keine Mehrheit.

Nach eingehender Erörterung hat der Ausschuß die Vorschrift des § 11, die die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates regelt, in den folgenden Punkten geändert, die Bestimmung jedoch in ihren Grundsätzen unverändert gelassen. Um zu verdeutlichen, daß hinsichtlich der Wahl der Mitglieder der Vertretung des Gewährträgers und der Dienstkräfte der Sparkassen der Grundsatz der Gleichbehandlung nicht verletzt wird, wurde Abs. 1 neu gefaßt und im übrigen die ganze Vorschrift neu gegliedert. Vor allem wurde klargestellt, daß nach § 11 alle Mitglieder des Verwaltungsrates für die Dauer der Wahlzeit der Vertretung des Gewährträgers und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gemäß § 35 der Gemeindeordnung für Nordrhein-Westfalen gewählt werden müssen.

In dem neuen Abs. 3 ist ferner die Regelung aufgenommen worden, daß entsprechend dem Wesen